Ewiger Bund

https://www.ewigerbund.org

Vaterländischer Hilfsdienst

https://www.hilfsdienst.net/

VON POTSDAM NACH DOORN

VON

GRAF ERNST ZU REVENTLOW

FÜNFTE AUFLAGE

M. A. KLIEBER VERLAG · BERLIN

Entwurf des Schutzumschlages: Kurt Philipsen
Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung, vorbehalten
Copyright 1940 by M. A. Klieber Verlag, Berlin
Herstellung: Dr. Güntz-Druck Dresden

INHALT

Einleitung:

Versailles 1870/71. 7

Erstes Buch: Mehr sein als scheinen

1. Der lange Weg zur deutschen Einung 25
2. Die Deutsche Bewegung bis 1848 47
3. Von Mehrheitsbeschlüssen zu Blut und Eisen 81
4. Das Bismarck-Reich 117

Zweites Buch: Mehr scheinen als sein

1. „Dann regiere Ich selbst!“ 167
2. Des Kaisers Außenpolitik 265
3. Imperator Rex 337
4. Wesenszüge Wilhelms II. 365
5. Abwärts! 407

EINLEITUNG

Versailles 1870/71

Der Bundeskanzler war mit den drei bayrischen Bevollmächtigten im Salon. Nach einer Viertelstunde etwa öffnete er die Flügeltür, steckte den Kopf mit freundlichster Miene herein und kam dann, als er noch Gesellschaft sah, mit einem Becher an den Tisch, wo er Platz nahm.

„Nun wäre der bayrische Vertrag fertig und unterzeichnet", sagte er bewegt, „die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch."

Einen Moment herrschte Stille. Dann sagte der Kanzler: „Es ist ein Ereignis." Dann bemerkte er nach einigem Nachsinnen: „Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen, der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen, er hätte es erlangt — sie hätten gewußt, und er kann recht haben — mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren. — Was sind Verträge, wenn man muß! — Und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind. — Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber so ist er fester. Ich rechne ihn zu dem Wichtigsten, was wir in diesem Jahre erreicht haben."

„Was den Kaiser betrifft, so habe ich ihnen den bei den Verhandlungen damit annehmbar gemacht, daß ich ihnen vorstellte, es müsse für ihren König doch bequemer und leichter sein, gewisse Rechte dem deutschen Kaiser einzuräumen als dem benachbarten König von Preußen." *Aus Moritz Busch: „Graf Bismarck und seine Leute."*

Der Abschluß jener Verhandlungen Bismarcks mit den bayrischen Bevollmächtigten in Versailles im Dezember 1870 ist also die eigentliche Geburtsstunde des Zweiten Reiches: „Die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch." Nüchtern, wie immer, setzt Bismarck hinzu: „Es ist ein Er-

eignis." Dieses Ereignis ist inzwischen längst zu Geschichte geworden. Es wird immer einer der Höhepunkte der Geschichte der Deutschen bleiben.

Die deutsche Einheit war Bismarcks Gedanke schon, ehe er sich in verantwortlichen Stellungen befand, und ehe er sich selbst persönlich diese geschichtliche Aufgabe gestellt hatte. Bekannt ist seine Wette mit seinem amerikanischen Studienfreunde Coffin: In zwanzig Jahren werde die deutsche Einheit hergestellt sein. Es ist wichtig, festzustellen, daß die Einigung der Deutschen für Bismarck der erste Gedanke und das eigentliche Ziel blieb — die Wiederaufrichtung eines deutschen Kaisertums nur das notwendige Mittel bedeutete, um die deutsche Einheit in eine äußere und innere Form zu bringen und sie dadurch dauerhaft zu machen.

Wie der nachmalige Kaiser Friedrich, der Sohn Wilhelms des Ersten und Kronprinz, in seinem Kriegstagebuch schrieb, habe Bismarck ihm damals gesagt: 1866 habe er sich noch nicht mit der Kaiserfrage beschäftigt gehabt. Seitdem er die Notwendigkeit erkannt hatte, betrieb er die Lösung der Kaiserfrage in unmittelbarer Verbindung mit der Herstellung der deutschen Einheit. Jenes geschichtlich-romantische deutsche Kaiserideal der ersten zwei Drittel des neunzehnten Jahrhunderts lag Bismarck fern. Den Kaiser erachtete er als notwendig für die Einheit. Die deutsche Einheit aber wollte er um ihrer selbst willen, nicht etwa als Mittel zur Verwirklichung des Traums von der deutschen Kaiserkrone, geschweige denn, um dem Hohenzollernhaus Kaiserwürde und Kaisermacht zu erringen, oder aus Bewunderung und Liebe für den ehrwürdigen König von Preußen, Wilhelm den Ersten. Ohne Klarheit hierüber ist ein Verständnis des Wesens der Reichsschöpfung und der nachfolgenden Reichsgeschichte bis 1918 nicht möglich.

Der glänzende, schnelle Verlauf des siegreichen Krieges von 1870/71 unter der Führung Preußens rückte ohne weiteres die Verwirklichung der deutschen Einheit in unmittelbare Nähe. Schon vorher hatte der Sieg Preußens, 1866 über Österreich, Bismarck ermöglicht, den Norddeutschen Bund zu schaffen und den Bundes-Reichstag. Zugleich begann der Bundeskanzler Bismarck mit den nicht zum Norddeutschen Bund gehörigen süddeutschen Staaten über engeren Zusammenschluß erfolgreich zu verhandeln. In diesem Stadium kam der Konflikt mit Frankreich, dessen siegreiche Beendigung, seit der Schlacht von Sedan am 1. und 2. September, unzweifelhaft war. In dieser Hochstimmung im Felde und in ganz Deutschland mußte das Eisen, das schon so lange im Feuer lag, seine fertige Form erhalten — der Kaiser mußte geschaffen werden. Aber wie?

Noch immer gab es in Deutschland zwei Dutzend regierende und herrschende Monarchen: vier Könige von Napoleons Gnaden, dann Großherzöge, Herzöge und Fürsten. Auch diese Fürsten hatten die Notwendigkeit der

Einung begriffen, zum Teil auch die Unaufhaltsamkeit dieser Strömung in sich selbst gespürt. Der Bundesgedanke war ihnen geläufig. Während der unrühmlichen Jahrzehnte des „Deutschen Bundes" hatte man, nicht eben so, wie bis zur Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, aber ähnlich, das alte habsburgische Kaiserhaus anerkannt und als übergeordnet angesehen, aus traditionellem, im übrigen perversem Respekt vor der Kaiserwürde an sich und als einzige Großmacht unter den deutschen Staaten. Der Gedanke einer preußischen Großmacht war den meisten unsympathisch, die Preußen waren unbeliebt, und man empfand Furcht im Gedanken an eine preußische Großmachtstellung in Deutschland. In den sechziger Jahren noch erklärte ein Sprecher im preußischen Parlament: Preußen müsse der Großmachtkitzel ausgetrieben werden. Die beiden Kriege und Siege seit 1864 beseitigten alle derartigen Befürchtungen, Widerstände und Hoffnungen. Preußen war nun Großmacht und unter den deutschen Staaten — Österreich war ja ausgeschieden — die anerkannte Groß- und Vormacht in Deutschland, Großmacht auch unter den Großmächten Europas. An diesen Tatsachen war nicht mehr zu deuteln und nichts mehr zu ändern.

Mit den Regierungen und — wo solche waren — Parlamentsmehrheiten der einzelnen deutschen Staaten war Bismarck 1870/71 verhältnismäßig rasch einig geworden und mit den meisten Fürsten auch. Auch die Reichsverfassung war fertig: „einen ewigen Bund" schlossen die deutschen Fürsten. An der Spitze dieses Bundes sollte als „Bundespräsidium" der König von Preußen stehen, und zwar mit außerordentlichen Befugnissen und Vorrechten, in erster Linie: Entscheidung über Krieg und Frieden, unbeschränkter Oberbefehl über die Wehrmacht im Kriege.

Der König von Preußen aber war nicht der einzige König in Deutschland, sondern außer ihm der Herrscher des größten deutschen Staates nach Preußen, der König von Bayern und die Könige von Sachsen und Württemberg — „alle angestammte" Fürsten ihrer Länder, alle, selbstverständlich, von Gottes Gnaden. Es erschien unmöglich, jedenfalls als eine tiefe Bitterkeit erzeugendes Verlangen, daß diese Könige von Gottes Gnaden sich dem preußischen König unterwerfen sollten. Bismarck erkannte die Schwierigkeit und ihr Wesen und war entschlossen, sie ohne Fürstenstreit zu beseitigen:

Ohne Wissen König Wilhelms ließ er von Versailles durch eine vertrauenswürdige bayrische Persönlichkeit ein Schreiben an König Ludwig den Zweiten persönlich überbringen. Dieses Schreiben war ein Entwurf für einen Brief, den König Ludwig, nach Bismarcks Bitte, an König Wilhelm schreiben und schicken sollte. Jene bayrische Persönlichkeit, Graf Holnstein, hatte den Auftrag, nachdem der König den Entwurf eigenhändig abgeschrieben und

unterschrieben hatte, den Brief wieder nach Versailles zu Händen Bismarcks zu bringen.

Der wichtigste Teil des Bismarckschen Entwurfs lautete:

„Ich habe mich zu deren (der dem Könige von Preußen übertragenen Präsidialrechte über alle deutschen Staaten) Vereinigung in einer Hand in der Überzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes und seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde, zugleich aber in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium nach der Verfassung zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Ew. Majestät im Namen des gesamten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben. Ich gabe mich daher an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage gewendet, gemeinschaftlich mit mir bei Ew. Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte mit der Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde."

Damit wurde Bismarcks Doppelzweck erreicht, denn König Ludwig von Bayern und seine königlichen Kollegen brauchten nun nicht mehr sich einem König zu unterstellen; außerdem gewann das Schreiben des Königs gerade dadurch einen volkstümlichen und hochherzigen Anstrich, daß der König des größten Bundesstaates nach Preußen, der, bisher als Gegner eines deutschen Reiches, nun selbst dem König von Preußen die Kaiserwürde anbot und nach außen in der ersten Linie der Repräsentant der Einigkeit der deutschen Fürsten erschien. Die Könige wahrten so einerseits das hohe Gefühl ihrer Würde, sie vergaben sich nichts, indem sie sich nicht dem König von Preußen unterzuordnen bereit waren, sondern dem Deutschen Kaiser. Hindurch klang sympathisch der Verzicht zugunsten der Einigung und Einigkeit.

König Wilhelm seinerseits sah sich unerwartet in eine Zwangslage gesetzt. Er erkannte dies, aber es wurde ihm äußerst schwer, sich in sie zu fügen.

Nach Ankunft des königlichen Schreibens aus München las Bismarck dieses in Gegenwart des Kronprinzen vor. Dieser schrieb hierzu in sein Tagebuch:

„Seine Majestät war über den Inhalt dieses Briefes ganz außer sich vor Unwillen und wie geknickt; er scheint demnach nicht zu ahnen, daß das Konzept von hier aus nach München gegangen ist ... Der König war heute nicht umzustimmen und sah in ‚Kaiser und Reich' eigentlich nur ein Kreuz für sich selbst, wie auch für das preußische Königtum überhaupt." — Der Kronprinz hingegen war für Kaiserwürde und Kaisertitel begeistert.

Der alte König setzte gerade dem Kaisergedanken heftigen Widerstand entgegen. Zu Bismarck sagte er: „Was soll mir der Charakter Major?" Er verglich den Kaisertitel mit der Verleihung des „Charakters" eines Majors

an einen verabschiedeten Hauptmann, dessen tatsächliche Stellung dem Titel nicht entspricht. Das Präsidium des neuen Bundes der neuen Staaten zu übernehmen war König Wilhelm ohne weiteres bereit. Bismarck wandte ein: er, König Wilhelm, wolle doch nicht immer ein Neutrum bleiben, nämlich: „Das Präsidium". In dem Ausdruck Präsidium liegt eine Abstraktion, im Worte Kaiser eine große Schwungkraft. Am 18. Januar sollten Kaiser und Kaiserreich in Versailles ausgerufen werden. Am 17. Januar noch schrieb König Wilhelm an den Prinzen Karl von Preußen über den Kaisertitel:

„Ich halte die preußische Familie für geschichtlich so hochstehend und durch die Taten, die Preußen namentlich vor 56 Jahren und seit 1866 vollbrachte, so glorreich dastehend, daß ich todunglücklich bin, den preußischen Königstitel in zweite Linie treten zu sehen!"

Der seelische Konflikt des alten, würdigen, phrasenlosen und unbedingt ehrlichen Königs ist nicht allein menschlich interessant, sondern ist und bleibt für die dann kommenden Jahrzehnte, in manchmal verschiedenartigen Formen, auch ein politisches Element von nicht geringer Bedeutung. Deswegen auch behandeln wir die politischen und menschlichen Vorgänge in der Geburtsstunde des Zweiten Reiches ausführlicher. —

Ein weiteres Moment war in die Regelung der Kaiserfrage hineingetreten: nicht nur an den Fürstenhöfen, sondern auch in der Bevölkerung fanden eifrige Erörterungen darüber statt, wie der Titel zu formulieren sei. Aufsehen erregte und Beifall fand die Forderung des berühmten Professors Du Bois-Reymond: „Herzog der Deutschen". Dies entsprach der nationalen Einheitsbewegung, die seit den Befreiungskriegen besonders die Jugend erfüllte. Der „Herzog der Deutschen" aber war ein romantisches Wunschbild, gegenüber der rauhen Wirklichkeit des Vorhandenseins von zwei Dutzend selbständiger, souveräner deutscher Staaten und Fürsten. Diese hätten ihre Titel und Würden ablegen müssen, um sich dem „Herzog der Deutschen" zu unterstellen, und dieser selbst, der König von Preußen, wäre der letzte gewesen, schon die angeführten Äußerungen König Wilhelms beweisen es, sein preußisches Eigentum aufzugeben.

Bereit war König Wilhelm aber zur Annahme der Würde eines „Kaisers von Deutschland" oder „Königs von Deutschland", auch „König der Deutschen" findet sich unter den Anregungen und Vorschlägen. Wie er schon durch seinen Vergleich mit dem „Charakter-Major" zum Ausdruck brachte, hatte König Wilhelm einen gesunden edlen Widerwillen gegen alle leeren Titel. Sollte er den Titel annehmen, so mußte seiner Meinung nach auch eine entsprechende Höhe der Stellung, also auch der Macht, dahinter sein. Mithin: wenn schon — denn schon! Aber auch hier stand die Menge der souve-

ränen Fürsten als ein unüberwindliches Hindernis diesem Anspruch entgegen. Sie wollten weder einen deutschen Einheitsstaat, noch dachten sie an Verzicht auf ihre Würde und Stellung, den sie einem Kaiser oder König von Deutschland gegenüber hätten leisten müssen. Sie verstanden und konnten auch, angesichts der damaligen Lage und Auffassungen, unter der Schöpfung eines neu entstehenden Deutschen Reichs kaum etwas anderes verstehen als einen Bund, der sich von dem alten Deutschen Bunde unter Österreichs bzw. Habsburgs anmaßender Autorität wesentlich unterschied.

Der Dualismus: Preußen—Österreich war durch Königgrätz beendet, das preußische Gewicht von unbedingt ausschlaggebender Schwere: Der neue Bund konnte deshalb einheitlich sein, die Bundesfürsten mit ihren Staaten sich mit einer gewissen Selbstverständlichkeit und Selbständigkeit um Preußen zusammenschließen. Damit sie es freiwillig täten, gab ihnen Bismarck so viel Unabhängigkeit und Selbständigkeit, wie es sich irgend mit dem Wesen eines wirklichen Bundes vereinigen ließ. Er kannte die Psychologie dieser deutschen Dynastien, auch der Bevölkerungen, z. B. derjenigen Bayerns, um neben mancher Abneigung auch die Besorgnis zu würdigen: in dem neuen Bunde bzw. Reiche werde es nach und nach allen Bundesstaaten so gehen wie Hannover und Hessen nach 1866.

Man kann ohne Übertreibung sagen: Das Deutsche Reich wäre 1871 nicht zustande gekommen, wenn Bismarck nicht verstanden hätte, das Vertrauen der Fürsten, ihrer Stände und Parlamente zu gewinnen, dahin, daß die neue Verfassung unter allen Umständen gewissenhaft eingehalten werden und das Reich genau auf der „föderativen Grundlage" bleiben würde, wie die Reichsverfassung sie festlegte. Zu Bismarck und Wilhelm dem Ersten hatte man dieses Vertrauen, und Bismarck begriff, daß dieses unter keinen Umständen auch in folgenden Jahrzehnten enttäuscht werden dürfe. Noch in den achtziger Jahren brachte der König von Bayern in einem Brief dieses Vertrauen auf Bismarck zum Ausdruck, hinter dem leise die Besorgnis immer wieder stand, daß es vielleicht doch einmal anders kommen könne.

*

Der 18. Januar 1871 nahte heran, und König Wilhelm bestand darauf, daß er zum „Kaiser von Deutschland" ausgerufen werde, sonst nähme er den Kaisertitel nicht an. Bismarck führte ein letztes Argument ins Feld: der Reichstag habe mit der Reichsverfassung bereits den Titel für das Bundespräsidium: „Deutscher Kaiser" angenommen, die Sache sei nicht mehr rückgängig zu machen. Der König lehnte heftig ab, geriet in höchste Erregung, kehrte Bismarck den Rücken und brach die Unterhaltung ab.

Am Vormittag des 18. Januar sollte die Feier stattfinden. Der Großherzog von Baden sollte den Kaiser ausrufen. Bismarck erzählt, wie er am Morgen des 18. Januar noch nicht gewußt habe, wie die entscheidenden Worte lauten würden. Der Großherzog von Baden erklärte dem Kanzler: „Als Kaiser von Deutschland, nach dem Befehl Seiner Majestät." Bismarck setzte dem Großherzog die Gründe dagegen noch einmal auseinander, wies mit besonderem Nachdruck auf den Beschluß des Berliner Reichstags hin. Der Großherzog begab sich dann allein zu König Wilhelm, und Bismarck harrte während der Feier gespannt auf den Wortlaut der Proklamation: der Großherzog von Baden umging die Schwierigkeit, wie Bismarck schreibt, dadurch: „daß er ein Hoch weder auf den Deutschen Kaiser noch auf den Kaiser von Deutschland ausbrachte, sondern auf ‚Kaiser Wilhelm'". Kaiser Wilhelm nahm Bismarck die Sache so übel, daß er während der Feier den Generalen die Hand gab, den Kanzler aber ignorierte und in dieser Haltung mehrere Tage verharrte.

Für uns heute hat das Wichtignehmen jener Schwierigkeiten und Kämpfe eher das Wesen einer Groteske; aber so war einmal die fürstliche Atmosphäre. Bismarck stand dem ganz nüchtern gegenüber, er betrachtete die Ansprüche und Ansichten und Zwiespälte unter den Fürsten nur unter dem Gesichtspunkt der nervenaufreibenden Schwierigkeiten, die sie ihm, dem Kanzler, für die Durchführung seines großen Werkes bedeuteten. In dieser Stimmung sagte er im Kreise seines Stabes im Hauptquartier: „Ich dachte eben wieder einmal, was ich schon oft gedacht habe, wenn ich doch nur ein Mal auf fünf Minuten die Gewalt hätte, zu sagen: so wird es, und so nicht!, daß man sich nicht mit warum und darum abzuquälen, zu beweisen und zu bitten hätte in den einfachsten Dingen. Dieses ewige Reden und Betteln müssen!"

Den Stolz des Königs auf Preußen und dessen ruhmreiche Vergangenheit und auf das Hohenzollernhaus mußte man an sich und kann man auch heute durchaus anerkennen. Als König von Preußen war er durch eine jahrhundertelange Vergangenheit angestammt und König aus eigenem Recht. Als solcher fühlte sich König Wilhelm auf einer viel höheren Ebene — denn als Präsident des Staatenbundes der deutschen Fürsten mit dem verfassungsmäßigen Titel „Deutscher Kaiser". Es erschien ihm vollends als eine Herabsetzung, eine Deklassierung, daß ein Reichstag in der von diesem beschlossenen Verfassung für den neuen Bund — ihm, dem König von Preußen, von Gottes Gnaden und aus eigenem Recht, den Titel: „Deutscher Kaiser" zuzuerkennen, einfach beschließe. Er witterte darin das liberale Element, dessen sich Bismarck bediente, um Kaiser und Reich zu machen. Man wird auch in der Folge unserer Schilderung der nächsten Jahrzehnte nicht ver-

gessen dürfen, daß die Neugründung des Deutschen Reiches durchaus nicht in konservativem Geiste erfolgte, auch nicht in liberalem. Bismarck bediente sich dieser beiden Richtungen lediglich in dem Gedanken, unter allen Umständen sein jeweils nächstnötiges großes Ziel durchzusetzen. Daß er den Parlamenten an sich ebenfalls keinerlei Achtung entgegenbrachte, hat er im Konflikt der ersten sechziger Jahre und späterhin genugsam gezeigt.

Für den König ist also die Annahme des Kaiser-Titels zunächst eine sehr schwere und qualvolle Überwindung gewesen, nicht etwa ein mehr oder minder kokettes Zaudern und Sich-Zieren. Alle solche Dinge lagen König Wilhelm fern. Ebensowenig handelte es sich um ein bewußtes Spiel, etwa, wie es Shakespeare in seinem „Richard der Dritte" vorführt: Richard läßt sich in einem abgekarteten Spiel die Königskrone anbieten, weist sie zweimal zurück und nimmt sie das drittemal. Nein, dieser innere Kampf Wilhelms des Ersten war von Anfang bis Ende echt.

Mit der Zeit erkannte auch er die Wahrheit des Bismarckschen Urteils: in dem Worte Kaiser liege eine große nationale Schwungkraft. Freilich war es nicht das Wort Kaiser allein, sondern vor allem die ehrwürdige Persönlichkeit dieses Herrschers. Es läßt sich nicht entscheiden, aber die Frage muß aufgeworfen werden, ob es Bismarck gelungen sein würde, das Reich zustande zu bringen, wenn nicht Wilhelm der Erste, sondern eine Persönlichkeit König von Preußen gewesen wäre, die nicht so wie er eine allgemeine Verehrung und ein unbegrenztes Vertrauen genossen hätte. Wilhelm hatte als Prinz in den Befreiungskriegen an der Front gekämpft und sich durch Tapferkeit ausgezeichnet, vorher die Napoleonische Erniedrigung und Leidenszeit durchgemacht, dann die zweite Erniedrigung Preußens in den Revolutionsjahren um 1848. Dann war er im Jahrzehnt von 1862 bis 1871, zur höchsten Höhe emporsteigend, zum Symbol des Kaisergedankens geworden, ohne Ruhmsucht und Ehrgeiz nur einer für ihn bitteren Pflicht Gehorsam leistend.

Fürsten — Allgemeines Stimmrecht

Sieht man von Kleinlichkeiten und Nebendingen ab, so ist nicht in Abrede zu stellen, daß die damalige Generation deutscher Fürsten sich für das Zustandekommen des neuen Deutschen Reiches ein geschichtliches Verdienst erworben hat, auch weil die Fürsten begriffen, daß dieser politische und wirtschaftliche Zusammenschluß schon längst eine Notwendigkeit geworden, daß der große Augenblick jetzt da war und nicht verpaßt werden durfte, und daß

sie in dem Preußen Wilhelms und Bismarcks den Kraftmittelpunkt erkannten, um den sie sich herumzuschließen hatten.

Auf den ersten Blick mag es erstaunlich erscheinen, daß die Fürsten, diese geschichtlichen Repräsentanten und weitgehend Urheber der deutschen Zersplitterung, hier als unerläßliche Faktoren der Neuschöpfung des Reiches zusammenkamen.

Hierüber gibt Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" Aufschluß in dem Kapitel: „Dynastien und Stämme":

„Niemals, auch in Frankfurt (wo Bismarck Bundesgesandter war) bin ich darüber im Zweifel gewesen, daß der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag, und nicht bei der Publizistik in Parlament und Presse oder bei der Barrikade. Die Kundgebungen der öffentlichen Meinung der Gebildeten in Parlament und Presse konnten fördernd und aufhaltend auf die Entschließungen der Dynastien wirken; aber sie förderten zugleich das Widerstreben der letzteren vielleicht häufiger, als daß sie eine Pression in nationaler Richtung ausgeübt hätten."

Zum Verständnis dieser Sätze muß bemerkt werden, daß in der Sprache der damaligen Zeit unter „deutscher Politik" verstanden wurde: eine Politik, die an erster Stelle deutsche Einheit, tunlichst mit Erneuerung des deutschen Kaisertums, zum Ziel hatte, eine Politik also, die Beseitigung der ganzen Kleinstaaterei und ihrer Fürsten wollte.

Wer vor 1848 „deutsche Politik" treiben wollte, der bekannte sich damit also als „Jakobiner", „Demokrat". So wurden in der vom Fürsten Metternich in Europa beherrschten Periode Männer wie Gneisenau, Scharnhorst, Stein, Arndt und andere genannt. Sie alle und die ihnen folgende Generation des mittleren Teils des Jahrhunderts, die so dachten und wollten: „Das ganze Deutschland soll es sein!", galten als Feinde der staatlichen Autorität, hatten keine Ehrfurcht vor „Thron und Altar" und keinen Respekt vor der Heiligkeit der Legitimität und des Gottesgnadentums der Monarchen; sie wollten die Einheit der deutschen Nation und waren damit Gegner, ja Feinde des Bestehenden.

Das waren aber diejenigen Elemente, die Bismarck in seinen obigen Sätzen charakterisierte als: „Publizistik in Parlament und Presse oder Barrikade, als öffentliche Meinung der Gebildeten in Parlament und Presse"; also eine einigermaßen gemischte Gesellschaft, in der aber deutscher Idealismus überwog, und die, im großen gesehen, dasselbe wollten wie Bismarck, nämlich: „Deutsche Politik".

Bismarck erkennt schon als Bundesgesandter in Frankfurt, daß der Schlüssel zur deutschen Politik nicht bei jener schwärmenden Jugend, nicht bei jüngeren und älteren Romantikern, nicht bei den Vertretern der gei-

stigen Schichten, auch nicht bei den doktrinären Demokraten lag, sondern bei den Fürsten und Dynastien. Sie seien entscheidend gewesen, hätten den Schlüssel zur deutschen Politik gehalten, während die Meinung der Gebildeten höchstens fördernd oder hindernd auf die deutsche Richtung hätte einwirken können.

Die Richtigkeit dieses Gedankengangs erkannte von sich aus kurz nach 1864 Heinrich von Treitschke. Er, der selbst begeisterte, liberale Vertreter einer deutschen Politik, in damaligem Sinne verstanden, gehörte, ehe er das deutsche Ziel Bismarcks begriff, zu den heftigsten Gegnern des preußischen Ministerpräsidenten. Er schrieb nach 1864 aber: „Vom dynastischen Bunde zum nationalen Staate gelangt man nur durch einen Sprung." — Das wußte auch Bismarck. Er wußte auch, daß dieser Sprung mit dem Schwert in der Hand gemacht werden mußte, und daß nur er, Bismarck, allein ihn machen konnte.

Treitschke schreibt weiter:

„Nein, die Zersplitterung Deutschlands wird nicht aufrechterhalten durch den Standeshaß der Deutschen, sondern allein durch das Interesse der Höfe und ihres Anhangs. Wir stehen, wie die Schweiz und die Niederlande in den Zeiten der Französischen Revolution, vor einem jener verhängnisvollen Wendepunkte der Geschichte, wo alles möglich scheint, weil die Herrschenden allein ernstlich wünschen, das Bestehende zu erhalten. Aber hinter dem dynastischen Partikularismus drohen die Kronen aller vereidigten Heere, droht das ganze Rüstzeug der organisierten Staatsgewalt ... Er, der dynastische Partikularismus, bedarf der Gründe nicht, er erfreut sich der Macht, und dieser gewaltigen Macht haben die Patrioten vorläufig sehr geringe Mittel entgegenzusetzen. Nur unerträgliche, stündlich quälende Leiden erfüllen ein Volk mit jener großen politischen Leidenschaft, die rettende Entschlüsse gebiert."

Das also war für Bismarck wie für Treitschke der, richtig erkannte, springende Punkt: bei den Dynastien, den vereidigten stehenden Heeren, der Krone lag die Macht. Den „Patrioten" standen nur verhältnismäßig geringe Machtmittel zur Verfügung, also konnten sie jenen Sprung zum nationalen Staat nicht machen. Denselben Gedanken drückt Bismarck aus, wenn er sagt: bei den Dynastien habe der Schlüssel zur deutschen Politik gelegen.

Für den realpolitischen Staatsmann Bismarck, der das deutsche Ziel wollte, ergab sich mithin die Folgerung, die Dynastien bzw. die Fürsten so oder so zu gewinnen; solche Fürsten, die nicht zu gewinnen waren, zu beseitigen. Zuerst und vor allem mußte, um den Weg zu einer deutschen Politik zu bahnen, der Habsburger Staat ausgeschaltet werden.

Bismarck schreibt: „Der gordische Knoten deutscher Zustände ließ sich nicht in Liebe dualistisch (durch Preußen und Österreich im Verein) lösen, sondern nur militärisch zerhauen." Dieser Weg mußte nach Königgrätz führen und über Königgrätz nach Sedan und Versailles.

Zur Charakteristik der Dynastien sagt in demselben Kapitel Bismarck: „Die Dynastien bildeten überall den Punkt, um den der deutsche Trieb nach Sonderung seiner Kristalle ansetzte." Im Kriege 1866 hätten die Dynastien verschuldet, „daß sächsisches, hannöversches und hessisches Blut nicht für die deutsche Einheit, sondern dagegen vergossen worden ist".

Das sind harte Vorwürfe, sie genügen zur Beurteilung, daß Bismarck am allerwenigsten sich irgendwelche Illusionen über die Stellung der deutschen Fürsten zur Reichseinheit und zu einer „deutschen Politik" machte.

Was er hierzu in demselben Kapitel schrieb, setzen wir hier bereits her, einmal, weil dieser Gedanke wichtig für seine damalige Handlungsweise ist, ferner, weil sich die Entwicklung nach 1871 in einer anderen Richtung, als Bismarck meinte, vollzogen hat. Der November 1918 schließlich zeigte, daß die Dynastien bzw. ihre damaligen Träger und ihre Völker sich nur noch wenig zu sagen hatten. Bismarck schrieb:

„Deutscher Patriotismus bedarf in der Regel, um tätig und wirksam zu werden, der Vermittlung dynastischer Anhänglichkeit; unabhängig von letzterer kommt er praktisch nur in seltenen Fällen zur Hebung, wenn auch theoretisch täglich in Parlamenten, Zeitungen und Versammlungen; in der Praxis bedarf der Deutsche einer Dynastie, der er anhängt, oder einer Reizung, die in ihm den Zorn weckt, der zu Taten treibt ... als Preuße, Hannoveraner, Württemberger, Bayer, Hesse ist er früher bereit, seinen Patriotismus zu dokumentieren, wie als Deutscher; und in den unteren Klassen und Parlamentsfraktionen wird es noch lange dauern, ehe das anders wird." Die hannoversche und hessische Dynastie hätten sich nicht besonders bemüht um das Wohl ihrer Untertanen, „aber dennoch wird der deutsche Patriotismus der letzteren wesentlich bedingt durch die Anhänglichkeit an die Dynastie, nach welcher sie sich nennen ...: ‚Die deutsche Vaterlandsliebe bedarf eines Fürsten, auf den sich ihre Anhänglichkeit konzentriert. Wenn man den Zustand fingiert, daß sämtliche deutschen Dynastien plötzlich beseitigt wären, so wäre nicht wahrscheinlich, daß das deutsche Nationalgefühl alle Deutschen in den Friktionen europäischer Politik völkerrechtlich zusammenhalten würde, auch nicht in der Form föderierter Hansestädte und Reichsdörfer. Die deutsche würde fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das Bindemittel verlorenginge, welches in dem gemeinsamen Standesgefühl der Fürsten liegt.'"

Für seine Zeit hat, wie der Erfolg von 1870/71 bewies, Bismarck richtig gerechnet: gelang es ihm, die Fürsten für das Deutsche Reich um den König von Preußen als Kaiser zu einigen, so war das die Entscheidung; denn unzweifelhaft würden mit dem Entschluß der Landesfürsten deren „Untertanen" ohne weiteres folgen: der eine Teil, der liberale, weil er den Gedanken der deutschen Einheit und des Kaisers schon in der zweiten und dritten Generation vertrat; der andere, der konservative Teil, weil seine Fürsten sich dafür entschieden hatten. Ob der Fürst nun sah, daß ihm keine andere Entscheidung übrigblieb, oder ob er dem Einheitsgedanken und der damit verbundenen, recht weitgehenden Unterordnung ein wirkliches Verständnis entgegenbrachte und daher zum Opfer bereit war — das Ergebnis war das gleiche.

*

Das Deutsche Reich wurde so gut wie allein von Bismarck geschaffen; jedenfalls wäre es ohne ihn nicht geschaffen worden. Das unterliegt keinem Zweifel, wird auch wohl in keinem Geschichtsbuch in Frage gestellt. „Bismarck einte die deutschen Stämme und schuf das neue Deutsche Reich nach drei siegreichen Kriegen: der Väter Sehnsucht und unser Stolz!" wurde schnell zum Gemeinplatz; genügte auch.

Nach den ungeheuren Ereignissen zwischen 1871 und 1940, nach dem Beginn, dem Glanz und der Größe des Zweiten Reiches, nach dem Weltkrieg und dem tiefen deutschen Fall, nach den fünfzehn Jahren der Novemberrepublik, nach der deutschen Revolution, der Machtergreifung des Nationalsozialismus und dem großen inneren und äußeren Aufstieg des Dritten, des Großdeutschen Reiches — genügen aber solche kurze Feststellungen nicht mehr. Unser Interesse für 1870 und dessen Vorgeschichte verlangt eine tiefere Einsicht in die Grundlagen des Hohenzollernreichs.

Wollen wir heute die Entwicklung von 1871 bis 1914 auch nur im großen Zuge beurteilen, so brauchen wir zum mindesten eine gewisse Kenntnis für das Werden der Grundlagen des Reiches.

Die gleiche Notwendigkeit ergibt sich für das Verständnis der komplizierten Politik, die Bismarck bis 1870 treiben mußte, und wie er zwingend genötigt war, sein Spiel verdeckt zu halten. Er erzählt: während der ersten Hälfte der sechziger Jahre habe König Wilhelm ihn bisweilen vorwurfsvoll gefragt: „Sind Sie denn kein Deutscher?" Der König verstand die Politik seines Ministerpräsidenten nicht. Dieser schildert, wie maßlos schwer es König Wilhelm ankam, als Bismarck für notwendig hielt, daß Preußen aus dem Bunde der dreißig Fürsten ausschiede, und wieviel es Bismarck kostete, den König von der Teilnahme am Frankfurter Fürstentage abzuhalten.

„Diesem Schachzug zu widerstehen wurde meinem Herrn nicht leicht. Er wiederholte mehrmals die Erwägung: ‚Dreißig regierende Herren und ein König als Kurier!'" Die Einladung war in der Tat ein Schachzug zur Verhinderung der Gewinnung preußischer Unabhängigkeit und für „fürstliche Solidarität" im Kampf gegen den parlamentarischen Liberalismus, dem gleichen Kampf, den Bismarck mit anderem Ziel damals in Preußen führte.

Der König konnte sich von dem Gedanken der Solidarität der dreißig Fürsten so schwer trennen, auch, weil er noch immer an die Möglichkeit eines unter der Doppelherrschaft Preußen und Österreich zusammengeschlossenen Deutschlands glaubte, weitab von dem Reich, von dem „Ewigen Bunde" der deutschen Fürsten, dessen Krone er widerstrebend am 18. Januar 1871 sich als „Deutscher Kaiser" aufsetzen ließ.

Bismarck konnte dem Könige nicht sagen und ebensowenig seinen Ministerkollegen und vollends nicht dem preußischen Parlament: Alles, was ich tue, ob ich den Kampf gegen das Parlament führe, um Preußen seine genügende Wehrkraft zu sichern, ob ich Krieg führe, um Schleswig-Holstein zu Preußen zu bringen, oder gegen Österreich, um Preußens Überlegenheit ein für allemal festzustellen, oder gegen Frankreich — alles dient lediglich dem Ziele, um schließlich die Einheit des Deutschen Reiches, unter Preußens Führung, zu gründen und zu errichten! Bismarck galt als der stockpreußische reaktionäre Junker, der in seinem frivolen Hang zu gewissenloser Gewalttätigkeit ohne deutsches Verständnis für die heiligsten Gefühle des deutschen Volkes, das sich nach Einheit und Reich sehnte. Der preußische Ministerpräsident kenne und wolle nichts als ein reaktionäres Preußen.

Sowohl die deutschen Fürsten wie die Liberalen, wie die Konservativen waren empört, als Bismarck in der schleswig-holsteinschen Frage den Fürsten Friedrich von Augustenburg nicht zum Herrscher eines neu zu errichtenden unabhängigen Herzogtums Schleswig-Holstein machen wollte. Preußische Adlige beschworen Bismarck, den Krieg mit Österreich nicht zu führen. Sie begriffen sein Ziel nicht und riefen den Zorn Gottes auf ihn, der nicht in die Kirche ging, herunter wegen des „Bruderkrieges".

So mußte Bismarck bis wenige Jahre vor 1870 nach allen Seiten hin sein Spiel verbergen, um es gelingen zu lassen. Er mußte das ungeheure Mißtrauen, das ihm bald von dieser, bald von jener Seite entgegengebracht wurde, und den Haß ertragen. Er tat es, denn er war stark genug dazu.

1876, nachdem das alles längst erledigt war, sagte Bismarck im Parlament einem alten Demokraten: „Ich habe Objektivität genug, um mich in den Ideengang des Abgeordnetenhauses von 1862 bis 1866 vollständig einleben zu können, und habe die volle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damalige preußische Volksvertretung das, was sie für Recht hielt, vertreten

hat. Daraus mache ich niemandem einen Vorwurf. Sie konnten damals nicht wissen, wo meiner Ansicht nach die Politik schließlich hinausgehen sollte; ich hatte auch keine Sicherheit, daß sie faktisch dahin hinausgehen würde, und sie hatten auch das Recht, wenn ich es ihnen hätte sagen können, mir immer noch zu antworten: Uns steht das Verfassungsrecht unseres Landes höher als die auswärtige Politik."

Hätte Bismarck seinem König vor 1870 gesagt: er werde sich auch nicht scheuen, mit dem Liberalismus Politik zu machen, hätte er ihm vor 1864 gesagt, er werde unter Umständen für den Gedanken der Reichseinheit das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einführen, so würde er äußersten Widerstand gefunden haben. Wie er diesen seinen folgenschweren Entschluß gerechtfertigt hat, erklärt er in seinen „Gedanken und Erinnerungen" folgendermaßen:

Die Notwendigkeit habe bestanden, im Kampfe gegen eine Übermacht des Auslands auch zu revolutionären Mitteln zu greifen. Und deshalb — schreibt Bismarck — „hatte ich auch keine Bedenken getragen, die damals stärkste der freiheitlichen Künste, das allgemeine Wahlrecht, schon durch die Zirkulardepesche vom 10. Juni 1866 in die Pfanne zu werfen, um das monarchische Ausland abzuschrecken von Versuchen, die Finger in unsere nationale Omelette zu stecken".

Dieser revolutionäre Schritt erregte in Europa höchstes Erstaunen, in Deutschland vollends aufgebrachte Verblüfftheit, höhnisches, tiefes Mißtrauen und Entrüstung: man glaubte sich verspottet. Die liberale Richtung begriff nicht, wie der konservative preußische Reaktionär dazu komme und was er damit wolle; sie selbst mit ihrer freiheitlichen Politik hatten sich kaum ein so weitgehendes Ziel gesteckt. Was sollte das also bedeuten? — Die konservativen Elemente waren außer sich und jammerten über Bismarcks grundsatzlose Frivolität: derselbe Mann, der vier lange, schwere Jahre hindurch gegen das Parlament die preußische Monarchie nicht allein gerettet, sondern enorm gestärkt hatte und jeden Tag weiter stärkte, hatte nunmehr, um sich für den Kampf gegen Österreich zu stärken, das demokratischste aller Wahlrechte eingeführt!

Bismarck konnte nicht die Aufklärung geben, die er zwei Jahrzehnte später in den „Gedanken und Erinnerungen" niederlegte:

„Ich habe nie gezweifelt, daß das deutsche Volk, sobald es einsieht, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon freizumachen. Kann es das nicht, so ist meine Redensart, daß es reiten könne, wenn es erst im Sattel säße, ein Irrtum gewesen.

Die Annahme des allgemeinen Wahlrechts war eine Waffe im Kampf gegen Österreich und weiteres Ausland, im Kampfe für die deutsche Einheit, zugleich eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen Koalitionen. In einem Kampfe, der auf Tod und Leben geht, sieht man die Waffen, zu denen man greift, und die Werte, die man durch ihre Benutzung zerstört, nicht an: der einzige Ratgeber ist zunächst der Erfolg des Kampfes, die Rettung der Unabhängigkeit nach außen; die Liquidation und Aufbesserung der dadurch angerichteten Schäden hat nach dem Frieden stattzufinden."

An dieser Stelle unserer Darlegungen begnügen wir uns mit der Begründung, die Bismarck für seinen damaligen revolutionären Schritt nachträglich gab:

Er betrachtete den Krieg mit Österreich auf der einen Seite als notwendig, auf der anderen als ein Kämpfen auf Tod und Leben. Er wußte, daß keine Macht in Europa außer Rußland den Aufstieg Preußens zur wirklichen unabhängigen Großmacht und zur Herrin in Deutschland mit Freuden, jedenfalls zunächst, begrüßen würde. Er kannte die schon erwachende Eifersucht Frankreichs auf Preußen und das Mißfallen Englands an seinen bisherigen Erfolgen. Bismarck zog den Schluß: alle denkbaren und möglichen Mittel vorzubereiten, um auch im schlimmsten Falle den Erfolg zu sichern. Zu diesen Mitteln schien ihm „die damals stärkste der freiheitlichen Künste", das allgemeine Wahlrecht, geeignet zu sein, um im geeigneten Augenblick, wenn beispielsweise Frankreich sich in den Krieg einmischte, dort durch eine geeignete Propaganda die Revolution hervorzurufen, die dann sicher die Monarchie in Österreich und Ungarn und Napoleon stürzen würde. Napoleon wußte das natürlich auch.

Es ist mithin kein Zweifel daran, daß Bismarck das allgemeine Wahlrecht in der Hauptsache zunächst als Mittel, um den Sechsundsechziger Krieg zu gewinnen, einführte. Er konnte öffentlich nichts davon sagen. Deswegen stellte er Ende März 1866 einen vorher angekündigten Antrag in der Frankfurter Bundesversammlung auf Berufung eines allgemeinen deutschen Parlaments auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Stimmrechts. Von diesem sagte er: „Die Karte war ausgespielt, und wir haben sie als auf dem Tisch liegende Hinterlassenschaft vorgefunden." Das allgemeine Stimmrecht war nämlich in der Frankfurter Nationalversammlung von 1849 gefordert worden. Metternich war 1848 gestürzt worden, sein Geist war aber doch noch nicht verschwunden.

Der Antrag stieß bei beinahe allen größeren Bundesstaaten auf Abneigung und Ablehnung. Man bildete einen Ausschuß zur Untersuchung und verschob die Abstimmung. Sie ist niemals erfolgt, der österreichische Krieg überholte alles.

Der Konflikt, den Bismarck nach Königgrätz mit den Generalen und dem König hatte, weil diese den Siegeslauf der Armee fortsetzen wollten — während Bismarck dem König sagte: Wir haben keines Richteramtes zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben —, ist zu bekannt, um ihn noch ausführlich schildern zu brauchen.

Dieser Konflikt sei nur erwähnt, um zu zeigen, wie Bismarck klar und unentwegt sein Ziel: die deutsche Einheit, im Auge behielt, die mit ihm stand und fiel. Daneben war ihm alles nur Mittel. Es war auch nicht Eroberungslust, die ihn zur Annektierung von Hannover und Hessen und eines Teils von Sachsen trieb, sondern die Überzeugung, daß Preußen seine Aufgabe: der deutsche Einigungspunkt zu werden, nur erfüllen könne, wenn es die unbedingte Vormacht in Deutschland wurde. Mit äußerster Beschleunigung führte er die Friedensverhandlungen mit Österreich, setzte bei dem König die mildesten Friedensbedingungen durch, nahm Österreich kein Land. Je länger die Verhandlungen dauerten, desto größer würde die Gefahr französischer und englischer Einmischung, einer vielleicht verhängnisvollen Störung auf dem Wege zur deutschen Einheit werden. In der Zukunft aber sah Bismarck als nächstes Ziel ein Bündnis mit Österreich und als Endziel die großdeutsche Einung, die erst Adolf Hitler gebracht hat. Deshalb durfte nicht durch harte Friedensbedingungen Österreich mit dauernder Bitterkeit und Haß erfüllt werden.

Die Erklärung Bismarcks für seinen revolutionären Schritt ist für ihn charakteristisch: In solcher Lage und vor einem solchen Unternehmen heißt es: Helfe, was helfen mag! Ist das Ziel erreicht, und zeigen sich die angewandten Mittel später als schädlich, so muß man sich ihrer wieder entledigen! —

Den gewollten Erfolg erreichte Bismarck 1866. Ob er ihn ohne das allgemeine und gleiche Stimmrecht erreicht haben würde, besonders auch nach der innerpolitischen Seite, läßt sich nicht beweisen, weder nach der positiven noch nach der negativen Seite hin.

ERSTES BUCH

MEHR SEIN ALS SCHEINEN

ERSTER ABSCHNITT

Der lange Weg zur deutschen Einung

Die Französische Revolution und der deutsche Gedanke

Man ist gewöhnt, die Französische Revolution von 1789 mit äußerstem Abscheu in Bausch und Bogen zu verwerfen. Es gibt kaum ein Übel und eine schlechte Wirkung, die ihr in der üblichen Geschichtsschreibung, besonders der Schule, nicht beigemessen wurde. Wir beabsichtigen keine „Ehrenrettung" der Revolution von 1789, halten aber gerade für unsere Untersuchung geboten, ohne doch die Greuel der Revolution im mindesten verkleinern zu wollen, auch den Gedanken, aus dem sie hervorging, und was sie an Wirkungen mit sich brachte, uns wieder bewußt zu machen:

Die Französische Revolution war ursprünglich eine Bewegung zur nationalen Befreiung, um durch sie zur Freiheit zu gelangen. Die Geister und Seelen wollten sich befreien vom Absolutismus der Kirche, vom Absolutismus auch der Monarchie und des Adels. Wie weit und in welchen Hauptpunkten dieses Ziel überschossen wurde, welche fremden Elemente sich im Verlauf der Bewegung mit wachsendem Einfluß eingeschlichen haben, ist eine Sache für sich. Festzuhalten bleibt das Leitmotiv: die Befreiung.

In Deutschland drückte der Absolutismus der zahlreichen größeren und kleineren Fürsten und besonders stark in allen den deutschen Gebieten, die der Dreißigjährige Krieg verarmt und in hohem Grade entvölkert hatte. Die Generationen jenes Jahrhunderts hatten immer nur gelernt zu dulden und zu leiden, zu darben, sich mühsam und unterdrückt durch das Leben zu schleppen, in Demut und Scheu und in wachsendem verhehltem Haß unter dem jeweiligen Herrscher zu leben und unter den vielen kleineren Herren: dem Adel. Die Fürsten hatten keine deutschen Ziele, fühlten keine Verbundenheit, bei seltenen Ausnahmen, mit ihren Untertanen. Ihr Bestreben war darauf gerichtet, ihre Fürstentümer auf Kosten anderer Fürsten zu vergrößern, und sie nahmen keinen Anstoß daran, sich dazu der Hilfeleistung des Auslandes zu bedienen. Über den damaligen Zustand des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" braucht kein Wort verloren zu werden. Die alte „Kaiserherrlichkeit" war einerseits zu einem romantischen Traum der Vergangenheit geworden, andererseits zu bitterem Lachen oder zum Deckmantel für egoistische Zwecke, die durch Frankreich sorglich gepflegt wurden.

Wie wenige mochten wohl jenes Wort des Großen Kurfürsten von Brandenburg verstehen: „Bedenke, daß du ein Deutscher bist!" Ein Wort, das diesem Fürsten zur höchsten Ehre gereichte; als Motto des Alldeutschen Verbandes im neunzehnten Jahrhundert wurde es wieder lebendig: nach wie vor die deutsche Mahnung. Erst der Nationalsozialismus hat dem Wort die Verwirklichung der Tat und seine Erfüllung gegeben.

Auch Friedrich Wilhelm der Erste von Preußen bekannte sich als „deutscher Fürst" und hatte als solcher ausgesprochenes Ehrgefühl dem Ausland gegenüber; sonst war dieser Standpunkt nicht eben häufig zu finden, ebensowenig wie die tyrannische, jedoch ganz unegoistische, nur auf das Gemeinwohl gerichtete Leidenschaft Friedrich Wilhelms, sein Volk zu erziehen, anstatt es auszunutzen. Ebenso wie sein großer Sohn den Vater später erkannt und hoch gewürdigt hat, so ist Friedrich Wilhelm solche Anerkennung, besonders in unseren Tagen, verdient und reichlich geworden. Man tritt ihm aber nicht zu nahe mit dem Urteil, daß sein verachtungsvoller Haß gegen Geistesbildung und dazu die den Stock begleitende Forderung: „Ihr Hunde sollt mich lieben!" doch in der Linie geistiger Verarmung und Unselbständigkeit wirken mußte und gewirkt hat, besonders auch auf geistige Unfreiheit.

Den großen König Friedrich hat man laut und leise getadelt, weil er sich mit geistig bedeutenden Ausländern umgab und ausgedehnte Briefwechsel mit ihnen unterhielt. Das begründete sich doch vielleicht mehr, als man wahrhaben will, in der, natürlich von Ausnahmen abgesehen, geistigen Unfruchtbarkeit seines Landes, freilich auch darin, daß der König hier wenig Ermutigung zuteil werden ließ, wenn er überhaupt ein Interesse zeigte. Daß er im Alter für den geistigen Aufschwung in Deutschland kein Verständnis und keine Teilnahme mehr aufbringen konnte, ist kaum zu verwundern. Dagegen wurde er, obgleich er Österreich Schlesien abgenommen hatte, nur an sein Preußen und an dessen Macht und Zukunft gedacht hatte, der deutsche Held, über alle Grenzen zwischen den Fürstentümern hinweg. Goethe drückt es in seinem bekannten Wort prägnant aus: Man sei in der Jugend fritzisch gesinnt gewesen, „denn das ging uns Preußen an". Lessing erkannte in diesem Preußen den Gedanken und die Hoffnung deutscher Zukunft. Durchschnittlich freilich beschränkte sich das deutsche Sichbewußtwerden auf das geistige Gebiet, im besonderen auf das schöngeistige, oft mit dem Blick auf weit zurückliegende — auch der damaligen Geschichtsforschung nur nebelhaft verstandene und bekannte — Bezirke alter deutscher Vergangenheit, wie bei Klopstock; zu erwähnen wäre da auch Stolberg und, freilich mit ganz anderer Kraft und Lebendigkeit: der „Götz von Berlichingen", ein revolutionäres Stück, dessen Helden Goethe kennzeichnet als einen „rohen, wohlmeinenden Selbsthelfer in wilder, anarchischer Zeit".

Genug, der Stolz auf die Vorfahren und das Suchen nach ihnen begannen, leise wirksam zu werden. Aber diese und ähnliche Regungen waren politisch nicht zu bemerken, konnten den politischen Sinn, Stolz und Ehrgeiz, geschweige denn den deutschen, noch nicht erwecken. Die Taten Friedrichs hatten, wie das Wort Goethes ausdrückt, nur die Bewunderung für die große Persönlichkeit, für den Helden erweckt und auch das nur bei solchen Menschen der damaligen Zeit, in denen der Sinn für Heldenbewunderung lebte. Die Friedrich-Dichtungen von Gleim zündeten und gewannen große Volkstümlichkeit, wie Goethe sagt: weil sie mit und bei der Tat entstanden waren. Aber auch darüber hinaus war eine Wirkung, die sich schon dem nationalen deutschen Gedanken näherte: der allgemeine Jubel in Deutschland, als Friedrich die Franzosen bei Roßbach geschlagen hatte; freilich auch: „Und wenn der große Friedrich kommt und klopft nur auf die Hosen, so läuft die ganze Reichsarmee, Panduren und Franzosen!"

Der Einfluß der Franzosen durch ihr Schrifttum auf den Geschmack, die Sitten und Gebräuche und auf das ganze gesellschaftliche Leben an den Höfen, in Adel und Bürgertum war ungeheuer. Da wurde Lessing, auch durch Friedrich wieder, der große Wecker in Gestalt seiner „Minna von Barnhelm".

Die französische Überfremdung erstreckte sich besonders auf die Sprache: auf das „Parlieren". Fürsten und Adlige gingen auf diesem Wege voran, bei vereinzelten um so rühmlicheren Ausnahmen. Dabei bildete sich im Volke doch auch eine Gegenströmung heraus, gegen die deutschen Affen französischen Wesens, und das ahnende Verständnis, daß Sprache und Wesen eines Volkes diesem gehört und dessen Nachahmung durch ein anderes Volk würdelos, unerfreulich, korrumpierend und lächerlich wirkt.

Das Bürgertum, auf so viele kleine Staaten verteilt, bei einer nach unseren heutigen Maßstäben unglaublich dünnen Bevölkerung, wollte in der Hauptsache Ruhe und Frieden, um mit Fleiß und Beharrlichkeit wieder allmählich vorwärtszukommen; auch das deutsche Bildungsstreben regte sich wieder. Die in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts lebenden Generationen, im Gesamtrahmen der wirtschaftlichen Lage noch unter den furchtbaren Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges leidend, in niedriger Lebenshaltung langsam sich Schritt für Schritt emporarbeitend, strebten nach allem, was ihre Vorfahren der vergangenen hundert Jahre und vorher hatten entbehren müssen, nach einer gewissen Gemütlichkeit und Unangefochtenheit des täglichen Lebens, Pflege der Familie und, in diesem Bereiche der Familien untereinander, nach Bildung, nach Teilnahme an den Fortschritten auf den Gebieten der Wissenschaft, des Geistes, der Forschungen auf der Oberfläche des Erdballs, der Entwicklung der Technik. Dazu kam, daß die beginnende Entwicklung des Verkehrs, die Anfänge kapi-

talistischer Wirtschaft, des internationalen Kreditwesens, alles in allem: der Beginn jener ungeheuren, immer schnelleren und umfassenderen Bewegung, in der wir auch heute noch stehen, die die Erde immer kleiner macht, Menschen, Staaten und Völker immer näher aneinanderrückt und aufeinander anweist und gegenseitig anregt oder in Konflikte bringt.

Im neunzehnten Jahrhundert hat man, und mit Recht, den „Weltbürger", den Kosmopoliten verhöhnt und bekämpft. Im achtzehnten und noch einige Jahrzehnte nachher aber war der „Weltbürger" auf deutschem Boden eine aus der Zerfahrenheit der deutschen Verhältnisse normal hervorwachsende Erscheinung, ebenso wie der „Weltweise".

Damals schon spielte der jüdische Einfluß eine große Rolle. Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts schrieb Lessing sein erstes Stück: „Der Jude", das zum Helden den edlen Juden hatte. Die Judenfrage war überhaupt ins Rollen gekommen, lange bevor die Französische Revolution den Juden Frankreichs die staatsbürgerlichen Rechte gegeben hatte. Auch unter allen ihren Zwangsbestimmungen waren Macht und Einfluß der Juden gestiegen und stiegen weiter, in erster Linie der reichen Juden, die ja von seiten der Landesherren, auch Friedrichs des Großen, pfleglich behandelt wurden, weil sie „Geld ins Land brachten, den Handel belebten" und als Bankiers vom Staat benutzt wurden. Die reichen Juden förderten dann begabte Volksgenossen, die die jüdische Propaganda wirksam machen konnten. Der hervorragendste derartige Typ des achtzehnten Jahrhunderts war Moses Mendelssohn, „der Weltweise", der jüdische Sokrates, wie Goethe ihn verspottete; er hat, weit über die Grenzen Preußens hinaus, einen gewaltigen Einfluß auf das deutsche Bürgertum ausgeübt zugunsten der Stellung der Juden in jeder Richtung, besonders auch geistig. In ähnlichem Sinne wirkte, hauptsächlich auf das Bürgertum, die später so genannte „deutsche Aufklärung", in Gestalt eines entsetzlich trockenen, flachen Rationalismus, dem, von der anderen Seite her, der jüdische Rationalismus begegnete. Die „deutsche Aufklärung" war ein sehr schwacher Aufguß der französischen; große produktive Geister hat sie nicht aufzuweisen gehabt. Die französische Aufklärung wurde von den Landesfürsten, natürlich mit der großen Ausnahme Friedrichs, bei lebhaftem Eifer der evangelischen Geistlichkeit, ängstlich unterdrückt. Sie sickerte nur spärlich durch. Einen Teil dessen, was das französische Volk im achtzehnten Jahrhundert erlebte, hatten die Deutschen vorher, auf ihre Weise, in Gestalt der Reformation erlebt. Die geistigen Früchte aber waren durch den Dreißigjährigen Krieg und durch die Zeit, die ihm folgte, wenn nicht verlorengegangen, so doch vertrocknet. Religiös und geistig freilich war das die „Zeit nach Luther". Der überragende große Geist Leibniz war in die Bevölkerung nicht gedrungen,

auch nicht in den Adel und auch, trotz Sophie Charlotte, nicht in die Fürstenhöfe.

Durchgesetzt hatte sich in Deutschland, soweit es nicht wieder katholisiert worden war, die Befreiung von der römischen Kirche. Die Philosophie, die Wissenschaften waren nicht mehr die Magd der Theologie. Und doch, welche Enge, welche Schwunglosigkeit und, vielfach, welche Flachheit; dazu die „rabies theologorum!"

Die Größe, Kühnheit, Schärfe und Frische des Lessingschen Geistes aber ist auch für uns Generationen des zwanzigsten Jahrhunderts lebendig geblieben, ungeachtet aller Herabsetzung, die er durch Dühring und andere im neunzehnten Jahrhundert erfahren hat. Schon die Kräftigkeit und Unabhängigkeit seiner Persönlichkeit als solche nimmt uns ein und erhebt uns, vor allem sein Mut zur eigenen Meinung, der letzte Mut zu sich selbst, wie der Norweger Ibsen vor fünfzig Jahren sagte.

Die weite Ebene aber, über die Lessing hinausragte, war so dürr, daß er erst nachträglich von den Geistern, die ihm folgten, anerkannt wurde, zu seiner Zeit aber in der Hauptsache durch die Juden, denen er im Geist der Aufklärung in seiner Weise vorurteilslos gegenüberstand. Sie waren in seinen Augen das auserwählte Volk der Geschichte, das Volk der Bibel und der offenbarten Religion. So erschien ihm die unter Zwang gestellte Existenz der Juden in Europa, in Deutschland als ungerecht, was man über ihre Eigenschaften sagte, und die Abneigung im Volke gegen sie als ein Vorurteil, das man bekämpfen müsse. In diesem Sinne war Lessing Kosmopolit, Weltbürger: übrigens ein Wort und Begriff, dessen Ursprung und Zusammensetzung die naive Engigkeit der Bürgertumatmosphäre jener Zeit durchblicken läßt: sich eine Synthese aus dem unendlichen Kosmos, der Welt, dem „Universum" und dem — Bürgertum zu konstruieren.

Man könnte sagen, das sei doch auch in anderen Ländern damals, nicht zum wenigsten in Frankreich, so gewesen. Damit kommen wir auf einen grundsätzlichen und grundlegenden Unterschied, der erst heute überwunden ist:

Sprach das damalige Frankreich, in aller seiner Auflehnung gegen die alten Autoritäten und Prinzipien, von Universum, Kosmos und Menschheit und seit Ende des achtzehnten Jahrhunderts von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, so war und blieb immer als selbstverständliche und deshalb die, nicht einmal erwähnte, Grundlage die Anschauung als Voraussetzung aller solchen Betrachtungen: die französische Nation als die herrschende und zur Herrschaft in ihrem äußeren Leben und in ihren Taten nicht nur, sondern auch auf allen Gebieten des Geistes für die anderen Völker maßgebende Nation. Alle anderen Völker durften Spiegel des Ruhmes von Frankreich sein.

So hatte es einen ganz anderen Sinn, wenn der Franzose vom Kosmopolitismus sprach und von „Menschheit". Er stand dann ausgesprochen oder unbewußt mit seinen Füßen auf dem Boden seiner Nation, sprach von ihr aus zur „Welt", lebte und urteilte in ihrem Geist und Anspruch. Er mochte noch so laut von „Menschheit" schwärmen, im Grunde genommen meinte und fühlte er doch nur Frankreich und die französische Sendung, „die Menschheit" zu einer Frankreich dienenden, französisierten Masse zu machen. Die Sprecher der Revolution haben niemals diesen Boden verlassen, und die Haltung des französischen Volkes hat in den Koalitionskriegen dasselbe durch die Tat erwiesen.

Das Fehlen dieses, des nationalen, Elements im damaligen Deutschland machte den entscheidenden Unterschied aus, und die „Weltfremdheit", wenn die Deutschen, jedenfalls die meisten Deutschen, von Welt und Weltbürgertum sprachen und sich ein Weltbürgertum in die Luft bauten, weil sie ein Vaterland: Deutschland nicht erlebten. Die Horizonte waren klein und eng, und das Menschheitsgebäude des deutschen Bürgertums war demgemäß gleichzeitig eng und grenzenlos in naiven Phantasien über Welt und Menschen. Deutsches Selbstbewußtsein bestand entweder nicht oder versank in dem bitteren Gefühl des Unterdrücktseins als Mensch und „Untertan". Und hier traf man sich, verhängnisvoll, mit dem Judentum, und dieses rührte geschickt den empfindlichen Punkt an mit dem Stichwort: Freiheit! Das war nicht, noch nicht, die deutsche, die nationale Freiheit, sondern die bürgerliche, durch persönliche Befreiung des Untertanen in seinem Staat aus dem Zustand des lediglichen Objekts zum bürgerlichen politischen Subjekt.

Weitgehend aus diesem Motiv ist die große Rolle des Juden, besonders in Berlin und in anderen großen Städten Deutschlands, erklärlich, die der Jude schon lange vor seiner „Emanzipierung" in Deutschland und nicht zum wenigsten in Preußen spielte. Das jüdische Naturell in seiner hemmungslosen Auf- und Vordringlichkeit und anspruchsvollen Unverschämtheit imponierte dem Bürger, der, an Unterwürfigkeit gewöhnt, sich mit dem „Ballen der Faust in der Tasche" abfand und dem charakteristischen Wort: „Mit dem Hut in der Hand kommt man durch das ganze Land."

Es ist nicht zu vergessen, wie in den Jahrhunderten der Untertänigkeit, vollends in den kleinen Staaten, die Dienergesinnung anerzogen wurde und sich durch die Generationen überlieferte und vererbte; nicht zu reden von der Leibeigenschaft und den Minderwertigkeitskomplexen und Bitterkeiten, die noch heute bemerkbar sind, auf dem Lande. Es ist im Deutschen, neben so vielem anderen, eine Eigenschaft, die nur der Nationalsozialismus allmählich töten kann, nämlich der Drang einer unpersönlichen Unterordnung zu einem, man möchte sagen „Marasmus Servilis", verbunden mit jenem

Minderwertigkeitsgefühl und dem Drang, selbst verantwortungslos zu bleiben und vor allem nur nichts zu tun zu haben mit „denen da oben". Dies letztere geht nur selten aus Unabhängigkeitssinn hervor.

Der Jude hatte so genug Ansatzpunkte, um glauben zu machen, daß seine und der deutschen Untertanen Ziele eigentlich die gleichen seien. Ebenso wie in Frankreich lehnte er mit verlogener Leidenschaft ab, daß die Juden eine Nation seien: nur um den Glauben („und wir glauben doch alle an einen Gott") handele es sich, und auf der anderen Seite um „die Menschenwürde", die ja doch nichts mit Verschiedenheit der Nationalitäten und der Herkunft zu tun habe. Noch mehr wurden alle Verschiedenheiten in den Augen der Mitlebenden für lange Jahrzehnte verwischt, als seit Anfang des neunzehnten Jahrhunderts Juden sich massenhaft zur Taufe drängten, und in manchen deutschen Staaten einschließlich Preußens zum Staatsgrundsatz wurde, daß der getaufte Jude kein Jude mehr sei, sondern preußischer Untertan und nichts weiter. So war es kein Wunder, daß jene jüdische Vordringlichkeit und Unverschämtheit den deutschen Bürger im Juden einen edlen und kühnen Wegbahner zur Freiheit erblicken ließ. Das hat sich länger als ein Jahrhundert schwer am deutschen Volk gerächt und die unheilvollsten Voraussetzungen dem jüdischen und dem deutschen Wesen gegenüber zur Folge gehabt, vollends als die Französische Revolution den Juden Frankreichs und aller von französischen Heeren besetzten Länder die staatsbürgerlichen Rechte verlieh. Immer mehr wurde es — auf der einen Seite gutgläubig, auf der anderen berechnend absichtsvoll — in Deutschland Brauch, das jüdische Ziel mit deutschen Zielen zu verwechseln, die zur Tarnung der eigentlichen jüdischen Ziele geschickt benutzt wurden. Die Erwähnung dieser später so folgenschweren Dinge war nötig, weil sie in den Ereignissen und Verhältnissen der zweiten Hälfte des achtzehnten und des ersten Viertels des neunzehnten Jahrhunderts ihre Anfänge gehabt haben.

Die Französische Revolution mit ihren ungeheuren Ereignissen hatte, auch abgesehen von den Juden, eine tiefe Wirkung auf das geistige Deutschland. Noch heute gibt es eine „Liga für Menschenrechte", eine internationale und internationalistische, im wesentlichen von Juden und Juden-Hörigen geführte Gesellschaft. Deutschland hat allen Grund, diese Gesellschaft als Feind der Nation anzusehen, denn sie will die Zersetzung der Nation und ist die Todfeindin des Rassenstandpunktes, weil dieser den Juden in der ganzen Welt als solchen kenntlich macht und ihn verhindert, sich als Deutscher auszugeben.

Als im ersten Jahre der Französischen Revolution die „Menschenrechte" gefordert und verkündet wurden, da war es etwas ganz anderes. Denn diese Menschenrechte bedeuteten die Befreiung der unteren Stände und die Be-

seitigung der oberen, des Adels und der Geistlichkeit. Es handelte sich also um die Menschenrechte der Unfreien und der Unterdrückten der französischen Nation. Den Juden gelang, freilich erst nach hartem Kampf von zwei Jahren in der französischen Nationalversammlung, die französischen Menschenrechte auch auf sich bezogen werden zu lassen. Daß die Pariser Verkündung der Menschenrechte auch im damaligen Deutschland Anklang fand, können wir heute nicht allein verstehen, sondern auch als gerechtfertigt bezeichnen.

Freilich, die Deutschen wollten keine Revolution machen; aber sie begeisterten sich eben von dem Standpunkt des Rechts, „das mit uns geboren"; im Vorgefühl der späteren Forderung des gleichen Rechts für alle Staatsbürger. Das ist dann nachher der Gegenstand langwieriger Kämpfe geworden und hat den hervorragendsten Männern ihrer Zeit, wie Stein, Arndt und Gneisenau, die Bezeichnung als „Jakobiner" eingetragen. Andererseits muß man sich vor der Übertreibung hüten, daß zur Zeit der Pariser Revolution alle deutschen Fürsten Tyrannen gewesen seien. Von der Notwendigkeit politischer Umbildungen im staatlichen Leben überzeugten mehr oder weniger schon vorhergehende Jahrzehnte; aber es ging langsam, um so mehr, als politische Neuformungen immer zugleich den Kampf von materiellen Interessen neben den ideellen Gesichtspunkten bedeuteten. Die ungeheure Wucht der Revolution in Frankreich mit ihrem Radikalismus konnte so nicht verfehlen, die Geister in Deutschland aufs tiefste zu erschüttern und zunächst auch weitgehend zu begeistern. Nachher folgten die blutigen Greuel, es folgten lächerlich-fratzenhafte Übertreibungen und Verfälschungen den begeistert verkündeten Ideen. Goethe sprach in „Hermann und Dorothea" sein Urteil:

Nicht dem Deutschen geziemt es, die fürchterliche Bewegung
Fortzuleiten, und auch zu wanken hierhin und dorthin.
Dies ist unser!, so laß uns sagen und so es behaupten!
Denn es werden noch stets die entschlossenen Völker gepriesen,
Die für Gott und Gesetz, für Eltern, Weiber und Kinder
Stritten und gegen den Feind zusammenstehend erlagen.
..... Und drohen diesmal die Feinde,
Oder künftig, so rüste mich selbst und reiche die Waffen.
Weiß ich durch dich nur versorgt das Haus und die liebenden Eltern,
Oh, so stellt sich die Brust dem Feinde sicher entgegen.
Und gedächte jeder wie ich, so stünde die Macht auf
Gegen die Macht, und wir erfreuten uns alle des Friedens.

Und in seinem „Bürgergeneral" verspottete er die Fratzen der Revolution, ähnlich, wenn auch harmloser, als wir Deutschen sie im Anschluß an den Novemberumsturz 1918 haben sehen müssen.

Es kamen die Koalitionskriege. Sie zeigten den großen Schwung und, trotz aller Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, das unbedingt nationalistische Wesen des französischen Volkes — und, auf der deutschen Seite: Gespaltenheit, Entschlußlosigkeit und Ziellosigkeit, an der freimaurerische Umtriebe, zum Beispiel bei der großen Blamage von Valmy, großen Anteil hatten.

In Deutschland übte die Französische Revolution aber noch eine andere Wirkung aus, die Gneisenau zu dem Wort veranlaßte: „Die Revolution hat alle Kräfte geweckt und jeder Kraft einen ihr angemessenen Wirkungskreis gegeben." Er zog den Schluß, daß auch Deutschland sich dieses Ergebnis der Revolution aneignen müsse. Dieser Satz aus der Zeit der tiefsten Erniedrigung Preußens und Deutschlands trägt schon den Gedanken des Volkskrieges in sich. In den Koalitionskriegen und in Napoleons Feldzügen war es immer die französische Nation, die kämpfte. Für Frankreich Eroberungen und für Frankreich Ruhm, wie der Gedanke des Ruhms ja den Franzosen stets eine Triebfeder von unbegrenzter Stärke für jede Leistung und jedes Opfer gewesen ist.

Damit versanken die Zeiten, als die Kriege in und um Deutschland von den Fürsten und für die Fürsten geführt wurden; als die Truppen und die Offiziere zusammenströmten oder geworben wurden, wo auch immer Krieg geführt wurde, während die Einwohner, insbesondere das Bürgertum und die Fürsten selbst, der Meinung waren, daß das eigene Volk so wenig wie möglich beim Kriege in Mitleidenschaft treten sollte. Das war auch der Standpunkt Friedrichs des Großen noch gewesen. Jeder einzelne deutsche Staat hatte da sein besonderes militärisches System, während Frankreich schon unter seinen Königen lange straff zentralisiert gewesen war. Die Zentralisierung wurde durch die Revolution mit ihrer Wegräumung der Privilegien des Adels und so weiter eine noch vollständigere: das Volk führte tatsächlich seine Kriege und in den Koalitionskriegen sogar in der Verteidigung seines Landes, dann zur Eroberung und Unterjochung anderer Völker.

*

Es war kein Wunder, ist aber als Tatsache festzuhalten, daß die französische Überflutung Deutschlands und vor allem der Niederbruch Preußens bei Jena und das Elend der nächsten Jahre solche Gedanken entstehen ließen, wie sie der Ausspruch von Gneisenau geformt hatte. Den Gedanken nicht allein des Volkskrieges, sondern auch den an der deutschen Einheit über alle Monarchien und Staatsgrenzen hinaus.

In Stein lebte ja dieser Gedanke schon vor dem Zusammenbruch 1806: „Sollen die wohltätigen, großen Zwecke der Nation erreicht werden, so

müssen die kleinen Staaten mit den beiden großen Monarchien, von deren Existenz die Fortdauer des deutschen Namens abhängt, vereinigt werden; möge es die Vorsehung geben, daß ich dies noch erlebe."

Es kommt wenig darauf an, daß dieser große Mann zunächst an zwei große deutsche Staatengruppen dachte, die eine mit Preußen, die andere mit Österreich als Haupt. Nachher hat gerade Stein, ebenso wie sein Herold Arndt, die vollständige deutsche Einheit und das Verschwinden aller Einzelstaaten vertreten. Wie Fichtes Reden Deutschland galten und den Deutschen, nicht allein Preußen — wie Arndt forderte: „Das ganze Deutschland soll es sein!" —, so war auch bei allen geistigen Vorkämpfern der Zeit von 1806 bis 1813 die deutsche Einheit der Grundgedanke, als einzige Möglichkeit, zur Befreiung zu gelangen. Darin lag der Gedanke einer deutschen Revolution eingeschlossen, die Beseitigung der Einzel-Fürstentümer und Fürsten und anstatt ihrer und für sie alle: der Deutsche Kaiser.

Es ist richtig, wenn gesagt wurde und wird: die Befreiungskriege wurden geschlagen um der Befreiung willen, um die Franzosen zu verjagen, die Freiheit und Unabhängigkeit des Staates, des Landes und des Volkes wiederherzustellen. Bismarck hat in seiner bekannten Rede 1849 mit Schärfe und in tiefer Erregung gegen die von der demokratischen Linken geäußerte Auffassung Protest eingelegt: das preußische Volk habe 1813 zu den Waffen gegriffen, weniger um sich von der Sklavenschaft Napoleons zu befreien, als um eine Verfassung sich garantieren zu lassen. Nichts kann richtiger sein, und doch war ein Wahrheitskern darin: ein Volk, das mit derartigem Opfermut, in einer solchen standes- und klassenlosen Geschlossenheit so gewaltige Taten vollbracht und die Befreiung vom Feinde errungen hatte — ein solches Volk war nicht allein zur Erwartung berechtigt, sondern hatte den selbstverständlichen Anspruch, in allen seinen Schichten von seinen Fürsten und deren Beratern nicht mehr als Objekt und Untertan gewertet und behandelt zu werden, sondern in allen seinen Gliedern Gleichheit vor dem Gesetz zu genießen.

*

Nicht nur ein rühmliches, sondern auch ein geschichtlich epochemachendes Schriftstück bleibt jener Aufruf: „An mein Volk!" vom 20. März 1813, das vom König Friedrich Wilhelm dem Dritten erlassen, von dem geistreichen und edlen Ostpreußen von Hippel verfaßt worden war. Lassen wir es sprechen:

„So wenig für mein treues Volk als für Deutsche bedarf es einer Rechenschaft über die Ursache des Krieges, welcher jetzt beginnt. Klar liegen sie dem unverblendeten Europa vor Augen.

Wir erlagen unter der Übermacht Frankreichs. Der Frieden, der die Hälfte meiner Untertanen mir entriß, gab uns seine Segnungen nicht; denn er

schlug uns tiefere Wunden als selbst der Krieg. Das Mark des Landes war ausgesogen, die Hauptbefestigungen blieben vom Feinde besetzt, der Ackerbau war gelähmt, sowie der sonst so hochgebrachte Kunstfleiß unserer Städte. Die Freiheit des Handels war gehemmt und dadurch die Quelle des Erwerbs und des Wohlstandes verstopft. Das Land war ein Raub der Verarmung. Durch die strengste Erfüllung eingegangener Verbindlichkeiten hoffte ich, meinem Volk Erleichterungen zu bereiten und den französischen Kaiser endlich zu überzeugen, daß es sein eigener Vorteil sei, Preußen seine Unabhängigkeit zu lassen. Aber meine reinsten Absichten wurden durch Übermut und Treulosigkeit vereitelt, und nur zu deutlich sahen wir, daß des Kaisers Verträge mehr noch wie seine Kriege uns langsam verderben mußten. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo alle Täuschung über unseren Zustand aufhört.

Brandenburger, Preußen, Schlesier, Pommern, Litauer! Ihr wißt, was ihr seit sieben Jahren erduldet habt, ihr wißt, was euer trauriges Los ist, wenn wir den beginnenden Kampf nicht ehrend vollenden. Erinnert euch an die Vorzeit, an den Großen Kurfürsten und den großen Friedrich. Bleibt eingedenk der Güter, die unter ihnen unsere Vorfahren blutig erkämpften: Gewissensfreiheit, Ehre, Unabhängigkeit, Handel, Kunstfleiß und Wissenschaft. Gedenkt des großen Beispiels unserer mächtigen Verbündeten, der Russen, gedenkt der Spanier, der Portugiesen. Selbst kleinere Völker sind für gleiche Güter gegen mächtigere Feinde in den Kampf gezogen und haben den Sieg errungen. Erinnert euch an die heldenmütigen Schweizer und Niederländer.

Große Opfer werden von allen Ständen gefordert werden: denn, unser Beginnen ist groß, und nicht gering die Zahl und die Mittel unserer Feinde. Ihr werdet lieber Opfer bringen für das Vaterland, für euern angeborenen König, als für einen fremden Herrscher, der, wie so viele Beispiele lehren, euere Söhne und euere letzten Kräfte Zwecken widmen würde, die euch ganz fremd sind. Vertrauen auf Gott, Ausdauer, Mut und der mächtige Beistand unserer Bundesgenossen werden unseren redlichen Anstrengungen siegreichen Lohn gewähren.

Aber, welche Opfer auch von einzelnen gefordert werden mögen, sie wiegen die heiligen Güter nicht auf, für die wir sie hingeben, für die wir streiten und siegen müssen, wenn wir nicht aufhören wollen, Preußen und Deutsche zu sein.

Es ist der letzte entscheidende Kampf, den wir bestehen für unsere Existenz, unsere Unabhängigkeit, unseren Wohlstand; keinen anderen Ausweg gibt es, als einen ehrenvollen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang. Auch diesem würdet ihr getrost entgegengehen um der Ehre willen, weil ehr-

los der Preuße und der Deutsche nicht zu leben vermag. Allein wir dürfen mit Zuversicht vertrauen: Gott und unser fester Willen werden unserer gerechten Sache den Sieg verleihen, mit ihm einen sicheren, glorreichen Frieden und die Wiederkehr einer glücklichen Zeit.

Breslau, den 17. März 1813.

Friedrich Wilhelm."

Wort und Geist dieses Aufrufs durchdringen sich mit dem preußischen wie mit dem deutschen Element nicht ganz gleichmäßig, das war für die damalige Zeit selbstverständlich, für den König wie für sein preußisches Volk. Preußens Befreiung und den unbegrenzten Einsatz jedes Preußen galt es für diesen Krieg, also mußte in dem Aufruf das preußische Element an allererster Stelle stehen und überwiegen. Aber gleich die ersten Worte: für mein treues Volk als für Deutsche — beweisen das Gefühl, daß das Preußentum auf dem Deutschtum steht und der Preuße zugleich ein Deutscher ist. Daß dies damals nicht selbstverständlich war, lehrt ein Blick auf die Rheinbund-Fürsten. Und zweimal noch kehrt die Verbindung wieder: „wenn wir nicht aufhören wollen, Preußen und Deutsche zu sein" und: „weil ehrlos der Preuße und der Deutsche nicht zu leben vermag".

Dasselbe in dem Aufruf: „An mein Kriegsheer!":

Der König und die Prinzen würden stets bei der Armee bleiben ..., „sie und das ganze Volk werden kämpfen mit euch und an unserer Seite!"

Von dem Aufruf sagten schon damals hervorragende Persönlichkeiten: so habe noch niemals ein Herrscher mit seinem Volke gesprochen. Es ist nicht übertrieben. Friedrich Wilhelm III. sprach nicht als Herrscher der damaligen Zeit aus den Wolken nach unten, sondern als Führer. Er war seiner Natur nach kein Führer; aber er empfand damals die Solidarität des Herrschers mit seinem preußischen Volk. Die Größe des Unterschiedes in der Sprache tritt besonders hervor, wenn wir daran denken, wie Friedrich der Große sogar zu seinen Generalen sprach, z. B. vor der Schlacht von Leuthen. Sein Heer bedeutete nicht das Volk, sondern die Soldaten, die nichts anderes waren, sein wollten und sein sollten, eben als Soldaten. Er teilte alles mit ihnen, auch, führend, die Gefahr, und sein Wort: „Wollt ihr denn ewig leben!" wendet er genau ebenso auf sich selbst an. Aber ein Volkskampf waren seine Kriege nicht, und er selbst empfand sie auch nicht als einen solchen.

Für Friedrich Wilhelm den Dritten war der Befreiungskrieg keiner, „um den die Kronen wissen".

In dem Aufruf: „An mein Volk!", dem der König während der Befreiungskriege in seinem ganzen Wesen und mit seinen Söhnen phrasenlos treu blieb, tritt, ohne daß es ausdrücklich in dem Aufruf gesagt worden wäre, die große

innere Wandlung hervor, die sich seit Friedrich dem Großen unmerklich vollzogen hatte und durch die Fremdherrschaft geprägt wurde.

Der große König, der im Gegensatz zu Ludwig dem Vierzehnten sein „erster Diener des Staates" ausgesprochen hatte, war gleichwohl als solcher in wirklichem Sinne auch selbst mehr „der Staat", als der französische König gewesen war ... mit dem Unterschiede nur, daß er nach Beendigung seiner Kriege seine Hingabe an den Staat bis zum letzten Atemzuge dadurch betätigte, daß er nach jeder Seite hin dem Volke zu helfen und es vorwärtszubringen bemüht war, während wir dieses Moment bei Ludwig dem Vierzehnten vermissen. Er war der Mann der Eroberungskriege. Von Friedrich dagegen sagt Bismarck: „Ihm waren zwei einander fördernde Begabungen eigen, des Feldherren und eines hausbackenen, bürgerlichen Verständnisses für die Interessen seiner Untertanen". Dieses Verständnis, gepaart mit dem Pflichtbewußtsein den Untertanen gegenüber, zeigt schon ein gewisses, wenn auch nicht entwickeltes und ausgesprochenes Gefühl, mit den Untertanen im großen Rahmen volkeins zu sein.

Zwischen Friedrich dem Großen und seinem Großneffen Friedrich Wilhelm dem Dritten lag die Zeit der Französischen Revolution und innerhalb dieser die Regierungsperiode Friedrich Wilhelms des Zweiten. Sie war die schiefe Ebene, die nach Jena führte. Der König erfreute sich einer oberflächlichen Volkstümlichkeit und suchte diese, abgesehen von einer bis zur Schwäche gehenden Gutmütigkeit, um den Gegensatz seiner Regierung zur rücksichtslosen und bisweilen grausamen Strenge Friedrichs der Bevölkerung möglichst drastisch vor Augen zu stellen und den Namen des „Guten" im Volksmunde zu erhalten.

Dazu kam der ihn wie so viele Fürsten schreckende Eindruck der Französischen Revolution, z. B. in der damals akut gewordenen Judenfrage in Europa: man müsse in dieser Frage endlich daran gehen, Reformen zu treffen, die in anderen Staaten bereits längst vorhanden seien. Daß seine Persönlichkeit und seine Regierung zur Achtung vor dem Königtum und dem monarchischen Gedanken nicht beigetragen haben, ist selbstverständlich. Der Einfluß der Französischen Revolution allein würde ohne entscheidende Wirkung gewesen sein, wenn Friedrich Wilhelm ein Mann und König von den Ausmaßen Friedrichs und Friedrich Wilhelms des Ersten oder seines Nachkommens Wilhelm des Ersten gewesen wäre.

Die Verbundenheit Friedrich Wilhelms III. mit dem preußischen Volk gründete sich in erster Linie auf die Schwere des gemeinsamen Leidens während der Napoleonischen Zeit, auf die Roheit, mit der Napoleon den König und die Königin behandelte, und auf die große Rechtlichkeit und Ehrlichkeit dieser beiden. Es ist ein wohl einzig dastehender Fall in der Geschichte der

deutschen Monarchen, daß, als König und Königin, aus Ostpreußen zurückgekehrt, ihren Einzug in Berlin hielten, sie selbst und die Masse der Zuschauer in ein gemeinsames Weinen ausbrachen. Auch dann, wenn man die Sentimentalität jener Zeit in Abzug bringt, offenbart sich darin ein Gefühl menschlicher Zusammengehörigkeit zwischen Herrscherhaus und Volk von wirklicher Höhe und Tiefe, mochte der Ausbruch auch nur die Eingebung jenes Augenblicks sein. — Als Friedrich der Große aus dem Siebenjährigen Kriege siegreich in Berlin einzog und das Stadthaupt ihn mit einer Rede empfing: „Der schönste Augenblick usw.", unterbrach ihn Friedrich: „Der schönste Augenblick ist der Augenblick meines Todes!" — ließ sich in der Kirche allein das Tedeum spielen und weinte allein. —

Die Frage liegt nun nahe, ob dieses Gemeinschaftsgefühl der Verbundenheit zwischen Untertanen und Herrscher galt, oder zwischen der Bevölkerung und zwei guten, ehrlichen Menschen, die ihren überkommenen Thron beinahe verloren hätten. Wären der König und die Königin abstoßende, ungerechte, mit hervortretenden menschlichen und königlichen Fehlern behaftete Persönlichkeiten gewesen, so würde selbst die Gemeinsamkeit des tiefen Leidens in der Napoleonischen Periode schwerlich die Verbundenheit und Rührung gezeigt haben, eher vielleicht das Gegenteil.

Ohne Zweifel war gerade in Preußen der grundsätzliche Monarchismus in hohem Maße vorhanden, in der Hauptsache bei den höheren und herrschenden Schichten, auch, jedoch nicht vollständig, im Offiziertum, im grundbesitzenden Adel und in der Geistlichkeit. Für diese beiden Schichten bedeutete das Gottesgnadentum gleichzeitig Kontinuität der Monarchie und der christlichen Staatskirche, die Friedrich der Große in so schwere Gefahr gebracht hatte, und Fortdauer der Herrschaft der privilegierten Stände im Staat.

Die Französische Revolution hatte für alles dieses in ganz Europa, und nicht zum wenigsten in Preußen, schwere Wolken der Besorgnis aufziehen lassen. Was Gneisenau in der Zeit der Unterdrückung sagte: die Revolution habe alle Kräfte geweckt und jeder Kraft einen ihr angemessenen Wirkungskreis gegeben, haben wohl auch viele andere gefühlt, aber ein Übergreifen auf Deutschland nicht, wie Gneisenau, ersehnt, sondern gefürchtet.

Dann konzentrierten die heimliche Rüstung für den Befreiungskampf und dieser selbst mit seiner unerhörten Anspannung aller Kräfte und mit seinen ungeheuren Ereignissen, die das ganze Volk, nicht allein Preußens, sondern auch im übrigen Deutschland, tief ergriffen und erschütterten, alle anderen Empfindungen und Zwecke verstummen lassend, nach außen hin und weitgehend wohl auch innerlich, weil es eben für alle um die Freiheit in höchstem und tiefstem Sinne ging. Solange gekämpft wurde, war es ein wahrhafter

Volkskrieg, auch für Friedrich Wilhelm III. Es war kein Krieg, in dem die Preußen und Angehörige anderer deutscher Staaten für die Erhaltung der Monarchien und der Legitimität kämpften. Wohl aber waren die Befreiungskriege von dem Gefühl, auch von dem bewußten Gedanken bei den Kämpfenden durchdrungen, daß die Zeit gekommen sei zum Erwachen des deutschen Gedankens. Erinnert sei an das Wort des Freiherrn vom Stein: „Sollten die wohltätigen, großen Zwecke der Nation erreicht werden, so müßten die kleinen Staaten mit Preußen und Österreich vereinigt werden." Das Große und Neue in jenen Worten lag in der Proklamierung der Nation als Endziel. Wie die Vereinheitlichung der Nation aussehen sollte — die große Schwierigkeit der dann folgenden siebzig Jahre —, das sollte und konnte nur spätere Sorge sein. Der treibende große Gedanke aber war nicht Königtum, nicht Kaisertum, nicht Legitimität und Gottesgnadentum, sondern: die deutsche Nation.

Unmittelbar, nachdem 1814 die Verbündeten in Paris eingezogen waren, der Krieg entschieden schien, Napoleon nach Elba gegangen war, da begann der Kampf, „um den die Kronen wissen". Wichtiger als alles andere in Europa schien nun mit einem Male die Wiederherstellung und Sicherstellung der Legitimität, als eines absoluten Prinzips. Höchste Pflicht Europas war nun, die Legitimität und das mit ihr verbundene Gottesgnadentum aus den Fluten der Revolution zu retten und aus dem Abgrunde, in den der Sohn der Revolution, Napoleon, die Legitimität und deren Nimbus gestürzt hatte, wieder herauszuholen oder, wo sie noch stand, zu festigen und ihr neuen Nimbus zu geben.

Der Deutsche Bund, die Heilige Allianz

Der österreichische Außenminister Graf Metternich, nachher Fürst, betrieb mit der ihm eigenen Schnelligkeit und Gewandtheit den Gedanken, den er bis 1848 zum deutschen Unglück und Verhängnis werden lassen sollte: Österreich, Rußland, Preußen, England, die Napoleon bekämpft hatten, einten sich im Frühjahr 1814 und beschlossen einen Bund souveräner deutscher Fürsten. Napoleon hatte abgedankt, die Bourbonen wurden auf Grund des Legitimitätsprinzips in Frankreich wieder eingesetzt. Fürst Talleyrand hatte unter den Bourbonen gedient, dann die Revolution wohlbehalten passiert, war Napoleons politische und diplomatische Kapazität gewesen und erschien jetzt als der Vertreter des Gedankens der Legitimität zum damaligen höchsten Nutzen Frankreichs. Denn nun siegte seine Fiktion: nicht Frankreich sei ja der Feind und Unterdrücker Europas gewesen, sondern nur Napoleon. Frankreich dürfe also in den Friedensbedingungen nicht als ge-

schlagener Feind behandelt werden. Im Gegenteil wurde Frankreich von den Mächten als Sorgenkind betreut, und in seinen vornapoleonischen Grenzen hergestellt. Auf dem Wiener Kongreß dachte man sogar sehr ernsthaft daran, im deutschen Westen deutsches Gebiet an Frankreich zu geben.

1815 trat der durch die Rückkehr Napoleons von Elba unterbrochene Wiener Kongreß wieder zusammen, im Geiste des „Legitimitätsprinzips". Der Kongreß bedeutete im ganzen einen stillen, rücksichtslosen und geschickt geführten Kampf gegen den deutschen Gedanken. Talleyrand wußte, was wohl sonst damals wenigen der Vertreter deutlich geworden ist, daß Frankreich, nach wie vor, einem nicht geeinten, in drei Dutzend souveräne Staaten zerstückelten Deutschland gegenüberstand, trotz Leipzig, trotz Waterloo seine beherrschende Stellung auf dem Kontinent einnehmen konnte, die es seit dem Westfälischen Frieden durch große Staatsmänner geschaffen und als sein politisches Vorrecht seitdem angesehen und vertreten hatte.

In Wien war auch die Rede gewesen von einer Herstellung des deutschen Kaisertums, wiederum unter Habsburg. Auf dem Kongreß schon begegnete man Vorschlägen, die dann in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 eine Rolle gespielt haben, eine größere als auf dem Wiener Kongreß, aber eine ebenso erfolglose. In Wien auch trat der Dualismus: Preußen—Österreich in die Erscheinung, ein Ausschuß deutscher Fürsten unterhielt sich über allerhand Vorschläge, z. B. Bildung eines nördlichen und eines südlichen Bundes deutscher Staaten, die einen unter Preußen, die anderen unter Österreich; andere wollten zum Mittelalter zurück.

Jene Unterhaltungen aber sind auch auf dem Kongreß ohne Bedeutung geblieben, und schließlich ging daraus jener „Deutsche Bund" hervor: der Bund, den der Jude Heine, leider mit Recht, schmähte: „O Bund, du Hund, bist nicht gesund!"

Die Frage liegt nahe, weshalb das Haus Habsburg nicht die Gelegenheit benutzte, das alte „Römische Reich Deutscher Nation" unter einem neuen Namen wieder aufzurichten. Weder die ausländischen noch die deutschen Staaten hätten ernsthafte Einwände dagegen gehabt. Der Grund scheint gewesen zu sein, daß man in Wien zu große Schwierigkeiten und Gefahren fürchtete, wie: aufsässige Fürsten, innere Kriege, die sich auch gegen Österreich richten könnten, außerdem kaum weniger schlimme politische Komplikationen aller Art.

Viel praktischer und bequemer erschien für Österreich, besonders auch für das Haus Habsburg, der Deutsche Bund mit seinen zahlreichen durch Legitimität geheiligten Monarchien, mit seinen Königen, Großherzogen und Fürsten; der gemütliche Bund, in dem der Vertreter des österreichischen Kaiserstaates den Vorsitz führte und mit jedem einzelnen seine besonderen poli-

tischen Beziehungen pflegen konnte — gewöhnlich handelte es sich dabei um Intrigen gegen das verhaßte Preußen. Trotz der Jämmerlichkeit des alten „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation", trotz des fortwährenden frevelhaften Egoismus des Kaisers gegenüber dem Reich und seinen Gliedern zugunsten des Hauses Habsburg blieben die deutschen Fürsten auch nach den Befreiungskriegen von einer, man möchte sagen kleinbürgerlichen Ehrfurcht vor dem kaiserlichen Österreich erfüllt, die ihresgleichen suchte. Der österreichische Vertreter im Frankfurter Bundesrat hatte es sehr leicht.

In demselben Jahre 1815 wurde die „Heilige Allianz" gebildet. Der Kaiser von Rußland war ihr Urheber, in erster Linie unter geistlich-religiösen Einflüssen, die teils katholisch, teils evangelisch, teils russisch-orthodox waren. Zunächst schlossen sich mit dem russischen Zaren der Kaiser von Österreich und der König von Preußen zusammen. Anschlossen sich die meisten kleineren Staaten, England stellte nur einen Vertreter, wie man heute sagen würde: einen Horchposten für die Tagungen der „Heiligen Allianz".

Die Kundgebung des Grundgedankens dieser eigentümlichen Allianz von Fürsten forderte die Wiederherstellung: der alten Frömmigkeit, des Kirchenglaubens, der christlichen Tugenden, des Christentums überhaupt. Der geistige Kampf von Staat und Kirche sollte gehen gegen die Aufklärung und für Wiederbelebung aller derjenigen Anschauungen, hauptsächlich der Tugend des Gehorsams, die den Fürsten zur unmittelbaren Pflicht ihrer Untertanen zu gehören schien.

Es konnte nicht fehlen, daß diese frommen Vorsätze sehr bald zu einem maskierten Werkzeug der Außenpolitik wurden. Daß die Heilige Allianz ihren eigentlichen, jedenfalls als eigentlich genannten, Zweck nicht erreichen konnte, war selbstverständlich, denn die vorhergegangenen hundertfünfzig Jahre der Aufklärung ließen sich nicht wegwischen, ebensowenig wie die Wirkungen und Folgen der Französischen Revolution.

*

In Deutschland ist, später noch, während der Dauer des Hohenzollernkaiserreichs — die Zeit der Aufklärung als ein Gegenstand des Abscheus betrachtet und in Geschichtsbüchern gezeichnet worden, als teuflisches Werk französischer Atheisten. Tatsächlich hat die französische Aufklärung ihre Wurzeln in England. In Frankreich wurde sie dann weiterentwickelt und bald zu einer mächtigen Waffe gegen Kirche und Monarchie und Adel.

England hatte damals den Kampf gegen die Kirche, insbesondere gegen den Papismus, schon hinter sich, ebenso seine Revolution, als in Frankreich Kirche und absolutes Königtum herrschend und drückend bestanden. Die Aufklärung führte den Kampf gegen die Kirche, dessen Endzweck die be-

rühmten Worte Voltaires angaben: „Vernichtet dieses niederträchtige Gebilde!" Die Übersteigerungen dieses Kampfes sollen nicht gerechtfertigt werden, ebensowenig wie die Überschätzung der „Vernunft", die zu Beginn der Französischen Revolution in dem grotesken Schauspiel ihrer Göttlichkeitserklärung gipfelte. Sie behielt freilich nur vier Jahre lang ihre erklärte Souveränität, wenn sie auch weiterhin noch das große Schlagwort Europas blieb. Immanuel Kant hat der Vernunft dann in seinem monumentalen kritischen Werk ein für allemal ihre Grenzen gezogen.

Andererseits darf nicht verkannt werden, daß gerade die Aufklärung große, tiefe und glänzende Geister in Frankreich gezeitigt hat, die zu einer wirklichen Aufklärung Großes beigetragen haben. Sie alle auf die negative Seite der europäischen Entwicklung stellen zu wollen, ist ein großer Fehler gewesen, besonders deshalb, weil man die Träger der französischen Aufklärung mit den Greueln der Revolution gleichsetzte, die sonst nichts geleistet hätten, als den Völkern die Religion zu nehmen.

Das folgende Zeitalter der Maschine, der Naturwissenschaften, des internationalen materialistischen Sozialismus, das Zeitalter auch Darwins und seiner Nachfolger brachte im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts dem Christentum, besonders dem Kirchenglauben und der Kirche selbst, schwere Niederlagen bei. Die Kirche hatte dabei ihre innere Schwäche offenbart, nicht zum wenigsten auch auf ihrem eigenen, dem religiösen Gebiet. Da war es kein Wunder, daß auch in Deutschland die fromme Ehrfurcht vor Königtum, Kaisertum und Legitimität schwand.

Freimaurertum und Judentum haben sich erst im Verlaufe der Revolution in diese eingeschlichen und sie von ihrem eigentlichen Wege entfernt. Daß die Revolution aber das Gottesgnadentum der Könige und Fürsten zeitweilig beseitigte und für immer erschütterte, das war weder eine Sünde gegen Gott noch gegen das Volk. Die Ermordung des unglücklichen und sehr volksfreundlichen Ludwig des Sechzehnten und der Königin soll natürlich nicht beschönigt oder gar entschuldigt werden. Sie ist eines der scheußlichsten Verbrechen der europäischen Geschichte gewesen und wird es bleiben.

Die Erschütterung des Gottesgnadentums hatte eine Wirkung, die hervorgehoben zu werden verdient. Angedeutet findet sie sich in Goethes Vers.

„Warum denn, wie mit einem Besen
Wird so ein König hinausgekehrt?
Wären's Könige gewesen,
Sie stünden noch alle unversehrt."

Je mehr die Valuta des Gottesgnadentums der souveränen Fürsten sank, desto ausschließlicher vereinigten sich Beurteilung und Kritik auf den persönlichen Wert oder Unwert des Fürsten, auf seine Leistung in seiner Eigen-

schaft als souveräner Fürst. Die Schutzmauer des Gottesgnadentums, der Glaube des Volkes daran, wurde immer löcheriger, am wenigsten noch in Deutschland. Sie wieder aufzubauen, konnte auch das eifrige Bemühen der Fürsten und ihrer Minister während des neunzehnten Jahrhunderts nicht fertigbringen. Solche Fürsten, die ihr Gottesgnadentum betonten und gar behaupteten, sie bezögen aus ihrem unmittelbaren Königsverkehr mit Gott — ein höheres Wissen, das sonst keinem Menschen zugänglich sei, erreichten das Gegenteil von dem, was sie mit solchen Behauptungen erstrebt hatten. Ein verschwundener Nimbus läßt sich nicht „restaurieren".

Ähnlich, in gewisser Weise, geht es mit christlichen Geistlichen, auch denen der katholischen Kirche. Man hat begonnen, ihnen nicht mehr, als geheiligten Stellvertretern des Stellvertreters Gottes auf Erden, einen gewissen, absoluten, unantastbaren Wert beizulegen, sondern sie nach ihrer Persönlichkeit zu bewerten.

*

Es war also kein Zufall, daß die Heilige Allianz mit der Legitimität auch des Gottesgnadentums alle souveränen Fürsten wiederherzustellen bestrebt war.

Die Heilige Allianz und der Deutsche Bund waren in jener Zeit auch die Fundamentierung für die Scheidewände, die durch drei Dutzend Fürstentümer und souveräne Fürsten das deutsche Volk an einer Vereinigung zu einer einzigen, großen deutschen Nation unübersteiglich hinderten, Deutschland als Ganzes nicht werden, noch gar in Erscheinung treten lassen sollten. Ebenso wie das Ziel Frankreichs wurde damit das Ziel Metternichs erreicht: von Wien aus die einzelnen deutschen Staaten in ihrer Politik zu beherrschen, sie einzeln oder in Gruppen gegeneinanderzuhetzen, je nach den Habsburger Interessen.

Wenn Metternich später als sein Ziel erklärt hat: seine Politik sei gewesen, einen stabilen Zustand in Europa zu schaffen, so gelang ihm dies im wesentlichen durch den Egoismus, die Eifersucht und Kurzsichtigkeit der Fürsten. Dazu kam auch die große Ermattung der Bevölkerungen durch die Napoleonischen Kriege. Vor allem spürte man dies in dem ausgesogenen Preußen. Das auch späterhin noch so oft mißbrauchte Schlagwort von der Ordnung, die nunmehr herrschen solle, wurde beifällig aufgenommen. Nur absolute Unterordnung unter Thron und Altar konnte die Ordnung schaffen und erhalten; nach Metternich und dem Urteil der meisten Fürsten.

Fürst Metternich wollte die innere Entwicklung Deutschlands „stillegen", wie man etwa eine Fabrik stillegt. Für uns heute ein ungeheuerlicher Standpunkt, gerade wenn man bedenkt, daß durch die Französische Revolution, durch die langjährige Fremdherrschaft in Deutschland mit all ihrem Elend

und durch die Befreiungskriege die, wie wir heute sagen: Mentalität der Bevölkerung, neben allem Unglück, in einem Maße aufgelockert und durchgerüttelt worden war, daß schon deshalb Entwicklungskeime aller Art unter der Erde sproßten und nach oben durchzubrechen verlangten.

Merkwürdig erscheint es, daß ein Mann von der Klugheit und psychologischen Urteilskraft Metternichs hat glauben können, daß auf diese Weise eine wirkliche innere Ordnung, ein stabiler Zustand sich schaffen ließe.

Wir werden das Metternich-Zeitalter zu verfolgen haben, auch um beurteilen zu können, ob das deutsche Volk im ganzen genommen und ob vor allem die deutsche Jugend in den Mittelpunkt ihres deutschen Sehnens und Wollens die Monarchie und im besonderen den Kaiser stellten, oder die deutsche Einheit, also: ob der Kaiser das Ziel war oder nur das Mittel, um zum Ziel der deutschen Einheit zu gelangen. Metternich wollte weder das eine noch das andere, und darin waren die deutschen Fürsten mit ihm einig, ebenso wie Frankreich es war. Zum Teil einig waren allerdings die deutschen Fürsten in einem wichtigen Punkte, nämlich in dem der Einrichtungen von Verfassungen. Metternichs eifriges und geschicktes Bestreben ging darauf aus, die deutschen Fürsten davon abzubringen, ihren Bevölkerungen Verfassungen zu geben. Auch Friedrich Wilhelm der Dritte von Preußen hatte eine repräsentative Verfassung versprochen. Die Ausführung wurde aber in Preußen von Jahr zu Jahr und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt hingeschleppt, im Grunde genommen war das ganz im Sinne des Metternichschen Gedankens und seiner Auffassung von Ruhe und Ordnung und Erhaltung des Bestehenden. Ähnlich ging es in anderen Staaten.

Der Geschichtsforscher Dahlmann sagte, besorgt, wie damals schon viele, in einer Rede:

„Friede und Freude kann nicht sicher wiederkehren auf Erden, bis, wie die Kriege volksmäßig gewesen und dadurch siegreich geworden sind, auch die Friedenszeiten es werden, bis auch in diesen der Volksgeist gefragt und in Ehren gehalten wird, bis das Licht guter Verfassungen herantritt und die kümmerlichen Lampen der Kabinette überstrahlt."

Das war damals „Liberalismus", reiner, judenfreier Liberalismus, und wurde — ebenso wie alles, was der Freiherr vom Stein, Arndt, Gneisenau und auch schon Scharnhorst gewollt und gesagt hatten, als Jakobinertum von den konservativen Kräften, den „staatserhaltenden", angeprangert und, wenn möglich, unter Verfolgung, zum mindesten unter Kontrolle gestellt. Heute, nach rund hundertfünfundzwanzig Jahren, da es in Deutschland weder Jakobinertum gibt noch Konservativismus, noch Liberalismus, kann ein nüchternes Urteil von unserem nationalsozialistischen Standpunkt nur dahin lauten, daß jene „Liberalen" und „Jakobiner" Vertreter des deut-

schen Volksgeistes waren und die Richtung erkannt hatten, in der allein eine gesunde deutsche Entwicklung wenigstens angebahnt werden konnte.

Nicht ohne Interesse ist in diesem Zusammenhang der Ursprung des Begriffs „liberal": das lateinische Grundwort „liber" heißt: frei. Von ihm abgeleitet ist das Wort „liberalis". Dieses bedeutete ursprünglich ein rein persönlich, gesellschaftlich freundliches, mit Freigebigkeit und Wohlwollen verbundenes Verhalten. Seit dem achtzehnten Jahrhundert trat zu dem Begriff solcher „Liberalität" der des „Aufgeklärt"seins hinzu. Der Übergang des Begriffs in das politische Leben vollzog sich zuerst in Spanien: Nach der Rückkehr des Königs Ferdinand VII. in sein Land bildeten sich zwei Parteien. Für den König und die Restaurierung der alten Ständeverfassung nahmen die „Servilen" Partei, gegen die Wiederherstellung des Alten die „Liberalen", also diejenigen, die den Staat freiheitlicher gestaltet und den Dritten Stand gleichberechtigt wissen wollten.

Die Bedeutung des Wortes „liber" und des von ihm abgeleiteten „liberalis" ist also, im Grunde genommen, die gleiche, und im politischen Leben des neunzehnten Jahrhunderts wurden sie gleichgesetzt. Im Lauf desselben Jahrhunderts hat sich der Begriff des Liberalismus als überaus dehnbar erwiesen, schon sein Grundgedanke: die menschliche und politische Freiheit, zu der später der ebenso dehnbare wie verfälschbare Begriff der wirtschaftlichen Freiheit kam, erwies sich für Mißbrauch, Willkür und Verfälschung wie geschaffen. So ist der Begriff der Freiheit, je nach den politischen Richtungen und Zielen, beliebig ausgelegt worden.

Wenn Dahlmann in seinem obigen Ausspruch „das Licht guter Verfassungen" für rettend und notwendig erklärte, so war das ebenso liberal wie vaterländisch und national, denn er, der selbst national war, verstand unter einer guten Verfassung eine auf nationalem Boden stehende und von nationalem Geist durchdrungene. Erst der Nationalsozialismus hat den politischen Begriff der Freiheit fundamentiert und zu einem unveränderlichen dauernden Wert gemacht. Die Wortbildung „liberalistisch" ist ganz neu. Sie bedeutet die Kennzeichnung: Ablehnung aller Theorien und Praktiken der liberalen Lebens- und Weltanschauung, die im Gegensatz zum Nationalsozialismus stehen.

Der Einwurf könnte gemacht werden, daß gerade der Nationalsozialismus als Feind des Parlamentarismus doch unmöglich jenes damalige Drängen nach einer Verfassung gutheißen könne. Eine solche Behauptung würde aus folgenden Gründen oberflächlich sein: Kabinettsregierung muß der Nationalsozialist auch rückschauend durchaus ablehnen. Kabinettsregierung und Führertum sind von Grund aus entgegengesetzt. Die sich in positivem Sinne entwickelnden Kräfte jener Zeit gingen in der Hauptsache vom Bürgertum

aus, und das Bürgertum verlangte gleiches Recht für alle und Beseitigung von Privilegien der in der Hauptsache aus dem Adel bestehenden Oberschichten.

Dieses: Gleichheit unter dem Gesetz! bedeutet eine der Grundlagen auch der nationalsozialistischen Anschauung. Die Kabinettsregierung stand diesem Grundsatz entgegen. Sie betrachtete den Untertan als Objekt, ein artiges oder ein unartiges, für den Fürsten und sein Kabinett. Dem Nationalsozialismus ist das Volk das Subjekt, das seinem Führer sein Vertrauen bezeugt, in der Art, wie das deutsche Volk es seit 1933 auf die Befragung des Führers tut. Jenes liberale Drängen bedeutete ein natürliches Recht, einen natürlichen Anspruch auf Rechte und Gebräuche, die die herrschenden Schichten ohne weiteres als Vorrechte inne hatten.

Dieser Anspruch rechtfertigte sich zugleich in der schnell steigenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Bürgertums und damit seiner Bedeutung für das wirtschaftliche und soziale Leben des Staates.

Nicht ebenso, jedoch ähnlich war es später mit der sozialen Frage, die zuerst in der Hauptsache eine solche der Handarbeiterschaft war. Daß und wie diese auf ihren verhängnisvollen Weg geriet, der bis zum 9. November 1918 führte, wird uns nachher noch beschäftigen.

Schließlich: der nationalsozialistische Gedanke bildet den Gegensatz zu einer Ordnung, die auf der einen Seite einen absoluten Erbmonarchen und sein Kabinett, ferner eine privilegierte Schicht, auf der anderen nichtprivilegierte Schichten oder, wie sie später genannt wurden, Klassen zeigt. Sind also die Wege des deutschen Liberalismus zu Irrwegen geworden, hat er im Laufe der Jahrzehnte eine entscheidende Verunreinigung und Vergiftung durch das Judentum erfahren, so kann doch gesagt werden, daß jene deutschen Liberalen, von deren hervorragenden Hauptvertretern einige genannt wurden, ohne Ausnahme den Gedanken des deutschen Volkstums als Fernziel vor Augen hatten und erkannten, daß die Einung des deutschen Volks unvergleichlich wichtiger und wertvoller war als der bestehende Zustand. Sie fühlten auch schon — was wir heute klar erkennen —, daß das deutsche Volk einen lebendigen Organismus bedeutet und deshalb auch nach außen darzustellen hat, und daß die Zerteilung in eine große Anzahl von sozusagen wasserdichten Abteilungen in Gestalt vieler einzelner souveräner Staaten wider die Natur des Volksgedankens und der Volkswirklichkeit ist. Geschichtlich betrachtet war es selbstverständlich ein Fehler, wenn süddeutsche Fürsten in das entgegengesetzte Extrem verfielen und nach französischem Muster Verfassungen zu geben versuchten, die weder in der Linie irgendeiner Seite der deutschen Vergangenheit lagen, noch dem deutschen Wesen entsprachen.

ZWEITER ABSCHNITT

Die Deutsche Bewegung bis 1848

Die Deutsche Burschenschaft

In jenem inhaltreichen Jahre 1815 wurde die Deutsche Burschenschaft in Jena gegründet. Ihre Gründer waren junge Frontkämpfer der Befreiungskriege, dann aktive Studenten in Jena, im ganzen elf jungeDeutsche, zum größten Teil Norddeutsche, über die Hälfte waren Mecklenburger. Ihre Ursprünge gingen auf den Tugendbund zurück, der in der Franzosenzeit gegründet und verboten wurde. Dieser Bund war von Königsberg ausgegangen, sein Grundgedanke war im wesentlichen eine strenge, sittliche Erziehung der Jugend, mit dem Ziel der Befreiung vom französischen Joch.

Die Burschenschaft, die also im Unterschied zum Tugendbund und, noch früher, zum unpolitischen Hainbund, aus der Mitte der deutschen Studentenschaft hervorging, kennzeichnete ihr Ziel durch die Losung: „Ehre, Freiheit, Vaterland!" Das war der Geist der zurückgekehrten Frontkämpfer und der Jüngeren. Ihnen bedeuteten die Staaten, ob Mecklenburg oder Preußen, keine höchsten Werte. Die Deutsche Burschenschaft stand vollkommen im Zeichen des Arndtschen Liedes: „Was ist des Deutschen Vaterland?" Und dieses Vaterland war das Großdeutschland, das heute da ist; nach Arndt: „soweit die deutsche Zunge klingt", und: „Das ganze Deutschland soll es sein." Die Burschenschaft selber sagte: „Damit das neuerwachte Bewußtsein der Volkseinheit nicht untergehe, und — um mancherlei Nachteilen der Trennung in Landsmannschaften vorzubeugen — es möge künftig nur eine Verbindung auf den deutschen Hochschulen sein, die alle Burschen umfasse."

„Damit das neuerwachte Bewußtsein der Volkseinheit nicht untergehe!" Dieses Wort schon klingt uns sehr neuzeitlich, es besagte: die Volkseinheit besteht, denn sie ist eine naturgegebene Einheit. Die Deutschen sind sich ihrer jetzt in dem großen Befreiungskriege bewußt geworden! Die Geschichte zeigt, wie leicht bisher dieses Bewußtsein verschwand. — Also ist notwendig — und sind studentische Frontkämpfer dazu da —, das Bewußtsein der Volkseinheit wachzuhalten, und zwar durch die Burschenschaft. Sie soll alle Studenten aller deutschen Staaten umfassen und durchdringen und damit die akademische Jugend im deutschen Einheitsgedanken erziehen; diesen dachte man sich, als selbstverständlich: einschließlich Österreichs. Wohl-

gemerkt, es wurde hier nur von Volk, Vaterland, Freiheit und Ehre gesprochen, nicht von Königen und Fürsten, nicht von einem Kaiser, der über das ganze Deutschland herrschen solle. Auch für die studentischen Frontkämpfer von 1813/15 war nicht die Sehnsucht nach einem Kaiser das Ursprüngliche und Richtunggebende, sondern die Sehnsucht nach der deutschen Einheit. Jedes Mittel, jede Führung, die sie zustande brächte, war recht.

Die schwarzrotgoldene Fahne wählte die Burschenschaft, mit dem Bannerspruch: „Ehre, Freiheit, Vaterland". Es ist ein Irrtum, daß diese Farbenzusammenstellung eine Erinnerung und Beziehung zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation hätte kundgeben sollen. Der Sinn ist häufig gedeutet worden. Unter Studenten der vierziger Jahre ging der Spruch: „Durch schwarze Nacht und blutige Schlacht zum goldenen Lichte der Freiheit!"

Berühmt geworden ist das nach dem Verbot der Burschenschaft gedichtete Lied von A. von Binzer: „Wir hatten gebauet ein stattliches Haus." Die beiden letzten Verse lauten:

„Das Band ist zerschnitten,
War schwarz, rot und gold.
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiß, was er gewollt!

Das Haus mag zerfallen —
Was hat's dann für Not?
Der Geist lebt in uns allen,
Und unsere Burg ist Gott."

Die Geschichte der deutschen Burschenschaft an sich ist kurz gewesen und eigentlich nicht viel mehr geworden als ein Sinnbild vaterländischer Jugendbegeisterung. In dem Worte „vaterländisch" liegt aber etwas, das den Nationalsozialisten von heute berühren muß: das erste Auftreten des bewußt politischen Studenten in Deutschland. Der politische Student ist nachher verfemt worden. Vom Metternich-Regime ausgerottet, wurde er noch Ende des neunzehnten Jahrhunderts als demokratisch und unvornehm in den höheren Gesellschaftsschichten verworfen und gering geschätzt. Manche Korpsstudenten sehnten sich gleichwohl nach der betont deutschen Atmosphäre der Burschenschaft, während Tradition und „rauher Ton" sie fernhielten. Außerdem: der Student ist für Politik nicht reif. Er soll das Leben unbefangen kennenlernen!

Der Student der oberen Schichten sollte studieren, außerdem die Freiheit der Jugendjahre genießen. Gegen das letztere etwas einzuwenden, wäre lächerlich; aber die Ausschaltung der Politik aus dem Studentenleben —

gerade derjenigen Kreise, die die überlieferte Anwartschaft auf späteren Einfluß in der Regierung des Landes und Volkes hatten — ist ein schwerer Fehler gewesen; nach mehreren Seiten hin.

Es war eine Maßnahme der Metternich-Zeit in ihrer rücksichtslosen Unterdrückung der Burschenschaft und aller ähnlichen Bestrebungen, die sich für die deutsche Einheit begeisterten.

Sie galten ohne weiteres als politisch und damit als umstürzlerisch und demagogisch, als demokratisch.

Eine gegen Ende der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts geschriebene Schilderung der Burschenschaft, und zwar von einem preußisch-konservativen Verfasser, sagt über einen wichtigen Punkt: „Der Grundsatz, die Hauptgrundlage unserer Sittlichkeit sei das Christentum — die zweitmächtigste Grundlage aber, nach diesem, sei das Deutschtum."

Diese Schrift wurde damals populär, freilich in einer Weise, nach der man diesen Grundsatz eher hätte so aussprechen müssen: „Die Hauptgrundlage sei das Deutschtum, und die zweitmächtigste das Christentum." — Arndts Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" übte eine wahre Zaubermacht über die Herzen der jungen Deutschen. Es war der eigentliche Zutreiber zur Burschenschaft!

Der Kreis um Ludwig Jahn, den sogenannten Turnvater, bestand vor der Burschenschaft. Jahn selbst hatte schon um das Jahr 1800 eine Schrift für die deutsche Einheit geschrieben. Die Männer um Jahn waren von vornherein radikaler, setzten sich auch nicht nur aus Jugend zusammen und haben, gegen ihren Willen, der Burschenschaft zum Schaden gereicht.

Die Burschenschaft gedieh in den ersten zwei Jahren ihres Daseins glänzend, sie war damals „ein stattliches Haus" und gab dem Fürsten Metternich und seinen Gefolgsmännern unter Fürsten und Ministern keinen Anlaß, die ihnen höchst unangenehme Bewegung einzuschränken oder zu verbieten. Die Feier eines Reformationsfestes im Jahre 1817, der Dreihundertjahrfeier der vierzehn Thesen, wurde von dem Kreise Ludwig Jahns angeregt und von der Burschenschaft aufgenommen. Der Großherzog von Weimar, Karl August, gab der Burschenschaft die Erlaubnis, das Reformationsfest — als Tag der Leipziger Schlacht — auf der Wartburg zu feiern.

Auf dieser Feier hielt der Student der Theologie Heinrich Riemann eine Rede und sagte unter anderem:

„Alle Brüder, alle Söhne ein und desselben Vaterlandes müssen eine eherne Mauer bilden gegen alle inneren und äußeren Feinde, entgegen dem Schrecken des Todes — entgegen der Blendung vom Glanz der Throne. — Das Ziel für das spätere Leben der Burschen ist das des Gemeinwohls und der Liebe zum einigen deutschen Vaterlande."

Während solche Dinge nicht weiter „auffielen", machten die Gefolgschaften Ludwig Jahns einen schädlichen Streich, indem sie an verschiedenen Orten — anstatt einer Bannbulle, wie Luther — eine Anzahl ihnen mißliebiger Schriften feierlich verbrannten, außerdem einen Korporalstock, ein Leutnants-„Korsett", einen Zopf und so weiter, Dinge, die die Berliner Studenten mitgebracht hatten.

*

Nun hatten die Metternich-Leute, was sie wollten. Sie behaupteten, daß auch Akten der Heiligen Allianz verbrannt worden seien, überhaupt Dinge, deren Verbrennung einen Widerspruch und eine Verhöhnung gegen die europäische Ordnung und einen gefährlichen demokratischen Akt bedeute. Die Burschenschaft war nicht daran beteiligt gewesen; aber hocherfreut, endlich einen Anlaß gegen sie zu haben, erklärte die Metternichsche Presse: dieser Fall zeige einmal wieder, daß die Teilnahme von Jünglingen am öffentlichen Leben ein Verbrechen sei.

Auch in Berlin war die Entrüstung groß. Die gesamte reaktionäre Beamtenschaft, einschließlich der konservativen Schicht, entwarf Schilderungen, als ob ein neues Revolutionsjahr 1789 vor der Tür sei. Der russische Zar und der französische Bourbonenkönig schrieben empörte Briefe an Karl August von Weimar, daß er solches zugelassen habe. Ein Ausschuß der Burschenschaft von Jena aber erschien vor dem Weimarer Schloß und brachte „dem Beschützer deutschen Rechts und deutscher Freiheit ein freies, freudiges Hoch" aus.

So war der törichte Verbrennungsakt der Jahn-Leute für die Burschenschaft zu einem verhängnisvollen Tage geworden, wie sich bald zeigen sollte. Die Burschenschaft wurde als europäische Gefahr ausgerufen. Im folgenden Jahre wurde ein Kongreß der Fürsten und ihrer Minister nach Aachen berufen. Das Hauptthema war die „Demagogie", der man nunmehr energisch zu Leibe gehen wollte, nicht zum wenigsten den Turnern Jahns.

Der damals berühmteste Journalist Europas, Gentz, der die studentische Deutschbewegung mit seiner glänzenden Feder in denkbar schlimmstem Licht erscheinen ließ, schrieb: Die Gefahr sei deshalb so besonders groß für Europa, weil es sich ja nicht allein um die jungen Studenten handele, sondern in noch höherem und schlimmerem Grade um die Hochschullehrer, die Professoren. Diese seien die wahren Vergifter und sie müßten deshalb genau und streng beobachtet und rücksichtslos beseitigt werden, wo immer irgendwie Demagogisches an Persönlichkeit oder Unterricht festzustellen sei. Die Artikel und Schriften, die Gentz hier verfaßte, waren von weitgehender Be-

deutung in ganz Europa. Es grenzt an das Unglaubliche, welchen Einfluß dieser charakterlose, dabei geistig bedeutende und höchst gewandte Mann seit, hauptsächlich, dem Wiener Kongreß ausgeübt hat.

Um dieselbe Zeit kamen drei Brüder Follenius — Hessen war ihre Heimat — nach Jena und erlangten dort sehr schnell durch ihren revolutionären Fanatismus erheblichen Einfluß. Es wurden Geheimbünde gegründet, der der „Schwarzen Brüder" und andere.

Die talentvollen und leidenschaftlichen Brüder Follenius waren von den alten Schlagworten der Französischen Revolution erfüllt, und der von ihnen beherrschte Kreis junger fanatisierter Leute gelangte zur Ansicht, daß der Fürstenmord das einzige Mittel sei, um der Freiheit und dem Glück des deutschen Volkes die Bahn zu brechen. Auch der beste Monarch sei ein Tyrann und Verbrecher. Und nicht allein die Fürsten müsse man so beseitigen, sondern auch andere schädliche Persönlichkeiten. Der Beginn der Verfolgung der Burschenschaften steigerte den Fanatismus dieser Kreise.

Aus dieser Stimmung heraus erfolgte dann die Ermordung des Dichters Kotzebue durch den jungen Studenten der Theologie Karl Ludwig Sand im Frühjahr 1819. Kotzebues boshafte Verhöhnung der Studenten, insbesondere der Burschenschaft, hatte Sand mit solcher Empörung erfüllt, ihn so in seinem deutschen Ideal gekränkt, daß er den Entschluß faßte, Kotzebue zu töten. Nachdem er sich lange auf den Anschlag vorbereitet hatte, ging er mit einem selbstgeschliffenen Dolch in Kotzebues Haus, trat ihm dort entgegen und erstach ihn. Sein sofortiger Versuch, sich selbst zu erstechen, mißlang, er versetzte sich nur eine schwere Wunde. Ein Jahr nachher wurde er durch das Schwert hingerichtet und starb in voller seelischer Sammlung und Ruhe.

An seiner Tat haftete nichts Persönliches; es war allein sein tiefgekränkter Idealismus, der ihn zu der Tat gebracht hatte. Neben dem großen Aufsehen, das die Tat erregte, war charakteristisch für die Atmosphäre jener Zeit: die tiefe Sympathie, die besonders in der Bevölkerung der Gegend für Sand Platz griff. Man verehrte ihn wie einen Heiligen und baute eine Art Museum aus seinen Sachen, und wie ein Heiligtum wurde der Stuhl bewahrt, auf dem Sand zuletzt gesessen hatte. Noch heute gibt es das „Sand-Häuschen" dicht bei Heidelberg, das der Scharfrichter aus den Brettern des Schafotts, auf dem Sand hingerichtet wurde, zusammengebaut hatte. Auch in der gebildeten Bevölkerung waren die Sympathien groß. Ein Theologieprofessor aus Halle schrieb an die Mutter Sands: gewiß sei die Tat beklagenswert an sich, jedoch in ihren letzten Gesinnungen ein schönes Zeichen der Zeit. Die Bevölkerung war außer sich über die Vollstreckung der Hinrichtung gegen diesen ganz jungen Menschen, der doch nur das Gute gewollt habe.

Die Tat Sands aber zeitigte böse Folgen, denn nunmehr hatten Fürst Metternich und seine Leute den ersehnten Anlaß, gegen die Burschenschaft, gegen die Universitäten überhaupt, gegen alles, was man nur „Demokratie" nennen konnte, vorzugehen. Metternich verhehlte seine Freude nicht und lobte den „vortrefflichen Sand", der ihm jetzt so schön freie Bahn gemacht hatte. Damit begann nun die lange Periode der Verfolgung und Unterdrückung auf Grund der sogenannten Karlsbader Beschlüsse:

Staatlich zu überwachen seien alle Schulen, die Universitäten, die Studenten und die Professoren. Alles sei zu beurteilen vom Gesichtspunkt der Staatsgefährlichkeit. Staatsgefährlich war alles, was den Grundsätzen der Heiligen Allianz nicht entsprach und an die Grundlagen des Deutschen Bundes rührte, also für die deutsche Einheit eintrat oder Stimmung zu machen versuchte. Das Bollwerk gegen diese nationaldeutschen Bestrebungen war der Frankfurter Bundestag, gebildet durch Minister beziehungsweise Gesandte der einzelnen deutschen Staaten.

Die Burschenschaft wurde im selben Jahre — 1819 — aufgehoben. Gründung irgendeiner studentischen Korporation bedurfte staatlicher Genehmigung. Ein umfassendes Spionagesystem war mit allen Mitteln der Denunziation und der Bespitzelung ständig am Werk. Fortwährend war man auf der Suche nach irgendwelchen heimlichen Zusammenhängen und „Umtrieben", die den Staat gefährden könnten und sollten. Wer als Demokrat" verdächtig war, wurde und blieb von allen Staatsämtern ausgeschlossen. Jeder, der überhaupt verdächtig war, wurde überwacht. Ähnliche Maßnahmen richteten sich gegen die Turnerbünde; man stellte sie unter Überwachung; strenge Pressezensur wurde eingeführt.

In Mainz saß die Zentral-Untersuchungskommission für alle deutschen „Jakobiner", Demagogen und Demokraten. Jahn wurde verhaftet und durfte erst sechs Jahre später wieder, in dem Zustande „gemäßigter Freiheit", nämlich unter Polizeiaufsicht, sein Leben weiterführen.

Ludwig Jahn war sicher kein Talent, noch weniger ein Genie; aber er war ein lauterer Idealist, ein tapferer Mann im Kriege und ein feststehender mutiger Mann gegenüber allen Verfolgungen und Mißhandlungen, die seit dem Jahre 1819 über ihn hereinbrachen. Auch hat er in manchen Fragen gesundes politisches Urteil gezeigt: die deutsche Einheit wollte er unbedingt, aber nur unter preußischer Führung, wie überhaupt der deutsche Beruf Preußens ziemlich allgemein erkannt wurde, aber ebenso, daß das Preußen von damals in seinen deutschen Beruf noch nicht hineingewachsen war.

Umgekehrt muß gerechterweise auch dahin geurteilt werden, daß alle jene für ein großes, einiges Deutschland Begeisterten die Größe der praktisch-politischen Schwierigkeiten entweder überhaupt nicht sahen oder

unterschätzten. Sie hatten den unschätzbaren nationaldeutschen Drang; aber es fehlte ihnen die Macht und vor allem der große Führer, der ihren Idealismus zu seinem Machtmittel gestalten konnte. Der Geist der Burschenschaft aber trug trotz allem deutsche Zukunft in sich, die Metternichsche „Ordnungs"politik nicht. Das geistige Deutschland, Universität und Dichtertum, hegten das Ideal der deutschen Einheit in sich weiter.

Die Führung der nationaldeutschen Bewegung und damit deren Schwerpunkt aber rückte nach Süddeutschland.

Das Bürgertum — Das Hambacher Fest

Allmählich bildete sich nun jene politische Demokratie heran, die auf Kosten des alten liberalen Idealismus eine innerpolitische „Freiheit" verfocht, die dem preußischen Staat gerade das nehmen wollte, was ihn zum Kraftzentrum eines um das Preußentum geeinten Deutschlands machen konnte: die militärische Macht und eine entsprechende unabhängige nationaldeutsche Politik. Aus jener „prinzipientreuen" Demokratie kam nachher das unvergeßliche und ewig beschämende Wort: man müsse Preußen den Großmachtkitzel austreiben.

Die herrschenden reaktionären Schichten Preußens zeigten sich hier politisch als unendlich wertvoller. Ihr Idealismus war der Stolz auf die große Tradition Preußens, das Verständnis für den grundlegenden Wert der realen Macht und für Sauberkeit im Staat. Die Beschränktheit der Horizonte dieser Schicht zeigte sich in ihrer Abneigung gegen das deutsche Ideal und gegenüber einer gesunden innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Entwicklung. Ein nicht kleiner Teil des preußischen Adels war auch für liberale Gedanken empfänglich.

Die Bevölkerung, soweit sie politisch und wirtschaftlich dachte, aber war vom deutschen Einheits- und Einigungsgedanken nach wie vor erfüllt und getrieben. Abgesehen von dem nationaldeutschen Idealismus war es die große wirtschaftliche Entwicklung, die zu Zusammenschluß und Vereinheitlichung immer unwiderstehlicher drängte. Sie ging, nach der Erfindung der Dampfmaschine, mit Riesenschritten vorwärts. Europa trat mit schnellen Schritten in das Zeichen des Verkehrs, des Austauschs, des Handels, des Kapitalismus und der Kreditwirtschaft.

Nach den Befreiungskriegen und dem Wiener Kongreß, als alle Staaten den endlich errungenen Frieden und die Befreiung vom fremden Joch zur Heilung der wirtschaftlichen Wunden zu benutzen trachteten, als die englische Industrie ihre während der Napoleonischen Kriege in riesigen Vorräten aufgehäuften Produkte auf die europäischen Märkte warf und überall freien

Zutritt hatte, waren der deutsche Handel und die deutsche Wirtschaft in achtunddreißig Zollgebiete eingeschachtelt und untereinander getrennt. Fremde Staaten, in erster Linie England, konnten zollfrei ihre Waren in jedes deutsche Zollgebiet bringen. So vermochten sich die deutsche Industrie und der Handel nicht von den Kriegsjahren und der Blockadeperiode zu erholen.

Eine elementare Gegenbewegung ging von der Wirtschaft, also vom Bürgertum, aus, die sich mit zunehmender Wucht gegen diese Lahmlegung der deutschen Wirtschaftskräfte wandte. Friedrich List, der große und verkannte Mann, wurde zunächst der Führer. Er als erster warf den Gedanken in die Öffentlichkeit, daß alle Binnenzölle zu beseitigen seien und ganz Deutschland sich mit einer Außenzollinie umgeben müsse. Nur durch solchen Zusammenschluß und innere Einheit könnten Handel und Wirtschaft dem Ausland gegenüber gedeihen.

List und seine Anhänger wandten sich nach Wien, an den Frankfurter Bundestag und kamen nicht vorwärts: Es war das verhängnisvolle Jahr1819, das Jahr des Verbots der Burschenschaft ... da sah Metternich als neue deutsche Einheitsbestrebung den Gedanken eines großdeutschen Zollzusammenschlusses vor sich aufsteigen. Die Zeitverhältnisse forderten ihn gebieterisch; aber Metternich und sein Werkzeug, der Deutsche Bundestag, sahen durch solche Pläne die „Ordnung" gefährdet und versuchten die in solchen Fällen übliche Taktik des freundlichen Verschiebens.

Schließlich nahm dann Preußen die Sache in die Hand und bildete Zolleinheit mit seinen zahlreichen deutschen Nachbarn. Nach und nach schlossen sich nun alle deutschen Staaten zum Zollverein zusammen. Dagegen war nichts zu machen, und der preußische Tatsachensinn, gepaart mit einer energischen Initiative, hatte — in der Hauptsache von rein wirtschaftlichen Überlegungen geleitet — nolens volens der nationaldeutschen Einheitssache einen Dienst geleistet, der sich mit jedem Jahre fruchtbarer auswirkte.

Auch die Reaktionäre begriffen und mußten ihren Haß gegen die „Demokratie" dem wirtschaftlichen Fortschritt unterordnen. So vollzog sich das große Ereignis trotz Metternich, der im Zollverein eine Verletzung der monarchischen Rechte der einzelnen deutschen Staaten durch das preußische Vorgehen erblickte.

Hoffmann von Fallersleben fand den richtigen Ausdruck für das, was hier geschehen war, und weiterwachsen sollte:

„Schwefelhölzer, Fenchel, Bricken,
Kühe, Käse, Krapp, Papier,
Schinken, Scheren, Stiefel, Wicken,
Wolle, Seife, Garn und Bier;

Pfefferkuchen, Lumpen, Trichter,
Nüsse, Tabak, Gläser, Flachs,
Leder, Salz, Schmalz, Puppen, Lichter,
Rettich, Rips, Raps, Schnaps, Lachs, Wachs.

Und ihr andern deutschen Sachen,
Tausend Dank sei euch gebracht!
Was kein Geist je konnte machen,
Ei, das habet ihr gemacht:
Denn ihr habt ein Band gewunden
Um das deutsche Vaterland,
Und die Herzen hat verbunden
Mehr als unser Bund: dies Band!"

Der Zollverein war nicht nur ein wichtiger, sondern ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur deutschen Einheit. Vom Kaisertum, vom Glanz der alten Kaiserkrone war dabei nicht die Rede gewesen, auch von keiner Initiative der Monarchen. Bedrängt vom aufstrebenden, meist liberalen Bürgertum, hatten die Regierenden einem Druck nachgegeben, dem sie nicht widerstehen konnten.

Umgekehrt nahmen süddeutsche Staaten tief übel, daß gerade das reaktionäre Preußen den Zollverein brachte, was doch offenbar — so argumentierte man im Süden — Sache der Demokratie, des Liberalismus gewesen sei.

*

Welche Entwicklung und welchen Weg der nationaldeutsche Gedanke in Süddeutschland inzwischen genommen hatte, zeigte 1832 das Hambacher Fest in der Bayrischen Pfalz.

Eine einige zwanzig Jahre später von einem reaktionären Verfasser gegebene Schilderung des Festes sagt unter anderem:

„Revolutionäre Agitatoren hatten die Unzufriedenheit des Publikums mit den fruchtlosen Verhandlungen der südwestlichen ständigen Kammern für ihre Zwecke benutzt. Die revolutionären und die konstitutionellen Bewegungen hatten sich schon gesondert."

Doktor Wirth hatte am 21. April 1832 von Homburg aus einen Aufruf an die Volksfreunde erlassen, in dem er die Mittel zur Einigung Deutschlands und zur Durchführung der Volkssouveränität angab.

Als zur selben Zeit eine andere Aufforderung erlassen wurde, daß das Fest der bayrischen Konstitution auf dem Hambacher Schloßfest stattfinden sollte, erfolgte wieder von neuer Seite ein neuer Aufruf:

„Der Deutschen Mai. — Eine Einladung an alle deutschen Stämme, am 27. Mai zu einer großen Bürgervereinigung an jenem Berge zusammenzukommen und sich zum Kampf für gesetzliche Freiheit und deutsche Nationalwürde zu stärken." —

Zeitgenössische Berichte haben die Zahl der Teilnehmer an diesem Fest auf 30 000 bis 60 000 Menschen geschätzt; auf alle Fälle war der Besuch ein für die damalige Zeit außerordentlich großer. Der Verlauf der Feier selbst zeigte — im Vergleich zum Reformationsfest der Burschenschaft und ihren sonstigen Veranstaltungen — einen auffallenden Unterschied nach der revolutionären Seite und ein Eindringen fremder Elemente:

Es war keine Kundgebung, noch ein Fest der Studentenschaft, wie 1817 das Reformationsfest auf der Wartburg. Vielmehr wurde das Hambacher Fest zwar auch von Studenten, hauptsächlich früheren Mitgliedern der Burschenschaft, beschickt, die sich inzwischen in liberale Bürger verwandelt hatten. Überhaupt, was an Jugend und jüngerem Mannesalter vorhanden war, die Feier mitmachte, wies eine Politisierung auf, die zehn Jahre vorher auf der Wartburg nicht vorhanden gewesen war. Dort herrschte nur der Gedanke: einiges Deutschland! Auf dem Hambacher Schloß dagegen ging es um innerpolitischen Kampf als Hauptobjekt. Zwei Ereignisse gaben dem Hambacher Fest ein besonderes Gepräge: der damalige gescheiterte polnische Aufstand gegen Rußland und die Pariser Julirevolution.

Der niedergeschlagene polnische Aufstand in Rußland hatte besonders in der deutschen Bevölkerung tiefe Bewegung und Empörung hervorgerufen. Die polnische Erhebung schien ihr ein Musterbeispiel des Kampfes für die Freiheit schlechthin; denn den Anlaß hatte der Entschluß des russischen Zaren Nikolaus des Ersten gebildet, das Königtum in dem seinerzeit Rußland überlassenen Teil Polens für sich in Anspruch zu nehmen.

Die Erregung in Deutschland war um so größer wegen der polnischen Gebiete, die bei den Teilungen Polens an Preußen gefallen waren. So lag andererseits für Preußen, das, besonders in Süddeutschland, gehaßte, reaktionäre Preußen, die sehr reale politische Gefahr vor, daß der Aufstand auch auf die preußischen Polen übergreife. Ein Lebensinteresse Preußens lag vor. So mußte das preußische Verhalten in schärfstem Gegensatz stehen und auftreten zu der erbitterten Begeisterung eines großen Teiles der deutschen Bevölkerung für den polnischen Freiheitskampf.

Die Pariser Julirevolution lieferte die Ergänzung von der anderen Seite. Sie erschien besonders der süddeutschen Bevölkerung als der beispielhafte Kampf eines Volkes, das sich selbst regieren und von keiner Königsherrschaft mehr wissen wolle. Über die geheimen freimaurerischen Ursprünge der Julirevolution waren nur wenige unterrichtet.

Als dritter Faktor ist zu nennen die im neunzehnten Jahrhundert als typisch deutsch hervortretende Eigenschaft, sich für äußere und innere Kämpfe fremder Nationen zu begeistern und Partei zu nehmen, ohne dabei an die Interessen des eigenen Volkes und Vaterlandes zu denken. Da waren

die deutschen Staaten, alle souverän, viele untereinander eifersüchtig oder von Haß erfüllt. Einen einzigen Punkt vielleicht gab es, in dem man einigermaßen einig war, auch einschließlich des kleinen und großen Bürgertums — soweit dieses überhaupt politische Interessen hatte. Diesen gemeinsamen Punkt bildeten der Rheinstrom und die Rheinlande. Sonst aber taumelte der schwache und unklare nationale Wille, von jeweiligen Gefühlsimpulsen getrieben, hin und her — und der niemals entwickelte, noch geführte politische Sinn der Deutschen, im ganzen gesprochen, betätigte sich sentimental, blind und ziellos.

*

Von allen diesen Motiven war auf dem Hambacher Fest etwas vorhanden: unter Glockengeläute nahm die Feier ihren Anfang, und der gewaltige Zug ging den Berg zur Schloßruine hinauf. Schon seine Anordnung gab ein Bild von der Stimmung: die Spitze bildete eine Abteilung Bürgergarde, natürlich mit Musik. Unmittelbar dahinter folgte ein Fahnenträger mit weißroter Schärpe, der die — polnische — Fahne trug. Es folgten die Festordner mit der schwarzrotgoldenen Fahne, diese mit der Inschrift: „Deutschlands Wiedergeburt". Es schlossen sich an: Deputationen aus den süddeutschen Staaten, aus dem Rheinland und Westfalen, aus Sachsen, Hannover und Koburg.

Auf dem Berge wurde die polnische Fahne gehißt, darüber auf der Burgruine die deutsche Fahne.

Fürst Metternich hatte schon kurz vor dem Hambacher Fest geäußert: „Das Hambacher Fest müsse gut benutzt werden, dann könne es ein freudiges werden." In seinem Sinne wurde es auch ein sehr freudiges:

Im Sinne der damaligen Zeit gesprochen, waren die Forderungen der Sprecher jenes liberalen Bürgertums revolutionär: auf die deutsche Einheit gerichtet. Man wollte in allen deutschen Staaten, kaum anders als die Studenten von 1817, repräsentative Verfassungen. Endziel: das einige Deutschland, unter einem Kaiser oder unter einem Präsidium, auf alle Fälle mit einem Parlament. Aller fürstliche Absolutismus, alles patriarchalische Regiment habe zu verschwinden. Das alles war nichts Neues.

Ein bedenklicher Ton aber kam in das Ganze hinein, als führende Männer — sonst klug und verdienstvoll und durchaus gute Deutsche — erklärten: Deutschland hoffe, daß — wie 1789 — auch jetzt wieder die Freiheit von Frankreich kommen werde. Es war eben zwei Jahre nach der französischen Julirevolution, mit der man die republikanische Bewegung in Frankreich nicht als abgeschlossen ansah.

Die ganze politische Naivität dieser Männer zeigte sich im Zusatz zu ihrem Wunsch, die Freiheit möge wieder von Frankreich kommen: Freilich erwarte

man, daß Frankreich nicht wieder — wie in der großen Revolution — deutsches Gebiet betrete, noch, vollends, versuchen werde, sich deutsches Land anzueignen. Sollte das aber der Fall sein, so werde ganz Deutschland sich in Einigkeit erheben und sich gleich bei dieser Gelegenheit Elsaß-Lothringen wiedernehmen.

Franzosen, die solches lasen, werden still gelächelt haben. Wo sollte das damalige Deutschland die Macht hernehmen! Die Zeiten der Befreiungskriege waren vorbei. Aber das war nicht alles: Wären jene Reden auf dem Reformationsfest der Burschenschaft gehalten worden, so würden sie wegen ihres vaterländischen Gehalts großen Beifalls gewiß gewesen sein. Nichts beweist besser die Veränderung der allgemeinen Stimmung, daß jene Rede des schon genannten Dr. Wirth innerhalb der Versammlung und von deren leitenden Persönlichkeiten scharf getadelt wurde, weil sie — und zwar besonders den Franzosen gegenüber — unschicklich gewesen sei und vollends in Gegenwart des in Deutschland geborenen, von Haß gegen alles Deutsche erfüllten Juden Börne. Börne war während der letzten anderthalb Jahrzehnte zum Abgott eines großen Teils der Gebildeten geworden. In die nationaldeutsche Bewegung war ein neuer, ein fremder Einschlag hineingekommen: der jüdische. —

Der Gesamtton des Hambacher Festes war nicht allein Beseitigung aller Fürsten durch Revolution, sondern als Endziel: „Die Internationale Menschheitsrepublik". (Unter jüdischer Führung!)

Als ersten Schritt hierzu bezeichneten die Hambacher Redner: „Die Vereinigten Freistaaten von Deutschland". Auch die besten Fürsten seien Hochverräter und Verbrecher.

Zum ersten Male wohl in jenen Jahrzehnten wurde das internationale Endziel der Menschheitsrepublik auf einer deutschen Versammlung in Deutschland unter der schwarzrotgoldenen Fahne ausgerufen. Die Menschheitsrepublik, das „Ideal der Freimaurerei", das — freilich unausgesprochene — Ziel des Judentums, das seit 1847 von Marx und Genossen scharf bezeichnete Ziel des international-sozialistischen Kommunismus!

In den zeitgenössischen Berichten über das Hambacher Fest ist verschiedentlich auch erwähnt worden die Anwesenheit von Gästen aus Frankreich, außerdem von zahlreichen Emigranten aus Russisch-Polen.

Ein tatsächliches Ergebnis hatte das Hambacher Fest natürlich nicht. Nur an Reden, an einer Fülle von großen Worten hatte man sich berauscht; freilich nicht nur hieran, denn das Fest fand statt in der berühmten deutschen Weingegend, und viele dachten vielleicht in der Katerstimmung der folgenden Tage anders als vorher. Die revolutionären Phrasen, die freilich doch zum großen Teil auch Äußerungen der Gesinnung waren, konnten nicht

zurückgerufen werden. Die Spione und Spitzel des Fürsten Metternich hatten auf dem Hambacher Fest nicht gefehlt.

Mit dem Hambacher Fest war auch ein in anderer Hinsicht gefährlicher Weg beschritten worden, um so gefährlicher, weil er einer deutschen Schwäche entsprach. Es war hiermit entstanden jener furchtbare Typ des breit und verschwommen, bei reichlichem Trunk, „flammend" politisch redenden bürgerlichen „Patrioten", wie ihn auch die jetzt lebende ältere Generation noch schauernd erlebt hat. Außer dem Politikaster des Stammtisches war nun der Politikaster der Versammlung entstanden, jeder einzelne ein „Staatsmann"! — Vollgepfropft mit Halbbildung und allgemeinen patriotischen Phrasen. Dieser redende und trinkende und stets „begeisterte" deutsche Bürger wurde in aller Unschuld ein Verderber in politischem Sinne und noch, nach verschiedenen anderen Seiten hin, eine Quelle geistiger Versimpelung, bornierter Selbstüberschätzung und politischen Unverständnisses, und — was vielleicht das Schlimmste war — der begeisterte Philister war der Anbeter des Wortes, das wirksamer sei als die Tat; im Gegenteil galt mehr und mehr die Brutalität der Tat als Mangel an Bildung und bürgerlicher Gesittung. Wort und damit Geist müßten allein herrschen, die Ereignisse der Welt hervorbringen und leiten.

*

Beinahe genau ein Jahr nach dem Hambacher Fest ereignete sich etwas noch Ernsteres: der Frankfurter Putsch. Studenten aus Süd- und Mitteldeutschland stürmten plötzlich die Wache in Frankfurt am Main und bemächtigten sich ihrer, wobei es einige Tote gab. Da es sich um noch nicht hundert Angreifer handelte, wurde die Sache im Umsehen vom Militär unterdrückt. Der kindliche Anschlag war damit zu Ende. Man hatte sich vorgenommen, den Frankfurter Bundestag zu verhaften, sich, soweit möglich, des Frankfurter Rothschild und seiner greifbaren Geldmittel zu bemächtigen. Die Führer scheinen sich eingebildet zu haben, daß sie damit den Hebel in der Hand haben würden, um die deutschen Monarchien aus den Angeln zu heben; daß dann überall im Lande die Bevölkerung sich zur großen Befreiungsrevolution für das einige, einheitliche Deutschland erheben werde. Der Streich im ganzen genommen war so unsinnig, daß man ihn als Folge Metternichscher Spitzelarbeit ansehen mußte. Das wird annähernd zur Gewißheit angesichts der Tatsache, daß den Frankfurter Stadtbehörden und dem österreichischen Bundestagsvertreter Absicht und Vorbereitungen vorher bekannt gewesen sind, das Ganze also eine Falle gewesen ist.

Die große Stunde des Systems Metternich war hiermit gekommen: niemand konnte, nach der furchtbaren Frankfurter Tat. bezweifeln, daß Thron,

Legitimität und Altar in höchster Gefahr sich befanden. Minister und Monarchen traten zusammen und wurden sich dahin einig, daß man eine Erweiterung des Verfassungslebens in den Staaten Deutschlands nicht gestatten dürfe, weil sonst die Gefahr für Ruhe und Ordnung zu groß werden müsse. Hier stand der russische Zar Nikolaus I. mit seiner überragenden Autorität, auch in Preußen, energisch an der Spitze. Die von Friedrich Wilhelm III. nach den Freiheitskriegen versprochene Verfassung für Preußen unterblieb weiter. Auch sein Sohn, Friedrich Wilhelm IV., ließ den Zustand, wie er war, und ließ die Erbitterung in der Bevölkerung weiterschwelen, in gutem Glauben.

Nun setzten neue Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung" ein. Wieder wie nach dem Wartburgfest richteten sie sich in erster Linie gegen die Hochschulen, dann gegen die Presse und gegen öffentliche Veranstaltungen.

In Frankfurt wurde die Zentral-Untersuchungs-Kommission gebildet; außerdem erhielten alle Landgerichte den Befehl, Untersuchungen anzustellen. Tausende von älteren und jüngeren Burschenschaftern wurden gerichtlichen Verfahren unterworfen. Geführt wurden die Untersuchungen nach dem Grundsatz, die Angeklagten abzuurteilen: „nicht nach dem, was sie getan, sondern was sie gewollt hätten". — So war es leicht, den harmlosen und unerfahrenen jungen Leuten die zu ihrer Verurteilung erforderlichen Schlingen zu legen, denn der Spruch sollte jedesmal auf Hochverrat lauten.

In Berlin z. B. wurden von reichlich zweihundert Untersuchungsgefangenen vier zu „verschärfter" Todesstrafe verurteilt, fünfunddreißig zu „einfacher" Todesstrafe. Der König von Preußen milderte diesen wütenden Wahnsinn wenigstens dahin, daß die Todesstrafe in lebenslängliche bzw. dreißigjährige Gefängnishaft geändert wurde. Erst König Friedrich Wilhelm IV. hob nach seiner Thronbesteigung auch diese Strafen auf. Zu den zum Tode Verurteilten gehörte auch der unglückliche Fritz Reuter, der weder etwas getan noch etwas gewollt hatte, was mit Hochverrat auch nur das geringste zu tun hatte. Hätte Friedrich Wilhelm III. noch zehn Jahre länger gelebt und die verurteilten jungen Leute in ihren Gefängnissen gelassen, so würde das Leben von vielen hunderten vaterländisch begeisterten jungen Deutschen vernichtet worden sein.

Auch wenn man von diesen furchtbaren persönlichen Terrorakten ganz absieht und auf der anderen Seite ebenso von den gewiß nicht angemessenen Reden auf der Wartburg und am Hambacher Schloß und von dem provozierten Frankfurter Putsch und in diesen Fällen die Torheit und Unangemessenheit ohne weiteres zugibt und mißbilligt, so lagen Schuld und Unrecht

doch weit überwiegend bei den Regierungen, also bei den Fürsten und ihren Beratern.

Heute erscheint uns schwer begreiflich, daß ein von Grund aus so rechtlicher Fürst wie Friedrich Wilhelm III., der aus den Befreiungskriegen eine unermeßliche Summe an Achtung, Vertrauen und Liebe heimbringen konnte, sich nicht besser auf die Psychologie seines Volkes verstand und sich willenlos oder bereitwillig dem überwiegenden Einfluß Metternichs und des preußischen Konservativismus unterwarf.

Bei manchen anderen deutschen Fürsten konnte man wohl von Egoismus, Angst und Überheblichkeit sprechen, bei Friedrich Wilhelm nicht. Dieser König hatte eben wirklich ehrlich das Metternichsche System für richtig und notwendig gehalten und ebenso ehrlich geglaubt, daß durch solche Mittel Legitimität, Thron und Altar sicher untermauert werden könnten; derselbe Friedrich Wilhelm, der 1813 den „Aufruf an mein Volk!" unterzeichnet und damit das Herz seines Volkes gefunden hatte!

Es ist, rückwärts betrachtet, ein Verhängnis gewesen, daß Friedrich Wilhelm weder Verständnis noch Sympathie für jene großen „Jakobiner" von Stein bis Gneisenau gehabt hat. Wie anders würde sich das Schicksal Preußens und Deutschlands sonst gestaltet haben. Das Schlimmste von allem ist vielleicht gewesen, daß die große nationaldeutsche Bewegung, die stark, frisch und rein aus der Napoleonischen Zeit hervorgegangen war, durch die Behandlung, die man ihr von seiten der Fürsten und ihrer Berater angedeihen ließ, mit der Zeit auch an ihrer Reinheit Einbuße erlitt und von Elementen durchsetzt und beeinflußt wurde, die — deutschem Wesen fremd — den deutschen Gedanken verfälschten und mißbrauchten. Das waren nicht so sehr Polen und Franzosen, sondern die Juden.

Die Juden in der deutschen Einheitsbewegung

Im September 1791 wurde in der französischen Nationalversammlung, nach zweijährigen heftigen Kämpfen, die folgende Entscheidung durchgesetzt: die Voraussetzungen für den Titel eines französischen Bürgers seien in der Verfassung enthalten.

„Jeder, der diese Voraussetzungen in sich trägt und den Bürgereid geleistet hat: alle verfassungsmäßigen Pflichten zu erfüllen, hat auch das Recht auf alle verfassungsmäßigen Freiheiten. Die Nationalversammlung setzt hiermit alle auf die Juden bezüglichen Ausnahmebestimmungen und Klauseln außer Kraft und bestimmt, daß der von Juden zu schwörende Bürgereid zugleich den Verzicht auf alle ihnen früher gewährten Sonderzugeständnisse bedeutet."

Diesen Beschluß der Nationalversammlung kann man ohne Übertreibung als eine weltgeschichtliche Entscheidung bezeichnen, denn ihre Folgen und Wirkungen sind ungeheure gewesen und geworden — bis zum heutigen Tage und in eine noch nicht absehbare Zukunft hinein. Ihre Wirkung auf die Entwicklung der deutschen Verhältnisse im neunzehnten Jahrhundert ist so groß gewesen, daß wir nicht an ihr vorübergehen können und sie eingehender behandelt werden muß.

Friedrich Wilhelm II. von Preußen, dem in seiner Schwäche alles darauf ankam, als der „Gute" im Gegensatz zu dem harten Druck seines großen Onkels seinen Untertanen zu erscheinen, ließ schon sehr bald nach seiner Thronbesteigung, also vor der Französischen Revolution, einen Erlaß erscheinen: es sei sein Wille, „daß die Lage dieser verfolgten Nation (der Juden) nach Möglichkeit erleichtert werde". Er dürfte schon als Prinz von den Juden bearbeitet, vielleicht auch — da er viel Geld brauchte — von ihnen finanziell unterstützt worden sein. Von außen gesehen, setzte der König also selbst die Judenfrage in Bewegung.

Eine Kommission wurde eingesetzt, ein nachher viel umstrittener Bericht herausgegeben. Diese kam zum folgenden Ergebnis:

„Übrigens ist es uns höchst wahrscheinlich, daß in der dritten Generation, etwa nach sechzig bis siebzig Jahren, die Juden in allem — bis auf wenige, dem Staat ganz unschädliche und gleichgültige, Religionsdifferenzen — den Christen durchaus gleich sein werden; und alsdann werden auch die bis dahin noch nötigen Einschränkungen gänzlich aufgehoben werden können."

Diese Auffassung ist durch beinahe das ganze neunzehnte Jahrhundert hindurchgegangen: als Nation würden die Juden verschwinden und, in Beziehung auf den Staat, nach einigen Generationen den Christen gleich sein. —

Zur Staatsauffassung wurde die verhängnisvolle Gegenüberstellung: Christen — Juden; nicht, wie heute, im Nationalsozialismus: Deutsche — Juden. Es begann die jüdische, mit allen Mitteln arbeitende Propaganda. Die Juden sahen: die Frage war geöffnet worden. Jetzt mußte auf jede Weise volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung erreicht werden.

Die Emanzipation der Juden in Frankreich gab einen enormen Antrieb und Auftrieb für die jüdischen Bestrebungen in allen europäischen Ländern. Friedrich Wilhelm wurde auf diese von seinen jüdischen und judenfreundlichen Beratern hingewiesen: weitere Zugeständnisse seien notwendig, weil die französischen Revolutionsarmeen in die Rheinlande eingebrochen waren und die dortigen Juden emanzipiert hatten. Trotz gegenseitiger Warnungen der jüdisch ausgewucherten Bevölkerung befahl der König weitere Förderung des Reformplanes, um „endlich eine Sache zustande zu bringen, die in anderen Ländern längst zustande gebracht worden ist". — Diese Rücksicht-

nahme auf das Ausland war für den König charakteristisch, augenscheinlich der Furcht entsprungen, als rückständig zu gelten — und von Juden gewarnt, was für Gefahren ihm und seinem Lande daraus entstehen könnten.

Napoleon hatte um das Jahr 1808 den Juden selber und damit die jüdische Gefahr erkannt. Nur seine fortwährenden Kriege hinderten ihn daran, die Emanzipation weitgehend zurückzunehmen. Gleichwohl wurde er, wider Willen, zu ihrem Bahnbrecher. In allen Ländern und Gebieten, wo die Revolutionsarmeen sich zu Herren machten, wurden die Beschränkungen der Juden aufgehoben, und wenn auch nach dem Zusammenbruch der Napoleonischen Herrschaft jene Neuordnung ganz oder teilweise zurückgenommen wurden, waren doch die Spuren nicht zu beseitigen, und die Position der Juden für ihre fernere Kampfführung blieb erweitert und befestigt.

Schon gegen Ende des alten Jahrhunderts hatten sich in Berlin jene berüchtigten jüdischen „Salons" zu einer höchst einflußreichen Macht herausgebildet. Diese hauptsächlich in Berlin konzentrierte, reiche jüdische Oberschicht hatte durch den der vorherigen Generation angehörigen Moses Mendelssohn begriffen, von wie entscheidender Wirkung es sei, wenn sie sich mit der deutschen Sprache völlig vertraut machte und folgerichtig mit der deutschen Kultur. In der Tat konnte es damals in der Glanzzeit der deutschen Dichtung und Philosophie kaum einen günstigeren Augenblick für die Juden geben, um in der allgemeinen Atmosphäre des „Menschheitsgedankens" sich, wie wir heute sagen würden: in die deutsche Kultur einzuschalten. So gelangte jenes jüdische Intellektuellentum — immer gestützt und gefördert durch die reichen Juden: Bankleute, frühere Kriegslieferanten, Händler usw. — zu einem geistigen Einfluß und zu einer Stellung in der Gesellschaft, die sich schnell zu einer geistigen Macht aufschwang und zugleich ihren korruptiven Einfluß durch ihren Reichtum in den maßgebenden Gesellschaftskreisen übte.

An der Spitze des preußischen Staates stand als Staatskanzler Fürst Hardenberg.

1812 erfolgte das sogenannte Hardenbergsche (genannt nach dem judenfreundlichen preußischen Staatskanzler) Edikt, die erste gesetzliche Grundlage für die Juden auf ihrem Wege zur vollkommenen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, der freilich länger sein sollte, als sie damals dachten.

Dieses Edikt gab den Juden im großen und ganzen folgendes: Alle bisherigen Bestimmungen über die Juden seien hiermit aufgehoben; die in unseren Staaten jetzt wohnhaften, mit Generalprivilegien, Naturalisationspatenten, Schutzbriefen und Konzessionen versehenen Juden und deren Familien sind als Inländer und preußische Staatsbürger zu achten; sie sollen gleiche bürgerliche Rechte und Freiheiten mit den Christen genießen. Sie

können auch akademische Lehr-, Schul- und Gemeindeämter, zu welchen sie sich geschickt gemacht haben, verwalten. — Freizügigkeit, Gewerbefreiheit und Handelsfreiheit, Grundstückserwerb jeder Art wurden den Juden bewilligt. Höchste Empörung aber erregte bei den Juden der § 9 des Edikts: „Inwiefern die Juden zu anderen öffentlichen Bedingungen und Staatsämtern zugelassen werden können, behalten wir uns vor, in der Folge der Zeit gesetzlich zu bestimmen."

Die anfängliche Triumphstimmung der Juden über den Sieg wurde von ihnen schnell als taktisch unrichtig erkannt, und so schützten sie Empörung und tiefe Niedergeschlagenheit darüber vor, daß sie nicht die unbedingte Zulassung zu Staatsämtern und anderen „öffentlichen Bedingungen" erhalten hatten. Eben aus dem Getto und ihren früheren Lebensbedingungen entlassen, verlangte die jüdische Frechheit schon sofort, an der Regierung des preußischen Staats mitzuarbeiten, das hieß — in die jüdische Denkart übersetzt — den preußischen Staat zu regieren.

Alle unbedingten Zugeständnisse, die die Juden durch das Hardenbergsche Edikt erlangt hatten, bedeuteten eine sprunghafte und sehr bedeutende Vergrößerung ihrer Macht, gleichzeitig eine Verbreiterung ihrer Basis, auch den Rest zu erreichen. Die Unklarheit und die einander widersprechenden Elemente, die am Zustandekommen des Edikts mitgewirkt hatten, treten — kraß genug — zum Beispiel darin hervor, daß den Juden Kommunalämter, Lehrämter, also auch Hochschullehrertum unbedingt gestattet wurden, also ohne vorherige Untersuchung, ob der Betreffende nach den damaligen Anschauungen geeignet sei oder nicht.

Den Juden wurde damit die Befähigung als Lehrer der deutschen Jugend, von der Volksschule bis zur Universität, zuerkannt: einer deutschen Jugend ihre geistigen und anschaulichen Bildungsgrundlagen zu geben. Die Juden begriffen die Bedeutung gerade dieses Zugeständnisses sofort, und stürzten sich auf die Lehrerlaufbahnen. Hundertzwanzig Jahre lang — man bedenke, was das bedeutet — haben die Juden auf die Erziehung deutscher Jugend in jüdischem Geist, mit jüdischen Anschauungen, mit jüdischer Methode Einfluß üben können.

Hauptlosung der Juden damals war: glauben zu machen, daß die Juden Preußens große Patrioten seien, insbesondere Freiheitskämpfer gegen Napoleon; dies seit 1808, seitdem sich die Freimaurerei mit dem Judentum gegen Napoleon gewandt hatte. Von nun an wurden sie, soweit sie in Deutschland lebten, deutsche bzw. preußische Patrioten.

Mit dem Jahre 1813 begann das große und geschickte jüdische Spiel mit dem Worte: Freiheit. Natürlich waren sie glühend begeisterte Preußen geworden, frei sollte das preußische Vaterland von der französischen Fremd-

herrschaft werden! Die militärische Beteiligung der Juden am preußisch-deutschen Befreiungskampf war sehr gering, um so stärker ihre Tätigkeit als Kriegslieferanten! — Diese war derart, daß besonders die kämpfende deutsche Jugend aus dem Kriege mit einem tiefen Abscheu gegen die jüdischen Kriegslieferanten, die Auswucherer der verarmten Landbevölkerung zurückkehrte. Überhaupt machte sich damals, auch in Preußen, eine starke gegenjüdische Bewegung bemerkbar; begreiflich genug, denn zum erstenmal konnten sich das jüdische Ausbeutertum und die jüdische Frechheit ungehemmt zeigen.

Während im Grunde genommen für die Juden der Begriff Freiheit sich nur auf sie selbst, auf die Unbeschränktheit ihrer eigenen Freiheit: im Staate Preußen alles zu unternehmen und zu erreichen, was sie wollten, bezog, hatte das preußische Volk ausschließlich die Befreiung von der Fremdherrschaft gemeint und diese mit dem Schwerte errungen. Zugleich aber hatten große Führer, wie Stein, Gneisenau, Scharnhorst, schon vor dem Befreiungskriege begriffen und laut herausgesagt, daß ein Volkskrieg auch eine neue Wertung des Volkes im Staate und in dem staatlichen Leben verlange.

Die akademische Jugend, zum größten Teil aus Frontkämpfern bestehend, erwartete die Verwirklichung des königlichen Versprechens. Die Ära Metternich, mit der Heiligen Allianz und dem allgemeinen politischen Grundsatz: alles soll so bleiben, wie es ist, besonders der deutsche Gedanke sei als revolutionärer Frevel gegen Gottesgnadentum und Legitimität mit allen Mitteln zu unterdrücken, war der mächtige und sehr raffinierte Feind.

So lag es für den Juden nahe genug, in der deutschen Jugend und innerhalb des Liberalismus als begeisterter Prophet der Freiheit aufzutreten, während er seine eigene zügellose Freiheit meinte und immer meint. In einer Verfassung mit parlamentarischer Vertretung — wie schwach eine solche in ihren Anfängen auch sein mochte —, dem Hardenbergschen Edikt zufolge würden sie, die Juden, überall innerhalb einer Verfassung als „Vertreter des Volkes" auftreten können; welch eine Zukunftsperspektive bot sich ihnen hier! —

Sie wußten, daß Metternich — so schroff er gegen alle wirklich freiheitlichen deutschen Regungen und Willensmeinungen einschritt — ihnen, den Juden, nichts tat. Das zeigte sich schon auf dem Wiener Kongreß, wo als Treffpunkt der Kongreßmitglieder der Salon der Jüdin Freifrau Fanny von Arnstein diente. Die jüdischen Geschichtsschreiber sagen hierüber ganz offen, es sei jenen Wiener Juden und Jüdinnen bald gelungen, Hardenberg und Metternich für ihre Sache, den deutschen Einzelstaaten gegenüber, zu gewinnen. — „Diese befremdliche Tatsache wird auf gesellschaftliche Ein-

flüsse und namentlich auf die engen Beziehungen zurückgeführt, die Metternich mit den jüdischen Bankhäusern von Berlin und Wien verbanden."

Das ist deutlich genug und sei hier nur erwähnt, um den auffälligen Widerspruch in Metternichs Haltung zu erklären: er ließ die deutsche Jugend bis aufs Blut verfolgen, weil sie die deutsche Einheit wollte, und die Juden, die sich dieser nationaldeutschen Bestrebungen bedienten und sie fortwährend anfachten, ließ Metternich nicht nur in Ruhe, sondern förderte sie je nach ihren Wünschen.

Von großer Wirkung auf die jungen deutschen Träger der deutschen Einheitsbewegung war die Arbeit der jüdischen Dichter und Schriftsteller und Journalisten, unter ihnen an erster Stelle Börne, Saphir und dann Heine. Sie alle waren „Dichter der Freiheit", Kämpfer für das Neue — gegen das Verstaubte und Verzopfte, Alte. — Sie taten so, als ob sie begeistert für Deutschland seien und meinten den Kampf um ihre Stellung in Deutschland.

Die dann in den Jahrzehnten Metternichs grausam mißhandelte deutsche Jugend nahm in ihrer Verbitterung den jüdischen Spott und Schimpf befriedigt und ehrlich in Empfang und quittierte in der gleichen Stimmung die Verspottung der Kleinstaaterei und der Fürsten. Sie verherrlichte die Zustände im freien Auslande, besonders in Frankreich, und ließ es in dieser Stimmung zu Verirrungen kommen, wie, auf dem Hambacher Fest, sich beim Juden Börne — der, aus Deutschland nach Frankreich gegangen, alles Deutsche fortwährend auf das giftigste beschimpfte — wegen einer auf dem Fest gehaltenen Rede zu entschuldigen! ...

Das Verlangen nach freiheitlicheren Zuständen, nach Reformen usw. beruhte auf Notwendigkeit. Darüber war man sich auch in recht weiten Kreisen des Adels klar. Für die Juden war der Augenblick gekommen: gerade wir Juden wollen die Freiheit des großen deutschen Vaterlandes und seiner Einung, gerade wir Juden, die wir so lange in Versklavung haben leben müssen, wissen, was Freiheit und Fortschritt bedeuten: auch wir wollen Freiheit, denn wir sind „Deutsche"! — Aber, wie ihr wißt, haben wir auch heute unsere Freiheit noch nicht, dürfen nicht Beamte werden. Gerade jetzt im Kampf um die große deutsche Freiheit wollen und werden wir Juden die Vorkämpfer sein für den Fortschritt der Menschheit und insonderheit den Fortschritt in Deutschland!

Dazu kam in ganz selbstverständlicher Konsequenz gerade hier das Freimaurertum, vielfach in Personalunion mit dem getauften oder ungetauften Juden.

Einer der bedeutendsten jüdischen Führer jener Jahrzehnte, Gabriel Rießer, der später zu der Deputation gehörte, die Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone anbot, war hoher Freimaurer. Die Freimaurerei war seit Ende

des achtzehnten Jahrhunderts eine große Macht, wenn ihr auch nicht alles, was sie plante, gelungen ist.

Das Europa der ersten zwei Drittel des neunzehnten Jahrhunderts stand überhaupt im Zeichen der Geheimbünde, ob man sie nun Freimaurer nannte oder Carbonari oder anders. Diese italienischen Geheimbünde bestanden, zum Teil auch führend, aus Nationalisten, die das geeinte Italien wollten, zum anderen Teile aus solchen, die antiklerikale Ziele hatten, und wieder andere, die alle nationalen Bestrebungen als Mittel zu benutzen trachteten, mit dem Gedanken der Weltrepublik unter Herstellung ihrer geheimen Regierung über diese.

Durch die Emanzipation wurden die Juden freizügig, aller amtlichen Kontrolle entzogen; sie wurden — jedenfalls in Preußen — gezwungen, fest bestimmte Familiennamen zu führen und sich bei ihren Namensunterschriften nicht mehr der hebräischen Schrift oder irgendwelcher anderer Zeichen zu bedienen; deutsche Familiennamen wurden gewünscht, damit sie als preußische, christliche Staatsbürger kenntlich seien. So war, zum erstenmal in Europa, der Jude überall und nirgends, bald Franzose, bald Deutscher, bald Engländer usw., überall die legitim gewordene Maske tragend, dabei jeder den anderen als Volksgenossen erkennend: ob Blumenberg oder Montefiore oder Fleuremont.

Das europäische Netz der internationalen jüdischen Geldmacht bildete zu einem Teil die Grundlage und ergänzte das System der internationalen jüdischen Tätigkeit in ihren verschiedenen Formen. Anfang der vierziger Jahre des Jahrhunderts hatte Bruno Bauer, Deutscher, der mit Marx seine berühmten öffentlichen Kontroversen gehabt hatte, in seiner Schrift: „Die Judenfrage" gesagt: „Es ist ein lügenhafter Zustand, wenn in der Theorie dem Juden die politischen Rechte vorenthalten werden, während er in der Praxis eine ungeheure Gewalt besitzt und seinen politischen Einfluß, wenn er im detail verkürzt wird, en gros ausübt. Der Jude, der in Wien z. B. nur toleriert ist, bestimmt durch seine Geldmacht das Schicksal des ganzen Reiches; der Jude, der in dem kleinsten deutschen Staat rechtlos sein kann, entscheidet über das Schicksal Europas. Während die Korporationen und Zünfte dem Juden sich verschließen, oder ihm noch nicht geneigt sind, spottet die Kühnheit der Industrie des Eigensinns der mittelalterlichen Institute."

Die jüdische Geldmacht hat schon damals hinter allen Bestrebungen gestanden, von deren Erfolg das Judentum sich etwas Nützliches versprach. So war es den Juden klar, daß sich aus der nationaldeutschen Einheitsbewegung und deren Forderung der Freiheit für sie viel machen lasse, einmal im Sinne des jüdischen Kampfes für die volle staatliche und gesell-

schaftliche Gleichberechtigung, dann auf dem Wege zur Republik, und am besten, wenn dieser Weg über die Revolution ging.

Manche Historiker, darunter auch Treitschke, haben über die Frechheit und Oberflächlichkeit in der Publizistik der, um 1840, jüngeren Generation in Deutschland geklagt, das sei wie ein Rückfall in die Zeiten der Aufklärung gewesen. In Wirklichkeit war es wohl kein Rückfall, sondern führte sich darauf zurück, daß der jüdische Geist sich nunmehr frei betätigen konnte, zumal in der Presse, in Pamphleten und in der oft fälschlich so genannten „schönen" Literatur. Die jüdische Betätigung setzte, damals zum erstenmal, mit jener hohen Wirkung ein, die im Laufe der folgenden Jahrzehnte eine gewohnte Erscheinung wurde. Diese Literatur und Journalistik und ihre Methoden waren für die Deutschen etwas Neues. Sie bewunderten das Talent und die Unverfrorenheit, mit der die jüdischen Journalisten und Schriftsteller alles herunterrissen, was ihnen oder ihren Hintermännern im Wege stand oder nicht gefiel. Die unbedingte jüdische Respektlosigkeit, die vor nichts haltmachte, imponierte um so mehr, als das damalige Deutschland noch von Minderwertigkeitskomplexen, von der Untertanenunterwürfigkeit erfüllt war, die die berühmte Faust in der berühmten Tasche ballt und dabei niemals auf vollkommene Biegsamkeit des Rückgrats zu verzichten wagte. Jene eigentümliche und unerfreulichste Erscheinung in dem Gemisch des deutschen Wesens: eine gewisse Dienerhaftigkeit, im Verein mit innerlicher Überheblichkeit, wird nun endlich die nationalsozialistische Erziehung beseitigen.

Für das neunzehnte Jahrhundert besonders und für alles, was sich in jenen zehn Jahrzehnten begab, darf dieser Zug nicht unerwähnt bleiben, ebensowenig das Bedürfnis der Flucht in die Romantik, die jenem Zeitalter seinen Namen gegeben hat. Schon wenn man sich dies vergegenwärtigt, so erklärt sich, wird jedenfalls der ungeheure Einfluß Heines auf die Gemüter begreiflich, der sogar noch bis an das Ende des Jahrhunderts, wenn schon allmählich abnehmend, gedauert hat. Es war die Mischung einer ätzenden Kritik an den deutschen Zuständen, den politischen und sozialen, und den in Betracht kommenden Persönlichkeiten, einschließlich Friedrich Wilhelms IV., Verhöhnung, nicht allein der Kirche, sondern der Religion, und unechte Übersteigerung des sentimentalen Zuges der Romantik und zugleich dessen Verhöhnung.

Ebenso behandelten die Heine usw. die deutschen Einheitssehnsüchte. Wenn Heine die drei Dutzend Monarchen und das deutsche Philistertum verhöhnte, Männerstolz vor Königsthronen und die Freiheit pries, so umjubelte ihn die deutschbegeisterte Jugend. Und wenn er deren patriotische und dabei leicht alkoholisierte Rührung verspottete, so nahm man ihm das

merkwürdig wenig übel. Heines durch nichts bedingte innere Unwahrhaftigkeit ist allgemeiner erst im letzten Drittel des Jahrhunderts durchschaut worden, und im übrigen ließ die allgemeine Schwärmerei für „Das Buch der Lieder" meist über alles andere hinwegsehen. Und wenn Heine den deutschen Patrioten machte und von Paris aus dichtete: der Gedanke an Deutschland bringe ihn um den Schlaf, dann war in Deutschland alle Welt tief gerührt, ebenso wie, wenn er von der Freiheit, vom Volke usw. in Reimen oder in Prosa redete.

Vielleicht fragt der Leser, was diese Abschweifung zur Judenfrage mit dem Thema dieses Buches zu tun habe. Die Antwort ist: die Entfesselung der Juden hat auf die Art, wie man die Deutsche Frage sah und behandelte, einen Einfluß von solcher Größe ausgeübt, wie er bisher wohl nur noch wenig bekannt, jedenfalls zum Ausdruck gebracht worden ist.

Wohl sprachen Geschichtsschreiber, wie Heinrich von Treitschke und andere, ihre Empörung über das Treiben von Börne und Heine — und wie sie noch hießen — aus; aber man unterläßt in der Kritik dieses Zeitalters: die Verbindung mit der Emanzipation zu zeigen, außerdem, daß die genannten Juden nur Exponenten waren des gesamten jüdischen Kampfes für völlige Emanzipation und — in der Folge — um die Vorherrschaft in Deutschland. — Es waren von Grund aus deutschgesinnte Menschen, führende Deutsche, wie gerade Treitschke, unter jenen nationalen Liberalen; aber sie befanden sich auf dem Standpunkt, den wir vorher kennenlernten: alle Rechte für den Juden, dem dafür die Pflicht zufällt, ein guter Deutscher zu sein und alle jüdischen Sonderbestrebungen und Eigenschaften abzulegen. Auch die Rede, in der Treitschke die berühmte Wendung gebrauchte: Die Juden sind unser Unglück!, ging von demselben Gesichtspunkt aus: er machte den Juden den empörten Vorwurf, daß sie die ihnen gewordenen Rechte mißbrauchten, indem sie die mit diesen verbundenen Pflichten verletzten. Wenn es damit nicht anders würde, so sei allerdings der Zustand auf die Dauer unhaltbar. Dies war aber nicht allein der Standpunkt der Liberalen, sondern ebenso der Konservativen, bei denen hinsichtlich der getauften Juden der christliche Standpunkt natürlich noch eine ungleich größere Rolle spielte. Alle Parteien und Schichten jedoch waren durchdrungen vom freimaurerischen Element.

Das Schlagwort: „Freiheit" charakterisiert vielleicht am besten das große jüdische Schattenspiel. Das Lied von Herwegh: „Freiheit, die ich meine" zeigt es am kürzesten und schlagendsten. Das junge Deutschland meinte damit ein freies deutsches Leben im Inneren, Beseitigung überalterter Einrichtungen und Bräuche, Freiheit nach außen, Verschwinden des Untertanengedankens. Wenn diese deutsche Bewegung den Ruf nach Freiheit

erhob, so waren das die Burschenschafter von 1815 und ebenso die Jugend von 1840 und später. Sie wollten: eine deutsche Freiheit, und alles beseitigen, was dieser im Wege stand. Ob und wann sie da irrten, ist in diesem Zusammenhange nicht hauptsächlich; um so mehr, daß sie zwar forträumen wollten, aber lediglich, um Platz zu machen: für einen deutschen Bau.

Wir alle wollen ja Freiheit, sagten die Juden den Burschenschaftern und anderen Patrioten der Zeit, wir wollen dasselbe, also ist euer Kampf auch der unsere, die wir preußische, bayrische usw. Staatsbürger sind. Dasselbe sagten alle, die Kommunisten, Anarchisten, offene oder heimliche Vertreter der Freimaurerei. Alles rief: „Freiheit." — Und die, die ihren Ruf aufrichtig und deutsch und egoistisch meinten, wurden zum Mittel aller derjenigen, die Umsturz und Vernichtung anständiger und vaterländischer Autoritäten sich zum Ziel gesetzt hatten. — Diese grausam-tragische Vermischung hat viel Unrecht und Unheil im Gefolge gehabt.

Die beiden Friedrich Wilhelm

Im Jahre 1840 starb König Friedrich Wilhelm III. Das Urteil über ihn ist wohl nie zwiespältig gewesen, weder seine gründliche Rechtschaffenheit und persönliche Reinheit noch seine Einfachheit, noch sein hingebendes Streben, dem Wohl seines preußischen Volkes zu dienen, jemals bezweifelt worden.

Ein Führer war der Großneffe Friedrichs des Großen nicht gewesen. Die Kraft zum Entschluß mangelte ihm zwar nicht ganz; aber sie wurde erst nach langer Zeit stark genug zum Treffen von Entscheidungen und niemals — ohne daß bedeutendere und entschlußstärkere Männer, als er, ihn trieben — oft erst, nachdem kostbare Zeit vergangen war, solange die Entschlußfähigkeit des Königs stärker war als die Möglichkeiten ihres Drängens.

Man hat den König mit Recht schon während seiner Lebzeiten als friedliebend anerkannt, und daß er das kräftige, wirtschaftliche Gedeihen Preußens und damit der kleineren Staaten um Preußen gefördert, jedenfalls nicht gehindert habe. Treitschke tadelt leise, daß Friedrich Wilhelm, als einziger der bisherigen Könige von Preußen, das preußische Land, mit seinen unnatürlichen Grenzen, nicht gemehrt, sondern — an Umfang gemindert — seinem Nachfolger hinterlassen habe.

Dieser Tadel, diesem König gegenüber, schien kaum gerechtfertigt, höchstens in Gestalt des Vorwurfs, daß er diejenigen Persönlichkeiten — die von den Verhältnissen gefordert wurden — nicht zu seinen Ratgebern machte, wie es nötig gewesen wäre.

Wenn der König von der berühmten Denkschrift Gneisenaus sagte: sie sei als Poesie gut, aber sonst nicht zu verwerten, so war das typisch für seine Persönlichkeit: nicht die kühle Skepsis eines nüchtern rechnenden Mannes, sondern das Bewußtsein der eigenen Unsicherheit, des Fehlens des Vertrauens zum eigenen Urteil und der fehlenden Schwungkraft.

Von allen Seiten getrieben erst — schritt er 1813 zum Kriege. Als dann das Faktum da war, nahm er es aber auch ganz und ohne Schwächlichkeit, zu jedem Opfer bereit, hin.

Als ein folgenschwerer Mangel in seiner langen Regierung wird — trotz aller Ursachen und Gründe, die sich persönlich und politisch dafür anführen ließen — verzeichnet, daß der König jenem nationaldeutschen Drängen kein Verständnis entgegenbrachte und das Metternich-System nicht etwa mit dem inneren Vorbehalt annahm, unter Umständen auch nach dem eigenen Ermessen zu verfahren, sondern sich ihm und damit dem Fürsten Metternich in den zweieinhalb Jahrzehnten von 1815 bis 1840 untergeordnet hat, entgegen seinem Motto: „Immer mit Österreich, nie unter Österreich!" Indem der König sich dem Fürst-Metternichschen Europa-System unterordnete, ordnete er sich auch Österreich unter, und das ist schließlich verhängnisvoll geworden im Jahre 1848 für seinen Nachfolger, sein Volk und den Staat.

Wirtschaftlich dagegen fand der König die Festigkeit und den Entschluß, den Zollverein verwirklichen zu lassen und damit ein lange nicht bekanntes wirtschaftliches Gedeihen für Preußen und die anderen Staaten des Preußischen Zollvereins heraufzuführen.

Ein Fehler, aber folgerichtig aus seiner Unterwerfung unter Metternich hervorgehend, war, daß Friedrich Wilhelm die 1815 angekündigte Verfassung nicht wenigstens in Angriff genommen hat. Auch in seinen letzten Jahren blieb er taub gegen Warnungen und Mahnungen, sogar gegen die des Generals von Boyen, der ihm sagte, es handele sich darum, ob der König mit der Ausgestaltung des Staates aus eigener Initiative beginne oder sich nachher dazu zwingen lassen wolle. Der König tat noch mehr: durch einen Testamentsentwurf übte er nach seinem Tode noch einen solchen moralischen Druck auf seinen schwachen Nachfolger aus, daß dieser, sich auch dadurch in seinem subjektiv echten Gottesgnadentum gestützt fühlend, nichts tat. General von Boyen hatte in seiner Denkschrift auch sonst das Problem klar genug gezeichnet: „Das Ziel ist das mutige Erhalten und zeitgemäße Aufbauen der vaterländischen Einrichtungen. Dies ist die von der göttlichen Vorsehung Ew. Majestät zugewiesene Aufgabe." — 1815 hatte der König, wohl unter dem tiefen Eindruck der kriegerischen Leistung und der persönlichen Aufopferung seines Volkes im Felde und in der Heimat, die Ver-

fassung in Aussicht gestellt, ergriffen vielleicht auch von der Größe des deutschen Gedankens. In den folgenden Jahrzehnten war diese in ihm wohl verblaßt und verdrängt durch die Realität des Deutschen Bundes, der Heiligen Allianz und der Metternichschen Ordnungspraxis.

*

Als im letzten Teile des Jahrhunderts der alte Kaiser Wilhelm I. unter dem Eindruck der gegen ihn verübten Mordanschläge den Ausspruch tat: man müsse dem Volke die Religion wiedergeben, war es viel zu spät, abgesehen davon, daß solches „wiedergeben" auf Befehl immer ein vergebliches Bemühen sein muß. Aber schon die Heilige Allianz, die alle Geistlichen und Frommen im Lande in Bewegung setzte, hatte in der Hauptsache nur den Erfolg: eine um so heftigere Gegenbewegung zu entfesseln, teils aus Opposition gegen den christlichen Staat, teils unter dem Einfluß der mit jedem Jahre damals materialistischer werdenden Atmosphäre in Deutschland und auch in Preußen. Es war auch eine Reaktion dabei gegen die Philosophie des Idealismus, vielfach in Gestalt eines so krassen Materialismus, daß er an die Zeit der Aufklärung, an das „System der Natur" erinnerte.

Weiter: das Zeitalter des Kapitalismus, der Industrie hatte eingesetzt; das „Bereichert euch", sogar der alte Voltairianismus wirkte noch in Deutschland. Die Dampfmaschine, die physikalischen Entdeckungen, die Naturforschung, die vom Juden Marx und seinen französischen Vorgängern zur materialistischen Weltanschauung benutzte soziale Frage und soziale Not — alles das wirkte zusammen, um eine Strömung in der jeweils jüngeren Generation zu erzeugen, der die Kirchen nicht gewachsen waren.

Auf der anderen Seite drängten die Konservativen um so mehr mit der alten Parole auf den „Schutz von Thron und Altar", die einen wurden der religiösen Zersetzung im Gegensatz zum christlichen Staat beschuldigt, die andern der Heuchelei: die Religion diene nur dazu, das Volk dumm und dadurch im Gehorsam gegen die Obrigkeit zu erhalten. Anfang der vierziger Jahre schon hatte Marx sein Wort geschrieben: Religion sei Opium für das Volk, und Heine sein Gedicht veröffentlicht mit den Zeilen: „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen." Das blutrünstige Heckerlied entstand.

Schon bevor Friedrich Wilhelm der Vierte sich zum König von Preußen gekrönt hatte, knüpften sich an ihn, der so lange auf den Thron hatte warten müssen und — als er ihn bestieg — schon fünfundvierzig Jahre zählte, hochgespannte Erwartungen der Bevölkerung, und zwar ungefähr von allen Schichten. Vom alten König hatte man wohl schon seit längerer Zeit be-

griffen, daß Hoffnungen auf Neues und auf Förderung von Neuem vergeblich waren. Gleichwohl blieb für die Nachgeborenen sein Name mit der Qual und Schmach und dem Heldentum und dem Sieg, mit der Fremdherrschaft und der Befreiung und dem nachherigen wirtschaftlichen Aufstiege Preußens unlösbar verbunden.

Ein Führer war Friedrich Wilhelm der Dritte nicht gewesen und konnte es nicht werden, denn Führer werden geboren. Das war Preußens Unglück, denn einen Führer hatte es nötig, wie jedes Land und jedes Volk. Einen Führerkönig oder einen führenden Staatsmann erwartete auch das Preußen von 1840, als Friedrich Wilhelm der Vierte zur Regierung gelangte. Wollte man fragen: ein Führer, wohin? — so wäre die Antwort gewesen: ein Führer zu den Aufgaben, die der Drang der Entwicklung auf beinahe allen Gebieten dem Volk und Staat eröffnete und damit stellte. Die deutsche Aufgabe Preußens fühlte man. Wie sie zu erfüllen war, konnte nur ein Führer zeigen.

Wie man heute vom Stillegen einer Fabrik spricht, sagten wir oben, so hatte Metternich die deutschen Staaten stillgelegt. Während aber eine Fabrik nur stillgelegt wird, wenn ihre Weiterführung nicht möglich oder nicht rentabel ist, so handelte es sich in den deutschen Staaten und besonders in Preußen um eine Fülle zurückgezwungener Kräfte und ebenso drängender sachlicher wirtschaftlicher und politischer Notwendigkeiten, um einen Strom, der lange Zeit künstlich abgedämmt und sich immer höher und gefährlicher aufstaut. Und alle diese Kräfte wollten Freiheit der Bewegung und des Wirkens, bedurften zielbewußter Lenkung. Vergleicht man diejenigen Kräfte, die nur zerstören, mit denen, die auf ihre Art fruchtbar wirken konnten und wollten, so war kein Zweifel, daß die positiven Kräfte weit in der Übermacht waren, wenn sie, kühn und weise geführt, zusammengefaßt worden wären. Die anderen, die zerstörenden und auf Verneinung des Bestehenden gerichteten Kräfte und Bestrebungen, konnten dann nicht nur eingedämmt, sondern vernichtet werden.

Die Liberalen und ungezählte Preußen außerhalb der Parteirahmen waren durchaus nicht durchweg ohne preußische Königstreue, nicht ohne Anhänglichkeit an das Königshaus selbst. Sie erblickten aber in eben diesem ihnen allen angestammten Königshause auch den Führer zum geeinten Deutschen Reiche der Zukunft, sei es in Gestalt eines Kaisers oder mit einem anderen Titel.

Wir glauben, wieder hervorheben zu sollen: es ging den Deutschen Preußens und in den meisten anderen deutschen Staaten nicht um den „Glanz der Kaiserkrone" und deren Erneuerung, sondern um des „Deutschen Vaterland" im Sinne des Arndtschen Liedes; nicht um den Titel, sondern um den Inhalt.

Mit ganz vereinzelten Ausnahmen waren diese Fürsten in ihren Ländern nicht isolierte finstere Tyrannen; sondern eine gewisse überkommene Anhänglichkeit war auch — abgesehen von der sogenannten Hofgesellschaft und vom Adel — in der Bevölkerung für den Fürsten vorhanden. Es war der alte deutsche Trieb zur Sonderung, wie sich Bismarck ausdrückte, der an den Dynastien seine Kristalle ansetzte. Philistertum und Spießbürgertum waren stolz, ihren eigenen Hof und ihre eigene Fürstenfamilie zu haben — diese „Ruhe und Ordnung" ihren Gemütsbedürfnissen entsprechend. Wie sehr dies auf Überlieferung beruhte, zeigt sich an dem Beispiel Schleswig-Holsteins: Schleswig-Holstein hatte keine dynastischen Überlieferungen, und als die Zeit der Befreiung von Dänemark kam, war es weniger die Sehnsucht nach einem eigenen Fürsten als die nach Unabhängigkeit nach allen Seiten, unter einem — wenn es nun doch einmal ohne Fürsten nicht ging — liberalen Fürsten. Ein wohl nicht ganz kleiner Kreis von Schleswig-Holsteinern aber war der Ansicht, daß schließlich das in Kopenhagen vorhandene „Europäertum" vorzuziehen sein würde. Eben den in ihrer Art durchaus nicht revolutionär gearteten Schleswig-Holsteinern wäre auch eine Republik ebenso lieb und ebenso angemessen gewesen wie beispielsweise für Hamburg, Bremen und Lübeck. Etwas anderes war es auch für die Bevölkerung dieses Landes mit dem nationaldeutschen Gedanken. Als Deutsche, wie sie sich immer gefühlt hatten, wollten sie auch ausgesprochenes Glied des geeinten Deutschen Reiches werden, das sie ersehnten. Sie wollten sich frei anschließen an das Große und mußten deshalb im übrigen Deutschland zu einem sehr großen Teil als liberal und demokratisch gelten, eine Gesinnung, der sie im eigentlichen Sinne jenes Begriffs fernstanden.

*

Friedrich Wilhelm der Vierte war dem deutschen Gedanken keineswegs abgeneigt. Geistvoll, tief, vielseitig und reich gebildet, beweglichen, allzu beweglichen Geistes, voll von romantischen Gedanken und Ideen, wie er war, wirkte der Gedanke einer Erneuerung des deutschen Kaisertums im Zeichen allgemeiner deutscher Einheit auf ihn begeisternd. Ebenso konnte er sich auch für die Ehrwürdigkeit der zahlreichen Dynastien in Deutschland begeistern, eben für die Heiligkeit der Tradition und die Legitimität der „angestammten" Fürstenhäuser.

In hingebendem Freundschaftsbedürfnis schwärmte Friedrich Wilhelm nicht allein für England und sein Königshaus, sondern auch für die freie parlamentarische Verfassung der Engländer. Mit Ehrfurcht und Bewunderung sah Friedrich Wilhelm auf zu seinem Schwager, dem Zaren Nikolaus

dem Ersten, der — ein großer Herrscher — mit eiserner Hand in seinem großen Reiche herrschte und regierte.

Eine der gebildetsten und gelehrtesten Persönlichkeiten seiner Zeit, besaß Friedrich Wilhelm die für einen König glücklich-unglückliche Fähigkeit, sich in alle Verhältnisse und Einrichtungen anderer Staaten und Völker hineinzudenken und sich für sie jeweilig zu erwärmen, für sie zu schwärmen, für jedes Regierungssystem vom Zarismus bis zum englischen Parlamentskönigtum. Der König war für sich tatsächlich von dem Gefühl eines mystischen Gottesgnadentums erfüllt, was andere Könige und Kaiser nur als Pose benutzten und als Mittel für die Stärkung ihrer Autorität und ihres Selbstbewußtseins — ein Kapitel übrigens, auf das wir bei Wilhelm dem Zweiten zurückkommen werden: Friedrich Wilhelm war der ehrfürchtigen Überzeugung, der König stehe in unmittelbarem Verkehr mit Gott, und zwar derart — wie er aus eigener Erfahrung wisse —, daß vom Augenblick der Thronbesteigung Gott dem König, dem Fürsten von Gottes Gnaden, Erleuchtungen zukommen lasse, die diesem vorher nicht zuteil geworden seien. Er, der König, wisse seitdem Dinge, die er als Kronprinz noch nicht habe wissen können.

Friedrich Wilhelm der Dritte fühlte sich auch in der Atmosphäre des Gottesgnadentums, aber er sah auch die Notwendigkeiten des praktischen Lebens und ließ sich — soweit seine Selbständigkeitskraft reichte — durch diese bestimmen. Er war, dem Wesen nach, geneigt, an sich zu zweifeln, und daraus konnte ihn auch das Gefühl des Gottesgnadentums nicht erlösen.

Friedrich Wilhelm der Vierte hingegen, von schwärmender Begeisterung in dem Gedanken erfüllt, wie reich er sein Volk beglücken wollte, tat den berühmten Ausspruch, nie werde er zugeben, „daß sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, eine Verfassung — gleichsam als eine zweite Vorsehung — dränge". Das sagte der König im Jahre 1847 bei der Eröffnung des vereinigten Landtags, den er nach vielen Versprechungen und vielem jahrelangen Zögern hatte verwirklichen lassen. Dieser genügte jedoch, sogar als ständische Vertretung, nicht, geschweige denn als eine Volksvertretung. Eine solche wollte der König auch nicht, und der Ausdruck für diese seine unabänderliche Willensmeinung war eben jener Ausspruch von den Blatt Papier, der naturgemäß im gesamten liberalen Lager und links von diesem allgemeine Enttäuschung und Wut erregte.

Prinz Wilhelm von Preußen, sein Bruder, hatte gegen den Landtag schwerste Bedenken gehabt und Widerstand geleistet, solange er konnte. Als der König aber den Landtag schließlich ins Leben gesetzt hatte, sagte Prinz Wilhelm: „Ein neues Preußen wird sich bilden. Das alte geht mit

Publizierung dieses Gesetzes zu Grabe. Möge das neue ebenso erhaben und groß werden, wie es das alte mit Ruhm und Ehre geworden ist." — Er anerkannte die Tatsache der großen Wandlung mit Ernst und Gewissenhaftigkeit.

Reichlich ein Jahr darauf brach die Märzrevolution in Deutschland und vor allem in Berlin aus. Mit seiner Landtagsrede hatte der König sie, geschichtlich gesehen, eingeläutet. Es war zu wenig, und es war zu spät. Die vorhergegangenen Jahre hatten überhaupt weitgehend die Hoffnungen zerstört, die man in einem großen Teil der Bevölkerung schon Jahre vor seiner Thronbesteigung auf ihn gesetzt hatte, und nachdem er bald nach dem großen Krönungsjubel hatte erklären lassen, daß er an Einführung einer Verfassung — im Sinne der 1815 versprochenen — nicht denke, schlug die vorher begeisterte allgemeine Stimmung in ihr Gegenteil um. Man glaubte dem König überhaupt nicht mehr, vollends nicht an Worte, die er in seinen alle begeisternden Reden während und nach den Krönungsfeierlichkeiten ausgesprochen hatte. Treitschke schreibt: „Die Berliner aber begrüßten fortan jede Niederlage ihres Königs mit lauter Schadenfreude; sie verspotteten sich selbst wegen der Begeisterung der Huldigungstage und übersetzten die damals so oft gehörten Worte: ‚Das gelobe und schwöre ich' mit dem anmutigen Satz: ‚Det jlobe ick schwerlich!'"

*

Eine maßlose Herabwürdigung des Königs griff, mit einem Schlage, Platz, eine Hetze — wie man es heute nennen würde — von einer Giftigkeit ohne Beispiel: die schamlosesten Karikaturen des Königs, als heimlicher Trunkenbold, als scheinheiliger christlicher Hypokrit, als Eunuch und so weiter, wurden verbreitet. Heine und andere feierten Orgien gemeinster Beschimpfung des unglücklichen Königs, dem aller gute, aufrichtige Wille in höchstem Maße zugebilligt werden mußte.

Heute ist uns klar, daß diese in ihrer Art infame Hetze jüdischen Ursprungs war, nicht allein wegen ihres Tons, ihrer Perfidität und Gemeinheit, sondern auch, weil sie in dem Augenblick einsetzte, als klar war, daß der König die von seinem Vater 1815 versprochene Verfassung nicht einführen wollte. Dies scheint für das Judentum das Signal gewesen zu sein, im Verein mit seinen Volksgenossen in den anderen europäischen Ländern, nunmehr auf den Umsturz hinzuarbeiten. Der Jude schlug in allen möglichen Tönen Lärm: „Freiheit!" — Nach der Weise der jüdischen Propaganda schrieb Rießer: mit aller Kraft müsse die jüdische Jugend den Kampf für die bürgerliche Freiheit führen, denn auf ihrer Seite sei das Recht: „Der Glaube an die Macht und an den endlichen Sieg des Rechtes und des Guten ist unser

Messias-Glaube; laßt uns an ihm festhalten." — Mit großer Geschicklichkeit machte Rießer die deutschen Liberalen glauben, daß eigentlich sie und die Juden dasselbe Recht und dieselbe Freiheit wollten: in keiner Weise seien die Juden eine Nation, sie besäßen ja keinen Staat! Unmenschlich und unsinnig sei es, den Juden vorzuhalten, daß sie einmal in Deutschland eingewandert seien. Im Gegenteil, sie seien eingeboren und deshalb entweder deutsch oder heimatlos. Auf das Ansinnen für alle Juden, sich taufen zu lassen, sei zu antworten: Es gäbe nur die Bluttaufe im Kampf für Freiheit und Vaterland. Solche Phrasen waren damals von außerordentlicher Schlagkraft, sind es auch noch lange nachher geblieben, ihre Zweideutigkeit bemerkte man nicht.

Friedrich Wilhelm der Vierte liebte die Juden nicht. Er war der Anschauung, sie seien eine Nation, keineswegs eine „Religionsgemeinschaft". Im Gegensatz zu einem auch unausgeführt gebliebenen Plane seines Vaters: „die obere Klasse" der Juden müsse größere Rechte im Staate haben als die große Masse der Juden — hatte Friedrich Wilhelm der Vierte zunächst die Absicht, den Juden, eben weil sie eine Nation seien, ihre freie Gemeindeverfassung zu geben, sie dagegen — eben als jüdische Nation — aus dem staatlichen Leben Preußens auszuscheiden, weil der preußische Staat die Verkörperung des christlichen Gedankens darstelle. Die Juden dürften also weder Staatsbeamte sein noch zum Militärdienst herangezogen werden.

Dieser Plan, niemals offiziell verkündet, wurde gleichwohl bekannt und hatte ein ungeheures jüdisches Empörungsgeschrei zur Folge. Bittschriften, Beschwerden und Reden machten nicht nur alle Juden, sondern auch die braven deutschen Liberalen mobil. Rießer verkündete in höchstem Pathos einmal über das andere, daß die Juden wirklich nur eine Religionsgemeinschaft seien. Wie schon so oft in ähnlichen Fragen, gab die preußische Regierung dem großen Judensturm nach, und so wurde 1847 das Gesetz durchgedrückt:

„Die Juden, die in allen Landesteilen — mit Ausschluß des Großherzogtums Posen — ihren Wohnsitz haben, genießen — soweit dies Gesetz nicht ein anderes bestimmt — neben gleichen Pflichten auch gleiche bürgerliche Rechte mit unseren christlichen Untertanen." —

Die Juden waren empört über die Einschränkungen, besonders über das: „soweit dieses Gesetz". —

Von Friedrich Wilhelm dem Vierten, der überhaupt ein Meister geistreichen Witzes war, stammt auch das Wort, nach der Aufführung der „Hugenotten" von Meyerbeer: „Katholiken und Protestanten schlagen einander die Schädel ein, und der Jude (Meyerbeer) macht die Musik dazu."

*

Es konnte nicht im Plane dieses Buches liegen, die Geschichte der preußischen Könige und damit die Geschichte Preußens selbst im Inneren wie nach außen hin zu schreiben. Uns kommt es an auf das Werden des großdeutschen, nationaldeutschen Gedankens und die Versuche seiner Verwirklichung; im besonderen auf jene schon früher bezeichnete Frage: Worum war es den Deutschen im Kern zu tun: um das Kaisertum oder um die deutsche Einheit und Einigkeit? Sollte der Glanz der Kaiserkrone, des Kaisermythos die Hauptsache sein — oder das zur Einheit zusammengeschlossene Volk und Gebiet? Sollte das Reich Mittel zum Kaiser sein — oder der Kaiser Mittel zum Reich? —

Vom Anfang an, also seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, war der Ruf nach dem geeinten und einigen „Deutschen Vaterland" zugleich ein Ruf des Protestes gegen alle Monarchen und Monarchien, die dieses einige Deutschland nicht wollten. Und es war kaum ein einziger, der es wollte; höchstens gab es einige Fürsten, die den Gedanken derer für erträglich hielten, welche den Segen einer deutschen Einheit im Laufe der Jahrzehnte mehr und mehr einsahen. Sie urteilten — übrigens auch zum Teil gedrängt von hervorragenden Männern des wirtschaftlichen Lebens — aus rein praktischen Erwägungen. Das war sicher besser als nichts, aber der grundlegende Unterschied darf nicht außer acht bleiben: nur praktische, meist wirtschaftspolitische Erwägung oder deutsche Einheit als Ideal schlechthin!

Seit den Befreiungskriegen war man sich in ganz Europa, auch in Deutschland selbst, darüber klar, daß Preußen entweder im Verein mit Österreich oder allein und dann ohne Gemeinschaft mit Österreich die Führung der zahlreichen deutschen Staaten zu übernehmen eigentlich bestimmt sei. Von den ausländischen Mächten wünschte das niemand, und am allerwenigsten wünschte es Österreich. „Niemals unter, immer mit Österreich!" war das politische Testament des dritten Friedrich Wilhelm an seinen Sohn gewesen. Der Vater hatte diese selbst gegebene Linie nicht befolgt, indem er sich Metternich unterwarf, denn dieser trieb mit seiner europäischen Politik in erster Linie österreichische Politik.

Außer der persönlichen Überlegenheit des Fürsten Metternich, politisch wie diplomatisch, wirkte aber ein schwerwiegender Faktor, nämlich die merkwürdige, überlieferte Ehrfurcht dem Habsburger Kaiserhaus gegenüber, eine Ehrfurcht, die uns, wenn wir von ihr lesen, fast kindisch berührt und als Zeichen eines minderwertigen Niveaus der Fürsten erscheint. Friedrich der Große spürte nichts von dieser Ehrfurcht. Die Fürsten kannten einander und auch das Haus Habsburg aus jahrhundertelanger Erfahrung gut genug und wußten genau, was Habsburg für — richtiger: gegen — das Reich bedeutet hatte. Auch sie hatten ihre Bündnisse, die wahrlich nicht

dem Reichsgedanken gedient hatten, mit diesem und jenem geschlossen und den Tag nachher mit jenem und diesem.

Allein Friedrich der Große hatte seinen Krieg gegen Habsburg um eines großen und zukunftträchtigen Gedankens geführt. Und doch! Die fürstliche Titelsucht war geblieben, sie hatte während der Napoleonischen Herrschaft ihre Gipfel erreicht, jedenfalls den unrühmlichen Gipfel ihres Erfolges. Bei den Fürsten war es hiermit nicht anders als bei den Adligen, zu einem großen Teil, und ebenso wuchs die Titelsucht des Bürgertums im neunzehnten Jahrhundert mit jedem Jahrzehnt, rühmliche Ausnahmen natürlich bei beiden zugegeben. Aber ein Kaiser, das hat ja auch unsere Schilderung der Kämpfe zu Versailles 1870/71 gezeigt, war eben „höhere Klasse". Nur der alte Wilhelm der Erste von Preußen zeigte hier charaktervolle Vornehmheit.

Es war die Französische Revolution, die alle diese Monarchen im Zeichen der Furcht für ihre Throne zusammengeschlossen hatte, sie zur Herde zusammengeschlossen, stets wachsam umkreist vom Schäferhund Metternich. Im übrigen kam bei wohl den meisten jener Fürsten und Adligen ein handfester persönlicher und Familienegoismus in Frage.

Wohl nur ein einziger begeisterte sich ehrlich für die alte deutsche Kaiserkrone ohne Eigennutz und ohne Ehrgeiz, nämlich Friedrich Wilhelm IV. von Preußen. Er sah die Kaiservergangenheit in romantischem, beinahe mythischem Glanze, er schwärmte für den deutschen, den großdeutschen Gedanken, aber ohne Ehrgeiz, die Krone zu tragen, noch vollends, sie irgendeinem anderen Fürsten und gar dem Wiener Kaiserhaus streitig machen zu wollen. Aber er fühlte wohl auch, in der großen Aufrichtigkeit, die ihm eigen war, daß er nicht der Mann für ein solches Unternehmen war. Bismarck schreibt von ihm:

„Friedrich Wilhelms des Vierten deutsches oder, wie er schrieb, ‚teutsches' Nationalgefühl war erheblich lebhafter als das seines Vaters, aber durch mittelalterliche Verbrämung und durch Abneigung gegen klare, feste Entschlüsse in der praktischen Betätigung gehemmt. Daher versäumte er die Gelegenheit, die im März 1848 günstig war; und es sollte das nicht das einzige Versäumte bleiben." An einer anderen Stelle sagt Bismarck: „Der latente deutsche Gedanke Friedrich Wilhelms trägt mehr als seine Schwäche die Schuld an den Mißerfolgen unserer (der preußischen) Politik nach 1848."

DRITTER ABSCHNITT

Von Mehrheitsbeschlüssen zu Blut und Eisen

1848

Am 24. Februar 1848 brach in Paris aufs neue die Revolution aus, der König trat zurück — nur zwei Stunden darauf wurde die Republik ausgerufen. In Berlin war man völlig überrascht. Das Organ der preußischen Regierung, die „Allgemeine Preußische Zeitung", veröffentlichte am 2. März die folgende Auslassung mit dem naiven Anfang:

„Die neuesten Ereignisse in Paris sind mit solcher Schnelligkeit gefolgt, daß kaum unsere Gedanken mit ihnen gleichen Schritt zu halten vermochten! Zwei Tage genügten für den Übergang von der konstitutionellen Monarchie mit einem konservativen, von einer starken parlamentarischen Majorität getragenen Ministerium — über die Versuche eines zweiten konservativen, dann eines radikalen Ministeriums, endlich einer, nicht einmal ephemeren, Regentschaft — bis zur Proklamation der Republik und Vertreibung der Königsfamilie."

In dieser schnellen Verwandlung der Szene erkenne die preußische Regierung nur zwei Fäden: Untreue und rohe Gewalt. Das Blatt fragte: „Wird die Revolution auch anderswo neue Triumphe feiern? Wird der Taumel des Volks in Raserei ausarten, oder werden die Halbtrunkenen in dem Spiegel Frankreichs ihre eigene Zukunft erblicken, zur Besonnenheit kommen und umkehren auf der leichtsinnig betretenen Bahn?"

Mit diesen bescheidenen Fragen meinte das offiziöse Blatt die schon seit längerer Zeit in Süddeutschland und im Westen ziemlich allgemein brodelnde Gärung.

„Was aber wird Deutschlands, was Preußens Aufgabe in dieser ernsten Zeit sein? Vor allem rufen wir den deutschen Fürsten und Stämmen zu: Seid einig und stark." — Man fürchtete einen Krieg mit Frankreich und eine Wiederholung der französischen Kriegsdrohung von 1840 und hoffte auf eine gleiche abwehrbegeisterte deutsche Stimmung wie damals: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein!"

Am 1. März, also einen Tag früher schon, veröffentlichte der Frankfurter Bundestag eine Kundgebung:

In seiner Eigenschaft als „das gesetzliche Organ der nationalen und politischen Einheit Deutschlands" wende er sich vertrauensvoll an die deutschen Regierungen und das deutsche Volk: die innere und äußere Sicherheit könne nur dann ungefährdet bleiben, „wenn in allen deutschen Landen das einmütigste Zusammenwirken der Regierungen und Völker und die innigste Eintracht unter allen deutschen Stämmen mit gewissenhafter Treue eingehalten werden". Er, der Bundestag, werde von seinem Standpunkt aus alles aufbieten, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach außen sowie die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen. Er vertraue mit voller Zuversicht auf den in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, auf die alte Treue und die reife Einsicht des deutschen Volkes. Der Frankfurter Bundestag proklamierte feierlich: „Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt — aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und der einheitlichen Entwicklung führt dahin."

Schon nach weiteren zwei Tagen erließ der Bundestag ein Dekret, das „jedem deutschen Bundesstaat freistellte, die Zensur aufzuheben und Pressefreiheit einzuführen; dies dürfte jedoch nur unter Garantien geschehen, die die anderen deutschen Bundesstaaten und den ganzen Bund gegen Mißbrauch der Pressefreiheit möglichst sicherstelle".

Das war in wenigen Worten ein Eingeständnis der Kopflosigkeit und Schwäche. Vierzig Jahre war gerade der Bundestag das Instrument des Metternichschen Zwanges gewesen, des Prinzips, nichts dürfe in den europäischen Staaten geändert werden. Vierzig Jahre hindurch war der nationale, der deutsche Gedanke verpönt gewesen. Wer auch nur in den Verdacht geriet, ihm anzuhängen, war Demokrat, Jakobiner, Hochverräter. Und dieser selbe Bundestag erklärte auf den neuen französischen Umsturz hin, er werde alles aufbieten, um die nationalen Interessen zu fördern und für das Nationale im Innern zu sorgen. Dazu jene „Feierliche Proklamation" und zwei Tage später Aufhebung der Zensur und Gestattung der Pressefreiheit, dazu die zaghafte Aufforderung: den Bund möglichst gegen Mißbrauch der Pressefreiheit sicherzustellen. — Die Angst und die Überraschung hatten in wenigen Tagen den Deutschen Bund von Frankfurt alles verleugnen lassen, was er vierzig Jahre lang — nach der einen Seite unterwürfig, charakterlos, nach der anderen in raffinierter Tyrannei — durchgeführt hatte, mit der Parole: im System Metternich allein beruhe die Rettung Europas. Der Umfall half nicht mehr, er kam zu spät:

In denjenigen deutschen Staaten, die bereits Verfassungen hatten: Baden, Württemberg, Hessen-Nassau, Bayern, Sachsen, waren die liberalen und die

revolutionären Elemente unmittelbar mit dem Umsturz in Frankreich — jedenfalls bei schon länger bestehendem Kontakt — früher aufgestanden — ja schon bevor der Bundestag seine Mahnungen und Versprechungen veröffentlicht gehabt hatte. Diese Regierungen hatten sofort alle Forderungen der Bevölkerungen bewilligt. Schon am 29. Februar wurde in Baden die „Volksbewaffnung" eingeführt, auch Pressefreiheit, ebenso wie in Württemberg; Nassau bewilligte gleichfalls alles; in diesen Staaten wurden zugleich solche Minister verabschiedet, die den Bevölkerungen der Städte nicht gefielen. Im Rheinland versammelte man sich zu Beratungen, Resolutionen, Petitionen und Forderungen, mit denen man nach Berlin fahren wollte.

In Berlin geschah vorläufig nichts. Am 6. März hielt der König vor dem eben verabschiedeten Landtage eine Rede: Die Vorsehung habe Ereignisse eintreten lassen, die die gesellschaftliche Ordnung zu erschüttern drohten. Unbedingt nötig sei, die Ordnung zu erhalten, den Bundestag müsse man stärken, um den König müsse man sich scharen. Sollten die Franzosen angreifen, dann würde man sich verteidigen wie 1813. Die Mitglieder des Landtags lud der König zu sich ein, und ein Fürst Solms hatte die Kühnheit, in seinem Trinkspruch auf den König zu sagen: Er beglückwünsche Preußen, einen König zu haben, dessen Worte Taten seien. Daß das Gegenteil der Fall war, war dem Fürsten Solms bekannt, wie wohl allen Anwesenden.

Mit jenem Tage, dem 6. März, begann die planmäßige Entwicklung mit der Bearbeitung des Königs, zunächst durch die Bürgerschaft mit Eingaben an den König, Versammlungen in der Stadt, Deputationen und Straßenkundgebungen. Gleich bei der Beratung der ersten Adresse trat „ein mosaischer junger Gelehrter, Herr Löwenberg", auf. Die Adresse war respektvoll gehalten, sprach auch von freiem Mannesstolz, von der Bahn des Fortschritts, von freien Institutionen, nationaler Größe und von huldvollem Gehör. Man verlangte:

„Unbedingte Pressefreiheit, vollständige Redefreiheit, sofortige Amnestie gegen alle wegen politischer und Pressevergehen Verurteilten und Verfolgten; freies Versammlungs- und Vereinigungsrecht; gleiche politische Berechtigung aller, ohne Rücksicht auf religiöses Bekenntnis und Besitz, Geschworenengerichte und Unabhängigkeit des Richterstandes; Verminderung des stehenden Heeres und Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer, allgemeine deutsche Volksvertretung, schleunige Einberufung des Landtags."

Der jüdische Einschlag ist schon deutlich erkennbar, besonders in der ersten und zweiten und in der fünften Forderung. Bei aller Devotion folgte im Schlußsatz der Adresse die Drohung: Gäbe der König in den einzelnen Punkten der Adresse nicht Folge, so werde es „schlimm stehen mit der Eintracht zwischen König und Volk".

Als Leiter und Redner in Versammlungen finden wir während der nächsten Tage neben Herrn Löwenberg auch Herrn Doktor Levinsohn und Herrn Doktor Schaßler. Wenige Tage nachher traten noch die Herren Doktor Oppenheim und Maron hinzu.

In Süddeutschland fand man den Ton der Berliner viel zu milde, und die marxistische „Mannheimer Abendzeitung" sprach vom widerlichen Schlamm der Bourgeoisie, der über die Demokratie gesiegt habe.

Der Magistrat von Berlin aber verlangte bereits Bewaffnung der Bürger, denn schon früher habe sich gezeigt, daß das Militär bei Unruhen die Bürger und ihr Eigentum nicht schützen könne.

So vergingen die nächsten Wochen in steigender Spannung. Elemente, die diese von Tag zu Tag vergrößerten, waren von vornherein nicht in der Bürgerschaft selbst enthalten, sondern kamen von außen: Die süddeutsche marxistische und radikaldemokratische Presse hetzte dauernd, die zeitgenössischen Schilderungen zeigen immer zahlreichere jüdische Namen, sei es als „Deutsche", sei es als „Russen" oder „Polen". Die Unruhen in den Straßen nahmen zu, Militär wurde hinzugezogen, die Haltung des Polizeipräsidenten schien zweifelhaft, wiederholt mußte das Militär vorgehen, um Straßen und Plätze frei zu machen und die Ordnung herzustellen.

Tiefsten Eindruck machte dann die Nachricht, daß die Revolution in Wien mit großer Schnelligkeit gesiegt, Metternich sofort zurückgetreten und nach England gereist sei. Die Berliner Spannung erreichte mit dem 15. März eine neue Steigerung durch die nunmehrige Forderung von allen möglichen Versammlungen und Deputationen und so weiter, auf Zurückziehung des Militärs aus der Stadt Berlin: „bis zum wirklich erfolgten Angriff des Volks auf Person und Eigentum". Man verlangte, daß Bürgerkommissionen sich zur Beschwichtigung des Volks organisierten. „Das Volk" aber wurde von jenen jüdischen, kommunistischen und demokratischen Elementen aufgehetzt; von vornherein war es vollkommen ruhig. Auch die ganz geringe Arbeitslosigkeit, über die man in Berlin klagte und Versammlungen abhielt, konnte, sobald nur alles ruhig blieb, leicht beseitigt werden. Kurz, das waren nicht die Menschen, die das Militär beschimpften, beleidigten und zu mißhandeln bestrebt waren und vor Entrüstung schrien, wenn Soldaten und Offiziere schließlich die Geduld verloren und sich verteidigten. Ein solcher Fall trat in jenen Tagen zum Beispiel ein, als militärische Abteilungen den Forderungen „des Volkes" — ihren Posten vor dem Schloß zu verlassen — nicht Folge leisteten.

Von nun an begann der Barrikadenbau auf allen Straßen, die zum Schloß führten. Sittliche Entrüstung wurde verbreitet, weil das Militär die Durchgänge durch das Schloß nicht freigab, damit die treuen Untertanen, wie in

ruhigen Zeiten, freien Zugang zu ihrem Könige hätten. Verbreitet hatte man die Nachricht: In einem Schloßkeller läge der Kriegsschatz, der müsse unter das Volk verteilt werden. Die Herren Doktor Friedländer, Doktor Weyl und Simion aber hielten Reden und verlangten allgemeinen Zug nach dem Schloß, um mit dem König zu sprechen.

So kam der 18. März: Der König empfing eine Reihe von Deputationen: „Höchst befriedigend", so teilte der Stadtverordneten-Vorsteher in den Versammlungen mit, war das Ergebnis. Bewilligt worden war:

Umgestaltung des derzeitigen Ministeriums, Zensurfreiheit,
Zusammenberufung der Landstände, freie Ständeverfassung,
Bürgerbewaffnung, Entfernung des Militärs.

Alle diese Bitten seien günstig aufgenommen worden. In diese bürgerliche Begeisterung hinein ertönte die Stimme eines jüdischen Beauftragten: das sei alles schön, aber man müsse noch — und nicht nur im Namen der Berliner, sondern des ganzen deutschen Volkes — dem König sagen: gewähren müsse er „die Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse auf freisinniger Grundlage". — Auf die Antwort des Vorstehers, diese Zusage habe der König bereits gegeben, folgte — immer nach zeitgenössischer Darstellung — höchste Begeisterung und allgemeine gegenseitige Umarmung.

Gerade aus den zeitgenössischen Berichten erkennt man, auch wo keine Namen genannt werden, die jüdische Führung und Durchdringung der Behörden und der Massen. Die Forderung des „ganzen Landes" nach Gleichstellung der religiösen Bekenntnisse auf freisinniger Grundlage war schon eine unverschämte Lüge. Im Grunde genommen handelte es sich immer um einen neuen strategischen Angriff der Judenschaft der großen preußischen Städte. Die Bevölkerung des „ganzen Landes" hatte durchaus kein Interesse an der jüdischen Frage in diesem Sinne, höchstens an einem Schutz gegen die jüdische Auswucherung. Im Unterschied zu England und Frankreich und Italien war in Deutschland die Judenfrage nie zur Ruhe gekommen, immer wieder lehnte sich die Bevölkerung, auch in den Städten, gegen die fremde und meist verhaßte Rasse auf und gegen deren nichtjüdische Freunde.

An diesem entscheidenden Tage erschien eine Deputation aus den Rheinlanden, die weniger die Judenfrage und anderes im Auge hatte als die deutsche Frage. Die Deputierten drängten den König heftig, der Augenblick sei da. König Wilhelm antwortete — „sichtbar bewegt und in huldreichster Weise" —: genau so denke er. Er werde sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen, alle nötigen Freiheiten gewähren und einen deutschen Kongreß nach Potsdam berufen. Allgemeiner Jubel! Am Nachmittag strömte

alles auf dem Schloßplatz zusammen. Der König erschien auf dem Balkon und ließ durch einen Sprecher verkünden, er wolle gestatten: die Pressefreiheit, Landtagsberufung, Konstitution auf freisinnigster Grundlage für alle deutschen Länder, er wolle eine deutsche Nationalflagge, alle Zollschlagbäume sollten fallen, Preußen werde sich an die Spitze der Bewegung stellen.

In diesem Augenblick, so wurde berichtet, änderte sich immer mehr das Gesicht der Versammlung auf dem Schloßplatz und in den Zufahrtsstraßen. Immer neue Massen drängten nach, deren Physiognomie nicht eben eine solche friedlicher Bürger war. An Stelle des Jubels traten immer mehr Rufe mit neuen Forderungen, die man in die Menge hineinschrie:

„Das Gewirre, die Exklamationen vermehrten sich, es war ein chaotisches Durcheinander. Mit wachsender Macht drängten die Massen nach dem Schloß und brüllten: ‚Militär zurück.' Die Stimmung erschien völlig verändert. Einige kleine Militärabteilungen drängten die Massen zurück, um das Schloß frei zu halten." In diesem Augenblick fielen die berühmten zwei Schüsse, die nicht von den Militärabteilungen abgefeuert wurden, auch nicht auf die Menge gerichtet waren. Sie wurden das Signal zu einem ungeheuren Rachegeschrei: Verrat und Rache wurde gerufen, nun sei alles hin. Damit war denn die eigentliche „Revolution" eingeleitet.

Über die zwei Schüsse ist viel geschrieben worden, ohne daß eine authentische Klärung erfolgt wäre. Am meisten Wahrscheinlichkeit hatte eine wenige Tage nachher gegebene Schilderung der Londoner „Times" aus der Feder eines Augenzeugen:

„Am Morgen des 18. März sind in mehreren Berliner Stadtteilen Gewalttaten gegen Soldaten verübt worden, zwei Schildwachen wurden totgeschlagen. Zur selben Zeit fand eine Sitzung des Komitees der Zeitungshalle statt, eines literatischen Klubs, der seit einiger Zeit revolutionäre Tendenzen verfolgt und über die Aufstandsfrage debattiert. Eine ähnliche geheime Gesellschaft oder Klub existiert in Paris, dessen Aufgabe ist, überall das Volk in Kollision mit den Truppen zu bringen. Es war ein Mitglied dieses Klubs, das den ersten Schuß in Paris tat. In Berlin seien die beiden Schüsse das Signal gewesen, als die Volkshaufen zum Schloß vorgedrungen seien. Die Anstifter der Revolution benutzten die Verwirrung des Augenblicks und entflammten die Menge durch das Geschrei: ‚Zu den Waffen!' genau ebenso, wie es in Paris vor dem Außenministerium geschah. Wir wissen aus ausdrücklicher Versicherung, daß die ersten entscheidenden Schüsse von seiten der Menge abgefeuert wurden, aus einem durch Barrikaden gedeckten Hause."

Ähnlich spricht ein deutscher Bericht von einem „unter sich einverstandenen Kern, der — zu einer Revolution entschlossen — aus allen

möglichen verbrecherischen Elementen bestand ..." Diese zuerst hätten den alles beherrschenden Ruf nach Entfernung des Militärs erhoben und dadurch den Ausbruch der Revolution eingeleitet. „Dann fielen die Schüsse, und Schrecken bemächtigte sich der in das teuflische Komplott nicht Eingeweihten; in verworrenster Flucht eilten die Bürger aus der Nähe des Schlosses fort."

Auf dem Schloßhof und für die Umgebung, vor allem auch das Bankgebäude, wurde die Lage nun schnell sehr bedrohlich. Der König ließ sich endlich überreden, alle Truppen dem General von Prittwitz zu unterstellen. Die Kämpfe wurden sämtlich durch das Militär siegreich durchgeführt. Zahlreiche Ermordungen alleinstehender Posten durch die Revolutionäre fanden statt; Äußerungen wie: die preußischen Hunde müsse man totschlagen, trugen zum Beweise bei, daß hier revolutionäre Emissäre von überallher tätig waren. Der Berliner Polizeipräsident machte Versöhnungsversuche und erklärte schließlich, er werde seine Brust den Kugeln der Soldaten bieten, was er freilich nicht tat. Von den Straßenkämpfen, die mit Heftigkeit geführt wurden, sei noch folgende bemerkenswerte Schilderung gegeben:

„Ein merkwürdiger Zug kommt vom Alexanderplatz. Vorn ein junger Ulan, augenscheinlich ein Pole, mit polnischer Mütze und mit dem Degen in der Hand, ruft: ‚Es lebe die Freiheit!' Dann ein Trommler, dann mehrere Fahnenträger mit roten und gelben Fahnen, dann zweihundert Leute mit Degen, Säbeln, Pistolen und Äxten. Die Fahnen, meistens rote (aus Zufall?), werden auf die Barrikaden gepflanzt. — Über den jungen Ulan, augenscheinlich ein Pole, erfährt der Berichterstatter: dieser sei ein revolutionärer Russe, namens Feenburg(!), also ein revolutionärer kommunistischer Jude."

Besonders fällt in den Berichten das Auftreten der roten Fahne auf, überall in der Stadt.

Während das Militär, bei nicht unbeträchtlichen Verlusten, überall Herr der Lage wurde und blieb, herrschte im Königlichen Schloß nahezu Anarchie. Deputationen, Zeitungsvertreter gingen aus und ein. Ein inaktiver Offizier, Freiherr von Fincke, drang unangemeldet beim König ein und rief ihm theatralisch entgegen: „Majestät, ich sehe die Krone auf Ihrem Haupte wanken!"

Er kam aus Wien, wo die Revolution soeben den Rücktritt Metternichs veranlaßt hatte. Die Widerstandskraft des Königs wurde nun immer mehr zermürbt, und die, die ihn sahen, stellten mit Befriedigung fest, daß er sehr angegriffen aussähe und sich kaum noch auf den Füßen halten könnte. Mit Journalisten beriet er sich über die Proklamation, die er entworfen hatte, bat sie, selbst Entwürfe zu machen, und unterhielt sich mit immer neuen

Deputationen darüber, wer nun eigentlich Schuld habe. Die Deputationen schoben natürlich alle Schuld auf das Militär. Der König zeigte übrigens ein durchaus richtiges Urteil: Alles sei eine abgekartete Sache gewesen, auch die zwei Schüsse. Eine solche Szene der Verwirrung und Verbitterung, wie die vor dem Schloß, habe nur mit Absicht herbeigeführt werden können.

Die Deputationen aber verlangten immer wieder Entfernung des Militärs. Der König sagte: „Wenn die Bürger die Barrikaden niederreißen und verlassen, soll sich das Militär in die Kasernen zurückziehen." Auf die Drohung, nicht allein seine Krone, sondern auch die Dynastie stehe auf dem Spiel, erwiderte Friedrich Wilhelm, das sei ihm vollkommen klar, er sei auf alles vorbereitet. Alle seine Antworten waren, wie gesagt, würdig, und schon schrieb das Mannheimer Kommunistenblatt: „Die ungeheure Übermacht der Truppen hat gesiegt. Tausende unserer deutschen Brüder haben umsonst für die Freiheit geblutet, wehe uns, wenn uns Deutschland nicht rettet."

Aber der König hielt, trotzdem Macht und Sieg auf seiner Seite standen, nicht stand. Am 19. März mußten die Truppen mit ihren Führern voll Wut und Verzweiflung aus Berlin abziehen, eine Bürgerwehr wurde bewaffnet und zog ins Schloß. Die Barrikaden blieben. Alles das geschah ohne ausdrücklichen Befehl des Königs.

Nun erließ Friedrich Wilhelm die Kundgebung:

„An meine lieben Berliner!

Durch Mein Einberufungs-Patent vom heutigen Tage habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesamten teutschen Vaterlande empfangen. Noch war der Jubel, mit dem unzählige treue Herzen Mich begrüßt hatten, nicht verhallt, so mischte ein Haufen Ruhestörer aufrührerische und freche Forderungen ein und vergrößerte sich in dem Maße, als die Wohlgesinnten sich entfernten.

Da ihr ungestümes Vordringen bis ins Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ und Beleidigungen wider Meine tapferen und treuen Soldaten ausgestoßen wurden, so mußte der Platz durch Cavallerie im Schritt und mit eingesteckter Waffe gesäubert werden, und zwei Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, Gottlob, ohne irgend jemand zu treffen. Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche — obgleich aufgesucht — doch zu verbergen gewußt hatten, haben sich diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinlich Lüge verdreht und die erhitzten Gemüther von vielen Meiner treuen und lieben Berliner mit Rachegedanken um vermeintlich vergossenes Blut! erfüllt und sind so die gräulichen Urheber von Blutvergießen geworden.

Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute, haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen wurden. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die Folge davon.

An Euch, Einwohner Meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuester Freund beschwört Euch darum, bei Allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrthum! Kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg, und entsendet an Mich Männer, voll des echten alten Berliner Geistes, mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und Ich gebe Euch Mein Königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen und die militärische Besetzung nur auf die notwendigen Gebäude, des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und da auch nur auf kurze Zeit, beschränkt werden wird. Hört die väterliche Stimme Eures Königs, Bewohner Meines treuen und schönen Berlins, und vergesset das Geschehene, wie Ich es vergessen will und werde in Meinem Herzen, um der großen Zukunft willen, die unter dem Friedenssegen Gottes für Preußen und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird.

Eure liebreiche Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die sehr leidend niederliegt, vereinigt ihre innigen, thränenreichen Bitten mit den Meinigen.

Geschrieben in der Nacht vom 18. zum 19. März.

Friedrich Wilhelm."

Nun hatte „das Volk", was es wollte. Mit größter Energie wurde die Bürgerbewaffnung betrieben. Die Massen rückten nach dem Schloß, verlangten und erhielten die Freigabe der Gefangenen. Nun wurde von den lieben Berlinern (Juden) eine niederträchtige Demonstration inszeniert:

„Zu gleicher Zeit wurden, wie auf Verabredung, von allen Seiten die mit Blumen geschmückten Leichen der getöteten Bürger in feierlichem Zuge auf Bahren und in offenen Wagen in das Königliche Schloß gebracht." Man hatte besonders entstellte Leichen ausgewählt, um auf die Nerven des Königs und der Königin zu wirken. Unter dem Balkon des Königs hielt der Zug. Man rief den König, nachdem einige Minister vergeblich versucht hatten, zu reden. Der König erschien mit der Königin und begrüßte „das Volk"; sein Antlitz war schmerzlich bewegt, die Königin bebte vor dem Anblick der Leichen zurück. Man schrie dem König zu: „Hut ab!" und zwang ihn, in den Schloßhof herunterzugehen; man hatte inzwischen Hunderte von Leichen herbeigebracht; ein befriedigter Zeitgenosse schrieb hierzu:

„Es war ein grausamer Instinkt, welcher das Volk trieb, die Leichen nach dem Schloßhof zu tragen. Schon hatte sich der Hof, in welchem die Wendeltreppen zu den königlichen Gemächern führen, mit Bahren und blutigen Leichen gefüllt, als das Volk nach dem König rief. Der Fürst Lichnowsky bat, daß man dem Könige einige Ruhe geben solle; allein der Ruf: ‚Der König!' erscholl mit verzehnfachter Gewalt, daß die Schloßfenster zitterten. Schon nahmen die Träger die Leichen wieder auf und schickten sich an, sie die Wendeltreppe hinauf in die königlichen Gemächer zu tragen, da erschienen die Grafen Arnim und Schwerin. Und als aufs neue der immer drohender dröhnende Ruf nach dem König erscholl, erschien auf der offenen Galerie des Schloßhofs der tiefgebeugte Monarch, an seinem Arm die vor Angst und Entsetzen bleiche Königin. — Dann nahmen die Träger die blutigen Leichname wieder auf, sie huben die Bahren hoch zum König hinauf, unter schrecklichem Zuruf der Männer und Wehklagen der Frauen: ‚Landesvater, das sind deine Kinder! Gib uns unsere Brüder, unsere Söhne, unsere Väter, unsere Männer, gib sie uns wieder!'

Der König und die Königin vermochten nur mit Tränen das tiefgefühlte Beileid des gebrochenen Herzens zu bezeugen. In den blutgetränkten Gewändern der Gefallenen erblickten sie den königlichen Purpur zu ihren Füßen im Staube liegen. In jenem Augenblick sei ‚das Herz des Königs geläutert worden, das preußische Königtum unwiderruflich von dem absoluten Throne gestiegen; die Stufen, welche zu dem konstitutionellen Throne führen, waren gelegt'."

*

Es war die tiefste Erniedrigung des preußischen Königtums und eines preußischen Königs persönlich: „Hier fiel ein König, aber nicht im Streit", so sangen die Truppen, als sie am 19. März Berlin räumen mußten, auf dem Marsche in einem vielstrophigen Lied, das Bismarck später dem Prinzen Wilhelm von Preußen vortrug.

Äußerlich betrachtet nahmen die Dinge nun eine „deutsche" Wendung. Nachdem man vom König erreicht hatte, was man wollte — nachdem am 22. März der König der feierlichen Beerdigung der Märzgefallenen und den Reden zweier christlicher Geistlicher und eines Rabbiners mit entblößtem Kopf hatte beiwohnen müssen —, und zur selben Zeit ein liberales Ministerium Arnim gebildet worden war, erschien eine Proklamation des Königs mit dem Satz: „Preußens König Friedrich Wilhelm IV. hat sich, im Vertrauen auf Euren heldenmütigen Beistand und auf Eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des deutschen Gesamtvaterlandes gestellt!"

Am 21. März ritt der König mit schwarzrotgoldener Schärpe durch die Stadt, mit Ministern, Offizieren, Bürgern und „Volk".

Den Rat für diese, gerade in jenem Augenblick sonderbare, Demonstration hatte ihm der Ministerpräsident, Graf Arnim, gegeben, um so die Aufmerksamkeit von den anderen unangenehmen Dingen abzuwenden.

In Wirklichkeit war es ein Satyrspiel wider Willen: der tief entwürdigte König von Preußen erklärte — in dem Augenblick, da er in seinem eigenen Preußen, auch formal, die Führung vollständig verloren hatte —, er habe sich zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamtvaterlandes gestellt, und ließ sich zu diesem Theaterzug durch Berlin mit den schwarzrotgoldenen Schärpen und Fahnen mißbrauchen! Zugleich und nachher aber ließ er erklären, er denke gleichwohl nicht daran, die deutschen Fürsten irgendwie zu beeinträchtigen, er wolle auch nicht Kaiser werden!

Über Friedrich Wilhelms Schwäche konnte sich nicht einmal in Preußen jemand mehr täuschen, denn nirgends hatte er sie so vollständig offenbaren müssen wie in Berlin. Wer konnte seinen im Augenblick ehrlich gemeinten Worten glauben, daß er, aus seiner tiefen Erniedrigung und Gebrochenheit heraus, plötzlich die deutsche Bewegung als Führer an ihr Ziel: die deutsche Einigkeit und Einheit, würde bringen können! Während er gleichzeitig versicherte, er wolle nicht nur nicht Kaiser werden, sondern er wolle auch keinem der deutschen Fürsten in deren souveränen Rechten etwas nehmen!

Bismarcks Urteil ist, daß Friedrich Wilhelm — hätte er die nötige Entschlußkraft besessen — gerade während der Märzrevolution eine günstige Gelegenheit hatte, um die deutsche Einheitsaktion in die Hand zu nehmen: „In den Tagen zwischen den süddeutschen Revolutionen, einschließlich der Wiener und dem 18. März — solange es vor Augen lag, daß von allen deutschen Staaten, Österreich einbegriffen, Preußen der einzig feststehende geblieben war —, waren die deutschen Fürsten bereit, nach Berlin zu kommen und Schutz zu suchen unter Bedingungen, die in unitarischer Richtung über das hinausgingen, was heute (durch Bismarck: also in Gestalt des Zweiten Reiches) verwirklicht ist; auch das bayrische Selbstbewußtsein war erschüttert."

Damals wären die deutschen Fürsten also bereit gewesen, für die deutsche Einheit unter Preußens Führung Opfer zu bringen. „Diese Auffassung entsprach den tatsächlichen Verhältnissen; das militärische Preußen war stark und intakt genug, um die revolutionäre Welle zum Stehen zu bringen und den übrigen deutschen Staaten für Gesetz und Ordnung in Zukunft Garantien zu bieten, die den anderen Dynastien als annehmbar erschienen." Am 19. März morgens sei noch nichts verloren gewesen. „Der Aufstand war

niedergeschlagen. Ich glaube" — so lautete Bismarcks Urteil weiter —, „daß mit fester und kluger Ausnutzung des Sieges, des einzigen, der damals von einer Regierung in Europa gegen Aufstände erfochten war, die deutsche Einheit in strengerer Form zu erreichen war, als zur Zeit meiner Beteiligung an der Regierung schließlich geschehen ist."

Bismarck läßt allerdings dahingestellt sein, ob das nützlicher und dauerhafter gewesen sein würde.

Eingangs haben wir die Kämpfe und Schwierigkeiten gesehen, die Bismarck zu überwinden hatte, bis er in Versailles die Fürsten unter einem Hut hatte. Wir haben auch die große taktvolle Vorsicht festgestellt, die er anwandte, um die neue deutsche Ordnung so zu gestalten, daß alle Teile damit zufrieden wären. Gerade im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit sagte er: Er habe zu Versailles vielleicht „die deutsche Einheit in strengerer Form erreichen" können, aber das eben wollte er nicht, damit die Beteiligten sich in der neuen Ordnung frei und wohl fühlten.

Man kann wohl kaum annehmen, daß eine 1848 auf Grund der allgemeinen Angst und Niedergeschlagenheit der Fürsten „in strengerer Form" herbeigeführte deutsche Einheit von Dauer gewesen sein würde. Die damalige deprimierende Wirkung und Nachwirkung auf die Fürsten würde bald vergangen und wieder dem früheren partikularistischen Selbstgefühl gewichen sein und nach größerer Selbständigkeit begehrt haben. Und dazu noch als Oberhaupt ein Mann von der Schwäche Friedrich Wilhelms, einer Schwäche, deren er sich selbst bewußt war!

Nachher, in seinem berühmten Gespräch mit Bismarck, sagte der König zu diesem: „Was werfen Sie mir denn eigentlich vor?" — „Die Räumung Berlins." — „Die habe ich nicht gewollt", sagte der König. Und die Königin setzte hinzu: „Daran ist der König ganz unschuldig, er hatte seit drei Tagen nicht geschlafen." — „Ein König muß schlafen können", versetzte ich. Unbeirrt durch diese schroffe Äußerung sagte der König: „Man ist immer klüger, wenn man von dem Rathause kommt; was wäre denn damit gewonnen, daß ich zugäbe, wie ein Esel gehandelt zu haben? Vorwürfe sind nicht das Mittel, einen umgestürztenThron wieder aufzurichten. Dazu bedarf ich des Beistandes und tätiger Hingebung, nicht der Kritik."

Bismarck schreibt: Die Güte, mit der dies gesagt wurde, habe ihn, Bismarck, entwaffnet. Man kann das voll verstehen, wie ja überhaupt Friedrich Wilhelm ein edler, offener, uneigennütziger König und Mensch gewesen ist.

Drei preußische Könige hintereinander versagten in der Führung ihres Volkes und in der Regierung ihres Staates. Sie waren alle, einschließlich Friedrich Wilhelms des Zweiten — der freilich persönlich viel geringere Qualitäten aufwies als sein Sohn und sein Enkel —, besten Willens. Sie waren auch, von vornherein, in ihrem Volk nicht unbeliebt. Führer waren sie alle nicht — noch auch Persönlichkeiten, die die Notwendigkeit einer in die Zukunft schauenden Volksführung erkannt, sich danach ihre Berater ausgesucht und diese mit entsprechender Vollmacht ausgestattet hätten. Solche Männer standen Friedrich Wilhelm dem Dritten während seiner langen Regierung in reichem Maße zur Verfügung, und zwar Männer ersten Ranges. Auch Friedrich Wilhelm dem Vierten mangelte es nicht an solchen Persönlichkeiten. Seiner vielleicht größeren Menschenkenntnis aber war die Scheu beigemischt, einen Mann von Befähigung, Entschlossenheit und Energie an einen hervorragenden Platz zu setzen, der ihn, den König, zu Entschließungen und Schritten zwingen und vielleicht in Situationen bringen könne, denen er nicht gewachsen wäre. So ging es ihm auch mit Bismarck, dessen Fähigkeiten er kannte oder ahnte, und dessen Persönlichkeit ihm sympathisch war. Als Bismarck ihm, bei einem bestimmten Anlaß, ein entschlossenes und wagemutiges Unternehmen vorschlug, sagte er im Berliner Dialekt: „Liebeken, das ist sehr schöne, aber es ist mich zu teuer. Solche Gewaltstreiche kann ein Mann von der Sorte Napoleons wohl machen, ich aber nicht."

Diese beiden preußischen Könige — Friedrich Wilhelm der Zweite ist ein anderes Kapitel — hatten den Anforderungen ihrer Zeit nicht genügt und den Notwendigkeiten ihres Volkes und Staates auch nicht. Sie hatten Entwicklungen und Zersetzungselemente nach Art und Bedeutung nicht erkannt, die gleichwohl anderen klar und sichtbar gewesen waren. Wenn der preußische Staat sich trotzdem erhielt, so war das noch auf das Werk Friedrichs des Großen zurückzuführen, auf die Leistung des Preußentums in den Befreiungskriegen, auf die Stärke und Integrität des Offizierkorps und nicht zum wenigsten auch des Beamtentums und des Landadels, trotz kurzsichtiger Rückständigkeit des letzteren während der dreißiger und vierziger Jahre.

In dem Prinzip der Legitimität und der Erbmonarchie war so viel Richtiges, daß politisch, auch sozial, durch sie Erschütterungen vermieden werden konnten und für die so nötige Stetigkeit im Innern, wie nach außen hin, eine starke Garantie vorhanden war; für die Bevölkerung schon dadurch, daß mit Selbstverständlichkeit die Krone sich vererbte, so daß auch nicht der

Gedanke kam, nun müsse oder könne alles anders und „neu" werden; überhaupt: die Vorzüge dieser Monarchie waren sehr große.

Stetigkeit auf allen Gebieten des Staatslebens ist von unberechenbarem Wert; für den jeweiligen Monarchen schon deshalb, weil er bei Antritt seiner Regierung und Herrschaft ein gewisses Kapital an Vertrauen seines Volkes schon aus der Tradition als vorhanden annehmen konnte; auch deshalb, weil wie bei Friedrich Wilhelm dem Vierten dem Thronfolger beinahe immer große Hoffnungen auf Neuordnung veralteter Verhältnisse, auf einen „frischen Zug" entgegengebracht werden. So war es auch bei Friedrich dem Großen gewesen, so bei Friedrich Wilhelm dem Zweiten und danach bei seinem Sohn. Das ist ein natürlicher Vorgang, besonders, wenn Herrscher sehr lange regieren und bei diesen, wie ebenfalls der Natur gemäß, sich zeigt, daß sie — von einem gewissen Punkte ihrer Regierungszeit und ihres Alters an — die Entwicklung, die jeweilig mit jeder entsprechenden Generation heraufzieht und drängt, nicht verstehen, nicht mehr mitleben können und deshalb sie hemmen.

Die Metternich-Zeit sollte dem Grundsatz der Legitimität Heiligkeit und Ewigkeitsgeltung geben und hat nach der Gegenseite gewirkt, weil ihren Vertretern der Sinn für Grundkräfte und Grundrichtung der Entwicklung fehlte.

Es ist nicht das Verdienst Friedrich Wilhelms des Vierten gewesen, daß 1848 die preußische Monarchie erhalten blieb. Daß sie aber erhalten blieb, war ein Zeichen der Kraft, die ihr in Preußen innewohnte, und ein Beweis, daß im preußischen Volk kein Umsturzgeist vorhanden war. Welche Erschütterung der monarchische Gedanke in Preußen 1848 aber erhalten hatte, sollte das nächste halbe Jahrhundert zeigen. Die äußere Autorität freilich war in Preußen bald wiederhergestellt unter einem starken Ministerium. Es trat die Reaktion der politischen Rechten auf die vorhergegangene Aktion der revolutionierenden Demokratie ein.

Nachdem dieser Zusammenhang längst vergessen und der Sinn des Wortes „Reaktion" aus ihm entschwunden war, blieb das Wort als solches gleichwohl im politischen Sprachgebrauch und sollte alles bezeichnen, was überaltert ist und Interessenpolitik der höheren Schichten und Klassen bedeutete. Nach 1848 lautete die Parole auf der einen Seite: Gegen die Reaktion, gegen „rechts", für die Freiheit (!); worunter fortschreitende Erweiterung der parlamentarischen Befugnisse zu verstehen war. Als Vorbild betrachtete man die englische Verfassung. In Süddeutschland lebte man zum Teil relativ zufrieden mit den vorhandenen Verfassungen; die dortigen Radikalen spielten mit 1789er Idealen.

Die preußische „Reaktion", der Konservativismus — dessen Kern, der grundbesitzende Adel, das Beamtentum und das Offizierkorps, zum größten Teil derselben Schicht entstammte —, verdiente zwar nur mit Einschränkung jene demokratische Unterstellung: „Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut!" — Ungemischt monarchische Überlieferung und unbedingte Königstreue waren vorhanden, zugleich mit dem Anspruch darauf, daß diese Schicht, als Grundlage der Monarchie, auch der Politik des Königreichs ihre Richtung gebe. Daß diese Politik auch einen erheblichen materiellen Einschlag erhielt, war an sich weder in Abrede zu stellen noch zu tadeln. Die herrschende Stellung dieser Schicht zu beseitigen, war eins der Hauptziele der Demokratie, um so eine „freiheitliche Ausgestaltung" des Staates zu erreichen. Der Konservativismus, in Erinnerung an die Märztage des Jahres 1848, beurteilte diese Richtung kurz und bündig mit dem Wort: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten."

Daß 1848 alles so hatte kommen können, war aber wesentlich auch die Schuld und Sünde eben der Konservativen. Sie hatten die Zeitwende um den Beginn des neunzehnten Jahrhunderts und vor allem die Konsequenz der Befreiungskriege nicht ziehen wollen, vielfach auch nicht begriffen und die preußischen Könige maßgebend beeinflußt. Sie hatten auch das Metternich-System mit allen seinen Ungeheuerlichkeiten und Ungerechtigkeiten nicht nur mitgemacht, sondern hochgehalten und verteidigt.

Die wachsende Verunreinigung auch der freiheitlichen nationaldeutschen Bewegung durch den jüdischen Emanzipationskampf darf in diesen Zusammenhängen nicht unerwähnt bleiben. Das Judentum und die Freimaurerei durchdrangen die nationaldeutsche Bewegung immer vollständiger und brachten sie unter jüdische Führung. Umgekehrt ist charakteristisch für das nach allen Seiten erfolgreiche Ausgreifen der jüdischen Macht, daß es ein Jude war — Professor Stahl, geborener Joelsohn —, der in Preußen die Konservative Partei gründete und ihr das Programm vorschrieb, mit dem unechten Leitspruch: „Autorität, nicht Majorität!"

Der Jude Marx hat nach 1848 großen Wert auf die Betonung gelegt, daß die Revolution damals keine kommunistische, sondern eine bürgerliche gegen den Feudalismus gewesen sei. Das ist richtig. Die kommunistische Bewegung war in Deutschland noch zu schwach. Im Jahre 1847 schrieb der aus Deutschland, dann auch aus Frankreich ausgewiesene Marx im Auftrage des in London ansässigen Kommunistenbundes in Gemeinschaft mit seinem, nichtjüdischen, Freunde Engels das „Kommunistische Manifest"; von London aus wurde dieses dann in mehreren Sprachen verbreitet. Gleichwohl, und das ist für uns bemerkenswert, zeigt die Märzrevolution von 1848 deutlich, daß das kommunistische Element, ebenso wie einen Monat früher in

Paris, in Berlin zwar nicht öffentlich führte, aber anonym arbeitete, stets mit dem Ziel, die Dinge zum gewaltsamen Umsturz zu treiben und das preußische Königtum zu beseitigen. Die roten Fahnen, die jüdischen — russisch, polnisch oder englisch angestrichenen — Emissäre beweisen es, ebenso wie jene plötzlich während der Märztage auftauchenden „literarischen Klubs".

Die bürgerlichen Demokraten zu Berlin aber wollten nicht den Umsturz. Ihre Eingaben und Deputationen und ihr ganzes Verhalten bewiesen es. Daß ihre Sprecher vielfach Juden waren, ändert hieran nichts; denn Juden gab es eben in allen Richtungen, nicht nur bei den Kommunisten und den radikalen Demokraten, sondern auch bei den friedsam bürgerlichen Liberalen und den Konservativen. Über die Methoden im einzelnen sind sich die Juden nicht selten uneinig, auch in Gegensatz zueinander, gewesen, aber das gemeinsame End- und Hauptziel und die zu diesem führende Generalrichtung hat sie niemals die gegenseitige Fühlung verlieren lassen.

Das Königtum hat also, besonders in Preußen, gerade den Gedanken nicht zur Verwirklichung gebracht, der es rechtfertigen kann: stetige kräftige Führung. Daß der gute Wille dazu vorhanden war, soll nicht bestritten werden.

Einige Jahre vor 1848 hatte Emanuel Geibel seinen berühmten Vers geschrieben:

„Was frommt uns aller Witz der Zeitungskenner,
Was aller Dichter wohlgereimt' Geplänkel.
Vom Sand der Nordsee bis zum wald'gen Brenner!
Ein Mann ist not, ein Nibelungenenkel,
Daß er die Zeit, den toll gewordenen Renner,
Mit eherner Faust beherrscht und ehernem Schenkel.

Von keinem Monarchen kann man verlangen, daß er ein solcher Mann sei; wohl aber, daß er sich eine Umgebung wählt, von Menschen, die das besitzen, was ihm fehlt. Auch diese brauchen keine großen Männer zu sein (sind sie es: um so besser!); es genügt ein hoher Durchschnitt, wie man ihn in England seit Generationen fand.

Es ist kein überhebliches, nachträgliches Urteil, festzustellen, daß die Regierungen in Preußen die Entwicklungsnotwendigkeiten nicht begriffen, ebensowenig, wie das berechtigte Gesamtinteresse der Bevölkerung im ganzen, und daß hieraus ein Vorwurf, und mehr als ein Vorwurf, erhoben werden muß. Den Einwand, damals seien eben die Verhältnisse anders und die Schichten und Klassen in der Bevölkerung einander noch zu fremd gewesen, kann man nicht gelten lassen. Waren doch schon in der Zeit der Napoleonischen Fremdherrschaft der Reichsfreiherr vom Stein und der Sohn eines Leibeigenen, Ernst Moritz Arndt, der Bauernsohn Scharnhorst und

Soldaten wie Gneisenau und Boyen sich vollkommen einig auf dem Boden einer wirklichen Volkspolitik, heute würden wir sagen: einer völkischen sozialen Politik, gewesen, auch ganz abgesehen von ihrer Übereinstimmung in der damaligen deutschen Frage. Keiner von diesen Männern, außer Boyen, war Preuße, aber jeder von ihnen erblickte in dem Preußen Friedrichs des Großen und der Befreiungskriege den Staat, der die Zukunft Deutschlands in sich trug. Wer könnte behaupten, daß solche Männer nicht auch im Volk Preußens hätten gefunden werden können! Aber man wollte sie nicht. Die regierenden Persönlichkeiten und Schichten waren geistig nicht bedeutend genug, um die preußische Bevölkerung als ein Ganzes zu sehen, geschweige denn die zahlreichen deutschen Staaten und alle Deutschen.

*

Im gleichen Jahre 1848, noch vor der Französischen Revolution, die Ende Februar ausbrach, gewann das aus Süddeutschland kommende Drängen nach einer allgemeinen nationaldeutschen Vertretung Gestalt. Zwei Abgeordnete, Bassermann aus Baden und Heinrich von Gagern aus Hessen-Darmstadt, stellten Anträge in ihren Kammern mit dem Plan: ein vorläufiger Präsident mit einer Art Ministerium für das ganze Deutschland müsse berufen werden. Diesem sollte dann obliegen, eine Nationalversammlung zu berufen. Anfang März 1848 wurde von 51 Persönlichkeiten zu Heidelberg ein Verfassungsplan für ganz Deutschland entworfen. Dessen Schöpfer reisten in Deutschland an die Fürstenhöfe, um dort für ihren Plan zu werben. Während sie reisten, kamen die Ereignisse vom 18. und 19. März in Berlin, und so verstehen wir den Zusammenhang dieser Lage mit den Worten Friedrich Wilhelms des Vierten, er werde sich nunmehr an die Spitze Deutschlands setzen.

Am letzten Tage des März fand sich eine Konferenz in der Frankfurter Paulskirche zusammen für die Organisierung eines deutschen Parlaments; man schrieb Wahlen für das ganze Deutschland aus. Auf je fünfzigtausend Stimmen sollte ein von ihnen Auserwählter nach Frankfurt gehen und dort helfen, die deutsche Einheit zu schaffen.

Die Fürsten und Regierungen der deutschen Staaten, durchweg alle noch unter dem Eindruck der Revolution und in furchtsamer Besorgnis für ihre Souveränität, hatten nichts dagegen, ebensowenig erhob der Frankfurter Bundestag Widerspruch: Metternich war nicht mehr da! Die Vertreter der Regierungen arbeiteten auch ihrerseits einen Verfassungsentwurf aus. Dieser sah eine monarchische Spitze für das geeinte Deutschland vor und ein deutsches Parlament nach dem englischen Zwei-Kammer-System. Der Entwurf wurde dann dem Frankfurter Bundestage übergeben.

Ein erstaunlicher Vorgang: Zwei süddeutsche Kammerabgeordnete stellen in ihren Ländern Pläne für eine allgemeine deutsche nationale Vertretung auf, berufen noch vier Dutzend Persönlichkeiten zusammen, sie verständigen sich untereinander, verständigen auch die Bundesregierungen und die Fürsten. Sie meinen, es sei wohl am zweckmäßigsten, den König von Preußen an die Spitze zu setzen, schreiben Wahlen aus und lassen sie vollziehen. Die Bundesregierungen sagen nicht nein, und wenige Wochen später sitzen 566 Abgeordnete in der Paulskirche zu Frankfurt am Main, bereit und gewillt, das Deutsche Reich neu zu schaffen, aus dem deutschen Volksmassiv heraus, nicht von einer Spitze aus Deutschland umzuformen: wenn möglich auf Kosten der Rechte und der Macht der Fürsten und deren Staaten.

Das stand einzig in der Geschichte Europas: eine idealistische Politik oder politische Idealistik, die — jedenfalls in ihrem Entstehen — eines rührenden Elements nicht entbehrt. Im ganzen genommen hatte man eine wirkliche, freilich stark jüdisch durchsetzte Volksbewegung vor sich. Da die Initiative von jenen Persönlichkeiten schon vor der Französischen Februarrevolution genommen wurde, handelte es sich auch nicht um ein irgendwie umstürzlerisches Vorhaben, sondern es war die innerlich geborene, seit über einem halben Jahrhundert vorhandene deutsche Bewegung, die nach Gestaltung drängte. Jenes rührende Element lag darin, daß man glaubte, die große Umformung durch eine Versammlung bewerkstelligen zu können, die zu einem großen Teil aus hervorragenden unpolitischen Geistern Deutschlands bestand, zu erheblichem Teil aus Persönlichkeiten von europäischem Ruf, darunter in erster Linie Historiker, Juristen, Dichter, außerdem die berühmten Vertreter des deutschen Nationalgedankens in der vorhergegangenen Generation, an der Spitze der alte Ernst Moritz Arndt.

*

Der Zug der Abgeordneten in die Paulskirche wurde mit Feierlichkeit, Salutschüssen und Glockenläuten begleitet. Überall in Deutschland, wo der nationale deutsche Gedanke Widerhall gefunden hatte, herrschte ungeheure wortreiche und sangreiche Begeisterung. Überall wurde der Vers gesungen:

„Noch ist Polen nicht verloren
Und Italien erwacht,
Schleswig-Holstein, neu geboren,
Wird zur Republik gemacht.
Denn ein Frühling ist im Lande,
Wie die Welt noch keinen sah,
Und es springen alle Bande,
Denn die Freiheit ist nun da."

(„Deutsche Geschichte", Prof. Eduard Heyck)

Alles in allem: es war der unpolitische, vom deutschen Einheits- und vom politischen „Freiheits"gedanken begeisterte Deutsche jener Zeit in seiner komisch-traurigen und naiven Vollendung.

Die mit folgerichtiger Notwendigkeit schon bald eintretende Ernüchterung wandelte verhältnismäßig bald die Begeisterung zum Spott und zu vollkommener Geringschätzung. In den folgenden Jahrzehnten ist dann die Frankfurter Nationalversammlung zum historischen Musterbeispiel eines großen und ziellosen Geredes patriotischer Phrase, der Zerfahrenheit, Kannegießerei und Uneinigkeit geworden.

Wir brauchen auf die einzelnen Phasen der Frankfurter Tagung nicht näher einzugehen, nur einige Hauptmerkpunkte mögen hervorgehoben sein.

Eines hatten die 566 Abgeordneten gemeinsam: den Willen, zu einer Einigkeit und Einung der deutschen Stämme und Staaten zu gelangen. Aber das war auch das einzige. Wie dieses Deutschland aussehen soll, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln man zu ihm gelangen wollte und zu können glaubte, das war die offenbleibende Frage. Unzählige Pläne, Programme, Denkschriften und Betrachtungen lagen beim ersten Zusammentreten vor und vermehrten sich beinahe mit jedem Tage. Wie wollte man es anfangen?

Es fehlte eine wirkliche Autorität, und es fehlte der dominierende Wille einer Persönlichkeit für die Leitung aller dieser durch freie Wahlen zusammengekommenen, untereinander so verschiedenen Menschen; es fehlte nicht zum wenigsten auch für jeden von ihnen die Bindung an eine klare Verantwortung. Zweifelsohne würde jeder von ihnen auf einen derartigen Einwurf geantwortet haben: Er sei gebunden an sein deutsches Gewissen und an die Verantwortlichkeit, die er seinen 50 000 Wählern gegenüber habe, und er würde dann eine mehr oder weniger lange Rede über die Lauterkeit seiner Absichten und die Richtigkeit seiner Ansicht gehalten haben.

Das unübersteigbare Hindernis, zu einem positiven Ergebnis in Frankfurt zu gelangen, aber war der Glaube, man könne die deutsche Umgestaltung erlangen durch Begeisterung allein, die obendrein, nach Goethe, keine Heringsware ist, und durch die beliebten Vernunftschlüsse, von denen jeder einzig die seinigen als zwingend für die anderen betrachtete.

Am ersten Tage schon gab es einen großen Streit darüber, ob die Versammlung mit einem Gebet eröffnet werden sollte oder nicht. Die Leidenschaft dieses Streits zeigte unmittelbar, wie weit man weltanschaulich und religiös voneinander entfernt war:

das eine Extrem: „Staatsreligion, Thron und Altar" als untrennbare Einheit;

das andere: materialistische Gottlosigkeit;

beide bereit, gegeneinander kompromißlos zu kämpfen;

zwischen beiden: der scheinreligiöse Deismus des Freimaurertums, in mannigfache Formen verkleidet, still und fest entschlossen, die beiden Extreme unmerkbar zu seinen Gunsten zu wandeln.

Mit diesen Gegensätzen hingen notwendig auch durchweg die politischen Stellungnahmen zusammen:

Ein schwerer Konflikt offenbarte sich auch gleich in den Debatten über die Wahl des Reichs-Oberhauptes. Die sogenannte Konstitutionelle Partei wollte einen deutschen Landesfürsten, die Demokraten verlangten einen dem Parlament verantwortlichen Präsidenten republikanischer Prägung.

Als ein preußischer Abgeordneter den Antrag stellte, dem König von Preußen die deutsche Zentralgewalt zu übertragen, erfolgte allgemeines Gelächter, eine Stimmung, die sich freilich nachher wandelte, als man keinen anderen Ausweg zu sehen glaubte.

Damals, im Anfang, jedoch stand man unter dem Eindruck des 18. und 19. März, und Friedrich Wilhelm der Vierte wurde von der einen Seite abgelehnt wegen seines Mangels an Kraft und Willen, von der anderen als der blutige Tyrann, der auf seine Bürger hatte schießen lassen, um sich ihnen nachher gezwungen zu beugen. Als über den Punkt: Reichs-Oberhaupt zweihundert Reden gehalten worden waren, gelangte man durch den Präsidenten von Gagern auf den Ausweg, zunächst einen Reichsverweser zu wählen, und zwar ohne die deutschen Fürsten vorher zu fragen. Gegen die demokratische Linke wurde Erzherzog Johann von Österreich gewählt, ein aufrichtiger, einfacher Mann mit einem gewissen Verständnis für den Reichsgedanken. Die Landesfürsten beanstandeten ihn nicht, Österreich äußerte sich überhaupt nicht. Bei dieser Gelegenheit sprach ein Mitglied der Nationalversammlung das nicht nur für diese Gelegenheit, sondern für lange Zeit richtige Wort: „Das Warten auf Österreich ist das Sterben der deutschen Einheit."

Die geplante Bundesarmee war ein schwerer Stein des Anstoßes, weil niemand wußte, wie man sie zustande bringen konnte, ferner weil die Landesfürsten verlangten, daß die verschiedenen Kontingente einer Bundesarmee ihren Eid auf ihren Landesfürsten ablegen müßten. Die Frankfurter Versammlung begriff allmählich, was später Bismarck in seinem Konflikt mit dem Preußischen Landtage ausdrückte: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse würden die großen Fragen der Zeit gelöst, sondern durch Blut und Eisen."

Im ersten Stadium der Nationalversammlung hatte man den Antrag belacht, Friedrich Wilhelm dem Vierten die Kaiserkrone anzubieten. Rund ein

Jahr später, Anfang April 1849, als man keinen Ausweg mehr wußte, fuhr eine Deputation von 33 Mitgliedern, an der Spitze die freimaurerischen Juden Simson und Rießer, nach Berlin; Simson war der Präsident der Bundesversammlung.

Der König von Preußen begründete seine bekannte Ablehnung in recht verschiedenen Formen. In nichtoffiziellen Äußerungen sagte er: „Für die Schweinekrone danke er." Und: „An dieser Krone hafte der Ludergeruch der Revolution." Diese Auffassung war ebenso aufrichtig wie die Gründe, die er der Frankfurter Abordnung offiziell nannte: „Er wollte kein Deutschland ohne Österreich." Im Grunde genommen fühlte er sich immer noch als Kurfürst des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der König fürchtete auch, aus seiner Annahme der Kaiserkrone werde sich ein bewaffneter Konflikt mit Österreich entwickeln. Schließlich lebten in ihm ähnliche Gedanken wie in seinem Bruder Wilhelm 1870, als dieser so schwere Bedenken trug, die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Hinter allen Begründungen, die Friedrich Wilhelm für seine Ablehnung angab, hat aber, und wohl als Leitmotiv, die innerliche Gewißheit gelegen, daß er den Aufgaben einer solchen Stellung nicht gewachsen war. Dazu kam die Haltung eines Teils der Bundesfürsten. Der König von Württemberg zum Beispiel, gefragt, wie er sich zum Frankfurter Verfassungsentwurf stelle, antwortete: „Ich versichere Sie, daß ich die ganze Reichsverfassung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage anerkenne, aber einem Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht. Ich bin dieses meinem Lande, meiner Familie und mir selbst schuldig."

Hierzu sagte ein radikales, republikanisches Mitglied der Versammlung, Karl Vogt:

„Diese Worte sind der Ausfluß jenes Gottesgnadentums, das in Selbstüberschätzung sich nicht daran erinnert, daß die Krone ihm und seiner Familie von einem Sprößling der Volkssouveränität, nämlich von Napoleon, aufgedrückt worden ist. (Vorher waren die Könige von Bayern, Sachsen und Württemberg Kurfürsten.)

Wahrlich, meine Herren, wenn der Erbkaiser nur dazu gut wäre, um diese verrosteten Ideen in den Köpfen der deutschen Fürsten zu brechen und zu Boden zu schmettern — diese Ideen des Gottesgnadentums und der eingebildeten Rechte, die daraus fließen —, ich würde ihn mit Freuden nur deshalb annehmen. Diejenigen, die eine bewaffnete Macht zur Disposition haben, hinlänglich, um die Verpflichtungen, die sie für sich, für ihr Haus und ihre Familie von Gottes Gnaden erhalten zu haben glauben, zu erfüllen und zu beschützen, das sind die wahren Feinde der Einheit und Freiheit. Meine Herren! Solange Sie solche Fürsten haben, ist kein wahrer Bundesstaat in Deutschland möglich. Der Trotz dieser Fürsten muß gebrochen werden."

Vogt schloß mit den Worten: „Schlagen wir einige Mittel vor, um eine bewaffnete Macht um Sie zu versammeln und zu Ihrem Dienste zu nehmen. Ohne eine solche Macht — täuschen Sie sich nicht — werden Sie nichts durchsetzen."

In dieser Verbindung gewinnen die vorher schon zitierten Sätze Treitschkes ihre volle politische Bedeutung:

„Nein, die Zersplitterung Deutschlands wird aufrechterhalten: nicht durch den Standeshaß der Deutschen, sondern allein durch die Interessen der Fürstenhöfe und ihres Anhangs. Wir stehen — wie die Schweiz und die Niederlande in den Zeiten der Französischen Revolution — vor einem jener verhängnisvollen Wendepunkte der Geschichte, wo alles möglich scheint, weil die Herrschenden allein ernstlich wünschen, das Bestehende zu erhalten. Aber hinter dem dynastischen Partikularismus drohen die Kronen aller vereidigten Heere, droht das ganze Rüstzeug der organisierten Staatsgewalt ... Er bedarf der Gründe nicht, er erfreut sich der Macht, und dieser gewaltigen Macht haben die Patrioten vorläufig sehr geringe Mittel entgegenzusetzen. Nur unerträgliche, stündlich quälende Leiden erfüllen ein Volk mit jener großen politischen Leidenschaft, die rettende Entschlüsse gebiert."

*

Die militärische Macht, die die Frankfurter Nationalversammlung nicht besaß, hatte Bismarck in der Gestalt Preußens.

Mit der Ablehnung Friedrich Wilhelms des Vierten war die Nationalversammlung endgültig gescheitert. Ihr bald darauf erfolgendes unrühmliches Ende interessiert hier nicht weiter. Wohl aber ist auch heute noch, und gerade heute, im nationalsozialistischen Reich von Interesse, wie sich in den Hauptzügen die Nationalversammlung ihr Deutsches Reich nach seiner Inneneinrichtung dachte. Diese Inneneinrichtung mußte, wie die Dinge eben lagen, ein Kompromiß zwischen den Befugnissen der Einzelfürsten und denen des Reichsoberhauptes sein.

Das Reichsoberhaupt mit seinem parlamentarischen Apparat sollte bestimmen: die auswärtige Politik, den diplomatischen Verkehr, völkerrechtliche Beziehungen, Bündnisse, Handelsverträge und so weiter. Dem Reich sollte unterstehen die Entscheidung über Krieg und Frieden, in seinen Händen sollte liegen die Wehrverfassung zu Lande und zur See.

Vom Reiche einheitlich zu regeln war der gesamte Verkehr vom Eisenbahnwesen bis zu den Landstraßen, der Post und des Telegraphen. Dem Reiche unterstand die Regelung der gesamten Zollpolitik und der Verbrauchssteuer, ferner Münzwesen, Bankgesetzgebung, Handels- und Wech-

selrecht, die Gesetzgebung für die Schiffahrt, die Gewerbegesetzgebung, die Gerichtsbarkeit, das Bürgerliche Recht und das Versammlungsrecht.

Man kann im großen und ganzen nicht sagen, daß alle diese Punkte einen anderen Gedanken ausdrückten als den des Willens zum Zusammenschluß der Bundesstaaten und zu deutscher Vereinheitlichung. Ob die Forderungen und Fragen für die damalige Zeit richtig gesehen waren, ist eine Frage, die hier nicht zur Diskussion steht, wie zum Beispiel die der Entscheidung über Krieg und Frieden, die man sich nicht, wie später im Bismarck-Reich, als Sache des Kaisers dachte, sondern als die des Parlaments.

Wichtiger für unsere Beurteilung ist der Wille zum innerwirtschaftlichen Zusammenschluß, der beinahe aus jedem der angeführten Punkte mit Klarheit sichtbar ist. Das war der Wille und Geist des seit den Befreiungskriegen stärker und reicher gewordenen Bürgertums und, im Verein damit, der Geist des damaligen Kapitalismus, die Wechselwirkung zwischen dem Kapitalismus, und damit dem ganzen Kreditwesen, einerseits, und andererseits der gewaltig zunehmenden Industrie.

Der Kapitalismus wurde, wie wir seitdem am eigenen Leibe erfahren haben, eine schlimme Saat, weil von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mehr das Volk, seine Arbeit und sein Boden in den Dienst der Geldmächte hineingezwungen wurden. Damals aber hat er auch auf Vereinheitlichung und damit auf Einigung gewirkt, zusammen mit den anderen genannten Faktoren.

Gleichzeitig, zunächst unmerklich, hat der Kapitalismus in Gestalt des Klassenwesens und der von ihm beherrschten und verschärften sozialen Frage von innen heraus jene Zersetzung bewirkt, die — nach dem Weltkriege — Volk und Reich endgültig zugrunde gerichtet haben würde, wenn nicht im letzten Augenblick Adolf Hitler mit dem Nationalsozialismus gekommen wäre. Er hat dann, ohne im geringsten das Kapital vernichten zu wollen, dieses in den Dienst des eigenen Volkes als dessen Betriebskapital gestellt, den Thron des Geldes zertrümmert und an seine Stelle den Thron der Arbeit gesetzt. —

So endete die Frankfurter Nationalversammlung schmählich. Der Ausdruck ist keine Übertreibung. Und doch erscheint sie uns, rückblickend, als geschichtliches Ereignis weder lächerlich noch als ein verabscheuungswürdiger Anschlag gegen die Heiligkeit der Legitimität, sondern als mißglückter Versuch, der mit unzureichenden Mitteln und ohne realpolitischen Sinn den großen deutschen Gedanken zur Verwirklichung bringen wollte.

Daran wird auch nichts geändert durch die nicht wenigen Elemente, die in die Frankfurter Versammlung nicht hineingehörten und im Grunde genommen den kommunistischen Umsturz wollten. Aber die weit überwiegende Menge wollte die Einheit Deutschlands. Sie wollte die Einheit

nicht um des Kaisertums willen. Nicht eine „kaiserlose, schreckliche Zeit" hatte unstillbares Sehnen nach neuem „Glanz der Kaiserkrone" gezeugt, sondern ein großer Teil betrachtete Wiederaufrichtung des Kaisertums als das Mittel für die Einung, die anderen als das Mittel, um die Macht der Könige und Fürsten zu brechen, die dritten wollten weder vom Kaisertum noch von anderen Monarchien wissen. Liegt nicht der Gedanke nahe, daß alles anders verlaufen sein würde, wenn ein zu dieser Aufgabe befähigter König von Preußen mit einem bedeutenden Manne als Berater bzw. Führer damals gelebt hätte? Mit anderen Worten: es war die Persönlichkeitsfrage.

Eine Tat von reinem deutschem Idealismus darf hier nicht vergessen werden, nämlich die Gründung einer deutschen Reichsflotte, die zu einem großen Teil durch freiwillige Spenden aufgebracht wurde, alles während des Schleswig-Holsteinischen Krieges 1848 bis 1851. Diese Gründung und die schnelle Improvisierung der Ausrüstung, Bewaffnung und Bemannung, das kühne Vorgehen gegen dänische Kriegsschiffe, das alles war eine deutsche Tat. Der Schimpf, den der großbritannische Premierminister Lord Palmerston dieser kleinen Flotte und damit der Nationalversammlung und dem deutschen Gedanken antat: die schwarzrotgoldene Flagge als Piratenflagge behandeln und ihre Offiziere und Mannschaften aufzuhängen — ändert an dieser Anerkennung nichts und fällt auf den Mann zurück, der ihn aussprach.

Bismarcks Preußen und die Deutsche Bewegung

Die sogenannte Reaktionsperiode in Preußen, deren Staatskünstler das Rad wieder zurückzudrehen versuchten, nahm ein Ende, als Friedrich Wilhelm IV. die Zügel der Regierung seinem Bruder Wilhelm überlassen mußte, im Jahre 1858, zunächst als Regent. Ein Jahr vorher erkrankte er; die Märztage von 1848 hat er weder körperlich noch seelisch je verwunden. Der Regent (König seit 1861) bildete gleich ein neues Ministerium und erregte allgemeines Aufsehen durch eine Rede, in der er sich gegen die Orthodoxie wendete und das nachher viel mißbrauchte Wort sprach: Preußen müsse in Deutschland moralische Eroberungen machen, wie er überhaupt den Einigungsgedanken betonte.

Zugleich aber erklärte Wilhelm, die Wehrkraft Preußens müsse reformiert werden. Er war von festem Charakter, militärisch Fachmann und zugleich politisch von gesundem klarem Blick für Tatsachen und hatte die Erkenntnis gewonnen, daß ohne genügende Macht keine Außenpolitik getrieben werden könne. In der Folge begann der Kampf mit dem preußischen Parlament um die Heeresreform, die Kammer lehnte mit großer Mehrheit die Militärforderungen ab, sie wurde aufgelöst; ihre Nachfolgerin zeigte eine noch größere

Mehrheit gegen die Vorlage, und zwar war es die neugegründete sogenannte Fortschrittspartei, die den Kern der ablehnenden Mehrheit bildete. Das war im Jahre 1862.

Der König befand sich damit einschließlich seiner Minister in einer ratlosen Verlegenheit. Auf den wiederholten dringenden Rat des preußischen Kriegsministers General von Roon, der sich damit hoch verdient gemacht hat, berief er schließlich im September Bismarck nach Berlin, empfing ihn einige Tage darauf und sagte zu Bismarck: „Ich will nicht regieren, wenn ich es nicht vermag, wie ich es vor Gott, meinem Gewissen und meinen Untertanen verantworten kann. Das kann ich aber nicht, wenn ich nach dem Willen der heutigen Majorität des Landtages regieren soll, und ich finde keine Minister mehr, die bereit wären, meine Regierung zu führen, ohne sich und mich der parlamentarischen Mehrheit zu unterwerfen. Ich habe mich deshalb entschlossen, die Regierung niederzulegen, und meine Abdikationsurkunde, durch die angeführten Gründe motiviert, bereits entworfen."

Der König zeigte Bismarck das Aktenstück. Nachdem Bismarck ihm erklärt hatte, er sei unter allen Umständen bereit, den Kampf gegen den Landtag zu führen, erklärte der König schließlich: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiziere nicht." Die geschichtliche Entscheidung war gefallen. Was folgte, ist zu bekannt, um einer Schilderung zu bedürfen.

Was würde geschehen sein, wenn der König Bismarck nicht hätte kommen lassen, was durchaus im Bereich der Möglichkeit lag, denn nur auf stärkstes und wiederholtes Drängen von Roon hatte der König sich entschlossen, gerade den Mann an seine Seite zu rufen, der bei der gesamten demokratischen und liberalen Mehrheit aufs tiefste verhaßt war und als schroffer einseitiger Reaktionär galt! Ebenso möglich war, daß Bismarck sich weigerte, den Kampf gegen die Kammer zu übernehmen. Was dann?

Seine Abdikation hatte der König bereits entworfen. Wilhelm I. war nicht der Mann, mit einem solchen Gedanken nur zu spielen oder ihn als Druck- oder Drohmittel anwenden zu wollen. Hätte Bismarck sich ablehnend oder auch nur schwankend gezeigt, so würde er abgedankt haben und sein Sohn Friedrich Wilhelm wäre ihm als König gefolgt. Es kann keinerlei Zweifel unterliegen, daß dann der junge König dem Willen des Parlaments nachgegeben und eine entsprechend zusammengesetzte Regierung um sich versammelt hätte. Zudem war er mit der Tochter der Königin von England verheiratet, der englische Einfluß war sehr stark auf Liberalisierung Preußens gerichtet.

Die notwendige Reform der Armee wäre nicht bewilligt worden und Preußen unaufhaltsam auf den Weg des Parlamentarismus abgeglitten. Die

Gefahr stand unmittelbar vor der Tür. Und da kam gerade der Mann in diesem entscheidenden Augenblick, der einzige in Deutschland, der den Mut, die Kraft, den nicht zu beugenden Willen und die Genialität besaß, Preußens und damit Deutschlands Zukunft zu retten.

König Wilhelm — wir werden später noch manches davon zu reden haben — war ein Mann von großen Herrschergaben, vor allem ohne Eitelkeit und Eifersucht, voll Würde und Treue, begabt mit gesundem Urteil und großer Menschenkenntnis.

Jener Augenblick, als er den Entschluß des Rücktritts gefaßt hatte, zeigt aber wiederum, daß auch dieser König nicht vermocht haben würde, die Stetigkeit des monarchischen Systems aufrechtzuerhalten. Im Gegenteil würde er mit offenen Augen Preußen auf die schiefe Ebene einer liberalen oder gar demokratischen Verfassung haben abgleiten sehen müssen. Eben das wäre eingetreten, was gerade die preußische Monarchie verhindern mußte: die Abhängigkeit des Staats vom Parlament, von den Parteien. Der König selbst, wäre er nicht zurückgetreten und mit einem anderen Ministerpräsidenten, nicht mit Bismarck, geblieben, hätte sich ebenso auf den Weg des Parlamentarismus begeben und den Staat im liberalen oder gar demokratischen Fahrwasser weiterführen müssen, trotz der ihm eigenen hervorragenden persönlichen und Herrschereigenschaften. Man kann — und noch viel weniger konnte man damals — nicht die englischen Verhältnisse zum Vergleich heranziehen, denn die Deutschen sind keine Engländer, und gerade diejenigen Eigenschaften, die England auch mit seinem Parlamentarismus nach außen und im Innern stark und national und einig sein ließen, fehlten den Deutschen.

Die demokratische und hinter ihr die schon im Zeichen der Namen Lasalle und Marx wachsende international-sozialistische Arbeiterbewegung schwoll an. Wäre Preußen damals demokratische Republik, vielleicht einige Jahrzehnte noch mit einem vom Parlament abhängigen König, geworden, so würde die Entwicklung in ganz Deutschland sich im selben Sinne vollzogen haben, und die deutsche Zukunft wäre für absehbare Zeit dahingewesen, Deutschland hätte auf die Geltung einer Macht oder gar einer Großmacht verzichten müssen, war es doch schon die fortschrittliche Absicht, man müsse Preußen „den Großmachtkitzel" austreiben. Die schönsten Lieder vom freien deutschen Rhein würden Frankreich nicht gehindert haben, sich im deutschen Westen zu nehmen, was es wollte. Solche nachträglichen Voraussetzungen sind um so weniger übertrieben schwarz, wenn man an den deutschen Gesamtzustand von damals denkt. Ohne eine starke Monarchie oder einen deutschen Napoleon wäre ein starkes nationales Deutschland nicht denkbar gewesen.

Die Monarchie allein also, so zeigt das Beispiel von 1862, hätte die ihr grundsätzlich mit Recht nachgerühmte Stabilität der staatlichen Entwicklung nicht geben können ja wäre möglicherweise selbst gestürzt worden und für immer verschwunden, wenn nicht eben in diesem Augenblick der geniale und große Mann erkannt worden und gekommen wäre. Man hat ja in Deutschland allerhand Redewendungen: im richtigen Augenblick käme eben der Mann, den die Situation erfordere. Nun, mit und unter Kaiser Wilhelm II. und vorher unter Friedrich Wilhelm IV. ist er nicht gekommen, und in beiden Fällen sehen wir, daß der Monarch nicht willens, nicht fähig war, ihn zu finden; ebenso war es bei Friedrich Wilhelm II. gewesen. Es ist mithin eine Tatsache, die sachlich nicht in Abrede gestellt werden könnte, daß die preußischen Könige bzw. deutschen Kaiser von Friedrich Wilhelm II. bis Wilhelm II. eines wirklichen Führers bedurften, um ihrem Volk und Land eine unabhängige und stabile Entwicklung zu gewährleisten. In einem Falle kam Jena, im zweiten das Unglück Metternich, im dritten 1848, im vierten 1914 und 1918!

Sobald in Deutschland also seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts die Frage überhaupt aufgeworfen wurde: Monarchie oder nicht?, waren nicht allein die einzelnen Monarchien und die einzelnen Monarchen bedroht, sondern der monarchische Gedanke schlechthin. Diese Bedrohung der Französischen Revolution und der Freimaurerei allein in die Schuhe zu schieben, ist nicht richtig, besonders nicht für Deutschland, wie dargelegt wurde. Das Metternich-System aber beruhte auf der Voraussetzung, daß die Französische Revolution die einzige Ursache sei, und deswegen schon mußte es eines Tages zusammenbrechen und der Zusammenbruch entsprechenden Schaden anrichten. Erinnern wir uns ferner, wie die Politik Metternichs zugleich im österreichischen Sonderinteresse das Denkbare tat, um die Kräfte lahmzuhalten, die den deutschen Nationalgedanken verwirklichen wollten, und sie als verbrecherisch zu stempeln.

Trotz allem hat auch 1848 die Revolution in den deutschen Staaten nirgends einen Landesfürsten verjagt, noch ernstlich den Willen dazu gehabt, abgesehen von jenen freimaurerisch-jüdischen Emissären, die nur einen sehr kleinen Teil — soweit sie überhaupt Deutsche waren — der Bevölkerung darstellten. Daß geistige Strömungen vorhanden waren, die als ihr Staatsideal eine Republik hatten, und daß besonders sich die Jugend dafür begeisterte, war nur natürlich. Auch Bismarck schreibt ja am Eingang seiner „Gedanken und Erinnerungen": er habe die Schule (mit siebzehn Jahren) verlassen als „Pantheist und wenn nicht als Republikaner, so doch mit der Überzeugung, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei". Von der Schule her habe er auch deutschnationale Eindrücke mitgebracht.

„Diese blieben im Stadium theoretischer Betrachtungen und waren nicht stark genug, um angeborene preußisch-monarchische Gefühle auszutilgen."

Mit diesen wenigen Worten sind die beiden einander entgegenwirkenden Momente bezeichnet: die theoretischen Betrachtungen und das angeborene monarchische Gefühl. Das letztere mußte bei dem Abkömmling eines alten eingesessenen Geschlechts, dessen Vergangenheit mit dem preußischen Herrscherhaus und mit der Armee verknüpft war, als von vornherein stark angenommen werden, stärker auf alle Fälle als bei dem damaligen Durchschnitt des Bürgertums und bei den Besitzlosen. Aber auch das Bürgertum mit seinem Hang zur Stetigkeit der Lebensverhältnisse, ebenso wie vollends der Bauer, haben 1848 keinen Versuch gemacht, ihre Fürsten zu verjagen, und erkannten eben auch die Vorteile der Monarchie eben von diesem Gesichtspunkt aus; die Monarchie war ihnen: die Ordnung, die — besonders in Preußen — während des neunzehnten Jahrhunderts musterhafte Pflichttreue und Sauberkeit des Verwaltungswesens und die Unbestechlichkeit einer berufs- und standesstolzen Beamtenschaft. Das waren Werte, die auch in den Augen der Bevölkerung den nicht leichten Druck eines sich seines Wertes zu sehr bewußten Bürokratentums aufwogen. Die wirkliche Gefährdung der Monarchie und des monarchischen Gedankens und als dessen Gegenpol der Gedanke des revolutionären Umsturzes wurden erst später reif.

*

Das Jahrzehnt nach dem 1848er Umsturz brachte europäische Ereignisse, die trotz des trübseligen Ausgangs der Frankfurter Nationalversammlung den deutschen Gedanken immer von neuem aufleben ließen, zum mindesten einen festeren Zusammenschluß der deutschen Staaten als notwendig fühlbar machten:

Der französische Kaiser, der sich Napoleon III. nannte und als der „Erwählte der sieben Millionen" nun trachtete, seine Stellung durch Ruhm und wachsendes Prestige Frankreichs zu festigen, hatte im Jahre 1859 Österreich in Italien geschlagen; Österreich hatte eine überraschend geringe militärische Kraft entwickelt. Dieses Ereignis rief in Deutschland große Erregung hervor. Der erste Impuls war: Österreich zu Hilfe zu kommen. Man sah ein gefährliches Übergewicht Frankreichs herannahen und damit die alte Gefahr für die Rheinlande. Wieder zeigte sich, daß der alte unverdiente Respekt der meisten deutschen Fürsten und ihrer Völker vor dem Habsburger Haus noch nicht erloschen war. Man drängte darauf, daß der Deutsche Bund dem großen Bundesgenossen in der Stunde der Gefahr beispringe. Daß die katholischen unter den deutschen Staaten und Fürsten besonders eifrig waren, lag auf der Hand. Es war das Verdienst Bismarcks, daß er

seinen persönlichen Einfluß mit Erfolg benutzen konnte, um folgenschwere Unklugheiten zu vermeiden: würde Preußen bzw. würden die deutschen Staaten als kämpfende Bundesgenossen Österreichs geschlagen, so stand in Zukunft Deutschland zwischen zwei feindlichen Großmächten: Frankreich auf der einen, Rußland auf der anderen Seite. Siege man aber mit Österreich, so würde die preußische Abhängigkeit von Österreich nachher um so größer sein. Bismarck sprach nur von Preußen, natürlich, aber von dem Verhalten Preußens hing in damaliger Zeit das Verhalten der kleineren deutschen Staaten ab. Um kurz die Lage zu kennzeichnen: Preußen schickte Truppen an den Rhein in Bereitschaft, blieb aber neutral und handelte selbständig und unabhängig von Österreich. Dem Kaiserstaat aber fuhr diese preußische Selbständigkeit derartig in die Glieder, daß er Frieden schloß, auf die Lombardei verzichtete: daß Preußen die Vormacht Deutschlands würde, erschien dem Habsburger Haus als eine vitale Gefahr; der Verzicht auf die Lombardei wog nicht annähernd so schwer. Aber diese Erkenntnis blieb in der Hauptsache auf Preußen beschränkt und in Preußen auf Bismarck und einige wenige. Deutschland, im ganzen genommen, rief nach Hilfe für Österreich, in idealistischem deutschem Gemeinschaftsgefühl. Dieses selbe Gefühl aber äußerte sich auch laut und deutlich in den zahlreichen Stimmen, die für den Fall militärischen Beistandes forderten, daß Preußen den Oberbefehl haben, außerdem auf dem Boden einer Reform des Frankfurter Bundes fortan auf gleichem Fuß wie Österreich in Deutschland dastehen sollte, also jener friedlich-freundliche Dualismus, den man schon zur Zeit der Befreiungskriege gewünscht hatte, den Friedrich Wilhelm II. als Vermächtnis seinem Sohn hinterlassen hatte: Preußen niemals unter Österreich, aber immer mit Österreich! Auch die Frankfurter Nationalversammlung hatte so gesprochen mit großen schönen Worten und erhielt dafür von Habsburg schnödeste Ablehnung.

Im Jahre 1858 hatte sich aus einigen kleinen vereinsähnlichen Gruppen in Gotha eine Anzahl, zum größten Teil liberaler, Politiker und Wirtschafter zu einem politischen Verein zusammengeschlossen, die den Plan ankündeten: „Ohne nachweisbare, greifbare Organisation eine Verbrüderung Gleichgesinnter zu stiften, die sich womöglich über ganz Deutschland ausbreite und überall durch Wort und Schrift und jedes sonstige ehrenhafte Mittel einflußübend auf die Einheit Deutschlands hinarbeite und für Preußen Propaganda mache."

In einem früheren Abschnitt wurde erwähnt, wie besonders immer die Wirtschaft auf Einung und Vereinigung Deutschlands drängte. Auch die patriotischen Wünsche und Erwägungen des neuen Vereins schwebten nicht in der Luft, sondern hatten einen sehr starken, nüchternen wirtschaftlichen

Einschlag. Man begann darüber hinaus zu begreifen, daß weitere Entwicklung des in Preußen zentralisierten Zollvereins mit allem, was dazugehörte, auch die politische Führung Preußens in Deutschland zur Voraussetzung hatte.

Das Wort des Prinzregenten Wilhelm von den „moralischen Eroberungen", die Preußen in Deutschland machen müsse, wurde im liberalen und demokratischen Deutschland beinahe mit Begeisterung aufgenommen. Nicht minder die Andeutung auf die neue preußische Verfassnng.

In solche vorbereitenden Bemühungen dieser echt nationalliberalen Kreise, unter denen sich schnell der Hannoveraner Rudolf von Bennigsen als Mittelpunkt und Führer entwickelte, kam der Französisch-Österreichische Krieg. Nach der Niederlage der Österreicher schrieb Bennigsen in einem Brief:

„Wenn unsere deutschen Fürsten noch so verblendet sind, bei einer Gefahr, welche die Existenz von Deutschland bedroht, das Interesse ihrer Sondersouveränitäten und den Argwohn gegen Preußen über alles zu setzen, wenn sie Preußens einfache militärische und diplomatische Leitung, welche absolut nötig ist für den Krieg, verhindern, so mögen sie selbst sehen, was das Ende ist. Gewiß aber nicht die Befestigung ihrer Herrschaft, welche bei uns (in Hannover) bis in die höchsten Kreise unterhöhlt ist." Man verlangte anstatt des jetzt geltenden Bundestages eine tatsächliche Zentralregierung. Preußen sollte die Anregung geben auch zur Einberufung einer Nationalversammlung. In einer Erklärung wurde gesagt:

Eine der beiden großen deutschen Regierungen müsse die Reform der Bundesverfassung ausführen. Österreich könne das nicht, seine Interessen seien keine rein deutschen, könnten es auch nicht werden.

„Unsere Hoffnung richten wir daher auf Preußens Regierung, die durch den im vorigen Jahre aus freiem Umtriebe eingeführten Systemwechsel (die Verfassung) ihrem Volk und ganz Deutschland gezeigt hat, ihre Interessen und die ihres Landes in Übereinstimmung zu bringen, und für einen solchen Zweck Opfer an ihrer Machtvollkommenheit sowie die Vertretung neuer schwieriger Bahnen nicht scheut." — Die Ziele preußischer Politik fielen mit den Interessen Deutschlands ungefähr zusammen. Verfolgung angeblich rein preußischer Großmachtszwecke könne jedoch nur zu Preußens Ruin führen.

Dieser Satz erklärt sich aus dem großen Mißtrauen, das beinahe überall in Deutschland gegen die preußische Politik (also schon vor Bismarcks Ministerpräsidentenschaft) gehegt wurde. Die Erklärung schloß:

„Möge daher Preußen nicht länger zögern, möge es offen an den patriotischen Sinn der Regierungen und den nationalen Geist des Volkes sich wenden und schon in nächster Zeit Schritte tun, welche die Einberufung eines deutschen Parlaments und die mehr einheitliche Organisation der

militärischen und politischen Kräfte Deutschlands herbeiführen, ehe neue Kämpfe in Europa ausbrechen und ein unvorbereitetes und zersplittertes Deutschland mit schweren Gefahren bedrohen."

Diese Gedanken entwickelte Bennigsen kurz darauf in der Hannoverschen Ständeversammlung. Seine Verteidigung der damaligen preußischen Politik gegen Österreich bedeutete etwas Neues, wenn er zum Beispiel sagte: es sei Preußen nicht zuzumuten, sich für den politischen und religiösen Absolutismus Österreichs zu begeistern oder für Österreichs italienische Spaziergänge und Spezialverträge in den Kampf zu ziehen. Österreich möge sich nicht einbilden, ohne weiteres die deutsche Stimmung für sich zu haben. Gewinne Preußen durch eine aufrichtig liberale und nationale Politik Halt im deutschen Volk, so werde sich Österreich von seinem Aberglauben bekehren ... Im Jahre 1848 sei die deutsche Einheitsbewegung noch roh und unreif gewesen, außerdem uneinig. Der preußische Herrscher habe damals nicht in sich selbst die Kraft gefunden, auf die dargebotene Machtstellung einzugehen. Jetzt dürfte beides anders geworden sein: möglich sei, daß die preußische Regierung an die Spitze der deutschen Reformbewegung trete und im deutschen Volk die Uneinigkeit und der Parteihaß und jugendliche Phantastereien verschwunden seien ... Nur die offiziellen Zustände und Organe hätten sich überlebt, aber die Nation erhebe sich so kräftig und frisch wie je und werde auch widerstrebende Regierungen endlich mit sich fortreißen. Auch Preußen und Österreich würden auf den Weg getrieben, sich über gemeinsame Ziele dauernd zu vertragen.

Auf dem Boden jener Erklärung und dieser Rede, die beide großes Aufsehen im Lande und viel Mißbilligung bei den Regierungen erregten, arbeitete die Politik jener Vereinigung, die den Namen „Deutscher Nationalverein", erhielt und aus der ihre Führer die deutsche Nationalpartei bilden wollten.

Der Erfolg zeigte bald, daß der Gedanke und das Programm des Nationalvereins überall in Deutschland Anhänger erhielten, vorwiegend aus den Kreisen der Intelligenz und der Wirtschaft. Das nächste Ziel war nun, eine politische Volksstimmung zu erzielen, und zwar durch breite Öffentlichkeit. Der Herzog Ernst von Coburg, der sich anfangs als Protektor und Führer zu fühlen wünschte, wollte einen Geheimbund, der aber abgelehnt wurde. Vor allem wollte man mit Preußen Fühlung haben, schrieb auch an Bismarck und an den preußischen Minister Auerswald, aber Preußen hielt sich zurück. Einer der Führer des Nationalvereins, von Unruh, war mit Bismarck befreundet und schrieb ihm: man, auch Bennigsen, würde sich freuen, wenn er, Bismarck, zum preußischen Außenminister ernannt würde. Die Stimmung wird durch einen Brief Bismarcks beleuchtet: ein süddeutscher

Demokrat namens Metz habe in Frankfurt erklärt: „Lieber das schärfste preußische Militärregiment als die kleinstaatliche Misere."

Beziehungen zur preußischen Regierung wurden unterhalten, aber diese hielt sich weiterhin zurück. Im übrigen wirkten Österreich und eine Reihe der kleineren Staaten gegen den Deutschen Nationalverein. Dasselbe galt von den konservativen Kreisen, hauptsächlich in Preußen, denen das Nationaldeutsche mindestens ebenso zuwider war wie das Liberale. Bei den Konservativen Preußens herrschte Empörung, als Bennigsen gelegentlich einer Veranstaltung in Berlin eine Rede schloß: „In diesem Sinne lassen Sie uns das Glas erheben und anstoßen auf die historische Mission Preußens und die Wiederherstellung des Deutschen Reichs."

Während der beiden folgenden Jahre nahm die Gegnerschaft gegen den Nationalverein bei den Einzelstaaten zu, und die Widerstände wurden größer, während die preußische Politik schwach war und besonders die auswärtige unklar. Der Verein kam in die unangenehmste Lage, in die eine politische Organisation gelangen kann, nämlich in die des Stillstandes.

Im übrigen befand man sich in Deutschland unter dem uns heute schwer verständlichen Eindruck von der unheimlichen Macht und der noch unheimlicheren Unberechenbarkeit Napoleons III. Im selben Sommer 1860 schrieb einer der Führer des Nationalvereins: „Von etwaigen weiteren Beratungen der deutschen Fürsten über die deutsche Frage ist gar nichts zu hoffen. Sie sind so österreichisch und preußenfeindlich wie je, dabei heftige Wut gegen den Nationalverein, dem eine ungeheure Wichtigkeit beigelegt wird."

Die Führer des Deutschen Nationalvereins, an der Spitze Bennigsen, wollten in der Tat das, was der Name sagte: ein im nationalen Gedanken und durch ihn geeintes Deutschland, also das Ziel der Frankfurter Nationalversammlung. Diese politische Grundlage war vom liberalen Gedanken durchdrungen. Das bedeutete damals eine Selbstverständlichkeit und muß uns heute auch geschichtlich logisch und selbstverständlich erscheinen, denn seit Ernst Moritz Arndt sein: „Was ist des Deutschen Vaterland" gedichtet hatte, war die zur nationalen deutschen Einheit strebende Bewegung immer liberal gewesen, im Gegensatz zum Konservativismus, den Landesfürsten und allem, was diese in Begriff und Wirklichkeit umgab.

Nur durch den Liberalismus also, davon waren die Führer des Nationalvereins überzeugt, könne die deutsche Einheit zustande kommen. Wie 1848 war man überzeugt, daß Preußen die Führung übernehmen müsse. Ihre Schlußfolgerung war: Also muß Preußen liberale Staatsführung haben!

Die preußischen Wahlen, im Zeichen des Konflikts der Regierung des Königs von Preußen wegen seines Militärprogramms mit der demokra-

tischen Mehrheit des Landtags, ergaben, Mai 1862, einen gewaltigen Sieg der Demokraten, die sich Fortschrittspartei nannten. Der Nationalverein war davon beglückt und glaubte dem großen deutschen Ziele damit einen großen Schritt nähergekommen zu sein. Man rechnete nach parlamentarischer Logik, diese demokratische Mehrheit werde nunmehr in Preußen auch die Regierung stellen und so den gesamten politischen Kurs außen und innen bestimmen.

König Wilhelm dagegen bestand auf seiner Armeereform. Das sind bekannte geschichtliche Tatsachen. Im Zusammenhange unserer Gedankengänge ist aber dieses Moment besonders hervorzuheben: Bennigsen und die Seinen wollten für das noch in der Luft schwebende geeinte Deutschland und das noch höher in der Luft schwebende, dann zu schaffende deutsche Reichsheer eine starke Macht. Sie fanden aber nicht als erforderlich, daß eine starke Militärmacht Preußen da sei, sondern waren durchaus dagegen. Die deutsche Einigung müsse auf dem Weg des liberalen Verfassungsgedankens allein erreicht werden. Ein Großpreußen erschien als die schlimmste Gefahr von allem und als das Ende aller nationaldeutschen Bestrebungen. Eben dies befürchtete man aber von einem Kabinett Bismarck schon Monate, bevor es zustande gekommen war. Bismarck wolle eine Gleichstellung Preußens mit Österreich im Deutschen Bunde und ein „preußisch-kleindeutsches Parlament". Bennigsen schrieb zu diesen Gerüchten an einen Freund: „Leider kann ich Ihnen von dem über Bismarck Mitgeteilten nichts sagen, da ich diese Eventualität seit längerer Zeit auf verschiedene Mitteilungen hin erwartete und mit ihr allerdings eine sehr gefährliche preußische partikularistische Politik, ein recht miserables Epigonentum des Alten Fritz."

Im preußischen Parlament, so verlangte Bennigsen, müßten die Liberalen fordern: Preußen müsse mit positiven Vorschlägen den übrigen Regierungen gegenübertreten, „die die Nation wahrhaft befriedigen und der Stellung und Bedeutung Preußens entsprechen".

Der Kampf um Sein und Nichtsein, der mit dem Kabinett Bismarck zwischen Königtum und Parlament begann, zerstörte die Hoffnungen des Nationalvereins. Er bekämpfte das Regime Bismarck mit allen seinen Mitteln, die allerdings nicht groß waren, trug jedoch nicht wenig bei, den Haß gegen Bismarck und seinen Kurs in ganz Deutschland zu entflammen und dem großen, verkannten Manne seinen schwierigen Kampf noch mehr zu erschweren. In Bismarck erblickte man den hochmütigen, rücksichtslosen Junker und bornierten Preußen, der den deutschen Gedanken verachte und innerhalb Deutschlands durch Krieg ein Großpreußen herstellen wolle. Auch aus diesen Auffassungen heraus ist, zu einem Teil wenigstens, der wütende Widerstand gegen die große Militärreform zu verstehen und jener Ausspruch der Opposition, man müsse Preußen den Großmachtkitzel austreiben. Die

während der Konfliktszeit wachsende Schroffheit der Stellung Bennigsens gegen Bismarck ist auch auf seine Befürchtung zurückzuführen, daß die Unabhängigkeit seiner Heimat Hannover bedroht werde. Entscheidend für die Stellungnahme des Nationalvereins war die von Verzweiflung erfüllte Auffassung: siege Bismarck im preußischen Konflikt, so würde es nie zur deutschen Einheit kommen, sondern zu einer preußischen Tyrannenherrschaft und dem Abfall der süddeutschen Staaten vom Einheitsgedanken.

Bismarck konnte sein kompliziertes Spiel, besonders auch Österreich gegenüber, niemandem offenbaren, wußte er manchmal doch selbst nicht, zu welchem neuen Schachzug er morgen gezwungen sein werde, der ihm am Tage vorher unnötig oder unmöglich erschienen war. Seines großen Ziels war er sich immer in aller Klarheit sicher. Welche Mittel und Wege er jeweilig brauchte, das ließ er in entscheidenden Augenblicken durch die Lage und sein eigenes geniales Erfassen bestimmen. Verkannt wurde er von allen Seiten. Auch seinen verehrten Herrn konnte er nicht über seine letzten Ziele unterrichten; dieser war groß genug, um Bismarck gleichwohl sein Vertrauen unverbrüchlich zu erhalten. Jene Zeit der sechziger Jahre stellt wohl den glänzenden geschichtlichen Beweis des Wortes dar, daß der Starke am mächtigsten allein ist; freilich nur der wirklich Starke, denn andere vermögen die ungeheure Last allein nicht zu tragen.

So haben wir also keinen Anlaß, heute auf diejenigen herabzublicken, zu denen ja auch Treitschke gehört hat, die damals Bismarcks Spiel nicht zu durchschauen vermochten und deshalb seine Gegner waren. Auch er selbst hat das verstanden und in jener späteren Äußerung in großartiger Sachlichkeit anerkannt.

Auf dem Höhepunkt des preußischen Konflikts — als Bismarck durch seine „Presseordonnanzen" der preußischen Presse Fesseln anlegte und der Kronprinz in der berühmten Danziger Angelegenheit sich öffentlich von dem Regime Bismarck lossagte —, wendete sich der ganze Nationalverein gegen Bismarck, auch Treitschke. Sein Gesinnungsfreund schrieb an Bennigsen: „Wir werden der Regierung Schritt für Schritt mit allen Mitteln, die wir haben, entgegentreten, und wir wissen, daß wir siegen, und daß unsere Gegner planlos und ziellos sich hinfristen!" Andere waren im Gegensatz zu dieser Siegeszuversicht in voller Verzweiflung, denn durch Bismarcks Regierung schien nun ein Hauptpunkt ihres Programms vernichtet zu werden: daß Preußen die Führung zur Bildung des geeinten Deutschlands zu nehmen habe. Wie könnte man unter diesen Umständen noch Preußen als den Retter bezeichnen?

Zum Frankfurter Fürstentag, der über eine Reform des Deutschen Bundes zu sprechen hatte, war König Wilhelm nicht erschienen. Mit äußerster An-

strengung hatte Bismarck es verhindert. In diesem Augenblick warf er in die Lage hinein den Vorschlag eines Parlaments mit direkten Wahlen: „Wenn eine Gesamtvertretung der Nation vorhanden ist, so sind wir sicher, daß darin nichts beschlossen wird, was von dem Interesse Preußens abweicht, denn die deutsche Nation hat dieselben Interessen wie der preußische Staat!" Das wieder konnten auch einsichtige Führer des Nationalvereins nicht bestreiten, sofern sie nicht glaubten, daß es sich um einen besonders ruchlosen Trug Bismarckschen Ursprungs handele, denn jener Ausspruch widerspreche durchaus dem jetzigen Kurse des preußischen Ministerpräsidenten.

*

Im Jahre 1864 kam der Schleswig-Holsteinische Krieg. Der Nationalverein glaubte hier, mit dem Motto der deutschen Einheitsbewegung eine führende Rolle spielen zu können. Es war nach Lage der Dinge unvermeidlich, daß er, gerade in dieser Frage, die Bismarcksche Politik auf das heftigste mißbilligte. Der Verein wollte, sich selbst durchaus konsequent, den Herzog von Augustenburg als den angestammten Herrscher; Bismarck wollte keinen neuen Kleinstaat, ebensowenig wie eine dauernde Teilung der Herzogtümer. Er hat Schleswig-Holstein von Anfang an für Preußen in Aussicht genommen, wartete aber den Augenblick ab, der erst nach siegreicher Auseinandersetzung mit Österreich eintreten konnte. Der Nationalverein geriet zunehmend in Verwirrung, sogar in seinen Gliederungen in Schleswig-Holstein selbst war Zwietracht. Bennigsen klagte: „Im Norden nimmt die Bismarcksche Richtung, d. i. die Anbetung der militärischen Macht und diplomatischen Erfolge, in erschreckender (!) Weise zu." — Einem Besucher erklärte Bismarck in jener Zeit: die Herren vom Nationalverein seien, wenn man sie einzeln sehe, immer vernünftig; aber es sei nichts mit ihnen zu reden, wenn sie zu mehreren wären. 1865, als das große Drama sich seinem letzten Akt näherte, nahm Bismarck selbst in einer halbamtlichen Presseauslassung folgendermaßen Stellung:

„Die Ziele des Nationalvereins sind niemals die Ziele Preußens gewesen: die Führung Deutschlands, wie sie der Nationalverein versteht, hat Preußen jederzeit von sich abgewiesen, weil dabei der Untergang Preußens die Voraussetzung ist. Der Nationalverein will allerdings einen deutschen Bundesstaat mit Preußen an der Spitze, aber nur auf der Grundlage einer rein demokratischen deutschen Reichsverfassung. Wenn Preußen auf diese Bedingungen hin die sogenannte Führung Deutschlands übernehmen wollte, so müßte es zuvörderst die Grundlagen seiner bisherigen Machtstellung, vor allem sein kräftiges Königtum und alle die Einrichtungen, auf welchen die

glorreiche Entwicklung unseres Landes beruht, unter den Willen eines deutschen Reichsparlaments beugen: Preußen müßte aufhören, Preußen zu sein." Hier spricht schon der Sieger!

Die Geschichte jener Jahre zu schildern, ist nicht die Aufgabe dieser Schrift, die Gegenüberstellung des Nationalvereins aber, seiner Führer und seiner Politik und auf der anderen Seite Bismarcks mit der seinigen — ist nicht allein von hohem Reiz, sondern auch sehr lehrreich, politisch, geschichtlich und für das deutsche Wesen jener Zeit. Bismarck bekämpfte und besiegte den preußischen Liberalismus und die preußische Demokratie in den Konfliktjahren. Dieser Kampf war aber nicht der eines Konservativen, es war auch nicht der Kampf eines fanatisch begeisterten Royalisten, sondern der eines Mannes, der kraftvoll zentralisierte deutsche Einheit wollte. Dieser Mann wußte, daß es ein Kampf der Macht war, der nur durch Blut und Eisen zu seinem Ziel, der deutschen Einheit, geführt werden konnte. Preußen allein konnte diese Macht entwickeln, also mußte Preußen der eiserne Kern werden, um den sich das Reich schließen sollte. Und dazu mußte die preußische Königsmacht durch Heeresmacht und eine starke Politik zur unbestrittenen, unbestreitbaren Vormacht in Deutschland gemacht werden. Nur über Königgrätz war dies möglich.

Bismarck hatte weder Respekt vor der Demokratie und dem Liberalismus noch vor der konservativen Dogmatik, noch vor der Heiligkeit des monarchischen Legitimismus. Er verwarf oder benutzte sie alle, je nachdem sie ihm auf seinem Wege zum Deutschen Reich als förderliche Mittel, als Hindernisse oder als Gegner erschienen.

Der nationale Einigungsgedanke, der Reichsgedanke, zu dem sich sekundär der Kaisergedanke gesellte, war liberal — im damals besten Sinne dieses Begriffs —, die Macht des Liberalismus aber mußte besiegt werden, damit das Ziel erreicht wurde, welches auch sein eigenes war, durch den „grundsatzlosen" Bismarck, während der Liberalismus und auch alle anderen Parteien mit den erhabensten Grundsätzen vollgestopft waren.

Trotzdem blieb eines übrig und nicht das am wenigsten Wichtige: der Deutsche Nationalverein war trotz alledem der freilich recht unvollkommene, und oft irregehende Ausdruck der deutschen Sehnsucht nach dem einigen Deutschen Reich von Anfang gewesen und blieb es auch noch einige Zeit, nachdem das Reich geworden war, in dem Wunsch nach Verwirklichung auf Dauer. Bismarck brauchte die Nationalliberalen und wollte sie brauchen, weil sie den Reichsgedanken von vornherein in sich getragen hatten, auch dann, wenn sie — nach der richtigen Überzeugung des Reichsgründers — von den richtigen Wegen und Mitteln sich entfernt hatten und ihn später bei seiner großen wirtschaftspolitischen Kursänderung im Stich ließen.

VIERTER ABSCHNITT

Das Bismarck-Reich

Von der Reichsverfassung, den Bundesfürsten und Bundesstaaten

Die Nummer des „Kladderadatsch" vom 16. Dezember 1866 zeigt das folgende Bild: Bismarck hat sich vor den Siegeswagen gespannt, der nach Königgrätz führt, und zieht ihn allein mit übermenschlicher Kraft vorwärts. In das Seil haben sich die Konservativen eingehängt, um den Wagen zum Stehen zu bringen. Bismarck aber reißt sie alle mit dem Wagen zur Höhe. Das Bild ist eine Ironisierung der Worte des Innenministers Grafen von Eulenburg: „... und in diesem Sinne sind auch wir mit dem Grafen Bismarck einig und haben mit ihm denselben Strang gezogen!"

Das Bild sollte bedeuten, daß Bismarck in seinem Kampf um seine Innen- und Außenpolitik nicht einmal die Minister seines Kabinetts als aktive Helfer gehabt, sondern sie durch seine eigene ungeheure Kraft einfach mit sich gerissen habe. Es waren aber nicht allein seine Mitminister, sondern es waren: die Konservative Partei; es waren die: Liberalen — bis sie endlich Bismarcks Weg, kurz vor dem großen Erfolge, begriffen hatten. Es waren auch jene Elemente, die kurz nach Königgrätz und Nikolsburg sich zum „Zentrum" zusammengefunden hatten. Es waren die deutschen Fürsten ebenfalls gewesen, von denen denn auch mit 1866 Hannover, Schleswig-Holstein, Kurhessrn, Nassau ihrer politischen Kurzsichtigkeit, ihrem Willen gegen das Reich zum Opfer fielen.

Königgrätz und Nikolsburg, im Anschluß daran die Bildung des Norddeutschen Bundes, die Einführung des allgemeinen Stimmrechts, ließen niemanden im Zweifel, daß Bismarcks alleiniges Ziel die Einigung war. Daß es ihm dann gelang, und zwar in wenigen Jahren, mit den süddeutschen Staaten in solche Beziehungen zu kommen und solche Geheimverträge zu schließen, daß sie sich 1870 ohne weiteres unter die Führung König Wilhelms und Bismarcks für den Krieg stellten, zeigte nicht allein wieder Bismarcks diplomatische Meisterschaft, sondern auch eine politische Einsicht auf seiten der süddeutschen Staaten, die damals überraschen mußte. Freilich war es auch die Furcht vor Frankreich in Gestalt Napoleons des Dritten; der abergläubischen Scheu vor diesem Manne hat erst Königgrätz den ersten Stoß gegeben. Als es dann: Rache für Sadowa hieß, wuchs von Jahr zu Jahr die

süddeutsche Besorgnis vor französischem Angriff, und bis 1870 hatte man begriffen, daß nur Preußen bzw. der Norddeutsche Bund den Süden schützen könne.

Das Reich war nun da, die Reichsverfassung war da, legal in Kraft gesetzt. Ein ungeheurer deutscher Erfolg nach außen und im Innern war unter genialer politischer und militärischer Führung errungen worden. Anstatt der früheren Sehnsucht nach dem Reich hatten sich nunmehr ein bisher ungekanntes deutsches Selbstgefühl bei einem großen, vielleicht beim größten Teil der Deutschen eingestellt und ein patriotischer Schwung, wie er noch nicht dagewesen war, verbunden freilich mit einem gewaltigen und hochtönenden, überheblichen Phrasenschwall, der bald zu einem Übel wurde, als allzu viele Deutsche so sprachen, als ob jeder von ihnen den Krieg gewonnen hätte.

Bismarck sah zugleich mit dem Kriegsende eine riesenhafte Aufgabe und Arbeit vor sich, mit seinem nüchternen Auge und Urteil, das nie durch einen noch so glänzenden Erfolg geblendet oder getrübt werden konnte. Oder hatte er sich doch einer Illusion hingegeben ? — wir meinen: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. — Es wurde wiederholt darüber gesprochen, auch eigene Worte Bismarcks angeführt. Und es muß immer wieder davon gesprochen werden, denn als Problem, als Übel und als Gefahr, geht dieses Wahlrecht mit seinen Wirkungen durch die folgenden Jahrzehnte hindurch.

Als Bismarck diese „damals stärkste der freiheitlichen Künste" in die Öffentlichkeit warf, wollte er, ebenfalls nach seinen Worten, das Ausland hindern, „seine Finger in unsere nationale Omelette zu stecken". Er wollte ferner diese nationaldeutsche alte Forderung, die schon 1848 in Frankfurt erhoben war, verwirklichen, zugleich dem Liberalismus zeigend, daß er nicht der beschränkte Reaktionär war, nicht der Mann des Großpreußentums, sondern der Mann des Reichs. Taktisch kam dazu, daß Österreich unter keinen Umständen das allgemeine Wahlrecht annehmen konnte.

Aber außer allen diesen Gründen und Zwecken und abgesehen auch davon, daß Bismarck, wenn er ein Ziel im Auge hatte, alles in dessen Dienst zu stellen versuchte, was nur irgend möglich war, hier für das Ziel: Reich — so scheint doch, daß Bismarck ein gewisses Vertrauen darauf gehabt hat, das allgemeine Wahlrecht werde sich als hervorragend wirksames Mittel bewähren dafür, daß das 1870/71 durch Zusammenfassung der Einzelstaaten entstandene Gebilde zu einem wirklichen Reich, von nationalem Reichsgeist durchdrungen, werden würde.

Seine „Gedanken und Erinnerungen" und auch Äußerungen gegenüber Einzelpersonen zeigen eine steigende Erbitterung, um nicht zu sagen Bitterkeit gegenüber den späteren Wirkungen des allgemeinen und direkten

Wahlrechts. Er hat es schließlich sogar als seinen größten Fehler bezeichnet und noch zuletzt sich anheischig gemacht, es wieder zu beseitigen.

Es ist schwer und hat den Anschein der Anmaßlichkeit, dem Schöpfer des Reichs hier einen Fehler vorzuwerfen, zumal er selbst die Einführung dieses Wahlrechts als eine Maßnahme, die notwendig war, um den großen Kampf der sechziger Jahre gewinnen zu können, bezeichnet hat. Vielleicht war die erste Periode des allgemeinen und gleichen Wahlrechts eine Notwendigkeit, vielleicht ist eine Gelegenheit versäumt worden, es nach einer nicht langen Reihe von Jahren abzuschaffen, vielleicht hielt Bismarck die Widerstände dagegen für zu groß, solange nicht, wie nachher durch die Sozialdemokratie und die Attentate der achtziger Jahre, eine Möglichkeit entstanden war? Wir erwähnen dies, um eine allzu schnell fertige Feststellung eines „Fehlers" bei dem größten Staatsmann seines Jahrhunderts zu erschweren.

*

Wie war es mit den Fürsten im neuen Reiche?

Der Eingang der Verfassung des Deutschen Reiches lautete: „Seine Majestät der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen für die südlich vom Main gelegenen Teile des Großherzogtums Hessen schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volks. Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen.

Das Präsidium des Bundes steht dem König von Preußen zu, der den Namen Deutscher Kaiser führt." (Im ersten Abschnitt dieser Schrift haben wir gesehen, wie heftigen Widerstand König Wilhelm von Preußen gegen Annahme dieses Titels leistete, der ihm leer schien.)

Die Fürsten der Bundesstaaten behielten ebenso wie ihre Staaten ihre Souveränität, denn es war ja ein Bund, dieses Deutsche Reich. Aber die Souveränität war bis zu einem gewissen Grade nominell:

„Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt."

Der Bundesrat hatte aus Vertretern der Mitglieder des Bundes zu bestehen. Jeder Staat besaß eine bestimmte Stimmenzahl für die Abstim-

mungen bei den Sitzungen. Preußen besaß so viele, daß sein Übergewicht gesichert war. Der Reichskanzler war zugleich der Vorsitzende des Bundesrats.

Beiläufig kann bemerkt werden, daß gerade der Bundesrat sich immer in hohem Grade bewährt hat als Bindemittel für die Einheit des Reiches und für die Verständigung der Bundesstaaten untereinander mit dem Reich.

Man sieht, daß die Bundesstaaten die wichtigsten und die schwerstwiegenden ihrer Souveränitätsrechte an das Reich, an den Deutschen Kaiser, der König von Preußen war, haben abgeben müssen. Die Fürsten hatten alle begriffen, daß dies eine Notwendigkeit sei, um der einheitlichen Reichsführung willen; aber der Verzicht war ein großer und entscheidender, ein Opfer eben für das Reich und nicht das einzige. Um einige weitere aufzuzählen: dem Reich unterlagen die Zoll- und Handelsgesetzgebung, die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems, die Finanzgesetzgebung, die Schiffahrt, das Post- und Telegraphenwesen, die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Rechts; das Militärwesen des Reichs, die Kriegsmarine usw.

*

Die Fürsten der Bundesstaaten und ihre Regierungen hatten im Winter 1870/71 in den Verhandlungen mit Bismarck zu Versailles bald die Notwendigkeit ihrer Verzichte begriffen und ihnen zugestimmt. Ja wir sahen, daß sie ursprünglich geglaubt hatten, man werde sie zu mehr und größeren Verzichten zwingen. Bismarck tat dies nicht. Er gab dem Kronprinzen zu, daß er von den Bundesstaaten viel mehr hätte erreichen können. Es sei ihm aber darum zu tun gewesen, daß sie nicht einem Zwange wichen, denn ihm sei darum zu tun gewesen, daß sie sich in dem künftigen Bunde wohlfühlen sollten.

Dieses weise staatsmännische Verfahren hat in den dann folgenden beiden Jahrzehnten reiche Früchte getragen. Bismarck war den Bundesstaaten der Garant dafür, daß die ihnen verbliebenen Rechte unverbrüchlich gesichert blieben, daß das föderative Verhältnis unter allen Umständen beibehalten und geachtet werde. Die Furcht der Bundesstaaten war, daß eines Tages das übermächtige Preußen die bundesfürstlichen Rechte noch mehr mindern, ja die Bundesfürsten mit ihren Verfassungen verschwinden lassen und damit den gefürchteten „Unitarismus", also ein Deutsches Reich ohne Bundesfürsten, unter rein preußischer Führung herstellen werde.

Bismarck hat, in voller Übereinstimmung mit dem alten Kaiser, diesen Punkt mit besonderer Sorgfalt beachtet und äußerste Schonung bundesstaatlicher und bundesfürstlicher Empfindlichkeiten walten lassen. In seinem Herzen wird er kaum großen Respekt für diese Dinge empfunden

haben, aber die Gefühle der Fürsten und der Bevölkerungen — man denke an den Haß in Bayern, in Sachsen usw. gegen alles, was preußisch war, man denke auch an die konfessionell-politischen Treibereien, die mit dem Partikularismus und mit Lügen über Religionsverfolgungen arbeiteten —, das waren schwerwiegende politische Realitäten.

Die Befürchtungen der Bundesstaaten, auch der süddeutschen, verschwanden während der weiteren Regierungszeit Bismarcks vollkommen. Diese bewies ihnen fortlaufend ohne Ausnahme, daß Kanzler und Kaiser der übernommenen Pflicht mit größter Gewissenhaftigkeit treu blieben, daß das Verhältnis ein bundesmäßiges zu sein und zu bleiben habe. Bismarck hat später gesagt: der preußische Partikularismus habe ihm am meisten zu schaffen gemacht, sei ihm auch am schmerzlichsten gewesen.

Der Kanzler selbst war längst über die politische Frage des preußischen Geistes und Ehrgeizes jener Zeit hinausgewachsen, aber seine preußischen Standesgenossen konnten und wollten ihm zum größten Teil nicht folgen. Sie hatten auch nicht die Absicht, wie Wilhelm I. es zu Versailles und später noch mehr über sich gewann, die Größe des Reichsgedankens und die in ihr liegende Verpflichtung für jeden der deutschen Stämme, auch für Preußen, ja vor allem für Preußen, anzuerkennen. Natürlich ist nicht die Rede davon, daß das ganze preußische Volk gegen das Reich gewesen wäre. Die herrschende und mächtige grundbesitzende Kaste aber hielt allerdings das Reich für ein demokratisches Flickwerk, zu dem zu gehören Preußen eigentlich unwürdig sei, und der das alte Preußen zermürbe.

Eine sehr bezeichnende Äußerung des damaligen Reichskanzlers, des alten Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe, sogar noch aus dem Jahre 1898 liegt vor:

„Wenn ich so unter den preußischen Exzellenzen sitze, so wird mir der Gegensatz zwischen Norddeutschland und Süddeutschland recht klar. Der süddeutsche Liberalismus kommt gegen die Junker nicht auf. Sie sind zu zahlreich, zu mächtig und haben das Königtum und die Armee auf ihrer Seite. Auch das Zentrum geht mit ihnen. Alles, was ich in diesen vier Jahren erlebt habe, erklärt sich aus diesem Gegensatz. Die Deutschen haben recht, wenn sie meine Anwesenheit in Berlin als eine Garantie der Einheit ansehen. Wie ich von 1866 bis 1870 für die Vereinigung von Süd und Nord gewirkt habe, so muß ich hier danach streben, Preußen beim Reich zu erhalten. Denn alle diese Herren pfeifen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben."

Hohenlohe hatte sich große Verdienste in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in Bayern um die Einigung erworben und schon lange vorher in hohen

Stellungen an dem Einheitsgedanken gearbeitet. Dieser süddeutsche Fürst ist, auch als er noch viel jünger war, ein Staatsmann gewesen, der über den Dingen stand und von einem Anti-Preußentum oder irgendwelchen Ressentiments weit entfernt war. Als Reichskanzler aber erblickte er in der von ihm gezeichneten Art des Preußentums eine Gefahr für das Reich.

Dazu kamen die stimmungsmäßigen Gegensätze und Abneigungen der Bevölkerungen der Südstaaten gegen „das Preußische" und umgekehrt die preußische Geringschätzung gegenüber dem Süden; dann vor allem eben der Liberalismus. Süddeutsche und norddeutsche Soldaten zwar hatten zusammen den Krieg geführt und gesiegt, man hatte in Berlin nicht mit Anerkennung der süddeutschen Leistung gekargt, aber das Verschwinden der alten Gegensätze in den Stammesverschiedenheiten und den politischen Anschauungen konnte nur im Laufe der Zeit möglich werden und unter der Führung einer stetigen, dabei verständnisvollen und sanften Hand.

Ein Wachsen des Partikularismus bedeutete für den Reichsgedanken: Gefahr.

Aus den siebziger und den achtziger Jahren stammen viele Klagen, Beschwerden und Angriffe gegen Bismarck mit dem Leitmotiv: dieses Deutsche Reich von 1871 sei ja gar kein Reich, sondern ein ungleichartiges, unorganisches Gebilde. Lagarde, Nietzsche und viele andere haben so gedacht. Ein weniger bekannter, aber tiefer und edler Denker, der Friese B. Bleicken, schrieb: „Wer Augen hat zu sehen, sieht deutlich, wohin die Tendenz der geschichtlichen Ereignisse geht. Sie geht dahin, die deutschen Staaten zu entstaatlichen — aus solchen, die wirklich Staaten waren, und auch aus solchen, die es nur dem Namen nach waren —, wieder Teile des Reiches: Reichslande zu gestalten, die das, was sie heißen, auch wirklich sind, und die als solche, die größten wie die kleinsten, nicht nur eine formell staatsrechtliche, sondern eine wirklich politisch-historische Bedeutung wieder erlangen können und werden."

Das Geschehen hat eine andere Antwort gegeben, eine Antwort, die auch Bismarck nicht geahnt hat und nicht ahnen konnte. Andererseits wird der Rückschauende zugestehen müssen, daß jene Dränger zu einem wirklichen Reiche damit zwar ein Zeugnis ihres deutschen Willens zum Reiche gegeben haben, aber nicht imstande gewesen sind, die damals tatsächlich vorhandene Lage in Deutschland politisch, wirtschaftlich und nicht zum wenigsten auch psychologisch richtig zu beurteilen. Hier galt das später von Bismarck gebrauchte Wort: die Früchte würden nicht schneller reif, wenn man die Lampe darunter halte.

*

Die erste Sorge war und mußte für den Schöpfer des Reiches sein, es nach außen zu festigen. Wohl lag Frankreich noch danieder, erholte sich jedoch mit einer kaum vermuteten Schnelligkeit. Für die Wehrkraft mußte gleich das Notwendige getan werden, denn Großbritannien und Rußland waren von wachsendem Unbehagen angesichts der plötzlichen gewaltigen Stellung des neuen Deutschlands in Europa erfüllt.

Die neue Reichsverfassung mußte sofort durchgeführt werden: in der Verwaltung, besonders schleunigst auch in der Vereinheitlichung des Wehrwesens, des Verkehrswesens usw. usw. — Es war, wie ein Bild des „Kladderadatsch" vom Jahre 1867 die Herstellung des Norddeutschen Bundes darstellte: aus den Einzelstaaten werden Staaten zu Einzelheiten eines großen Fasses verarbeitet, Bismarck und seine Minister treiben die eisernen Reifen mit dem Hammer auf, die den erst lose und unfertig geformten Faßkörper schließen und ihm unlösbare Festigkeit geben. Die eisernen Reifen bestehen im gemeinsamen Wehrgesetz, im Strafgesetzbuch u. a. m.

Bei diesem Übergang kam auf die Gutwilligkeit der Fürsten und der leitenden Behörden der Bundesstaaten sehr viel an. Wir lachen heute über die Kleinstaaterei und ihre Elendigkeiten, über den kleinen Souveränitätsstolz der Fürsten und ihrer Umgebung, über die Bevölkerungen der einzelnen Staaten, von denen sich jede als etwas Besonders dünkte, und über ihre gegenseitigen Abneigungen. Das waren alles Dinge, die Jahrhunderte hindurch bestanden hatten. Der äußere Zusammenschluß zum Reich war durch den großen Staatsmann und seine Kriege erzielt worden, die Einzelstaaten mit ihren Fürsten mußten Opfer bringen und taten es. Der innere Zusammenschluß aber erforderte Geduld, und deshalb mußte alles vermieden werden, was ihn erschweren konnte.

Bismarck hat in dem Staatenbund, genannt Reich, freilich keineswegs eine ideale Formgestaltung erblickt. Er hat vielmehr nach den Möglichkeiten, die seinem staatsmännischen Augenmaß sich boten, die erste Formung vollzogen und mit aller Sorgfalt vermieden, irgendwo zu zerstören, was dem Reiche nicht schädlich und dabei lebenskräftig war. Die Dynastien waren damals noch lebenskräftig und mit ihren Bevölkerungen durchweg auch innerlich noch verbunden. Sie waren noch immer Faktoren der Stabilität auch des neuen Zustandes. Welche Faktoren gleicher Art waren sonst noch vorhanden?

Eines solchen wurde bereits gedacht: das war die immer gewaltiger werdende wirtschaftliche Entwicklung durch die neuen Verkehrsmittel: die Eisenbahn, die Industrie, den Telegraphen. Kurz, die gesamte Wirtschaft verlangte immer gebieterischer die große deutsche Einheit. Auch die meisten

Fürsten hatten nicht nur für die Kraft, sondern auch für die Gesundheit dieses Drängens wachsendes Verständnis. Es war auch die Zeit des stürmisch zur Herrschaft strebenden Kapitalismus. Die Führung des Kapitalismus lag in jüdischen Händen, schon seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts. Ein Streiflicht wirft die Tatsache, daß zu Beginn der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts fünf Sechstel der Banken in Preußen jüdisch waren. Da Juden und Deutsche nur nach der „Konfession" unterschieden wurden, wird auch das letzte Sechstel zum größten Teil aus getauften Juden bestanden haben.

Die Parteien

Ein langjähriger juristischer Berater Bismarcks seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, Justizrat von Wilmowski, spricht sich in seinen Erinnerungen folgendermaßen aus:

„Er ist vor allem nicht Zentralist oder Unitarier. Deutschland soll nicht in Preußen aufgehen, und Preußen soll nicht, alle anderen Staaten mediatisierend, die Alleinherrschaft in Deutschland führen. Preußen soll aber auch nicht in Deutschland aufgehen und soll nicht seine Kräfte zugunsten einer abstrakten gesamtdeutschen Individualität aufgeben." — Wie alles bei Bismarck, entsprang auch diese Haltung rein realpolitischen Überlegungen. Diese waren für seine Zeit richtig.

Im Innern von Deutschland solle der Partikularismus nicht zu Hemmstricken für die Entwicklung von Handel und Verkehr werden; im übrigen könne man den einzelnen Stämmen überlassen, ob sie ihre Existenz im einzelnen so oder so einrichten wollten; wenn Organe zu einer gemeinsamen Gesetzgebung geschaffen seien, so werde das Bedürfnis von selbst die richtige Grenze finden. Von der unnützerweise viel beredeten Frage: zu welcher Partei Bismarck eigentlich gehört habe, sagt Wilmowski:

Bismarck sei niemals Systematiker und Theoretiker gewesen und habe kein Gewicht darauf gelegt, „ob eine Maßregel für ein politisches System konsequent war, sondern ob sie für den beabsichtigten Zweck taugte. Er war überwiegend Praktiker."

Diese Charakteristik ist durch Bismarcks ganze Regierungszeit und durch seine „Gedanken und Erinnerungen" ausnahmslos bestätigt worden. Daraus ergibt sich auch folgerichtig, daß keine der Parteien hätte sagen können, sie sei „die seinige", abgesehen höchstens von der Reichspartei, die eben sagte: Was Bismarck will und tut, ist immer das am meisten Richtige, folglich unterstützen wir ihn! Die Parteien waren für Bismarck nur Mittel zum Zweck, und machte er der einen oder der anderen Konzessionen, die ihm selbst nicht genehm waren, so bildeten diese für ihn das kleinere Übel. In

diesem Sinne hat er auch gesagt und geschrieben, es gäbe Zeiten, zu denen konservativ regiert werden müsse, und andere, wo liberal regiert werden müsse. Spätere Jahre haben Bismarck sogar gezwungen, sich, um eine parlamentarische Mehrheit zu erzielen, des Zentrums zu bedienen.

Bismarck wollte das Reich schon lange, aber nicht eher, als die realen Grundlagen dafür vorhanden seien. Diese schuf er selber, seitdem er preußischer Ministerpräsident geworden war. Seine konservativen Parteigenossen wollten das Reich überhaupt nicht. Das ist der grundlegende Gegensatz, der sich, wenn schon in verschiedenen Formen, durch die Regierungszeit Bismarcks hindurchzieht. Der preußische Konservativismus wollte das Reich 1862 ebensowenig wie 1866 und 1870. Sein innerpolitisches Ziel nach 1849 war die Wiederherstellung des vorrevolutionären Preußens, also in möglichst weitgehendem Grade der durch Metternich so lange aufrechterhaltene Zustand. Damals war Bismarck schon weit über den konservativen Horizont hinausgewachsen, übrigens auch König Wilhelm, wie sich gleich nach seiner Thronbesteigung zeigte. Im Jahre 1861 schrieb Bismarck den bemerkenswerten Satz: „Wir Konservativen möchten eine Volksvertretung nicht mehr entbehren und könnten diese geltende Institution nicht revolutionär nennen." Seiner Partei dagegen erschien eine Volksvertretung als grundsätzlich verwerflich, nicht zu reden vom allgemeinen Wahlrecht, über welches das konservative Preußen in äußerster Empörung war.

Während der entscheidenden Spannung 1865/66 mit Österreich zeigten die Konservativen völliges Unverständnis und heftigsten Widerwillen gegen Bismarcks Politik; gegen ihn und an den König wendeten sich hervorragende konservative Mitglieder mit größter Heftigkeit. In ihrem Herzen lebte noch immer das Ideal eines Zusammenregierens von Hohenzollern und Habsburg und zugleich der alte Respekt gegenüber der kaiserlichen Würde des Habsburger Hauses, wie bei Friedrich Wilhelm IV. — Dem preußischen Konservativismus war eine Außenpolitik Preußens ohne Anlehnung an Österreich oder gar im Gegensatz zum Hause Habsburg eine Unmöglichkeit.

So konnte die Konservative Partei Preußens dem Kanzler freiwillige Hilfe für den Auf- und Ausbau des Deutschen Reiches nicht bedeuten. Sie machte mit, weil sie mußte. Ihr taktisch-politisches Verständnis, dazu ihr echter preußischer Patriotismus machten den Konservativen schließlich selbstverständlich, Bismarck da zu stützen, worauf es diesem ankam, auf: Verteidigung der monarchischen Autorität, im Reich wie in Preußen. Der grundsätzliche Gegensatz jedoch blieb, und weder die eine Seite noch die andere ist ohne Haß und Bitterkeit geblieben. Der deutsche Einheitsgedanke und der „Glanz der Kaiserkrone" — die in Friedrich Wilhelm IV. romantisch lebendig waren und im Sohne Wilhelms des Ersten, dem späteren Kaiser

Friedrich III. — waren dem preußischen Konservativismus widerwärtige Gedanken. Sie erschienen ihm auch als Gefahr für den preußischen Staat und die Welt des Preußentums. Bismarck wolle Preußen zugrunde richten, den preußischen Geist liberal verwässern, waren keine der geringsten Vorwürfe, die man dem Schöpfer des Reiches machte.

In einem vorigen Abschnitt wurde gezeigt, wie die nationaldeutsche Bewegung weit weniger im Zeichen der Sehnsucht nach Wiederherstellung des Kaisertums ging, als auf Einung und Einheit, die außerdem auch auf wirtschaftlicher Entwicklung und Notwendigkeit beruhten. Diese hatte freilich keineswegs die rein idealistische Glut für deutsche Einheit verdrängt. Sie war und blieb echt, wie sie seit den Anfängen des Jahrhunderts gewesen war, aber sie war eine Einheitsbegeisterung, eine Reichsbegeisterung, aber keine Kaiserbegeisterung. Ebensowenig lebte eine solche Begeisterung in Bismarck. Sein Hauptargument gegen den Widerstand König Wilhelms des Ersten war: Bundespräsidium habe nicht die Schwungkraft wie der Kaisertitel, und: die Könige unter den deutschen Fürsten könnten sich nur dem Kaiser unterordnen, nicht dem König von Preußen. Jene Schwungkraft galt in noch weit höherem Grade im Volk der in drei siegreichen Kriegen machtvoll zum Ausdruck gebrachten deutschen Einheit, auch der ehrwürdigen Persönlichkeit des ersten Deutschen Kaisers; sie galt aber nicht dem deutschen Kaiserthrone an sich. Die Konservativen aber mußten sich veranlaßt sehen, zum Deutschen Kaiser zu halten, weil dieser ihr König von Preußen war.

Vergleicht man die Forderungen der Nationalversammlung von 1846/49 mit Bismarcks Reichsverfassung, so ergibt sich, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, eine starke Ähnlichkeit zwischen beiden: dem ersehnten Reich sollten gehören die Verkehrsmittel, von der Eisenbahn bis zur Flußschiffahrt, ferner die Zollpolitik, Produktions- und Verbrauchssteuern, Münzwesen, Bankwesen, Festlegung einheitlichen Handelsrechtes und Wechselrechtes, die Reichsgerichtsbarkeit und bürgerliche Gesetzgebung, die höchst wichtige und tief einschneidende Freizügigkeit und so weiter.

Genau wie in der Bismarckschen Verfassung sollte in die Hände des Reiches die Entscheidung über Krieg und Frieden und das gesamte Wehrwesen zu Lande und zu Wasser gelegt werden, ferner die auswärtige Politik, einschließlich des diplomatischen Verkehrs. In allen diesen entscheidend wichtigen Punkten und Angelegenheiten stand also die Reichsverfassung von 1870/71 auf dem Boden jener liberalen Forderungen, die ihrerseits wieder im Zeichen der Entwicklung des Verkehrs (nicht zum wenigsten auch des Geldverkehrs) sich befanden. In den zwanzig Jahren zwischen 1848/49 und 1868/69, der Gestaltung des Norddeutschen Bundes als unmittelbarem

Vorläufer des Reiches, hatten sich die wirtschaftlichen Notwendigkeiten progressiv weiterentwickelt. Sie waren nicht nur dadurch dringender geworden, sondern vor allem durch die Notwendigkeit, dem Reiche als solchen, also abgesehen von den Einzelstaaten, Einkünfte zu schaffen.

Im neuen Reich konnte Bismarck sich zunächst nur auf diejenigen Parteien stützen, die seine Reichspolitik uneingeschränkt mitzumachen gewillt waren: die Nationalliberale Partei und die Reichspartei. Als Reichstagspräsident wurde gewählt derselbe Eduard Simson, der der Frankfurter Nationalversammlung präsidiert und Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone angeboten hatte; Simson war Jude.

Diesen beiden Parteien gegenüber- beziehungsweise entgegenstanden die Konservativen und das Zentrum. Dieses war verstärkt durch die katholischen Polen und die Elsässer. Dann kam die Linke: die „Fortschritts"partei und die Sozialdemokratie. Setzt man den Begriff des Reichs während jener Zeit gleich mit Bismarck, so ergibt sich — wie auch Bismarck sie klassifizierte — daß als reichsfeindliche Parteien anzusehen waren: das Zentrum, die Fortschrittsdemokraten, Polen, Elsässer und Sozialdemokraten. Die Konservativen waren in jener Periode in erster Linie Bismarck-Feinde, denn wie wir sahen, konnten sie nicht gegen den Deutschen Kaiser, der König von Preußen war, opponieren. Der Konflikt mit ihnen kam bereits 1868 im Reichstag des Norddeutschen Bundes zum Ausbruch. Bismarck versuchte, die konservative Fraktion zu gewinnen:

„Es ist eine konstitutionelle Regierung nicht möglich, wenn die Regierung nicht auf eine der größeren Parteien mit voller Sicherheit zählen kann — auch in solchen Einzelheiten, die der Partei vielleicht nicht durchweg gefallen —, wenn nicht diese Partei das Fazit ihrer Rechnung dahin zieht: Wir gehen im großen und ganzen mit der Regierung, wir finden zwar, daß sie ab und zu eine Torheit begeht, aber doch bisher weniger Torheiten brachte als annehmbare Maßregeln; um deswillen wollen wir ihr die Einzelheiten zugute halten."

Die Mehrheit der konservativen Fraktion aber war anderer Ansicht, und nach 1870 verschärfte sich die Stimmung zwischen der Fraktion und dem Kanzler. Als 1872 die preußischen Konservativen gegen ein Schulaufsichtsgesetz gestimmt hatten, mußte Bismarck die Konsequenz ziehen und, um eine Mehrheit für die für notwendig gehaltenen Gesetze zu erlangen, sich an die Liberalen anlehnen: „Ich hielt die damalige Zeit bei den Gefahren, die unsere Kriege geschaffen hatten, die Unterschiede der Parteidoktrinen für untergeordnet im Vergleich mit der Notwendigkeit der politischen Deckung nach außen durch möglichst geschlossene Einheit der Nation in sich. Als

erste Bedingung galt mir die Unabhängigkeit Deutschlands auf Grund einer zum Selbstschutz hinreichenden starken Einheit ... In dieser Auffassung kam es mir auf die Frage, ob liberal, ob konservativ — in der damaligen Koalitionsgefahr so wenig an wie heute, sondern auf die freie Selbstbestimmung der Nation und ihrer Fürsten."

Das konservative Hauptorgan, die „Neue Preußische Kreuzzeitung", hingegen erklärte dem Reichsschöpfer den Krieg, weil er Parlamentsherrschaft und Atheismus proklamiert habe. Mit dem Atheismus war in erster Linie die Einführung der Zivilehe gemeint, die Einschränkung der geistlichen Schulaufsicht und anderes mehr. Selbst der alte Feldmarschall von Roon, der streng konservativ gesinnt war, schrieb an seinen Sohn: „Die Partei muß endlich begreifen, daß ihre heutigen Auffassungen und Aufgaben wesentlich andere sein müssen als zu den Zeiten des Konflikts; sie muß eine Partei des konservativen Fortschritts sein und werden und die Rolle des Hemmschuhs aufgeben." — Die Mahnung verhallte wirkungslos, und Bismarck kennzeichnete die Partei richtig: sie habe mehr preußisches als deutsches Nationalgefühl. Daneben spielten persönliche Eifersüchteleien bis zum Haß eine wesentliche Rolle in dieser Partei.

Ebensowenig machte Bismarck sich Illusionen über die anderen Parteien: „Es schien, als ob im nationalliberalen Lager eine gewisse Genugtuung darüber herrschte, daß die Konservative Partei mich angriff, und als ob man bemüht wäre, den Bruch zu erweitern und bei mir den Stachel tiefer einzudrücken. Liberale und Konservative waren darüber einig, je nach dem Fraktionsinteresse, mich zu verbrauchen, fallen zu lassen und anzugreifen."

So sehen wir schon unmittelbar nach Entstehung des Reiches den Parlamentsjammer, der einige Jahrzehnte später zur Katastrophe und zum Verhängnis werden sollte. Die großen Ereignisse des sechziger Jahrzehnts, die ruhmreichen und siegreichen Kriege und schließlich die Reichsschöpfung selbst, das alles vermochte nicht, die Kleinlichkeit und den Hader der Fraktionen in den Parlamenten auch zu beeinflussen. Daß der große Mann alles bekämpfte, was sich seiner Reichspolitik entgegenstellte, sich allen Partei- und Fraktionsführern weit überlegen zeigte, erbitterte noch mehr. Dazu kam in großen, besonders außenpolitischen Fragen ein erstaunlicher Mangel an Verständnis und an politischem Blick, die unbesiegliche Neigung zu Phrasen und zu „Ideologien", die keine waren, zu Verkennung der Kernfragen der Zukunft und, besonders in den ersten Jahrzehnten, das Unverständnis für die Notwendigkeit, mit allen nur möglichen Mitteln das Reich nach außen zu festigen, unabhängig und wehrhaft zu erhalten. Vielfach herrschte anstatt dessen der bequeme geringschätzige Glaube: nach außen könne jetzt überhaupt nichts mehr schief gehen.

Das Zentrum

Als die Schlacht von Königgrätz geschlagen war, soll man im Vatikan gerufen haben: „Die Welt geht unter!" Von dem Standpunkt der römischen Kirche und des Jesuitenordens gesehen, war der Ausruf begreiflich. Das Habsburger Reich galt mit Recht als Hort des Katholizismus mit seiner apostolischen Majestät, dem Kaiser von Österreich. Das preußische Herrscherhaus Hohenzollern mit beinahe dem ganzen Norddeutschland war der Hort des Protestantismus, also des Todfeindes. Die katholische Geistlichkeit, die Jesuiten an der Spitze, sahen mit Königgrätz und Nikolsburg die deutsche Einigung kommen und entfalteten gegen sie eine ebenso fanatische wie geschickte Propaganda in den süddeutschen katholischen Staaten, in den katholischen Teilen Preußens, am Rhein, in Westfalen, Westpreußen, Oberschlesien und Posen. Das Schlagwort war: die katholische Religion sei nun in Gefahr, das so mächtig gewordene Preußen werde danach trachten, den Katholizismus in Deutschland auszurotten, den Katholiken ihre Religion zu nehmen und sie zu verfolgen.

Die Einigung zwischen Süd- und Norddeutschland gelang trotzdem. Die einigende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung, die Furcht, sonst in einem kommenden Kriege zwischen dem Norddeutschen Bunde und Frankreich zerrieben zu werden, und das deutsche Volksgefühl waren stärker. Dazu kamen die überragende Geschicklichkeit Bismarcks, die Anstrengungen weitblickender süddeutscher Staatsmänner, die die Einheit wollten, und die Einsicht und Loyalität der süddeutschen Fürsten. An der Spitze jener süddeutschen Staatsmänner ist der bayrische Fürst Chlodwig von Hohenlohe zu nennen. Er hat als katholischer Deutscher in der Reichsfrage eine sehr rühmliche Rolle gespielt, nicht minder sein Bruder, der Kardinal Hohenlohe, der während des Kulturkampfes von den Jesuiten vergiftet wurde.

Wir kommen damit zu dem einen, dem ersten der ausgesprochenen Reichsfeinde in Deutschland: zu den Führern und Trägern des politischen Katholizismus, politisch verkörpert in der sogenannten Zentrumspartei im Deutschen Reichstag, im preußischen Abgeordnetenhause und, später, in der Bayrischen Volkspartei. Die politisch-katholische Partei entstand in demselben Jahre, da das Vatikanische Konzil die Unfehlbarkeit des Papstes beschlossen hatte. Eine zunächst lange Reihe von hohen Geistlichen Deutschlands opponierte gegen diese Entscheidung. Schließlich wichen aber die meisten dem Druck des Vatikans. Diejenigen, die festblieben, wurden exkommuniziert und als nicht mehr zur Kirche gehörig behandelt. Der Staat aber schloß sich der Forderung der Kirche nicht an: diese Persönlich-

keiten zugleich aus ihren amtlichen Stellungen zu beseitigen, und so stießen der preußische Staat und die katholische Kirche zusammen, der alte Streit zwischen Kirche und Staat war wieder akut geworden. Der Kampf, welcher Kulturkampf genannt worden ist, nahm seinen Anfang. Die Kirche hatte ihn begonnen. Bismarck charakterisierte ihn in einer Rede im Preußischen Landtag: „Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiet betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete. Ich habe die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können als im Lichte einer Mobilmachung gegen den Staat." Und diese Mobilmachung ist geblieben, bis sechzig Jahre später der Nationalsozialismus ihre Grundlagen in Deutschland vernichtete, während das politisch-katholische Element selbst eines längeren Zeitraums zum Verschwinden bedarf.

Es kommt nicht auf eine Schilderung des Kulturkampfes an, sondern auf die Feststellung, daß der von Kirche und Jesuitenorden begonnene Kampf nicht allein gegen das Reich und dessen zeitweilige Einrichtungen gerichtet, sondern gegen den Gedanken eines nicht unter politisch-katholischer Führung verwirklichten Deutschen Reichs gegründet war, Reichsfeind von dem Augenblick schon, als die Bildung der konfessionellen Organisation geplant wurde.

Mit welchen Hindernissen und Gegnern Bismarck neben allen anderen noch zu kämpfen hatte, geht, beiläufig, aus einer Bemerkung des Fürsten Hohenlohe hervor: „Die Kaiserin ist in einer steten Angst vor konfessionellen Streitigkeiten. Als wenn das zu vermeiden wäre! Sie will nicht einsehen, daß die Jesuiten den Kampf begonnen haben und dabei ihre Gegner zu passivem Herhalten veranlassen möchten. Hier erkennt man die Gefahr nicht."

1872 war es derselbe katholische Fürst Hohenlohe, der als erster für ein Jesuitengesetz auftrat und für ein solches die Grundsätze empfahl:

„Der Jesuitenorden und die mit ihm in Verbindung stehenden Orden sind in Deutschland verboten. — Jeder Deutsche, der in den Jesuitenorden eintritt, verliert dadurch sein Staatsbürgerrecht. — Kein Deutscher, der in einer von Jesuiten geleiteten Lehranstalt gebildet worden ist, kann in Deutschland in Staats- und Kirchendiensten angestellt werden."

„Können wir ein Institut in unserer Mitte dulden, das uns die Grundlage unserer Existenz unter den Füßen wegziehen will?"

In seinen „Gedanken und Erinnerungen" spricht Bismarck mit Verachtung von der politischen Unfähigkeit der Parlamentsfraktionen, nur die Zentrumsfraktion nimmt er aus, ihre reichsfeindliche Politik sei keine unfähige gewesen! Das zeigte sich zum Beispiel, als das Zentrum aus parteitaktischen und wirtschaftspolitischen Erwägungen 1879 Bismarcks neue

Zollpolitik unterstützte und sie dadurch ermöglichte. Eine unwürdige Lage im Grunde genommen: sich des Reichsfeindes bedienen zu müssen und damit dessen Macht und Prestige zu erhöhen! Aber es handelte sich um eine grundlegende und für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands entscheidende, notwendige wirtschaftspolitische Schwenkung. Der Nationalliberalismus weigerte sich wegen seines Freihandelsprinzips, sie mitzumachen. So war der Kanzler gezwungen, die ihm nötige Mehrheit zu nehmen, wo er sie fand.

Die Leiter der Zentrumspartei vereinigten in Geschicklichkeit und Ausdauer mit ihren ultramontanen Zielen diejenigen der Partikularisten in Deutschland und aller Gegner Preußens. Der langjährige Führer des Zentrums, Dr. Windthorst, ein äußerst befähigter Politiker, war Hannoveraner. So ergab es sich ohne weiteres, daß die Angehörigen der hannoverschen Welfenpartei, auch wenn sie nicht katholisch waren, sich dem Zentrum anschlossen, ebenso wie die katholischen und deutschfeindlichen polnischen Abgeordneten des deutschen Ostens, ebenso die elsaß-lothringischen Abgeordneten und die dänisch gesinnten des damaligen Nordschleswig.

Seinen „Kulturkampf" gegen den ultramontanen Reichsfeind hat Bismarck nicht zum Siege zu führen vermocht, wenn er auch nicht vergeblich gewesen ist. Man hat den Schöpfer des Reichs wegen seines Unternehmens später hart getadelt. Noch heute begegnet man oft einem überlegenen Achselzucken: wie konnte Bismarck nur diesen groben Fehler begehen!

Vielleicht wäre die Frage dagegenzuhalten: Konnte — und wie konnte Bismarck den Kulturkampf vermeiden? Es muß dahinstehen, ob der Kampf durch seinen hochbefähigten Minister Falk taktisch nicht zweckmäßig geführt worden sei, ob Bismarck falsche politische Berechnungen angestellt habe, ob der geistig und charakterlich große Führer derer, die dem Papst gegenüber festblieben, Döllinger — der die Altkatholische Kirche gründete — recht hatte, als er in einem von Hohenlohe berichteten Gespräch sagte: „Er sprach vom Kirchenkonflikt und verglich die preußische Regierung mit einem Manne, der in einen Fluß geht, ohne dessen Tiefe zu kennen, und bei jedem Schritt auf unerwartete Untiefen trifft." Wenn nur, meinte Döllinger, das Wasser den Unkundigen nicht mit fortreißt! Er bedauert, daß man es nicht verstanden habe, die Bischöfe teilweise für sich zu gewinnen. — Das würde anfangs möglich gewesen sein, jetzt sei es zu spät. Wolle man aber einmal Frieden machen, so möge man nicht mit Rom verhandeln — denn dort sei die Unkenntnis zu groß —, sondern mit den deutschen Bischöfen!" —

Das sind jedoch Einzelheiten, in die wir uns nicht verlieren wollen. Sein Ziel hat Bismarck nicht erreicht, weil er von den Parteien im Stich gelassen wurde, auf der Rechten von den Konservativen, auf der Linken von der

Fortschrittspartei. Die unkundigen Bevölkerungen der Bundesstaaten wurden von den Agitatoren aller Art zur Meinung gebracht, Bismarck wolle überhaupt die Religion abschaffen, ihre Bekenner unterdrücken und verfolgen.

Andererseits benutzten die geschworenen Feinde des Christentums, die sämtlichen Vertreter atheistischer Anschauungen, die günstige Gelegenheit zu einer hemmungslosen Hetze gegen evangelische und katholische Christen, besonders gegen die Geistlichkeit. Bismarck wurde wieder als der Führer des Atheismus und als Feind des konfessionellen Friedens ausgerufen. 1874 unternahm ein Mitglied des Zentrums, Kullmann, einen Mordanschlag auf den Kanzler und verletzte ihn am Handgelenk. Als er den Verhafteten im Gefängnis nach seinen Gründen fragte, erklärte dieser, der Grund sei Bismarcks Kampf gegen die katholische Kirche. Dem Zentrum sagte Bismarck im Reichstage: „Mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich doch an Ihre Rockschöße fest, er nennt Sie seine Fraktion!"

Am preußischen Hofe und beim Kaiser selbst war Bismarcks Kampf durchaus nicht beliebt, wobei die Kaiserin einen nicht unbedeutenden Einfluß ausübte.

Inzwischen war der streitbare Papst Pius IX. gestorben, Leo XIII. folgte ihm, erbot sich sofort nach seiner Wahl zur Beilegung des Kampfes und bat in einem Brief Kaiser Wilhelm um dessen Hilfe. Dieser antwortete freundlich, und so nahm der Abbau des Kampfes seinen Anfang. Daß Bismarck darauf einging, begründete sich mit darauf, daß seine politische Beziehung zur Nationalliberalen Partei sich wegen seines Überganges zum Schutzzoll nicht mehr aufrechterhalten ließ und deshalb die bisherige Zusammenarbeit des Kanzlers und der Partei auch für den Kulturkampf unmöglich wurde. Damit hatte der Kanzler keine genügende Stütze mehr im Parlament, er hatte auch sonst nur Gegner und Feinde.

Fragen wir uns zurückblickend: ob der Kulturkampf Bismarcks, in diesem großen Rahmen gesehen, schlimme Wirkungen gehabt, dem Deutschen Reiche und dem deutschen Volke schweren Schaden getan hat? Darauf kann folgendes geantwortet werden:

Das Scheitern des Kampfes war politisch und ist geschichtlich zu bedauern. Die Frage aber, ob der Kulturkampf hätte unterlassen werden können, muß verneint werden. Die Kirche hatte ihn begonnen, zusammenarbeitend mit den Jesuiten. Man hat behauptet, der Kulturkampf habe das einige deutsche Volk gespalten, Unfrieden und Haß gesät; hätte Bismarck den Kampf nicht geführt, so würde Frieden und Eintracht geherrscht haben! Diese Behauptung wird durch die Tatsache widerlegt, daß Kirche, Jesuiten und die ultramontane Partei die Gründung des Reiches zum Anlaß ihres

Kampfes genommen haben. Solange das Reich bestand, waren sie dessen Feinde.

Das Ergebnis des Kulturkampfes ist jedenfalls insofern unschätzbar geworden, als der Ultramontanismus oder, wie wir heute sagen, der politische Katholizismus infolge des Kampfes sein Wesen und seine Karten aufzudecken gezwungen wurde.

Die, wie Bismarck sagte, „ungeheuerlichste Erscheinung auf politischem Gebiet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildet", war eben da. Sie war mit dem Reich geboren, als unmittelbare Reaktion auf die deutsche Reichsschöpfung, im Zeichen des Kampfes gegen diese, bis aufs letzte. Dieser Kampf würde geführt werden in jeder zweckmäßigen Form, bis das Reich einmal als katholisiert anzusehen oder vernichtet sein würde. Sonst würde, konnte der Kampf gegen das Reich nicht aufhören, niemals und unter keinen Umständen, solange die Kraft der Kirche und des Jesuitenordens ausreichte. Wäre es besser gewesen, daß der politische Katholizismus unaufgedeckt weiterging, anstatt daß der Feind des Reiches gezwungen wurde, sich zu zeigen, wie er war? Damals freilich hat man hierüber beinahe allgemein anders gedacht und auch später unter Kaiser Wilhelm II. immer wieder für möglich gehalten, daß eine aufrichtige Versöhnung im deutschen Zeichen möglich sei. Den Ton, in dem die Bischöfe während des Kulturkampfes redeten, charakterisiert das Wort des Bischofs von Ketteler Anfang der siebziger Jahre im Reichstage, als die Regierung ihre Gesetzentwürfe vorgelegt hatte: „Machen Sie keine Gesetze, die Rebellen sind gegen Gottes Gesetze; dann werden wir Bischöfe nicht gegen die Landesgesetze rebellieren." — Der Papst Pius IX. aber schrieb an König Wilhelm, dieser möge diese Gesetze nicht zulassen, denn sie sollten den Katholizismus zerstören, und jeder, der die Taufe empfangen habe, „gehört in irgendeiner Weise dem Papst an". — Ein Angehöriger des Zentrums und Mitglied des Reichstages sagte: „Wenn Bismarck gehangen würde, so würde ich am Stricke ziehen helfen."

Wohl die gesamte katholische Bevölkerung Deutschlands sah in Bismarck den teuflischen Verfolger der Religion. In evangelischen Kreisen dachte man ähnlich. Die demokratische Fortschrittspartei, die alte gehässige Todfeindin von dem preußischen Konflikt der sechziger Jahre her, erblickte in dem Kulturkampf den Charakter eines „großen Kulturkampfes der Menschheit" und fand es deshalb notwendig, in diesem Punkte die Regierung zu stützen. Diese parlamentarische Parteinahme für den deutschen Kanzler war auf der anderen Seite geeignet, ein falsches Bild zu geben. Die rationalistische, atheistische demokratische Richtung ging von der „Menschheit" aus, während es sich für Bismarck darum handelte, das aus dem natio-

nalen Gedanken heraus von ihm geschaffene Deutsche Reich von der politischen Einmischung und Autorität der römischen Kirche zu befreien. Der politisch-republikanische Menschheitsgedanke wiederum hatte nicht nur nichts zu schaffen mit dem nationalen Gedanken und Staat, sondern war dessen geschworener Gegner in Theorie und Praxis.

Alles in allem hat, in ihrer großen Mehrheit, die deutsche Bevölkerung, je länger der Kulturkampf dauerte, ihn um so weniger verstanden. Der Gegner wurden immer mehr, der Helfer wurden immer weniger, die Widerstände der deutschen Höfe wuchsen, die breiten Massen — verhetzt durch die Parteien — verstanden von allem nur den Ruf: der gottlose Kanzler wolle die christliche Religion beseitigen, nach den Katholiken würden die Evangelischen an die Reihe kommen. So wurde denn der Kampf auf dem Wege friedlicher Verhandlung zwischen Bismarck und dem neuen Papst beigelegt, das Ziel nicht erreicht, freilich ebensowenig das von allen Feinden Bismarcks ersehnte „Canossa".

Die Sozialdemokratie

Im Jahre 1869 wurde die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" gegründet unter der Leitung von Wilhelm Liebknecht. 1875 vereinigten sich diese Partei und die Reste des von Lassalle Anfang der sechziger Jahre begründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins". Es entstand daraus die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands". Ihre Vertretung im Reichstage wuchs von 1871 auf zwölf Mandate im Jahre 1877. Sie stand auf dem Boden des Kommunistischen Manifestes von Marx. Hier einige Sätze daraus:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen. Mögen die herrschenden Klassen vor einer Revolution zittern. — Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" — Vorher sagt Marx in dem Manifest: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat sich zunächst die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbstverständlich noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie!"

Während der ersten Hälfte der sechziger Jahre noch hatten die Demokraten, unter ihnen auch deutschgesinnte Persönlichkeiten, eine lebhafte Propaganda in der Handarbeiterschaft entwickelt. Sie waren dabei eingesponnen in die Theorien des Liberalismus und glaubten fest, daß man zum

Beispiel die in England geltenden Verhältnisse auf Deutschland übertragen könne. Dazu kam die spezifisch deutsche Eigenschaft der deutschen Liberalen: die Arbeiterschaft durch Förderung ihrer intellektuellen Bildung politisch gewinnen zu können. Zwar hatten die liberalen Arbeiterbildungsvereine in den ersten sechziger Jahren einige Erfolge aufzuweisen, dann trat ihnen aber in der Persönlichkeit des Juden Lassalle ein an agitatorischer Befähigung weit überlegener sozialistischer Gegner entgegen. Lassalle wurde Anfang 1864 im Duell erschossen. Seine Agitationskraft war nicht ersetzlich, wenn freilich sein Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein sich noch hielt. Aber auch die liberalen Arbeitervereine entwickelten sich in der zweiten Hälfte jenes stürmischen Jahrzehnts nicht mehr weiter. Der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung rückte dem alten Gesetze folgend immer weiter nach dem radikalen Flügel. So war jene Vereinigung der Richtungen zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" das natürliche Ergebnis einer Entwicklung, die aus einer ungleich breiteren Grundlage erwachsen war. Die Entwicklung war gezeugt worden von der Dampfmaschine mit dem enorm zunehmenden Verkehr, kurz allen jenen Vorgängen und Umschwüngen des neunzehnten Jahrhunderts. Die Dampfmaschine hatte die Fabrik hervorgebracht, das Dampfschiff vervielfachte den überseeischen Verkehr in einem früher nicht zu ahnenden Maßstabe, hinzukam der internationale Kreditverkehr. Die mit Dampf betriebene Fabrik brachte die Fabrikstadt hervor, und diese wurde der Geburtsort einer ganz neuen Erscheinung: der Massen! Die Massen waren bisher weder als Begriff noch als Wirklichkeit vorhanden gewesen, jetzt waren sie da und wurden mit jedem Jahre größer.

Das gemeinsame Kennzeichen der Massen: das Verschwinden, die Vernichtung der einzelnen Persönlichkeit, beruhte in ihrer Gleichartigkeit durch industrielle Fabrikarbeit, die eine Lohnarbeit war. Daraus erwuchs die andere Gleichartigkeit in Gestalt der völligen Abhängigkeit vom Fabrikherrn, der der Brotgeber war, weil er Arbeitgeber war. Er konnte dem Arbeitnehmer von einem Tage zum andern Brot und Lebensmöglichkeit nehmen, indem er ihn ohne weiteres entließ; Ersatz fand er genug. Der Arbeitgeber konnte außerdem nach eigenem Herrengutdünken dem Arbeitnehmer seinen Lohn kürzen und seine Arbeitszeit festsetzen, wie er wollte. War der Arbeitnehmer damit nicht zufrieden, zum Beispiel zwölf oder vierzehn Stunden zu arbeiten, so konnte er eben gehen.

So lagen, grob gezeichnet, die Verhältnisse noch um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Der Staat kümmerte sich um diese Dinge wenig oder gar nicht. Jene ganze Zeit weist nur eine einzige Verordnung deutscher Staaten, und zwar in Preußen, auf, die die Kinderarbeit einschränkte. Im übrigen überließen es die Staaten den Arbeitgebern, den Fabrikherren,

mit ihren Arbeitnehmern zu machen, was sie wollten. Es war in ganz Europa so.

Die liberale Wirtschaft ging ihrem Höhepunkt entgegen. „Bildung und Besitz" war das Schlagwort jener Zeit, und man fand es billiger, die Arbeitnehmer mit Bildung zu füttern, als ihnen ihre Besitzlosigkeit auch nur erträglich zu machen. Zu den Charakteristiken des Zeitalters gehörte jene tiefe Geringschätzung des Menschen, der keinen eigenen Besitz hatte. Geachtet wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, der Eigentümer eines handwerklichen Betriebes mit eigener Werkstatt. Hatte ihn aber die Fabrik mit ihrer Dampfmaschine entwurzelt, so war er zum „Proletarier" geworden und damit zu einem Teil der großen, grauen, gleichförmigen Masse; der Bürger wendete sich stolz von ihm ab: Der andere hatte ja keinen Besitz mehr, er war dienende Klasse geworden, niemand schützte ihn, niemand trat für ihn ein, jeder nutzte ihn aus.

In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hat es nicht wenig Arbeiterstimmen gegeben, die nach staatlichem Schutz riefen. Naive idealistische Wortführer hielten Reden, schrieben Bücher, wurden als Aufrührer oder als gefährlich aus ihrem Heimatstaat ausgewiesen, um schließlich in der Schweiz, in Frankreich, England oder Amerika zu enden. Die Schicksale dieser weltfremden Unerfahrenen interessieren in diesem Zusammenhang nicht, es kommt hier nur darauf an: sie hatten das richtige Gefühl: der Landesfürst, der Staat müsse sie schützen und ihre Interessen wahrnehmen. Noch heute fallen bisweilen Äußerungen eines mißfälligen Erstaunens, daß der deutsche Arbeiter sich von der Lehre des Juden Marx blindlings habe umgarnen lassen. Im Grunde genommen ist nichts Erstaunliches dabei. Sie, die Arbeiter, waren doch im Sinne des Wortes „verraten und verkauft" dem, der Besitz und Geld hatte, preisgegeben mit seiner ganzen Existenz, niemand half ihm. Da kamen Marx und die anderen revolutionären Vertreter des Kommunismus, vielfach vorgebildet in Paris und in Großbritannien, und sagten dem deutschen Arbeiter: von eurem Fürsten, eurer Staatsregierung habt ihr nichts zu erwarten, von der besitzenden Bürgerklasse, vollends vom Feudalismus bekommt ihr Fußtritte, aber keine Hilfe, für diese Klassen seid ihr nur Werkzeuge zur eigenen Bereicherung, der nationale Staat ist euer allerschlimmster Feind. Helfen kann euch nur der internationale Zusammenschluß des Weltproletariats. Dieses muß sich über die Ländergrenzen die Hände reichen und alle bestehenden Gewalten beseitigen auf dem Wege des Umsturzes. Dann kommt schließlich der große, klassenlose Weltstaat unter der Diktatur des Proletariats. Es gibt dann keine Kriege mehr, keine Könige und Fürsten, keine Steuern, keine Reichen, keine Armen mehr, alle sind gleich, frei und zufrieden. Aber was jetzt besteht, muß mit allen Mitteln der

Gewalt vernichtet werden. Nur in der Internationale liegt euer Heil, und die Nation, ebenso wie der Obrigkeitsstaat, das Vaterland, der nationale Gedanke sind eure Todfeinde!

Nein, es war wirklich nicht zu verwundern, daß jene besitzlosen Fabrikarbeiter diese Lehre und deren Vertreter als Retter aus dem vorhandenen hoffnungslosen Zustande ansahen.

*

Als Bismarck im Jahre 1878 nach den Attentaten zweier Marxisten, Hödel und Nobiling, auf den alten Kaiser im Reichstage das Sozialistengesetz vertrat, sagte er dabei in einer seiner Reden: Seine Stellung zur sozialdemokratischen Frage sei eine andere geworden, und zwar in dem Augenblick, als die beiden Abgeordneten Bebel und Liebknecht oder einer von ihnen „in pathetischem Appell die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Von diesem Augenblick an habe ich die Wucht von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden; ich war inzwischen abwesend gewesen durch Krankheit und Krieg, ich habe mich dabei nicht um diese Dinge gekümmert — aber jener Anruf der Kommune war wie ein Lichtstrahl, und von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr befindet."

Der Kanzler kam dann auf die beiden gegen die Person des ehrwürdigen alten Kaisers gerichteten Mordanschläge zu sprechen — bei dem zweiten war der Kaiser schwer verwundet worden — und erklärte als seinen Standpunkt: hier könne man nicht mit Einwirkungen auf die Überzeugung weiterkommen, sondern nur mit Repressalien, also dem Sondergesetz.

Bismarck hat diesen seinen Standpunkt und seine durch ihn gegebene politische Linie niemals geändert. Heute noch müssen wir sagen, daß seine durch den Appell der beiden sozialdemokratischen Führer erweckte Erkenntnis die richtige gewesen ist. Als den Todfeind des Reiches hat er den Marxismus, in seiner damaligen Gestalt als Sozialdemokratie, mit allen Kräften bekämpft, bis ihm seine Entlassung durch den neuen Kaiser im Frühjahr 1890 sein Amt und damit auch diesen Kampf aus der Hand nahm.

In jenen Debatten um sein Sozialistengesetz betonte der Kanzler:

„Ich habe schon bei der ersten Lesung mir erlaubt, zu bemerken, daß ich jede Bestrebung fördern werde, die positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, also auch einen Verein, der sich den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, den Arbeitern einen höheren Anteil an den Erträgnissen der Industrie zu gewähren und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen, soweit die Grenzen, die durch die Konkurrenz und die

absatzfähige Fabrikation gegeben sind, beide Bestrebungen noch gestatten." — Solche Bestrebungen des positiven Zweckes habe es schon im Mittelalter gegeben, und diese hätten niemals das Eigentum anderer antasten wollen, noch das Eigentum überhaupt, noch den Glauben an Gott untergraben wollen.

Zum vollen Verständnis dieser und der folgenden Ausführungen sei noch einmal auf die Bismarcksche Wirtschaftspolitik, besonders während der ersten Jahrzehnte des neuen Reiches, hingewiesen: Er setzte alles daran, um eine leistungsfähige deutsche Industrie heranzuzüchten, die Deutschland in diesem Belang vom Ausland unabhängig machte; deshalb sollte die Industrie solide fundiert sein, zu Geld kommen. Um mit der ausländischen, hauptsächlich der englischen Einfuhr erfolgreich konkurrieren zu können, also billig genug verkaufen zu können, bei einer ebenfalls konkurrenzfähigen Warenqualität, durfte sie also, nach Bismarck, die Löhne für die Arbeitnehmer nicht über diese Linie hinaus erhöhen, noch die Arbeitszeit und damit die Größe der Arbeitsleistung vermindern. Die Richtigkeit dieses Standpunktes war sachlich nicht zu bestreiten.

Im selben Zusammenhang sagte Bismarck weiter:

„Sobald uns von sozialdemokratischer Seite irgendein positiver Vorschlag entgegenträte oder vorläge, wie sie in vernünftiger Weise die Zukunft gestalten wolle, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, so würde ich mich wenigstens einer wohlwollenden entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und selbst vor dem Gedanken der Staatshilfe nicht zurückschrecken, um den Leuten zu helfen. Es ist das zwar nicht mein Departement, und ich kann darauf nicht näher eingehen, ich wiederhole nur, um die Ansichten zu bestätigen, die ich in der ersten Lesung ausgesprochen habe, nach denen ich schon vor fünfzehn Jahren gehandelt habe, und um zu bekunden, daß ich noch, wenn nur ein ernster und positiver Antrag vorläge, der auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter gerichtet ist, ein freundliches Entgegenkommen zeigen und ihn einer wohlwollenden und geneigten Prüfung des Reichstages und der gesetzgebenden Versammlung empfehlen werde.

Wie steht aber heute die Sache? Hier steht die reine Negation gegenüber dem Einreißen, ohne daß jemand auch nur eine Andeutung gibt, was anstatt des Daches, das uns jetzt deckt, gebaut werden soll, wenn es niedergerissen ist. Wir befinden uns lediglich im Stadium der Untergrabung, des Umsturzes, der Negation.

Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu tagen. Mein Gedächtnis läßt mich vielleicht im Stich, aber ich appelliere an das eines jeden anderen: Ist Ihnen bei den langen Reden, noch

länger als die, die wir eben hörten, auch nur eine einzige Erinnerung, wo auch der leiseste Schatten eines positiven Gedankens, eines Vorschlages über das, was künftig werden soll, über die Gestaltung, über das Programm, das diesen Herren vorschwebt, nachdem sie das Bestehende in Bresche gelegt haben ... ist Ihnen etwas Derartiges erinnerlich? Ich wäre dankbar, darauf aufmerksam gemacht zu werden. Ich kenne nichts derart und glaube auch den Grund zu wissen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt künftig gestalten wollen, wenn sie die Herren wären, sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht, sie wissen in dieser Beziehung nichts, sie haben auch den Stein der Weisen nicht. Sie können die Versprechungen niemals halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen. Das ist eben das Geheimnis, weshalb darüber ein tiefes Stillschweigen beobachtet wird. Daß die Herren nun mit den dunklen Versprechungen, denen sie nie eine ausgeprägte Form gegeben haben, Anklang gefunden haben, das ist ja bei dem, der überhaupt nicht mit seiner Lage zufrieden ist, namentlich, wenn er seiner Unzufriedenheit mit der germanischen Energie empfindet und geltend macht, nicht so außerordentlich schwer. Wenn sie den Leuten, die zwar lesen können, aber das Gelesene nicht beurteilen — wenn sie den Leuten glänzende Versprechungen machen, dabei in Bild und Wort, mit Hohn und Spott alles, was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge darstellen, alles das, was unsere Väter und uns unter dem Motto: ‚Mit Gott, für König und Vaterland!' begeistert und geführt hat — als eine hohle Redensart, als einen Schwindel hinstellen, ihnen den Glauben an Gott, den Glauben an unser Königtum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, den Glauben an die Familienverhältnisse, an den Besitz und die Vererbung dessen, was sie für ihre Kinder erwerben ... wenn sie ihnen alles das nehmen, so ist es doch nicht allzu schwer, einen Menschen von geringem Bildungsgrad dahin zu führen, daß er schließlich mit Faust spricht: ‚Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben, und Fluch vor allem der Geduld!' Ein so geistig verarmter und nackt ausgezogener Mensch ... was bleibt denn dem übrig als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein ihn noch mit diesem Leben versöhnen können?

Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist ... ja, meine Herren, ich lebe in einer reichen Tätigkeit, in einer wohlhabenden Situation, aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das nicht hätte, was der Dichter nennt: ‚An Gott und bessere Zukunft glauben.' Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entschädigung gewähren können, so bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdruß vor, der sich in Taten äußert wie die. welche wir erlebt haben."

Bismarcks Stellung ist hiermit prinzipiell gegeben, und damit erledigt sich der später ihm oft gemachte gedankenlose oder oberflächliche Vorwurf, er sei unsozial oder arbeiterfeindlich gewesen. Von den Anschauungen seiner Zeit aus gesehen, war er das in keiner Weise, und er hat sich schon seit dem Jahre 1862 mit der Arbeiterfrage in Preußen beschäftigt, später auch die Bildung von Vertretungen angeregt, die, selbst aus Arbeitern bestehend, die Arbeiterinteressen studieren und fördern sollten, auch zur Bildung von Arbeitergenossenschaften riet er.

*

1881 erfolgte die Kaiserliche Botschaft, durch die die große soziale Gesetzgebung, die noch heute in der Welt unerreicht dasteht, dem Reichstag durch den Fürsten Bismarck verlesen wurde:

„Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohls der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und Wir würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen." ...

Als Bismarck 1889 den letzten Teil jenes Systems sozialer Gesetze, den Entwurf für Alters- und Invaliditätsversicherung, dem Reichstag vorlegte, verteidigte er sich gegen die Verleumdungen, die von Byzantinern des neuen Kaisers in Umlauf gesetzt worden waren, er, der Kanzler, sei „eigentlich" gegen die Gesetze:

„Soviel Verdienst habe ich doch in dieser Sache, daß ich es fast als eine Beleidigung ansehen könnte, wenn man von mir glauben wollte, daß ich sie nun im Augenblick der Entscheidung im Stich lassen würde. Ich darf mir die erste Urheberschaft der ganzen sozialen Politik vindizieren, einschließlich des letzten Abschlusses davon, der uns jetzt beschäftigt. Es ist mir gelungen, die Liebe des hochseligen Kaisers Wilhelm I. für die Sache zu gewinnen. Er hat es als seinen schönsten Triumph bezeichnet, den er noch haben würde, und den er noch zu erleben wünschte, wenn diese Fürsorge für den Bedürftigen noch unter seiner Regierung zum Abschluß kommen könnte."

Die von Bismarck verfaßte Kaiserliche Botschaft weist in ihrer Kürze zwei leitende Motive auf: neue und dauernde Bürgschaften für den inneren Frieden des Vaterlandes — und: Beistand für die Hilfsbedürftigen, auf den diese Anspruch haben. Die letzten Worte zeigen das soziale Gefühl in der indirekten Betonung, daß es sich nicht um Wohltätigkeit und Wohltat handelte — sondern um eine Pflicht, eine Forderung der Gerechtigkeit.

In den Debatten um jene Vorlage des Jahres 1889 wurde dem Reichskanzler von Rednern der Freisinnigen Partei gesagt: die Sozialdemokraten werde er mit den sozialen Gesetzen nicht gewinnen. Der Kanzler erwiderte: der Abgeordnete verwechsele zwei Dinge, nämlich die sozialdemokratischen Führer und die sozialdemokratischen Massen. Mit den Gesetzen hoffe man die wirklich berechtigten Unzufriedenheiten der Massen zu mildern, und wenn das nicht hülfe, „und wenn wir fechten müssen zur Beruhigung unseres Gewissens". Was aber die sozialdemokratischen Führer anlange und mit dem Worte: Sozialdemokratie diese meine, erklärte der Kanzler: „Sie lebt mit uns im Kriege, und sie wird losschlagen, gerade so gut wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug dazu fühlt, und diese Stärke vorzubereiten, ist die ganze Aufgabe ihrer Politik."

Mit sehr geringer Mehrheit gingen die Gesetze durch, die Sozialdemokraten stimmten dagegen, sie wollten unter keinen Umständen für eine Vorlage stimmen, die geeignet sein könnte, die Unzufriedenheit der Massen zu verringern. Diese Taktik hat die Sozialdemokratische Partei ohne Ausnahme durch die folgenden Jahrzehnte hindurch durchgeführt: bei jeder der späteren Erweiterungen der sozialen Gesetzgebung, bei allen anderen Gelegenheiten, z. B. einer Luxussteuer, einer Sektsteuer usw., und diese Taktik hat sich stets bewährt. Man sagte den Massen: Alle sogenannten sozialen Gesetze sollen dazu dienen, euch zu täuschen und unsere siegessichere Partei zu schwächen. Man gibt euch Vorspiegelungen, und wenn es hoch kommt, Almosen, lediglich, um euch um alles zu betrügen, was ihr zu beanspruchen habt. Das aber kann euch nur „der große Kladderadatsch", der gewaltsame Umsturz bringen! In der Tat brachte die soziale Gesetzgebung nicht den Erfolg, daß die Sozialdemokratische Partei in ihrer Werbekraft für die Wähler abnähme; im Gegenteil: Haß und Unzufriedenheit waren stärker und die sozialen Mißstände waren groß. Zu bedenken ist auch, daß, abgesehen von der Unfallversicherung und der Krankenversicherung, die anderen nicht sogleich empfunden wurden, sondern der Mehrheit der lebenden Generation als klägliche Gaben der Zukunft galten. Am wirksamsten aber war und blieb das Argument: die sozialen Gesetze sollen der Sozialdemokratischen Partei lediglich den Wind aus den Segeln nehmen, um euch, ihr werktätigen Massen, in der Knechtschaft des Staates und des Industrie-

kapitalismus zu halten. Das ist der teuflische Anschlag: Ihr sollt nie frei werden! Deshalb müßt ihr die sozialen Gesetze, die wir ja abgelehnt haben, als Fallgruben für euch erkennen! — und übrigens, was geben sie euch? — einen Dreck, sie werden euch nicht aus euerm Elend heraushelfen. Also vertraut eurer Parteiführung, ihr gehört der Zukunft, sie allein kann und wird euch befreien! ...

So blieb die Stimmung der Massen der Partei treu, voll begeisterten Glaubens an den sozialdemokratischen Zukunftsstaat und, im Sinne des Umsturzes, revolutionär.

Zugleich sei auch auf die soziale Fürsorge hingewiesen, die von den großen Industriewerken ausging und sich im Laufe der Jahre zu einem hohen Grad von Vollkommenheit entwickelte, so in den Werken von Krupp, Stumm usw. Es wurde hier für Wohnungen, Speiseeinrichtungen für Angestellte und Arbeiter, Kassen aller Art, Pensionierung der Alten in tatsächlich großzügiger Weise gesorgt. — Die Industrieherren betonten die Freiwilligkeit dieser Fürsorge: Also was wollt ihr eigentlich! Auf der anderen Seite freilich verlangten sie, daß ihre Angestellten und Arbeiter nicht für die Sozialdemokratie und Demokratie stimmten. Das war damals von dem Standpunkt der großen Industriellen zu verstehen. Prompt aber setzte hier die sozialdemokratische Propagandaparole ein: Also das einzige politische Recht, das ihr Arbeiter besitzt: das freie Wahlrecht, will man euch nehmen, ihr sollt es verkaufen für eine unzureichende Fürsorge oder euch auf die Straße setzen lassen! — Es zeigte sich, daß der politische Erfolg dieser privaten Arbeiterfürsorge gleich null war.

Worauf kam es denn im Kern an? Dem Handarbeiter durch Wort und Tat zu beweisen, daß der Staat, daß das Reich nicht sein Feind sei, und daß er, der Arbeiter, Staat und Reich nicht als Feind betrachten dürfe. Nur durch Versöhnung, besser: nur durch Eingliederung der Handarbeiterschaft in Staat und Reich war die soziale Frage zu lösen.

Ein konservativer, sehr begabter Schriftsteller, späterer Sozialdemokrat, Dr. Mehring, schrieb das wahre Wort:

„Der innerste Kern der Sozialdemokratie ist Haß gegen das Vaterland."

Einen, vielleicht den entscheidenden, Faktor haben wir noch nicht berücksichtigt. Man hat, besonders oft im vergangenen Jahrhundert, vom deutschen Gemüt gesprochen, und es ist wohl richtig, daß dieses eine vergleichsweise größere Rolle beim Deutschen spielte als bei manchen anderen Völkern, z. B. bei den Engländern. Das Gemüt, gerade des deutschen Arbei-

ters, wurde in jener Zeit mit Füßen getreten, und zwar an seiner empfindlichsten Stelle: der Selbstachtung. Den Handarbeiter betrachteten die oberen Schichten als die von der Vorsehung zum Dienen bestimmte Klasse. Die Bezeichnung: untere oder niedere Klassen war eine ihnen selbstverständliche. Es war aber nicht allein die Bezeichnung, sondern die durch sie bezeichnete Wirklichkeit. Hier war die Hauptquelle jenes Hasses und auch jenes Minderwertigkeitsgefühls, das mit seiner Bitterkeit, wenn es einmal Wurzel gefaßt hat, so schwer zum Verschwinden zu bringen ist. —

Bismarck war 1815 geboren, er gehörte der herrschenden Schicht von vornherein als Gutsbesitzer, Angehöriger des Grundadels an. So vorurteilsfrei Bismarck sich im Verlauf seines Lebens entwickelte und wie rücksichtslos er Ansichten und Auffassungen beiseite warf, wenn er erkannt hatte, daß sie unrichtig, unzweckmäßig oder überholt waren, und so aufmerksam er auch seit Anfang der sechziger Jahre die soziale Entwicklung in Preußen beobachtet hatte — er blieb gleichwohl der Sohn seines kapitalistischen Zeitalters und der Sohn der höheren, der höchsten Schichten im preußischen Klassenstaat. Bismarck sah klar die Notwendigkeit dieses Zieles und es selbst, auch die Schwierigkeiten und Gefahren. Er täuschte sich auch darüber nicht, daß für gesunden Bestand des Reichs das Gefühl innerer Einheit die Deutschen durchdringen müsse, und daß dies nur allmählich geschehen könne: als die unbedingt notwendige Ergänzung zur neugeschaffenen äußeren Einheit. So konnte auch nicht ausbleiben, daß der Kanzler seit 1871 von Jahr zu Jahr mehr von Besorgnissen für die Zukunft, für die Erhaltung seines Werkes erfüllt wurde. Bismarck selbst war nicht mehr Angehöriger einer Klasse, aber das Klassenwesen, die in diesem liegende Abstufung: obere, mittlere und untere Klassen (!) war ihm, wie seinen Zeitgenossen, eine Selbstverständlichkeit, ebenso wie in allen Staaten. Er war gegen den Klassenkampf, weil dieser das Reich gefährdete; aber Klassen und Stände, die letzteren freilich nicht mehr in altem Sinne gefaßt, gehörten eben zur Ordnung des Bestehenden. Wer sich dagegen auflehnte, wer die Ordnung zerstören wollte, der war eben — nicht nur für Bismarck, sondern im Sinne des Wortes — tatsächlich: Reichsfeind. Bismarck hatte völlig recht, wenn er im Reichstag sagte: die Sozialdemokratie sei der Feind, habe dem Staate den Krieg erklärt und warte nur auf die Gelegenheit, ihn zu vernichten.

Wenn der Kanzler den sozialdemokratischen Führern sagte: sie reizten die Begehrlichkeit der Massen nach Dingen, die unerfüllbar seien, so bedeutete das keine Arbeiterfeindlichkeit, sondern: es geht eben nicht! Diese Haltung auszunutzen zu einer skrupellosen Propaganda gegen den Arbeitgeber, gegen das Reich, den Staat, die Monarchie und die Nation und die Internationalität als Ideal aufzurichten, war natürlich leicht.

Das Beispiel Stöcker zeigt, daß Bismarck dem Hofprediger, dem Christen und dem glühend vaterländischen Mann annähernd ebenso gegenübertrat wie den sozialdemokratischen Umstürzlern. Auch dies beweist, daß sein Standpunkt unabhängig von der Partei war. Er ging, freilich wohl auch stark durch seinen Sohn Herbert in diesem Punkt beeinflußt, ernsthaft mit dem Gedanken um, Stöckers Christlich-Soziale Partei ebenfalls unter sein Sozialistengesetz zu stellen, weil diese, und an erster Stelle Stöcker selbst, die Begehrlichkeit der Massen nach unerfüllbaren Dingen reize und außerdem den Haß gegen die Juden, und zwar gerade gegen die reichen Juden, erregte. Bismarck sah die reichen Juden als nützlich (!) für das Wirtschaftsleben des Staates an; man dachte damals allgemein so. Es war wohl dem alten Kaiser und der Rücksicht auf ihn zuzuschreiben, daß Bismarck es nicht zu diesem Schritt gegen den Hofprediger hat kommen lassen.

In dem Buch „Der Rembrandt-Deutsche" erzählt der Verfasser, Momme Nissen, von dem Besuch Julius Langbehns — des Verfassers des damals berühmten Buches „Rembrandt als Erzieher" — bei Bismarck:

„Es fiel ihm auf, wie Bismarck in Varzin die Tagelöhner, zu denen er sprach, trotz aller Freundlichkeit wie eine untergeordnete, hörige Menschenschicht behandelte und so von ihnen redete. Das erschien Langbehn, dem Schleswig-Holsteiner, der gewohnt war, daß auf dem Lande der Freie dem Freien diente, nicht eigentlich germanisch." — Wäre Julius Langbehn damals auf den großen Gütern seiner schleswig-holsteinischen Heimat bekannt gewesen, so würde er da bei den Gutsherren selten eine andere Haltung getroffen haben, und vollends in den östlichen Provinzen Preußens. Wir zitieren den Rembrandt-Deutschen, weil er mit seiner auf Bismarck bezüglichen Bemerkung die allgemein damals geltenden Verhältnisse nur auf Bismarck bezog.

Die sozialen Verhältnisse der Landarbeiterschaft, der Gutszugehörigen überhaupt und ihre Behandlung ließen sehr viel und oft alles zu wünschen übrig, nicht zum wenigsten die Lebenshaltung. Das Wohnungselend des Landarbeiters spottete der Beschreibung, übrigens ein Menschenalter später kaum weniger. Ebenso stand es mit der Entlohnung und der persönlichen Behandlung. Zur Frage wurden diese Verhältnisse auf dem Lande erst allmählich. Das Großstadtelement: die Masse fehlte, die spärlichen Verkehrsverhältnisse taten das Ihrige, und das preußische Wahlrecht machte unmöglich, daß sozialistische Abgeordnete, auch wenn sie Gegner der Sozialdemokratie, national und sozial waren, in das preußische Parlament gewählt wurden. Erst in den Jahren ihres mächtigen Aufstiegs vermochte die Sozialdemokratie einige Plätze im Preußischen Landtag zu gewinnen. Auch die sozialdemokratischen Anstrengungen für den Reichstag hatten auf dem

Lande lange Zeit nur wenig Erfolg. Hätten die ländlichen Grundbesitzer während dieser ausgedehnten Zwischenzeit den Zug der Entwicklung erkannt und ihre sozialen Pflichten willig und reichlich erfüllt, so würde die marxistische Agitation dort überhaupt nicht eingedrungen sein.

*

Aus den angeführten Zitaten ist ersichtlich, daß die aus der eigensten Initiative Bismarcks hervorgegangenen sozialen Wohlfahrtsgesetze keineswegs, wie von den Marxisten und Demokraten propagandistisch behauptet wurde, taktische Mittel sein sollten, um der sozialdemokratischen Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vielmehr handelte es sich um eine im eigentlichen Sinne des Wortes große soziale Tat, hervorgegangen aus dem Bewußtsein der sozialen Pflichten des Reiches. In keinem europäischen Staat, geschweige denn in Amerika, gab es irgend etwas Ähnliches, sondern überhaupt nichts an Maßnahmen oder Gesetzen zum Schutze des besitzlosen Handarbeiters. Die deutschen Versicherungsgesetze bildeten einen ohne Beispiel dastehenden Schritt auf ein bisher gänzlich unbetretenes Gebiet. Die Tat erscheint um so größer und genialer, als im Laufe der Jahrzehnte die Arbeiterschutzgesetzgebung in großem Maßstabe weiterentwickelt, ausgestaltet und neuen Erfordernissen der Zeit angepaßt wurde, dabei aber ihre Grundlinien unverändert geblieben sind.

Daß Bismarck sich außerdem günstige Folgen für die Haltung des Handarbeiters dem Reich, dem Staat gegenüber versprach und erhoffte, ist selbstverständlich. Daß diese Hoffnung enttäuscht wurde, begründete sich zu einem guten Teile darin, daß mit dem Zunehmen der Herrschaft des Kapitalismus, des Kapitals auch die soziale, sozialistische Gegenwirkung automatisch wuchs. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt nahmen die Ausdehnung, die Leistung und die Bedeutung der Industrie in Deutschland zu und damit in ganz natürlicher Folge das Selbstbewußtsein, die Macht und die Herrschsucht der Großindustriellen in Reich und Staat. Dieses Großindustriellentum vertrat mit aller Schroffheit den Standpunkt: sie, die Arbeitgeber, seien die Herren in ihrem Hause und Betriebe. Weder den Staat noch politische Parteien gehe es etwas an, wie das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geregelt werde und sich abspiele. Sie, die Arbeitgeber, gäben dem Staate, was des Staates sei, seien überdies seine machtvolle Stütze, weil sie in ihren Bereichen allen Umsturzbestrebungen mit rücksichtsloser Festigkeit entgegenträten.

Ihre gewaltige Leistung wird immer ein Ruhmestitel der deutschen Industrie auch für jene Zeit bilden. Sie nimmt unter den Kräften, die das neue

Reich auf dem Wege zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit vom Ausland in hohem Grade gefördert, den deutschen Export über alle Erdteile hin konkurrenzfähig gemacht hat, die Reichseinnahmen in gleichem Maße gesteigert und die Reichswirtschaft von der der einzelnen Bundesstaaten unabhängiger gemacht und zur Steigerung des deutschen Ansehens in der ganzen Welt mit entscheidend beigetragen haben, einen hervorragenden Platz ein und hat diesen stets gehalten.

Allen diesen hohen Verdiensten gegenüber stand Fehlen an Verständnis für die soziale Frage, deren Lösung auf der einen und deren Gefahren auf der anderen Seite. Die Führer der Industrie zeigten hier einen schweren Mangel an Weitblick, sozial verstanden und ebenfalls politisch gesehen. Mit privater patriarchalischer Fürsorge auf der einen, mit ebenso patriarchalischer, tyrannischer Strenge und Rücksichtslosigkeit konnte nichts gewonnen, aber viel verdorben werden. Das letztere geschah. Eine andere Haltung der Industrie hätte der hetzenden Propaganda des Marxismus nicht annähernd so großen Erfolg bringen können.

Außerdem freilich ging es nicht allein um Fragen des Lohns und der Arbeitszeit, sondern um die, sagen wir gesellschaftliche Anerkennung und menschliche Wertung des Handarbeiters, des Arbeitnehmers überhaupt als Volksgenossen. Hiervon waren alle höheren Schichten weit entfernt, aber am schroffsten zum Ausdruck kam die Minderachtung dem Besitzlosen, dem Lohnarbeiter gegenüber im Großbetriebe. Man kann hier wieder sagen: so waren eben jene Zeiten! Gewiß, aber die Tatsache besteht, und sie hat in der weiteren Entwicklung der Verhältnisse einen großen und verderblichen Einfluß geübt. Erst der nationalsozialistische Staat hat den großen Umschwung herbeigeführt.

So bahnbrechend und groß die Erkenntnisse und Leistungen Bismarcks auf sozialem Gebiet gewesen sind, so kann doch nicht verkannt werden, daß seine wirtschaftspolitische Anschauung in der kapitalistischen Atmosphäre seiner Zeit stand. Das machte sich besonders sichtbar in seiner Stellung zu den großen industriellen Arbeitgebern. Ihnen billigte er ihren Standpunkt des „Herr im eigenen Hause sein“ innerhalb der Grenzen des Staatsinteresses als selbstverständlich zu. Sie waren ihm auch die höhere Schicht oder Klasse. Sein Bestreben, auch die soziale Stellung der Handarbeiterschaft allmählich zu heben, wurde damit nicht beeinträchtigt. Praktisch durchaus im Vordergrund stand ihm seit der Reichsgründung: Deutschland industriell vom Ausland unabhängig zu machen und dem Reich Einnahmen zu schaffen. Das war ihm so dringlich, daß er auch Klagen über die lange Arbeitszeit unberücksichtigt ließ, um die Industrie dem Ausland gegenüber so rasch wie möglich konkurrenzfähig zu machen.

Es ist der gefährlichste Feind geworden: Das Judentum, alles in allem, hat das Zweite Reich, die Schöpfung Bismarcks, zum Zusammenbruch gebracht. Das ist geschichtliche Tatsache.

Obgleich, von Anfang an, mit der Sozialdemokratie, einem seiner Hilfsmittel, verknüpft, außerdem oft politisch zusammenarbeitend mit dem politischen Katholizismus, dem Zentrum, auch alle anderen Parteien — abgesehen von den kleinen Antisemitengruppen — mit seinem Einfluß durchdringend, direkt und indirekt —, ist das Judentum in seiner Eigenschaft als Reichsfeind den Trägern der Monarchie und ihren Regierungen erst bekannt geworden, als es schon zu spät war, teilweise auch dann noch nicht.

Man wird das Innen und das Außen voneinander unterscheiden müssen:

Das Judentum war keineswegs in dem Sinne reichsfeindlich, daß es den Zusammenschluß zum Reich nicht gewollt gehabt hätte; im Gegenteil! Erinnern wir uns, daß der Vorsitzende der Frankfurter Nationalversammlung der Jude Simson war, und daß derselbe Simson Präsident des ersten Deutschen Reichstags wurde. Zu den Delegierten, die von Frankfurt nach Berlin fuhren und König Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone anboten, gehörte an erster Stelle wieder Simson, und neben ihm der einflußreichste, von Juden und Judenfreunden hochgefeierte jüdische Emanzipationsagitator und Rechtsanwalt Gabriel Rießer. — Nein, die Juden wollten sämtlich das Reich. Sie versprachen sich, mit Recht, von der großen Vereinheitlichung die schönsten politischen und wirtschaftlichen Einflußmöglichkeiten und Vorteile. Sie täuschten sich auch nicht in der Erwartung, daß ein großer deutscher Zusammenschluß ihnen die vollständigen Staatsbürgerrechte bringen würde, an denen ihnen mit dem Hardenbergschen Edikt in der Hauptsache nur noch das Recht, Beamte und Offiziere zu werden, fehlte. Die Juden sahen ebenfalls voraus, daß das Reich nach Verwirklichung seiner Einung großen Kapitalbedarf haben, also ein höchst fruchtbares Feld für jüdisches Leih- und Zinsgeschäft und Spekulation sein würde. Natürlich konnten sie den siegreichen Krieg gegen Frankreich nicht voraussehen und noch weniger die Milliarden der französischen Kriegsentschädigung; aber als gute Kenner der Stärken und Schwächen in Paris, Wien, Berlin setzten sie auf Berlin und gewannen. Den raffinierten Rechnern und Schleichern eröffnete der Gedanke der Einigung der deutschen Staaten unter einem einzigen Oberhaupt und einen Reichsparlament auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts glänzende Perspektiven in jeder Richtung. Parlamentarismus war das Element für die Entfaltung gerade der jüdischen Fähigkeiten. Sie wollten das Reich, um in ihm zu führen, sie waren in allen politischen Parteien mächtig.

Auch ist nicht zu vergessen, daß es Bleichröder gewesen war, der in Deutschland tätige Vertreter des Pariser Rothschild, der Bismarck für den Krieg gegen Österreich die erforderlichen Kredite besorgt hatte, nachdem er die Kraft und Bedeutung des preußischen Ministerpräsidenten erkannt hatte. Wie Bismarck seine später so viel besprochene Beziehung zu Bleichröder auffaßte, hat er in einem Gespräch mit seinem Arzt, Dr. Schweninger, dargelegt:

„Sie dürfen mir glauben, es war mir manchmal unangenehm, wenn gegnerische Zeitungen mich mit Bleichröder in intime Beziehungen versetzten, aber ich, als vornehmer Mann, konnte ihn nicht abschütteln und ihm den Tritt geben, denn er hat mir im Jahre 1866 das zum Kriege nötige Geld zur Verfügung gestellt. Das war ein Unternehmen, welches sich unter den damaligen Umständen, wo ich dem Galgen beinahe ebenso nahe stand wie dem Königsthron, zu Dank verpflichtete. Ich weiß alles, was Bleichröder als Mensch war und trieb. Allerlei Dinge und Passionen, wie sie eben derartige Leute mit minderer Bildung, ohne starkes sittliches Fundament und im üppigen Genusse unermeßlicher Reichtümer zu treiben pflegen. Aber ich konnte und durfte ihm nicht übel begegnen, das widersprach meinen anerzogenen Auffassungen von verpflichtender Noblesse. Auch konnte ich ihm deswegen die Verwaltung meines mobilen Vermögens nicht nehmen, denn ich hatte keine Zeit, mich noch eingehend um solche Privatsachen zu bekümmern und das Kursblatt täglich auswendig zu lernen. Bleichröder besorgte meine Vermögensverwaltung mit größter Sorgfalt, ohne dabei auf meine Gefälligkeit rechnen zu können, denn es ist die größte Gemeinheit, mir nachzureden, daß ich ihm irgendwelche Staatsgeheimnisse oder Weisungen zur Ausschlachtung kommender Ereignisse mitgeteilt habe. Daß Bleichröder diesen Wunsch hatte, vielleicht auch Dritten gegenüber als ‚Bismarck-Bankier' sich wichtig machte, gebe ich zu. Das liegt ja in der Rasse und in der Branche. Das hätte ich auch bei einem Wechsel des Bankhauses nicht ändern können.

Aus den jüdischen Männern kann man den Rassenteufel weder mit Beelzebub noch mit Samthandschuhen austreiben. Diese Meinung hatte der alte Kaiser, ohne daß er sich ausdrücklich dazu bekannte."

Anfang der siebziger Jahre ist Bismarck von der konservativen Seite mit der Verdächtigung angegriffen worden, daß er seine Beziehungen zu Bleichröder unter Mißbrauch seiner Amtsstellung für seine persönliche Bereicherung ausgenutzt habe. In den einschlägigen Prozessen erwies sich die Unwahrheit, und die Beleidiger wurden bestraft.

*

Man muß sich vor Augen halten, daß die europäische Atmosphäre von kapitalistischen Gedanken und der kapitalistischen Lebenspraxis erfüllt war. Erwähnt wurde auch, wie die ersten fünfzehn Jahre des neuen Reiches im Zeichen der Kapitalfrage, richtiger: der Kapitalnot standen. Der Kapitalbedarf des jungen Reiches war groß, nicht minder Kraft und Lust zu Unternehmung und Leistung. Das Haus Rothschild beherrschte bereits seit Beginn des Jahrhunderts Europa. Wer in großem Maßstabe Kapital brauchte, kam nicht um direkte oder indirekte Verbindung mit Rothschild herum. Große nichtjüdische Kapitalisten waren damals in Deutschland und vollends in Preußen kaum vorhanden.

Wie Anfang der siebziger Jahre in der Reichshauptstadt jüdischer Geist herrschte, dafür gibt es ein Beispiel von beschämender Drastik:

Als mitten in dem Triumph des siegreichen Krieges und der Neuschöpfung des Reiches beträchtliche Truppenteile nach Deutschland, insbesondere nach Berlin zurückkehrten, ergab sich, daß elftausend Menschen kein Obdach in der Kaiserstadt fanden, tatsächlich auf der Straße lagen. Unruhen waren die Folge, denn die Obdachlosen, zum größten Teil zurückgekehrte Krieger, wurden, ohne daß man ihnen anderweitig Hilfe gab, aus selbstgebauten Baracken und alten Spreekähnen durch Polizei und Feuerwehr herausgeworfen. Im Sommer 1872 kam es ebenfalls aus Wohnungsnot, hauptsächlich auch durch die brutale Rücksichtslosigkeit, mit der die jüdisch durchsetzte und beeinflußte Berliner Stadtverwaltung gegen die heimgekehrten Soldaten vorging, sogar zu Barrikadenkämpfen. Da begab sich im Berliner Stadtparlament der folgende charakteristische Vorgang:

Der Berliner Oberbürgermeister legte den Plan vor: Auf dem Gelände der Stadt Grundstücke billig zu verpachten, um wenigstens etwas zur Milderung der Wohnungsnot zu tun, „guten Willen zu zeigen". Die Stadtverordneten aber lehnten den Vorschlag ab, denn durch die Verwirklichung des Planes des Oberbürgermeisters würden die Gewinne der Berliner Haus- und Grundeigentümer, von denen diese als Wirkung der Reichsgründung mit Recht eine ungeheure Steigerung erwarteten, ein wenig geschmälert werden.

Friedrich Engels, der bekannte nichtjüdische Freund von Marx, schrieb damals über diese Vorgänge: Wenn also die einzelnen Kapitalisten die schweren Folgen der Wohnungsnot nicht einmal vertuschten und trotzdem nicht das geringste dagegen täten, so sei vom Staate, „dem Gesamtkapitalisten", auch nicht das geringste zu erwarten. Der Fall war also ein glänzender Propagandastoff für den Marxismus.

Der Jude Singer, ein langjähriger Führer der Sozialdemokratie, zugleich schwerreicher Besitzer einer Mäntelnäherei — dessen Kompagnon den weib-

lichen Angestellten bedeutete: wenn ihnen der Lohn nicht genüge, so möchten sie nur auf die Straße gehen —, sagte in den siebziger Jahren in einer Rede: „Überlegen Sie doch, was es heißt, wenn Arbeiter Häuschen und Garten hätten: dann wären sie morgen Bourgeois!"

Der kapitalistisch, jüdisch geführte linke Liberalismus ist von Bismarck einmal, Ende der achtziger Jahre, im Reichstag als „die Vorfrucht der Sozialdemokratie" bezeichnet worden! Dies aus der Landwirtschaft genommene Bild will besagen, daß die Demokratie für den Marxismus den Boden vorbereitet. Wir müssen rückschauend dieses Wort noch tiefer verstehen, als er selbst es damals tat, denn Bismarck dachte dabei nicht an das jüdische Element in Demokratie und Sozialdemokratie, das heute uns allen, auch für jene Zeit, klar vor Augen liegt. Bismarck hatte dabei auch nicht den Kapitalismus im Auge, dessen Entwicklung er, hauptsächlich mit dem Blick auf die englischen Verhältnisse, beurteilte und für das neue Reich als notwendig ansah. Deshalb duldete er auch jene Souveränität des Privatkapitalismus in Deutschland, die sozial so unheilvolle Früchte gezeitigt hat. Hier darf allgemein bemerkt werden: bei allem, was Bismarck tat oder ließ, stand ihm der Gedanke als selbstverständlich im Hintergrunde: wenn er später dies oder das als reichsschädlich feststellen müsse, so werde er schon die Kraft, Autorität und Rücksichtslosigkeit besitzen, um dem Übel abzuhelfen.

Die Juden hat er immer und mit klarem Bewußtsein — er selbst hatte ihnen ja die vollen Staatsbürgerrechte gegeben — nur vom Gesichtspunkte des Staatsbürgertums beurteilt. Er sah in ihnen nicht einen selbständigen Faktor innerhalb des deutschen Volkslebens. Alles in allem war sein Standpunkt: die Juden sind jetzt Staatsbürger, und damit basta! Ob sie uns unsympathisch oder sympathisch sind, kommt nicht in Betracht!

Eisenmenger hat sein berühmtes Buch betitelt: „Entdecktes Judentum". Für das neunzehnte Jahrhundert und, in unserem Zusammenhange, für das Zweite Reich trifft als Titelbezeichnung zu: Unentdecktes Judentum. Und weil sein Wesen unerkannt war und blieb, abgesehen von wenigen einzelnen Persönlichkeiten, so wurde das Judentum der gefährlichste der Reichsfeinde. — Der Jude, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mächtiger werdend, hatte seit dem ausgehenden Mittelalter an den Fürstenhöfen und in der Bevölkerung sich als Fäulniskeim festgesetzt und konnte dann als solcher ohne weiteres in das neue Reich übergehen. Da fand er für sich einen noch ungleich ergiebigeren Boden und wurde obendrein als Geldbringer und als Sachverständiger in Finanzdingen begrüßt und verwendet. Man kann, bildlich, sagen, daß der Jude mit dem Jahre 1871 seinen Einzug in das Reich durch das Brandenburger Tor gehalten hat. Die Juden sprachen, solange

Bismarck da war, auch von „des Reiches Herrlichkeit", alle patriotischen Phrasen standen ihnen nach Bedarf zur Verfügung. Nur selten hatte einer aus der Schule geschwatzt, wie früher Heinrich Heine:

„Und bedenke ich die Sache ganz genau,
So brauchen wir gar keinen Kaiser."

Das eigentliche jüdische Ziel war von jeher die Republik. Schon Moses Mendelssohn, der „Germanisator der Juden", schrieb vom Staate Friedrichs des Großen, er sei „beinahe republikanischer Schönheit". — Den Juden war klar, daß die demokratische Republik, die scheinnationale zunächst, dann die internationale, das jüdische Endziel sein müsse. So dachten die liberalen Juden ebenso wie die sozialdemokratischen und die kommunistischen Juden. Nicht anders würden sich mit der Zeit auch die konservativen Juden offenbart haben. Mit anderen Worten: für die Juden sollte das Zweite Reich nur eins ihrer Mittel bilden, um die jüdische Weltherrschaft zu fördern. Die Behauptung ist keine Übertreibung: daß, von ihren verschiedensten äußeren, taktischen Positionen aus, die Juden alle den Gipfel des „Fortschritts der Menschheit" in Gestalt einer von jüdischen Finanzgrößen geführten Weltrepublik vor Augen gehabt haben.

Seit Ende der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts benutzten die Juden, rasch und emsig, auch die lange vorbereitete große Konjunktur, die sich ihnen im öffentlichen Leben und gesellschaftlich in Preußen und im kommenden Reiche durch die Verleihung aller Staatsbürgerrechte nunmehr bot. In wachsender Menge drangen sie getauft und ungetauft in die Beamtenschaft, einschließlich der Ministerien, ein. Da ihnen dies im Offizier- und Reserveoffizierkorps nicht gelang — weil in jedem Regiment das Offizierkorps für seinen Nachwuchs die Entscheidung traf —, so versuchte man, mit ungleich größerem Erfolg, durch Heiraten reicher jüdischer Töchter und auch Söhne in die Familien einzudringen, aus denen sich das Offizierkorps, überhaupt „die Gesellschaft", rekrutierte. Die Söhne solcher Ehen sind dann in nicht geringer Menge auch Offiziere geworden. Gegen sie ist wohl selten ein Einwand erhoben worden. Da Nachweise in heutigem Sinne nicht verlangt wurden und man höchstens nach dem „Religionsbekenntnis" fragte, so sind in Armee und Marine nicht selten Söhne reinblütiger getaufter Judeneltern Offiziere geworden.

Das Freimaurertum hatte in Deutschland, besonders auch in Preußen, eine wachsende Bedeutung und Ausdehnung erlangt. Warnungen von früheren und vormaligen hohen Freimaurern, die sich, wie Haugwitz und Kottwitz, in tiefer Besorgnis an Friedrich Wilhelm III. und seinen Nachfolger gerichtet hatten, waren von den beiden Monarchen zurückgewiesen worden.

König Wilhelm I., der spätere Kaiser, war ebenfalls Freimaurer und, wie Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" schreibt, von einer „fast religiösen Treue" gegenüber seinen Freimaurerbrüdern erfüllt. Bismarck mußte in verschiedenen Fällen erst Kämpfe mit dem alten Kaiser bestehen, ehe er die Versetzung oder Kaltstellung unzuverlässiger freimaurerischer Diplomaten erreichen konnte. Kaiser Wilhelm war von irgendeinem Mißtrauen gegen die Ziele der Freimaurer und ihre Tätigkeit weit entfernt. Die freimaurerische Idee hielt er nicht für gefährlich oder verwerflich; im Gegenteil: die „menschliche" Qualität sollte sie heben und das Ganze der drei altpreußischen Logen auf einen Boden echter, unerschütterlicher und für die Gesamtgesinnung maßgebender vaterländischer, monarchischer Treue stellen und, was für ihn selbstverständlich war, auch einer echt christlichen Gesinnung.

Wilhelm I. suchte dies zu fördern, indem er den preußischen Offizier und die preußischen Adligen und Beamten anregte, in die Loge einzutreten. Der preußische Adel war schon in den früheren Jahrzehnten des Jahrhunderts stark in den altpreußischen Logen vertreten gewesen.

Als nach dem Weltkriege die Tätigkeit und das Wesen des Ordens wieder Gegenstand des Studiums einiger deutscher Kreise wurden, fiel auf, wie — schon in der dritten Generation — so viele Offiziere, Beamte und Adlige dem Orden angehörten. Die Autorität und persönliche Verehrungswürdigkeit des alten Kaisers machte den Eintritt in eine der altpreußischen Logen zu einer Mode in den oberen Schichten. Erst Erfahrungen des Weltkrieges haben Schlaglichter in die Abgründe von Heuchelei und Verrat geworfen. Jene vielen ehrenwerten und arglosen Leute der unteren und mittleren Grade hatten gewiß recht, wenn sie, wie nachher so oft, erklärten: Ich gehöre der Loge nun seit dreißig Jahren an, ebenso wie mein Vater und Großvater, und habe da nie etwas Unrechtes gesehen und gehört. Meine Loge ist absolut christlich, vaterländisch und königstreu; geheime Obere gibt es in der Freimaurerei nicht, Juden sind nicht darin, sondern nur Christen! Daß unter den Christen sich nicht wenig getaufte Juden befanden, wurde natürlich verschwiegen, oder die anderen Brüder wußten es selbst nicht, hätten sich auch schwerlich darum gekümmert. So kam es, daß unter dem Schilde der Christlichkeit und Königstreue diese drei Großlogen sicher geborgen waren, während ihre eigentliche Führung sich der Kenntnis der Brüder, das heißt der unteren und mittleren Grade, entzog. Es ergibt sich, daß jene Reformation des altpreußischen Freimaurertums in Wirklichkeit nur dazu gedient hat, der freimaurerischen Oberleitung ihr Arbeiten zu erleichtern und den jüdisch-freimaurerischen Einfluß in Kreise und an Stellen zu tragen, wohin er sonst nicht oder nur schwer gelangen konnte. Das Freimaurertum

war und bleibt eines der wichtigsten Werkzeuge des Judentums; es hatte im neuen Deutschen Reiche ein freies und reiches Feld für seine Tätigkeit, innerpolitisch betätigte es sich zumal in demokratischer und liberaler Richtung, aber sein Wirkungskreis ging nach rechts und nach links viel weiter.

*

Seit 1869 war für den Norddeutschen Bund, dann für das gesamte Reich eine neue Bank- und Aktiengesetzgebung auszuarbeiten. Das war eine Aufgabe, deren Lösung von höchster Bedeutung und Tragweite für die Wirtschaft des neuen Deutschen Reiches auf Jahrzehnte hinaus sein mußte. Der Ausfall dieser neuen Gesetzbestimmungen mußte weitgehend maßgebend dafür sein, ob, in zwei Worten gesagt, kapitalistische, jüdisch geführte Wirtschaft oder Volkswirtschaft in Deutschland gelten würde.

Der große Augenblick für das Judentum war gekommen mit der Frage: in wessen Hände würde diese neue Finanzgesetzgebung gelegt werden? Die Juden erfochten einen leichten großen Sieg, denn die neue Bank- und Aktiengesetzgebung wurde unter führender Beteiligung des hohen jüdischen Finanztums und insonderheit des Bankiers von Bleichröder bearbeitet, in Gemeinschaft mit Ministern, die politisch auf dem gleichen Boden standen, außerdem mit dem Judentum befreundet, teils auch versippt waren. Zu diesen gehörten ein Staatssekretär und ein Minister. Der jüdische Einfluß war von vornherein überwiegend, weil Bleichröder das Vertrauen Bismarcks hinter sich und wohl dem Kanzler Grundlinien der neuen Gesetzgebung vorgelegt hatte, die dieser billigte. Daß nur eine kapitalistische Gesetzgebung in Kraft treten konnte, war von vornherein selbstverständlich, einmal wegen des Geistes jener Zeit, dann, weil — wie wir sahen — die Konservative Partei Opposition gegen den Kanzler machte, auch der Krieg des Zentrums gegen ihn begonnen hatte, und er sich darauf angewiesen sah, mit dem Nationalliberalismus zu arbeiten. Dazu kam der wirtschaftliche Grundsatz Bismarcks: möglichst viel Kapital ins Land zu ziehen und den Unternehmungsgeist zu fördern.

Die Jahre nach 1870 brachten die französischen Milliardenzahlungen und starken jüdischen Zuzug aus dem Auslande. Auf dem Boden der neuen Bestimmungen erwuchs die sogenannte Gründerperiode mit einem Spekulantentum, wie man es bis dahin in Deutschland nicht gekannt hatte. Den Namen erhielt die Periode von den zahllosen Gründungen von Aktienunternehmungen, die zum großen, vielleicht größten Teil auf Schwindel beruhten.

Die Gründerperiode bildet kein Ruhmesblatt in der Geschichte des ersten Jahrzehnts nach dem siegreichen Kriege und der Aufrichtung des neuen

Reiches. Großes und Hohes war geschehen und erreicht worden durch Blut und Eisen, durch zehn Jahre innerer Kämpfe für den Reichsgedanken, durch Blut und Opfer und die geniale Führung von Männern, die mit Wahrheit von sich sagen konnten, daß sie sich im Dienste des Vaterlandes verzehrten. Das Reich war nun da, „unserer Väter Sehnsucht und unser Stolz", „der Glanz der Kaiserkrone" strahlte wieder, und im selben Augenblick begann im ganzen Reiche ein Tanz um das goldene Kalb in einem Umfange und mit einer Schamlosigkeit wie noch nie. Eine große deutsche Schande war es — so muß man jene Zeit auch heute beurteilen, und es wäre durchaus unrichtig, hier die Juden allein verantwortlich zu machen. Das Börsenspekulantentum und die Spekulierpest, die rasende Sucht, mühelos reich zu werden, durchdrangen beinahe alle Volksschichten, vom sogenannten Hochadel bis zum Bauern und zum Kleinbürger. Vom Juden war nichts anderes zu erwarten, und gewiß war er auch der Vortänzer um das goldene Kalb. Aber niemand hätte, zum Beispiel, in den sechziger Jahren für möglich gehalten, daß die deutschen Oberschichten auf den jüdischen Appell an die niedrigen Instinkte mit so hemmungsloser Begeisterung antworten würden. Der Jude Strousberg — einer der größten Schwindler und Betrüger, der viele tausende Deutsche, die sich in seine „Gründungen" verstricken ließen, zugrunde richtete, wie er auch sich selbst schließlich zugrunde richtete — wurde auch in den höchsten Gesellschaftskreisen zugelassen und als werteschaffendes Genie bewundert. Hervorragende konservative Reichstagsabgeordnete äußerten zum Beispiel: um während der Parlamentsverhandlungen und sonst für politische Tätigkeit in Berlin weilen und ein Haus machen zu können, müßten sie an der Börse spekulieren und „gründen". Friedrich Naumann rühmte in seiner Schrift „Demokratie und Kaisertum", daß Bismarck mit den Milliarden der französischen Kriegsentschädigung der Industrie einen glänzenden Betriebsfonds eingebracht habe. Es hätte so werden können, aber was wurde ?

*

Im Jahre 1875 erschienen in dem Zeitungsorgan der Konservativen Partei aus der Feder eines früheren Artillerieoffiziers und Abgeordneten des Deutschen Reichstages, Hauptmann Perrot, fünf Aufsätze, die unter der Bezeichnung „Ära-Artikel" großes Aufsehen in Deutschland machten.

Es heißt da ironisch: die Ehre der intellekten Urheberschaft der neuen Bank- und Aktiengesetzgebung. „Diese Ehre wird doch wohl in letzter Instanz von dem großen finanziell-nationalwirtschaftlichen Spiritus familiaris des Neudeutschen Reiches — dem Herrn von Bleichröder — in Anspruch genommen werden müssen. . . . Herr G. von Bleichröder ist nämlich, wie wir

in Parenthese hinzufügen, mosaischen Glaubens und regierender Bankier ... Wenn zugleich die Geld- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches immer den Eindruck von Judenpolitik, das heißt von und für Juden betriebener Politik und Gesetzgebung machte, so ist dies ebenfalls sehr erklärlich, da der intellektuelle Urheber dieser Politik, Herr G. von Bleichröder, selbst Jude ist, und die von christlichen Eigentümern betriebene Minorität der Bankgeschäfte überhaupt nur die Bankminorität der Politik treibt und treiben kann, wie denn in jeder Beziehung die Leitung und Führung auf diesem Gebiete vollkommen in den Händen unserer Mitbürger semitischer Rasse und mosaischen Glaubens sich befindet. Dazu kommt ferner, daß unsere Mitbürger semitischer Rasse und mosaischen Glaubens die Gesetzgebung in unseren Vertretungskörpern übernommen haben. Die Herren Lasker, Bamberger und der, beiden eng befreundete, freilich erst neuerdings in den Reichstag gelangte, Herr H. B. Oppenheim sind ja Juden und sind die eigentlichen Führer der sogenannten ‚nationalliberalen' Majorität des Reichstages und der preußischen Zweiten Kammer.

Herr Miquel repräsentiert dabei die christliche Minorität des Bankierliberalismus, der mit der semitischen Führung durch dick und dünn geht. Was auf diese Weise an neudeutscher Gesetzgebung zugunsten unserer deutschen Bankgeschäfte, die, wie gesagt, ganz überwiegend in Händen von Juden sind, in den regierenden Bankierkreisen und mit Unterstützung der jüdischen Leiter unserer Parlamentspolitik gewünscht und geplant wird — das unterstützt, propagiert und fördert mit nie ermüdendem Eifer und vielfach großem Geschick die, wenigstens in ihren meisten leitenden Organen, von unseren Mitbürgern mosaischen Glaubens teils abhängige, teils beeinflußte sogenannte nationalliberale Presse in tausendstimmigem Echo durch ganz Deutschland hin.

Der Ausdruck ‚Judenpolitik', den wir oben gebrauchten, ist dem deutschen Publikum nicht geläufig, erscheint demselben größtenteils als unstatthaft. Das hat seine sehr naheliegenden Gründe. Wir werden ja zur Zeit von den Juden eigentlich regiert. In durchaus richtiger Würdigung der Umstände wünschen dieselben jedoch nicht, daß das von ihnen regierte deutsche Publikum christlicher Religion die hinter den Kulissen hergehenden goldenen Drahtseile bemerke, mittels welcher der sehr geschickt angelegte Mechanismus der bestehenden Geldregierung gehandhabt wird. Überhaupt soll auch das Publikum christlicher Religion und deutscher Nationalität jene Regierung als das, was sie ist, solange als möglich gar nicht erkennen und kennenlernen. Doch in dem Moment, in dem die christliche deutsche Bevölkerung sich darüber klar wird, daß die Juden, in Deutschland wie allerwärts, systematisch und planmäßig eine umfassend und höchst geschickt angelegte

Politik betreiben, die fast ausschließlich auf den Vorteil unserer Mitbürger mosaischen Glaubens und jüdischer Nationalität angelegt ist — in demselben Moment, sagen wir, in dem die christliche deutsche Bevölkerung sich hierüber klar wird, muß natürlich auch eine Reaktion gegen die überaus fein und schlau kombinierte Börsenpolitik eintreten, und es kann alsdann die Stellung der Juden in unserem Staatsleben hiervon nicht unberührt bleiben."

Die dann folgenden Artikel wandten sich gegen die genannten Minister, Camphausen und Delbrück, damit indirekt und dann auch direkt gegen den Fürsten Bismarck, hauptsächlich wegen seiner Verbindung mit Bleichröder. Dazu noch die folgenden Proben: „... So sind wir doch genügend darüber informiert, daß Herr von Bleichröder nicht nur in persönlichen Finanzangelegenheiten des Fürsten-Reichskanzlers, sondern auch bezüglich der Reichs-Finanz- und Wirtschaftspolitik mit Erfolg seinen Rat vernehmen läßt ... Aus guten Quellen wissen wir, daß die wichtigsten finanzwirtschaftlichen Gesetze des neuen Deutschen Reiches der intellektuellen Urheberschaft des Herrn von Bleichröder zu verdanken sind ... Der Fürst-Reichskanzler hat nämlich, soweit unser Urteil und unsere Informationen irgend reichen, dem Konsortium Bleichröder, Delbrück, Camphausen die intellektuelle Inspiration der neudeutschen Wirtschaftsgesetzgebung sozusagen vollständig in Entreprise gegeben. Der sonst so penetrante Verstand des Fürsten, sein praktischer Blick und seine so eminent selbständige Urteilsgabe scheint vor den Fragen der Wirtschaftsgesetzgebung absichtlich haltzumachen, um dieselben Männern zu überlassen, deren Standpunkt klarzulegen wir hier bemüht sind."

*

Fürst Hohenlohe notiert in sein Tagebuch, Bismarck habe ihm gesagt: über politische Vorgänge in Frankreich erhalte er Nachrichten über Bleichröder und dessen französische Finanzverhandlungen vierzehn Tage früher als durch seinen Botschafter.

Die Stellung Bleichröders und seine Beziehung zum Kanzler ist für Deutschland ein Unglück gewesen, die Schädlichkeit und Gefahr lag in dem des großen aktiven Einflusses, den Bleichröder, offenbar mit Billigung, wenn nicht überhaupt mit Ermächtigung Bismarcks, auf die deutsche Finanzpolitik ausgeübt hat.

Als Hohenlohe Botschafter in Paris war, besuchte er bei jeder Berliner Anwesenheit Bleichröder; ein Freund des Juden war er keineswegs:

1879: „Dann besuchte ich Bleichröder. Er sprach vom Kaiser von Rußland, von Rumänien, vom Kulturkampf und so weiter. Dann kam er darauf, daß ich Nachfolger Bülows werden müßte, er, Bleichröder, habe es dem

Reichskanzler vorgeschlagen." (Bülow war der verstorbene Staatssekretär Bismarcks.)

Zwei Tage später: „Heute sprach ich mit Bleichröder, der von Rußland Briefe erhalten haben will, wonach der Kaiser unzurechnungsfähig sei. Man sei sehr erbittert gegen Deutschland, namentlich gegen Bismarck und seinen Vertrag. — Besonders interessante Gegenstände für den Kanzler von Pariser Berichten seien: finanzielle Verwicklung; die Frage, ob ein französisch-italienisches Anlehen abgeschlossen werde, die Frage der russisch-französischen Allianz."

Ein anderes Mal ist er wieder bei Bleichröder: „Ich habe anderthalb Stunden bei Bleichröder gesessen und seine talmudische Weisheit angehört. ... Was mir an dem Gespräch unangenehm war, daß Bleichröder in handelspolitischen Fragen bei Bismarck doch Einfluß zu haben scheint. Er tut, als wenn er mit regierte ... Mir scheint, als ob die eigennützige jüdische Handelspolitik Bleichröders an dem Sturze Delbrücks und an manchen unreifen Finanzprojekten der neueren Zeit schuld sei."

„Heute bei Bleichröder, der mir in zweistündiger Unterredung viel Interessantes sagte ... Bismarck will von einer Friedensvermittlung nichts wissen, weil er — mit Recht — sagt, daß die Russen uns dann die Schuld eines faulen Friedens zuschreiben würden. In der inneren Politik arbeitet Bleichröder an einer Reform der Handelsgesetzgebung, Schutzzoll."

Das war im Herbst 1877, kurz bevor Bismarck zur Schutzzollpolitik überging, einer Wirtschaftspolitik, die den Juden durchaus gegen den Strich ging. Man darf annehmen, daß Bleichröder sich in diese Mitarbeit hineingedrängt hat, um sie nach der anderen Seite womöglich zu ändern, jedenfalls zu mildern.

*

Kommen wir noch einmal auf die Perrotsche Presseaktion zurück, so zeigen die Ausführungen, soweit man rückwärtig zu beurteilen vermag, vieles Richtige und einen gesunden Kern. Auch wenn er in einem anderen Artikel sagte:

„Da ist die möglichst vollständige Verduftung der Milliarden (der französischen Kriegsentschädigung), ohne daß damit irgend wesentlicher und bleibender Nutzen für die Nation geschaffen worden, eine Leistung ersten Ranges. Minister, die dem Bankgeschäft und den Börsenmächten weniger nahegestanden hatten, wie die Herren Delbrück und Camphausen, hätten den Milliardensegen benutzt, um das Reich und die Bundesstaaten aus der Schulduntertänigkeit der Bankgeschäfte unserer israelitschen Mitbürger zu befreien und ein Staats-Wirtschaftssystem zu inaugurieren, das die für den allgemeinen Nutzen gewidmeten Anlagen herzustellen ermöglicht hätte, ohne dafür tributär und von ihnen abhängig zu werden und zu bleiben. Die

Gefahr, daß dergleichen wirklich geschehen könnte, war imminent, und unsere jüdischen Mitbürger dürften sich gratulieren, daß in Deutschland und Preußen zwei Minister am Ruder waren wie die Herren Delbrück und Camphausen, und daß ein Bankier, wie Herr von Bleichröder, das Ohr und Vertrauen des leitenden deutschen Staatsmannes und seiner Minister besaß."

Was Perrot 1875 schrieb, hat sich voll bestätigt. Sein Bruder Karl Perrot erzählte dem Verfasser dieses Buches mündlich und hat es später in seiner Schrift: „Bismarck und die Juden" ebenfalls niedergelegt: Als sein Bruder Franz 1891 von beinahe allen verlassen (die Konservativen hatten Perrot wegen ihrer eigenen Beziehungen zum Judentum noch in den siebziger Jahren fallen lassen) im Sterben lag, habe er ihm gesagt: „Soll unser deutsches Vaterland rettungslos der Korruption preisgegeben sein?" — Und die Korruption kam, war schon da!

Franz Perrot ist seit zwei Menschenaltern so gut wie vergessen. Dabei gehört gerade er zu den wenigen Persönlichkeiten, die — in einem entscheidenden Augenblick des neuen Reiches — die jüdische Arbeit klar und scharf erkannt haben. Ja, er war wohl der einzige, der die ungeheure Gefahr der jüdischen Finanzgesetzgebung begriff und andere Wege wies, als es noch Zeit war, Wege, die einfach und praktisch gerade in jenem denkbar günstigen Augenblick der französischen Kriegsentschädigung unmittelbar und praktisch beschritten werden konnten.

Auf der anderen Seite ist festzustellen, daß die kapitalistische Entwicklung des Reiches keineswegs als das alleinige Werk der in Deutschland lebenden Juden angesehen werden kann. Der Kapitalismus beherrschte seit drei Vierteljahrhunderten Europa unter jüdischer Führung. Der Bevölkerung kam sie wenig oder gar nicht oder als „fortschrittliche Entwicklung" zum Bewußtsein. Daß die Fürsten und Regierungen der Staaten diese ihre schimpfliche Abhängigkeit nicht über die Dächer riefen, liegt nahe genug, und als die Juden im neunzehnten Jahrhundert einen ihrer Emanzipationssiege nach dem anderen errangen, sich in Massen taufen ließen und zum Teil unjüdische Namen annahmen, und schließlich der „Staatsbürger" alles zudeckte, fragte man wenig, wer und was hinter den Aktiengesellschafts-Gründungen der siebziger und achtziger Jahre stand ... Überdies, es war das bürgerliche Zeitalter: war einer Staatsbürger, so war er eben damit Deutscher. Wie konnte man auch dem Juden übelnehmen, daß er einen „anderen Glauben" habe? War nicht trotzdem „derselbe Gott"? Gab es nicht viele Juden, die uneigennütziger waren als — „mancher Christ"? Und was hatten die armen Juden schon an Verfolgung und Mißhandlung ausstehen müssen! Daß sie Geld verdienten, war doch kein Fehler, und wie nützlich wurde dadurch der Jude für Staat und Reich! Nun hatte er endlich alle Rechte des

Staatsbürgers. Nur sich einzugewöhnen war ihm noch nötig, und das mußten ihm alle jetzt recht leicht machen.

An ähnlichen Grundsätzen hielten auch viele von denjenigen fest, denen die nach 1870 grenzenlos wachsende Frechheit der Juden ebensoviel Abscheu wie Besorgnis für die Zukunft einflößte.

In seinen Reden gegen das Verhalten der Juden im Reichstag und in seiner Schrift „Unser Judentum" schrieb Treitschke: Er denke nicht daran, den Juden ihre staatsbürgerliche Freiheit zu verkümmern. Die Hauptgefahr erblickte er in dem jüdischen Zuzuge nach Deutschland aus dem europäischen Osten; dieser war sehr stark, denn die Ostjuden erkannten im neuen Deutschen Reich reiche und vielfältige Gelegenheit zur Betätigung sehr gewinnbringenden Schmarotzertums. Wenn es mit diesem Zuzug so weiterginge, meinte Treitschke, so würde die Frage immer ernster werden, ob eine Vermischung des jüdischen Volkstums mit dem deutschen Volkstum noch möglich sei. — Auch Treitschke also sah in jüdisch-deutscher Vermischung und in einem allmählichen, aber vollkommenen Aufgehen des jüdischen Volkstums die endgültige, wünschenswerte, ja notwendige Lösung der Judenfrage für Deutschland. So dachte man, abgesehen von wenigen einzelnen, in Deutschland noch geraume Zeit später, zum Beispiel im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts der verdiente Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Professor Hasse, allerdings, ebenso wie Treitschke, unter der Voraussetzung einer hermetischen Abschnürung unserer Grenzen gegen allen jüdischen Zuzug. Dann, so meinte man, werde es möglich sein, allmählich den Juden zu verdauen.

Man sah keinen anderen Ausweg, glaubte auch, in möglichst zahlreichen Taufen von Juden ein Zeichen guten Willens zur „Assimilation" zu erblicken, während andere wieder diejenigen Juden sympathischer, bisweilen mit Bewunderung betrachteten, die „ihrem Glauben treu blieben"

Für die Stimmung und Stellungsnahme der deutschen Bevölkerung den Juden gegenüber ist charakteristisch, daß bis nach dem Weltkriege es keine Partei, abgesehen von den kleinen und einflußlosen antisemitischen Gruppen, in Deutschland gab, die nicht den „Antisemitismus" aus irgendeinem Grunde oder Vorwande verabscheut hätte, eine Erscheinung, die auch zeigte, wie weit und stark jüdischer Einfluß und jüdisches Wesen schon während des ersten Menschenalters nach dem siebziger Kriege das deutsche Volk durchdrang. Warum es den Antisemiten nicht gelang, zu Einfluß und Macht zu gelangen, ist in dem Buch des Verfassers „Judas Kampf und Niederlage" ausführlich behandelt worden. Ein anderes wichtiges Moment kann auch in dieser summarischen Darstellung nicht unerwähnt bleiben: die zahlreichen persönlichen Verbindungen, Beziehungen, auch Freundschaften zwischen

solchen Deutschen, die in ihrer Tätigkeit und Gesinnung durchaus als national angesprochen werden konnten, mit Juden. Auch Adolf Stöcker hatte jüdische Freunde und hob sonst auch hervor, wie auch Treitschke im Reichstage sagte, er habe vortreffliche Freunde unter den Juden. Eine andere, besonders in Industrie und Handel vertretene Richtung vertrat die Ansicht: beinahe allen Deutschen fehle etwas, was die Juden hätten, besonders in Geschäften und Unternehmungen: „der jiddsche Kopp". Daß die Juden gerade für das deutsche Wesen eine ausgezeichnete Ergänzung der diesem fehlenden Eigenschaften bildeten, war auch die Ansicht wohl des Durchschnitts der Oberschicht in der akademischen Welt; dies äußerte sich, vollends nach 1918, in der starken und fortschreitenden Judaisierung des Hochschullehrertums.

So war auch nur folgerichtig die ziemlich allgemein verbreitete, von den Juden selbst natürlich sorgsam gepflegte naive deutsche Meinung: Posten und Ämter, die Kenntnis des Finanzwesens und Gewandtheit auf diesem Gebiete erforderten, müßten zweckmäßigerweise mit Juden besetzt werden. Diese verständen doch am besten mit Geld umzugehen, hätten auch in der ganzen Welt die wertvollsten Verbindungen.

Es war eben der kapitalistische Staat und seine auf diesem Gebiete vollständige Durchjudung, wie in allen europäischen Staaten. Sie alle wiederum standen unter der unausgesprochenen Leitung des jüdischen Weltkapitalismus.

In der damaligen Sprache ausgedrückt: „Europa stand im Zeichen des Fortschritts der Menschheit." Der Reichtum wuchs, besonders nach den Bismarckschen Zollgesetzen, und damit auch die Lebenshaltung, von den neunziger Jahren an auch der unteren Schichten, einschließlich des Handarbeitertums. Das war an und für sich natürlich eine erfreuliche Erscheinung und der Erfolg einer großen Arbeitsleistung des deutschen Volkes. Die Früchte reiften schnell, zu schnell, und die nächsten Jahrzehnte zeigten, daß sie vergiftet waren. Zu behaupten, der in Deutschland herrschende kapitalistische und in sich unsoziale Geist sei ausschließlich dem jüdischen Einfluß zu danken, würde unrichtig sein. Jene angemaßte Souveränität im Großindustriellentum, ebenso im Großagrariertum, also in Schichten, die, wenn überhaupt, unter einem beherrschenden jüdischen Einfluß nicht standen, geschweige denn zu stehen brauchten, sind, abgesehen vom Gefühl der eigenen Leistung, aus deutschen Eigenschaften erwachsen, die man von jeher in der deutschen Geschichte findet unter den verschiedensten Formen und Verhältnissen. Diese Eigenschaften boten für den jüdischen Geist nur allzu günstige Infektionsmöglichkeiten.

Einer der berühmtesten und erfolgreichsten Premierminister Großbritanniens, der Jude Disraeli, hat geschrieben, daß der Einfluß des britischen

Reiches in der Welt um so stärker wirke, je weniger sein Ursprung bekannt sei. Dasselbe läßt sich, und zwar in weit höherem Grade, vom Judentum sagen. Das deutsche Geschlecht, das heute lebt, kann die Größe des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des Lebens in der Zeit vom Anfang des Zweiten Reiches bis zu seinem Ende klar erkennen, vollends an der Hand des sich jetzt von Jahr zu Jahr häufenden Materials der seit 1933 unbehinderten Erforschung des Wirkens der Juden in Deutschland. Es sind viele, die dieses Schauder und Staunen erregende Bild mit Kopfschütteln in sich aufnehmen, und mit der Frage, wie denn so etwas in Deutschland möglich gewesen und geworden sei. Die Geschichte gibt über alles Aufschluß, und es ist unsere Pflicht, neben dem Wissen über das neunzehnte, das jüdische, Jahrhundert, auch vorurteilslos verstehen zu trachten, wie es kam und möglich wurde, daß die uns vorausgegangenen deutschen Generationen so tief unter dem jüdischen Einfluß auf beinahe allen Gebieten des Lebens geraten sind. Immerhin kann festgestellt werden, daß unter allen Staaten Europas die widerstrebenden Strömungen im deutschen Volke am längsten sich mit freilich allmählich abnehmendem Erfolge gegen die volle staatsbürgerliche Eingliederung der Juden gewehrt haben.

Schwer zu verstehen ist, daß Bismarck die von Stöcker und manchen anderen festgestellte Schädlichkeit und Gefährlichkeit der jüdischen Presse in Abrede stellte. Seiner Meinung nach beschäftigte sich die jüdische Presse nicht mit Politik, sondern bekümmerte sich in der Hauptsache um Geld-, um Finanzfragen und das Geschäft überhaupt. Es ist keine Übertreibung, daß dieser Standpunkt des Kanzlers in seiner tatsächlich unermeßlichen Tragweite ein schweres nationales Unglück gewesen ist. Bismarck hat sich mit den tieferen Zusammenhängen der Pressearbeit nicht beschäftigt. Er brachte der Presse im ganzen eine außerordentliche Geringschätzung entgegen. Sein Wort war bekannt: Journalisten würden nur solche Leute, die ihren Beruf verfehlt gehabt hätten, überhaupt verkrachte Existenzen. Die ungeheure Last von Arbeit, Kampf und Verantwortung, die auf seinen Schultern drei Jahrzehnte hindurch lag, hat ihm vielleicht nicht die Möglichkeit gelassen, sich mit dem Thema Presse näher zu beschäftigen. Eulenburg erzählt in seinen Erinnerungen, wie er dem Kanzler in einer abendlichen Unterhaltung den Gedanken unterbreitet habe: Deutschland sei bekannt als das Land der vielen Examina. Warum führte man denn keine Prüfungen für den werdenden Journalisten ein? Bismarck sei sehr aufmerksam gewesen und habe schließlich gesagt, eine solche Einführung würde vielleicht möglich sein nach einem siegreichen Kriege. Eine gewisse Nachdenklichkeit über die Presse geht hieraus immerhin hervor. Jede nähere Beschäftigung mit dem Thema würde den Scharfblick Bismarcks auf die her-

vorragende Rolle des Juden und von da aus auf den organischen Zusammenhang der jüdischen Pressearbeit auf dem Felde der Finanzwirtschaft, der Finanzpolitik, der Außen- und Innenpolitik und des Internationalismus geführt haben. Es konnte dann auch nicht fehlen, daß er im Juden den Reichsfeind erkannt hätte.

Unter den verschiedensten Färbungen und Abstufungen, auf den gewundensten Wegen hat sich die jüdische und judaistische Presse, ohne Ausnahme und ohne Pause, ununterbrochen als Reichsfeind betätigt.

Jeder der Wege, den das politische Judentum irgendeiner seiner verschiedenen Abstufungen zu gehen und zu führen bestrebt war, sollte und mußte schließlich zu dem Ergebnis führen, das sich in der Novemberrepublik schaudervoll verwirklichte.

Der jüdische Reichsfeind war überall in Deutschland vorhanden und bei der Arbeit, in allen Parteien, in allen Berufen, in allen Schichten, unter allen Masken, bisweilen auch ohne Maske. Man sah ihn, aber nicht als das Wesen, welches er in Wirklichkeit war, und nicht als die Lebensgefahr, welche er für das Volk und das Reich bedeutete.

Und die Zukunft des Reiches?

Die reichsfeindlichen Parteien pflegten dem Fürsten Bismarck unter anderem den Vorwurf zu machen: er lenke den Reichswagen in so halsbrecherischem Tempo über die gefährlichsten Pfade, daß früher oder später er umwerfen müsse. Plötzlich werde ein neuer Kurs eingeschlagen — damit war der Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll gemeint —, ein Gesetzentwurf von größter Tragweite folge unvermittelt auf den anderen. Die gesetzgebenden Körperschaften lasse der Reichskanzler überhaupt nicht mehr zu Atem kommen bei diesem rasenden Tempo. Eine Katastrophe, früher oder später, sei unvermeidlich. So sprach man nicht allein unter den geschworenen Gegnern und persönlichen Feinden des Kanzlers, sondern auch am Hof und in jene ganzen großen Bezirken, die damals als die besten Kreise bezeichnet wurden: Warum diese Eile?

Im Jahre 1870 war Bismarck ein Mann von 55 Jahren. Er wußte nicht, wie lange ihm Kräfte und Zeit bleiben würden. Er konnte sterben, der alte Kaiser Wilhelm konnte sterben. Wie dessen Nachfolger, der damalige Kronprinz Friedrich Wilhelm, regieren würde, stand dahin. Der Kronprinz war aber während seiner langen Wartezeit politisch immer liberal gewesen und, mochten auch seine Stimmung und jeweilige Ansicht wechseln, unter dem dauernden starken und ständigen Einfluß seiner Gattin, der geborenen englischen Prinzessin; überhaupt konnte kein Zweifel darüber sein, daß der

Kronprinz, von durchaus edler Gesinnung, wie er war, Einflüssen von der liberalen Seite gegenüber keinen Widerstand zu leisten imstande war. Was würde dann sein, welche Gewähr war zu sehen, daß das große Werk: das Reich, die nötige innere und äußere Festigkeit erhielt? Wer würde da sein, um das Werk nach denselben Gedanken und Willensrichtungen weiter zu erhalten und zu stärken, die er, sein Schöpfer, als richtig erkannt und befolgt hatte?

Wer die Reden des Kanzlers liest, wird von Jahr zu Jahr, seit 1871, eine steigende, drängende, sich immer mehr mit Sorge erfüllende Unruhe bemerken: die Sorge um die Zukunft des Reiches.

Man kann sich auch des Gedankens nicht entschlagen, daß diese Sorge sich wesentlich auch auf die Entwicklung des parlamentarischen Lebens im Reichstage zurückführte. Den Reichstag hatte sich Bismarck als eine der stärksten Bindekräfte für einheitliche Entwicklung im neuen Reich gedacht. Anstatt dessen wurde er in ununterbrochener Steigerung zu einem Element der inneren Zersetzung. Dieses Gefühl und diese bitteren Ahnungen kommen ergreifend und tragisch in einer Rede Bismarcks im Jahre 1885 zum Ausdruck; es handelte sich um eine koloniale Vorlage. In einer vorhergehenden Rede hatte der Kanzler das Wort eines Abgeordneten aufgegriffen: wenn ein deutscher Völkerfrühling anbräche, dann fehle auch der Loki nicht, der seinen Hödur finde. Dies wurde nicht verstanden, und so kam Bismarck in der folgenden Rede darauf zurück:

„Dieser deutsche Völkerfrühling (in den Jahren vor und nach 1871) hielt nur wenig Jahre nach dem großen Siege vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardensegen schon erstickend auf ihn gewirkt hat. (Dies ist die einzige Andeutung Bismarcks, daß seiner Zukunftssorge die korrumpierende Wirkung des großen Geldzuflusses nicht entgangen war.) Aber dann kam, was ich unter dem Begriff ‚Loki' verstand. Der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader — der in dynastischen und in konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fraktionskämpfen seine Nahrung findet —, der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen bei einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im Deutschen Reichstage aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist, sondern der Parteigeist überwuchert uns; und der Parteigeist, wenn der mit seiner Loki-Stimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerät und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde."

Und die gleiche tiefe, zornige Sorge sprach sich in einer der letzten Reden, die Bismarck im Reichstag gehalten hat, aus: „Lassen Sie den nationalen Gedanken leuchten vor Europa, jetzt ist er in der Verfinsterung begriffen."

Der nationale Gedanke hatte in dieser Verbindung, wie in den verflossenen Jahrzehnten, den Sinn der deutschen Einheit, und zwar nicht nur der äußeren, also auch den der Einigkeit: den Reichsgedanken. Bismarck hatte diesen Reichsgedanken verwirklicht, bald würde er wahrscheinlich nicht mehr in der Lage sein, durch seine Kraft, seine Erfahrung und seinen Weitblick zu erhalten, was er geschaffen hatte. Es war keine Übertreibung! Der nationale Gedanke war in der Verfinsterung begriffen, Europa sah ihn nicht mehr leuchten, sondern verfolgte schadenfroh und hoffnungsfroh die Fortschritte der Verfinsterung.

Die Geburt des neuen Reiches und seine Ausgestaltung, seine mächtige Stellung in Europa war für keine der anderen Mächte eine Freude; im Gegenteil: man sah mit Ungeduld im Ausland dem Augenblick entgegen, daß Bismarck von seinem Platz verschwände oder stürbe. Solange er lebte und im Amt war, war eben nichts zu machen. —

Bismarck sah klarer und richtiger als alle in Deutschland die Größe der Gefahren, die dem Reich von innen und von außen drohten und vollends nach seinem Weggang oder Tod drohen würden. So wurde die Unruhe, die Sorge, ja die Angst vor dieser Zukunft zum mächtigen, ungestümen Drängen: die Zeit und alle Kräfte, die ihm noch blieben, aufs äußerste auszunutzen zur Festigung seines Werks.

In der Konfliktszeit der sechziger Jahre hatte Bismarck die preußische Monarchie vor der Gefahr bewahrt: im besten Fall ein Etikett des demokratischen Parlamentsstaates zu werden, im schlimmsten, das Schicksal Louis Philipps zu teilen und der demokratischen Republik Platz zu machen. Dem preußischen Ministerpräsidenten war damals gelungen, Preußen zu einer Großmacht und zur Vormacht in Deutschland zu machen und die Monarchie zu einer Macht, Autorität und Festigkeit zu bringen, wie sie sich auch die kühnsten Träume preußischer Monarchen und Monarchisten des neunzehnten Jahrhunderts nicht hatten vorstellen können. Auf dieses festgegründete und autoritative Königtum der Großmacht Preußen hatte Bismarck ebenso fest das preußisch-deutsche Kaisertum gestellt und in ihm verankert; nicht um der Monarchie und des preußischen Königtums an sich willen, sondern weil dieses ihm als eine wichtigste Garantie der Reichseinheit erschien, also als Mittel für diese, für das Reich, nicht umgekehrt: der Kaiser war nur um des Reiches, nur um der deutschen Einheit willen geschaffen worden.

ZWEITES BUCH

MEHR SCHEINEN ALS SEIN!

ERSTER ABSCHNITT

„Dann regiere Ich selbst!"

Prinz Wilhelm

Mein Sohn Prinz Wilhelm hat" — so schrieb der nachmalige Kaiser Friedrich III. im Jahre 1886 aus dem Auslande an Bismarck —, ,,ehe ich darum wußte — gegen Seine Majestät den Wunsch geäußert, während des bevorstehenden Winters mit der Tätigkeit unserer Ministerien näher bekannt zu werden, und so ist infolgedessen, wie ich vernehme, bereits in Gastein seine Beschäftigung im Auswärtigen Amt ins Auge gefaßt worden.

Da mir bis jetzt von keiner Seite offizielle Mitteilungen hierüber gemacht worden sind, sehe ich mich veranlaßt, zunächst vertraulich, mich an Sie zu wenden, einmal, um zu erfahren, was etwa bereits bestimmt ward, dann aber, um zu erklären, daß — trotz meines prinzipiellen Einverständnisses mit der Einführung meines ältesten Sohnes in die Fragen der höheren Verwaltung — ich entschieden dagegen bin, daß er mit dem Auswärtigen Amt beginne.

Denn angesichts der Wichtigkeit der dem Prinzen zu stellenden Aufgabe halte ich es für geboten, daß er vor allen Dingen die inneren Verhältnisse seines Landes kennenlerne und dann sich mit denselben vertraut fühle, ehe er bei seinem ohnehin schon sehr raschen und zur Übereilung neigenden Urteil sich auch nur einigermaßen mit der Politik befaßt. Sein wirkliches Wissen ist noch lückenhaft, es fehlt ihm zur Zeit an der gehörigen Grundlage, weshalb es durchaus erforderlich ist, daß seine Kenntnisse gehoben und vervollständigt werden. Einen solchen Zweck würde die Zuteilung eines Zivil-Informators und damit verbunden oder auch später die Beschäftigung auf einem der Verwaltungs-Ministerien erfüllen.

Aber angesichts der mangelnden Reife, sowie der Unerfahrenheit meines ältesten Sohnes, verbunden mit seinem Hang zur Überhebung, wie zur Überschätzung, muß ich es geradezu für gefährlich bezeichnen, ihn jetzt schon mit auswärtigen Fragen in Berührung zu bringen.

Indem ich Sie bitte, diese meine Mitteilung als nur allein an Sie gerichtet zu betrachten, rechne ich auf Ihren Beistand in dieser mich sehr ernst bewegenden Angelegenheit."

Der Wunsch des Vaters wurde nicht erfüllt, weil der Kaiser den Befehl bereits gegeben hatte.

Dieser Brief ist grundlegend wichtig, weil er das Urteil des Vaters über den damaligen Prinzen Wilhelm enthält — nur knapp zwei Jahre, bevor dieser den Thron bestieg. Damals also noch war das Urteil über das Wesen seines ältesten Sohnes ein derartiges, daß er auch nur die Beschäftigung des Prinzen mit auswärtigen Fragen dem Reichskanzler gegenüber für geradezu gefährlich hielt, wegen des Mangels an Reife seines Sohnes, wegen der Lückenhaftigkeit seiner Kenntnisse, wegen seiner Überhebung, Überschätzung und seines sehr raschen, zur Übereilung neigenden Urteils.

Wie ernst es dem damaligen Kronprinzen, späteren Kaiser Friedrich, war, ergibt sich aus der Tatsache, daß er trotz der Entscheidung des Kaisers sich an Bismarck wandte, um diesem die peinliche Mitteilung zu machen, die ihm eine Gewissenspflicht war und gewiß eine schwere von seinem Vaterstandpunkt aus. Prinz Wilhelm war 1859 geboren, also im Jahre 1886 war die Warnung des Vaters immerhin ein Umstand, der mit gewissen Besorgnissen für die Zukunft erfüllen mußte. Denken wir an die Reihe früherer deutscher Kaiser, so sind unter ihnen manche in viel jüngeren Jahren auf den Thron gekommen, von Anfang an vom Gefühl ihrer Würde, aber ohne Ausnahme von dem beherrschenden Drang erfüllt, ihrer Herrscheraufgabe mit allen Kräften gerecht zu werden.

*

Im dritten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen" bedauert Bismarck überhaupt, daß der Prinz vor seiner Thronbesteigung nicht in die richtigen Umgebungen gekommen sei, sondern eigentlich nur das Leben im Garde-Regiment kennengelernt habe. „Er ist dann auch mit Anschauungen auf den Thron gekommen, die für unsere preußischen Begriffe neu und nicht durch unser Verfassungsleben geschult sind."

In denselben Zusammenhängen berichtet Bismarck, daß der Prinz seit 1884 einen zuzeiten lebhaften Briefwechsel mit ihm, dem Kanzler, unterhalten habe. Aus diesem hat Bismarck einige Schreiben veröffentlicht. Sie sind uns heute so aufschlußreich und deshalb von so erheblicher Bedeutung für die Beurteilung des Wesens des späteren Kaisers, daß wir auf sie eingehen wollen. Das sind zwei Briefe, deren Beantwortung durch Bismarck für den Prinzen die Ursache für eine erste Verstimmung gebildet hat:

1887 lud der damalige General-Quartiermeister Graf Waldersee zu einer internen Versammlung ein. Prinz Wilhelm und seine Gattin und der Hofprediger Adolf Stöcker waren die Hauptpersonen, außerdem, wie Bismarck schreibt, Abgeordnete und andere bekannte Persönlichkeiten. Die Versammlung galt der Beschaffung von Geldmitteln für die Berliner Stadt-

mission. Der weitere Plan war, eine große Organisation zu bilden, die über alle Städte ausgedehnt werden sollte. Graf Waldersee erläuterte: die Stadtmission sei nichts Politisches, wolle nur Königstreue und Pflege des patriotischen Geistes. Mit der materiellen Unterstützung gehe die geistliche Versorgung Hand in Hand, und das sei das einzig wirksame Mittel, den anarchistischen Tendenzen entgegenzutreten. Die Zeitungen berichten darüber, die konservative Rechte mit hoher Befriedigung, die Linke tobte, und die Mitte war unzufrieden. Auf der Waldersee-Versammlung hatte Prinz Wilhelm dem Gedanken zugestimmt und ihn als „christlich-sozial" bezeichnet. Christlich-sozial hatte der Hofprediger Stöcker die von ihm gegründete Partei genannt.

Der Prinz hatte nachher gehört, daß der Kanzler mit seiner Teilnahme an der Versammlung nicht einverstanden sei. Vorher hatte er dem damaligen Staatssekretär Herbert Bismarck von der Versammlung erzählt und war mit ihm in Meinungsverschiedenheiten geraten.

Prinz Wilhelm lobte Stöcker, meinte, er wäre ein Mann wie Luther und habe das große Verdienst, durch seine Reden Tausende von Sozialdemokraten gewonnen zu haben. Herbert Bismarck sagte, das sei ein Irrtum, die Berliner gingen zwar sehr gern in lärmende Versammlungen, aber die Wahlbeteiligung sei eine geringe, und die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen sei ständig gestiegen. Überdies sei Stöcker in dieser seiner Eigenschaft nicht Geistlicher, sondern Politiker, und deshalb könne dem Prinzen nicht empfohlen werden, daß er sich mit Stöcker bzw. der Christlich-sozialen Partei identifizieren lasse.

Außerdem war in dem damaligen offiziösen Blatt, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", ein Artikel erschienen, der nach Ansicht des Prinzen der Anlaß für die Zeitungshetze gegen ihn und Stöcker gewesen war. Dieser Artikel, meinte er, sei von Herbert Bismarck geschrieben worden; was nicht der Fall war.

Prinz Wilhelm richtete nunmehr ein längeres Schreiben an Bismarck, um diesen zu überzeugen, daß die Waldersee-Versammlung und seine Beteiligung an ihr gut und richtig gewesen sei. Der Brief ließ eine starke Gekränktheit durchschimmern. Andererseits bediente der Prinz sich einiger schwülstiger Treueversicherungen: „Ich ließe mir stückweise ein Glied nach dem anderen für Sie abhauen, eher, als daß ich etwas unternähme, was Ihnen Schwierigkeiten machen oder Unannehmlichkeiten bereiten würde usw." Und schließlich: „Käme es zum Kriege, so mögen Sie nicht vergessen, daß hier eine Hand und ein Schwert bereit sind, von einem Manne, der sich wohl bewußt ist, daß Friedrich der Große sein Ahnherr ist und dreimal so viel

allein bekämpfte, als wir jetzt gegen uns haben; und der seine zehn Jahre militärischer Ausbildung nicht umsonst hart gearbeitet hat."

Nicht lange vorher hatte der Prinz ein Schreiben an Bismarck geschickt, in dem er sich über seine Stellung den übrigen deutschen Fürsten gegenüber äußerte, wenn bald oder überraschend sein Großvater und sein Vater gestorben sein würden. Er entwickelte für diesen Fall folgende Gedanken: an Alter stehe er hinter beinahe allen lebenden deutschen Bundesfürsten weit zurück. Menschlich sei ihnen nicht übelzunehmen, „wenn es ihnen zum Teil sauer ankommt, unter den neuen, so jungen Herrn zu treten. Daher muß die von Gottes Gnaden herstammende Erbfolge als ein selbständiges Fait accompli den Fürsten gegenüber betont werden, und zwar so, daß sie keine Zeit haben, viel darüber zu grübeln."

Deshalb wolle er, der Prinz, daß „die beifolgende Proklamation an jeder Gesandtschaft versiegelt deponiert und im Falle meines Regierungsantritts sogleich durch die Gesandten den betreffenden Fürsten übergeben werde". ... Er habe sich planmäßig seit längerer Zeit um Herausbildung eines freundschaftlichen Verhältnisses mit den Bundesfürsten bemüht. „Das werden Ew. Durchlaucht in dem Passus erkennen, wo von der Unterstützung durch Rat und Tat die Rede ist, d. h., die alten Onkels sollen den lieben jungen Neffen nicht Knüppel zwischen die Beine stecken." Er habe öfter mit seinem Vater darüber gesprochen, und sie seien sehr verschiedener Ansicht darüber. Dieser meine, er habe nur zu kommandieren, und die Fürsten hätten zu parieren, während ich die Ansicht vertrat, man müsse die Fürsten nicht als einen Haufen Vasallen, sondern mehr als eine Art von Kollegen ansehen, deren Wort und Wunsch man ruhig anhören müsse; ob man sie erfülle, das sei etwas anderes! „Mir wird es leicht werden, per Neffe und Onkel mit diesen Herren sie durch kleine Gefälligkeiten zu gewinnen und durch etwaige Höflichkeitsbesuche sie zu kirren (!). Habe ich sie erst von meinem Wesen und Art überzeugt und mir in die Hand gespielt — nun, dann parieren sie mir um so lieber. Denn pariert muß werden! Aber besser, es geschieht aus Überzeugung und Vertrauen, als gezwungen!"

Bismarck beantwortete die beiden Schreiben des Prinzen in einem einzigen umfangreichen; zuerst den Brief wegen der deutschen Bundesfürsten. Er bat den Prinzen Wilhelm dringend, die Verschickung jenes Schreibens zu unterlassen und das vorhandene Exemplar zu verbrennen. „Wenn ein Entwurf der Art vorzeitig bekannt würde, so würden nicht nur Seine Majestät der Kaiser und seine Kgl. Hoheit der Kronprinz peinlich davon berührt sein; das Geheimnis ist aber heutzutage stets unsicher. Wenn aber über zwanzig Abschriften gefertigt und bei sieben Gesandtschaften deponiert wurden, so vervielfältigen sich die Möglichkeiten böser Zufälle und unvorsichtiger Men-

schen." Auch wenn das nicht der Fall sei, so würde böses Blut bei den Bundesfürsten entstehen, wenn der Entwurf schon vor dem Tode des Kaisers und des Kronprinzen redigiert und bereitgehalten werde.

Bismarck geht dann — man liest seine Sorge zwischen den Zeilen — auf die Wichtigkeit und die Rolle der Bundesfürsten ein:

„Wir wären in der Vergangenheit von nur siebzehn Jahren der Parlamentsherrschaft schon verfallen, wenn die Fürsten nicht fest zum Reich gestanden hätten, und freiwillig, weil sie selbst zufrieden sind, wenn sie behalten, was ihnen das Reich verbürgt; und noch mehr in Zukunft, wenn der Nimbus von 1870 verblaßt sein wird, liegt die Sicherheit des Reichs und seiner monarchischen Institutionen in der Einigkeit der Fürsten. Letztere sind nicht Untertanen, sondern Bundesgenossen des Kaisers, und wird ihnen der Bundesvertrag nicht gehalten, so werden sie sich dazu auch nicht verpflichtet fühlen, und Anlehnung suchen, wie früher, bei Rußland, Österreich und Frankreich, sobald die Gelegenheit dazu günstig erscheint, wie immer national sie sich auch halten mögen, solange der Kaiser der Stärkere ist. So war es seit tausend Jahren, und so wird es sein, wenn die alte Eifersucht der Dynastien wieder gereizt wird."

Es sei also eine sehr richtige Politik, die den Prinzen veranlasse, sich an die Herren Vettern zu wenden, aber er möge dies mit der Versicherung tun, daß der neue Kaiser die vertragsmäßigen Rechte der verbündeten Fürsten ebenso gewissenhaft achten und schützen werde wie seine Vorgänger. Alles müsse vermieden werden, was die Fürsten argwöhnisch machen könne: der neue Kaiser werde ihre vertragsmäßigen Rechte einschränken wollen. Im selben Augenblick „wäre der Zauber der nationalen Einheit mit seiner mächtigen Wirkung auch in Preußens neuen Provinzen und besonders im Auslande gebrochen".

Und — hier geht Bismarck auf das andere Schreiben des Prinzen über — „der nationale Gedanke ist auch den Sozial- und anderen Demokratengegenüber — auf dem Lande vielleicht nicht, aber in den Städten — stärker als der christliche. Ich bedaure es, sehe aber die Dinge, wie sie sind.

Die festeste Stütze der Monarchie suche ich aber in beiden nicht, sondern in einem Königtum, dessen Träger entschlossen ist, nicht nur in ruhigen Zeiten arbeitsam mitzuwirken an den Regierungsgeschäften des Landes, sondern auch in kritischen, lieber mit dem Degen in der Faust auf den Stufen des Thrones für sein Recht kämpfend zu fallen, als zu weichen. Einen solchen Herrn läßt kein deutscher Soldat im Stich, und wahr bleibt das alte Wort von 1848: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten! Priester können dabei viel verderben und wenig helfen."

Bismarck knüpft an den Schluß des prinzlichen Briefes an, der Prinz sei sich bewußt, daß Friedrich der Große sein Ahnherr sei, und sagt: „Es lag nicht in der Art des Großen Königs, sein Vertrauen auf Elemente wie das der Inneren Mission zu setzen." Für solche Vereine und Reden gelte das Wort: Wie gewonnen, so zerronnen! Persönlichkeit und Name des zukünftigen Kaisers dürften mit diesen Vereinen und so weiter nie in Beziehungen gesetzt werden. Unter den genannten Namen der Waldersee-Versammlung seien viele, die die Innere Mission lediglich als Brücke für sich betrachteten und dadurch gute Beziehungen zum künftigen Kaiser vorzubereiten versuchten. „Ich bin nicht bestrebt, Mißtrauen zu wecken, wo Vertrauen besteht; aber ein Monarch kann ohne einiges Mißtrauen erfahrungsmäßig nicht fertig werden, und Ew. Kgl. Hoheit stehen dem hohen Beruf zu nahe, um nicht jedes Entgegenkommen daraufhin zu prüfen, ob es der Sache gilt, um die es sich handelt, oder dem künftigen Monarchen und dessen Gunst."

In dringender Sorge mahnt Bismarck aus seiner langen Erfahrung den Kaiser um Vorsicht, auch der Geistlichkeit gegenüber. „Ich habe nichts gegen Stöcker, er hat für mich nur den einen Fehler als Politiker, daß er Priester ist, und als Priester, daß er Politik treibt." Er, Bismarck, habe seine Freude an der tapferen Energie Stöckers und an seiner Beredsamkeit, aber er habe keine glückliche Hand, seine Erfolge vermöge er nicht unter Dach zu bringen; „jeder gleich gute Redner, und deren gibt es, entreißt sie ihm". Stöcker mache Bismarck das Leben schwer und übe auf die Konservative Partei einen ungünstigen Einfluß aus. „Der evangelische Priester ist, sobald er sich stark genug fühlt, zur Theokratie ebenso geneigt wie der katholische, und dabei ist schwerer mit ihm fertig zu werden, weil er keinen Papst über sich hat. Ich bin ein gläubiger Christ, aber ich fürchte, daß ich in meinem Glauben irre werden könnte, wenn ich, wie der Katholik, auf priesterliche Vermittlung zu Gott beschränkt wäre.

Alle Vereine, bei welchen der Eintritt und die Tätigkeit der einzelnen Mitglieder von diesen selbst abhängig ist und von ihrem guten Willen und persönlichen Absichten, sind als Werkzeuge zum Angreifen und Zerstören des Bestehenden sehr wirksam zu verwenden, aber nicht zum Bauen und Erhalten" und so weiter. —

Prinz Wilhelm antwortete kurz und verstimmt und wies auf die unzähligen Zuschriften und Zustimmungsadressen hin, die er erhalten habe. Immerhin werde er Stöcker bestimmen lassen, sich von der offiziellen Leitung der Stadtmission zurückzuziehen. Wie eine Drohung für die Zukunft klingt es, wenn der Prinz weiter schreibt: nunmehr müsse aber jene Verdächtigung „meiner Absichten und Stellung verstummen" — „wenn nicht, dann wehe denen, wenn ich zu befehlen habe!"

Dieser Briefwechsel ist wichtig. Er ist charakteristisch für beide Persönlichkeiten. Bismarck bezeichnet ihn als die erste Verstimmung zwischen dem Prinzen und ihm, die aber bald gewichen wäre. — Nach späteren Äußerungen des Kaisers hat Bismarck sich hierin getäuscht.

Von klugen und gewissenhaften Gewährsmännern, unter ihnen dem langjährigen und Bismarck vertrauten bayrischen Gesandten zu Berlin, Graf Lerchenfeld, wird bezeugt, daß Bismarck im Anfang eine sehr gute Meinung von den Anlagen des Prinzen Wilhelm gehabt habe, im Gegensatz zu dessen Mutter, der Kaiserin Friedrich, die Lobern ihres Sohnes gegenüber sagte: „Nein, gescheit ist Wilhelm nicht, er versteht nur den Rahm abzuschöpfen."

Ohne Zweifel hat Bismarck gehofft, er würde den Prinzen in die Bahnen seiner eigenen Politik leiten, ihn von deren Richtigkeit und Notwendigkeit überzeugen können. So war nur folgerichtig, daß der Kanzler Wert darauf legte, häufig mit dem PrinzenWilhelm zu sprechen; immer in der Sorge für und um die Zukunft des Reichs, wenn er, Bismarck, nicht mehr da sein werde. Wenn Bismarck das ihm nachgesagte Wort: der Prinz werde einmal sein eigener Kanzler sein, wirklich gebraucht hat, so dürfte er damit gemeint haben, daß ein unabhängiger Kanzler wie Bismarck und von dessen Leistungsfähigkeit nicht mehr da sein werde. An dritte Personen mag er späterhin ähnliche Bemerkungen mit einer gewissen Ironie verbunden haben.

Der genannte Graf Lerchenfeld meint in seinen Erinnerungen sogar. Bismarck hätte durch die Art seiner Behandlung den Prinzen sogar in seiner Überhebung bestärkt, er hätte ihm jenen Brief nicht ausführlich beantworten, sondern sich den Prinzen selbst in einer mündlichen Unterhaltung vornehmen sollen. Fürst Bismarck sei überhaupt dem jungen Prinzen und Kaiser gegenüber, wie sonst niemals in seinem langen Leben, unsicher gewesen. „Mein Eindruck war, als habe gegenüber dem impulsiven und daher nicht immer berechenbaren jungen Herrn der Fürst die göttliche Sicherheit verloren, die ihn bisher keinem anderen Sterblichen gegenüber im Stich gelassen hatte. Unberechenbare Menschen üben oft diesen Einfluß aus. Man weiß nicht, was kommt, und hält sich zurück."

Wir werden auf diese Dinge in der Schilderung des Rücktritts Bismarcks zurückkommen. Hier wäre nur noch zu bemerken, daß Bismarcks Brief, und nicht allein zwischen den Zeilen, doch Besorgnis deutlich erkennen läßt, zum Beispiel durch die große Nachdrücklichkeit der Ermahnung: die Bundesfürsten und ihre Rechte zu achten, ferner die unterstrichene Mahnung, daß der König und Kaiser auch im Frieden wirklich arbeiten müsse, und schließlich jenes Wort: der Kaiser müsse, um der Seinen sicher zu sein, auch selbst bereit sein, ohne Rücksicht auf den Erfolg, sein Leben für sein Recht kämpfend hinzugeben; einen solchen Herrscher verlasse kein Soldat. Wil-

helm II. wird, als er im November 1918 nach Holland ging, an diese Worte Bismarcks, der den Kaiserthron aufgerichtet hatte, schwerlich gedacht haben. Und doch ist es eine Voraussage gewesen, hervorgegangen aus der Befürchtung, daß dem Prinzen und späteren Kaiser jene Kraft, die sein Großvater besaß, nicht innewohnte.

*

In seinen späteren Veröffentlichungen („Gedanken und Gestalten" 1921) hat Kaiser Wilhelm II. seine Position nach der Thronbesteigung als besonders schwierig hingestellt, weil sein Vater nur drei Monate regiert habe, er eigentlich der direkte Nachfolger seines Großvaters gewesen sei, also gewissermaßen eine „Generation übersprungen" habe. In allen Stellungen habe er bei seinem Regierungsantritt sehr alte Leute angetroffen, die ganz andere Anschauungen hatten als er.

Man könnte mit demselben Recht einwenden, daß er erheblich größeren Schwierigkeiten begegnet sein würde, wenn er als Nachfolger seines Vaters, nach einer längeren Regierung desselben, auf den Thron gekommen wäre. Kaiser Wilhelm II. würde es bei der Entfernung überalterter hoher Beamten und Offiziere bedeutend schwerer gehabt, mehr böses Blut erregt haben, wenn sein Vater, sagen wir, zehn Jahre regiert gehabt hätte, schon wegen seiner schroffen persönlichen und politischen Gegensätze gegen Vater und Mutter und deren Anhänger. Während der Wochen, die der kranke Kaiser Friedrich unter Bismarcks Führung regierte, war der politische Kurs nicht geändert worden. Die hohe Beamtenschaft Wilhelms I. war noch ganz vorhanden, vor allem in Gestalt ihres ersten und mächtigsten Vertreters: des Reichskanzlers. Vielleicht hat Wilhelm II. mit jenem wiederholt gebrauchten Argument nachträglich sagen wollen, sein Unglück sei eben gewesen, daß er zu Bismarcks Lebzeiten und als dieser noch im Amt gewesen sei, den Thron bestiegen habe.

Aber solche Argumentationen des Kaisers tragen deutlich genug den Stempel eines nachträglich erdachten Plädoyers, während Kaiser Wilhelm II. als Prinz und Kronprinz nicht selten und in stärksten Worten sein Geschick gepriesen hatte, als junger Herrscher den großen erfahrenen Staatsmann neben sich zu haben, um bei ihm zu lernen. Werfen wir einen Blick auf das Erbe, das Wilhelm II. im Juni 1888 antrat:

Seit nicht ganz achtzehn Jahren bestand das neue Deutsche Reich. Es war entstanden nach drei Kriegen, durch die politische und diplomatische Meisterschaft Bismarcks. Kaum daß die Welt die europäische Bedeutung zu begreifen angefangen hatte, so zeigten sich schon die Vorboten des späteren

französisch-russischen Bündnisses, es zeigte sich das wachsende mißgünstige Unbehagen Englands, es zeigte sich, daß das neue Reich keiner anderen Macht genehm war. Das große Hindernis, die Ursache, daß in Europa von den alten Großmächten nicht mehr so gewaltet werden konnte wie früher in den schönen Zeiten des Deutschen Bundes — war Bismarck. Er hatte in den Jahren nach dem siebziger Kriege Deutschland zu der politisch führenden Macht des Festlandes gemacht, und sein beherrschender Einfluß strahlte weit über die Grenzen Europas aus.

Auf dem Wiener Kongreß nach den Befreiungskriegen war es so schön gelungen, die deutsche Einheit nicht werden zu lassen und Preußen niederzuhalten. 1870/71 waren durch Bismarcks Schnelligkeit und Überlegenheit der Erfolg und seine Früchte vollständig in die Scheuern gebracht worden. Bismarck ging dann ungesäumt so erfolgreich an die Sicherung des neuen Reichsbaues, daß ein englischer Diplomat, mit dem ein anderer über die Ungunst der Zeiten klagte, diesem sagte: Solange Bismarck am Leben sei, könne man eben nichts machen. Und als der andere trübe meditierte: Also, was solle man denn tun!, erhielt er die Antwort: „Warten, bis er stirbt."

Ähnliche Gefühle offenbart die folgende Erzählung des Fürsten Bülow in seiner kurz vor dem Weltkrieg verfaßten Schrift „Deutsche Politik":

„Um die Mitte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sagte mir in Rom, wo ich damals Botschafter war, mit einem Seufzer Sir Clare Ford, der englische Botschafter: ‚Wieviel gemütlicher und bequemer war es doch in der Politik, als England, Frankreich und Rußland den europäischen Areopag bildeten und höchstens gelegentlich Österreich herangezogen zu werden brauchte.'"

Der Einiger Deutschlands wußte, was es an Mühe, an Vorsicht, an vorausschauender Überlegung und an Psychologie gekostet hatte, um den „ewigen Bund", genannt Deutsches Reich, um Preußen herum als dessen stählerne Achse zu bilden. Je mehr Bismarck durch seine Erfahrungen der anderthalb Jahrzehnte nach 1871 über die wachsende Macht und zersetzende Arbeit der Reichsfeinde im Innern belehrt wurde, desto sorgfältiger und vorsichtiger suchte er die Bundesfürsten mit Vertrauen zur Loyalität des Kaisertums gegen sie zu erfüllen, um wenigstens hier eine unverbrüchliche und unzerbrechliche Einheit wachsen zu lassen, in Gestalt einer vertrauenswürdigen Behandlung der Bundesfürsten durch den jeweiligen Inhaber des Kaisertums.

Man könnte heute vielleicht denken, die Vorsicht sei doch wohl übergroß gewesen, denn Wilhelm II. habe die Bundesfürsten nicht selten vor den

Kopf gestoßen, und diese seien doch beim Reiche geblieben. Nun, immerhin kam es doch so weit, daß bei einem deutschen Fürstenbesuch in Petersburg Prinz Ludwig von Bayern, der spätere König, in einer Rede sagte: Er und die anderen ihn begleitenden Fürsten seien Bundesgenossen des Deutschen Kaisers, nicht seine Vasallen. —

Die schweren Sorgen Bismarcks um die politische Entwicklung im Innern wurden im ersten Teil dieses Buches behandelt. Der Brief des Prinzen Wilhelm über die Waldersee-Versammlung mußte den Kanzler im Hinblick auf das Wachsen der Sozialdemokratie beunruhigen, denn er zeigte zwei Dinge: die leichte Beeinflußbarkeit des Prinzen durch unberufene Ratschläge und Ratgeber im allgemeinen, außerdem die Verkennung der Sozialdemokratie in ihrem Wesen. Auch Stöcker hat sich im Wesen der Sozialdemokratie durchaus getäuscht. Schon sehr bald nach der Gründung seiner Partei sah er sich genötigt, deren Namen „Christlich-soziale Arbeiterpartei" zu ändern in „Christlich-soziale Partei". Mit schwerem Herzen hatte er sich überzeuegn müssen, daß für ihn und seine Richtung alle Anstrengungen, auch nur wesentliche Mengen der Handarbeiterschaft zu gewinnen, vergeblich waren, ein aussichtsloses Beginnen! Er mußte sich auf Werbung innerhalb des bürgerlichen Mittelstandes beschränken. Der weitere Verlauf der Bestrebungen Stöckers hat bewiesen, daß jedes Wort in Bismarcks Brief über ihn zutreffend war. Der Kaiser aber gelangte einige Jahre zu spät zu einem ähnlichen Urteil wie Bismarck: politische Pastoren seien „ein Unding", und: Stöcker habe geendet, wie er, der Kaiser, immer vorausgesagt habe. Das entsprach freilich den Tatsachen nicht.

Eine andere Frage ist, ob Bismarck vorausgesehen hat oder voraussehen konnte, daß die Rolle der Bundesfürsten und ihre Bedeutung schlechthin im Volk sich unrettbar auf dem absteigenden Ast befand. Noch in den beiden ersten Bänden seiner „Gedanken und Erinnerungen" zollt Bismarck den Bundesfürsten ausdrückliche, an sich durchaus verdiente Anerkennung, im Gegensatz zum Reichstage:

„Ich hatte bei der Herstellung der Reichsverfassung befürchtet, daß die Gefährdung unserer nationalen Einheit in erster Linie von dynastischen Sonderbestrebungen zu befürchten sei, und hatte mir daher die Aufgabe gestellt, das Vertrauen der Dynastien durch ehrliche, wohlwollende Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Rechte im Reiche zu gewinnen ... habe auch ich Genugtuung gehabt, daß insbesondere die hervorragenden Fürstenhäuser eine gleichzeitige Befriedigung ihres nationalen Sinnes und ihrer partikulären Ansprüche fanden ..." Auf der anderen Seite habe er sich in der Innenpolitik befleißigt, in den gemeinsamen öffentlichen Einrichtungen, namentlich im Reichstag, in Finanzen, basiert auf indirekten Steuern und so weiter,

Bindemittel herzustellen, „die haltbar genug wären, um zentrifugalen Anwandlungen einzelner Bundesregierungen Widerstand zu leisten. Die Überzeugung, daß ich mich in dieser Rechnung geirrt, daß ich die nationale Gesinnung der Dynastien unterschätzt, die der deutschen Wähler oder doch des Reichstags überschätzt hatte, war Ende der siebziger Jahre in mir noch nicht zum Durchbruch gekommen ... Jetzt habe ich den Dynastien Abbitte zu leisten; ob die Fraktionsführer mir ein Pater peccavi schuldig sind, darüber wird die Geschichte einmal entscheiden. Ich kann nur das Zeugnis ablegen, daß ich den Fraktionen ... eine schwerere Schuld an der Schädigung unserer Zukunft beimesse, als sie selbst fühlen."

Es kennzeichnet die Oberflächlichkeit des „Geistes" jener Jahrzehnte nach dem Siebziger Kriege, daß man die wiederholten sorgenschweren Mahnungen des Kanzlers in den Reden seiner letzten Amtsjahre in der deutschen Bevölkerung, auch in nationalen Kreisen, nicht ernst nahm. Wie verschieden und vielfach entgegengesetzt Standpunkte, Meinungen, Lebensverhältnisse waren, so bestand doch jedenfalls in der Welt des Bürgertums, einschließlich der adligen Kreise, eine allgemeine Stimmung der Sorglosigkeit, Selbstsicherheit, die schon an sich geeignet war, Sorgen zu erwecken. Die Leistung des deutschen Volkes, als Ganzes betrachtet, beschränkte sich, so gut wie ausschließlich, auf die Schlachtfelder von 1866 und 1870/71. Die politische Einigung zum Reich, der politische und wirtschaftliche Ausbau nach 1871 lag doch, genau genommen, nur in den Händen und auf den Schultern des einen Mannes, der die einzige, freilich unerschütterliche, Stütze an seinem Kaiser hatte und außerdem in zweiter Linie an den durch den Bundesrat vertretenen deutschen Bundesfürsten, die gewiß waren, daß unter Bismarcks Führung ihre vertraglichen Rechte und das Reich in sicherer Hut waren. Aber das deutsche Volk? In jedem Bundesstaat hatte es „seine Vertreter" und vor allem in dem sogenanntenReichstage, der eben kein wahrer Reichstag war. Wir haben gesehen, wie Bismarck schon gleich nach 1870 sogar im Preußischen Abgeordnetenhause und im Reichstage rechts und links und in der Mitte erbitterte Gegner von wachsender Stärke vorfand und einen großen Teil seiner Kraft in diesem Reichstag Jahr für Jahr aufreiben mußte, den er selbst geschaffen hatte.

Das „Volk" — man kann dieses Volk in der Anwendung auf die damalige Zeit nur in Anführungszeichen setzen — hatte sich bald gewöhnt, das neue Reich für eine Selbstverständlichkeit zu halten und sich auch merkwürdig schnell eine erhebliche lärmende Überheblichkeit anzueignen: in drei Kriegen hatte man gesiegt, sogar über den Erbfeind, die Franzosen, also: Uns kann nichts mehr passieren! Jener redefreudige „Patriotismus" der Frankfurter Nationalversammlung und der folgenden anderthalb Jahr-

zehnte erlebte eine neue Hochflut in unsympathischerer Form als früher. Vor 1870 war es die Sehnsucht nach dem Reich, ganz wesentlich idealistischen Inhalts, nachher eine gewisse parvenühafte Dicktuerei und Großsprecherei. Dazu war der sogenannte Milliardensegen gekommen, den Bismarck mit Recht als erstickend für den Völkerfrühling wirkend beurteilte, erstickend, fügen wir hinzu, für den Idealismus der Reichsbegeisterung. Man kann und muß es positiver ausdrücken: ungenannt begann der Materialismus, nicht nur der Weltanschauung, sondern auch der Lebensführung, alle Schichten zu durchdringen; erinnert sei an „die Gründerjahre".

Die unausgesetzten Parteikämpfe bedrohten nicht allein in den Parlamenten selbst die äußere Einigkeit, sondern sie hinderten auch das Entstehen und Wachsen des Einigkeitsgefühls; es hieß: Die Partei über alles! Wenn meine Partei nicht siegt, so ist mir alles andere einerlei! Bismarck hatte sich von Anfang an gezwungen gesehen, bald mit der einen, bald mit der anderen Partei zusammenzuarbeiten, um jeweilig eine Mehrheit für seine Ziele zu erhalten. Wir haben gesehen, wie er zum Beispiel für seine neue Schutzzollpolitik sich von der Nationalliberalen Partei verlassen sah und sich genötigt fand, mit dem Zentrum zu arbeiten, weil er jene neue Wirtschaftspolitik als lebensnotwendig für die Wirtschaft des Reiches erkannt hatte. So wurden in diesem Falle, wie in anderen, aus politischen Freunden und Mitarbeitern Feinde und Gegner, ganz abgesehen von den Parteien, für die Bismarck von vornherein der Erzfeind war. Der Kanzler hatte schon recht, als er sich vor dem Reichstag den bestgehaßten Mann im Deutschen Reiche nannte, er, der das Reich geschaffen hatte. Sein hoffnungsvolles Wort: „Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können" hat er später hypothetisch („Gedanken und Erinnerungen") selbst in kaum verhehlter Bitterkeit zurückgenommen: „Ich habe nie gezweifelt, daß das deutsche Volk, sobald es einsieht, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon zu befreien. Kann es das nicht, so ist meine Redensart, daß es reiten könne, wenn es erst im Sattel säße, ein Irrtum gewesen." Bismarck tat seinen berühmten Ausspruch 1867 im Reichstag des Norddeutschen Bundes. —

Die deutsche Bevölkerung, die politischen Parteien und deren Führer, die Presse, der größte Teil der Vereine und Organisationen, der patriotisch redende und Feste feiernde Bürger, sie alle fühlten sich stolz als sichere Reiter im Sattel des Reichs und zogen daraus als Konsequenz: die lärmende, selbstgefällige Überhebung, ausgedrückt in dem vulgären Wort: Uns kann keiner! Ob mehr oder minder geräuschvoll ausgedrückt — diese prahlerische Eingebildetheit war keineswegs nur in den Jahren nach dem Siebziger Kriege, selbst an sehr hohen Stellen, vorhanden, sondern noch in den letzten

Jahren vor dem Weltkriege. Es äußerte sich besonders in der Geringschätzung der Wehrkraft anderer Mächte, in erster Linie Frankreichs, überhaupt: das Deutsche Reich beherrsche jetzt Europa, wir seien überall „obenauf".

Eine andere Meinungsrichtung war: Bismarck habe zwar in den sechziger Jahren eine geniale und deshalb erfolgreiche Außenpolitik getrieben, er habe das Reich errichtet und diesem die vorherrschende Stellung in Europa gegeben, aber für innere Politik tauge er nichts. Auch werde er mit jedem verfließenden Jahre älter, der Gipfel seiner Leistungsfähigkeit sei vorbei, er wolle Alleinherrscher in Deutschland sein und in allem recht haben. Das könne nicht immer so weitergehen, auch wolle die neue Generation endlich ihre Anschauungen zur Geltung bringen, indem sie im Ausbau des Reiches führe; das sei ihr Naturrecht. Ferner: Bismarck habe selbst gesagt, Deutschland werde reiten können, wenn es im Sattel sitze, deshalb wollten nun die Jungen endlich ans Ruder kommen. Bismarck sei ein Kind seiner Zeit, wie jeder Mensch, dieser Lebenstatsache müsse auch er Rechnung tragen und weichen. Ein neues politisches Geschlecht sei herangewachsen und wolle sich nicht mehr am Gängelband leiten lassen. Dies Geschlecht könne als „Deutschland" im Sinne Bismarcks reiten. Als Bismarck entlassen war, wurde aus solchen und ähnlichen Selbstüberheblichkeiten das sehr bewußt geformte Wort: Die Deutschen seien ein „politisch reifes Volk" nunmehr geworden. Kühn und selbstbewußt müsse und könne es die deutsche Entwicklung nunmehr selbst in die Hand nehmen und führen, der Schritt zur freien Demokratie, zum Parlamentarismus sei nicht allein unausbleiblich, sondern ein Recht des deutschen Volkes.

Das war ein Teil der Tragik, die sich in Bismarck und um ihn erfüllte: als preußischer Ministerpräsident hatte er die Demokratie und ihren Boden, zugleich ihre Waffe, den Parlamentarismus, besiegt, um die Monarchie zu der Autorität und Macht zu machen, die mit Erfolg nicht angefochten werden konnte. Nur gegen das Parlament konnte er den Weg nach Königgrätz und Sedan gehen. Aber von 1867 an war es nicht mehr Preußen allein, und zur Einigung genügten ihm nicht die Fürsten allein, sondern er glaubte „der damals stärksten der freiheitlichen Künste", des allgemeinen Wahlrechts, zu bedürfen, um den Gedanken der deutschen Einheit in der Masse aller Deutschen volkstümlich und unvergänglich zu machen. Aber kaum — 1871 — verwirklicht, kehrte sich dieser Gedanke gegen ihn, den revolutionären Schöpfer des Reichs, in immer allseitigerem Haß und, bei einigen Parteien ausgesprochen, bei anderen nicht, eben gegen die deutsche Einheit und gegen das Reich, in tieferem Sinne dieses Begriffes gefaßt. So hing an sich und vollends für Bismarcks in das Dunkel der Zukunft sich versenkenden Blick alles davon ab, ob der neue Kaiser fähig sei, zu erkennen, wo die Gefahren

lagen, worum es ging, und ob er die Fähigkeit und Kraft habe, sie rechtzeitig zu erkennen und ihnen zu begegnen.

Es scheint, daß der Reichskanzler zuerst den Prinzen Wilhelm für solch einen Mann gehalten hat, jedenfalls sich eine Zeitlang Hoffnungen in solchem Sinne hingegeben hat; Äußerungen, die, als von ihm getan, auch von seinem Sohn Herbert berichtet wurden, könnten darauf schließen lassen. Außerdem mag er eine Zeitlang geglaubt haben, daß der Prinz sich als Kaiser von ihm anleiten und politisch erziehen lassen werde, um dann, wenn der alte Kanzler entweder freiwillig oder durch den Tod von seinem Platz verschwände, die Stetigkeit des in seinem großen Zuge bewährten Kurses des Reichsschiffes gesichert sein werde. Aus jenen beiden Briefen des Prinzen und Bismarcks Beantwortung erkennen wir bereits die Tiefe von Bismarcks Sorge und auch deren Gründe. Das Verhalten Wilhelms II. nach Antritt seiner Regierung lieferte den Beweis, daß er Verständnis für die Lage und ihre Gefahren nicht hatte — ja in dem Brief über die Waldersee-Versammlung lag es bereits enthalten. Und hiermit kommen wir zu einem Faktor von großer und unheilvoller Bedeutung, der sich durch das ganze Regierungsleben des Kaisers hindurchzieht:

Es ist nichts Neues, sondern ein „natürlicher" Vorgang, der sich immer wiederholt, wenn der Thronfolger ein gewisses Alter erreicht hat. Der unglückliche ewige Kronprinz, der schließlich todkrank drei Monate regieren durfte, hat die Jahrzehnte vorher schließlich resigniert und dabei tief unbefriedigt ertragen. Die Autorität seines Vaters war, mit Grund und Recht, so groß, daß Friedrich Wilhelm, der nachmalige Friedrich III., die Aussichtslosigkeit, zu frondieren oder auch nur den Versuch zu machen, sich als die bald aufgehende Sonne in den Vordergrund zu stellen, schnell erkennen mußte. Als er in der Konfliktszeit der sechziger Jahre öffentlich schroff erklärte, er stehe im Gegensatz zur gesamten Politik des preußischen Ministerpräsidenten Bismarck und mißbillige dessen Regierungsakte, selbst in jener schwersten Periode von Bismarcks Kampf gegen die Demokratie, erreichte der frondierende Kronprinz nichts als einen väterlichen Verweis und sein Ferngehaltenwerden von wichtigen Fragen und Akten der Regierungsführung; nach außen hin trug ihm dieses Erlebnis den Ruf eines liberalen Fürsten ein, ein in Norddeutschland noch zweifelhaftes Geschenk. Bismarck gegenüber hat auf dessen Frage bei Eintritt des Thronwechsels der Kronprinz Friedrich Wilhelm mit Bestimmtheit erklärt: Es sei keine Rede davon, daß er, falls er auf den Thron kommen sollte, ein parlamentarisches Regime einführen werde. Bei der Schwäche des Charakters Friedrich Wilhelms muß gleichwohl als sehr zweifelhaft angesehen werden, ob er unter dem Einfluß seiner Gattin, des englischen Hofes überhaupt und seiner zahlreichen libe-

ralen Freunde in Deutschland festgeblieben sein würde. Bei derselben Gelegenheit bat er Bismarck, auch ihm zu dienen wie seinem Vater; er hatte also doch wenigstens das richtige Gefühl, daß es im Lebensinteresse des neuen Reiches liege, wenn sein Schöpfer möglichst lange noch am Ruder bliebe.

Prinz Wilhelm fühlte sich, angesichts der neunzig Jahre seines Großvaters und der Krankheit seines Vaters, schon um das Jahr 1886 als die bald aufgehende Sonne. Als solche sahen und priesen ihn auch alle, die ebenso eifrig wie listig bestrebt waren, die ersten zu werden, auf die die Strahlen dieser Sonne im gegebenen Augenblick fallen würden. Ihnen erschien für diesen ersehnten Augenblick der große Kanzler als schlimmstes Hindernis. Ihn galt es also, wenn möglich, zu beseitigen, zum mindesten seinem Einfluß auf den Kaiser im voraus den Boden zu nehmen. Jener General Graf Waldersee, der schon früher versucht hatte, Bismarck zu verdrängen, um selbst Kanzler zu werden, ein kluger, gewandter und höchst ehrgeiziger Mann, versuchte nunmehr mit Erfolg, sich an den Prinzen Wilhelm heranzumachen, nicht allein durch jene kirchlich und sozial maskierte Versammlung.

Man ging systematisch vor, unter Benutzung der bekannten Überheblichkeit und Eitelkeit des Prinzen und seines auf öffentliche Geltung und Beifall gerichteten Wesens. Waldersee sagte dem Prinzen Wilhelm: Friedrich der Große würde niemals der Große geworden sein, wenn er nach seiner Thronbesteigung einen Minister von der Macht und dem Einfluß Bismarcks neben sich geduldet hätte. Solche und ähnliche Bemerkungen waren sorgfältig auf den Charakter des Kaisers berechnete Gifttropfen, die weiterwirken würden. Außer dem Grafen Waldersee gab es ungezählte Streber, jeder für seine Zwecke, die ähnlich Gift träufelten und die Schwächen Wilhelms II. benutzten und unter ebenso geschickter Benutzung der Eigenschaften Bismarcks zum Ziele gelangt sind.

Man hat später versucht — auch Wilhelm II. selbst in seinen Schriften nach dem Weltkriege —, den Altersunterschied zwischen Kaiser und Kanzler als allein maßgebend für die Unmöglichkeit eines Zusammenarbeitens zu erklären. Dieser Unterschied konnte selbstverständlich eine große und erschwerende Rolle spielen. Der Unterschied der beiden Charaktere aber ist in Wirklichkeit das Entscheidende gewesen. Dem Fürsten Bismarck ist für die „Schuldfrage" in der Geschichte seiner Entlassung Herrschsucht zum Vorwurf gemacht worden: „Der junge, feurige und tatendurstige, geniale Kaiser", zum Herrschen geboren und bestimmt, habe sich selbstverständlich dem herrschsüchtigen dreiundsiebzigjährigen Greis nicht unterordnen können, auch um seiner Würde willen nicht dürfen. Es kann nicht unsere Absicht sein, den alten, längst überständigen Streit: wer „schuld gewesen"

sei, aufs neue zu erörtern; was dieser gesagt habe, und was jener; weshalb der eine sich mit Recht oder Unrecht verletzt gefühlt habe, und weshalb der andere. Es gibt aber zwei Maßstäbe:

Der eine ist das Verhältnis zum Reichsgedanken. Es ist nicht zu bestreiten, daß Bismarck, der das Reich geschaffen und bis dahin erhalten hatte und in gewissem Sinne das Reich personifizierte, die Mittel und Wege zur weiteren Erhaltung und Entwicklung besser kannte und beherrschte als der junge Kaiser, dem weder Erfahrung zur Seite stand, noch eine eindringende Kenntnis auch nur der Hauptfaktoren, von deren Behandlung durch die Regierung des Reiches und die innere wie die äußere Zukunft des deutschen Volkes abhing.

Man könnte sagen: Bismarck war der verkörperte und dynamische Reichsgedanke, Prinz Wilhelm lebte im Kaisergedanken und hielt sich für dessen neuzeitliche Verkörperung. Für Bismarck war von Anfang an, das wurde im ersten Teil dieser Schrift dargelegt, der Kaisergedanke ebenso wie der Kaisertitel im letzten Grunde nur eines unter seinen Mitteln, um die Reichseinheit zustande zu bringen. Diese war ihm als Deutschem und als wahrhaftem Staatsmann die unbedingte Hauptsache. Alle Kaiserromantik und alles Majestätentum lag ihm persönlich fern, hatte keinen Nimbus für ihn. Er wußte aber, daß solcher Nimbus und solche Romantik nicht zum wenigsten im Gedanken an mittelalterlichen Kaiserglanz damals noch in erheblichen Teilen der deutschen Bevölkerung lebendig war und unmittelbar auch mit der Sehnsucht nach Verwirklichung der deutschen Einheit in Verbindung gebracht wurde. Entsprechend stand es mit den deutschen Fürsten, die sich einem König von Preußen nicht unterordnen wollten, wohl aber dem Deutschen Kaiser. Erinnern wir uns, wie Bismarck dem widerstrebenden alten Wilhelm I. sagte: er wolle doch nicht immer ein Neutrum bleiben, als Präsidium des neuen „ewigen Bundes" der deutschen Fürsten, genannt Deutsches Reich; der Kaisertitel dagegen bedeute eine große Schwungkraft. Aufrichtig widerstrebend und gegen sein Gefühl als König von Preußen nahm Wilhelm den Kaisertitel an, lediglich aus Pflichtgefühl: um des Reiches, um der deutschen Einheit willen. Mit unübertreffbarer, unvergleichlicher Treue und Würde hat dieses Vorbild eines Herrschers bis zum letzten Atemzug seine kaiserlichen Pflichten erfüllt.

Sein unglücklicher Sohn, der 1871 im Gegensatz zu Wilhelm I. nicht König von Preußen bleiben, sondern ein germanisch-romantischer „König der Deutschen", zum mindesten König oder Kaiser „von Deutschland" werden wollte, fühlte sich begeistert für eine möglichst absolute Hohenzollernherrschaft über ein geeintes Deutschland, begriff aber schließlich Bismarcks staatsmännische Vernunft, fügte sich ihr jedenfalls. Daß er, wie sein Sohn in

dem Brief an Bismarck angedeutet hat, noch in Zeiten seiner Gesundheit auf den Thron gekommen, versucht haben würde, auf die Bundesfürsten zu drücken, um sie allmählich ganz auszuschalten, läßt sich nicht beweisen, ist auch unwahrscheinlich. Auf die Möglichkeit, daß er, bei längerer Regierung, einen Parlamentarismus nach englischem Muster eingeführt und damit auch den Beifall vieler Bundesfürsten gefunden haben würde, wurde schon hingewiesen.

Will man, wie es allgemein der Fall war, annehmen, Kaiser Friedrich hätte sich mit aller Aufrichtigkeit bestrebt, die Bismarcksche Reichspolitik in ihrer bisherigen großen Linie weiter bestehen zu lassen, so würde ihn doch schon die große wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wohl zum Einschlagen mancher neuer Wege veranlaßt haben und dürfte er, bei seiner eigenen, in bestem Sinne nationalliberalen Anschauung, sich in der Hauptsache wohl auf den deutschen Liberalismus gestützt haben. Dieser freilich war nicht der alte geblieben, sondern das jüdische Element in ihm wurde zunehmend seine politische und wirtschaftliche und auch ideologische Dominante. Nicht weniger als in den sechziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts galt in Europa und in einem großen und wachsenden Teil der deutschen Bevölkerung ein liberales Regime — also parlamentarische Regierung und über dieser ein König oder Kaiser, der wohl „herrscht, aber nicht regiert", und der, wie in England, „nicht Unrecht tun kann" — als die natürliche Entwicklung eines Volkes aus der Untertänigkeit zur Freiheit: denn es herrschte ja nun durch seine gewählten „Vertreter", und diese waren ihm, dem Volke, verantwortlich. Das war „Entwicklung", das war „Fortschritt"!

Anfang der sechziger Jahre waren Liberale und Demokraten diesem ihrem Ziel sehr nahegekommen, auf Kosten der Stellung des Königs von Preußen. Wäre Bismarck damals nicht Ministerpräsident geworden, so hätte der König zugunsten seines Sohnes abgedankt, und Preußen wäre zwangsläufig ein parlamentarischer Staat geworden. Kampf und Sieg Bismarcks im Parlament und in der Außenpolitik hoben die preußische Monarchie zu einer Macht, Autorität und Höhe, wie sie seit Friedrich dem Großen nicht vorhanden — ja undenkbar gewesen war. Die Überlegenheit und die Kraft Bismarcks ließen diese Stellung der Monarchie und damit des Kaisertums und der Person des Kaisers selbst unantastbar bleiben. Verschwunden ist aber während des Doppeljahrzehnts 1870 bis 1890 das liberale und demokratische Trachten nach dem parlamentarischen Regime für das Reich niemals. Um so weniger war das der Fall, als ja Bismarck sich gezwungen gesehen hatte und mit Recht für unvermeidlich hielt, dem Reich zunächst weitgehend mit liberaler Hilfe seine erste Basierung und Einrichtung zu geben.

Die von Bismarck selbst gemachte Reichsverfassung legte die Stellung des Deutschen Kaisers in dieser seiner Eigenschaft klar und bestimmt fest, während diejenige als König von Preußen in der preußischen Verfassung verankert war. Dieses deutsch-preußische Kaiser-Königtum sollte dauernd die Achse sein, um die das Deutsche Reich zusammengeschlossen bliebe, ganz verschieden von dem Königtum in parlamentarischen Staaten. Da war das Parlament die Achse, das Königtum nur die Flagge an deren Spitze. Der jeweilige König konnte und kann, je nach seiner Persönlichkeit, auch in parlamentarischen Staaten großen Einfluß gewinnen, das zeigte besonders das Beispiel Eduards VII. von Großbritannien, oft sogar im Widerspruch zur Verfassung. Die konstitutionelle Monarchie, wie Bismarck sie für das Reich geschaffen hatte, aber stellte den Kaiser unbedingt über den Reichstag, ebenso wie er, nach freiem Dafürhalten und Entschluß, seinen obersten Berater, den Reichskanzler, auswählen und entlassen konnte.

Im Laufe unserer Darstellung ist das preußische Konservativentum hauptsächlich in seinen Kämpfen mit Bismarck seit 1866 behandelt worden. Die Konservativen hatten die Reichsgründung und die notgedrungen weitgehend liberale erste Ausgestaltung des Reichs Bismarck zum schweren Vorwurf gemacht, der Kanzler ruiniere durch seinen Liberalismus Preußen und damit auch das Reich. Ihr Ideal war eine unbedingte und offen betonte preußische Vorherrschaft in einem Deutschland ohne souveräne Bundesstaaten, sondern mit Vasallenstaaten Preußens; also das Ideal einer Verpreußung Deutschlands, und mit Notwendigkeit die Unmöglichkeit einer freiwillig zustande gekommenen deutschen Einheit. Man dachte sich, daß die preußische Machtstellung die anderen deutschen Staaten schon aus Schutzbedürfnis Frankreich gegenüber zur Unterstellung unter Preußen gezwungen haben oder zwingen würde. Es wurde bereits das sehr bezeichnende Wort des alten Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe über die „preußischen Exzellenzen" angeführt.

Diese mächtige und nach Kräften einflußreiche Richtung sah sich nicht imstande, die Reichspolitik Bismarcks und deren streng bundesgenössische und damit verfassungsmäßige Grundlage zu erschüttern, zugunsten einer preußischen Hegemoniepolitik. Die preußischen Konservativen trachteten von langer Hand her, den Prinzen Wilhelm für ihre Pläne zu gewinnen und überhaupt ihren Einfluß in Preußen und im Reich durch ihn zu stärken. Der preußische Konservativismus, vertreten hauptsächlich durch den großen Grundbesitz, viele hohe preußische Offiziere, soweit diese auch politische Bestrebungen verfolgten, den Hofadel usw., waren der Ansicht, daß Bismarck das Preußentum verwässere und allmählich zugrunde richten wolle, daß er den Liberalismus fördere, daß er der altpreußischen christlichen Frömmig-

keit entbehre. Dann bestand noch ein, vielleicht das am schwersten wiegende Moment: der Druck, den die Persönlichkeit und Tätigkeit Bismarcks auf alle ausübte, die steigen wollten, sich zurückgesetzt fühlten, sich als Träger der Zukunft berufener meinten als der Schöpfer des Reichs. Wenige Jahre nach der Entlassung Bismarcks sprach der Verfasser dieser Schrift einem persönlich und politisch unantastbaren konservativen, innerpolitischen Hauptmitarbeiter des konservativen Parteiorgans als junger Mensch sein Bedauern und seine Empörung über die Entlassung des Kanzlers aus und fragte den Baron Ungern-Sternberg, wie denn das nur möglich gewesen sei. Darauf sagte dieser: Bismarck sei doch schon zu alt gewesen, und besonders habe man allgemein den ungeheuren Druck nicht mehr ertragen können, der von Bismarcks Persönlichkeit, sich immer verstärkend, geltend gemacht habe.

1890 während der Monate der Krisis sagte Bismarck seinem Sohn auf dem Rückweg von einer Ministerratssitzung: „Die sagen auch alle: uff, sobald wir fort sind!"

Bismarck liebte schon früher, den Satz eines französischen Schriftstellers zu zitieren, der von einem Minister sagte: „Er mußte dem ungesättigten Haß schließlich erliegen, dem jeder Minister unterliegt, der lange im Amt bleibt!"

Dieser Haß häufte sich auf beinahe allen Seiten von Jahr zu Jahr höher und giftiger auf. Im selben Grade verschärften sich die Kämpfe des Parlaments, der Parteien gegen den Kanzler. Die gegnerische Presse arbeitete, sobald Thronwechsel in Sicht zu sein schien, mit dem Argument: Schuld des Kanzlers sei, daß das parlamentarische Leben nicht mehr funktioniere, Bismarck werde eben alt. In seiner inneren Politik habe er schon immer verhängnisvolle Fehler gemacht und die innere Einheit Deutschlands in ihrem Werden gehindert. Nun aber sei er nicht einmal mehr fähig, die auswärtige Politik zu meistern. Das demokratische Parteiblatt brachte einen aufsehenerregenden Artikel aus der Feder eines der giftigsten Opponenten Bismarcks: E. Richter, mit der Überschrift: „Es gelingt nichts mehr."

Unaufhörlich wurde das Leitmotiv variiert: alles im Deutschen Reiche und Volke dränge nach Fortschritt und Entwicklung, ein Kanzler, er möge so bedeutend sein, wie er wolle, von über siebzig Jahren könne eben nur ein Hindernis sein und sei außerstande, mit der neuen Zeit Schritt zu halten.

So flüsterte und klang es immer stärker werdend von allen Seiten, bald mehr, bald minder ausdrücklich formuliert: wenn nur erst der junge Kaiser ohne Bismarck die Zügel in die Hand genommen hätte! Und es klang auch angenehm in den Ohren Wilhelms II.

Abgesehen von den Sozialdemokraten, versuchte ungefähr jede Partei, dem künftigen Kaiser, ihm pränumerando, zu schmeicheln, und mehr oder

minder leise für sich in Anspruch zu nehmen. Vollends wuchs diese Flut der Gerüchte von den ersten Verstimmungen zwischen Kaiser und Kanzler.

Alle die Persönlichkeiten, Parteien und Kreise die von der „aufgehenden Sonne" Umschwünge erwarteten, die für sie günstig werden könnten, oder solche, die in Bismarcks Beseitigung überhaupt den schon längst nötigen Beginn der „neuen Zeit" erblickten, taten, was sie konnten, um Mißtrauen, Zwietracht und Bruch zwischen Kanzler und Kaiser zu fördern.

Der Weg zum Konflikt

Die innerpolitische Lage war schwierig um das Jahr 1889:

1878 waren zwei Mordversuche an Kaiser Wilhelm I. verübt worden. Der eine, fehlgegangene, von einem sozialdemokratischen Klempnergesellen, namens Hödel, der zweite von einem Dr. Nobiling; dieser verwundete den alten Kaiser schwer am Kopf und traf sich selbst dann tödlich. Seine Beweggründe konnten nicht genau festgestellt werden, ebensowenig wie seine Parteizugehörigkeit. Hierauf löste Bismarck den Reichstag auf, und der neu gewählte Reichstag ergab eine Mehrheit für die Regierungsvorlage eines Gesetzes „Wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Dieses Gesetz hatte zum wesentlichsten Inhalt die folgenden Punkte:

Verbot aller Vereine, die sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, Versammlungen, die dasselbe bezwecken, zu untersagen, Druckschriften, die solche Bestrebungen fördern, zu unterdrücken. Personen, die in solchem Sinne wirken, aus solchen Orten, wo sie besonders schädlich sein könnten, auszuweisen; außerordentliche Maßregeln zu treffen, wo die öffentliche Sicherheit besonders gefährdet sei; sozialistische Druckereien zu schließen; das Vermögen aufgelöster Vereine für den Staat einzuziehen.

Mit einigen unwesentlichen Abschwächungen ging das Gesetz durch. Der mit ihm von Bismarck beabsichtigte Zweck freilich wurde erheblich dadurch geschädigt, daß die Dauer des Gesetzes auf die kurze Frist von zwei und einem halben Jahre von der Reichstagsmehrheit beschränkt wurde. Bismarcks Vorlage hatte keine zeitliche Beschränkung enthalten. Dem Kanzler war von vornherein klar gewesen, daß die sozialdemokratische bzw. kommunistische Bewegung dauernd bekämpft werden mußte; nur dann war ein für Reich und Volk nützliches, also ebenfalls dauerndes Ergebnis zu erreichen. Für den nationalsozialistischen Deutschen liegt dieses Urteil ohne weiteres auf der Hand. Nur dann konnte auch eine auf lange Sicht systematisch arbeitende praktische Sozialpolitik des Reichs positiv wirkungsvoll

mit eingreifen und durch Reformen die Lage sozial gestalten und die Verbitterung der Arbeiterschaft beheben.

Auch heute ist von Interesse, sich daran zu erinnern, daß damals das Zentrum, die Polenpartei und die Sozialdemokratie geschlossen gegen das Gesetz stimmten. Das Zentrum besonders schob als Grund für seine Ablehnung seine „prinzipielle" Stellung gegen Ausnahmegesetze vor, vertrat außerdem den Standpunkt: soziale Hilfstätigkeit sei Sache der Kirche und diese zu unterstützen Sache des Staates.

In zweieinhalbjährigen Abständen erfolgte dann Verlängerung des Sozialistengesetzes bis zum Jahre 1888, dem Jahre des zweimaligen Thronwechsels und der sich dann bald anschließenden Kanzlerkrisis.

Die viermal geglückte Verlängerung des Sozialistengesetzes stieß dieses Mal auf parlamentarisch unübersteigliche Hindernisse. Diese müssen erwähnt werden, weil sie ein charakteristisches Licht auf die politischen Anschauungen im damaligen Deutschland werfen.

In den vorhergehenden Ausschußberatungen des Reichstags ergab sich eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen Fraktionen, die im übrigen für Verlängerung des Sozialistengesetzes waren.

Die nationalliberale Fraktion wollte für zeitlose Verlängerung des Sozialistengesetzes eintreten, jedoch jenen wichtigen Punkt des Gesetzes ausschalten, der die Ausweisung solcher Agitatoren aus Orten vorsah, die als besonders gefährdet erschienen. Hier vertraten die Nationalliberalen mit den ablehnenden Fraktionen den prinzipiellen Standpunkt, daß diese Bestimmung dem Grundrechte der Freizügigkeit jedes Deutschen widerspreche. Die konservative Fraktion, die hier auf der anderen Seite stand, wandte sich an Bismarck mit der Frage, ob die Reichsregierung das Sozialistengesetz auch ohne jene Forderung gutheißen würde, und machte von einer solchen Erklärung des Kanzlers ihre Zustimmung zur Erneuerung des Gesetzes abhängig. Bismarck antwortete auf diese Frage jedoch nicht, und das Gesetz wurde abgelehnt und mußte demnach mit dem Herbst 1890 außer Kraft treten.

Als Grund seines Schweigens hat Bismarck verschiedenen Persönlichkeiten gegenüber angegeben: er und der Bundesrat hätten mit dem einen Teil des Reichstagsausschusses schon seiner Stellung wegen nicht verhandeln, vollends nicht nachgeben können. Hätte der Reichstag in der Vollversammlung die Erneuerung des Sozialistengesetzes unter Ablehnung jenes einen Punktes bewilligt, so würden die verbündeten Regierungen wohl in der Meinung zugestimmt haben: etwas sei besser als nichts. Dahinter stand aber ein anderer Gedanke des Kanzlers, den er nach seiner Entlassung zu dem damaligen württembergischen Ministerpräsidenten geäußert hat: Unter solchen

Umständen würde er nach den nächsten Reichstagswahlen schärfere Forderungen eingebracht haben. Das war im Jahre 1889. Im nächsten Jahre, 1890, mußten Neuwahlen zum Reichstage erfolgen, und zwar wurden diese schon zum Februar anberaumt. — Diese Vorgeschichte zu skizzieren, war notwendig, weil ohne sie der Beginn der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kanzler und dem Kaiser über die soziale Frage und deren Behandlung nicht verständlich ist.

Kaiser Wilhelm II. erzählt in seinem Buche „Ereignisse und Gestalten" über den Beginn seiner Differenzen mit Bismarck in der sozialen Frage unter anderem das Folgende:

„Es handelte sich um die Erneuerung des Sozialistengesetzes, einer politischen Maßregel des Fürsten Bismarck, um den Sozialismus zu bekämpfen. Ein bestimmter Paragraph sollte gemildert werden, um das Gesetz zu retten. Bismarck wollte nicht. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen. Ich befahl einen Kronrat. Bismarck sprach im Vorzimmer mit meinem Adjutanten und erklärte: Seine Majestät vergesse ganz, daß er Offizier sei und ein Portepee trage, er müsse auf die Armee zurückgreifen und sie gegen die Sozialisten führen, falls diese zu revolutionären Taten schreiten sollten: der Kaiser solle ihm freie Hand lassen, dann werde man endlich Ruhe haben. Im Kronrat blieb Bismarck bei seinem Standpunkt." Die einzelnen Minister, zur Meinungsäußerung aufgefordert, hätten sich lau ausgesprochen, bei der Abstimmung hätten alle gegen den Kaiser gestimmt. „In tiefem Unmut" habe er, der Kaiser, dies mit seinem Kabinettschef besprochen, dieser habe einige der Minister zur Rede gestellt und die Antwort erhalten, man könne ihnen nicht zumuten, gegen den Reichskanzler zu stimmen.

Im Jahre 1922 erschien das genannte Buch des Kaisers, drei Jahre nach dem großen Zusammenbruch, und selbst damals vertrat, nach dem Ton seiner Niederschrift, Wilhelm II. die Ansicht, damals, 1889, dem Fürsten Bismarck gegenüber recht gehabt zu haben. Sachlich schwer begreiflich ist, daß der junge Kaiser 1889, ohne Erfahrung auf irgendeinem Gebiet, ohne jede Kenntnis der Sozialdemokratie, vom überheblichen Drange, sich zur Geltung zu bringen, und schließlich gegen den Kanzler dessen eigenes Ministerium aufzuhetzen, sich hinreißen ließ. Diesen seinen jugendlichen Standpunkt aber noch 1922 als richtig zu vertreten, ist in der Tat erstaunlich. Der Kaiser war mithin überhaupt nicht für Erneuerung des Sozialistengesetzes gewesen, weil er es von vornherein gemißbilligt hat; er ist aber, wie es hiernach scheint, für Verlängerung des „gemilderten" Gesetzes gewesen. Die Worte, die Bismarck im Vorzimmer dem Adjutanten gesagt haben soll, stehen dem Sinne nach auf demselben Boden wie die Sätze des Kanzlers in dem Briefe vom 6. Januar 1888:

Der Träger des Königtums müsse entschlossen sein, „in kritischen Zeiten lieber mit dem Degen in der Faust auf den Stufen des Throns für sein Recht kämpfend zu fallen als zu weichen." ... Und wahr bleibe das alte Wort von 1848: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten." — Daß Bismarck. dem Wortlaut nach, so zu dem Adjutanten gesprochen habe, wie der Kaiser erzählt, ist freilich kaum anzunehmen.

Im unmittelbaren Anschluß an diese Ausführungen greift der Kaiser in seiner Schrift auf einen großen Arbeiterstreik zurück, der im Frühjahr desselben Jahres 1889 in Westfalen stattfand. Der Kaiser interessierte sich sehr für diesen, ließ das Verhalten der streikenden Arbeiter beobachten, sich Meldungen und Berichte über die Lage einreichen, auch über das Verhalten der Arbeitgeber und der Behörden. Beraten von dem Lehrer seiner Jugend, Geheimrat Hinzpeter, entschloß er sich: „den Staatsrat zusammenzuberufen, zu den Verhandlungen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzuziehen und unter meinem persönlichen Vorsitz eine eingehende Beleuchtung der Arbeiterfrage zu veranlassen. Es sollten dabei leitende Grundsätze und Material gewonnen werden, die dann dem Kanzler und der preußischen Staatsregierung als Unterlagen für die Ausarbeitung dementsprechender Gesetzesvorlagen dienen sollten."

Der Staatssekretär von Bötticher riet dem Kaiser, wie dieser schreibt, dringend ab: Bismarck würde gegen dieses Verfahren sofort Widerstand leisten. Der Kaiser setzte den Staatsrat durch. Bismarck erschien „unerwartet", versagte seine Mitarbeit, mißbilligte die Aktion und verließ den Saal. Das habe zwar einen imponierenden Eindruck gemacht; „trotzdem mußte mich der Vorfall tief verletzen". Die Versammlung habe dann die Arbeit wieder aufgenommen und reichlich Material geliefert „zur Weiterbildung der von Kaiser Wilhelm dem Großen ins Leben gerufenen sozialen Gesetzgebung, die den Stolz Deutschlands bildet und eine Fürsorge für das arbeitende Volk darstellt, wie sie in keinem Lande der Welt zu finden ist".

Der Kaiser hat hier hinzuzufügen vergessen, daß Wilhelm I. die soziale Gesetzgebung mit Freuden gebilligt, aber daß es Bismarck gewesen ist, dem die Anregung und die Urheberschaft ganz und gar gebührt. Die Ausdrucksweise des Kaisers hier soll anscheinend den Eindruck erwecken, Wilhelm I. habe die soziale Gesetzgebung gegen Bismarck durchgesetzt. In seiner Rede vom 29. März 1889 erklärte Bismarck, offenbar über diese Lüge unterrichtet: „Ich darf mir die erste Urheberschaft den ganzen sozialen Politik vindizieren, einschließlich des letzten Abschlusses davon, der uns jetzt beschäftigt. Es ist mir gelungen, die Liebe des hochseligen Kaisers Wilhelm für diese Sache zu gewinnen ... Wie soll ich nun dahin kommen, dieses unter meiner Initiative ins Leben gerufene Werk dicht vor dem Abschluß zu verleugnen,

ja sogar zu bekämpfen. Es hieße das nicht nur das Andenken des alten Kaisers, sondern auch den Dienst meines jetzigen Herrn vollständig verraten und verlassen. Es ist das in der Tat eine fast beleidigende Zumutung, die mir damit gestellt wird."

Diese Sätze aus der vorletzten Rede, die Bismarck im Reichstage gehalten hat, fügen sich aufschlußreich in das Gesamtbild der Kaiser-Kanzler-Krise ein: man hatte im Lande verbreitet, Bismarck sei gegen alle Fortführung der bisherigen Sozialpolitik und habe sich sogar gegen die jetzige Verwirklichung der Altersversicherung gesträubt, außerdem gesagt, er habe an der Vorlage keinerlei Interesse. Diese Gerüchte hatten einen solchen Umfang angenommen, daß der große Mann sich sogar gezwungen sah, auf der Tribüne des Reichstags Stellung gegen die Verleumdungen zu nehmen. Richtung und Ziel solcher Ausstreuungen waren klar: der junge Kaiser will wahrhaft sozial vorgehen, der gewalttätige Bismarck den Arbeiter mit Gewalt niederhalten und ihn sozial verelenden lassen!

*

Der Kaiser, so wurde von verschiedenen Seiten im Laufe der Jahre berichtet, hatte im Winter 1889/90 nicht selten erklärt: er wolle ein Arbeiterkaiser sein. Sein Großvater habe sich auf den Soldaten gestützt, sein Vater auf den Bürger, er wolle sich ganz auf den Arbeiter stützen. Bei anderer Gelegenheit sagte er, er habe denselben Entschluß gefaßt wie Friedrich der Große, er wolle sein „un roi des gueux" (ein König der Bettler). Es kann kein Zweifel sein, daß ihm damals ein solches Selbstporträt für die Zukunft vorschwebte; er verglich sich gern mit dem Großen König. Ebenfalls später noch sagte der Kaiser: mit der Gewaltpolitik Bismarcks gegen die Arbeiterschaft sei es so nicht mehr weitergegangen, es sei ein Glück, daß das Sozialistengesetz nicht mehr zur Erneuerung gelangt sei. — Was gedachte Wilhelm II. an die Stelle zu setzen?

In Sachsen hatte man einige Arbeiterschutzmaßnahmen eingeführt: in der Hauptsache gesetzliche Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und der Sonntagsarbeit. Die Arbeitgeberschaften sträubten sich dagegen, und die sächsische Regierung wünschte diese Arbeiter-Schutzgesetzgebung überhaupt gemildert und dafür auf das ganze Reich ausgedehnt. Bismarck war dagegen, weil seiner Ansicht nach der Arbeiter seiner Selbstbestimmung beraubt werde. „Ich glaube nicht, daß der Arbeiter an sich dankbar dafür ist, daß man ihm verbietet, Geld zu verdienen an Tagen und in Stunden, wo er dazu geneigt ist." Er, Bismarck, habe hinsichtlich der Sonntagsarbeit bei Arbeitern Zustimmung immer nur mit dem Vorbehalt gefunden, daß dann

der Wochenlohn für sechs Tage ebenso hoch sein müsse wie vorher für sieben Tage. In Summa vertrat der Kanzler den Standpunkt, der Arbeiter müsse freie Entscheidung haben.

Über diese und ähnliche Fragen ist die Zeit längst hinweggegangen. Rückblickend wird man den Standpunkt des Kaisers und der Kreise um ihn an sich gelten lassen müssen. Das Motiv freilich, das den Kaiser hier zu einem möglichst raschen Vorgehen für diese Arbeiterschutzgebung maßgebend war, die nicht zu verwechseln ist mit der sozialen Gesetzgebung Bismarcks unter Wilhelm I., dieses Motiv war zunächst ein rein taktisch politisches:

Die Reichstagswahlen standen für den Februar 1890 bevor, Bismarck sah voraus, daß sie schlecht ausfallen würden, der Kaiser fürchtete für die dann sich ergebenden Zustände und vielleicht notwendig werdenden energischen Entschlüsse. Er glaubte, durch den Arbeiterschutz große Mengen der Handarbeiterschaft von der Sozialdemokratie fort und in eine der Regierungsparteien hineinzubringen. Sein Gedanke war, auf diese Weise die Politik Bismarcks öffentlich als unrichtig feststellen zu können. Demselben Zweck sollte der Versuch des Kaisers dienen, seinen Arbeitschutzplan in zwei öffentlichen Erklärungen in pathetischen Worten bekanntzugeben. Das müsse noch vor dem Schluß des Reichstags in dessen letzter Sitzung geschehen, so erklärte er im Ministerrat. Der Kaiser wollte ferner eine öffentliche Verkündung: daß die Regierung sich mit dem abgemilderten Sozialistengesetz zufrieden geben werde. Hierzu schreibt Bismarck:

„So erklärte ich auch in diesem Falle, daß die verbündeten Regierungen sich die Zukunft erschweren würden, wenn sie schon jetzt die Flagge strichen und ihre eigenen Vorlagen verstümmeln wollten ... Wir würden sowieso dem nächsten Reichstag ein schärferes Gesetz vorlegen müssen. Der Kaiser protestierte gegen das Experiment, eine Pause, einen Zwischenraum entstehen zu lassen: er dürfe es im Anfang seiner Regierung keinenfalls zu einer Situation kommen lassen, in der Blut fließen könnte; das würde ihm nie verziehen werden. Ich entgegnete, ob es zu Aufruhr und Blutvergießen käme, hinge nicht von Seiner Majestät und unseren Gesetzesplänen ab, sondern von den Revolutionären, und ohne Blut würde es schwerlich abgehen, wenn wir nicht mehr, als ohne Gefahr zulässig, nachgeben und irgendwo standhalten wollten. Je später der Widerstand der Regierung eintrete, desto gewaltsamer werde er sein müssen."

Hier haben wir in wenigen Worten den Standpunkt Bismarcks. Zum Schluß jener Sitzung erklärte er: ein solcher freiwilliger Rückzug im Kampfe gegen die Sozialdemokratie werde der erste Schritt bergab auf dem bisher aufsteigenden Wege sein, in der Richtung auf eine vorläufig bequeme, aber

gefährliche Parlamentsherrschaft. Wenn Seine Majestät meinem Rate keine Bedeutung beilege, so wisse ich nicht, ob ich dann noch an meinem Platze sei. Hieraufhin wandte sich der Kaiser an den Staatssekretär von Bötticher und sagte ihm: „Dadurch werde ich in eine Zwangslage versetzt."

*

In jener Sitzung hatte Bismarck den Auftrag vom Kaiser erhalten, die beiden von ihm entworfenen „Arbeitererlasse" für die Öffentlichkeit entsprechend zu redigieren. Nachdem, als es geschehen war, legte der Kanzler sie dem Kaiser zur Unterzeichnung vor, machte aber noch ein letztes Mal seine Bedenken dagegen geltend und bat den Kaiser, die Erlasse in das Kaminfeuer werfen zu dürfen. Der Kaiser verneinte und unterzeichnete. Die Erlasse lauteten:

An den Reichskanzler.

„Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche Meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte concurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Concurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarkts beteiligten Länder wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Überzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, daß zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlungen zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage Ich Sie, die Cabinete aller Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Antheil nehmen, zu einer Conferenz behufs Berathung über die einschlägigen Fragen einzuladen.

Wilhelm I. R."

An die Minister der öffentlichen Arbeiten

und für Handel und Gewerbe.

„Bei Meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluß kund gegeben, die fernere Entwicklung Unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater Sich der Fürsorge für den wirthschaftlich schwächeren Theil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So werthvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe. Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiet laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirthschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den Letzteren Fühlung zu behalten. Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabrikinspectionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat. Zur Vorbereitung dieser Fragen will Ich, daß der Staatsrath unter Meinem Vorsitze und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der Letzteren behalte Ich meiner Bestimmung vor. Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Nothwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich

ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unserigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Conferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelung der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mittheilen.

Wilhelm I. R."

Die Erlasse wurden veröffentlicht, trugen aber nicht die Gegenzeichnung des Kanzlers. Eine Bedeutung haben sie nicht erlangt, nicht die geringste!, ebensowenig wie die internationale Konferenz, die auf Betreiben des Kaisers gegen Bismarcks Gutachten zustande kam. Hierzu schreibt der Kaiser:

„Daraufhin beschloß ich, einen allgemeinen Sozialkongreß einzuberufen. Auch dem widersetzte sich Fürst Bismarck. Die Schweiz hegte einen ähnlichen Gedanken und beabsichtigte einen Kongreß nach Bern zu berufen. Der schweizerische Gesandte Roth erfuhr von meiner Absicht und empfahl die Einstellung der Einladungen nach Bern und die Annahme einer solchen nach Berlin. So geschah es. Dank der Loyalität des Herrn Roth konnte der Kongreß nach Berlin berufen werden. Das aus ihm resultierende Material ist zu Gesetzen verarbeitet worden und ausgenutzt worden, allerdings nur in Deutschland."

Richtiger bezeichnet: Ebenso wie die Erlasse politisch verpufften, so verpuffte die mit großem Lärm der Welt verkündete, spärlich beschickte Internationale Arbeiterkonferenz wirkungslos und klanglos. Bismarck hatte vorher versucht, die Berufung der Konferenz überhaupt zu verhindern, und auch mit Äußerungen nicht hintangehalten, die Berliner Konferenz werde ein totgeborenes Kind sein, man solle lieber die Schweizer Konferenz besuchen. Hier mischte sich der Freund des Kaisers, Graf, später Fürst, Philipp Eulenburg, ein und sagte dem Schweizer Gesandten, der Kaiser werde der Schweiz niemals vergessen, wenn diese auf ihre Konferenz verzichte, so daß die Berliner Konferenz stattfinden könne. — Diese Einzelheiten seien nur erwähnt, um zu zeigen, wie gearbeitet wurde.

Sehen wir zunächst ab von der wachsenden Zuspitzung der Spannung zwischen Kaiser und Kanzler, über die zusammenfassend zu sprechen sein wird, und beschränken wir uns auf die politische Betrachtung der sozialen Frage, wie der Kaiser einerseits, der Kanzler andererseits diese anzufassen und zu lösen gedachte.

Der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Persönlichkeiten drückte sich am kürzesten und vollständigsten aus, als der Kaiser im Staatsrat erklärte: „Die Sozialdemokratie überlassen Sie nur mir."

Damals, Ende der achtziger Jahre und 1890, glaubte Wilhelm II. also: die Berufung der Internationalen Arbeiterkonferenz und seiner Arbeitererlasse würden die Reichstagswahlen für 1890 in dem Sinne günstig beeinflussen, daß eine große Anzahl von Arbeitern nicht für die Sozialdemokratie stimme. Die Auffassung und die auf sie gestützte politische Rechnung erwies sich schnell als falsch: im Gegenteil erhielt die Sozialdemokratische Partei in den Februarwahlen 1890 einen großen Stimmenzuwachs.

Die Partei hatte eine geschickte Agitation in dem Sinne getrieben: der Kaiser und die herrschenden Klassen machten jetzt der Arbeiterklasse alle möglichen Versprechungen. Das sei der Beweis dafür, daß sich die Sozialdemokratische Partei auf dem richtigen Wege befinde. Man habe Angst vor ihr. Es zeige sich auch darin, daß das Bismarcksche Sozialistengesetz nicht erneuert werden solle. Alles in allem also: selbst Bismarck ist gescheitert mit seiner brutalen Unterdrückungspolitik, das werktätige Volk hat durch den Heroismus seines Widerstandes gegen das Sozialistengesetz einen gewaltigen Erfolg errungen. Jeder Arbeiter gebe seine Stimme der völkerbefreienden internationalen Sozialdemokratie, dann ist der vollständige Sieg gesichert!

Der Kaiser sagte in einer zitierten Äußerung, er habe seinerseits, um die Seele des deutschen Arbeiters zu gewinnen, heiß gerungen. „Ich war von einem klaren Pflicht- und Verantwortlichkeitsbewußtsein meinem ganzen Volke, also auch den arbeitenden Klassen gegenüber, erfüllt. Was diesen von Rechts wegen und billigerweise zukam, sollte ihnen werden, und zwar, soweit es angängig oder notwendig war, wo der Wille und das Vermögen der Arbeitgeber aufhörten, von seiten des Landesherrn und seiner Regierung. Sobald ich erkannt hatte, daß Verbesserungen notwendig waren, zu denen sich die Industrie zum Teil nicht verstehen wollte, griff ich aus Rechtsgefühl für die Arbeiterschaft ein ... Ich wußte genau, daß bei den maßlosen Forderungen der sozialistischen Führer die unberechtigte Begehrlichkeit stets neu entfacht werden sollte. Aber gerade um den unberechtigten Aspirationen mit reinem Gewissen und überzeugend entgegentreten zu können, durften den berechtigten die Anerkeunnng und Förderung nicht versagt werden."

Diesem seinem Standpunkt stellte er denjenigen Bismarcks von sich aus gegenüber:

„Bismarck war — das möchte ich nach dem Gesagten betonen — nicht etwa arbeiterfeindlich. Im Gegenteil! Er war ein viel zu großer Staatsmann, um die Wichtigkeit der Arbeiterfrage für den Staat zu verkennen. Er faßte diese ganze Angelegenheit vom rein staatlichen Zweckmäßigkeitsstandpunkt auf. Der Staat solte für die Arbeiter sorgen, soweit dies der Regierung gut schien. Von einer Mitwirkung der Arbeiter bei diesem Werke war kaum die Rede. Verhetzungen und Auflehnungen sollten scharf, nöti-

genfalls mit Waffengewalt, unterdrückt werden. Fürsorge auf der einen, die Panzerfaust auf der anderen Seite, das war die Bismarcksche Sozialpolitik."

Der Kernpunkt des Gegensatzes der beiden Standpunkte war in Wirklichkeit ein anderer. Er läßt sich kurz ausdrücken:

In seinen großen Reden für das Sozialistengesetz — es sei auf die zitierten Stellen hingewiesen — erkannte Bismarck in der Sozialdemokratie einen inneren Todfeind des Reiches, ebenso wie als einen äußeren Todfeind, der nur auf die Gelegenheit wartete und diese vorzubereiten versuchte, um den Vernichtungskampf gegen das Reich zu führen. Diesem Gesichtspunkt ordnete der Kanzler alles andere unter, und insofern war es ihm lediglich eine Machtfrage. So erklärt und versteht sich auch sein immer wiederholter Einwand dem Kaiser gegenüber: dessen Pläne und Maßnahmen würden den Todfeind, die Sozialdemokratie, lediglich stärken und ermutigen. Schon damals und auch später ohne Ausnahme hat die Wirklichkeit dem Fürsten Bismarck recht, dem Kaiser unrecht gegeben.

In seiner Gegenüberstellung hebt der Kaiser hervor: er habe die Seele des Arbeiters gewinnen wollen, Bismarck habe: „Fürsorge auf der einen, die Panzerfaust auf der anderen Seite" anstatt dessen gehabt. Einer der Irrtümer des Kaisers lag in der Ansicht, er würde die Arbeiter von ihren sozialdemokratischen Führern trennen können, und zwar durch sein persönliches Eintreten für soziale Reformen. Ein solcher Irrtum war sicher begreiflich wegen der Jugend und Unerfahrenheit des Kaisers, und weil ihm unberufene Ratgeber in Mengen aus den verschiedensten Motiven, zum Teil, weil sie Bismarck loszuwerden hofften, auseinandersetzten: Mit Güte und Liebe sei die soziale Frage leicht zu lösen, die brutale Gewalt des Kanzlers habe schon versagt und müsse schließlich zu den schlimmsten Zuständen führen. Hinzu kam das selbstgefällige Wunschbild des Kaisers, als Bahnbrecher und Fackelträger einer neuen Zeit, im Gegensatz zu der alten, mit seiner Thronbesteigung vergangenen, hervorzutreten. Bismarck hat im dritten Band seiner „Gedanken und Erinnerungen" nicht unrecht mit der sarkastischen Kennzeichnung, der Kaiser strebe „einen populären Absolutismus" an.

Im übrigen ist der gute Wille des Kaisers natürlich ohne weiteres zugegeben. Diese Selbstverständlichkeit zu erwähnen sollte eigentlich nicht notwendig sein, denn guter Wille eines neuzeitlichen Herrschers war eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem und eben deshalb kann solcher gute Wille eine unrichtige Politik nicht rechtfertigen; besonders in diesem Falle nicht, wo die richtige Anschauung und die richtige Politik nicht gesucht zu werden brauchte, sondern in Gestalt des Reichskanzlers da war. Außerdem waren ungefähr anderthalb Jahrzehnte der Erfahrung schon vergangen, aus denen Bismarck den Schluß gezogen hatte: hier mit der Sozialdemokratie ist der

Todfeind des Reiches und der Seele des Arbeiters. Dieser Todfeind muß vernichtet werden, die Wurzel muß ausgerottet werden! Der Kaiser seinerseits wollte nur an den Symptomen kurieren. So glaubte er die Arbeiterschaft für das Reich zu gewinnen und der Sozialdemokratie den Boden unter den Füßen zu entziehen; durch Reformen in Frieden und wachsendem Verständnis die Arbeiterklasse — denn auch der Kaiser dachte, wie damals alle, in „Klassen" — dem Reiche zu gewinnen. Bismarck glaubte daran nicht, sondern erkannte als den einzig möglichen Weg zum Erfolge: Beseitigung der sozialdemokratischen Führer und Organisationen, zugleich soziale Arbeit für die Arbeiterklasse und mit ihr.

Man hat dem Kaiser besonders immer in den Ohren gelegen mit der rücksichtslosen brutalen Härte Bismarcks, der zur Lösung schwieriger Fragen nur Gewalt und Macht gekannt und angewendet habe. Mit dem Alter habe sich diese Neigung noch verstärkt, Bismarck könne weder die Mentalität der Gegenwart noch deren Fragen richtig beurteilen. Da zeige Seine Majestät, in die lebendige Gegenwart hineingeboren, ein ganz anderes Verständnis für die Sorgen des Arbeiters und für die großen Probleme der neuen Zeit. Schlimm genug überhaupt sei es, daß so lange Jahre hindurch alte Leute ein neues Deutschland regiert und geführt und die leitenden Stellen besetzt hätten.

Merkwürdigerweise ist hier und da in Deutschland noch vor wenigen Jahren eine ähnliche Ansicht über Bismarck nicht selten zu hören und zu lesen, auch in der Tonart: im Grunde genommen habe der Kaiser recht gehabt, mit der Bismarckschen Brutalität sei es eben doch nicht mehr gegangen. Der Kaiser sei mit Güte und Reformen doch viel weitergekommen. — Ja, wohin ist der Kaiser gekommen? An dieser Stelle nur die kurze Antwort: Der Kaiser ist, und zwar durch den Marxismus, bis zum 9. November 1918 gekommen!

Wie war es denn ungefähr 45 Jahre nach 1890? Das erste, was Adolf Hitler, nachdem er die Macht ergriffen hatte, proklamierte und mit äußerster Entschlossenheit, Schnelligkeit und Rücksichtslosigkeit durchführte, war: Ausrottung des Marxismus! Verboten und aufgelöst wurden die marxistischen Parteien und ihre sonstigen Organisationen, auch die Gewerkschaften; festgesetzt wurden, wo nötig, Führer und Agitatoren, verboten die Presse; alles in allem: nicht Reformen, sondern grundstürzende und grundlegende Umwälzung, nicht väterliche Ermahnungen und gutes Zureden, sondern schweigendes Handeln in höchster Energie und Schnelligkeit. Der Führer der deutschen Revolution war durch keine Verfassung und keinen Kaiser gehemmt, noch gezwungen. Es stand ihm frei, zur Lösung der sozialen Frage andere Wege zu beschreiten, er konnte die marxistischen Parteien

anerkennen, mit ihnen Kompromisse machen, versuchen, gemeinsam Reformen ein- und durchzuführen. Das hat er, obgleich er nicht, wie Bismarck, 1815 geboren war, auch nicht dem preußischen Adel angehörte, nicht getan, vielmehr, ohne einen Augenblick zu zögern, Ausrottung verkündet und durchgeführt. Daß der Erfolg ihm recht gegeben — ja keinen Augenblick in Frage gestanden hat, ist schon lange eine sogenannte Binsenwahrheit. Auf Wegen, wie Wilhelm II. sie sich dachte, hätte Adolf Hitler niemals die soziale Frage lösen, noch den Marxismus besiegen, noch den nationalsozialistischen Staat errichten und emporführen können.

Man kann das gefühlsmäßige Bedenken des Kaisers begreifen, wenn er sagte: Er wolle nicht gleich nach seinem Regierungsantritt im Blut seiner Untertanen waten, er wolle nicht ähnliche Beinamen tragen wie sein Großvater nach 1848, übrigens ungerechterweise, als „Kartätschenprinz". Bismarck antwortete dem Kaiser: Je länger er zögere, desto tiefer müsse er einst im Blut waten. Die Katastrophe von 1918/19 übertraf Bismarcks Befürchtung weit.

Lange bevor die Großmächte des Westens und Rußland 1914 den Vernichtungskrieg gegen das Deutsche Reich begannen, haben sie mit Recht die Sozialdemokratie Deutschlands als ihren Bundesgenossen betrachtet. Seit langem verfolgten sie die deutschen Reichstagswahlen mit größter Spannung und begrüßten das Anwachsen der Sozialdemokratie mit Freude und zunehmender Erleichterung. Das Wort jenes britischen Ministers während des Weltkrieges ist bekannt: Die deutschen Heere seien unbesiegbar, aber man setze die Hoffnung des Sieges auf den Deutschen Reichstag. Die Hoffnung erfüllte sich, und die Tatsache ist geschichtlich und unbestreitbar, daß der Dolch, der nicht allein in den Rücken des deutschen Heeres, wie der englische General Maurice schrieb, sondern auch des politischen Deutschlands geführt wurde, sich in der Hand der Marxisten befand und von ihnen bereitgehalten wurde.

Der Kaiser hat während seiner ganzen Regierungszeit niemals begriffen, daß das Problem: Reich, beziehungsweise Staat, und Sozialdemokratie eine Machtfrage war, aufgeworfen vom Marxismus. Jahrzehnt für Jahrzehnt wurde der Arbeiterschaft durch ihre Führer auf Grund der marxistischen Lehre in Reden, in der Presse, in den sozialdemokratischen Büchereien vorgehalten: der Staat, das Reich, der nationale Gedanke, die vom Staat geschützte Religion, alle Klassen, die nicht Arbeiter sind — sind eure Todfeinde, in Friedenszeiten eure Zwingherren und Blutsauger, im Kriege seid ihr ihnen Kanonenfutter für ihre Eroberungs- und Raubsucht und Geldgier. Wenn ihr nur wollt, der Sozialdemokratie folgt und Disziplin haltet, so kommt bald der Augenblick, wo die internationale, völkerbefreiende Sozial-

demokratie, deren Hauptmacht ihr hier in Deutschland darstellt, den Sieg über die anderen Klassen und Parteien erringt, die Monarchie durch Umsturz beseitigt und allein die Macht im Staate besitzt. Dann gestaltet ihr Arbeiter euch als Herrscher den sozialistischen Zukunftsstaat, wo es keinen Kriegsdienst, keine Steuern, keine Klassen und höchstens fünf bis sechs Stunden Arbeit täglich geben wird. Dieser Zukunftsstaat bedeutet zugleich den ewigen Völkerfrieden, da werdet ihr nicht mehr zur Schlachtbank geführt!

So ging die eine Weise des Zauberliedes, das die Massen betörte. Und das andere entsprach diesem: Seht nur, wie die Angst der oberen Klassen vor uns wächst, wie der Kaiser nicht einmal mehr den Mut hat, das Ausnahmegesetz gegen unsere Partei zu erneuern, wie er uns durch einige lächerliche Reformen und bombastische Reden zu gewinnen und von der Verfolgung unseres großen herrlichen Zieles abzubringen versucht. Mit jedem Jahr, mit jeder Reichstagswahl werden wir stärker, nimmt der Zustrom zur Sozialdemokratie zu, der Sieg ist uns sicher, und bald wird sich verwirklichen, was unser großer Marx am Schluß seines berühmten Manifestes sagte: Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen! — Dieser Glaube: Niemand kann uns besiegen, nichts kann uns widerstehen! wurde nach der Nichterneuerung des Sozialistengesetzes felsenfest, und die Anziehungskraft der Partei wuchs mit dem Fall des Sozialistengesetzes gewaltig.

Der Plan, den Bismarck 1889/90 dem Kaiser vorschlug, war in der großen Linie: zunächst der Versuch, demnächst eine Vorlage eines neuen schärferen Sozialistengesetzes im neuen Reichstage durchzubringen; gelang dies nicht, so mehrmals den Reichstag aufzulösen, um eine Mehrheit für die Regierung zu gewinnen. War auch das erfolglos, so sollten die deutschen Bundesfürsten zusammentreten, den 1871 geschlossenen Bund für aufgelöst erklären, gleich wieder zur Schließung eines neuen Bundes zusammentreten, diesem eine neue Verfassung geben und das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht durch ein anderes beseitigen. Dies war der Weg, den Bismarck gehen wollte. Er war entschlossen, wie er wiederholt auch später gesagt hat, alles daranzusetzen, um seinen, wie er meinte, größten Fehler auch selbst wieder zu beseitigen. In den „Gedanken und Erinnerungen", also nachdem sein Plan am Kaiser gescheitert war, gibt er noch der Hoffnung Ausdruck: das deutsche Volk werde klug und stark genug sein, um das allgemeine Wahlrecht, wenn es sich weiter als schädlich erwiese, zu beseitigen.

Bei solchen Überlegungen und bei diesem Plane ging es Bismarck nicht, wie ihm später untergeschoben worden ist, um persönlichen Haß, um irgendeine Doktrin, um Arbeit gegen den Kaiser, sondern, wie immer, um das

Reich. Er sah die wachsende Gefahr für das Reich in der Sozialdemokratie und daß die Quelle ihrer Macht im Staate wesentlich im geltenden Wahlrecht lag. Folglich sollte dieses, wenn kein anderes Mittel sich finden ließ, eben beseitigt werden.

Auf Einwendungen des Kaisers, er wolle nicht gleich zu Anfang seiner Regierung das Blut seiner Untertanen vergießen, erwiderte Bismarck neben dem schon Angeführten: er selbst würde diesen Kampf auf seine Kappe nehmen, er fühle noch die Kraft, ihn durchzuführen. Das wollte der Kaiser aber nicht, auch deshalb nicht, weil, wie der Großherzog von Baden ihm gesagt hatte, dann „der alte Kanzler wieder im Vordergrund stehen würde". Das war für Wilhelm II. ein unerträglicher Gedanke.

Politisch hätte jener persönliche Einwand des Kaisers selbst für ihn nicht gelten dürfen. Freilich war noch ein anderes Element darin enthalten, das für die gesamte Regierungszeit Wilhelms II. bestimmend gewesen ist. Dieses drückt sich aus in dem Satz Bismarcks: „Ich hielt den Kaiser für kampflustiger, als er war oder unter fremdem Einfluß blieb, und hielt für Pflicht, ihm mäßigend, eventuell kämpfend, zur Seite zu bleiben." Es hat zum Verhängnis des Kaisers gehört, daß er immer zunächst für kampflustiger gehalten wurde, als er war, zum wesentlichen Teil, weil er diesen Anschein selbst zu erwecken liebte.

Man kann nun, auch rückblickend, zum Plan Bismarcks zur Beseitigung des Reichsfeindes: Sozialdemokratie ja oder nein sagen. Er ist bekanntlich nicht in Angriff genommen worden; die einzige Probe auf die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Politik: Erfolg oder Mißerfolg, hat nicht gemacht werden können. Eines aber kann und muß noch über die soziale Frage gesagt werden:

Es würde eine Verkennung der Politik Bismarcks und auch des Mannes Bismarck sein, anzunehmen, daß er geglaubt habe: „mit brutaler Gewalt die soziale Frage totschlagen zu können".

Wie sogar der Kaiser ihm in seinen zitierten Äußerungen zugestanden, war Bismarck alles andere denn ein Arbeiterfeind. Der Kaiser machte ihm aber den Vorwurf: „Er faßte diese ganze Angelegenheit aber rein vom staatlichen Zweckmäßigkeitsstandpunkt aus auf", während er, der Kaiser, „heiß gerungen" habe, um die Seele des deutschen Arbeiters zu gewinnen.

Bismarck, der das Reich in wachsender Gefahr sah, hielt mit Recht für selbstverständlich, vor allem diese Gefahr zu beseitigen. Daß er bereit und willens war, die Stellung des Arbeiterstandes tunlichst zu bessern, hatte er sogar den Sozialdemokraten gegenüber im Reichstag bindend erklärt, als er ihnen sagte, jeden positiven Vorschlag, den sie ihm machen würden, werde man wohlwollend prüfen.

So kann es keinen Zweifel unterliegen, daß der Kanzler nach unblutiger oder blutiger Niederwerfung der Sozialdemokratie mit der ihm gewohnten Energie eine auch im Sinne der Arbeiterschaft positive soziale Politik getrieben haben würde.

Im selben Jahre, 1889, also in der Zeit, als der Kaiser diesem und jenem und sogar im Staatsrat erklärte: die Sozialdemokratie möge man nur ihm überlassen, er werde schon mit ihr fertig werden, sie sei eine ephemere Erscheinung und so weiter, sagte Wilhelm II. zu einer Deputation jener streikenden westfälischen Bergleute unter anderem: „Denn für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind. Merke ich daher, daß sich sozialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen und zu ungesetzlichem Widerstand anreizen, so würde ich mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten und die volle Gewalt, die Mir zusteht, und die ist eine große, zur Anwendung bringen." — Väterliche Ermahnungen fügte er hinzu: „Kündigungsfristen einzuhalten, Kontrakte nicht zu brechen, Ruhe und Ordnung nicht zu stören."

Daß, wie alle, auch jener Streik von Sozialdemokraten geführt wurde und organisiert worden war, konnte keinem Zweifel unterliegen. Sprach der Kaiser also von „sozialdemokratischen Tendenzen", so mußte er unmittelbar gegen die Träger dieser Tendenzen vorgehen, er tat es aber nicht, sondern hielt eine Rede in seiner Anschauung eines „populären Absolutismus", denn er sprach nicht von seiner Regierung, sondern von sich selbst, dem eine „große Gewalt" zur Verfügung stehe. Um die Seele des Arbeiters wollte er „ringen".

Knapp zwei Jahre nachher — wir greifen zur Vervollständigung des Bildes etwas vor — sagte der Kaiser bei einer Rekrutenvereidigung in Potsdam: „Ihr habt Mir Treue geschworen, das — Kinder meiner Garde — heißt, ihr seid jetzt Meine Soldaten, ihr habt euch Mir mit Leib und Seele ergeben. Es gibt für euch nur einen Feind, und der ist Mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß Ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen — was Gott verhüten möge —, aber auch dann müßt ihr Meine Befehle ohne Murren befolgen."

Das war schwerlich ein Weg, der zur Gewinnung der Seelen der Arbeiter führen konnte und ebensowenig der Rekruten, die vor ihm standen, und aller anderen, die im ganzen Lande Jahr für Jahr vereidigt wurden. Für die Sozialdemokratie bildeten solche kaiserlichen Reden ein glänzendes Propagandamaterial: Da seht ihr den bluttriefenden Militarismus! Schon macht der Oberste Kriegsherr euren Söhnen zur Pflicht, auf euch zu schießen! — Und zur jüngeren Generation gewandt: Denkt bei allen euren militärischen Schießübungen daran, daß ihr eure Eltern und Brüder niederschießen sollt!

In nachfolgenden Jahren mischte sich mit dem Ton der Drohung auch ein solcher der Furcht in kaiserliche Reden ein: Mitte der neunziger Jahre weihte der Kaiser die neue Kaserne des Alexander-Regiments ein und sagte in seiner Rede: „Ihr müßt bereit sein, Tag und Nacht euer Leben in die Schanze zu schlagen, euer Blut zu vergießen für euren König." Dann erinnerte Wilhelm II. daran, daß diese Kaserne wie eine Festung und mit Schießscharten gebaut sei, mitten in Berlin. Dann dachte er an die Märztage des Jahres 1848 und sagte: Wenn die Stadt Berlin noch einmal mit Frechheit und Unbotmäßigkeit sich erheben sollte, dann müßten sie, die Soldaten, „mit der Spitze der Bajonette die Frechen und Unbotmäßigen zu Paaren treiben".

Die sozialdemokratische Führung konnte mit jeder solchen und ähnlichen Rede des Kaisers immer nur eine neue Mehrung ihrer Macht und ihres Einflusses buchen: es war klar, daß sie immer mehr zum Gegenstand der Furcht wurde.

1895 beging der Kaiser, mit ihm die Armee, die hohe Beamtenschaft, die deutschen Fürstenhöfe den fünfundzwanzigsten Jahrestag der Schlacht von Sedan. Während der Vorbereitungen zu diesem Fest einer großen Erinnerung und weiterwirkenden Tatsache benutzte die Sozialdemokratische Partei die seit 1890 wiedergewonnene Freiheit der Presse und ergoß sich in einer wütenden Hetze gegen Reich und Staat, gegen den sogenannten Militarismus und beschimpfte mit ausgesuchter Gemeinheit die Persönlichkeit Kaiser Wilhelms I. Der Kern der großen Hetze aber war in den folgenden Sätzen enthalten:

„Wo ist der Mann unter dem deutschen Industrieproletariat, der solcher frechen Betätigung des Mordpatriotismus nicht hohnlachend und mit Ekel erfüllt gegenüberstände? Wo ist der Hanswurst unter den Ausgebeuteten, der sich ohne Ingrimm im Herzen durch Beteiligung an solcher Feier entehrte! Welcher klassenbewußte Arbeiter in deutschen Landen reichte im Anblick des mordpatriotischen Geheuls nicht mit doppelter Innigkeit seinen französischen Brüdern und Leidensgefährten die Hand, eingedenk der Losungsworte, vor denen die Bourgeoisie der ganzen Welt erblaßt, als vor einem Menetekel: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Am 2. September fand im Königlichen Schloß zu Berlin die Sedanfeier des Kaisers statt — unter den Gästen befanden sich die Könige von Sachsen und von Württemberg —, in seiner Rede hieß es:

„Ein einziger aufflammender Dank gegen Kaiser Wilhelm I.! Und für uns, besonders für die jüngeren, das, was der Kaiser gegründet, zu erhalten!

Doch in die hohe, große Festesfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazugehört; eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns ge-

heiligte Person des allverehrten, verewigten Kaisers in den Staub ziehen. Möge das gesamte Volk in sich die Kraft fühlen, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun, dann rufe ich Sie, um der hochverräterischen Schar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen."

Das war ein Kampfruf, wie er, der Form nach, kaum schärfer sein konnte. Der Kaiser rief das deutsche Volk auf: zurückzuweisen die Angriffe auf den verstorbenen Kaiser Wilhelm I. und deshalb den Kampf zu führen.

Nichts sagte der Kaiser von den sozialdemokratischen Beschimpfungen der Vaterlandsliebe, des nationalen Geistes, der Wehrkraft, der Reichs- und Staatsführung. Einzig und allein gegen die Beschimpfung seines Großvaters wandte er sich. Hier zeigte sich besonders prägnant die rein persönliche Auffassung und Beurteilung politischer Vorgänge durch Wilhelm II. Gerade in diesem Fall hätte er — denken wir uns einen Mann von starkem Willen und nüchternem furchtlosem Urteil an seiner Stelle — die politische Tragweite solcher sozialdemokratischen Demonstrationen an sich in ihrer ganzen Richtung und Bedeutung kennzeichnen und seinen festen Entschluß kundgeben müssen, daß es so nicht weitergehe; daß diesem immer mehr sich verschlimmernden Zustande ein Ende gemacht werden müsse, dann, ohne viel zu reden: entsprechend handeln.

Anstatt dessen forderte der Kaiser in seiner Tischrede das gesamte Volk auf, die Angriffe gegen seinen Großvater zurückzuweisen; eine entrüstete Phrase, weiter nichts! Wie anders sollte das ganze Volk „zurückweisen" als durch eine Anzahl von Zeitungsartikeln bürgerlicher Blätter, die heute gelesen und morgen in den Ofen geworfen wurden! Führung war notwendig, keine Worte ohne Folgen!

Die Sozialdemokratie nutzte voller Freude den Ausdruck: „Eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen", ausgiebig und auf Jahre hinaus, aus: der Kaiser habe die deutsche Handarbeiterschaft, das gesamte werktätige Volk damit gemeint und endlich seine wahre Gesinnung enthüllt. Natürlich hatte der Kaiser nur die sozialdemokratischen Führer gemeint oder auch nur die betreffenden Artikelschreiber, aber seine Worte waren gesprochen, und nachträgliche Erklärungen oder Sinnbildungen konnten nichts ändern. Die Sozialdemokratie aber hatte einmal wieder nach dem Wort ihres Führers Bebel ein Schweineglück gehabt, indem ihre Gegner in Deutschland fortwährend die törichtsten Fehler machten.

Zum Verständnis der Lage das Folgende:

Die Sozialdemokratie hatte nach dem Fall des Sozialistengesetzes wieder ihren Parteitag 1891, zu Erfurt, abhalten können. Ihr Programm wurde, den Hauptpunkten nach, neu festgelegt, insbesondere die Forderungen:

Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in Eigentum der Gesellschaft, also: Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel; Sozialisierung der Warenproduktion durch die Gesellschaft und für sie.

Wahlrecht für Männer und Frauen mit zwanzig Jahren.

Über Krieg und Frieden entscheidet das Volk.

Alle Behörden werden durch das Volk gewählt; diese Forderung schließt die Beseitigung der Monarchie ohne weiteres in sich.

Alle indirekten Steuern und Zölle werden abgeschafft.

Alle Rechtshilfe und aller ärztliche Beistand wird unentgeltlich gewährt.

Diese Forderungen, wie das Programm überhaupt, waren reiner Marx. Zu ihrer Erfüllung konnte einzig und allein der Umsturz führen: Beseitigung der Monarchie, der Verfassung und deren Ersatz durch die kommunistische „Gesellschaft". Das mächtige Wachsen der Sozialdemokratie damals wird durch die folgenden Ziffern veranschaulicht: 1893 ergaben die Wahlen 44 sozialdemokratische Abgeordnete, 1898 — 56 Abgeordnete, 1903 stieg diese Zahl auf 81 Abgeordnete, und was die Stimmenzahl anlangte, gegenüber der Zahl von 1898: von 2,1 Millionen auf 3 Millionen. In den Folgejahren bis zum Weltkriege setzte sich das Steigen fort. Wäre der Krieg 1914 nicht gekommen, so würde man schon bald den sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten gehabt haben; als Vizepräsident fungierte bereits der Sozialdemokrat Scheidemann.

In einem Rückblick schrieb der liberale Pressechef des Reichskanzleramts, Geheimrat Hammann, unter Bülow:

„Das Kraftgefühl der Arbeitermassen ist vielleicht niemals unbändiger gewesen als in der Mitte der neunziger Jahre. Jeder Mißerfolg der Regierung, jeder Erfolg gegen das Unternehmertum schürte das Feuer. Welcher Jubel zum Beispiel, als der Berliner Bierkrieg 1894 nach siebenmonatiger Dauer mit einem Siege der Brauergehilfen, Küfer und Böttcher endigte! Die Brauereien hatten einen Ring gebildet und eine Anzahl ihrer Arbeiter wegen sozialdemokratischer Betätigung ausgesperrt. Die Friedensbedingungen wurden von dem Abgeordneten Singer diktiert und enthielten die Anerkennung, daß der Arbeiter in der Betätigung seiner gewerkschaftlichen und politischen Klasseninteressen nicht behindert werden dürfe."

Derselbe Geheimrat stellte in einer Schrift für das letzte Jahrzehnt des alten Jahrhunderts seine Ansicht folgendermaßen fest:

„Um so gefährlicher für den Frieden im Innern des Reiches mußten neue Versuche sein, die Bewegung mit Gewalt zu unterdrücken. Die Spannungen waren bereits so stark, daß sie nicht weiter gesteigert werden konnten, ohne eine Explosion hervorzubringen. Was war also zu tun? Was wurde getan?"

Bismarcks Nachfolger, General Caprivi, stellte in seinen Reden über die sozialistische Frage und Gefahr seinen Standpunkt dahin fest:

„Die Regierung kann niederhalten und niederschlagen, damit ist die Sache aber nicht gemacht; die Schäden, vor denen wir stehen, müssen von innen heraus geheilt werden. — Wir müssen uns nicht angewöhnen, diesen Arbeiterstand immer mit einem pessimistischen Blick anzusehen, wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, auch diese Leute wiederzugewinnen."

Der General von Caprivi erkannte im allgemeinen wohl die Wichtigkeit der sozialen Frage, war sich aber nicht klar über das Wesen der Sozialdemokratie, erkannte in ihr nicht den Todfeind. Ein Sondergesetz gegen die Sozialdemokratie wollte er nicht. Ein von der preußischen Regierung dem Abgeordnetenhause vorgelegtes Sondergesetz wurde abgelehnt, zur Auflösung des Reichstags konnte man sich nicht entschließen. Innerhalb der rechtsstehenden Parteien wurde noch allerhand anderes erwogen, zum Beispiel Änderungen des Wahlrechts, Einführung der Wahlpflicht und so weiter. Auch am Gedanken eines Staatsstreichs kam man nicht vorbei, und ein damals sehr bekannter Schriftsteller vertrat den Standpunkt der Einführung einer Diktatur des Kaisers auf einige Jahre. Von anderen Seiten wurden Gedanken geäußert, die an jene Vorschläge erinnerten, die Bismarck dem Kaiser gemacht hatte.

Wir wissen nicht, ob der Kaiser in seinem Innern an jene Unterhaltungen mit Bismarck und dessen Vorschlag damals gedacht hat und an die Voraussage des alten Kanzlers, daß es entweder früher oder später zur Gewalt kommen oder mit einer Niederlage der Monarchie enden würde.

Genug, es geschah nichts; die Sozialdemokratie konnte ungehindert ihren Siegeslauf fortsetzen. Wieder waren die Reaktionen des Kaisers typisch:

Durch alle Zeitungen ging ein Wort des Kaisers, das nicht dementiert worden ist. Anläßlich eines Gesprächs über soziale Reformen sagte der Kaiser: „Davon könne vorläufig keine Rede mehr sein in Ansehung der politischen Zustände: die Kompottschüssel für den Arbeiter sei voll." In engerem Kreise, aber ohne Rücksicht auf die umgebende Dienerschaft, pflegte der Kaiser sich sehr zwanglos auszudrücken. In seinem Buch „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof" berichtete sein derzeitiger Hofmarschall, Graf Zedlitz:

„Bei einer der letzten Mittagstafeln kam die Rede auf einige der vorgekommenen Verbrechen, dann ging man über zu der zunehmenden Roheit im Volke. Und da gerade einige Scharfmacher die günstige Gelegenheit ergriffen hatten, in ihrem Sinne zu wirken, so ging die impulsive Natur des Kaisers weiter und, an die Schwierigkeit denkend, ein Volk mit dieser zunehmenden Roheit zu regieren, sagte er: ‚Ja, ohne einen ordentlichen Ader-

laß mit Dazwischenschießen wird es wohl in der nächsten Zeit nicht abgehen.' Der Kaiser nahm dabei keine Rücksicht auf die Anwesenheit der Dienerschaft."

Bei einem Streik der Straßenbahnangestellten im Jahre 1900 telegraphierte der Kaiser an das Generalkommando des Gardekorps:

„Ich erwarte, daß beim Einschreiten der Truppen mindestens fünfhundert Leute zur Strecke gebracht werden." Es war selbstverständlich, daß auch diese Äußerung schnell in die Öffentlichkeit gelangte.

Von anderen ähnlichen blutrünstigen Befehlen ähnlicher Art ist wiederholt berichtet worden, aber das Beispiel mag genügen.

Der Kaiser war weit entfernt, Blutvergießen dem Volke gegenüber wirklich zu wollen. Ein solcher Befehl und ähnliche Weisungen waren bei ihm lediglich sozusagen impulsive, sozusagen rednerische Entgleisungen, Rodomontaden vor den respektvoll Zuhörenden. Wie man sie beim Generalkommando oder anderen Behörden eingeschätzt hat, geht schon daraus hervor, daß sie nie ausgeführt wurden. Der Schaden freilich, den sie in der Öffentlichkeit anrichteten, war groß.

Die Entwicklung der Sozialdemokratie und der sozialen Frage ist also unmittelbar mit den persönlichen Eigenschaften des Kaisers verknüpft. Deshalb mußte über diese einiges vorweggenommen werden, bevor versucht wird, eine eingehendere Darstellung des Wesens des Kaisers zu geben.

Man weiß nicht, ob Wilhelm II. sich späterhin noch an sein Wort erinnert hat: die Sozialdemokratie möge man ihm nur überlassen, er werde mit ihr schon fertig werden, sie sei eine ephemere Erscheinung. Die Auffassung hat er wirklich zeitweise gehabt oder sich selbst suggeriert. Sie hat sich furchtbar gerächt an ihm und am Deutschen Reiche und Volke. Man kann einwenden: der Kaiser könne doch nichts dafür, daß er nicht die Kraft und Rücksichtslosigkeit Bismarcks besessen habe. Gewiß nicht, und die Reinheit seiner Ziele soll ihm in keiner Weise abgesprochen werden. In zwei Worten ausgedrückt, kommt aber weder der zeitgenössische Beurteiler noch der geschichtliche um das Urteil herum: Kaiser Wilhelm II. zeigte sich der großen Aufgabe, die ihm die soziale Frage und die internationalistische Sozialdemokratie stellten, nicht entfernt gewachsen. Ja er erkannte sie nicht einmal in ihrer Größe und in ihrem Wesen, während der alte Bismarck, als sie vor ihm, dem Siebzigjährigen, als Neuerscheinungen seines Lebens auftauchten, ihr Wesen und die Gefahr sofort in ihrem Kern erkannte und ebenso schnell den Weg sah, der in Ansehung der damaligen Verhältnisse gegangen werden mußte.

Ohne Interesse ist auch die Feststellung heute nicht, daß der Generalfeldmarschall Graf Moltke, dessen klares und ruhiges Urteil niemals be-

zweifelt worden ist, die Notwendigkeit des Verfahrens der Sozialdemokratie gegenüber nicht anders als Bismarck beurteilte. Ende des Jahres 1890 wurde ein Brief Moltkes veröffentlicht, in dem er einen Brief eines in London lebenden Deutschen beantwortete, der ihn um sein Urteil über die soziale Frage gebeten hatte. Moltke schrieb darin u. a.:

„Vor allem kommt es darauf an, die unteren Volksklassen aufzuklären über ihr eigenes Interesse. Das ist die Arbeit der Schule und Kirche durch ein Jahrhundert. Wir stehen aber nahe vor dem Ausbruch einer gewaltigen Bewegung und müssen der Gefahr schon jetzt ins Auge sehen ... Die dringend nötige Sozialreform kann nur durchgeführt werden von oben herab, durch ein starkes Königtum, welches den Willen und die Macht dazu besitzt — und das haben wir in Deutschland. — Das Gesetz gegen die Sozialdemokratie (Bismarcks Sozialistengesetz) war das humanere Verfahren; es wirkte präventiv. Nach seiner Aufhebung bleibt nur die rücksichtslose Repression."

Das war also genau Bismarcks Auffassung.

Der Fürst Chlodwig zu Hohenlohe war nach Caprivi Kanzler geworden. Er schrieb während jener inneren Spannung 1895 in sein Tagebuch:

„Ich weiß, daß eine Anzahl Politiker und hoher Streber darauf ausgehen, mich bei Seiner Majestät zu diskreditieren. Sie wollen einen anderen Reichskanzler und geben vor, daß es einer energischen Aktion bedürfe. Was können sie damit erreichen? Konflikt mit dem Reichstag führt zu Auflösung und Neuwahlen, die zu einer Niederlage der Regierung. Abermalige Auflösung und Staatsstreich führt zum Konflikt mit den verbündeten Regierungen, zu Bürgerkrieg, zu Auflösung des Deutschen Reichs. Denn das Ausland wird nicht ruhig bleiben und sich einmischen, wenigstens Frankreich. Meine Politik ist die, mit dem Reichstag auszukommen."

Im Winter des nächsten Jahres stimmt Hohenlohe in einer Notiz der Ansicht eines Bekannten zu, der gesagt habe: „Gehe es so fort wie jetzt, so werde die Monarchie entweder in Republiken übergehen oder, wie in England, eine Art Schattenmonarchie werden."

So urteilt schon damals dieser alte, viel erfahrene, kluge und skeptische Staatsmann. Freilich: ein Mann der Tat war er nicht und deshalb als Reichskanzler nicht an seinem Platz, aber die Gefahr sah er klar.

Der schon genannte liberale Beurteiler und Pressevertraute Bülows, Geheimrat Hamman, schrieb von den Jahren um 1895 und nachher:

„Kaiser und Arbeitervolk sprachen nicht mehr dieselbe Sprache. Während in den Reden des Kaisers die Begriffe Staat und Gesellschaft, Obrigkeit und Untertan, die ein Nebeneinander und Miteinander bedeuteten, noch

ihren früheren Sinn hatten, waren sie in der Sprache der Demokratie feindliche Gegensätze."

In liberalem Munde war ein solches Urteil nicht unrichtig. Tatsächlich haben Kaiser und Arbeitervolk freilich niemals dieselbe Sprache gesprochen, und nicht einmal das, sondern die Arbeiter haben von Anfang an den Kaiser nicht verstanden, und der Kaiser hat die Arbeiter nicht verstanden. Und wenn sie einander verstanden gehabt hätten, so würde der Gegensatz nicht geringer gewesen oder geworden sein. Das Wort Bismarcks: Ideal des Kaisers sei ein „populärer Absolutismus", trifft wieder den Kern. Etwas anderes kommt noch zu diesem Ideal des Kaisers: das patriarchalische Moment. Gerade dieses war der Handarbeiterschaft, zum mindesten der städtischen, auf das tiefste zuwider, beim Kaiser noch mehr als bei den großen Arbeitgebern jener Zeit, wie Krupp und Stumm und anderen. Der „klassenbewußte" Arbeiter jener Zeit wollte weder als untergeordnetes Element im Staat behandelt werden noch als ein gütig umsorgter Unmündiger, noch als Objekt in irgendeiner Beziehung. Er wollte tätiges Subjekt in der Gesetzgebung werden, seine Arbeiterinteressen selbst mit wahrnehmen können und, soweit er der marxistischen Partei folgte, den Staat beherrschen und sich durch Umsturz in dessen Besitz bringen.

In den ersten Jahren seiner Regierung sprach der Kaiser bisweilen mit Arbeitern, und er hätte bei seiner Gabe für Unterhaltung, den anderen Teil für sich einzunehmen, auch gelegentlich Augenblickserfolge erzielen können. Aber immer machte er solche zunichte, schon durch die Formen, indem er den einzelnen Arbeiter — wie auch den einzelnen Soldaten — mit Du anredete, Angehörige anderer Klassen, so des Bürgertums, aber mit Sie. Im Jahre 1906 schrieb der Verfasser dieser Schrift hierzu („Der Kaiser und die Byzantiner") folgendes:

„Nun bedient sich der Kaiser bei solchen Gesprächen, speziell Arbeitern und ehemaligen Soldaten gegenüber, des ‚Du' als Anrede. Dadurch wird in zahlreichen Fällen die Wirkung nicht nur aufgehoben, sondern in das Gegenteil verkehrt. Es züchtet entweder Byzantiner oder bringt Verbitterung hervor, denn einer der empfindlichsten Punkte der Leute wird berührt ... Tatsächlich liegt auch kein Grund vor, einen Mann, weil er der Arbeiterklasse angehört, anders zu nennen als die Angehörigen anderer Klassen, sie anzureden wie Kinder oder in früheren Zeiten Untergebene. Der Kaiser irrt, wenn er glaubt, sich so zu den Leuten in ein näheres Verhältnis zu stellen und ihre Sprache zu reden. Sie erblicken darin nur die Wahrheit dessen, was ihnen die sozialdemokratische Presse ohne Aufhören predigt: daß man sie als Staatsbürger zweiter Klasse ansehe ... Bei der so stark gewachsenen Bildung und dem im allgemeinen in seiner Höhe nicht richtig eingeschätzten

Drang der Arbeiterwelt, zu lernen und sich zu bilden, ferner in Anbetracht des Bewußtseins ihrer politischen Rechte entbehrt das Duzen einer gerechtfertigten Grundlage und kann nur schädlich wirken ... Wäre das allgemeine Wahlrecht nicht vorhanden, so erschiene es doch als gegen das Gerechtigkeitsgefühl, den Arbeiter anders anzureden als andere Klassen. Ein auf nationaler Basis stehender Arbeiter muß sich beeinträchtigt fühlen, wenn er geduzt, aber ein ultramontaner Pfarrer mit Sie angeredet wird. Die sozialdemokratische Presse nutzte diese Angewohnheit des Kaisers stets sorgfältig aus ... Ebenso verkehrt ist es, wenn der Kaiser Soldaten mit Du anredet. Im militärischen Leben steht die Sache so, daß die Kommandosprache beziehungsweise das Exerzierreglement die Frage des Du oder Sie zwar nicht kennt ... Ich kann es auch nicht für entsprechend und nützlich halten, wenn der Kaiser die Soldaten mit Ihr und den einzelnen mit Du anredet."

Das wurde nicht rückschauend geschrieben, sondern mit dem Blick in die unmittelbare Gegenwart und sehr maßvoll im Ausdruck, nicht zum wenigsten deshalb, weil der Verfasser aufrichtiger Monarchist war und für die Zukunft der Monarchie fürchtete. —

Die Äußerungen vom Fürsten Hohenlohe und von anderen werfen Streiflichter auf die Ratlosigkeit der Zeit und der „leitenden" Persönlichkeiten. Wir haben die Periode der letzten Jahre vor dem Jahrhundertwechsel herausgegriffen, weil sie die Entscheidung brachte für die im ganzen Reich erörterte Frage: ob man der „Entwicklung" der Dinge freien Lauf lassen solle oder nicht. Man entschied sich, wie Friedrich der Große von den Kriegsräten sagte, nach der „timideren Seite", tat also nichts. Schroff standen einander auch die nichtsozialistischen Parteien gegenüber. Keine einzige von ihnen erkannte die soziale Frage in ihrer Tiefe, Weite und Vielseitigkeit. Möglicherweise sind einige einzelne Persönlichkeiten vorhanden gewesen, die einen nicht allein oberflächlichen Einblick hatten, auch sie aber erfaßten nicht das Wesentliche, nämlich die Notwendigkeit: die eigentliche Arbeiterfrage und die marxistische Sozialdemokratie getrennt zu sehen und dementsprechend zu behandeln. Bismarck war beinahe der einzige, der diese Erkenntnis gewann und seinem Wesen nach unmittelbar demgemäß handeln wollte.

Die Sozialdemokratie hatte wieder ihr „Schweineglück", ihre Gegner konnten sich nicht einigen, ein starker Mann war nicht in Sicht; wäre er in Sicht gewesen, so würde der Kaiser ihm nicht die notwendigen Vollmachten gegeben haben. Wilhelm II. beschränkte sich auf gelegentlich zornige Reden und Drohungen und ließ Gesetzvorlagen machen, so die berühmte „Zuchthausvorlage", und zog solche zurück, wenn man ihm sagte, die „Stimmung

im Lande" sei dagegen, oder wenn das preußische Parlament eine Vorlage fallen ließ, so brachte der Kaiser es nicht fertig, sein anfängliches Ziel weiterzuverfolgen. Hinsichtlich des Reichstages dürfte er sich ähnliche furchtsame Überlegungen gemacht haben wie Hohenlohe: vergebliche Reichstagsauflösungen, Verfassungsänderung, revolutionäre Unruhen, Änderung der Reichsverfassung, Eingreifen des Auslandes, Ende des Deutschen Reiches! Wilhelm II. ließ immer offensichtlicher sein anfängliches Ideal des „populären Absolutismus" fallen, in Vergessenheit geraten.

Die Periode seiner Regierung begann, da der Kaiser, und nicht nur er, in der Armee das letzte Rettungsmittel erblickte. Aus solchen Vorstellungen entsprangen jene Affektäußerungen des Kaisers, von denen einige angeführt wurden, war auch der beinahe komische Gedanke entstanden, die neue Kaserne des Alexander-Regiments mit Schießscharten zu versehen, für den Fall, daß „die Berliner wieder frech werden" sollten, wie im Jahre 1848. — Dasselbe Motiv, im Grunde genommen nur ein Angstmotiv, lag auch jenen Weisungen zugrunde: mindestens fünfhundert Streiker müßten „zur Strecke" gebracht werden, und ähnliche ohnmächtige Ausbrüche kaiserlicher Enttäuschung und Ratlosigkeit, Schwäche und der Wunsch, stark zu scheinen, sei es auch nur der Tischgesellschaft und dem Bedienungspersonal gegenüber.

Die alte militärische Regel: selbst etwas Unrichtiges zu tun, sei immer noch besser, als gar nichts zu tun, gilt meist, vielleicht ohne Ausnahme, auch für die Politik, es sei denn, daß die Zeit für denjenigen Teil arbeitet, der beschließt, vorläufig keine entscheidenden Handlungen vorzunehmen, sondern einen noch günstigeren Augenblick abzuwarten. So lag es aber nicht, sondern an der Entschlußlosigkeit, die Wilhelm II. sich und anderen durch starke Worte verbergen wollte.

Von einer Reichstagswahl zur anderen wurde für den jeweiligen Reichskanzler, also für die Regierung, die innere Lage ungünstiger, das Regieren schwieriger, ganz abgesehen noch von den Erschwerungen, die aus den auswärtigen Lagen und Krisen sich ergaben. Die Parteizerfahrenheit wuchs weiter, und der zur Zeit gefährlichste Reichsfeind, die Sozialdemokratie, nahm unausgesetzt an Macht und Prestige zu, abgesehen von einem kurzen Rückschlag im Jahre 1906/07. Auch so betrachtet, war kein Wunder, daß sich weite Kreise des kleinen Bürgertums, außerdem nicht wenig akademische Jugend der Sozialdemokratie zuwandten. Dazu kam, als neues Produkt furchtsamer Hoffnungen, das Schlagwort: Die Sozialdemokratie werde sich mit ihrer zunehmenden Stärke langsam, aber sicher zu einer bürgerlichen und damit staatserhaltenden, verantwortungsbewußten Partei „durchmausern"; das sei, so predigten besonders die demokratische und

liberale Presse und das Zentrum, ein Vorgang, der sich mit Naturnotwendigkeit vollziehe. Mit dieser Theorie, richtiger: Zukunftsmusik, hatte die Regierung eine neue Entschuldigung: nichts zu tun, denn: je stärker die Sozialdemokratie wurde, desto „verantwortlicher" würde sie sich ja fühlen und deshalb vor allem keine Umsturzgefahr mehr sein. Das war der Punkt, denn die Angst vor der Gefahr beherrschte das Bürgertum vom Kaiser bis zum kleinen Beamten. Bei dem Schlagwort von der unfehlbar zu erwartenden Mauserung atmeten alle auf und beschlossen — nur noch fester die Augen vor der Gefahr zu schließen: es könne ja so schlimm nicht werden!

*

Die soziale Frage ist also in einem tieferen Sinne von Anfang seiner Regierung an bestimmend für den „Neuen Kurs" Wilhelms II. gewesen. Nicht minder wichtig erscheint auch die Feststellung, daß es sich bei dem brutal erzwungenen Rücktritt Bismarcks nicht allein um mehr oder minder schwere persönliche Zerwürfnisse, Stimmungen und Verstimmungen — gewiß sind auch solche in starkem Maße vorhanden gewesen — gehandelt hat, sondern um den unausgleichbaren sachlichen Gegensatz in der Frage: Sozialdemokratie. Bismarck hatte sie als grundlegend für die Entwicklung der deutschen Zukunft erkannt, der Kaiser nicht. Deswegen war unmöglich, daß der Kanzler hier nachgegeben hätte, auch dann, wenn sonst keine Intrigen, noch persönliche Verstimmungen gewesen wären. Auch kein Zurückschieben in der Entscheidung der Frage war möglich, denn die Tatsache lag vor: für Erneuerung des Sozialistengesetzes, wie Bismarck es wollte, war keine Aussicht, der Erneuerungstermin stand vor der Tür, also mußte entschieden werden, ob man das Gesetz fallen lassen, damit der Sozialdemokratie freie Hand geben oder eben kämpfen wollte. Eine dritte Möglichkeit war nicht vorhanden.

In den meisten Darstellungen dieses Anfangskampfes zwischen Kaiser und Kanzler, der dann zum Endkampf wurde, sind in nicht wenigen Schilderungen die politischen Hauptpunkte zu wenig und das persönliche Moment ungebührlich hervorgehoben worden: Man hat Bismarck persönlich schwer getadelt, daß er dem Kaiser nicht in seinen Arbeiter-Erlassen und mit seiner internationalen Konferenz willig entgegengekommen wäre. Der Starrsinn des alten Kanzlers und seine Herrschsucht seien wirklich nicht nötig gewesen. Wäre er nur ein wenig entgegengekommen, so würde zum mindesten der schroffe Bruch vermieden worden sein. Wir glauben, gezeigt zu haben, daß die Dinge sich anders verhielten, daß es von vornherein um die große sachliche Entscheidung über die Behandlung der sozialen Frage ging. Sie wurde zum Prüfstein der beiden Charaktere.

Man wird auch dahin urteilen müssen, daß ein längeres Zusammenarbeiten, besser: Zusammenregieren des Kaisers mit dem Kanzler so nicht möglich war. Das Wort Wilhelms II. bei dem Antritt seiner Regierung ist für die weitere Entwicklung nicht allein bezeichnend gewesen, sondern maßgebend: eine Weile werde er den Alten verschnaufen lassen, „und dann regiere Ich selbst". Mit dieser Parole begann er, hatte also zunächst erkannt, daß es ihn in ein unerwünschtes Licht setzen würde, wenn er den Schöpfer des Reiches und den Neuerbauer des Thrones der Hohenzollern gleich entlassen würde. Aber die geringschätzige Wendung vom „Verschnaufenlassen" zeigt, daß er weder Erkenntnis noch Gefühl für die Bedeutung Bismarcks, seiner Größe, seiner Verdienste, seiner Stellung in Europa und des Wertes seiner Erfahrung besaß. Ebensowenig wie der Prinz Wilhelm begriff der Kaiser Wilhelm II., daß, um das Werk des Reichsschöpfers fortzusetzen, guter Wille und Überheblichkeit nicht ausreichen konnten. Ihm, dem jungen Kaiser, stand nach dem Naturgesetz der Sterblichkeit unter allen Umständen bevor, bald, sei es ein Jahr früher oder ein Jahr später, mit einem neuen, von ihm ausersehenen Kanzler über das Deutsche Reich und Volk zu herrschen, es regieren und zu führen: eine ungeheure Aufgabe, schon deshalb, weil sie die Nachfolgerschaft des Mannes bedeutete, der zwei Jahrzehnte hindurch die unbestrittene Autorität Europas gewesen war und das Deutsche Reich auch durch seine Bündnispolitik zur führenden Macht gemacht und als solche erhalten hatte.

Mit welcher sorglosen Naivität der Kaiser nach seiner Thronbesteigung an die großen Aufgaben und Fragen der deutschen Außenpolitik gleich heranging, zeigt der folgende Vorgang, den Bismarck erzählt:

„Der Graf Philipp Eulenburg, Gesandter in Oldenburg, wegen gesellschaftlicher Talente bei Seiner Majestät in besonderer Gnade stehend und häufig nach Hofe berufen, vertraute meinem Sohne, der Kaiser halte meine Politik für zu ‚russenfreundlich'; ob mein Sohn oder ich selbst nicht versuchen wollten, durch Entgegenkommen und erläuternde Darlegung die Stimmung Seiner Majestät zu beseitigen. Mein Sohn fragte, was russenfreundlich heiße? Man solle ihm politische Aktionen bezeichnen, die zu russenfreundlich, das heißt also für unsere Politik nachteilig seien. Unsere auswärtige Politik sei ein durchdachtes und sorgsam behandeltes Ganze, das die Amateurpolitiker und Militärs, die Seiner Majestät in die Ohren bliesen, nicht übersähen. Wenn Seine Majestät kein Vertrauen habe und sich von Intriganten einwickeln lasse, so solle er doch meinen Sohn und mich in Gottes Namen gehen lassen; er habe nach bestem Gewissen und Vermögen an meiner Politik mitgearbeitet und seine Gesundheit in den unleidlichen

Zerrungen, in deren Mittelpunkt er sich stets befände, zugesetzt. Wenn er jetzt noch eine Politik auf ‚Stimmung' machen solle, so gehe er lieber heute als morgen."

Wenige Tage nachher griff der Kaiser persönlich bei dem Grafen Herbert Bismarck ein in einer finanzpolitischen Angelegenheit mit Rußland, von deren Sinn und Bedeutung er keine Ahnung hatte, und befahl einen Pressefeldzug dagegen!

*

Es ist auffallend, daß Wilhelm II., der vorher als Prinz schon seit der Erkrankung seines Vaters mit steigender Ungeduld an seinen baldigen Regierungsantritt dachte, sich nicht vor allem und mit äußerster Hingabe und Ausdauer an das Studium der Politik Bismarcks gemacht hatte. Wann hätte jemals ein zu baldiger, jeden Tag möglicher Thronfolge berufener Prinz die Möglichkeit zu politischer Vorbereitung in höherem Grade gehabt als der Prinz Wilhelm und der neu die Regierung antretende Kaiser Wilhelm II.! Der Kanzler seinerseits hat es mit seinem Sohn unermüdlich versucht. Wieviel dem alten Bismarck daran liegen mußte, geht einfach daraus hervor, daß er sein eigenstes Werk, das Deutsche Reich, dessen europäische Stellung für die Zukunft nach Möglichkeit erhalten und gesichert wissen wollte. Diese Sorge, die ihn während seiner Amtsführung und nachher bis zu seinem Tode mit düsteren Ahnungen begleitet hat, war ihm nicht nur eine Sache der Pflicht. Wie nach der Entlassung Bismarcks der „Kladderadatsch" in seinem von Ernst von Wildenbruch verfaßten Abschiedsgedicht schrieb: „Du gehst von deinem Werke, dein Werk geht nicht von dir."

Der Prinz, nachher der Kaiser, befand sich in einer annähernd völligen Unkenntnis der europäischen Lage und der deutschen Reichspolitik in ihr und über sie. Das zeigen nicht nur jene Proben, sondern vor allem die Jahre, die folgten. Wie der Bakkalaureus im „Faust" dachte Wilhelm: „Erfahrungswesen Schaum und Dunst." — „Am besten wär's, euch (die Alten) zeitig totzuschlagen." — Seine Mutter hatte gesagt: Alles, was Wilhelm tue, tue er aus Eitelkeit. Das Wort Bismarcks: Der Kaiser wolle jeden Tag Sonntag feiern, deckt sich mit einer zahllosen Menge gleichgerichteter Äußerungen von Persönlichkeiten, die im Laufe seiner Regierungszeit in seiner Umgebung waren. Er war ohne weiteres sicher, daß es seiner Genialität ohne weiteres gelingen werde, die auswärtige und innere Politik des Deutschen Reiches ohne Vorarbeit und Kenntnis aus dem Handgelenk zu führen, und zwar besser und auf anderem Kurse zu führen als der Kanzler. Sonst läßt sich sein Verhalten nicht erklären. Er konnte nicht einmal die wenigen Jahre abwarten, nach deren Ablauf Bismarck von selbst ganz oder allmählich seine Ämter aufgeben mußte.

Gewiß wäre es dem Kaiser lieber gewesen, wenn Bismarck von seiner Thronbesteigung an seine politischen Einfälle ohne weiteres befolgt hätte. Das hat er wohl auch zunächst erwartet, auch gedacht, er werde durch eine fortlaufende Flut von öffentlichem Lob und Anerkennungen den Kanzler dazu vermögen, die kaiserliche Politik unter allen Umständen zu decken und sich auf das Zu-Befehl-Sagen beschränken. Dann würde er Bismarck vielleicht noch eine Reihe von Jahren haben „verschnaufen" lassen. Wenige Monate vor seinem Regierungsantritt, auf einem von Bismarck gegebenen Essen, hielt der neue Kronprinz, der wußte, daß er in sehr kurzer Zeit Kaiser sein würde, einen Trinkspruch auf Bismarck und sagte:

„Um mich eines militärischen Bildes zu bedienen, so sehe ich unsere jetzige Lage an wie ein Regiment, das zum Sturm schreitet. Der Regimentskommandeur ist gefallen, der nächste im Kommando reitet, obwohl schwer getroffen, noch kühn voran. Da richten sich die Blicke auf die Fahne, die der Träger hoch emporschwenkt. So halten Ew. Durchlaucht das Reichspanier empor. Möge es, das ist Unser innigster Herzenswunsch, Ihnen noch lange vergönnt sein, in Gemeinschaft mit Unserem geliebten und verehrten Kaiser das Reichsbanner hochzuhalten. Gott segne und schütze denselben und Ew. Durchlaucht."

Noch Anfang 1889 schrieb er als Kaiser:

„Lieber Fürst! Das Jahr, welches Uns so schwere Heimsuchungen und unersetzliche Verluste gebracht hat, geht zu Ende.

Mit Freude und Trost zugleich erfüllt Mich der Gedanke, daß Sie Mir treu zur Seite stehen und mit frischer Kraft in das Neue Jahr eintreten. Von ganzem Herzen erflehe Ich für Sie Glück, Segen und vor allem andauernde Gesundheit und hoffe zu Gott, daß es Mir noch recht (!) lange (!) vergönnt sein möge, mit Ihnen zusammen für die Wohlfahrt und Größe unseres Vaterlandes zu wirken."

Es ist nicht möglich, solche Äußerungen für etwas anderes zu nehmen als für berechnet überschwenglich liebenswürdige Redewendungen, hinter denen die entgegengesetzten Wünsche und Ziele sich verbargen. Vor diesem Briefe schon war aus dem Munde des Kaisers jenes Wort gekommen, eine Zeitlang wolle er den Alten noch verschnaufen lassen, „dann regiere Ich allein".

Weniger von Bedeutung ist, daß Wilhelm II. in den Jahren 1888 und 1889 beständig gegen Bismarck beeinflußt wurde, von allen, die durch Verschwinden des großen Mannes irgendwie zu steigen oder zu gewinnen hofften. Die Arbeit hatte Erfolg: Auf seiner Mittelmeerreise in jenem Winter berührte es schon den Kaiser unangenehm, daß überall von Bismarck gesprochen wurde. Schon damals bestand also eine beinahe pervers anmutende

Eifersucht auf den Ruhm des großen Mannes, der ihn seiner geschichtlichen Leistung und seinen Erfolgen verdankte. Normalerweise hätte der junge Kaiser bei solchen Wahrnehmungen im Auslande stolz und froh sein und immer von neuem empfinden müssen, was er persönlich, was die Hohenzollern und was das deutsche Volk diesem gewaltigen Manne zu danken hatten, und welch ein Glück es für ihn, den Kaiser war, noch persönlich von dem Kanzler lernen zu können.

Bismarck ist merkwürdigerweise recht spät zu der Erkenntnis gekommen, wie der Kaiser wirklich dachte. In dem dritten Band seiner „Gedanken und Erinnerungen", also in den neunziger Jahren, schreibt er: „Wenn ich jetzt zurückblicke, so nehme ich an, daß der Kaiser während der einundzwanzig Monate, da ich sein Kanzler war, seine Neigung, einen vererbten Mentor loszuwerden, nur mit Mühe unterdrückt hat, bis sie explodierte." — Vergleicht man die verschiedenen, teilweise einander entgegengesetzten Worte des Kaisers miteinander, so erscheint dies bei kühler Prüfung als ganz unzweifelhaft. Daß Bismarck aber während der Krisenzeit sich über die Lage ganz klar erst dann wurde, als der Kaiser ihm zweimal den Befehl übersandte, ihm sein Rücktrittsgesuch einzureichen, ist Tatsache. Doch wir wollen nicht vorgreifen.

Die Auffassung, daß die — man kann wohl sagen: aus Ungeduld überstürzte — gewaltsane Dienstentlassung des Kanzlers ihren eigentlichen Tatsachengrund in dem tiefen Gegensatz der einzuschlagenden Politik gegenüber der Sozialdemokratie gehabt hat, wird nicht entkräftet dadurch, daß die Anlässe zur Vollziehung des Bruchs zum Teil anderer Art gewesen sind. Sie wurden vom Kaiser gesucht und herbeigeführt, um den unbequemen, unbiegsamen Mann nun endlich loszuwerden.

*

Erwähnt wurde die Äußerung des Kaisers nach einigen Ministerratssitzungen, denen er beigewohnt hatte: Die Autorität Bismarcks sei eine absolute gewesen, daß er immer mehr erkannt habe, „daß Ich eigentlich kein Staatsministerium zur Verfügung hatte, sondern daß sich die Herren — aus langer, alter Gewohnheit — als die Beamten des Fürsten Bismarck ansahen". Dadurch, meinte der Kaiser, werde deren selbständige Tätigkeit gelähmt. Als er dem Kanzler Vorwürfe machte, dieser habe seinen Ministern verboten, direkt und ohne Erlaubnis mit dem Kaiser zu verkehren, wies Bismarck auf eine Kabinettsorder von 1852 hin: Die preußischen Minister dürften nur mit Wissen und mit Billigung des Ministerpräsidenten in dienstliche Verbindung mit dem König treten.

Der Kaiser beziehungsweise König von Preußen, Wilhelm II., verlangte von Bismarck, daß er diese, wie er sich später ausdrückte: „alte, vergilbte Order" außer Kraft setzte. Er, der König, nahm in Anspruch, jederzeit direkt mit den Ministern zu verkehren, Berichte von ihnen in Empfang zu nehmen und auch seinerseits ihnen direkte Weisungen zu erteilen, ohne sich selbst vorher mit dem Ministerpräsidenten darüber in Verbindung gesetzt zu haben. Bismarck weigerte sich, und es soll zu einem höchst erregten Auftritt gekommen sein.

In seinem erzwungenen Abschiedsgesuch führt er zu diesem Punkte in der Hauptsache an:

„In der absoluten Monarchie war eine Bestimmung, wie die Order von 1852 sie enthält, entbehrlich und würde es auch heute sein, wenn wir zum Absolutismus ohne ministerielle Verantwortlichkeit zurückkehrten. Nach den zu Recht bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen aber ist eine präsidiale Leitung des Ministerkollegiums auf der Basis des Prinzips von 1852 unentbehrlich." Seine Ministerkollegen hätten ihm erklärt, daß ohne diese Order keiner seiner Nachfolger die amtliche Verantwortung würde tragen können. Unter Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III. habe es der Anwendung dieser Order nicht bedurft, weil über deren Vertrauen zu ihm kein Zweifel obgewaltet habe.

Im Verlaufe jener Szene war es der Kaiser, der schließlich die Frage stellte, die zum Bruch führen mußte und sollte: Als Bismarck sich weigerte, die Order außer Kraft zu setzen, erwiderte der Kaiser: „Auch nicht, wenn ich als Ihr Souverän es Ihnen befehle?" Bismarck verneinte wieder. Das Tragikomische der Sache und nicht eben zugunsten des Kaisers ist die Tatsache, daß, nachdem es gelungen war, Bismarck durch wiederholten kaiserlichen Befehl zum Rücktritt zu zwingen, jene „vergilbte Order" nicht kassiert wurde, sondern ruhig in Kraft blieb. Auf die Sache also war es auch in diesem Fall dem Kaiser nicht angekommen, sondern auf die Person und den Bruch mit ihr.

Als zweiten Hauptanlasses bediente sich der Kaiser des Vorwurfs, daß Bismarck, ohne ihn, den Kaiser, zu fragen, den Parteiführer des Zentrums, Windthorst, auf dessen Wunsch empfangen hatte. Wenn der Kanzler politische Führer empfangen wolle, so müsse er vorher die Erlaubnis vom Kaiser einholen. Angesichts der verfassungsmäßigen Stellung des Kanzlers war diese Forderung des Kaisers eine unbefugte und praktisch-politisch eine Unmöglichkeit, ein Unding. Auch enthielt die Zumutung ein beleidigendes Mißtrauen gegen die Politik des Reichsschöpfers. Schließlich hat sich nachträglich gezeigt, daß die leutnantsmäßige Forderung des Kaisers: Bismarck hätte den Zentrumsführer, ohne ihn anzuhören, „aus der Tür werfen müssen",

überhaupt keinem praktisch-politischen Motiv entsprang, sondern nur wieder dem Willen, den persönlichen Gegensatz zu Bismarck zu verschärfen, dieser wollte ihn provozieren. Als Windthorst starb, wurde er auf Veranlassung des Kaisers wie ein Nationalheiliger bestattet, obgleich 1890/91 sich nichts ereignet hatte, was das Urteil Wilhelms II. über Windthorst irgendwie hätte ändern können.

Wilhelm II. hatte nur einen Anlaß gesucht, auch äußerlich den Bruch endgültig herbeizuführen. Die nachherige Verherrlichung des Zentrumsführers dagegen hatte ihren ursächlichen Zusammenhang in der Hinwendung des Kaisers zum Zentrum, besonders zum katholischen Klerus.

Hatten diese beiden schon durch ihre Formen unausgleichbaren Gegensätze ein weiteres Bleiben Bismarcks im Amte unmöglich gemacht, so trat noch ein Drittes hinzu, nämlich ein ungeheuerlicher Vorwurf des Kaisers. Bismarck berichtet darüber folgendes:

Am 17. März kam ein Generaladjutant des Kaisers zum zweiten Male zu Bismarck mit der Mitteilung von seiten des Kaisers: dieser bestände auf Zurücknahme jener Order vom Jahre 1852. Wenn der Kanzler sie aber nicht zurücknähme, erwarte er, daß der Kanzler sofort seinen Abschied einreiche; Bismarck solle gleich nachmittags auf das Schloß kommen, um sich den Abschied zu holen. Wir lassen Bismarck selbst sprechen:

„Ich erwiderte, ich sei dazu nicht wohl genug und würde schreiben. An demselben Morgen kam eine Anzahl von Berichten von Seiner Majestät zurück, darunter einige von einem Konsul in Rußland. Demselben lag ein offenes, also durch die Bureaux' gegangenes Handbillett Seiner Majestät bei, also lautend:

‚Die Berichte lassen auf das klarste erkennen, daß die Russen in vollstem strategischem Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten. Und Ich muß es sehr bedauern, daß Ich so wenig von den Berichten erhalten habe. Sie hätten Mich schon längst auf die furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können! Es ist die höchste Zeit, die Österreicher zu warnen und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise Meinerseits nach Krasnoe nicht mehr zu denken. — Die Berichte sind vorzüglich.' "

Bismarck erläutert: „Jener Konsul hatte vierzehn starke Berichte, von denen der älteste mehrere Monate alt war, im Gesamtumfang von mehr als hundert Seiten, eingesandt. Sie waren nach bestehendem Brauch dem Kriegsminister und dem Chef des Generalstabs übermittelt worden, um den Inhalt je nach seiner Richtigkeit dem Kaiser vorzutragen. Es handelte sich sachlich nur darum, daß vor mehr als drei Monaten einige Sotnien russischer Kosaken

mehr an die österreichische Grenze gelegt wurden, vor mehr als einem Vierteljahr. Dem Generalstabe war dies alles bekannt gewesen." Bismarck schreibt:

„Also, weil ein Konsul einige, zum Teil drei Monate alte militärische Vorgänge aus dem Bereich seiner Wahrnehmung berichtet hatte ..., sollte Österreich in Alarm gesetzt, Rußland bedroht, der Krieg vorbereitet und der Besuch, zu dem Se. Majestät sich aus eigenem Antriebe angemeldet hatte, aufgehoben werden; und weil die Berichte des Konsuls verspätet eingegangen waren, wurde mir implicite der Vorwurf des Landesverrats gemacht, der Vorenthaltung von Tatsachen, um eine von außen drohende Gefahr zu vertuschen."

Der Kanzler setzte sofort in einem Bericht an den Kaiser die tatsächliche Lage der Dinge auseinander, nach einigen Tagen erhielt er die Akten zurück, ohne daß die unglaubliche Beschuldigung vom Kaiser zurückgenommen worden wäre.

Am selben Tage, also in dem Augenblick, als der Kaiser Alarm gegen Rußland geschlagen haben wollte, ließ sich der eben aus Petersburg eintreffende russische Botschafter bei Bismarck melden: er sei vom Zaren geschickt und bevollmächtigt worden, um den seinerzeit mit Bismarck geschlossenen Rückversicherungsvertrag zu erneuern. Eine grausamere Ironie auf die erregten Vorwürfe des Kaisers läßt sich schwer denken. Auf die Sache selbst kommen wir zurück. Am selben Tage erschien der Kaiserliche Chef des Zivilkabinetts und bestellte den Auftrag des Kaisers:

„Weshalb das am Morgen geforderte Abschiedsgesuch noch nicht eingegangen sei."

„Ich" — schreibt Bismarck — „erwiderte, der Kaiser könne mich ja zu jeder Stunde ohne meinen Antrag entlassen, und ich könne nicht beabsichtigen, gegen seinen Willen in seinem Dienste zu bleiben; mein Abschiedsgesuch wollte ich aber so einrichten, daß ich es demnächst veröffentlichen könne. Nur in dieser Absicht entschließe ich mich überhaupt, ein solches einzureichen. Ich gedächte nicht, die Verantwortlichkeit für meinen Rücktritt selbst zu übernehmen, sondern sie Sr. Majestät zu überlassen."

Am 18. März schickte Bismarck sein Abschiedsgesuch ein. Am 20. März erhielt er „in zwei blauen Briefen" den Abschied. Die beiden Kaiserlichen Orders, ebenfalls geschichtliche und hauptsächlich psychologische Dokumente, lauteten wie folgt:

„Mein lieber Fürst! Mit tiefer Bewegung habe Ich aus Ihrem Gesuche vom 18. d. M. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Ämtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, Mich von Ihnen zu trennen, bei unseren

Lebzeiten nicht nähertreten zu müssen. Wenn Ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rücktritts jetzt genötigt bin, Mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so thue Ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten. Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrags zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich entspreche daher Ihrem Wunsche, indem Ich Ihnen hierneben den erbetenen Abschied aus Ihren Ämtern als Reichskanzler, Präsident Meines Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und in der Zuversicht ertheile, daß Ihr Rath und Ihre Thatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden. Ich habe es als eine der gnädigsten Fügungen in Meinem Leben betrachtet, daß Ich Sie bei Meinem Regierungsantritt als Meinen ersten Berather zur Seite hatte. Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie Meinem Hause, Meinen Vorfahren und Mir gewesen sind, wird Mir und dem deutschen Volke in dankbarer, unvergänglicher Erinnerung bleiben. Aber auch im Auslande wird Ihrer weisen und thatkräftigen Friedenspolitik, die Ich auch künftig aus voller Überzeugung zur Richtschnur Meines Handelns zu machen entschlossen bin, allezeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden. Ihre Verdienste vollwertig zu belohnen, steht nicht in Meiner Macht. Ich muß Mir daran genügen lassen, Sie Meines und des Vaterlandes unauslöschlichen Dankes zu versichern. Als Zeichen dieses Dankes verleihe ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde ich Ihnen Mein lebensgroßes Bild zugehen lassen.

Gott segne Sie, Mein lieber Fürst, und schenke Ihnen noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärten Alters.

In diesen Gesinnungen bleibe Ich Ihr Ihnen auch in Zukunft treu verbundener, dankbarer

Kaiser und König

Wilhelm I. R."

*

„Ich kann Sie nicht aus der Stellung scheiden sehen, in der Sie so lange Jahre hindurch für Mein Haus, wie für die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes gewirkt, ohne auch als Kriegsherr in inniger Dankbarkeit der unauslöschlichen Verdienste zu gedenken, die Sie sich um Meine Armee er-

worben haben. Mit weitblickender Umsicht und eiserner Festigkeit haben Sie Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater zur Seite gestanden, als es galt, in schweren Zeiten die für nötig erkannte Reorganisation unserer Streitkräfte zur Durchführung zu bringen. Sie haben die Wege bahnen helfen, auf welchen die Armee mit Gottes Hilfe von Sieg zu Sieg geführt werden konnte. Heldenmüthigen Sinnes haben Sie in den großen Kriegen Ihre Schuldigkeit als Soldat gethan, und seitdem, bis auf diesen Tag, sind Sie mit nie rastender Sorgfalt und Aufopferung bereit gewesen, einzutreten, um unserem Volke die von den Vätern ererbte Wehrhaftigkeit zu bewahren und damit eine Gewähr für die Erhaltung der Wohltaten des Friedens zu schaffen.

Ich weiß Mich eins mit Meiner Armee, wenn Ich den Wunsch hege, den Mann, der so Großes geleistet, auch fernerhin in der höchsten Rangstellung ihr erhalten zu sehen. Ich ernenne Sie daher zum General-Obersten der Cavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalles und hoffe zu Gott, daß Sie Mir noch viele Jahre in dieser Ehrenstellung erhalten bleiben mögen.

Wilhelm."

*

Also so war das europäische und Weltereignis zur Tatsache geworden. Der größte Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts war vom König verabschiedet worden wie ein Beamter, der sich als unfähig gezeigt oder seine Amtspflichten verletzt hat. Als der Kaiser endlich dieses, sein Ziel, erreicht hatte, schickte er dem Schöpfer des Reiches, dem Erhalter und Stärker des Thrones der Hohenzollern diese beiden Orders, zwei Dokumente der Heuchelei, die man nicht ohne Abscheu lesen kann, mit allen den Wendungen von „tiefer Bewegung" usw., der Sendung seines lebensgroßen Bildes und ihren Ausdrücken von Anerkennung, die wahrlich Bismarck nicht nötig hatte. Im Munde des Kaisers aber waren das leere Redewendungen, die niemand als aufrichtig empfinden kann. Sie sollten der Öffentlichkeit Großzügigkeit, Edelmut und tiefes Gefühl des Kaisers vortäuschen. Dazu gehörten auch die unwahrhaftigen Phrasen von der „weisen und tatkräftigen" Friedenspolitik, von der Titelverleihung eines Herzogs von Lauenburg, die Bismarck bekanntlich ablehnte, von der „tiefen Bewegung", mit der der Kaiser aus seinem Gesuch ersehen habe, daß Bismarck zurücktreten wolle, von der Verleihung des Titels für den Vierundsiebzigjährigen als Generaloberst der Kavallerie.

Auf demselben theatralischen Niveau liegt es, wenn der Kaiser an Franz Joseph u. a. schrieb: „Gott ist Mein Zeuge, wie Ich in mancher Nacht im Gebet gerungen und gefleht habe, das Herz dieses Mannes zu erweichen und Mir das furchtbare Ende zu ersparen, ihn von Mir gehen zu lassen." An den

König von Sachsen sandte der Kaiser eine Depesche des Inhalts: „Mir ist so weh, als hätte Ich noch einmal Meinen Großvater verloren. Aber von Gott (!) Bestimmtes (!) ist zu tragen, auch wenn man darüber zugrunde gehen sollte. Das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist mir zugefallen. Der Kurs bleibt der alte: Volldampf voraus." — Abstoßender konnte sich Heuchelei kaum äußern. Wie kam die „tiefe Bewegung" in Wirklichkeit zum Ausdruck?

Eulenburg erzählte: Am Abend des verhängnisvollen 17. März wartete der Kaiser mit steigender Ungeduld im Schloß. Er wartete auf das Abschiedsgesuch des Kanzlers. Abends musizierte man mit einigen Gästen. Dann sagte der Kaiser zu dem Grafen Philipp Eulenburg: „So, nun ist es gut, jetzt werden Sie singen." Zu der Erfüllung solchen Wunsches an diesem Abend gehörten wahrhaftig gute Nerven! Der Kaiser lachte. „Ihnen scheint die Musik heute nicht zu passen", sagte er, „das tut nichts zur Sache, wir wollen uns den Kopf wieder klarmachen und an andere Dinge denken." ... Nach dem Souper wurde ich vom Kaiser zur Schlachtbank, dem Flügel, geführt. Ich mußte singen. Ich sang für die gütige Kaiserin und den Herzog, der selbst eine Oper komponiert hatte, viele meiner Balladen, deren Auswahl der Kaiser bestimmte. Man sagte mir viele schöne Sachen, aber ich hörte es wie im Traum. Der Kaiser saß, wie immer, wenn ich sang, neben mir und wendete die Seiten um. Er war ganz bei der Sache in unbefangener Freude. Sein merkwürdig schnell wechselndes Temperament ließ ihn selbst in diesen peinlichen Stunden nicht im Stich. Der Kaiser wird vom Adjutanten herausgerufen, kommt zurück und flüsterte mir leise zu, nachdem er sich wieder neben mich an das Klavier gesetzt hatte: „Jetzt ist der Abschied da." Dann mußte ich weitersingen!

Einen Absatz weiter betont Eulenburg: „Die sich gleichbleibende Ruhe des Kaisers stand in grellem Widerspruch zu der Stimmung des Kanzlers und seiner Familie."

Subjektiv ist die gleichbleibende Ruhe des Kaisers durchaus erklärlich: er hatte endlich erreicht, was er wollte: der alte Mann, der seiner Sucht nach Geltung, als großer Herrscher ausgerufen zu werden, und dem gegenüber er seine eigene Minderwertigkeit und Schwäche als unerträglich für seine Eitelkeit empfand — war nicht mehr da. Er brauchte nicht mehr zu befürchten, daß die Worte des Großherzogs von Baden sich verwirklichen würden: „Und dann würde wieder der alte Kanzler im Vordergrund stehen!" — Mehr scheinen als sein! trat von jetzt ab als das Lebensmotto Wilhelms II. beherrschend in den Vordergrund.

*

Die Fülle der Einzelheiten in diesem letzten ungleichen Kampfe des Kanzlers, in dem Gefühl der Verantwortlichkeit für die Zukunft des Vaterlandes, für sein Werk und seiner Leidenschaft im Gefühl der Zusammengehörigkeit mit diesem geben den Kaiser in dessen ungestümem Drange, seinen „populären Absolutismus" frei betätigen zu können — ist in dieser Zusammenfassung nur so weit berücksichtigt worden, als notwendig war, um deutlich zu machen, welches die Motive und die Mittel auf beiden Seiten gewesen sind. Ob sich bei einer dieser Unterredungen der Kaiser vergessen habe, oder ob Bismarck einen oder mehrere seiner Leidenschaftsausbrüche bekommen habe — solche Dinge können persönlich interessant sein und bleiben, aber geschichtlich sind sie für die Beurteilung seiner Entlassung ohne Bedeutung, nach der einen Seite wie nach der anderen.

Frühere und spätere Anhänger und Verherrlicher des Kaisers haben Bismarck besonders folgende Vorwürfe gemacht: er habe von vornherein dem jungen Kaiser in seinen Wünschen nachgeben und trotzdem so lange bleiben müssen, wie der Kaiser wünschte, um sich dann still zurückzuziehen. Anstatt dessen habe der Kanzler „eigensinnig" auf seinen Standpunkten bestanden, seine allmächtige Stellung um jeden Preis behalten, den jungen Kaiser als Schüler behandeln wollen. In der akuten Schlußkrisis habe Bismarck den Kaiser unerhört respektlos, verletzend und brutal behandelt.

In dieser Untersuchung liegt es fern, Bismarck und den Kaiser schwarzweiß oder weiß-schwarz nebeneinanderzustellen. Andererseits läßt sich bei diesen beiden Persönlichkeiten das persönliche Moment auch für die Beurteilung im Politischen nicht ausschalten. Sehr viel einfacher und erfreulicher würde die Aufgabe sein, wenn Wilhelm II. die sichere Hoffnung und die Selbstzuversicht, die er auf sich und seine Tätigkeit „pränumerando" setzte — im Laufe seiner Regierung auch verwirklicht hätte. Man könnte in diesem Falle schreiben: freilich habe der Kaiser den alten Bismarck ohne Rücksicht behandelt und trotz seiner großen Verdienste in wenig schöner Weise zum Rücktritt gezwungen. Er aber, der Kaiser, habe gewußt, was er von sich erwarten und verlangen und wie Großes er leisten konnte; daß er in seiner jungen Kraft und mit seinen genialen Gaben der großen Aufgabe voll gewachsen war, den mit jedem Jahr mehr alternden Kanzler abzulösen, und, wenn dieser nicht wollte, seine kaiserliche Autorität einzusetzen, und zwar ohne Rücksicht, denn Reich und Volk standen auf dem Spiel. Seinen kühnen Entschluß hätten die Jahrzehnte seiner Regierung, habe die Geschichte glänzend gerechtfertigt! —

Die Geschichte und die Ereignisse von 1890 bis 1918 haben das gegenteilige Urteil gesprochen. Und wenn man damals, etwa bis zur Mitte der neunziger Jahre, noch hoffen konnte und zu sagen sich verpflichtet fühlte:

der Kaiser hat jenen Schritt getan — die Zeit allein kann erweisen, ob der Schritt richtig, ob er verantwortbar gewesen ist, so ist auch solche Zurückhaltung damals schnell überholt worden, und zwar nach der Verneinungsseite hin.

Rein realpolitisch müssen die Tatsache und vollends die brutal nervöse Form der Erzwingung sofortigen Rücktritts des Kanzlers als eine unverantwortliche Leichtfertigkeit erscheinen, ganz abgesehen vom Verhalten des Kaisers gegenüber der Person Bismarck. Zu den wenigen, die das Verhängnisvolle der kaiserlichen Entscheidung und ihrer Form erkannten, gehörten der alte Feldmarschall Graf Moltke und der ebenfalls alte spätere Reichskanzler Fürst Hohenlohe. Beide standen über persönlichen Befürchtungen und Hoffnungen; ihr Augenmerk war nur die Zukunft des Reichs.

Es ist kaum möglich, zur politischen und persönlichen Entlastung des Kaisers seine Jugend anzuführen, schon weil er bereits seit Jahren mit steigender Ungeduld den Augenblick erwartete, der ihn auf den Thron führen würde. Berücksichtigt man auf der anderen Seite, wie außerordentlich günstig und hoffnungsvoll Bismarck und sein ältester Sohn den Kaiser beurteilten, bis die Meinungsverschiedenheiten kamen und das eigentliche Wesen Wilhelms II. sich nicht mehr verbergen ließ, so ist ebenfalls klar, daß der Reichskanzler und sein Sohn damals als selbstverständlich voraussetzten, daß der Prinz als Kaiser sich politisch, besonders außenpolitisch, vorwiegend als Lernender eingliedern werde. Daß der kommende Thronwechsel das Ende von Bismarcks Amtstätigkeit bedeuten solle, ist dem Manne, der Wilhelm dem Zweiten seinen Thron gebaut und unterbaut hatte, erst mitten in der entscheidenden Krisis klargeworden, während der Kaiser diese planmäßig herbeigeführt hat. Daß Wilhelm II. das über sich brachte, soll in diesem Zusammenhang moralisch nicht beurteilt werden, aber die auch hierin hervortretende politische und so ganz unstaatsmännische Leichtfertigkeit und Überheblichkeit muß unterstrichen werden.

Es ist trotz allem erstaunlich, wenn nicht unbegreiflich, daß der Kaiser die Entlassung des großen Mannes in ihrer Tragweite nach innen und nach außen gar nicht bedacht, mithin auch nicht die Wirkungen und Folgeerscheinungen in Betracht zu ziehen versucht hat. In jener Äußerung vor seiner Thronbesteigung: eine Weile werde er den Alten verschnaufen lassen und dann selbst regieren, ergibt sich die gleiche Auffassung wie aus der Antwort an den zweiten Kanzler, der Bedenken trug, die Nachfolgerschaft Bismarcks zu übernehmen: „Sein Sie ohne Sorge, sie kochen alle mit Wasser, und ich werde die Verantwortlichkeit für die Geschäfte übernehmen.“ Als Jahre nachher, nach Verabschiedung des Generalstabschefs Graf Schlieffen, des Kaisers bisheriger Generaladjutant von Moltke sich (der Neffe des

großen Moltke) — man kann wohl sagen: mit allen Kräften — dagegen sträubte, Schlieffens Nachfolger zu werden, sagte ihm der Kaiser: Das bißchen Generalstabsarbeit in Friedenszeiten werde Moltke schon machen können, im Kriege werde er, der Kaiser, die Sache selbst in die Hand nehmen. Auch hierauf hat der spätere Gang der Ereignisse seine vernichtende Antwort gegeben.

Kein Zweifel kann darüber walten, daß persönlich für den jungen Kaiser der Verkehr mit Bismarck in jedem Sinne ein schweres Problem sein mußte, schon deshalb, weil er, der Kaiser, Erfahrung und Leistung anderer wohl rückwärtig akademisch anzuerkennen gewohnt war, jedoch nicht geneigt, selbst daraus zu lernen und sich als Lernender zu bekennen. Auch das ist ein beachtenswerter Charakterzug. Man könnte denken, daß hier die schwere nachherige Verstimmung mit Bismarck wohl entscheidend gewesen sei, denn dieser hoffte noch ein halbes Jahr immer von neuem, daß der Kaiser doch noch seinen Rat in Anspruch nehmen werde, als ein Mißerfolg nach dem anderen kam. Dem steht aber gegenüber, daß der Feldmarschall Graf Moltke, den der Kaiser bis zu dessen Tode mit weithin auffallenden Auszeichnungen überhäufte, dem ihm lange Zeit beigegebenen General Graf Waldersee sagte: niemals habe ihn der Kaiser in irgendeiner militärischen Frage oder Angelegenheit um seine Ansicht, um seinen Rat gefragt. Ein andersgearteter Monarch würde sich glücklich gepriesen haben für jedes Jahr, das ihm noch ermöglicht hätte, einen der größten Feldherren der Kriegsgeschichte persönlich zu Rate zu ziehen. Darauf legte Wilhelm II. keinen Wert, wohl aber darauf, der deutschen Öffentlichkeit zu zeigen: mit so hohen Ehren überhäufe ich einen Mann, der mir keinen Anlaß zum Mißfallen gibt!

Bei verschiedenen Gelegenheiten hat Bismarck in Gesprächen gesagt, früher habe er viele andere Interessen gehabt, mit der Zeit habe seine politische Leidenschaft alles andere aufgefressen. Psychologisch ist dieses Moment, bei seinem Verhalten dem Kaiser gegenüber, als bedeutend einzuschätzen. Jeden, der ihn in seiner Arbeit störte, sein Werk hinderte, oder diesem gefährlich war, oder ihm auch nur gefährlich schien, den als seinen Feind unversöhnlich zu bekämpfen, war für Bismarck eine Selbstverständlichkeit. Daß er gerade in solchen Kämpfen mit seinen Mitteln nicht wählerisch vorging, ist ebenso geschichtlich bekannt wie sein Haß gegen den politischen Feind und das völlige Fehlen jeder persönlichen Rücksichtnahme. Was und wer sich ihm auf seinem Wege entgegenstellte, mußte vernichtet werden, einerlei wie, oft auch da, wo nur ein Argwohn vorhanden war; ebensowenig kann bestritten werden, daß er stets mit den stärksten Mitteln manchmal auch unnötigerweise vorging, wie die Redewendung lautet: auf Spatzen mit Kanonen schoß. Auch die Stellung der Persönlichkeit war ihm

in solchen Fällen gleichgültig, wie zum Beispiel in seinem Kampf gegen die Kaiserin Augusta und die Kaiserin Friedrich. Bismarck hat die Hohenzollern auf die Höhe der Machtstellung gebracht, aber der Fürst an sich, der König, der Kaiser als solcher hatte für Bismarck keinerlei Nimbus, noch auch die Weihe des Gottesgnadentums und die Heiligkeit der Legitimität. In allen diesen Dingen kam für ihn allein der realpolitische Maßstab in Betracht. Wilhelm II. wird diese innere Haltung des Kanzlers mit tiefem Unbehagen durchgefühlt haben.

Im Unterschiede zu allen bisherigen Kämpfen, die der Kanzler für sein Werk rücksichtslos und mit allen Mitteln geführt hatte, und in denen er Wilhelm I. gegenüber mit wenigen Ausnahmen seine Ziele erreicht hatte, sah sich der Kanzler hier in einer Lage, die ihn annähernd ratlos machen mußte. Er konnte auch nicht mehr, wie früher, mit Rücktritt drohen, denn er sah, daß der Kaiser seinen Rücktritt wollte, und zwar auf der Stelle.

Der langjährige bayrische Bundesrat-Bevollmächtigte zu Berlin und Freund des Bismarckschen Hauses, Graf Lerchenfeld, schreibt in seinen Denkwürdigkeiten, in denen er Bismarck durchaus nicht kritiklos beurteilt: „Ich habe das Vorgehen des Kaisers aus dessen Natur und Art heraus bis zu einem gewissen Grade verstanden, aber gebilligt habe ich es damals nicht und billige es auch heute nicht. Der Kaiser durfte dem Fürsten Bismarck nie den Stuhl vor die Tür setzen, auch wenn er in manchen Dingen nicht mit ihm einverstanden war. Er mußte abwarten, bis Alter und Müdigkeit den Fürsten selbst den Rücktritt geboten. Das gebot dem Monarchen nicht nur die Pflicht der Dankbarkeit gegen den Mann, der seinem Hause den Kaiserthron gebaut hatte, sondern auch das wohlverstandene Interesse des Reiches, der Dynastie und des Kaisers selbst."

Bismarck sei noch vollkommen leistungsfähig gewesen und hätte, wo es not tat, „noch immer seinen Mann gestellt, er hätte die äußere Politik und die innere Politik besser geleitet als alle seine Nachfolger, und zwar schon auf Grund der Autorität, die nur er besaß, und die er keinem Nachfolger vererben konnte. Nur eines durfte nicht geschehen: man durfte nicht versuchen, dem Manne Fesseln anzulegen. Den Widerstand, den ihm der Kaiser, gestützt von berufenen und unberufenen Ratgebern, entgegenstellte, konnte der greise Kanzler nicht mehr ertragen, dieser Widerstand mußte ihn innerlich empören und aus dem Gleichgewicht bringen. Dazu hätte allerdings der Monarch Klugheit, Selbstüberwindung, Geduld und Bescheidenheit besitzen müssen, alles Eigenschaften, die Wilhelm II. nicht in die Wiege gelegt worden waren."

Das ist alles richtig, aber auch Lerchenfeld berührt nicht den Kernpunkt: die Angst Bismarcks um sein Werk, um das Reich, dessen Erhaltung und

ungestörte Entwicklung. Diese Sorge war maßgebend gewesen für seine Bemühungen, schon den Prinzen Wilhelm gewissermaßen politisch zu erziehen, um dann, wenn das Alter ihm die Zügel aus der Hand nahm, sich mit dem Bewußtsein zurückziehen zu können, daß dieser Kaiser die großen Grundlinien bisher bewährter Politik befolgen werde und die Hauptfeinde und Gefahren für das Reich kenne.

Dazu kam zuletzt die unwürdige, schmachvolle Behandlung, die Bismarck doppelt verletzend treffen mußte, und weiter kam hinzu die ganze vulkanische Wut und Verzweiflung in der Sorge um die Zukunft des Reichs: seines Werks. — Hierzu berichtet der spätere Pressechef Bülows:

„Bald nach der Entlassung Bismarcks kam von Wilhelm II. ein amtliches Schriftstück, worin der Fürst als Gründer des Reiches bezeichnet war, mit der verblüffenden Bemerkung zurück: ‚Das ist Großpapa gewesen!' Eine Umformung der geschichtlichen Rolle Wilhelms I. durch die Familientradition steigerte sich in späteren Äußerungen seines Enkels bis zur Annahme geheimnisvoller Unmittelbarkeit mit dem Göttlichen."

In den Jahren nach seiner Entlassung hat Bismarck in privaten Gesprächen, auch mit Lerchenfeld, Waldersee und nicht wenigen anderen, seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß der Kaiser der Verderber des Reiches sein werde. Man hat dies auf Haß und Rachsucht des gestürzten Kanzlers geschoben, aber die Geschichte hat auch dieser seiner Voraussage recht gegeben.

Der Eindruck im Ausland war zum Erstaunen des Kaisers und seiner Adulatoren ein sehr großer. In sehr nüchternen Worten skizzierte dies der Däne Jules Hansen, ein früherer Beamter am dänischen Hofe und späterer diplomatischer Agent zwischen Dänemark, Rußland und Frankreich, in jener Zeit:

„In Europa schuf das Ereignis eine wahre Erleichterung. In Frankreich hatte man die Empfindung, daß eine neue Ära anbreche, und daß man endlich von der durch Bismarcks gewalttätige Politik erzeugten Beklemmung und Beängstigung befreit sein werde. Nun endlich hatte Frankreich nicht mehr den energischen Einspruch zu fürchten, den Bismarck jedenfalls gegen die Verwirklichung eines französisch-russischen Bündnisses erhoben hätte, und damit war die Aufgabe des französischen Ministers des Auswärtigen erleichtert." — In diesen Sätzen war ein Kernpunkt getroffen.

Im dritten Band seiner „Gedanken und Erinnerungen", der erst lange nach der Herausgabe der Schrift von Jules Hansen veröffentlicht worden ist, schreibt Bismarck:

„Ich muß es als eine Laune des Zufalls ansehen, und die Geschichte wird es vielleicht verhängnisvoll nennen, daß am Vormittage desselben Tages

(am 17. März 1890, mitten in der Entlassungskrisis) der in der Nacht aus Petersburg eingetroffene Botschafter Graf Paul Schuwalow sich bei mir mit der Erklärung meldete, er sei ermächtigt, in gewisse Vertragsverhandlungen einzutreten, und daß diese Verhandlungen sich demnächst zerschlugen, als ich nicht Reichskanzler blieb."

Es handelte sich um die Erneuerung des deutsch-russischen sogenannten Rückversicherungsvertrages. Dieser war Bismarcks Werk und mußte nach je drei Jahren erneuert werden. Sein Vorhandensein und sein Inhalt wurden geheimgehalten. Dieser Vertrag bedeutete für den Fall, daß Deutschland von Frankreich angegriffen würde, die Neutralität Rußlands und, im Falle, daß Rußland von Österreich-Ungarn angegriffen werden sollte, die Neutralität Deutschlands. So hatte Rußland, ebenso wie Deutschland, für einen Festlandkrieg eine überaus wertvolle Rückversicherung gegen die Gefahr eines Zwei-Fronten-Angriffs. Daß seit Jahren in Paris wie in Petersburg starke Annäherungsbestrebungen waren, auch schon gewisse Bindungen geschaffen worden waren, bildete kein Geheimnis in Europa, aber der abschließende Schritt eines Bündnisvertrages war nicht getan worden, und Bismarcks Politik, insbesondere in Gestalt dieses Rückversicherungsvertrages, war dafür maßgebend.

Der russische Botschafter war damals, 1890, zunächst nur bevollmächtigt, mit Bismarck und dessen Sohn zu verhandeln. Das Entscheidende jedoch war, daß der Kaiser die Erneuerung des Vertrages gleichgültig, als Bagatelle, behandelte, sonst würde es ihm ohne Zweifel gelungen sein, zu erreichen, daß der russische Botschafter die Verhandlungen trotz der Kanzlerkrisis hätte führen und mit dem deutschen Vertragspartner zu Ende bringen können. Bismarcks Nachfolger, General von Caprivi, war der Ansicht, daß der Rückversicherungsvertrag die deutsche Politik zu sehr „kompliziere", außerdem sei er unmoralisch und illoyal in bezug auf das deutsche Bündnis mit Österreich; eine sonderbare Auffassung, denn der Rückversicherungsvertrag war ein reiner Neutralitätsvertrag, widersprach dem deutschen Bündnisvertrage mit Österreich-Ungarn in keiner Weise und war außerdem dem Kaiser von Österreich persönlich mitgeteilt worden.

Im Hintergrunde dieses törichten, achtlosen Fortwerfens des Rückversicherungsvertrages mit der Großmacht Rußland waren für den Deutschen Kaiser folgende Motive maßgebend: persönliche Verstimmung gegen den Zaren und der englische Einfluß besonders der Familiendiplomatie am englischen Hofe, dem sehr viel daran gelegen war, die deutsch-russische Freundschaft zu beseitigen, die feste Verbindung zwischen Rußland und Frankreich herbeizuführen und selbst mit Rußland zu einer Verständigung zu gelangen, die sich in der Folge auch bald durch den Prinzen von Wales

vollzog Der Kaiser aber war schon im Jahre 1889 das Opfer der Diplomatie seiner Großmutter geworden, der staatsklugen und autoritären alten Königin Victoria und ihrer Minister. Man faßte Wilhelm II. bei einer seiner schwächsten Seiten, der Eitelkeit, und verlieh ihm den Titel eines englischen „Admiral of the fleet". In einem begeisterten Dankbrief schrieb er ihr: „Es hat Mir wirklich eine gewaltige Freude gemacht, daß ich mich jetzt Deiner Flotte zugehörig fühle und Interesse für sie haben kann, als ob sie meine eigene wäre." — Als im nächsten Jahre die Hochzeit der Schwester Sophie Wilhelms II. mit dem damaligen Kronprinzen von Griechenland in Athen stattfand, und nachher das dort liegende deutsche Geschwader und das englische Flottenkontingent zusammen den Hafen verlassen hatten, befand sich Kaiser Wilhelm auf dem Flaggschiff des englischen Admirals und erhielt die mit Begeisterung begrüßte Erlaubnis, eine kurze Zeitlang Bewegungen der gesamten Flotte durch Signalbefehle ausführen lassen zu dürfen. Von diesem Zeitpunkt an datiert Bismarck den entscheidenden Kurswechsel der deutschen Politik: von Rußland zu England.

An solchen und ähnlichen Angelhaken fing und hielt man den Deutschen Kaiser, solange man ihn brauchte. Schon im Jahre 1893 war seine dienstbare Rolle vorläufig erledigt, und schlechte Behandlung durch die englische Regierung und Presse trat an die Stelle.

Für die ganze folgende Regierungszeit Wilhelms II. ist das Fallenlassen der vertraglichen Bindung mit Rußland in gewissem Sinne tatsächlich verhängnisvoll geworden, wie Bismarck voraussah. Man hat vieles gegen diese Auffassung angeführt: einmal die „Kompliziertheit" des von Bismarck gewobenen Netzes von Verträgen mit anderen Mächten. Kein anderer als Bismarck selbst habe auf die Dauer dieses Spiel mit fünf Kugeln, von denen immer mindestens zwei in der Luft wären, spielen können. Und dann: einmal würde doch das französisch-russische Bündnis gekommen sein, das habe eben auf die Dauer unaufhaltsam im Zuge der Entwicklung gelegen.

In die Zukunft konnte man damals ebensowenig sehen wie heute. Immerhin bestand die Tatsache jenes Vertrages seit 1887, und die andere, daß 1890 die Initiative zur Erneuerung mehrere Monate vor dem Ablauf von Rußland genommen wurde. Es war also kein vertretbarer Grund vorhanden, einen so kostbaren festen Besitz einfach aus der Hand zu geben. Zeigten sich dem Kaiser und Caprivi nach der Erneuerung Schwierigkeiten oder Nachteile, so konnte man den Vertrag nach dem Ablauf der drei Jahre zum nächsten Termin kündigen. Die Russen boten tatsächlich auch nach Bismarcks Entlassung noch einmal die Erneuerung des Vertrages an: vergeblich!

Den großen Vorteil hatten England und nach ihm Frankreich. Für die europäische Machtstellung Deutschlands bedeutete das Fallenlassen des Vertrages eine gefährliche Schwächung, für den europäischen Frieden eine stete Drohung; denn Frankreich wußte unter den neuen Verhältnissen, daß es in der Folge für einen Krieg mit Deutschland Rußland auf seiner Seite haben würde. Auf der russischen Seite trat schwere Verstimmung ein, und wenn es auch Caprivis Nachfolger Hohenlohe gelang, die Beziehungen zum Zaren äußerlich etwas zu bessern, so hat doch das alte Verhältnis trotz Besuchen vom Kaiser und vom Zaren nie wieder Platz gegriffen, und es wurde möglich, was vorher ausgeschlossen war, daß auch London und Petersburg sich diplomatisch und politisch in gleicher Front gegen das Deutsche Reich sahen.

Die große Erregung in den nationalen deutschen Kreisen, als nach Mitte der neunziger Jahre diese Zusammenhänge öffentlich bekannt wurden, ist seit mehr als vierzig Jahren in die Vergangenheit versunken. Aber auch heute steht man staunend vor jener Achtlosigkeit und Leichtfertigkeit des Kaisers und seiner Berater. Wilhelm II. hat anscheinend die Bedeutung gar nicht begriffen, und damit auch nicht die Verantwortlichkeit, die sich gerade hier ihm persönlich auf die Schultern legte. Er hat nicht daran gedacht, seinen für ihn letzten Endes rein persönlichen Kampf gegen Bismarck zu unterbrechen und in einer für die außenpolitische Stellung des Reiches so bedeutenden Angelegenheit noch einmal Rat, Hilfe und Entscheidung des Kanzlers für die Lösung der Aufgabe zu erbitten. Bismarck würde ein solches Ansinnen nicht abgelehnt haben. Wohl kann man aber begreifen, welche Verbitterung und Erbitterung ihn erfüllte, als der Kaiser schon diese erste Gelegenheit benutzte, um den folgenschweren Schlag gegen sein großes politisches Sicherheitswerk zu führen. Bismarck hat niemals mit einer gewissermaßen eisernen Gültigkeit von Verträgen gerechnet, auch den Dreibund (siehe „Gedanken und Erinnerungen") als eine strategische Stellung bezeichnet, die man eben durch eine andere ersetzen müsse, wenn sie ihrem Zweck nicht mehr entspräche. Bündnisse seien nicht für die Ewigkeit: „Was sind Verträge, wenn man muß!" Keine große Nation werde ihre Existenz auf dem Altar der Bundestreue opfern.

Er hat es nicht ausgesprochen, aber man hat den Eindruck der Besorgnis, daß Wilhelm II. nach seiner Abwendung von Rußland den Dreibund als eine uneinnehmbare, sich an Wert immer gleichbleibende europäische Machtstellung ansehen werde. Die Zukunft hat dem Kanzler auch hierin recht gegeben und ebenfalls seinen Schlußsätzen des dritten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen", in denen er sich des beunruhigenden Eindrucks nicht erwehren konnte, daß (seit seiner Entlassung) die Wiener

Diplomatie der Berliner überlegen sei und die Führung in der Hand habe. Fügen wir hinzu: wäre es 1914 nicht ebenso gewesen, so würde die Regierung des Deutschen Reiches nicht in den Krieg hineingestolpert sein.

Das Fallenlassen des Rückversicherungsvertrages wurde in Berlin ängstlich geheimgehalten, aber der Umschwung der Reichspolitik vom Vertragsverhältnis zu Rußland zu einer unfreundlichen „Freundschaft" mit Großbritannien machte sich sofort bemerkbar. Die kluge Königin von England und ihre Diplomaten hatten unauffällig, geschickt und höchst erfolgreich gearbeitet.

Dem Kaiser lag nach der Entlassung Bismarcks zunächst, auch noch später, besonders daran, den Vorgang so darzustellen, als ob die äußere Lage Deutschlands die sofortige Entlassung des Kanzlers erfordert habe. Wilhelm II. erklärte den versammelten kommandierenden Generalen: Bismarck habe Österreich-Ungarn in einem Kriege gegen Rußland „im Stich lassen" wollen; er, der Kaiser, wolle dem Wiener Bundesgenossen unter allen Umständen treu bleiben. Hohenlohe schreibt zu den Eröffnungen des Kaisers: „Der Kaiser will mit Österreich gehen, selbst auf die Gefahr hin, mit Rußland und Frankreich in einen Krieg verwickelt zu werden. Daraus erkläre ich mir die Äußerungen Bismarcks, der sagte: der Kaiser treibe Politik in der Weise Friedrich Wilhelms IV. Das ist der schwarze Punkt der Zukunft."

*

Das mehr oder weniger bestimmte Gefühl des Kaisers, sich wegen der Entlassung Bismarcks rechtfertigen zu müssen, zeigte sich in zwei Richtungen besonders:

Den Generalen hatte er erzählt: es sei wegen der treulosen und höchst gefährlichen Außenpolitik des Fürsten gewesen. Den Bundesfürsten und kleineren Fürsten, wie Hohenlohe, sagte er: Bismarcks Respektlosigkeit und Grobheit habe ihn, den Kaiser, zur sofortigen Entlassung gezwungen. Auch erzählte er, Bismarck habe Deutschland in blutigen Bürgerkrieg stürzen und deutsche Arbeiter in Massen erschießen lassen wollen. Im übrigen arbeiteten seine Leute bereits während der Kanzlerkrisis mit Lügen wie die folgenden: Bismarck sei nicht mehr im Besitze seiner geistigen Kräfte, außerdem Morphinist geworden und bilde deshalb eine unerträgliche Gefahr bei der Wichtigkeit seines Postens. Der König von Sachsen tat die Äußerung: wenn der Alte noch bliebe, so würde er bald völlig verrückt sein. In seiner Beantwortung des erzwungenen Abschiedsgesuches, die natürlich veröffentlicht wurde, hatte der Kaiser dem deutschen Volk die krasse und feige Unwahrheit erzählt: Bismarck selbst habe aus gesundheitlichen Gründen dringend

den Abschied verlangt. Durch die Presse und alle möglichen Kanäle wurde der deutschen Öffentlichkeit weitgehend mit Erfolg beigebracht, daß das Scheiden des Kanzlers aus seinem Amte eine Notwendigkeit und ein Glück für Deutschland sei, denn schon seit Jahren habe seine auswärtige Politik nur Mißerfolge gezeitigt. Einige Jahre später erklärte ein bekannter Konservativer: die Entlassung Bismarcks sei eine im Sinne des Wortes „rettende Tat" Wilhelms II. gewesen.

Die Konservative Partei gab schon gleich nachher ihrer großen Erleichterung Ausdruck. Der Liberalismus sprach von neuer, jugendkräftiger, moderner Kaiserherrlichkeit. Bismarck habe zwar große Verdienste in der Vergangenheit, niemand wolle sie ihm absprechen, aber es sei doch ein großes Glück, daß der junge, geniale und tatkräftige Kaiser nun das deutsche Volk persönlich und unumschränkt in die Zukunft führe. Dieser Kaiser sei ganz ein Sohn der neuen Zeit und allen liberalen Ideen aufgeschlossen. Die Sozialdemokratie jubilierte und triumphierte: nun sei der brutale Riese Bismarck gestürzt, kein Zweifel könne darüber bestehen, daß sein gänzlicher Mißerfolg in seinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Ursache gewesen sei. Für sie, die Sozialdemokratie, sei dies der Beweis, daß keine Macht in Deutschland ihrem Siegeslauf widerstehen könne; der junge Kaiser möge sein, wie er wolle, jedenfalls seien seine Bemühungen, die Arbeiterschaft mit Versprechungen und Worten zu fangen, zum Lachen. Das Zentrum war hochbefriedigt, seine Presse brachte immer wieder zum Ausdruck, wie tiefe Wunden Bismarcks Politik, besonders sein Kulturkampf, dem deutschen Volke geschlagen habe. Andererseits stehe das Zentrum stärker da denn je. Man könne auch — dem Himmel sei Dank — begründete Hoffnungen haben, daß der junge Kaiser gerade dieser Frage Verständnis entgegenbringt. — Die klugen Männer des Zentrums sollten sich nicht geirrt haben:

Während der Kanzlerkrisis hatte — erinnern wir uns! — der Kaiser auf Bismarcks Meldung, der Zentrumsführer Windthorst sei bei ihm gewesen, in starken Worten schweren Vorwurf gemacht und gesagt: Bismarck habe ihn doch gleich aus der Tür werfen lassen sollen. Nach Bismarcks Entlassung notiert Waldersee eine Äußerung des Kaisers: „Wenn Windthorst ins Schloß kommt, so lasse ich ihn durch einen Gefreiten und drei Mann arretieren!" Waldersee notiert in seinen Tagesaufzeichnungen weiter: „Dezember 1890. Parlamentarisches Diner beim Reichskanzler (Caprivi). Der Kaiser genehmigt mit einigem Widerstreben, daß Windthorst eingeladen wird, hat dann aber mit ihm eine längere Unterhaltung."

Januar 1891. I. Windthorst fällt die Treppe hinunter und verletzt sich. Der Kaiser sagt: „Ist es wohl zuviel, wenn Ich einen Flügeladjutanten hinschicke und Mich erkundigen lasse?"

II. Der Kaiser liest die Einladungsliste zum nächsten Hofball und fragt: „Warum ist denn Windthorst nicht darauf?"

„Warum soll man sich also noch wundern?"

Dieser kleine Windthorst-Kalender ist charakteristisch für das Verhältnis des Kaisers zu dem klugen und gerissenen Zentrumsführer und für die kaiserliche Persönlichkeit selbst. Wenige Tage nach dieser Notiz schreibt Waldersee während einer eigenen Krisis:

„Am bedauerlichsten bleibt immer die Rolle des Kaisers; das Gefühl der Unsicherheit ihm gegenüber muß sich steigern. Es ist eine Kleinigkeit, ihn gegen Personen einzunehmen; er glaubt sofort das Schlechte, hat aber das größte Mißtrauen, wenn man von jemandem etwas Gutes sagt. Hier liegt die Möglichkeit eines Einflusses für gewisse Elemente seiner nächsten Umgebung. Der Kaiser kann sehr liebenswürdig sein, wirkliches Wohlwollen fehlt ihm gänzlich. Deswegen wird er sich auf die Dauer nirgends Liebe erwerben." — Waldersee war lange Zeit bevorzugter Günstling des Kaisers. Dieser spielte auch jahrelang mit dem Gedanken, Waldersee zum Reichskanzler zu machen, und sagte ihm auch mehrmals: wenn es hart auf hart mit der Sozialdemokratie ginge, so würde Waldersee der Mann sein. Der Augenblick kam nicht, denn der Kaiser hat niemals gewagt, anders als mit leeren Worten dem Reichsfeinde Marxismus entgegenzutreten.

*

Die Gunst des Kaisers zu erlangen, war damals das Ziel aller Ehrgeizigen, Eitlen und Titelsüchtigen: Wie ist es am besten möglich, dem Kaiser angenehm aufzufallen, wie, Gelegenheit zu erhalten, von ihm gesehen, bemerkt zu werden?

Wie bekommt man Zutritt zu Personen und Kreisen, die irgendwie mit dem Hofe oder einem Kabinettchef des Kaisers oder einem Generaladjutanten oder mit der Berliner Diplomatie oder einem Ministerium in Verbindung stehen?

Innerhalb jener begehrten und beneideten Kreise herrschte ein dauerndes, mit allen Mitteln geführtes Intrigenspiel. Wer den Platz inne hatte, der ihm genehm war, befand sich in fortwährender Unruhe und Abwehr gegen Rivalen, die sich an seine Stelle setzen wollten, während er andererseits danach trachtete, einen Ring von Freunden um sich herum zu bilden, zugleich in der Furcht, daß einer dieser Freunde ihn plötzlich aus dem Sattel heben oder verraten könnte. Den Mittelpunkt, um den sich alles drehte, bildete der Kaiser, ständig wechselnd in seinen Stimmungen, in Gunst und Ungunst, in Zutrauen und Mißtrauen, in Absichten und in Launen.

Kein lästiger deutscher Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident war mehr vorhanden, der den Kaiser an direktem Verkehr mit Staatssekretären, Ministern und Geheimräten gehindert oder über solche Unterredungen in Kenntnis gesetzt zu werden verlangt hätte. Nicht anders war es mit Abgeordneten des Reichstags und des Preußischen Landtags nicht anders auch, und das war bisweilen noch schlimmer, wenn der Kaiser mit ausländischen Gästen und den in Berlin akkreditierten Diplomaten, sogar mit deren Attachés und Räten je nach seinen augenblicklichen Einfällen und Stimmungen sprach, ohne dem Reichskanzler oder Staatssekretär des Auswärtigen vorher und selbst nachher Kenntnis zu geben oder gar vorher mit ihnen alles besprochen zu haben. So griff bald ein chronischer Zustand fortwährender Unsicherheit und Nervosität Platz für Kanzler und Minister und schließlich in weiten Volkskreisen: welche schlimme Überraschung würde es morgen geben?

Schon im Juni 1890 schrieb Hohenlohe in sein Tagebuch: „Zwei Dinge sind mir in den drei Tagen, die ich hier (in Berlin) jetzt zugebracht habe, aufgefallen: erstens, daß niemand Zeit hat, und alle in größerer Hetze sind als früher; zweitens, daß die Individuen geschwollen sind. Jeder einzelne fühlt sich. Während früher, unter dem vorwiegenden Einfluß des Fürsten Bismarck, die Individuen eingeschrumpft und gedrückt waren, sind sie jetzt alle aufgegangen wie Schwämme, die man ins Wasser gelegt hat. Das hat seine Vorzüge, aber auch seine Gefahren. Der einheitliche Wille fehlt." Wozu allerdings bemerkt werden muß, daß auch Fürst Hohenlohe zu denen gehörte, die oft in Berlin anwesend waren, um sich der Gunst des neuen Kaisers zu versichern.

Der einheitliche Wille fehlte in der Tat, und nicht nur der, sondern die Autorität, die auf Sachkunde, Übersicht, Erfahrung und auf überlegtem, durchdachtem Urteil beruht. Der Reichskanzler Caprivi ebenso wie der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Marschall — dieser war bis dahin Staatsanwalt gewesen — hatten vorher nie etwas mit auswärtiger Politik zu tun gehabt. Caprivi hatte den Ausspruch getan, er komme sich vor, als ob er plötzlich in ein dunkles Zimmer getreten sei. Gleichwohl hatte er nicht für nötig gehalten, sich von Bismarck das Amt übergeben zu lassen, auch keine einzige Frage an ihn gerichtet. Ihm genügte der Befehl des Kaisers, um das Amt zu übernehmen, und der eiserne Bestand des Auswärtigen Amtes, Herr von Holstein, erhielt und behielt auf diese Weise eine Macht und eine Bedeutung, die sich unheilvoll genug für die Politik des Reiches auswuchs. Es ist eine Tatsache, die selbst der Zurückschauende als beschämend empfindet, daß von 1890 bis 1907 dieser Mann einen ungeheuren, oft bestimmenden Einfluß auf die auswärtige Politik, auf die Personenbesetzung wichtiger Stellen

unter drei Kanzlern gehabt hat, auch unter dem Fürsten Bülow, selbst nachdem Holstein verabschiedet worden war. Auch dann noch holte Bülow sich zeitweise täglich Rat von diesem Manne, oder er schickte einen Beamten des Auswärtigen Amtes zu ihm mit der Mappe. Ein hohes Maß politischer Anlagen konnte Holstein nicht bestritten werden, freilich bedingt und beschränkt durch einen psychopathischen Zug, damit auch die unbezwingliche Neigung zur Intrige, zur Arbeit im Dunkeln überhaupt. Holstein war der Mittelpunkt des ganzen Intrigantentums im Bereiche der Wilhelmstraße, der Reichskanzlei, aller Ministerien, auch hoher Militärkreise und des Hofes; das war nicht wenig! Dazu kam ein krankhaftes Mißtrauen, eine wütende Rachsucht und Haß gegen alle, in denen er Gegner seiner Person vermutete. Bismarck hatte Holstein niemals hochkommen lassen, einmal, weil er ihm nicht traute, dann, weil er ihn zu besonderen Dingen nur verwendete, wenn diese nicht ganz reinlich waren, wie zum Beispiel in seinem Kampf gegen Arnim, wo Holstein es willig übernahm, seinen eigenen Botschafter zu überwachen und über ihn zu berichten.

Ein Mann wie Holstein mußte als der politische Direktor im Auswärtigen Amt seit 1890 von vornherein vor die Alternative gestellt werden, entweder seine Politik und seine Person verantwortlich zu vertreten oder aber zurückzutreten. Daß dazu drei Reichskanzlern und einem Kaiser der Mut fehlte, charakterisiert jene Zeiten. Manche politische Standpunkte Holsteins zwar werden in ihrer Richtigkeit durch diese Charakteristik nicht beeinträchtigt. Das Wesen des Kaisers hatte er schnell erkannt und sah, daß dessen Regierung das Unheil Deutschlands sein werde. Wilhelm II. hat, nach seinen Schriften zu schließen, Holstein nur als eine kuriose Erscheinung beurteilt, auch gefunden, daß er, so schreibt wenigstens der Kaiser, gern über den Bereich seiner Dienststellung als der politische Direktor im Auswärtigen Amt hinausgegriffen habe. Die Bedeutung und die gefährliche Eigenart dieses Mannes sind ihm aber nicht zum Bewußtsein gekommen. Der Kaiser meint in seinen „Ereignissen und Gestalten“: der starke Einfluß Holsteins sei ihm bedenklich erschienen. Trotzdem hat der Kaiser diesen unaufhörlich Unheil stiftenden pathologischen Intriganten siebzehn Jahre hindurch walten lassen, wie er wollte.

*

Bismarck hätte nicht er selbst gewesen sein müssen, wenn er auf alle Angriffe gegen seine Politik, die Lügen, Verleumdungen und Legenden, geschwiegen hätte, die während der Krise und nach seiner Verabschiedung in der deutschen und der ausländischen Presse, hauptsächlich in der ersteren, planmäßig auch von seiten der Reichsregierung verbreitet wurden, um die

Schuld an seiner Entlassung, und damit die Verantwortung, auf seine Schultern zu legen. Er empfing auch seinerseits Journalisten, ließ bisweilen in den „Hamburger Nachrichten" und anderen Blättern Ansichten zum Ausdruck bringen und Urteile über die neue Politik, soweit er sie für unrichtig hielt. Geschichtlich ist festzustellen, daß nicht Bismarck diesen sich mit Unterbrechungen bis zu seinem Tode hinziehenden Krieg begonnen hat, sondern dazu provoziert wurde. Man, auch der Kaiser, hat demgegenüber Caprivis Loyalität gelobt, der nach seinem unfreiwilligen Rücktritt sich vollständig zurückgezogen und geschwiegen habe. Diese Gegenüberstellung konnte nicht gelten, denn Bismarcks Bedeutung als Staatsmann und als Mensch und seine Lage nach seiner Verabschiedung konnten füglich nicht mit dem Rücktritt Caprivis und dessen Amtszeit verglichen werden. Ein Mann wie Bismarck, der ein Menschenalter lang mit höchstem Erfolge Weltgeschichte gemacht hatte, mußte seine Politik gegen Angriffe und Verleumdungen verteidigen, dazu hatte er die Pflicht und das Recht, ebenso zur freien Meinungsäußerung wie jeder andere Staatsbürger auch, seine Stellung zu der von seinem Nachfolger, eigentlich dem Kaiser, getriebenen Politik zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen.

Schon acht Wochen nach Bismarcks Rücktritt ging der folgende perfide Erlaß Caprivis, zunächst geheim, an alle amtlichen Vertreter des Deutschen Reichs im Auslande und alle Bundesregierungen in Deutschland selbst; natürlich wurde er sofort bekannt. Der Erlaß lautete:

„Euer (Titel) wird nicht entgangen sein, daß gegenwärtige Stimmungen und Anschauungen des Fürsten von Bismarck, Herzog von Lauenburg, mehrfach durch die Presse an die Öffentlichkeit gebracht worden sind. Wenn die Regierung Seiner Majestät in vollster Anerkennung der unsterblichen Verdienste dieses großen Staatsmannes hierzu unbedenklich schweigen konnte, solange jene Äußerungen sich auf persönliche Verhältnisse und innere Politik beschränkten, muß sie sich, seit auch die auswärtige Politik davon berührt wird, die Frage vorlegen, ob solche Zurückhaltung auch ferner zu rechtfertigen sei, ob sie nicht im Ausland schädlichen Mißdeutungen unterliegen könnte. Seine Majestät der Kaiser sind indes der Überzeugung, daß entweder von selbst eine ruhigere Stimmung eintreten oder aber der tatsächliche Wert des von der Presse Wiedergegebenen mit der Zeit auch im Auslande immer richtiger werde gewürdigt werden. Es sei nicht zu befürchten, daß aus der Verbreitung subjektiver, mehr oder weniger richtig aufgefaßter, zweifellos hier und da absichtlich entstellter und zum Teil zu Personen von anerkannter Feindschaft gegen Deutschland getaner Äußerungen ein dauernder Schaden entstehen könnte. Seine Majestät unterscheiden zwischen dem Bismarck von früher und jetzt und wollen seitens

Allerhöchst Ihrer Regierung alles vermieden sehen, was dazu beitragen könnte, der deutschen Nation das Bild ihres größten Staatsmannes zu trüben.

Indem ich Ew. (Titel) hiervon mit der Ermächtigung, erforderlichenfalls, demgemäß sich zu äußern, in Kenntnis setze, füge ich ergebenst hinzu, daß ich mich der Hoffnung hingebe, es werde auch seitens der Regierung, bei welcher Sie akkreditiert sind, den Äußerungen der Presse in bezug auf die Anschauungen des Fürsten Bismarck ein aktueller Wert nicht beigelegt werden." —

Der Reichskanzler von Caprivi hatte diesen Erlaß gezeichnet. Beinahe unmittelbar nach Ausfertigung und Versendung dieses Erlasses telegraphierte der Kaiser auch an den Grafen Görz: ihm sei so weh ums Herz, als hätte er seinen Großvater noch einmal verloren! „Es ist mir aber von Gott einmal bestimmt, alsô habe ich es zu tragen, wenn ich auch darüber zugrunde gehen sollte." In Wirklichkeit war der Monarch, wie wir gesehen haben, höchst erleichtert, daß er endlich den Rücktritt seines Kanzlers erreicht hatte. Im Zusammenhang der damaligen Ereignisse scheint das Herzweh des Kaisers über den Tod seines Großvaters zum mindesten recht erträglich gewesen zu sein.

Ebenso unwahrhaftig und unwürdig, außerdem politisch beinahe unglaublich aber war es, daß Kaiser Wilhelm II. sich gedrungen fühlte, sich sogar dem französischen Botschafter zu Berlin, Herrn Herbette, sein Herz folgendermaßen auszuschütten:

„Der Herzog von Lauenburg scheint Mir immer noch zu zürnen, weil Ich seine Entlassung als Reichskanzler veranlaßt und angenommen habe. Ich gestehe, daß es Mir ungeheuer peinlich war, Mich endgültig von diesem alten und erprobten Diener Meines Großvaters und Meines Vaters zu trennen. Aber wie sollte ich anders handeln? Seit jenen Tagen folgt der Herzog Gefühlen, die seiner unwürdig sind. Er ist von dem Piedestal, auf das die Anerkennung der Nation und Meine eigene ihn erhoben hat, herabgestiegen und sich in eine maß- und würdelose Opposition gestürzt. Mit unerhörter Heftigkeit mißbilligt, verurteilt und greift er alles an, was Meine Regierung tut, und führt gegen sie einen durchaus unerträglichen Kampf in der Presse. Glauben Sie aber nicht, daß Ich, wie man behauptet, beabsichtige, durch Eingreifen des Reichsgerichts, mit Gewalt zu erzwingen, was der Herzog Mir mit Liebe nicht gewähren will. Nein, niemals wird der Deutsche Kaiser der Welt das traurige Schauspiel geben, daß ein Fürst den Mann, der ein begeisterter Diener Deutschlands und Preußens war, und den, trotz der Fehler seines Alters, die Nachwelt als einen der größten Staatsmänner der Jetztzeit betrachten wird, in seinen alten Tagen in Anklagezustand versetzt."

Man braucht sich nur vorzustellen, wie sich, etwa in England, ein König einem großbritannischem Bismarck gegenüber verhalten haben würde, um

die Ungeheuerlichkeit dieser Unterhaltung eines Deutschen Kaisers und Königs von Preußen mit einem französischen Botschafter auf sich wirken zu lassen. Was konnte überhaupt den Deutschen Kaiser dazu bringen, sich vor dem Franzosen wegen der Entlassung Bismarcks gewissermaßen zu rechtfertigen, als nur sein hemmungsloses Beifallsbedürfnis? Die Antwort Herbettes ist damals leider nicht bekannt geworden, aber es kann wohl kein Zweifel bestehen, daß der französische Diplomat die Entlassung des großen deutschen Staatsmannes in höchstem Grade gerechtfertigt gefunden und für außerordentlich großmütig und edel erklärt hat, daß der Kaiser mit schwerer Überwindung darauf verzichtet habe, den ruchlosen Bismarck als Landesverräter vor das Leipziger Reichsgericht zitieren und gleich in sichere Untersuchungshaft bringen zu lassen.

Es war ziemlich allgemein bekannt, daß der Kaiser wiederholt in Unterhaltungen erklärte: Bismarck gehöre in das Gefängnis nach Spandau. Jene Presse, die den Schöpfer des Reichs seit jeher haßte, stimmte mit triumphierenden Gegeifer der Auffassung des Kaisers zu. Dieser hat das Reichsgericht nur deshalb nicht in Anspruch genommen, weil er Unruhen in Deutschland befürchtete.

Bismarck notiert im dritten Bande der „Gedanken und Erinnerungen“: „Wenn es heute innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten läge, so würde mir, glaube ich, als Abschluß meiner politischen Laufbahn das Geschick des Grafen Danckelmann nicht erspart geblieben sein. Ich würde angesichts der Kürze der Lebensdauer, auf die ich in meinem Alter überhaupt noch zu rechnen habe, nicht aus dem Wege gegangen sein und auch diese Ironie des Schicksals mit heiterer Ergebung in Gottes Willen ertragen haben. Den Sinn für Humor habe ich auch in den ernstesten Lagen des Lebens niemals verloren.“

In Frankreich aber schrieb Paul de Cassagnac: „Nein, die Deutschen sind kein großes Volk; das Pantheon, das Himmelszelt wäre uns nicht groß genug gewesen, um diesen Mann hineinzusetzen.“

Der deutsche Schriftsteller Paul Mittelstädt schrieb: „Der Abgrund von Niedertracht und Erbärmlichkeit der deutschen Presse ... ist durch kein Maß von Verachtung mehr auszufüllen. Bismarck als Feind des Reiches und der Krone öffentlich des Hoch- und Landesverrats angeklagt — tiefer und allgemeiner konnte das nationale Bewußtsein des deutschen Volkes nicht der Entsittlichung und dem Wahnwitz anheimfallen.“ Gemeint war damit der Kaiser.

Ein englisches Blatt schrieb gegen Ende der Kanzlerkrise: „Des Fürsten Bismarck Autorität beruht nicht auf dem Umstande, ob er noch Kanzler ist oder nicht, sondern sie ist das historische Ergebnis eines Menschenalters voll

Ruhm, Erfolg und Verdienst. Sie hängt am Mann, nicht am Amt. Das Wort des Fürsten Bismarck wird Geltung und Autorität behalten, solange er unter den Lebenden weilt."

Die englische Zeitschrift „Punch" brachte das berühmte Bild mit der Unterschrift: „Dropping the pilote" („Der Lotse wird ausgeschifft"): wie Bismarck in Lotsenuniform das Fallreep des Schiffes „Deutschland" würdevoll hinuntersteigt, um im bereitliegenden Boot davonzufahren. Oben an der Reling steht der Kaiser, die Krone auf dem Kopf, und sieht befriedigt, daß er nun auch wirklich geht. — Tatsächlich: der Lotse hatte das Schiff „Deutschland" verlassen, und der kaiserliche Kapitän glaubte, in dem Vorwitz seines Dünkels und seiner Unerfahrenheit, dieses Lotsen, der das Schiff ebenso genau kannte wie die Schwierigkeiten des Fahrwassers, nicht zu bedürfen, und London freute sich.

*

Über die Stimmung der deutschen Bevölkerung kann, von den heutigen Verhältnissen aus gesehen, in großen Zügen folgendes gesagt werden:

Alle diejenigen, die am sogenannten Parteileben teilnahmen, überhaupt politisch interessiert waren, beurteilten mit geringen Ausnahmen die Kaiser-Kanzler-Krisis nach der Presse ihrer Partei. Vielleicht hat die Freikonservative oder Reichspartei bis zu einem gewissen Grade objektiv geschrieben und sich mit einigem Takt zurückgehalten. Sonst waren alle Parteien, ebenso wie das hohe Beamtentum, die Diplomatie usw., erleichtert und froh: nun sollte ein neues Leben der Freiheit, der Selbstzufriedenheit und des Erfolges beginnen! Von nun ab war der Kaiser allein maßgebend, ihn galt es zu loben und zu gewinnen. Die zu offiziösen und halboffiziösen Zwecken von Bismarck gebrauchte Presse ging ohne weiteres zum neuen Herrn über und gegen Bismarck vor. Die später sogenannte und seit den neunziger Jahren auf das üppigste entwickelte parteilose, farblose, sogenannte Generalanzeiger-Presse stellte sich geschickt und mit höchstem Erfolge auf die politische Charakterlosigkeit des Durchschnittsbürgertums ein. Diese bald weitverbreiteten Zeitungen vertraten außerdem einen Byzantinismus widerwärtigster Art und haben im Laufe der Jahrzehnte auch eine nicht leichte, des Geschäfts wegen aber sehr leicht getragene Schuld auf sich geladen.

Mit dem Jahre 1890 bildete sich eine ausgesprochen nationale Presse, die sich die Verteidigung des entlassenen Kanzlers und seines politischen Kurses zum Ziele gesetzt hatte. Sie stand zum großen Teil außerhalb der Parteien und trat entschieden und offen für die Politik und Persönlichkeit Bismarcks ein. Unter den verbreiteten politischen Witzblättern war es der „Kladderadatsch", der seiner großen Tradition als Bewunderer Bismarcks, ungeachtet nicht geringer Schwierigkeiten, treu blieb.

Bismarck selbst, einmal zum Kampf gezwungen, führte diesen, sobald ihm eine Wiederaufnahme erforderlich erschien, wie alle seine Kämpfe früher, mit Schärfe und Wucht. Die „Hamburger Nachrichten", ein hervorragendes und charakterfestes Blatt, hatten sich dem entlassenen Kanzler gleich zur Verfügung gestellt, und der Hauptschriftleiter erhielt bei entsprechendem Anlaß in Friedrichsruh seine Weisungen. Allmählich bildete sich die von der Gegenseite so genannte „Bismarck-Fronde", zu der, außer der einschlägigen Presse, auch nationalpolitische parteilose Organisationen und Einzelpersönlichkeiten traten. Entstanden sind damals in der Öffentlichkeit zwei Fronten. Die Front des „Neuen Kurses" war die bei weitem größere und umfaßte, wie gesagt, alle großen Parteien und die Generalanzeiger-Presse. Welchen Tones man sich bediente — von der Sozialdemokratie nicht zu reden —, zeigte das Organ des demokratischen Führers Eugen Richter mit der Redewendung: der frühere Reichskanzler laufe polternd und scheltend hinter dem Reichswagen her! Die Hauptsorge der Parteien, abgesehen vielleicht nur von einem Teil der Reichspartei wie der Nationalliberalen, war, auf jede Weise zu verhindern, daß Bismarck etwa wieder ins Amt kommen könnte, wenn der Kaiser sich vielleicht wieder mit ihm versöhnen sollte. Am Hofe, in der Reichskanzlei, in den preußischen Ministerien, im Auswärtigen Amt zitterte man jahrelang noch vor dieser furchtbaren Gefahr. Ein Teil der ständigen schwülstigen Lobhudelei auf den Kaiser und den neuen Kurs führte sich auf diese Angst, auch in der Presse, zurück.

*

In dieser Verbindung muß eines Ereignisses Erwähnung getan werden, auf dessen Hervorhebung der Leser vielleicht schon gewartet hat: die Erwerbung der in englischem Besitz befindlichen Insel Helgoland für Deutschland; sie erfolgte im Sommer 1890 und wurde als Ruhmestat und glänzender Befähigungsnachweis des neuen Kurses, vor allem Wilhelms II., maßlos gepriesen. Da sehe man doch, welch ein neuer, frischer Zug in die deutsche Außenpolitik hineingekommen sei, und habe auch einen schlagenden Beweis dafür, daß der Kanzler doch eben viel zu alt geworden sei, um noch außenpolitisch aktiv tätig zu sein. In Wirklichkeit hat sich die Helgoland-Angelegenheit folgendermaßen vollzogen:

Nachdem der Bau des Nordostsee-Kanals beschlossen war, mit dem Zweck, eine schnelle Konzentration der deutschen Seestreitkräfte in der Nordsee bzw. der Ostsee zu ermöglichen, waren die militärischen und maritimen Autoritäten sich darüber einig, daß die Insel Helgoland bei ihrer Lage, tief in der Nordseebucht, die Flußmündungen Elbe, Weser und Jade geo-

graphisch-strategisch blockiere. Die Insel hatte England in den Napoleonischen Kriegen geraubt. Der Gedanke eines Krieges zwischen Großbritannien und Deutschland lag so fern, daß niemand in Deutschland mit ihm rechnete.

Man überlegte auch die Möglichkeit, daß, im Falle eines deutsch-französischen Krieges, ein neutrales England unter Umständen ein kriegführendes Frankreich nicht hindern würde, unter dem Schutze der Insel Seestreitkräfte ankern zu lassen. Die Insel lag wie ein Vorposten vor den deutschen Küsten, Flußmündungen und Häfen.

Deshalb begann der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Herbert Bismarck, im Auftrage seines Vaters bereits während der achtziger Jahre die Wiedererwerbung Helgolands für Deutschland ins Auge zu fassen. Um dieselbe Zeit wurde in den Jahren 1885 und 1887 im englischen Unterhaus ein Antrag gestellt: die Insel Helgoland habe weder strategischen noch kommerziellen Wert und nur Kosten verursacht, man möge sie doch an Deutschland abtreten; das würde die bereits bestehenden freundschaftlichen Beziehungen noch enger gestalten. Die großbritannische Regierung erwiderte auf diesen Antrag, sie lege keinen Wert auf den Besitz Helgolands, oder wie sich der Premierminister ausdrückte: „der sentimentalen Insel". Daraufhin wandte sich ein Reichstagsabgeordneter an den Chef der Admiralität, General von Caprivi, den nachmaligen Reichskanzler, der erwiderte: er erkenne die Bedeutung der Insel voll an. Über die Frage eines Erwerbes müsse der Abgeordnete sich mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen. Der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck erwiderte: die Erwerbung Helgolands werde schon lange geplant, und man sei entschlossen, mit der englischen Regierung darüber zu verhandeln, sobald ein Augenblick gekommen sei, man auch einen geeigneten Ausgleichgegenstand zur Verfügung habe. Im damaligen Augenblick würde im englischen Parlament eine starke Opposition dagegen bestehen, und Deutschland wolle nicht die Position des Premierministers, Lord Salisbury, erschweren.

Ende 1889 ergaben sich nun Schwierigkeiten zwischen England und Deutschland in den afrikanischen Kolonialfragen, hauptsächlich hinsichtlich der Insel Sansibar und einiger afrikanischer Festlandsgebiete. In diesen Verhandlungen nahm Deutschland zunächst eine ablehnende Stellung ein. Da warf plötzlich Lord Salisbury die Abtretung der Insel Helgoland in die Debatte, und zwar kurz nachdem Bismarck und sein Sohn entlassen worden waren. Dem Premierminister muß auf geheimen Wegen bekannt geworden sein, daß Wilhelm II. äußerst ungeduldig auf schnelle Erwerbung der Insel drängte und diese damit zu einem wertvollen Verhandlungsobjekt für England und dessen koloniale Ansprüche geworden war. Nun änderte sich das englische Verhalten in den Verhandlungen vollkommen, und Deutschland

bezahlte einen damals unverhältnismäßig hohen Preis an wertvollem Kolonialland. Der berühmte Afrikaforscher Stanley schrieb: für einen Hosenknopf habe man von Deutschland eine ganze Hose erhalten.

„So waren die Vorgänge. Sie zeigen, daß der Gedanke und Plan der Erwerbung Helgolands von Bismarck kam und dieser nur auf die Gelegenheit wartete, die Insel billig zu erhalten. Der Kaiser und seine Leute in ihrem Drang zur Überstürzung zahlten einen sehr hohen Preis, ohne Notwendigkeit. Hauptsächlich aus diesem Grunde mißbilligte Bismarck den Handel. Man kann wohl nicht bezweifeln, daß er einen nicht annähernd so hohen Preis gezahlt und trotzdem die Insel erhalten haben würde. Seine Bezweiflung des militärischen Wertes der Insel dagegen muß man auch für die damalige Zeit als nicht richtig bezeichnen. In den dann folgenden Jahrzehnten, besonders im neuen Jahrhundert, erfuhr der militärische Wert der Insel durch den deutschen Flottenbau und die technischen Fortschritte wie die Entwicklung der Funkentelegraphie, das Unterseeboot und den Beginn der Luftfahrt einen hohen Wertzuwachs. Hierin hatten die maritimen Berater des Kaisers richtig gesehen, wenn sie auch jene Entwicklungen und Fortschritte nicht haben ahnen können. Dazu kam, daß in den achtziger Jahren noch, besonders bei allen militärischen Forderungen an den Reichstag, die Geldfrage eine so, wir müssen sagen: schmachvoll große Rolle spielte, daß Bismarck schon die Kosten einer Befestigung von Helgoland von diesem Gesichtspunkt als einen Grund gegen die Erwerbung später bezeichnete.

Abschließend ist also zu sagen: Der Plan der Erwerbung stammte von Bismarck. Der Preis, den der Kaiser zahlte, war für die damalige Zeit viel zu hoch. Wird dagegen die später große militärische Bedeutung der Insel eingeworfen, so ist zu erwidern, daß selbst dann deshalb der Preis viel zu hoch war, weil man Helgoland viel billiger hätte erhalten können. Ebenso wie Meinungen von Menschen sind auch derartige Handelsgeschäfte nur aus ihrer Zeit heraus zu beurteilen. Niemand weiß, ob in zwanzig Jahren durch die Entwicklung der Verkehrsmittel und der Waffentechnik Helgoland wieder so unwichtig geworden sein wird, daß man über den Handel von 1890 wieder ähnlich urteilen könnte wie damals die „Bismarck-Fronde". Man denke an die Wertschwankungen der Insel Malta. Schließlich, nicht am wenigsten lag dem Kaiser und allen Anhängern des „Neuen Kurses" in hohem Grade daran, einen recht sichtbaren Prestigeerfolg des Kaisers unmittelbar nach Bismarcks Entlassung verzeichnen zu können und als große Tat darzustellen. Das Verhalten der deutschen Bevölkerung zu der Erwerbung der Insel war kühl, während man über den Verlust des von Karl Peters erworbenen Koloniallandes niedergeschlagen und entrüstet war.

*

Ein Jahr nachher zeigte sich die erste sichtbare Folge der Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages in Gestalt des Besuches einer französischen Flotte in Kronstadt. Stehend hörte der Zar die Marseillaise, die Hymne der Revolution, an und telegraphierte an den Präsidenten der Französischen Republik, das Kronstädter Fest sei ein neues Zeichen für die tiefe Sympathie, die die beiden Länder einigte. — Es war der Vorbote des formalen Abschlusses des Zweibundes. Der Kaiser seinerseits hielt eine Rede: wie früher schon müßten deutsche und englische Truppen im Kampfe zusammenstehen. Diese Rede nahm die englische Presse äußerst übel wegen Frankreich, und in Rußland entstand über dieselbe Rede schwere Verstimmung gegen Deutschland wegen des damals sehr gespannten englisch-russischen Verhältnisses, wegen des Vordringens Rußlands in Mittelasien, wodurch England seine indische Grenze bedroht fühlte.

Das dänische Königshaus, gleichermaßen verwandt mit dem russischen und dem englischen, vermittelte geschickt: der nachmalige König Edward beseitigte die gefährliche Spannung, das durch Wilhelm II. Politik isolierte Rußland warf sich der Französischen Republik in die Arme, die russisch-deutschen Beziehungen spannten sich noch schärfer.

Die große politische Wende, infolge der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages, hatte sich in der Hauptsache hiermit vollzogen, um sich nunmehr weiterzuentwickeln. Großbritannien bedurfte, nachdem der Zweck erreicht war, der deutschen Freundschaft nicht mehr, was schon im Jahre 1893 in der englischen Presse mit großer Heftigkeit zum Ausdruck kam. Man hielt dem Deutschen Kaiser u. a. vor, er möge bei seiner Großmutter außenpolitischen Unterricht nehmen und politischen Takt lernen. Als im Jahre 1894 der Reichskanzler von Caprivi — jedoch nicht wegen seiner Außenpolitik — zurückgetreten war, hatten die vier Jahre seiner Amtsführung die Stellung des Deutschen Reiches in der Welt erheblich geschwächt, das deutsche Prestige war in hohem Maße gesunken. Schwerpunkt und Autorität Europas lagen nicht mehr in Berlin, und die Politik Berlins stand nicht mehr im Rufe des Weitblicks, der Entschlossenheit und Zielsicherheit.

Die Klugheit der Londoner Diplomatie hatte Bismarcks Bündnissystem durch ihre Einflußnahme auf den Kaiser zur Auflösung gebracht. Freilich, der Dreibund stand und wurde terminmäßig erneuert, aber auch und gerade für ihn bedeutete das Fehlen Bismarcks eine Entwertung, die nur hätte verhindert werden können durch gleiche Festigkeit und Klarheit und dadurch erworbene Autorität des Deutschen Reiches als Vormacht im Dreibunde mit den beiden Bundesgenossen, die einander haßten und nur durch eine ebenso starke wie geschmeidige Hand zusammengehalten und gleichzeitig gelenkt werden konnten.

Italien, in einen schweren Zollkrieg mit Frankreich verwickelt, erfuhr nicht die nötige politische Stütze in Berlin. England, anstatt Deutschland, vermittelte, und es folgte eine Annäherung zwischen Italien und Frankreich. Schon seit 1893 wuchs in Italien die Stimmung für weitere Annäherung an Frankreich und auch an Rußland. Beide Länder und England trieben mit Erfolg in Rom Intrigen gegen das Deutsche Reich: der Dreibund bestehe nur auf Kosten, nicht zu Nutzen Italiens. In Österreich-Ungarn nutzte die Wiener Diplomatie die Unerfahrenheit und Ungeschicklichkeit der neuen Männer in Berlin geschickt aus, mit jener Arroganz und äußeren Gewandtheit, die sich besonders während der letzten sechs bis sieben Jahre vor dem Weltkriege zu Deutschlands verhängnisvollem Nachteil, von Berlin mit Respekt begrüßt, breitmachen konnte.

Die Besuche und Reden Kaiser Wilhelms in Rom konnten eine unfähige Politik nicht ändern, noch deren Fehler wieder gutmachen, und die sentimentale, beinahe demütige Verehrung, die der Deutsche Kaiser dem Kaiser von Österreich entgegenbrachte, vermochte die Überheblichkeit der Wiener Staatsmänner und Diplomaten nur noch zu steigern. Der Kaiser von Österreich hat sich dem Deutschen Reich gegenüber niemals einen Anspruch auf Dank und Verehrung erworben. Wären 1870 nicht die deutschen Siege so schnell gekommen, so würde er an der Seite Frankreichs in den Krieg noch eingegriffen haben.

Während Bismarck das Bündnis mit Österreich und den Dreibund als eine strategische Stellung bezeichnet hat, die man so lange behalte, wie sie nützlich sei, und im Gegenfalle durch eine andere ersetze, betrachtete Kaiser Wilhelm II. dieses Bündnis als eine sakrale Angelegenheit zwischen den beiden Monarchen. Er hatte sich in diese Betrachtung einer rein politischen Angelegenheit ebenso hineingedacht oder hineingeredet wie in die persönliche, hingebende Verehrung für den Kaiser des buntscheckigen, brüchigen Habsburger Reichs.

*

Mit dem Amtsantritt Caprivis begann jene Politik, die Bismarck die der „wirtschaftlichen Trinkgelder" nannte: der Reichskanzler von Caprivi glaubte, durch Handelsverträge außenpolitische Fehler und Einbußen ausgleichen zu können, mit anderen Worten: durch wirtschaftliches Entgegenkommen, gewissermaßen als Dank, von Österreich, von Italien und besonders auch von Rußland politisches Entgegenkommen zu erhalten. Abgesehen davon, daß diese Rechnung sich als ein naiver, schwerer Fehler erwies, war die Wirkung auf die inneren deutschen Verhältnisse verhängnisvoll.

Diese Wirtschaftpolitik des neuen Reichskanzlers hatte weitgehend den Deutschen Kaiser zum eigentlichen Urheber. Als die Handelsverträge im

Reichstage gegen die Stimmen der Rechten durchgegangen waren, nannte Wilhelm II. das Ergebnis „eine rettende Tat" und machte Caprivi zum Grafen, um zu zeigen, wie hoch er den Erfolg einschätzte.

An sich schon war der Abschluß der neuen Handelsverträge von großer Tragweite: er bedeutete die Abkehr von der Schutzzollpolitik, die Bismarck im Jahre 1879 gegen die Linke und gegen die nationalliberale Mitte durchgesetzt hatte. Die Folge dieser Politik war die innere Erstarkung der Wirtschaft des Reiches, der Industrie, des Handels und der Schutz der Landwirtschaft gegen ausländische Konkurrenz gewesen. Die deutsche Industrie war über die ersten großen Konkurrenzschwierigkeiten hinweggekommen, ebe nsowie die überseeische Schiffahrt und der Schiffbau. Die gesamte Produktion war in sich wesentlich stärker und reicher und leistungsfähiger und damit widerstandsfähiger gegenüber der ausländischen Konkurrenz geworden; eine ergiebigere Quelle nationalen Wohlstandes, nationaler Stärke und Sicherheit. Wirtschaftskräfte hatte Bismarck auf den nationalen Nenner gebracht, auch als stille wirkende Kraft, im Verein mit dem Steigen des Verkehrs, gegen den Partikularismus.

Die Industrialisierung Deutschlands nahm fortwährend zu, die Anforderungen an die Ernährung der Bevölkerung wuchsen mit dieser, die Flucht vom Lande in die großen, hauptsächlich die Industriestädte nahm zu, der Handel wuchs mächtig, ebenso wie alle Verkehrsmittel. Die Zeiten, als die deutsche Landwirtschaft noch ausführte, waren im wesentlichen vorbei. Sie war aber gegen ausländische Konkurrenz geschützt durch die Einfuhrzölle. Durch die Bewilligung der Caprivischen Vorlagen wurden die Zölle so stark herabgesetzt, daß der Schutz nahezu aufhörte. In dem alten Kampfe: Schutzzoll oder Freihandel! hatte der Freihandel gesiegt. Ein großes Erschrecken und eine tiefe Empörung ging durch die Landwirtschaft. Als Folge bildete sich der „Bund der Landwirte" Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Bismarck erregte wieder höchsten Unwillen des Kaisers, als er die Führer des neuen Bundes empfing und ihnen empfahl, Mitglieder für diese lediglich die landwirtschaftlichen Interessen vertretenden Vereinigung, ohne Ansehen der Partei, zu werben. Die deutsche Landwirtschaft ging schnell schweren Zeiten entgegen und kam in immer größere Schwierigkeiten, ihre Produktion sank notwendigerweise und um so mehr, je größer die Mengen waren, die von da ab an Getreide, Futtermitteln und, Fleisch aus dem Auslande kamen.

Es war das erklärte Ziel der politischen Linken und eines Teils der Mitte Deutschland zu einem überwiegenden Industrielande zu machen. Die Linke ging in ihrem politischen Streben viel weiter: sie wollte das ausschließliche Industrie- und Handelsland und ein fortwährendes Schrumpfen der Land-

wirtschaft. Die Gründe für diese Politik waren wirtschaftlich und politisch begründet. Das galt jedenfalls für die Sozialdemokratie, für die Demokratie zu einem Teil und ebenfalls für die große Masse auch des parteipolitisch weniger interessierten Bürgertums. Für dieses bedeutete der Freihandel zudem auch eine „Ideologie", nach der alten englisch-jüdischen Truglehre: Freihandel beseitigt die „trennenden Schranken" zwischen den Nationen und Staaten! So führt der Freihandel zum gegenseitigen Verständnis der Völker untereinander und in weiterer Folge: der ganzen „Menschheit". Die Völker lernen nicht nur einander kennen, sondern gewinnen damit auch gegenseitiges Vertrauen und Freundschaft, und so legt der Freihandel ganz selbsttätig die Grundlagen für einen dauernden Weltfrieden! Gerade der freie Austausch bzw. Kauf und Verkauf von Gütern der Länder untereinander fördert den Wohlstand auf allen Seiten, und die so auf gleicher Grundlage erwachsende Konkurrenz bildet einen edlen, friedlichen, freundlichen Wettstreit um die Förderung der Zivilisation und Kultur. Niemand neidet dem anderen seine Erfolge, vielmehr treiben sie jeden nur zu immer höheren Leistungen an. Schutzzollpolitik dagegen errichtet trennende Schranken zwischen den Nationen, schafft Mißtrauen und Mißstimmung und beseitigt vor allem jenes edle Element der Freiheit und Gleichheit des internationalen Wettbewerbs!

Diese Pseudoideologie war ein verführerisches Zauberlied für eine große Masse deutscher Bürger, auch für den Deutschen Kaiser. Die Stellung Großbritanniens hat Bismarck 1879 in den Kämpfen für seine Schutzzollpolitik kurz und erschöpfend gezeichnet.

„England hat die stärksten Schutzzölle gehabt, bis es unter deren Schutz so erstarkt war, daß es nun als herkulischer Kämpfer heraustrat und jeden herausforderte: Tretet mit mir in die Schranken. Es ist der stärkste Faustkämpfer auf der Arena der Konkurrenz; es wird immer bereit sein, das Recht des Stärkeren im Handel gelten zu lassen. Das Recht des Stärkeren gibt aber der Freihandel, und England ist durch sein Kapital und durch die Lager von Eisen und Kohlen, durch seine Häfen der Stärkste im Freihandelsfaustrecht geworden; aber doch nicht allein durch seine günstige geographische Lage, sondern nur dadurch, daß es so lange, bis seine Industrie vollständig erstarkt war, ganz exorbitante Schutzzölle dem Ausland gegenüber hatte. Nun ist es stark genug und sagt zu den anderen: Nun kommt her, mit uns frei zu streiten; ihr werdet doch nicht so töricht sein, ihr werdet doch euer Geld unseren Produkten opfern. Das zauberische Wort ‚Freiheit' wird als Kampfruf an die englische Überlegenheit geknüpft, und mit dieser Maske werden unsere Freiheitsschwärmer an die Aushungerung und Ausbeutung durch den ausländischen Handel gekirrt."

Eines anderen Faktors erster Ordnung ist man sich in Deutschland erst sehr spät und auch dann zunächst nicht in vollem Umfang bewußt geworden: die führende Rolle, die gerade auch in dieser Frage das Judentum damals schon spielte; nicht anders wie heute:

Für den Juden, in seiner Haupteigenschaft als Händler, Zwischenhändler, Spekulant und Geldverleiher, ist das Geschäft um so besser und vielseitiger, je mehr die Vermittlung des Güterverkehrs an sich für ihn abwirft. Der internationale Jude verdiente mehr an einer Getreidemenge, die aus Argentinien oder auch aus Rußland nach Deutschland verkauft wurde, als wenn die gleiche Getreidemenge auf deutschem Acker wuchs. Ähnlich ging es mit allen Einfuhrprodukten oder Fabrikaten. Schützten aber Zölle den deutschen Getreidebau oder die Produkte deutscher Arbeit gegen das Eindringen ausländischer Konkurrenz, so waren die Zwischengewinne, die dem Zwischenhändler in die Tasche fließen, viel geringer, ebenso wie seine Spekulationsmöglichkeiten. Je größer das jüdische Geschäft, desto mehr wuchs die nationale Gefahr, daß die Wirtschaft eines Volkes die Füße vom heimischen Boden verliert und mit der Zeit immer ausschließlicher zum jüdisch geführten Handelsgeschäft auf internationalem „Boden" wurde. Später, in der Novemberrepublik, hat sich dieser Prozeß in fürchterlicher Anschaulichkeit bis beinahe zum Untergang der deutschen Wirtschaft abgespielt.

*

Wilhelm II. sprach in den neunziger Jahren das an sich richtige Wort: die Welt stehe im Zeichen des Verkehrs, und begeisterte sich in unmittelbarer Folgerung für das Wort: Weltwirtschaft. Er machte aber nicht den Unterschied: daß Deutschland sich zwar selbstverständlich aus der Weltwirtschaft nicht heraushalten dürfe, noch könne, daß aber unter der deutschen Verflechtung in die Weltwirtschaft die deutsche Heimatwirtschaft unter keinen Umständen Schaden haben dürfe. Diese Verkennung mußten die Landwirtschaft und der gewerbliche Mittelstand büßen.

So wurde Caprivis „rettende Tat" zur Ursache einer schweren und langen Krisis der Landwirtschaft und des Mittelstandes. Unvermeidlich wirkte sich diese Krise auch politisch aus: in verzweifelter, verbitterter Stimmung des Landvolks, nicht nur gegen den Reichskanzler, sondern auch gegen den Kaiser. Dieser seinerseits gab wiederholt seinem Zorn in stärksten Worten darüber Ausdruck, daß die Gutsbesitzer und Bauern und die sie vertretenden Politiker die Richtigkeit der kaiserlichen Politik nicht, wie es guten monarchischen Untertanen zukomme, priesen und zufrieden und dankbar die rettende Tat des Kanzlers anerkannten, sondern eine heftige, dauernde Agi-

tation im Lande dagegen trieben. In den parlamentarischen Kämpfen hatte Caprivi gesagt: er sei ein Mann ohne Ar und Halm. Bismarck gab daraufhin für den Bund der Landwirte die Parole aus: Für Ar und Halm!

Demokratie und Liberalismus sangen laut das Lob Wilhelms II. als eines wahrhaft modernen Monarchen und Menschen, der vorurteilslos, offenen Auges und mit höchstem Verständnis genial die Zeichen der Zeit erkannt habe. Freilich sei dieser Schritt zu den Handelsverträgen natürlich nur ein Anfang, und eines Tages müsse der wirtschaftlichen Freiheit auch die politische Freiheit des so lange von Bismarck tyrannisch unterdrückten deutschen Volkes herbeiführen. Jetzt sei dieses doch „politisch reif" genug, um sich selbst zu regieren, zum mindesten allmählich sich zum „parliamentary government" zu entwickeln.

Die Sozialdemokratie wertete mit Recht die Wirkungen der Handelsverträge als großen politischen Erfolg: je mehr das Landvolk verarmte, je häufiger die Konkurse und Versteigerungen ländlicher Anwesen wurden, desto mehr Menschen strömten als entwurzeltes Proletariat der Sozialdemokratie zu; dasselbe galt von der nicht geringen Menge der handwerklichen Betriebe, die bisher durch die Kaufkraft des Landwirts ihre Existenz mehr oder minder selbständig hatten fristen können. Die zurückgehende Kaufkraft des Landwirts machte sich ebenso folgerichtig für die Industrie und den bodenständigen Zwischenhandel zwischen Stadt und Land steigend bemerkbar. Vor allem aber war es das Sinken der landwirtschaftlichen Produktion und die Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Das war die schiefe Ebene der Wirtschaftspolitik des kaiserlichen Kurses; in einem hochkapitalistischen Deutschland, das als Ganzes an Jahreseinnahmen und Volksvermögen ständig und zunehmend wuchs, ebenso wie die durchschnittliche Lebenshaltung.

Auf die persönliche Stellung des Kaisers zum Judentum wird noch zurückzukommen sein. Hier muß hervorgehoben werden, daß die „rettende Tat" Caprivis die Macht und den Reichtum des Judentums in Deutschland, die bereits bis dahin so groß war, stark vergrößert hat. Es ist hinzuzusetzen, daß Wilhelm II. ebenso, wie es damals beinahe ganz allgemein der Fall war, den Juden eben als deutschen Staatsbürger betrachtete, nicht als Juden. Auch Bismarck stand ja auf diesem Boden. Freilich hat er in allen Fragen und Forderungen, die er als schädlich für Volk und Staat ansah, dem Drängen auch des Judentums niemals und in nichts nachgegeben. Daß der Nachfolger Bismarcks auf diesem Gebiet keinerlei besondere Ansicht hatte braucht kaum erwähnt zu werden. Abgesehen von dem General Graf Waldersee, war in diesen Kreisen überhaupt kaum Gegnerschaft und Kenntnis des Judentums zu finden. Der Kaiser war als Prinz dem Judentum gegenüber

theoretisch feindlich gesinnt, wechselte aber diese Ansicht ebenso schnell wie seine Abneigung gegen Dr. Windthorst und das Zentrum.

Die Billigung der Caprivischen Handelsvertragspolitik durch den Reichstag erfolgte mit einer selten großen Mehrheit, nur die Konservativen stimmten dagegen. Das war eine recht einzigartige Rolle für diese Partei, deren politisches Schwergewicht in erster Linie durch preußische Adlige gebildet wurde. Die Partei der echten und kompromißlosen Monarchisten, die einzige, wirklich zuverlässige Stütze der verfassungmäßigen Monarchie, lehnte die „rettende Tat" ab. Die anderen Parteien waren auf der Linken offene und verkappte Republikaner, in der Mitte und auf der „gemäßigtenRechten" Parlamentaristen; sie wollten einen Kaiser, der herrscht, aber nicht regiert. Und diese alle waren des Kaisers Mehrheit! Wilhelm II. war außer sich vor Entrüstung über die Stützen des Thrones.

Der Reichskanzler von Caprivi aber wollte nun ein ganz kluger Staatsmann sein und brachte im Preußischen Landtag die sogenannte Schulvorlage ein, einen Gesetzentwurf, der den konfessionellen Gedanken scharf in den Vordergrund stellte, den evangelischen und katholischen Geistlichen einen stark vermehrten Einfluß gab und jede Vermehrung der konfessionslosen Schulen verbot. Auch dieses entsprach den Gedanken — ja der Anregung des Kaisers. Wilhelm II. glaubte, ebenso wie durch seine häufigen Reden, durch zahlreiche Kirchenbauten in den großen Städten die zunehmende Abwendung der Bevölkerung vom Christentum und von der Religion überhaupt durch die Konfessionsschule und Vermehrung des geistlichen Einflusses in ihr begegnen zu können, in voller Verkennung der wirklichen Lage.

Sobald dieser Gesetzentwurf bekannt wurde, begegnete er, abgesehen vom rechten konservativen Flügel und dem Zentrum, allseitigem Widerspruch und großer Erregung in der Bevölkerung, sogar innerhalb des preußischen Ministeriums selbst. Diese Bewegung, ausnahmsweise war es eine wirkliche Bewegung, beschränkte sich nicht auf die Presse; auch die meisten Universitäten erhoben Einspruch, in allen Städten gingen Protestlisten um: gegen das Schulgesetz! Und da begab sich ein Fall, der sich während der ganzen kommenden Regierungszeit des Kaisers als typsich erwies: der Kaiser erschrak vor diesen Meinungsäußerungen und benutzte eine Gelegenheit, den noch eben vorher in hoher Gnade stehenden preußischen Kultusminister so unliebenswürdig anzureden, daß dieser sofort seinen Rücktritt nahm; er war ein charaktervoller Mann. Das „Schulgesetz" verschwand in der Versenkung.

Es war gut, daß das Schulgesetz zurückgezogen wurde, weil seine Vorlage ein schwerer Fehler war. Die eigentliche, die fortwirkende Bedeutung des

Vorgangs lag aber darin, daß derselbe Monarch, der sich nicht genug tun konnte in der Verkündung: Einer nur sei Herr im Lande, und das sei er!, gegen seine eigene Überzeugung, vor dem großen Papiersturm zurückwich und denjenigen Minister als den Frevler erscheinen ließ, der seine, des Kaisers, und des Kanzlers Vorlage eingebracht hatte.

Der Kaiser war enttäuscht: eben hatte er geglaubt, durch die große Mehrheit, die der „rettenden Tat" Caprivis zur Gesetzeskraft verhalf, einen von ihm immer schon ersehnten Gipfel der ersehnten „Popularität" erstiegen zu haben, da wurde ihm diese Hoffnung wieder zertrümmert durch den Widerstand derjenigen Parteien gegen das Volksschulgesetz, die ihm so brav die Handelsverträge bewilligt hatten, aber in demselben Augenblick traf sein königlicher Zorn den unschuldigen und persönlich hochstehenden Minister. Eine traurige Sache! Wäre das Volksschulgesetz durchgegangen, so hätte der Kaiser vielleicht Caprivi zum Fürsten erhoben. Wieder hatte sich das Wort Bismarcks verwirklicht: in seinen Gesprächen mit dem Kaiser über ein rechtzeitiges Vorgehen gegen die Sozialdemokratie habe er, Bismarck, den Kaiser für kampflustiger gehalten, als er sei. Andererseits hatten aber der Kaiser und sein Kanzler mit der Zurückziehung des Schulgesetzentwurfs die Konservativen und das Zentrum vor den Kopf gestoßen.

*

Nach seinem Wort: Mein Gewissen zielt auf mich wie mit einer Pistole! hatte Bismarck unbeirrbar sein Recht der sachlichen Kritik an der Politik des deutschen Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten geübt, mit dem Recht auch einer gründlichen Sachkenntnis und Erfahrung und unerreichter Erfolge. Nichts konnte den Kaiser mehr erbosen als diese sachlich autoritative Kritik, die Bismarck übrigens niemals auf die kaiserliche Person ausdehnte, sondern auf Reichskanzler und Minister beschränkte. Wilhelm II. mochte sich erinnern, wie er schon in der Krisenzeit allen, die es hören wollten, erklärte: sobald er Bismarck losgeworden sei, werde er selbst regieren, und wie er Caprivi ermutigt hatte: er möge nur ruhig sein Amt übernehmen: „Sie kochen alle mit Wasser, die Verantwortung übernehme Ich selbst." Auch den Rückschauenden überfällt es mit starkem Eindruck, zusehen, was schon während jener zwei bis drei Jahre nach Bismarcks Entlassung in der auswärtigen wie in der inneren Politik gefehlt und gesündigt worden war. Und nun saß noch dazu der Alte in Friedrichsruh und wollte weder schweigen noch sterben! Da begab sich folgendes:

Im Jahre 1892 verheiratete sich der älteste Sohn Bismarcks mit der ungarischen Gräfin Hoyos. Die Hochzeit sollte in Wien stattfinden, natürlich in

Anwesenheit des Fürsten Bismarck. Ebenso selbstverständlich war, daß der Fürst beim Kaiser Franz Joseph eine Audienz erbitten und erhalten werde. Bei diesem Gedanken gerieten der Kaiser und sein Reichskanzler in so große Erregung, daß sie jeder einen — wie man damals mit Recht sagte — Uriasbrief schrieben; Caprivi an den deutschen Botschafter zu Wien, unter Betonung der Weisung des Kaisers: keine der Personen der Botschaft dürfe einer Einladung zur Bismarckschen Hochzeit Folge leisten. Der Kaiser schrieb persönlich an Franz Joseph: er möge Bismarck unter keinen Umständen empfangen, denn dieser habe sein Unrecht ihm, Kaiser Wilhelm, gegenüber nicht eingestanden, ihn nicht um Verzeihung gebeten.

So wurde es. Der Schöpfer des Deutschen Reiches sah sich, wie er bei einer anderen Gelegenheit sich ausdrückte, wie ein gefährlicher Krankheitsherd durch einen Pestkordon von der menschlichen Gesellschaft isoliert. Kaiser und Kanzler veröffentlichten jenes den Fürsten Bismarck diffamierende Schreiben an die Deutsche Botschaft in Wien. Das erregte großes Aufsehen und ließ den Kampf um Bismarck und den Kaiser wieder in aller Schärfe aufflammen. Im Bismarckschen Organ, den „Hamburger Nachrichten", ließ der Fürst schreiben: „Wir sind der Ansicht, daß die Kontrolle privater Geselligkeit im Auslande und die Einwirkung auf private Diner-Einladungen nicht zu den Aufgaben gehören, zu deren Lösung hochgestellte Staatsmänner berufen und Botschaftergehalte bewilligt werden. Wir glauben nicht, daß die auswärtigen Akten einer anderen Großmacht, wenn sie veröffentlicht würden, ein Gegenstück dieses deutschen Vorgangs aufzuweisen hätten."

Das waren in der Form sehr maßvolle, in der Sache sehr scharfe Worte angesichts der unwürdigen Aktion des Kaisers und Caprivis. Die linke Presse und das Zentrum jubelten den Uriasbriefen zu.

Bismarck war es unmöglich, hierzu zu schweigen. Er handelte nach der Antwort, die er in den Jahren nach seiner Entlassung seinem langjährigen Mitarbeiter und Vertrauten, Lothar Bucher, auf dessen Bitte gegeben hatte, sich doch mehr zurückzuhalten: „Mein lieber Bucher, das verstehen Sie nicht: wenn mich einer haut, so haue ich wieder!"

Auf seiner Fahrt nach Wien fanden, eben nach Veröffentlichung jenes Erlasses, in allen Städten, die er in Deutschland berührte, begeisterte wie empörte nationale Kundgebungen statt, und in verschiedenen hielt er Reden. Die ausdrucksvollste von diesen, auf dem Marktplatz in Jena, hat geschichtlichen Wert. Ihre Hauptsätze waren die folgenden:

„Ich habe als Reichskanzler nach meinem Gewissen gehandelt, bin auch fest entschlossen, als Privatmann nach meinem Gewissen und nach meinem Pflichtgefühl zu handeln, was auch immer die Folgen für mich sein könnten. Die sind mir völlig gleichgültig. Ich bin eingeschworen auf eine weltliche

Leitung eines evangelischen Kaisertums, und dem hänge ich treu an. Und wenn man mir in jedem Falle, wo ich nach meiner fünfzigjährigen Erfahrung in der Politik glaube, daß die Ratgeber meines Monarchen besser andere Wege einschlagen würden, den Vorwurf macht, ich treibe antimonarchische Politik, so möchte ich doch einmal auf unsere bestehende Verfassung aufmerksam machen, nach welcher die Verantwortung für alle Regierungsmaßregeln nicht bei dem Monarchen, sondern bei dem Reichskanzler und den Ministern ruht.

Ich möchte außerdem darauf aufmerksam machen, daß diese Auffassung — ich will nicht sagen, eine altgermanische, aber — eine uns in Fleisch und Blut liegende, lange ehe wir Verfassungen hatten, gewesen ist. Ich will Sie nur an ein Beispiel aus den Werken des großen Geistes, dessen Manen uns hier auf dieser Stätte umschweben, erinnern. Goethe stellt uns in seinem ‚Götz von Berlichingen' einen kaisertreuen Ritter dar, der für seinen Kaiser eine solche Verehrung und Anhänglichkeit hat, daß er einen kaiserlichen Rat mit den Worten bedrohte: ‚Trügest du nicht das Ebenbild des Kaisers, das ich in dem besudeltsten Konterfei verehre!' — Dieser Ritter trug keine Bedenken, als ihn der Hauptmann zur Übergabe aufforderte, diesem eine scharfe Kritik aus dem Fenster entgegenzurufen. Es zeigt das klar, daß Götz von Berlichingen und Goethe beide Sachen nicht zusammengeworfen und identifiziert haben. Man kann ein treuer Anhänger seiner Dynastie, des Königs und des Kaisers sein, ohne von der Weisheit der Maßregeln seiner Kommissare — wie es im ‚Götz' heißt — überzeugt zu sein. Ich bin letzteres nicht und werde damit auch nicht zurückhalten." —

Die Stärke Bismarcks und seiner Kampfweise war nicht allein die ragende Überlegenheit, die strenge Sachlichkeit, sondern der Eindruck der gewaltigen Persönlichkeit. Er verfiel dabei nie in einen persönlichen Ton, weder dem Kaiser noch dem Kanzler und Ministern gegenüber. Das war es, was den Kaiser mit immer tieferer Erbitterung und mit immer größerem Haß gegen Bismarck erfüllte: das Gefühl, daß alle seine Reden, Verkündungen, Versprechungen und Selbstanpreisungen Bismarck als politische Autorität weder überwinden noch übertäuben konnten. Während beim Kaiser immer sichtbarer der umgekehrte Spruch des Generalstabes zum Ausdruck kam: Mehr scheinen als sein!

*

Bemühungen nicht weniger Persönlichkeiten, eine „Versöhnung" zwischen Kaiser und Kanzler herzustellen, schlugen fehl, weil Bismarck den Standpunkt vertrat, er habe sich lediglich gegen die kaiserlichen Beamten gewandt. Andererseits meinte er: „Ich kann die Achtung aller Menschen entbehren, nur meine eigene nicht!"

Wilhelm II. legte man nahe — sowohl der Großherzog von Baden wie Prinz Albrecht von Hohenzollern —, er möge bedenken: wenn Bismarck etwa plötzlich sterben sollte, unversöhnt mit dem Kaiser, so würde das deutsche Volk das niemals vergessen, es ihm, dem Kaiser, immer nachtragen. Der Kaiser dagegen verlangte, Bismarck müsse ihm „Abbitte leisten". So blieben die Dinge, wie sie waren, bis schließlich der Kaiser plötzlich eine unerwartete Hilfe erhielt durch schwere Erkrankung Bismarcks. Der Augenblick für Wilhelm II. war gekommen, er sandte Bismarck eine Depesche mit guten Wünschen und bot ihm für seine Wiederherstellung Aufenthalt auf einem seiner Schlösser an. Bismarck lehnte ab und dankte für das Anerbieten. Anfang des folgenden Jahres, 1894, schickte der Kaiser ihm durch einen Flügeladjutanten eine Flasche alten Wein. Bismarck antwortete, er werde sich persönlich bedanken, und zwar in Berlin. Für Kennzeichnung der Geschmacklosigkeit dieses „Geschenkes" genügt die Erwähnung.

Am Tage vor dem Geburtstag des Kaisers kam Bismarck nach Berlin und wurde vom Kaiser empfangen, von Politik wurde nicht gesprochen; er zeigte sich aber mit dem alten Kanzler auf der Straße und umarmte ihn. Am nächsten Tage schrieb Fürst Hohenlohe nach einer Unterhaltung mit dem Kaiser in sein Tagebuch: „Wir kamen auf den gestrigen Besuch Bismarcks zu sprechen und die günstigen Folgen, die derselbe auf den Kaiser haben werde. Ja, sagte der Kaiser, jetzt können sie ihm Ehrenpforten in Wien und München bauen, ich bin ihm immer eine Pferdelänge voraus. Wenn jetzt die Presse wieder schimpft, so setzt sie sich und Bismarck ins Unrecht!"

Es handelte sich also keineswegs um eine „Versöhnung", sondern von seiten des Kaisers um eine kühle, nicht sehr würdige Aktion seiner persönlich-politischen Taktik, die mit der kaiserlichen Depesche während Bismarcks Krankheit aus denselben Motiven begonnen hatte. „Das Volk" sollte hinters Licht geführt werden, der Kaiser wollte als ein Mann erscheinen, der er nicht war. Man hat seinerzeit darüber gestritten, weshalb Bismarck damals nach Berlin gegangen sei, da er doch nicht im Zweifel habe sein können, daß der Kaiser ihn, den Fürsten, zu irgendeiner Beeinflussung der deutschen Politik nicht wieder heranziehen werde. Trotzdem erscheint es als die einzige Erklärung für den Besuch in Berlin, denn Bismarck war, schon angesichts seines Alters, keineswegs zu einem solchen Akt der Höflichkeit verpflichtet, nur weil der Kaiser ihm die Depesche gesandt und durch einen Generaladjutanten eine Flasche Wein hatte überbringen lassen. Bismarck seinerseits dürfte, wie er seit langem gewohnt war, wie jeden Vorgang so auch diesen nur politisch gesehen und gewertet haben. Es bleibt mithin die Schlußfolgerung übrig, daß er im stillen doch noch für möglich gehalten

und gehofft hat, der Kaiser werde ihn während seiner letzten Lebensjahre gelegentlich als politischen Berater zuziehen. Daß Fürst Bismarck um der öffentlichen Stimmung willen eine theaterhafte Versöhnungskundgebung mit seiner Reise beabsichtigt habe, um der Öffentlichkeit einen Anschein zu geben, der der Wirklichkeit nicht entsprach, sieht diesem Manne nicht gerade ähnlich, das haben auch die letzten Jahre seines Lebens überdies bewiesen.

Der politische und unpolitische patriotische Spießbürger jener Zeit und die gesamte Byzantinerpresse freilich jubelten darüber, daß der frühere Kanzler die „hochherzige" Initiative des Kaisers mit gleicher Hochherzigkeit erwidert habe, und daß die beiden großen Männer nunmehr wieder „Schulter an Schulter im Dienste des Vaterlandes ständen". Es war ein damals in Deutschland weitverbreitetes Lebensbedürfnis, unter und hinter dem „Glanze" unangenehme Wirklichkeiten nicht sehen zu wollen. So stand es hier und, „in diesem gleichen Bedürfnis", hieß es befriedigt in der Presse: es sei doch nun nicht in Abrede zu stellen, daß Bismarck mit seinem Besuch in Berlin manche bittere Kritik stillschweigend zurücknähme, die er während der letztvergangenen Jahre an der Politik des „Neuen Kurses" geübt habe. Diese Annahme sollte sich allerdings sehr bald als irrig erweisen, ebenso die Hoffnung des Kaisers, daß Bismarck dem Treiben des deutschen Reichsschiffs auf dem ihm gewiesenen „Neuen Kurse" kritiklos zusehen werde.

Vorläufig freilich blieb es still, und Bismarcks achtzigster Geburtstag, 1895, gab dem Kaiser neue Gelegenheit, den Schein aufrechtzuerhalten.

Die Mehrheit des Deutschen Reichstags versagte sich selbstverständlich der selbstverständlichen vaterländischen Pflicht, dem Schöpfer des Reiches und des Reichstages seinen Glückwunsch auszusprechen. Die Sozialdemokratie, ein Teil der Demokratie, das Zentrum, die polnischen und die dänischen Reichstagsabgeordneten stimmten mit Nein und bildeten die überwiegende Mehrheit. Der konservative Reichstagspräsident legte daraufhin sein Präsidium nieder. Der Kaiser ergriff die Gelegenheit und sprach telegraphisch dem Fürsten „den Ausdruck tiefster Entrüstung" über den eben gefaßten Beschluß des Reichstags aus: „Derselbe steht in vollstem Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker."

Durch einen großen Teil der Presse ging ein sogenannter Sturm der Entrüstung, obgleich, näher angesehen, das Verhalten der Reichstagsmehrheit lediglich folgerichtig war und die tatsächliche Lage richtig bezeichnete. Jene Parteien hatten sich während der gesamten Amtszeit Bismarcks ohne Ausnahme als Reichsfeinde betätigt; sie waren es auch von Grund aus. Sie hatten immer alles getan und versucht, um Bismarcks Arbeit zu sabotieren, ihn womöglich aus dem Amt zu drängen. Seine Entlassung durch den Kaiser hatte für diese Parteien eine Befreiung und eine neue große Zukunftshoff-

nung bedeutet, und nun sollten sie ihm ihre Verehrung zu seinem achtzigsten Geburtstag bezeigen? Für Bismarck persönlich bedeutete die Weigerung sicher keine Kränkung. Er hatte während der Amtszeit und dann in seinen „Gedanken und Erinnerungen" dem Reichstage oft und deutlich genug seine uneingeschränkte Verachtung ausgesprochen: „Get you home, you fragments!" zitiert er in den „Gedanken und Erinnerungen" aus Shakespeares „Coriolan" („Schert euch nach Hause, ihr Klamotten!"). Bitterkeit mochte ihn höchstens darüber ankommen, daß es ihm nicht mehr gelungen war, das geltende Wahlrecht noch in letzter Stunde zu beseitigen.

Zu dem Geburtstage kam der Kaiser mit großem Gefolge nach Friedrichsruh, ließ eine Ehrenkompanie vor dem Fürsten paradieren, schenkte dem Greis ein Schwert mit schönen Inschriften und hielt eine Rede auf die „militärischen" Verdienste Bismarcks. Dieser beschränkte sich auf einen kurzen Dank, ebenfalls in militärischem Ton. Über Politik vermied der Kaiser wieder jedes Wort. Ihm lag nur daran, vor der Öffentlichkeit die taktische Komödie der „Ausgesöhntheit und Hochherzigkeit" weiterzuspielen.

*

So schienen die letzten Jahre des alten Kanzlers keine neuen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Kaiser mehr bringen zu sollen, da ereignete sich folgendes:

Im Jahre 1896 wurde der Bündnisabschluß zwischen Frankreich und Rußland gelegentlich eines russischen Flottenbesuches in französischen Häfen als vollzogene Tatsache veröffentlicht, nachdem die Unterzeichnung im März 1894 mit Mühe die Billigung des Zaren erhalten hatte, der sehr lange gezögert und gezaudert hatte, mit dem republikanischen Frankreich einen Bündnisvertrag abzuschließen.

Wir hatten die nach der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit wachsender Schnelligkeit immer enger werdenden Beziehungen zwischen den beiden Mächten festgestellt. Eben damals erreichte Caprivi, unter dem stolzen Beifall des Kaisers, daß der für die deutsche Wirtschaft schädliche deutsch-russische Handelsvertrag bewilligt wurde. Dem Kaiser erschien dieser sein „Erfolg" als ein Sieg über Bismarcks Rußland-Politik.

Zu Anfang des gleichen Jahres, 1893, erklärte Caprivi, es sei unrichtig, wenn man sich, um „augenblicklicher Vorteile", Rußland wieder anzunähern versuche. Die russisch-französische Annäherung sei ein Vorgang, den man nicht habe hindern können; überdies habe diese Annäherung einen Zustand geschaffen, der wegen der Friedensliebe des Zaren nichts Bedrohliches für Deutschland in sich schließe.

Gleichwohl brachte dasselbe Jahr eine, freilich geringe, Heeresvorlage, die für alle Fälle, also einen Zwei-Fronten-Krieg, die deutsche Wehrstärke etwas erhöhen sollte. Dem Reichskanzler ist anscheinend nicht zum Bewußtsein gekommen, daß Rußland mit zwingender Notwendigkeit an Frankreich herangezwungen worden war, weil es, seit 1890, isoliert dastand.

In Frankreich gab man sich, und ebenso in Rußland, einer hemmungslosen Triumphstimmung hin: war doch hiermit endlich das große Ziel erreicht worden und wurde, was ebenfalls schwer ins Gewicht fiel, der Weltöffentlichkeit kundgegeben, daß Frankreich nicht mehr allein stand, sondern ein festes Bündnis, und zwar ein Schutz- und Trutzbündnis, mit dem mächtigen russischen Reiche geschlossen hatte.

Es konnte nicht fehlen, daß die Stimmung in Deutschland durch dieses Ereignis und nicht zum wenigsten durch dessen triumphierende Veröffentlichung recht bedrückt wurde. Die Gegner des „Neuen Kurses" legten in der Presse und in Versammlungen diesem zur Last, daß die alte Freundschaft mit Rußland, nach Bismarcks Entlassung, nicht mehr mit dem erforderlichen Geschick und der nötigen Sorgfalt politisch gepflegt worden sei. Die Presse des „Neuen Kurses" erklärte darauf moralisch entrüstet: diese Auffassung sei ganz unrichtig und augenscheinlich nur aus Haß gegen den Kaiser und seine Berater entstanden. In Wirklichkeit habe gerade die Politik des Fürsten Bismarck, besonders seine Haltung auf dem Berliner Kongreß, die russisch-französische Annäherung veranlaßt. Diese sei schon 1890 in unaufhaltsamer Entwicklung gewesen. Wenn also eine Schuld oder ein Versagen der deutschen Außenpolitik in Frage komme, so falle diese auf die Politik des Fürsten Bismarck, nicht aber auf den Neuen Kurs.

In diese immer heftiger werdenden öffentlichen Meinungsstreite hinein platzte im Herbst 1896 ein vom Fürsten Bismarck veranlaßter Artikel der „Hamburger Nachrichten":

„Bis zum Jahre 1890 waren beide Reiche (Deutschland und Rußland) in vollem Einverständnis darüber, daß, wenn eines von ihnen angegriffen würde, das andere wohlwollend neutral bleiben solle. Dieses Einverständnis ist, nach dem Ausscheiden Bismarcks, nicht erneuert worden. Und wenn wir über die Vorgänge in Berlin richtig unterrichtet sind, so war es nicht etwa Rußland, in Verstimmung über den Kanzlerwechsel, sondern Caprivi war es, der die Fortsetzung jener gegenseitigen Assekuranz ablehnte, während Rußland dazu bereit war. Wenn man dazu die gleichzeitige polonisierende Ära, die durch die Namen Stablewski und Koscielski gekennzeichnet ist, politisch in Anschlag bringt, so wird man nicht zweifelhaft sein können, daß die russische Regierung sich fragen mußte, welche Ziele kann dieser preu-

ßische Polonismus haben, der mit den Traditionen Kaiser Wilhelms I. so flagrant in Widerspruch steht ..."

So entstanden Kronstadt (der erwähnte französische Flottenbesuch) mit der Marseillaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarentum und der Französischen Republik, unserer Ansicht nach ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt. Dieselbe hat Rußland genötigt, die Assekuranz, die ein vorsichtiger Politiker in den großmächtlichen Beziehungen Europas gern nimmt, in Frankreich zu suchen."

Diese Enthüllung hatte ein ungeheures Aufsehen, in Deutschland nicht nur, sondern in der ganzen Welt, zur Folge. Das amtliche Mitteilungsblatt der Reichsregierung, der „Reichsanzeiger", schrieb:

„Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Regierung nicht, wie vielfach gewünscht wird, das Wort zu den ‚Enthüllungen' der ‚Hamburger Nachrichten' zur Sache ergreifen wird. Diplomatische Vorgänge der von den ‚Hamburger Nachrichten' erwähnten Art gehören ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen: sie gewissenhaft zu wahren, beruht auf einer internationalen Pflicht, deren Verletzung eine Schädigung wichtiger Staatsinteressen bedingen würde. Die Kaiserliche Regierung muß daher auf jede Klarstellung verzichten, sie wird jenen Auslassungen gegenüber weder Falsches berichtigen noch Unvollständiges ergänzen, in der Überzeugung, daß die Zuversicht in die Aufrichtigkeit und die Vertragstreue bei anderen Mächten zu fest begründet ist, als daß sie durch derartige Enthüllungen erschüttert werden könnte."

Manchem mag es vielleicht unnötig erscheinen, wenn auf solche Streite und Streitgegenstände einer längst vergangenen Zeit und einer versunkenen politischen Ära des Deutschen Reiches eingegangen wird. Tun wir es gleichwohl, so geschieht es, um die unwürdige, unsachliche Haltung der Regierung, auch des Kaisers, in seinem Streben nach „populärem Absolutismus" und auch des geaamten Offiziösentums an einem flagranten Beispiel darzutun: die Erklärung der Reichsregierung warf den „Hamburger Nachrichten", also Bismarck, vor: Verrat „strengster Staatsgeheimnisse", den Versuch, „die Zuversicht in die Aufrichtigkeit und die Vertragstreue der deutschen Politik zu erschüttern", und schließlich: die Angaben der „Hamburger Nachrichten" enthielten Unwahrheiten und wesentliche Lücken.

Hierzu antworteten die „Hamburger Nachrichten": Unvollständiges würde nur dann ergänzt werden können, wenn man den vollständigen Text jenes Vertrages veröffentlichte, „Falsches aber ist in unseren Anführungen überhaupt nicht enthalten". Die „Hamburger Nachrichten" hätten das Recht, eine Berichtigung auf Grund des Pressegesetzes zu verlangen. Zu den anderen Punkten: Jene russisch-deutschen Verhandlungen gehörten der Ge-

schichte an, ihre Geheimhaltung sei von Deutschland gar nicht gewünscht gewesen, sondern auf Rußlands Wunsch erfolgt. Im deutschen Interesse hätte volle Veröffentlichung gelegen. Ganz aus der Luft gegriffen sei die Behauptung, daß jener abgelaufene Vertrag mit der Dreibundtreue Deutschlands nicht vereinbar sei. Den gleichen Vertrag hätte Rußland auch mit jeder der beiden anderen Dreibundmächte schließen können. Wir fügen hinzu:

Diese offiziellen Anklagen und Beschuldigungen bewiesen in der Hauptsache zwei Dinge: einmal die Kopflosigkeit und betroffene Verwirrung der Regierung gegenüber der Enthüllung eines verhängnisvoll schweren, leichtfertig begangenen politischen Fehlers, der sich weder leugnen noch rechtfertigen ließ; zweitens: die Schamlosigkeit, den Schöpfer des Reichs als Landesverräter und Lügner hinzustellen. Recht hatte die Schweizer „Neue Züricher Zeitung" mit den zwei kurzen Sätzen: „In der Tat, Fürst Bismarck kannte kein anderes Interesse als das deutsche. Der Neutralitätsvertrag mit Rußland beweist nur die ungeheure Sorgfalt, die Bismarck an den Tag legte, um Deutschland nach allen Seiten zu sichern."

Einem deutschen Zeitungsmann antwortete Bismarck damals auf eine Frage: „Sie überschätzen meine politische Leidenschaft. Ich habe ja auch ebensowenig Verantwortlichkeit wie Einfluß, und ich erlebe auch schwerlich die Folgen dessen, was jetzt geschieht und unterbleibt. Aber ich bedaure doch, daß, nachdem wir dreißig Jahre im Aufschwung gewesen sind, jetzt die Sache rückwärts geht. Ich erlebe ja das Ende nicht, aber für meine Söhne tut es mir leid. Nun, sie mögen sehen, wie sie fertig werden."

Die Überzeugung, daß das „Ende" unter diesem Kaiser und durch ihn unabwendbar kommen werde, hat Bismarck, nachdem er den Kaiser durchschaut hatte, nicht mehr verlassen. Seine Sachlichkeit in der Beurteilung der damaligen aktuellen auswärtigen Politik bewies Bismarck gleichwohl gelegentlich der berühmten Krüger-Depesche Kaiser Wilhelms, von deren Zusammenhängen an anderer Stelle die Rede ist. Die „Hamburger Nachrichten" schrieben: Es sei eigentlich Sache der großbritannischen Regierung gewesen, jenen Überrumpelungsstreit des Dr. Jameson gegen die südafrikanischen Burenrepubliken so zu beurteilen, wie der Kaiser es getan habe. Daß Bismarck jene deutsche Einmischung nicht für einen Gipfel staatsmännischer Kunst hielt, ist selbstverständlich.

Offen abfällig, jedenfalls mit äußerstem Skeptizismus, beurteilte Fürst Bismarck die deutsche Besitznahme von Kiautschou. Der alte Staatsmann erkannte sofort den Kernpunkt: Diese Erwerbung werde eine schwere Belastung Deutschlands im Fernen Osten bilden. Ebenso hatte er die japanfeindliche Beteiligung des Deutschen Reiches, zusammen mit Frankreich und Rußland, gegen den japanisch-chinesischen Friedensvertrag von Schi-

monoseki, 1895, gemißbilligt: es sei keinerlei vertretbarer Grund für die deutsche Politik gewesen, sich mit Japan anzulegen. Auch diese Sorge Bismarcks ist durch die Geschichte bestätigt worden: Als im Weltkriege die Japaner ihre Flagge auf den Trümmern der Festung Tsingtau geheißt hatten, riefen sie und schrieben ihre Zeitungen: „Das ist die Rache für Schimonoseki!"

In der begründeten Erwartung, daß es mit Bismarcks Leben nicht mehr lange währen könne, legte der Kaiser in den allerletzten Jahren Wert darauf, der Öffentlichkeit den Anschein zu geben, als ob eine tatsächliche Versöhnung eingetreten sei, außerdem versuchte er, Bismarck für seine Flottenpläne zu benutzen.

*

Mit dem Jahre 1897 war Admiral Tirpitz Staatssekretär des Reichsmarineamtes geworden, hatte dem Kaiser einen organischen Plan zum Aufbau einer Flotte vorgelegt. Eine von Tirpitz geschickt geleitete Propaganda für die Notwendigkeit der Entwicklung der deutschen Seemacht durchdrang das ganze Land. Tirpitz fuhr mit Genehmigung des Kaisers nach Friedrichsruh und erhielt schließlich vom Fürsten die Erklärung, daß er für die Flottenvorlage stimmen würde, wenn er auch sonst in manchen Dingen anderer Meinung zu sein schien. Damit hatte der Admiral auch die Zustimmung der ganzen „Bismarck-Presse" und somit eine wesentliche Unterstützung erhalten.

Zum Schluß dieses Besuches bat er den Admiral, dem Kaiser zu sagen: er wünsche nichts anderes, als allein gelassen zu werden und in Frieden zu sterben. Seine Aufgabe sei getan, es gäbe für ihn keine Zukunft und keine Hoffnungen mehr.

Noch ein letztes Mal kam Tirpitz in Begleitung des Kaisers, unmittelbar nach einer plötzlichen Ansage, nach dem Abschied von dem nach Tsingtau gehenden Prinzen Heinrich. Admiral Tirpitz schreibt in seinen „Erinnerungen" u. a. die folgenden Sätze:

„Wir gingen gleich zu Tisch, Bismarck setzte sich mit fremder Unterstützung, war aber, nachdem er saß, wieder ganz frisch. Ich hatte den Platz schräg gegenüber dem Fürsten, neben dem der Kaiser saß, zu meiner Seite der spätere Generaloberst von Moltke. Der Fürst versuchte, politische Gespräche anzustimmen, über unser Verhältnis zu Frankreich usw. Zu meinem größten Bedauern ging der Kaiser auf diese Gespräche nicht ein, sondern es wurde die an der kaiserlichen Tafel häufige Anekdötchen-Unterhaltung geführt. Immer, wenn Bismarck von Politik anfing, vermied es der Kaiser, darauf zu achten. Moltke flüsterte mir zu: ‚Es ist furchtbar'; wir fühlten den

Mangel an Ehrfurcht vor einem solchen Manne. Da sprach Bismarck, aus irgendeinem Zusammenhange heraus, ein Wort, das sich uns in seiner prophetischen Schwere eingrub: ‚Majestät, solange Sie dies Offizierkorps haben, können Sie sich freilich alles erlauben; sollte das nicht mehr der Fall sein, so ist es ganz anders.' An der scheinbaren Nonchalance, mit der das herauskam, als ob nichts darin läge, zeigte sich eine großartige Geistesgegenwart; daran konnte man den Meister erkennen."

Bismarck starb im Sommer 1898 — der Kaiser befand sich gerade auf seiner jährlichen Nordlandfahrt an Bord der „Hohenzollern". Da Bismarcks Befinden schon vorher zu Besorgnissen Anlaß gegeben hatte, so hatte der Kaiser verlangt, laufend über das Befinden unterrichtet zu werden, weil er sich vorgesetzt hatte, wegen des Eindrucks in der Öffentlichkeit beim Sterben des Fürsten zugegen zu sein.

Die Familie Bismarck wollte es nicht zu einer solchen „hochherzigen" Bühnenszene kommen lassen und veröffentlichte, kurz vor dem Tode des Fürsten, Nachrichten, die auf eine leichte Besserung des Befindens lauteten. So erhielt der Kaiser erst die Nachricht vom erfolgten Tode Bismarcks.

Die Berichte, besonders des den Kaiser begleitenden Fürsten Eulenburg, zeigen die große Erleichterung: „Gott sei Lob, der den alten Kanzler zu einer rechten Stunde abrief." — Der Kaiser telegraphierte an den Fürsten Herbert von seinem tiefen Schmerz: „Teilnehmend an dem Schmerz, der Sie alle um den teueren (!) großen Toten erfaßt, beklage Ich den Verlust von Deutschlands großem Sohne, dessen treue Mitarbeit an dem Werke der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihm die Freundschaft Meines in Gott ruhenden Großvaters, des Großen Kaisers Majestät, fürs Leben erwarb, und den unauslöschlichen Dank des ganzen deutschen Volks für alle Zeiten. Ich werde seiner Hülle in Berlin im Dom an der Seite Meiner Vorfahren die letzte Stätte bereiten." — Fürst Herbert Bismarck dankte und teilte dem Kaiser mit, sein Wunsch wegen der Beisetzung könne nicht erfüllt werden, da der verstorbene Fürst bereits vorher letztwillige Anordnungen über sein Begräbnis getroffen habe. Auch dieser Bühnenakt war glücklich vereitelt worden!

Wie Eulenburg in seinem Tagebuch schreibt, war Wilhelm II. in sehr schlechter Stimmung: „Wenn dem Armen ganz schlecht zu Mut ist, so bleibt er, wenn irgend möglich, allein mit mir." — Dem Kaiser war es begreiflicherweise ein Strich durch seine Rechnung, daß die Familie Bismarck einen Trauerauftritt am Bett des sterbenden Bismarck vorausgesehen und verhindert hatte. In Kiel mit dem Kaiser angekommen, trifft er Bülow, „mit dem mich auszusprechen eine Wohltat war. Er machte sein gewisses Trauergesicht, aber wohl ‚innerlich'! Denn dieser Tod kam Ihm, um ehrlich zu sein,

recht gelegen. Er nahm einen Haufen von steter Beunruhigung und unbequemster Rücksichtnahme dem Staatsmann Bülow ab." — Von der ebenfalls eingetroffenen Kaiserin schreibt Eulenburg, sie habe wenig Grund gehabt, Bismarck zu lieben, und „diese edle Frau, die so viel Herzenstakt besaß, daß sie genau wußte, was sie als Landesmutter dem deutschen Volk, bei seinem nationalen Schmerz, schuldete, war andererseits zu ehrlich und aufrichtig, um wirklichen Schmerz ‚zeigen' zu können. Sie hatte sich in ein schwarzes Trauerkleid und Hut von oben bis unten geflüchtet und das gütige Lächeln nach Möglichkeit gebannt. Das war wohl alles."

Am Tage nach dem Tode Bismarcks, dem 1. August, veröffentlichte der „Berliner Lokal-Anzeiger" das Abschiedsgesuch Bismarcks vom 18. März 1890 durch den Bismarck vom Kriege her bekannten Journalisten Moritz Busch. Darauf großer Schrecken und Zorn beim Kaiser, Bülow und dem Gefolge. Eulenburg schreibt:

„Wer hatte diese traurige Reminiszenz, diese Herausforderung, angesichts des noch auf dem Totenbett ruhenden Bismarck, in die Öffentlichkeit geschleudert? Ohne Herbert, Rantzau, die Familie gefragt zu haben, konnte doch wohl kaum Busch diese Fehde eröffnet haben. Wollte man durch diesen ‚Preller' den Kaiser abhalten, nach Friedrichsruh zu kommen? Wollte die Familie durch eine Handlung, die dem ausgesprochenen Willen des Kaisers entgegenstand, erklären, daß das Tischtuch zwischen ihr und dem Kaiser vor aller Welt definitiv entzweigeschnitten sei? — Das waren wieder harte Stumpen für den armen Kaiser, und meine Unterhaltung mit ihm und Bülow wurde mir schwer, weil ich ihn sehr leiden sah." — „Nicht einmal Frieden angesichts des Toten", sagte der Kaiser.

Trotzdem fuhr dieser mit großem Gefolge nach Friedrichsruh, die Familie Bismarck empfing ihn mit kalter Höflichkeit. Er legte einen Kranz auf den Sarg, hörte eine Predigt an, dann fertigte der Chef des Zivilkabinetts des Kaisers noch an Ort und Stelle einen schwungvollen Nachruf in Gestalt eines Kaiserlichen Erlasses an, der in hohen Worten doch weit entfernt war, der Persönlichkeit und dem Werk Bismarcks gerecht zu werden. Der Erlaß schloß mit den Worten:

„Mich aber drängt es, vor der Welt der einmütigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck zu geben, von welcher die ganze Nation heute erfüllt ist, und im Namen der Nation das Gelübde abzulegen, das, was er, der große Kanzler, unter Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu erhalten und auszubauen, und, wenn es not tut, mit Gut und Blut zu verteidigen. Dazu helfe Uns Gott der Herr." — Wieder war alles unwahrhaftig und auf persönlichen Effekt zugunsten des Kaisers in der Öffentlichkeit berechnet!

Auch damit ist es anders gekommen! Das Bismarck-Drama war zu Ende. Daß es zur Tragödie werden würde, in seinen Folgen und Wirkungen, hatte der Schöpfer des Reiches vorausgesehen.

Die verflossenen acht Jahre ohne Bismarck, als Leiter der Politik des Reiches, hatten nicht gehalten, was der Kaiser, sei es ausdrücklich in Worten oder indirekt durch seine Haltung im Inneren und nach außen, in reicher Wiederholung — dem deutschen Volk tönend verkündet hatte. Nicht nur das Prestige des Reiches in der Welt hatte dauernd abgenommen, sondern seine Machtstellung in Europa war auch, real betrachtet, ohne Unterbrechung zurückgegangen, in der Hauptsache durch die Wirkungen und Folgen der Nichterneuerung jenes Neutralitätsvertrages mit Rußland.

Dem General von Caprivi hatte Wilhelm II. gesagt: „Sie kochen alle mit Wasser, und die Verantwortung übernehme Ich selbst!" — Der Kanzler hatte schnell gezeigt, daß er weniger gut mit Wasser zu kochen verstand wie die Staatsmänner der anderen Mächte, besonders diejenigen Großbritanniens. Wilhelms II. stolzes Wort: Wenn er den Alten eine Weile sich hätte verschnaufen lassen, „dann regiere Ich selbst", war verwirklicht worden, jedoch zum Schaden des Reichs. Niemand konnte und kann bezweifeln, daß der Kaiser überzeugt war, als er sagte: „Zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe Ich euch noch entgegen." Aber schon die ersten acht Jahre bewiesen, daß Herbert Bismarck im Jahre 1890 recht gehabt hatte, als er seinem damaligen intimen Freunde, Philipp Eulenburg, sagte: „Was sich der Kaiser denkt, weiß ich nicht. Ebensogut kann man einem Kinde ein sehr kostbares Spielzeug geben, als dem Kaiser die Regierung." —

Es war dem Kaiser nicht gelungen, nach außen auch nur einen einzigen Erfolg zu erringen, es war ihm nicht einmal gelungen, auch nur während dieser kurzen Zeitspanne das große, reiche Erbe intakt zu halten, das Bismarck ihm hinterlassen hatte. Es würde ihm aber gelungen sein, wenn er wenigstens versucht hätte, in der Hauptlinie der großen Politik Bismarcks zu folgen. Das gerade aber wollte er nicht, sondern seine Außenpolitik lief der Bismarcks entgegen: Bismarck zu folgen widersprach seiner Überheblichkeit und Eitelkeit und seinem brennenden Bedürfnis, in der Welt besprochen und in Deutschland gepriesen zu werden, sich in allen Spiegeln bewundern zu können, die servile Schmeichelei ihm vorhalten würde.

Wilhelm II. wollte „etwas Neues" machen, er selbst allein! Etwas, das ausschließlich mit seinem Namen verbunden sein, die Mitwelt mit seinem Ruhm erfüllen und diesen auf die Nachwelt bringen sollte. Nicht zum wenigsten deshalb konnte er den Tag der endgültigen Trennung von Bismarck nicht erwarten, es war ihm die Beseitigung eines bisher unüberwindlichen

und unerträglich ihn bedrückenden Hindernisses gewesen, auch für die Zukunft, daß bei jedem großen Ereignis, bei jeder Aktion „der alte Kanzler wieder im Vordergrund stehen würde". Diesen Gedanken schon konnte der Kaiser nicht ertragen, sein Haß gegen Bismarck steigerte sich mit jedem Jahr, das den Tod des Reichsschöpfers nicht hatte registrieren können; dazu mag ihn bisweilen auch der stille Stich sorglich geheimgehaltenen Minderwertigkeitsgefühls wieder und wieder auf den ungeduldigen Wunsch gedrängt haben: wäre es doch endlich vorbei mit dem Alten! — Aber nun war er an seinem so lange ungeduldig ersehnten Ziel!

ZWEITER ABSCHNITT

Des Kaisers Außenpolitik

Von der Krüger-Depesche bis zum Burenkrieg

Der selbstverständliche gute Wille Wilhelms II., den man seit anderthalb Jahrhunderten und länger mit dem Begriff eines Königs von Preußen und später eines Deutschen Kaisers ohne weiteres verband, entbindet die geschichtliche Kritik ebensowenig wie seinerzeit die zeitgenössische politische Kritik von der Bestätigung des Urteils, das der Vater des Kaisers 1886 an Bismarck schrieb: des Urteils der Selbstüberschätzung und der Überheblichkeit. Man muß einen Vorwurf hinzusetzen, der noch schwerer ist, nämlich den der Leichtfertigkeit, wie er sich gerade in jenen ersten Jahren seiner Regierung durch und nach Bismarcks Entlassung politisch betätigte.

In neuerer Zeit noch hat man gegen abfällige Kritik an Wilhelm II. und seiner Regierung bisweilen vorgebracht: auch heute könne gerechterweise doch niemand verkennen, wie er immer das Gute gewollt und sich die größte Mühe gegeben habe; wie ungerecht es sei, von einem Kaiser alle Vollkommenheiten zu verlangen und einen jungen Kaiser zu tadeln, weil er nicht über Erfahrung verfügt habe. Vor allem müsse man Wilhelm II. menschlich verstehen. Demgegenüber die Antwort: menschlich verstehen kann man schließlich alles, ebenso wie sich in die Motive von Menschen verschiedenster Wertigkeit hineinversetzen. Aber das kann an dem Urteil über die Leistung eines Staatsmannes oder eines Herrschers vollends nicht das geringste ändern, schon deshalb, da wir bei beiden den Willen: alles so gut wie möglich zu machen und zum Wohle des Ganzen hinauszuführen, als selbstverständlich voraussetzen. Man kann hundert und aber hundert Motivierungen und Entschuldigungen finden, warum es in den vielen Einzelfällen und im ganzen immer mit Mißerfolg und Unglück endete — die Tatsache wird damit weder aus der Welt geschafft noch überhaupt berührt, daß die Leistungsfähigkeit, alles in allem genommen, eben nicht zugereicht hat. Das

bekannte Wort des alten Feldmarschalls Moltke: dauernd Glück habe nur der Tüchtige, gilt auch in der Umkehrung, daß dauernd Unglück bzw. Mißerfolg doch nur derjenige hat, der in dem, auf die Dauer in seinem Beruf Mißerfolg hat, eben nicht tüchtig ist. Dabei kann er sonst alle möglichen guten Seiten haben.

Die Jahre von 1890 bis 1898 waren, wenn wir uns dieses Bildes bedienen wollten: die Exposition der Tragödie der Regierungsführung Wilhelms II., für die auswärtige Politik, für die innere Politik. Aus seiner Persönlichkeit hat sich beides folgerichtig ergeben. Wir können deshalb die auswärtige wie die innere Politik des Kaisers nur in dauerndem Zusammenhang mit der Persönlichkeit des Kaisers beurteilen. Seiner Regierungsperiode hat man nicht umsonst schon seit der ersten Hälfte ihrer Dauer den Namen des „Wilhelminischen Zeitalters" gegeben, in Gegenüberstellung zu dem Zeitalter Bismarcks.

Es konnte nicht in der Absicht des Verfassers, auch nicht in der Möglichkeit liegen: innerhalb des über ein Jahrhundert ausgespannten Themas dieser Schrift eine außen- und innerpolitische Geschichte der Regierung Wilhelms II. zu geben. Wir werden uns vielmehr auf die Herausarbeitung der Frage zu beschränken haben: Welche war die Haltung und Leistung Wilhelms II. in der Außenpolitik, welche in der Innenpolitik? Lobt das Werk den Meister oder nicht! Oder lobt nur der Meister, der kein Meister ist, sein Werk? Und die dritte Frage: Ist Wilhelm II. dem Deutschen Reich und Volk ein Führer, der Führer, gewesen?

Der Einwand ist erhoben worden, daß man den Kaiser nicht für die Fehler seiner Reichskanzler und Staatssekretäre und so weiter vor der Geschichte verantwortlich halten dürfe, um so weniger, als nach der Reichsverfassung nicht der Kaiser verantwortlich war, sondern der Reichskanzler. Man kann auch dem Kaiser aus der Tatsache an sich keinen Vorwurf machen, daß er sich in der Auswahl seiner Reichskanzler geirrt hat, und zwar bei jedem der vier Kanzlerwechsel; noch auch, daß er von seinem Großvater nicht die Gabe der Menschenkenntnis und die einer vorurteilslosen Einschätzung persönlicher Befähigung und Werte geerbt hatte. Wohl aber muß man den Kaiser dafür verantwortlich machen, daß er bei jeder seiner Kanzlerauswahlen, ebenso wie bei der Entlassung Bismarcks, von der Voraussetzung ausging: „sie kochen alle mit Wasser, und die Verantwortung übernehme Ich selbst!" — In manchen Reden hat der Kaiser von Selbstprüfung und der Demut gesprochen, die jedem not tue; aber sein Wesen hat ihn gehindert, diese Pflichten an sich selbst zu üben und sich in seinem Innern schonungslos daraufhin zu prüfen, ob er das auch nur annähernd halten und

erfüllen könne, was er verkündete und versprach, und verantworten, was er tat, was er ließ, was er sagte.

Es ist nicht möglich, den Standpunkt anzuerkennen, den der Kaiser in seinen nach 1918 verfaßten Büchern, in erster Linie: „Ereignisse und Gestalten", einnimmt: seine politischen Ziele und Mittel und seine Weisungen seien immer richtig gewesen, aber seine beauftragten und amtlichen Ratgeber hätten sie nicht oder unrichtig ausgeführt. Wilhelm II. besaß durchaus und jederzeit die Möglichkeit, sich der Beschreitung eines Weges oder der Fassung eines Entschlusses durch den Reichskanzler und dessen Staatssekretäre zu widersetzen, diese zu entlassen, sich neue auszuwählen.

Während der preußischen Konfliktszeit in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat Bismarck sich bisweilen ironisch dazu geäußert, daß man in Deutschland für jedes Fach, für jedes Amt die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen als selbstverständlich verlange, während einzig und allein in der Außenpolitik jeder sich für urteilsfähig halte und den Anspruch erhebe, von den Fachleuten für urteilsfähig gehalten zu werden, und diese zu billigen oder für unfähig zu erklären, und ihren Rücktritt zu verlangen. Dieses Wort muß auch auf Kaiser Wilhelm recht weitgehend zur Anwendung kommen; es wäre noch hinzuzufügen, daß der Kaiser, nach eigenen Äußerungen, ähnlich wie sein Großonkel Friedrich Wilhelm IV., glaubte, vielmehr „wußte", daß er in seiner Eigenschaft als König von Gottes Gnaden Einsichten erhalte, die anderen nicht zuteil würden. Freilich befand sich dieses Bewußtsein in labilem Gleichgewicht: in schlimmen Zeiten und nach Mißerfolgen zog er sich zurück, ließ andere machen und tadelte sie später: sie hätten seine Weisungen nicht ausgeführt.

*

1889, als man in London das Ende von Bismarcks Kanzlerschaft voraussah und mit Erfolg heimlich beschleunigte, in jener Zeit, als die Königin Victoria den Kaiser durch die Verleihung des Titels „Admiral of the fleet" hochbeglückte, ereignete sich gelegentlich der jährlichen Segelregatta auf der Reede zu Cowes, daß der Prinz von Wales in einer Rede erklärte: seiner Überzeugung nach würden „die große deutsche Armee und die britische Flotte dazu dienen, den Weltfrieden zu erhalten". — Diese Rede schien ein politisches Ereignis, nicht zum wenigsten, weil der sehr kühl wägende, kluge und frankreichfreundliche Prinz von Wales, der nachmalige König Eduard der Siebente, sie hielt. Ursache war eine englisch-französische Verstimmung, Zweck: dem Kaiser eine ihm sehr liebe Illusion zu stärken. In Frankreich

nahm nur die Presse die Rede übel, und in Rußland erregte sie nur deshalb keine schwerere Beunruhigung, weil der Rückversicherungsvertrag mit Deutschland noch bestand.

1895, als Wilhelm II., wie beinahe jedes Jahr, seine königliche Großmutter besuchte, wurde er von der englischen Regierungspresse sehr unfreundlich empfangen, anstatt ihn, wie in den vorhergehenden Jahren, freundschaftlich zu begrüßen: Wilhelm II. möge die Gelegenheit benutzen, bei der Königin einige Unterrichtsstunden in politischer Weisheit zu nehmen. Zwar würde er es der Königin niemals gleichtun, aber man könne schon zufrieden sein, wenn er sich seiner mütterlichen Abstammung würdig erweise. Die englische Regierung wünsche gute Beziehungen mit Deutschland, aber diplomatische Experimente des Kaisers wünsche man nicht; er möge bedenken, daß keine anderen diplomatischen Beziehungen so wertvoll seien wie solche mit Großbritannien. Und als eben damals der Kaiser auf der Reede von Cowes an Bord des Panzerschiffs „Wörth" — am Jahrestage der Schlacht bei Wörth — in einer Rede von dieser Schlacht sprach, warf ihm die englische Presse Taktlosigkeit vor und sagte: der Kaiser würde gutgetan haben, in britischen Gewässern eine Bezugnahme auf den Deutsch-Französischen Krieg zu unterlassen. — Was war in den vorhergegangenen Jahren geschehen, um eine derartige Veränderung des englisch-deutschen Verhältnisses und damit der gesamten europäischen Lage hervorzurufen?

Als Anlaß wurde in der englischen Presse vielfach ein nicht eben bedeutendes koloniales Abkommen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich angegeben. Man vertrat den Standpunkt, daß es der deutsch-englischen Freundschaft widerspreche, ein koloniales Abkommen selbständig, ohne England, abzuschließen. Die Hintergründe dieser plötzlichen, in ihrem Ausdruck beinahe feindseligen Entfremdung waren andere:

Nachdem die Nichterneuerung des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages das damit isolierte Rußland in die Arme Englands und Frankreichs getrieben hatte, gelang es schnell, das Verhältnis England-Rußland zu bessern. Der Prinz von Wales fuhr als Sonderbotschafter nach Petersburg, wurde dort sehr freundlich empfangen, und man gelangte zu einem Abkommen mit Rußland über Mittelasien, den Pamir-Vertrag, und ebenfalls zu einer langsamen Annäherung mit Frankreich. Schon begann die englische Presse vom „isolierten Deutschland" zu sprechen. Die Staatsmänner Großbritanniens konnten mit ihrem politischen und diplomatischen Erfolge der letzten vier Jahre zufrieden sein. Die große Autorität Europas brauchte man nicht mehr zu fürchten, denn der Kaiser hatte mit seinem, dem zweiten, Kanzler für England und gegen Deutschland Politik getrieben. Der Mohr

konnte gehen; es war auch mit der englischen Freundschaft vorbei! Als neu kam hinzu, daß nach dem zweiten Kanzlerwechsel der neue Reichskanzler, Fürst Hohenlohe, vorsichtig bestrebt war, die Beziehungen zu St. Petersburg wieder zu bessern; freilich, das Verlorene konnte er nicht wiederschaffen, aber schon diese Versuche riefen Unzufriedenheit in England hervor.

*

Im sechsten und siebenten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts waren in den südafrikanischen Staaten, der Transvaal-Republik und dem Oranje-Freistaat, Goldfelder und Diamantenfelder entdeckt worden. Seitdem ging Großbritannien darauf aus, die beiden Burenstaaten zunächst abhängig zu machen, um sie schließlich zu verschlucken. Dies wurde beinahe anderthalb Jahrzehnte hindurch auf verschiedene Weise vergeblich versucht. Dann, 1881, kam zwischen Großbritannien und den Burenrepubliken ein Vertrag zustande, der den letzteren die Suveränität der Königin von England aufnötigte, ihre vorher unbedingte Unabhängigkeit also entscheidend einschränkte. Der Präsident Krüger erblickte hierin den ersten Schritt zur vollständigen Freiheitsberaubung und reiste 1884 nach Berlin, um dort um eventuelle Hilfe zu bitten. Er wurde vom Kaiser und Bismarck sehr freundlich empfangen und hielt eine Tischrede mit der Bemerkung: wenn es einem Kind schlecht gehe, so sähe es sich nach Hilfe um, und so bitte er den Deutschen Kaiser um Hilfe für die Buren, falls es diesen einmal schlechtgehen sollte. Auf diese Bitte erhielt der südafrikanische Präsident keine Antwort, mußte also seitdem wissen, daß er auf eine deutsche Hilfe nicht rechnen könne. England verfolgte seine südafrikanische Politik planmäßig weiter, auch in der Form, daß die „Britisch-Afrikanische Gesellschaft" unter Cecil Rhodes die Burenrepubliken von allen Seiten geographisch einkreiste. Für diese Politik erschien Deutsch-Südwestafrika als besonders hinderlich, und Rhodes verhehlte nicht sein Mißfallen, daß dieses Gebiet Deutschland gehörte. So entwickelte sich zwischen den Burenrepubliken und der deutschen Kolonie ein gewisses Gemeinsamkeitsgefühl, und die deutsche Regierung ließ sich auf diese Politik so weit ein, daß 1895, am Geburtstage des Kaisers, der deutsche Generalkonsul den burischen Gästen sagte: er hoffe, der Präsident Krüger wisse nunmehr, daß Deutschland ein wirklich aufrichtiger Freund sei. Deutsch-Südwestafrika kenne kein größeres politisches Interesse, als die Transvaal-Republik in der Erhaltung des politischen Gleichgewichts in Südafrika zu unterstützen. Krüger antwortete mit gerührtem Dank.

Der deutsche Generalkonsul hatte nach Berliner Instruktionen gehandelt, nicht improvisiert. Der britische Botschafter in Berlin überreichte einen Protest, und im Laufe des Notenwechsels erklärte der deutsche Staatssekretär von Marschall: auch eine wirtschaftliche Vereinigung der südafrikanischen Staaten laufe den deutschen Interessen zuwider. Man konnte sich nicht einigen, die Stimmung verschärfte sich, die deutschen Wirtschaftsinteressen in Südafrika wuchsen und damit die Unruhe und Eifersucht der Engländer. Im Frühjahr 1895 erfolgte dann der bekannte Einfall eines der Agenten von Cecil Rhodes: Dr. Jamesons, in das burische Gebiet mit ungefähr achthundert Mann. Die Buren nahmen ihn und seine Leute gefangen. Unmittelbar darauf richtete der Deutsche Kaiser das folgende Telegramm an den Präsidenten:

„Ich spreche Ihnen Meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren."

Der Präsident antwortete: „Ich bezeuge Euer Majestät meinen innigsten, tiefgefühlten Dank für Euer Majestät aufrichtige Glückwünsche. Mit Gottes Hilfe hoffen wir weiter alles Mögliche zu tun für die Beständigkeit unserer Republik."

Diese Depesche entfesselte in England einen noch nicht dagewesenen Orkan von Wut und Beschimpfungen, eine Explosion, die um so größer war, weil die Depesche ganz überraschend kam. Die großen politischen Blätter sagten: „Nicht Glückwünsche, sondern Beileid des Kaisers an Buren und Briten wären am Platze gewesen." — Wolle der Kaiser Krieg mit England: „Wo wären seine Verbündeten?" — Es sei eine höchst unfreundliche Handlung gegen das englische Volk; es sei ein internationaler Affront! Die damals bedeutende „Morningpost" schrieb: Die britische Nation werde diese Depesche niemals vergessen, sondern in der Orientierung ihrer auswärtigen Politik immer daran denken.

In London wurden Deutsche auf den Straßen mißhandelt, deutsche Geschäftshäuser wurden demoliert. Es verriet sich in diesen hemmungslosen Ausbrüchen eine schon lange aufgespeicherte Wut, die sich in der Eifersucht auf den deutschen Außenhandel seit einem halben Jahrzehnt aufgehäuft hatte. In Deutschland herrschte ebenso hemmungslose Begeisterung der Bevölkerung für den Kaiser wegen seiner Depesche, eine Begeisterung wie noch niemals vorher während seiner Regierungszeit. Die Sympathie für die Buren

war in Deutschland seit zwei Jahrzehnten vorhanden, und ebensolange verfolgte man die systematischen englischen Schritte, diesem friedlichen, rassenverwandten Bauernvolk seine Freiheit zu nehmen, weil sein Gebiet unermeßliche Schätze an Gold und Diamanten enthielt. Bismarck gab in einer Unterredung die Antwort: „Das Telegramm des Kaisers hätte dem Präsidenten Krüger mit Schicklichkeit und Anstand von der englischen Regierung selbst geschickt werden können." Daß die Absendung der Depesche vom Deutschen Kaiser als politische Handlung zu billigen sei, drückt sich allerdings in der Bismarckschen Antwort nicht aus. Er würde dem Kaiser schwerlich dazu geraten haben.

Die deutsche Bevölkerung, in echter, unpolitischer Begeisterung, war selbstverständlich der Überzeugung, daß die Depesche unter allen Umständen eine richtunggebende Kundgebung der deutschen Regierung für die Burenrepubliken und gegen Großbritannien bedeute. Alles war stolz auf den Kaiser: endlich hätten er und sein Volk einander verstanden!

In seinen „Ereignissen und Gestalten" rückt der Kaiser weit von seiner Krüger-Depesche ab. Er spricht von der großen Erregung in Deutschland über den Jameson-Einfall und von der „heftigen Erregung, die auch die höheren Kreise der Gesellschaft ergriff". Ihm habe diese Erregung wegen etwaiger Verwicklungen mit England große Sorge gemacht. Die Initiative zur Depesche sei nicht von ihm ausgegangen, sondern von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Marschall: die Erregung im Volk und im Reichstag sei so gewachsen, daß etwas geschehen müsse, am besten eine Depesche. Er, der Kaiser, und sein Freund, der Admiral Hollmann, seien dagegen gewesen. Auf das Drängen des Staatssekretärs und dann auch des Reichskanzlers Hohenlohe habe er schließlich die Depesche unterzeichnet: „Der Reichskanzler und Marschall bestanden aber darauf, daß Ich unterzeichne, unter Betonung ihrer Verantwortlichkeit für die Folgen. Diesen Vorstellungen glaubte Ich Mich nicht versagen zu sollen. Ich unterschrieb!"

Der Fall entbehrt nicht einer typischen Bedeutung: Seit seiner Jugend mit dem englischen Temperament vertraut, hätte er, wenn wir seiner Darstellung folgen wollen, wenigstens einen Teil der Folgen und Wirkungen der Depesche voraussehen müssen.

Daß diese Darstellung des Kaisers die historisch richtige sei, ist entschieden zu bezweifeln, schon deshalb, weil eigentümlicherweise eine längere Reihe von Jahren die persönliche Initiative des Kaisers zur Sendung der Krüger-Depesche in der gesamten Weltöffentlichkeit, nicht zum wenigsten in Deutschland, als selbstverständlich angenommen und von keiner Seite,

auch in der offiziösen Presse nicht, bestritten wurde. Dazu kommen folgende Erwägungen: Unmittelbar nach der Mitteilung von dem Mißerfolg des Dr. Jameson fuhr der Kaiser von Potsdam nach Berlin zum Reichskanzler Hohenlohe, um die Angelegenheit mit diesem zu besprechen. Hinzugezogen wurden der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr von Marschall, der Staatssekretär des Reichsmarineamtes und Freund des Kaisers, Admiral Hollmann, und der Leiter des Kolonialamtes, Dr. Kayser. Während der Besprechung ist der Gedanke der Depesche an Krüger entstanden, wahrscheinlich auf Drängen des Kaisers: man müsse sofort etwas tun. Es besteht noch eine andere, nicht unwahrscheinliche Version des Londoner Botschaftsrates Freiherr von Eckardtstein: der Kaiser habe von vornherein die Depesche gewollt und deshalb diesen hohen Rat zusammengerufen. Fest steht außerdem, daß Dr. Kayser mit dem Entwurf des Textes betraut wurde und der Kaiser sie gleich unterzeichnete.

Daß Hohenlohe und Marschall von sich aus gedrängt hätten, ist unwahrscheinlich, ganz besonders, was den alten, sehr vorsichtigen Hohenlohe anlangt, der überdies mit Königin Victoria in alten freundschaftlichen Beziehungen stand. Außerdem ist die von Wilhelm II. in seinen „Erinnerungen" behauptete „heftige Erregung" in der deutschen Bevölkerung damals nicht vorhanden gewesen. Ebensowenig wahrscheinlich ist, daß der Kaiser sich gesträubt habe und erst nachgegeben habe, gegen seine eigene Überzeugung!, als Hohenlohe und Marschall die Kabinettsfrage gestellt hätten. Da habe er nachgegeben, obgleich er sich der schlimmen Folgen, in seiner genauen Kenntnis des englischen Temperaments, bewußt gewesen sei. Auch das ist schwerlich glaublich, schon weil Wilhelm II. sich in den neunziger Jahren, wenn ihn irgendein Impuls überfiel, ohne weiteres über die Abmahnungen seiner Ratgeber hinwegzusetzen pflegte. Ferner ist zu fragen, weshalb bei dem Eintritt des großen englischen Schimpfsturms nicht der Reichskanzler pflichtgemäß öffentlich hervortrat mit der Feststellung, es handele sich nicht um eine impulsive Handlung des Kaisers, sondern um eine wohlerwogene Amtshandlung des Kanzlers im Namen der Regierung. Erheblich später hat Wilhelm II. sich angesichts der wiederholten Erörterungen über den Ursprung der Krüger-Depesche dahin geäußert: nun werde sein Freund Hollmann, dem er erlaubt habe, die volle Wahrheit zu enthüllen, über den Ursprung der Krüger-Depesche aussagen. Die Welt hat vergebens gewartet, denn Hollmann hat geschwiegen.

Die Sache selbst ist seit vierzig Jahren tot, und die Einzelheiten an sich sind nicht mehr von politischem Interesse. Um so charakteristischer und lehrreicher ist sie psychologisch. Wir begegnen derselben Haltung des Kaisers bei einem Vorfall in der Geschichte der kaiserlichen Marokko-Politik:

persönliche Initiative und nach deren unglücklichem Verlauf Abschieben auf den Reichskanzler. — Man denkt wieder an das Wort Wilhelms II: „Sie kochen alle mit Wasser, die Verantwortung übernehme Ich selbst!" Wie weit war er davon immer dann entfernt, wenn die Probe kam!

Im Falle der Krüger-Depesche ist mehr als wahrscheinlich, daß sie aus dem initiativen Wunsch des Kaisers hervorgegangen ist, durch diesen „Knalleffekt" endlich die lang ersehnte Popularität zu erringen.

Etwas anderes kam hinzu: Wie erwähnt wurde, war die amtliche Politik des Reiches schon vor dem Jameson-Einfall auf Erhaltung der Unabhängigkeit der Burenrepubliken und gegen die Südafrika-Politik Großbritanniens gerichtet. Die kaiserliche Depesche bedeutete also im Grunde genommen eine ganz konsequente Fortsetzung dieser Politik. Andererseits hatte die englische Regierung der deutschen keinen Zweifel gelassen, daß sie ihre Politik fortsetzen werde; so schickte sie, auf die Krüger-Depesche hin, ein Geschwader nach Südafrika, und ebenso prompt erklärte der französische Botschafter zu London der britischen Regierung: „Frankreich hat nur einen einzigen Feind, und das ist Deutschland. England kann danach seine Politik einrichten." Die französische Presse zwar hatte sich moralisch entrüstet über den Jameson-Einfall geäußert, aber die Regierung Frankreichs dachte nicht daran, von ihrer festliegenden Revanchepolitik gegen Deutschland abzuweichen.

Ob der Staatssekretär von Marschall seine Südafrika-Politik so weit überlegt hatte, daß er an die Machtfrage gedacht hat, erscheint beinahe als zweifelhaft, sonst hätte er die Politik bis zur Krüger-Depesche schwerlich getrieben. Den Beweis hierfür lieferte die Tatsache, daß seit der Krüger-Depesche jene Politik ebenso vollständig wie stillschweigend aufgegeben wurde, man legte Großbritannien keine Hindernisse mehr in den Weg. Es war der, man kann nicht anders sagen: fluchtartige Rückzug einer Außenpolitik, die nie hätte eingeschlagen werden dürfen, weil das Deutsche Reich keinerlei Machtmittel besaß, die dieser Politik den erforderlichen Halt hätten geben können. Deswegen war sie von vornherein ein Fehler, und es bestand auch nicht die geringste Möglichkeit, Großbritannien durch Verhandlungen von seiner Südafrika-Politik abzubringen, und so mußte der Fanfarenstoß der kaiserlichen Depesche durch seine Wirkung in England zum Rückzugssignal werden. Der Sieg Großbritanniens war ein vollständiger. Und der Kaiser schrieb an seine Großmutter. Die öffentliche Meinung und Volksstimmung in Deutschland aber verstand das alles nicht, verstand besonders den Kaiser nicht. Man begriff nicht das plötzliche Einlenken, und als dann Großbritannien den Burenkrieg führte, im Herbst 1899, kam es, in dem ein-

zigen Falle, da der Kaiser während seiner Regierung eine richtige Politik trieb, zu einer tiefen Entfremdung zwischen ihm und dem deutschen Volk.

Die alte deutsche Neigung, sich für eine fremde Sache zu begeistern, ohne die Belange Deutschlands realpolitisch als maßgebend in Betracht zu ziehen, trug böse Früchte, einmal für die Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien und dann, was an diesem Fall noch wichtiger war, für das Verhältnis zwischen Kaiser und Volk. Die grausame und brutale Vergewaltigung des kleinen Burenvolks durch die Weltmacht Großbritannien, die Ursache dieses Krieges: die im Boden des burischen Gebietes liegenden Schätze an Gold und Diamanten, das ungleiche Kräfteverhältnis, die kühne Tapferkeit und die Ausdauer der Buren in ihrem Existenzkriege, die Grausamkeit der englischen Kriegführung, die Mißhandlung von Frauen und Kindern in den englischen Konzentrationslagern, die ehrwürdige und volkstümliche Gestalt des alten Krüger — das alles erregte eine hohe und echte Empörung im deutschen Volk, die sich während der langen Dauer des Krieges um so mehr übersteigerte, als die deutsche Regierung streng die Linie der Nichteinmischung und einer sorgfältigen Zurückhaltung befolgte — ja sogar in der Krisis vor dem Kriege den Burenstaaten riet: den großbritannischen Forderungen nachzugeben. Als die alte Königin Victoria im Jahre 1901 starb, fuhr der Kaiser nach England und wurde dort wegen seiner Teilnahme sehr sympathisch begrüßt. Man kann auch heute nur sagen, daß dieser Akt, wie überhaupt das Verhalten des Kaisers während des Südafrikanischen Krieges, politisch ebenso richtig war, wie seine südafrikanische Politik bis zur englischen Explosion über das Krüger-Telegramm unrichtig gewesen war.

Während des Burenkrieges traten Paris und St. Petersburg an die deutsche Regierung heran, mit der Anregung, gemeinsam alle drei gegen Großbritannien bewaffnet zu intervenieren. Bülow, dem die Sache verdächtig vorkam, schlug vor, daß zunächst diese drei Festlandgroßmächte sich gegenseitig ihr Staatsgebiet vertraglich garantierten, was für Frankreich eine freiwillige nochmalige Anerkennung eines deutschen Elsaß-Lothringen bedeutet haben würde. Der Kaiser schreibt in seinem „Ereignisse und Gestalten", er habe jenen russisch-französischen Vorschlag sofort als Finte durchschaut, als Intrige gegen Deutschland erkannt und der Königin von England mitgeteilt. Unmittelbar nachher, so habe ihm die Königin bei seinem Besuche dort mitgeteilt, hätten die französische und die russische Regierung in London angegeben, daß die deutsche Regierung ihnen einen Interventionsvertrag gegen England angeboten habe.

Die beiden Besuche des Kaisers in England während des Südafrikanischen Krieges erregten in der deutschen Bevölkerung, soweit sie national dachte,

eine fanatische Empörung gegen den Kaiser und seine Regierung und gegen Großbritannien. Dieser Empörung gab man Ausdruck in der Presse, durch Flugschriften und Flugblätter; jeder neue Sieg der Buren wurde in den großen Städten gefeiert, vielfach auf der Straße und durch Versammlungen mit Kundgebungen. Aufs höchste steigerten sich die Leidenschaften, als Präsident Krüger mit einem holländischen Schiff nach Europa kam, um dort noch eine letzte Hilfe gegen den Untergang der beiden Republiken zu suchen. Auf sein Telegramm an den Kaiser erhielt er die Antwort, Wilhelm II. könne ihn wegen bereits getroffener Dispositionen nicht empfangen, allen amtlichen Stellen in Deutschland wurde verboten, mit Krüger in irgendwelche Verbindung zu treten. Es wollte immerhin etwas sagen für die Stimmung in Deutschland, wenn — um nur ein Beispiel herauszugreifen — die amtliche „Königlich Leipziger Zeitung" damals schrieb:

„Der Präsident geht nicht nach Berlin, da der Kaiser es abgelehnt hat, ihn zu empfangen. Es steht uns nicht zu, die Gründe zu prüfen, die für diese Entscheidung maßgebend waren. Aber ein tiefes Bedauern wird durch das ganze Volk gehen, daß ein solcher Empfang des greisen Helden durch unseren Kaiser nicht möglich war."

In Berliner Kirchen wurde von Hofpredigern Fürbitte für den Präsidenten Krüger gehalten. In einer Münchener Versammlung wurde eine Entschließung gefaßt: „Die Versammlung gibt der nationalen Entrüstung über die dem Präsidenten Krüger zuteil gewordene Behandlung Ausdruck und erwartet, daß die Reichsregierung den gemachten Fehler beim Empfange des Präsidenten in Berlin gutmachen werde."

So ging es in zahllosen Versammlungen. Im weiteren Verlaufe kam es dann zu einem öffentlichen Wortwechsel zwischen dem großbritannischen Kolonialminister Chamberlain und Bülow — jener in einer öffentlichen Versammlung, dieser im Reichstag —, der die Spannung zwischen Deutschland und Großbritannien wieder erhöhen mußte.

Um in diesem Zusammenhange noch eine andere Phase der deutsch-englischen Beziehungen zu erwähnen, die auch späterhin häufig Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen gewesen ist: im Jahre 1901 ließ der britische Kolonialminister Chamberlain in Berlin anfragen, ob man für ein Bündnis zu haben sei. Dieses sollte sich in der Hauptsache gegen Rußland richten und gegen dessen Expansion auf Indien hin und auch im Fernen Osten. Die Besprechungen zerschlugen sich schnell, einmal weil England keine Gegenwerte bot, ferner weil die Haltung des Parlaments einem solchen Bündnis nicht geneigt war. Man wird auch heute noch sagen müssen, daß die ablehnende deutsche Haltung unter solchen Umständen richtig gewesen ist.

Das von England gewünschte Bündnis konnte das Verhältnis zu Rußland nur hoffnungslos verschlechtern und Deutschlands kontinentale Stellung noch mehr erschweren. Auf der anderen Seite stellte für Deutschland ein solches Bündnis eine Einengung seiner politischen, wahrscheinlich auch seiner wirtschaftspolitischen Freiheit dar, sollte mit in erster Linie dazu dienen, schon wegen der damals großen englischen Beunruhigung über die Ausbreitung des deutschen Außenhandels in Europa und Übersee in Marktgebieten, wo bisher der englische Handel konkurrenzlos dagestanden hatte. Schließlich, und das werden wir Deutschen der Jetztzeit, nach den Erfahrungen seit 1938 und 1939, besser würdigen, als es früher geschehen ist, sind englische Abmachungen mit anderen Mächten, die unabhängig bleiben wollen, angesichts der wechselnden Kabinette und Parlamentsmehrheiten, eine höchst unsichere und gefährliche Angelegenheit.

Die eben skizzierte Periode zeigt einen Charakterzug Wilhelms II., dem wir in der Folge bei seinen außenpolitischen Vorgängen und Aktionen immer wieder begegnen werden:

Das Schwanken bei der Inangriffnahme einer außenpolitischen Aktion auf kurze oder auf lange Sicht, wie um Mitte der neunziger Jahre in Südafrika in ganz bewußtem Gegensatz zu der englischen Expansionspolitik. Über diese war britischerseits in keinem Augenblick ein Zweifel gelassen worden. Unbestreitbar standen auf der anderen Seite die deutschen Interessen in Südafrika, auf der Basis von Deutsch-Südwestafrika, und will man nur von Berechtigung sprechen, so war eine solche auf beiden Seiten oder auf keiner Seite vorhanden, je nachdem man den Begriff der Berechtigung im Hinblick auf die damaligen Verhältnisse versteht. Unter allen Umständen aber war für Deutschland eine solche Politik nur durchführbar, wenn die deutsche Regierung von der Überlegung der Machtfrage ausgegangen wäre. Diese hat der Kaiser mit seinen Beratern nicht einmal in Betracht gezogen, denn: wollte man eine Politik gegen England in Südafrika treiben, so mußte man sie auch gegen englischen Einspruch durchführen können. Die Überlegung war einfach genug: Großbritannien beherrschte mit seinen Seestreitkräften alle Meere, von der Nordsee bis nach Südafrika uneingeschränkt, konnte jeden deutschen Truppentransport ohne weiteres vernichten und ohne daß Deutschland irgendwelche Erfolg versprechende Kriegsmittel irgendwo in der Welt hätte anwenden können, dazu noch umgeben von zwei verbündeten feindlichen Großmächten des europäischen Festlandes.

Es handelte sich also deutscherseits Mitte der neunziger Jahre um eine improvisierte „Politik", die mit großem Tamtam in die Wege geleitet wurde, ungefähr in dem Sinne: wir haben doch ebensoviel Recht wie England in

Südafrika, die Buren sind unsere Freunde, Deutsch-Südwest ist nicht uninteressiert, unsere wirtschaftlichen Aussichten sind groß dort, also nur darauflos mit frischem Mut!

Demselben „Geiste" entsprang dann die Krüger-Depesche, und als darauf der britische Löwe knurrte und die Großmutter den Kaiser warnte, warf dieser prompt und mit einem Male seine ganze Südafrika-Politik um, gleichbedeutend mit einer Weltblamage, einem sehr bedeutenden Verlust an politischem Prestige für das Ansehen des Deutschen Reichs und an persönlichem Prestige für den Deutschen Kaiser. Die englische Freundschaft gewann freilich der Kaiser auch durch diese seine politische Umkehr zu Großbritannien und seine Abkehr vom Geschick des Burenvolks nicht, aber dabei waren auch andere sehr schwerwiegende Ursachen beteiligt, von denen nachher zu sprechen sein wird. Wilhelm II. konnte auch die tiefe nationale, völkisch empfundene Erbitterung in Deutschland nicht wieder auslöschen. Es half nichts, als er und die Regierungspresse auseinandersetzten, und zwar durchaus richtig: es sei doch leicht einzusehen, daß Deutschland im Burenkriege nicht habe intervenieren können. Außerdem müsse das deutsche Volk lernen, politisch zu denken und keine Gefühlspolitik zu treiben. Die nationalen Zeitungen gaben voll Entrüstung auf solche an sich durchaus richtigen Überlegungen die Antwort: warum habe dann der Kaiser bis einschließlich seiner Depesche seine burenfreundliche und antienglische Politik getrieben, warum habe er den armen Buren Hilfe versprochen und sie angefeuert? Darauf gab es dann keine Antwort.

Die „Gelbe Gefahr"

Wilhelm II. hatte eine ausgesprochene Abneigung gegen Japan und die Japaner und wurde darin unterstützt durch amerikanische Freunde, zumal den in Pforzheim geborenen Juden Jakob Schiff von der Neuyorker Bank Kuhn & Loeb. Dieser redete dem Kaiser ein, es sei dessen Sache, die Souveränität und Unabhängigkeit Chinas gegen Japan zu schützen.

1894/95 führte Japan einen Krieg gegen China und schlug die Chinesen in einem glänzenden Feldzug. Gegen die Friedensbedingungen Japans wendeten sich zunächst die im Fernen Osten stark interessierten Mächte, vor allem Rußland mit seinen damaligen weitreichenden Expansionszielen und Frankreich. Plötzlich ließ sich der Deutsche Kaiser durch Rußland gewinnen, sich dieser Gruppe anzuschließen, in Gestalt eines so starken Druckes auf

das siegreiche Japan, daß dieses auf einen großen und sehr wichtigen Teil seiner Gebietsforderungen und auf Kriegsentschädigung verzichten mußte, weil Rußland jene Gebiete haben wollte, in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts auch besetzte und zehn Jahre später, im Russisch-Japanischen Kriege 1904/05 zur See und zu Lande von Japan geschlagen, alles und noch viel mehr wieder aufgeben mußte.

Das deutsche Eingreifen 1895 war politisch durch nichts gerechtfertigt. Bismarck bezeichnete es als ein Arbeiten auf Prestige, auch sei unnötig und schädlich gewesen, daß Deutschland sich durch sein Verhalten in Ostasien, durch seinen demonstrativen Beistand für Rußland unnötig gegen England gestellt hätte. Als kurz darauf die deutsche Besetzung von Kiautschou folgte, schließlich Deutschland 1904 im Russisch - Japanischen Kriege bei formeller Neutralität für Rußland Partei nahm und beim Friedensschluß wieder der Deutsche Kaiser im Verein mit dem amerikanischen Präsidenten auf die japanischen Friedensbedingungen drückte und mit bewirkte, daß Rußland keinen Pfennig Kriegsentschädigung zu zahlen brauchte, da stand es für Japan fest, daß man das Deutsche Reich ein für allemal als den Feind Japans betrachten müsse. Die Quittung wurde im Weltkriege gegeben. Ende der neunziger Jahre entdeckte der Kaiser die „Gelbe Gefahr" und gab diesem Gedanken durch ein von ihm skizziertes, dann von einem Maler ausgeführtes Bild mit der Unterschrift: „Völker Europas, wahret euere heiligsten Güter!" Ausdruck. Einen Abdruck dieses Bildes schickte der Kaiser auch an den Zaren. Es stellte allegorisch dar, wie der deutsche Michel, schwer gerüstet, den furchtsam im Hintergrunde gruppierten Staaten Europas die „Gelbe Gefahr" in Gestalt — Buddhas zeigt, der über einer Szene der Verwüstung und des Brandes schwebt. In Worten: Wilhelm II. präsentiert sich als der Weltführer gegen die „Gelbe Gefahr"; in der „Welt" allgemeine Heiterkeit.

Gegen Ende des Jahrhunderts verstärkten sich die inneren Unruhen in dem großen chinesischen Reich, und die europäischen Nationen waren zum Teil der Ansicht, seine Auflösung stehe bevor. Der russische Vormarsch von Sibirien durch die Mandschurei bis zur Südspitze der Halbinsel Liautung mit den beiden Häfen Port Arthur und Dalni bedeutete zugleich wachsende Spannung zwischen Rußland und England, andererseits Rußland und Japan. England und Japan fanden Gemeinsamkeit der Interessen, schlossen ein Bündnis, zunächst zu gemeinsamer Vorbereitung der beiden Mächte auf den kommenden Krieg mit Rußland; Großbritannien half mit Politik, Geld und Kriegsschiffbau. Vorher, im Jahre 1900, machte sich in China die sogenannte Boxerbewegung bemerklich, eine nationalistische Sekte, ausgesprochen fremdenfeindlich, mit dem Ziel, die „weißen Teufel" vom chinesischen

Boden zu entfernen. An der Bewegung waren auch Mitglieder des Kaiserhauses beteiligt, während die Kaiserin selbst offiziell die Boxerbewegung ablehnte. In Peking wurde die Deutsche Botschaft von den Boxern angegriffen und der deutsche Gesandte auf der Straße erschossen. Überall waren die Europäer, die Weißen überhaupt, in Gefahr. Die Mächte entsandten so schnell wie möglich Kriegsschiffe und Truppen.

Der Kaiser fühlte sich in seinem Element, nämlich dem der Prestigepolitik; die Fanfare erscholl über die Weltmeere und die Erdteile. Er beschloß, fürchterliche Rache am chinesischen Reiche zu nehmen, und er ernannte den Feldmarschall Graf Waldersee zum Oberbefehlshaber. Sein Ehrgeiz stand dahin, den Feldmarschall von allen Mächten, die ebenfalls Truppen nach China geschickt hatten und schickten, als auch ihren Oberkommandierenden anerkennen zu lassen.

Während in England noch darüber verhandelt wurde, verkündete der Deutsche Kaiser, der Zar habe ihn gebeten, daß Waldersee doch den Oberbefehl in China über alle dortigen Truppen übernehmen möge. Ganz kurz darauf stellte sich heraus, daß dieses den Tatsachen nicht entsprach. Der damalige deutsche Botschafter in Petersburg erzählte, wie der Zar ihm gesagt habe: er begriffe nicht, wie der Deutsche Kaiser diese Behauptung habe aufstellen können. Sein Außenminister habe ihn, den Zaren, gebeten, die Behauptung des Deutschen Kaisers dementieren zu dürfen. Er, der Zar, habe dies aus Rücksicht auf den Kaiser nicht getan. Wilhelm II. mußte sich damals der Unwahrheit bezichtigen lassen, ohne etwas dagegen sagen zu können; außerdem hatte er damit den Zaren vor den Kopf gestoßen.

Im August 1900 wurde mit großen feierlichen Reden der „Weltmarschall", wie er in Deutschland verspottet wurde, Graf Waldersee auf die Reise nach Ostasien gesandt. Der Kaiser überreichte ihm den Feldmarschallstab, wünschte ihm Lösung seiner Aufgaben, pries den Zaren für jene Anregung — die der Zar nicht gegeben hatte! — und begrüßte mit Freuden, daß „die gesamte gesittete Welt ohne Unterschied aus freiem Antriebe Ew. Exzellenz nunmehr mit dem Kommando über ihre Truppen betraut"! — Graf Waldersee antwortete tief gerührt und feierlich, und schwur, daß, „solange der Arm die Kraft behalten wird, diesen Stab zu halten, ein Befehl zum Rückzug über meine Lippen nicht kommen wird". Er und sein ganzer Stab würden „den letzten Blutstropfen einsetzen für Ew. Majestät und Deutschlands Ehre"

Kaum befand sich der Feldmarschall an Bord des Schiffes, das ihn nach China brachte, da forderte die russische Regierung sämtliche an der chinesischen Angelegenheit beteiligten Mächte auf, ihre Truppen von Peking

und den Küstenprovinzen zurückzuziehen, denn die Gesandtschaften seien befreit und keine Gefahr mehr für die Ausländer; und das unmittelbar, nachdem der Deutsche Kaiser nicht nur an Waldersee, sondern an die ausgehenden Soldaten und Offiziere ein halbes Dutzend Reden gehalten hatte. Auf seiner Jacht „Hohenzollern" hielt er eine lange Schiffspredigt, alle müßten beten für die Kämpfer in Ostasien, die jetzt dort kämpfen würden wie seinerzeit das auserwählte Volk des Herrn gegen die Amalekiter.

In Wilhelmshaven hielt der Kaiser an das erste abfahrende Expeditionskorps eine Rede, in der er u. a. folgendes sagte: „Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wisset, Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Führet eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen. Ihr sollt aber auch rächen, nicht nur den Tod des Gesandten, sondern auch den vieler Deutschen und Europäer."

Diese Stelle der kaiserlichen Rede rief natürlich gewaltiges Aufsehen hervor, zumal er in einer anderen Rede jener Tage den Soldaten auch gesagt hatte, sie müßten wüten wie die Hunnen. Die „Hunnenrede" wurde auch im Ausland nicht vergessen; ihr war auch zu verdanken, daß die Deutschen im Weltkriege von den Feinden die Hunnen genannt wurden. Auch der Sozialdemokratie und Demokratie lieferte der Kaiser wieder einen höchst ergiebigen Agitationsstoff. Abgesehen davon und dem großen Gelächter des gesamten Auslandes war der ganze Bombast für nichts gewesen: die „Hunnenrede", die „Seepredigt" und die „Vorschußlorbeeren" für den Grafen Waldersee. Als die Truppen in China angekommen waren, harrten ihrer keinerlei größere Aufgaben, und das Oberkommando des „Weltmarschalls" blieb durchaus illusorisch, rein formal, und Graf Waldersee war klug genug, die Wirksamkeit seines „Welt"-Oberbefehls nicht auf die Probe zu stellen.

Der Deutsche Kaiser hatte als Sühne für die Erschießung des deutschen Gesandten in Peking die Forderung an die Kaiserin gestellt, einen Prinzen des Kaiserlichen Hauses nach Berlin zu senden und vor dem Kaiser abzubitten. China ging bereitwillig darauf ein, und nachdem der Chinarummel längst verraucht war und einem entsprechenden Katzenjammer Platz gemacht hatte, traf endlich der „Sühneprinz" — wie selbst der Reichskanzler Bülow ihn ironisch nannte — ein, unter allgemeinem europäischem Gelächter auf Kosten des Deutschen Reiches und im besonderen des Kaisers. Diesem hatten wohl jene historischen Bilder früherer Zeiten vorgeschwebt, wo der Fürst oder Monarch, mit dem Zepter in der Hand, auf dem Thron sitzt, vor sich den Repräsentanten eines unterworfenen Stammes,

der, mit Affen und Pfauen im Hintergrunde, seine Ehrfurcht bezeigt und Tributpflicht für die Zukunft gelobt. Der chinesische Prinz Tschun verlas einen Brief des Kaisers von China, der Kaiser antwortete in feierlicher Strenge, aber mit dem Ausblick auf Verzeihung — und auch dieses letzte Satyrspiel des Chinatheaters war zu Ende. Und Waldersee mit dem Marschallstabe kehrte still zurück.

*

Als die Russen begannen, ihre mandschurische Bahn zu bauen, sagte der bedeutendste der chinesischen Vizekönige, Li Hung Tschang, zu dem russischen Außenminister Witte: „Wir Chinesen können euch Russen, angesichts unserer Schwäche, nicht hindern, die Bahn durch unser Land zu bauen, aber denken Sie an meine Worte später: euere Bahn baut ihr lediglich für den Japaner." Die Voraussage dieses schlauen und weisen Staatsmannes verwirklichte sich schon durch den Japanisch-Russischen Krieg 1904/05.

Nicht Deutschland, nicht Frankreich, sondern England allein begriff damals, daß Japan die kommende Macht des Fernen Ostens sei. Die britischen Staatsmänner waren der Überzeugung, daß ihnen Japan für absehbare Zeit im Fernen Osten nicht unangenehm oder gar gefährlich werden könne. Eben damals hätte Deutschland mit Japan und Großbritannien vielleicht vorteilhaft zu einer Ost-Verständigung gelangen können, ohne mit Rußland zu brechen. Bülow aber gab in einer Reichstagsrede der russischen Expansion nach der Mandschurei ausdrücklich freie Hand, was nach englischer Ansicht dem vorher beschlossenen englisch-deutschen Jangtse-Abkommen zuwiderlief. Ob der Kaiser und sein Kanzler die große und in gewissem Sinne entscheidende Bedeutung dieser ihrer Stellungnahme erkannt haben, muß man bezweifeln. Maßgebend war für ihren Schritt die feste Überzeugung, daß die neu auftretende Militärmacht Japan mit Sicherheit von den Russen zu Lande und zur See geschlagen werden, jedenfalls unter keinen Umständen die Groß- und Weltmacht Rußland besiegen würde.

Wieder ereignete sich, was während der Regierung Wilhelms II. zu einer beinahe nie durchbrochenen Regel geworden war: immer setzten er und seine Ratgeber auf die unrichtigen Pferde.

Rußland wurde geschlagen und verlor seine Stellung in Ostasien, Japan wurde durch seinen Sieg anerkannte Großmacht, auch auf dem ostasiatischen Festland. Deutschlands Verhalten hatte den alten Gegensatz noch verschärft. Wilhelms II. sehr freundlich-neutrale Haltung gegenüber Ruß-

land während des Krieges brachte dem Deutschen Reich keinen einzigen politischen Vorteil; im Gegenteil: die russische Regierung und der Zar zögerten nicht, in den Jahren 1905/06 ein 1907 veröffentlichtes Abkommen zu schließen mit England, derjenigen Macht, deren Politik mit Japan zusammen den ostasiatischen Krieg gegen Rußland veranlaßt, geführt, gewonnen und damit die russische Stellung in Ostasien vernichtet hatte.

Dieselbe britische Politik brachte damit zugleich fertig: die Front des russischen Expansionsdranges vom Fernen Osten nach dem Nahen Osten umzuwenden und, zwangsläufig, dort in sich verschärfende Gegnerschaft gegen Österreich-Ungarn und damit gegen das Deutsche Reich gelangen zu lassen. Eine meisterliche Doppelaktion englischer Diplomatie und Politik!

*

Beinahe unmittelbar nach jener deutschen Entscheidung für Rußland und gegen Japan und Großbritannien in der Mandschurei-Frage schloß Großbritannien mit Frankreich das sogenannte Marokko-Abkommen im April 1904. Dieses, die „Entente cordiale", das „herzliche Einverständnis" der beiden Mächte bedeutete eine ausgesprochen feindliche Front gegen das Deutsche Reich. Es war der mächtige Grundstein für den konsequenten Aufbau der Einkreisung Deutschlands, zu der mit dem Jahre 1905/06 also auch Rußland kam; die „Triple-Entente", der „Dreiverband" der drei Großmächte stand damit fertig da, wennschon Rußland einige Jahre noch brauchte, um sich von seinem Kriege gegen Japan und von seiner Revolution 1905 zu erholen.

Die innere Konsequenz und die äußere Gewandtheit und Entschlossenheit dieser großbritannischen Politik verdienten Bewunderung

In Deutschland hatte man sich bei Ausbruch des mandschurischen Krieges, im voraus triumphierend, gerühmt, jetzt sei einmal Deutschland der Tertius gaudens, der Dritte, der händereibend froh dabeisteht, wenn zwei andere miteinander streiten. Und als der Streit zu Ende war, da stand Michel trübselig und über russischen Undank entrüstet dabei und klagte über Einkreisung. Er war wieder einmal der Dumme gewesen. Und Bülow sagte im Reichstage: früher habe man niemals geglaubt, daß der Bär und der Walfisch Freunde werden könnten. Jetzt sei dies doch Tatsache geworden. Das Deutsche Reich wolle nur den Frieden, und da Reibungsflächen immer den Frieden bedrohten, so müsse man sich auch in diesem Falle über das Verschwinden der russisch-englischen Reibungsfläche freuen.

So wurde das Deutsche Reich in einer schauerlichen Konsequenz durch eine unfähige Politik zur gemeinsamen Reibungsfläche für die anderen Mächte, die unter sich ihre Reibungsflächen beseitigt hatten. Wie war dies gekommen?

*

Nach der politischen Niederlage Frankreichs in der Faschoda-Angelegenheit 1898 schien die historische französisch-englische Feindschaft wieder in voller Stärke ausgebrochen zu sein. Frankreich tobte in seiner Presse und in Reden über die „Schmach von Faschoda" und über das perfide Albion, wie seit langem nicht. Die Wissenden in der Regierung und in den Kammern waren freilich erleichtert und beruhigt, daß der Kolonialkonflikt, wenn auch durch völliges Nachgeben, nicht zum Kriege mit Großbritannien geführt hatte, denn Frankreich war zur See weder bereit noch überhaupt annähernd stark genug, um den Kampf mit Großbritannien aufzunehmen. Der Mann, der als Außenminister dieses für den französischen Nationalstolz so schwere Nachgeben im Parlament zu vertreten hatte, der Außenminister Delcassé, aber benutzte die Niederlage zu einer großen politischen Planung, zu einem vollständigen Frontwechsel der französischen Außenpolitik.

Die Periode der „Marokko-Krisen"

Ein damals sehr bekannter französischer Schriftsteller, Victor Bérard, erzählte 1905: Delcassé habe 1898 bereits, also während der Faschoda-Krisis, gesagt: „Ich möchte dieses Haus (das Außenministerium) nicht verlassen und von meinem Ministerposten nicht weichen, ohne ein gutes Einvernehmen (la bonne Entente) mit England hergestellt zu haben." Dieses Ziel verfolgte der Minister nun stetig und geschickt, unterstützt hauptsächlich von dem langjährigen französischen Botschafter in London, Paul Cambon, dem Bruder des späteren Botschafters in Berlin; nachher auch in Zusammenarbeit mit Clémenceau, der besonders wichtig war für die persönliche Anknüpfung mit König Eduard von England, dem damaligen Prinzen von Wales. Das Ziel Delcassés war ein dauernd enges, durch Abkommen geregeltes Einvernehmen mit Großbritannien gegen Deutschland; am Ende stand für die beiden Mächte die Vernichtung des Bismarck-Reichs, also der europäische Krieg. Das Bündnis mit Rußland war da, gefehlt hatte noch die Gewinnung Englands, um Deutschland von der Seeseite zu be-

drohen und ihm die überseeische Zufuhr abzuschneiden. Ein weiterer Schritt auf demselben Wege war die Schwächung des Dreibundes durch Gewinnung Italiens für bessere Beziehungen; dies gelang, beinahe zugleich, sowohl Frankreich wie England. Beide Mächte versicherten in Rom, daß sie weder damals noch für später Absichten auf Tripolitanien hätten und Italien freie Hand dort lassen würden, aber italienische Neutralität im europäischen Kriege erwarteten.

In Deutschland stand man jener stillen, entscheidenden Frontwendung der französischen Außenpolitik zunächst ahnungslos gegenüber. Man war überzeugt, Frankreich sinne auf Rache gegen England wegen Faschoda, und um die Jahrhundertwende träumte man von deutsch-französischer Versöhnung.

Um das Jahr 1902/03 hatten sich die maßgeblichen Persönlichkeiten in London und Paris genügend verständigt, um die große Wendung auch für die Außenwelt hin vorzubereiten: Eduard VII. von England machte seinen Besuch in Paris, der Präsident Loubet der Französischen Republik erwiderte ihn, die Annäherung war damit ein öffentliches Ereignis geworden. Im Frühjahr 1904 veröffentlichten die beiden Mächte das sogenannte Marokko-Abkommen. Der Name wurde dadurch gerechtfertigt, daß Großbritannien seine politischen Interessen in Marokko an Frankreich abtrat, ihm dort freie Hand ließ, während Frankreich die englische Vormachtstellung in Ägypten anerkannte. Auch andere, fernliegende bisherige Streitfragen auf kolonialem Gebiet wurden im Marokko-Abkommen geregelt, ebenfalls das Verhältnis Spaniens in und zu Marokko. Das Abkommen wurde veröffentlicht, jedoch war bald bekannt, daß auch ein geheimer Teil vorhanden war. Wie immer in solchen Fällen verkündeten beide Mächte: selbstverständlich habe das Abkommen keine Spitze gegen irgendeine andere Macht, sondern bezwecke nur, ein neues Pfand zur Erhaltung des europäischen Friedens zu liefern durch die Beseitigung aller bisherigen gefährlichen Reibungsflächen zwischen den beiden Westmächten. Die eigentliche Bedeutung des Abkommens lag nun nicht in seinem Inhalt, so wichtig dieser an sich auch war, sondern eben in der Tatsache, daß es hatte geschlossen werden können, daß an die Stelle der bisherigen schlechten Beziehungen die Entente cordiale zustande gekommen war. Zur damaligen internationalen Stellung in Marokko ist zu bemerken: Im Jahre 1880 fand zu Madrid eine internationale Marokko-Konferenz statt. Hier wurde beschlossen: die Anerkennung aller auf der Konferenz vertretenen Nationen bezüglich des Rechtes der meistbegünstigten Nation durch Marokko. Der Sultan von Marokko wurde durch die Madrider Konferenz als unabhängige Macht behandelt und anerkannt.

In dem Abkommen von 1904 lag, wenn schon nicht unmittelbar dem Wortlaut nach, ein Verstoß gegen die Madrider Konvention vor, wenn z. B. Frankreich in dem Abkommen erklärte, es habe nicht die Absicht, „den politischen Zustand Marokkos zu ändern". Diese Formel schloß nicht aus, daß eine französische Regierung jeden Tag diese ihre Absicht ändern konnte, ohne den Wortlaut des Abkommens zu verletzen. Es lag aber bereits eine ideelle Verletzung der Madrider Konvention vor, denn auf dieser hatten, wie gesagt, das Land Marokko, der Sultan und seine Regierung als unabhängig gegolten.

Nach der Veröffentlichung des Abkommens 1904 erklärte Bülow im Reichstag: Deutschland habe keinen Grund zur Annahme, daß das Abkommen eine Spitze gegen eine andere Macht enthalte. Der Versuch scheine vorzuliegen, eine Reihe von Differenzpunkten zwischen England und Frankreich zu bereinigen. Dagegen könne Deutschland nichts einwenden, denn ein gespanntes Verhältnis zwischen Frankreich und England wünsche Deutschland nicht, da es den Weltfrieden wünsche. — „Unsere merkantilen Interessen in Marokko müssen und werden wir schützen. Wir haben keinen Grund, zu befürchten, daß diese unsere Interessen in Marokko von irgendeiner Macht mißachtet oder verletzt werden könnten."

Das war sehr vorsichtig ausgedrückt und zugleich das indirekte Eingeständnis einer politischen Niederlage des Deutschen Reiches. Als dem Kanzler dies im Reichstag vorgeworfen wurde, erwiderte er mit der schönen Phrase: für die deutschen Interessen sei es nicht erforderlich, Zwietracht zwischen anderen Mächten zu stiften oder bestehende Zwiespalte offenzuhalten. Es war niemand im Reichstage, der dem Kanzler entgegnet hätte: daß Deutschland allerdings das größte Interesse an der Verhinderung von Koalitionen habe, die nur aus Gegnerschaft gegen Deutschland entstanden sein konnten. Wir brauchen es heute nicht mehr darzulegen, denn die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, daß die englisch-französische Entente cordiale von 1904 der Brennpunkt und Kraftmittelpunkt der Kräfte gewesen und geblieben ist, die seitdem das Deutsche Reich als unabhängige Großmacht zu beseitigen unaufhörlich versuchten.

Im März 1905 erregte es deshalb großes Aufsehen, als Fürst Bülow auf Kritiken hin im Reichstage sagte: er verstehe sehr gut, wenn man sich mit dem „In-und-um-Marokko" beschäftige: „Ich erachte es als eine Pflicht der deutschen Regierung, dafür zu sorgen, daß auch in Zukunft unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko nicht geschädigt werden."

Was war seit dem Frühling des Vorjahres mit dem „In-und-um-Marokko" geschehen?

Anfang 1905 schlug die französische Regierung auf eigene Hand dem Sultan von Marokko eine lange Reihe von Maßnahmen vor, um Ordnung und Reformen im Lande zu schaffen, das marokkanische Heer, die Polizei und die Zolleinrichtungen unter französischer Führung, eine marokkanische Staatsbank mit französischem Gelde einzurichten usw. Im ganzen kam es auf die Herstellung eines französischen Protektorates Marokko hinaus. Das stand in klarem Gegensatz und Widerspruch zu der Konvention von Madrid. Der deutsche Reichskanzler hatte dem französischen Vertreter in Tanger wissen lassen: die deutsche Regierung sei über den Inhalt des Marokko-Abkommens nicht unterrichtet worden und fühle sich deshalb in nichts gebunden. Als auch auf diesen Wink hin weder aus Paris noch aus London eine Mitteilung erfolgte, fuhr der Deutsche Kaiser auf einem Dampfer, von einem Kriegsschiff begleitet, nach der Reede von Tanger. Der Kaiser schreibt hierzu in seinen „Ereignissen und Gestalten“:

Im März 1905 habe er eine Erholungsreise in das Mittelmeer geplant, wie im Jahre zuvor, ebenso sollte die Fahrt auf einem Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie stattfinden und vorher der Hafen von Lissabon angelaufen werden. „Als der Zeitpunkt der Abreise sich näherte, trat Bülow mit dem weiteren Wunsche hervor: ich möchte auch Tanger anlaufen, um durch den Besuch des marokkanischen Hafens die Stellung des Sultans den Franzosen gegenüber zu stärken. Ich lehnte das ab, weil mir die Marokko-Frage zuviel Zündstoff zu enthalten schien, und weil ich fürchtete, daß mein Besuch eher schädlich als nützlich wirken müßte. Bülow kam aber immer wieder darauf zurück, ohne mich von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Besuches überzeugen zu können.“ — Auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Schoen, der den Kaiser begleitet habe, sei der Ansicht gewesen, daß der Tanger-Besuch besser unterbleibe. Von Lissabon aus teilte ich diesen Entschluß dem Kanzler telegraphisch mit. Bülow antwortete mit der nachdrücklichen Forderung, daß ich der Meinung des deutschen Volkes und des Reichstags, die sich nun einmal für einen solchen Schritt erwärmt hätten, Rechnung tragen müsse, es sei notwendig, daß ich nach Tanger führe. — „Schweren Herzens gab ich nach, denn ich befürchtete, daß dieser Besuch bei der Lage der Dinge in Paris als Provokation aufgefaßt werden könnte und in London die Geneigtheit zur Unterstützung Frankreichs im Kriegsfalle bewirken würde.“

Man findet in diesen Äußerungen des Kaisers eine auffallende Ähnlichkeit mit seiner Erzählung, wie er dazu gekommen bzw. gedrängt worden sei, seinerzeit die Krüger-Depesche abzuschicken.

Im Jahre 1905 wünschte die öffentliche Meinung, soweit sie national war, nur einen festen und klaren Kurs, so oder so, aber die Reise des Kaisers und

seine Landung in Tanger lagen ganz außerhalb dieser Betrachtungen. Als sie zur Tatsache wurde, begann ein allgemeines besorgtes Achselzucken über das theatralische Gebaren des Kaisers und Kritik gegen Bülow, der solche Neigungen unterstützte. Und die innerpolitischen Gegner in Deutschland schrien darüber, daß Wilhelm II. wieder einmal den Weltfrieden gefährde. Die Stimmung weiter Kreise deutete in einem Gedicht der „Kladderadatsch" an mit den Zeilen: „Wir waren noch nicht in Tanger, drum fahren wir nach Tanger!"

Graf Zedlitz, der Hofmarschall des Kaisers, berichtet zur Tanger-Reise des Kaisers folgende charakteristische Vorgeschichte der Demonstration des Kaisers in Tanger:

„Der Kaiser äußerte dem Grafen Eulenburg (nicht Fürst Philipp Eulenburg) gegenüber, gelegentlich der Vorlegung des Planes für die Mittelmeerreise (es handelte sich zunächst um die jährliche Vergnügungsreise), daß er gern etwas in Marokko sehen würde, und deshalb nahe Tanger an der Küste entlangfahren wolle. Der Graf Eulenburg fragte nun vorsichtigerweise den Reichskanzler Grafen Bülow, ob ein ‚Kreuzen' dicht an Tanger politische Bedenken habe. Ich sah selbst, daß Graf Bülow schriftlich antwortete: ‚Nur ein Vorbeifahren dicht an Tanger habe nach seiner Ansicht kaum Bedenken.' — Aus dieser Äußerung ging hervor, daß ihm bereits dieser Plan schon nicht ganz sympathisch war, und daß er leise abraten wollte. — Nach einigen Tagen aber sprach Majestät ganz ruhig von einem eventuellen kurzen ‚Landen' in Tanger, und nun hatte Graf Bülow doch nicht mehr die Nerven, um zu erklären, daß dies tatsächlich Schwierigkeiten in der politischen Lage hervorrufen könnte. — Auf diese Weise entstand der Aufenthalt in Tanger, und nun versucht man so zu tun, als ob alles wohl durchdacht und im deutschen Interesse gelegen habe. Leider wird häufig auf solche Weise Geschichte gemacht."

Engere Kreise in Deutschland, in erster Linie der Alldeutsche Verband, hatten, auf die früheren Erfahrungen gestützt, vor allem die Befürchtung, daß dem lärmenden und Europa alarmierenden Paukenschlage von Tanger die weitere Haltung der deutschen Politik nicht entsprechen würde.

In Tanger gelandet, hielt der Kaiser eine Rede an den Oheim des Sultans von Marokko: Er besuche diesen als unabhängigen Herrscher und hoffe, daß unter ihm ein freies Marokko dem friedlichen Wettbewerb aller Nationen offen sein werde. Einer Abordnung der deutschen Kolonie gegenüber betonte Wilhelm II., er wolle den Handel mit Marokko fördern, das sei aber nur möglich bei Gleichberechtigung aller Mächte, unter einem souveränen Sultan und bei Unabhängigkeit des Landes.

In Frankreich wirkten der Besuch und die Reden wie die bekannte Bombe, man sah die Kriegsgefahr vor der Tür, und die Stimmung wandte sich gegen Delcassé. Die Stimmung im Ministerium war geteilt, es kam im Juni 1905 zu einer entscheidenden Ministerratssitzung, nachdem die deutsche Regierung den Vorschlag gemacht hatte, eine internationale Konferenz über die Marokko-Angelegenheit zu berufen. Delcassé war dagegen: man müsse unter allen Umständen durchhalten, von England habe er Beistandszusicherungen. Er zeigte eine Depesche des italienischen Außenministers vor: „Deutschland wird nie wagen, Sie anzugreifen, wenn Sie mit England verbündet sind!" — Unwidersprochen berichteten nachher französische Zeitungen: der Ministerpräsident habe den Kriegs- und Marineminister gefragt, ob Frankreich bereit sei. Der Kriegsminister habe die Hände emporgehoben und ausgerufen: „Wir sind in keiner Hinsicht bereit!"; ebenso der Marineminister. Im Anschluß daran erklärte sich der ganze Ministerrat zur Annahme des deutschen Konferenzvorschlages bereit, bis auf Delcassé. Dieser trat infolgedessen in tränender Wut unmittelbar zurück.

Der Rücktritt wurde mit lautem Siegesgeschrei von den deutschen Regierungskreisen und ihrer Presse aufgenommen. Delcassé verteidigte in der Presse seine Politik: er habe von England Zusage erhalten, daß im Kriegsfall Großbritannien auf Frankreichs Seite treten würde, im besonderen, daß man ein Expeditionskorps von 100 000 Mann auf dänischem Boden landen und von Jütland aus gegen Kiel und den Nordostsee-Kanal marschieren würde. — Der englische Beistand würde Deutschland unmöglich gemacht haben, gegen Frankreich Krieg zu führen, da auch der Dreibund versagt haben würde. —

Unmittelbar nach diesen Enthüllungen erschien in französischen Häfen ein englisches Besuchsgeschwader und ein französisches in einem englischen Hafen, zu letzterem kam König Eduard und betonte in einer Tischrede die Solidarität der beiden Länder. Die Lage war also vollkommen klar, auch denen, die auf deutscher Seite bis dahin nicht an die englisch-französische Solidarität hatten glauben wollen. Diese unverbesserliche Kategorie von Deutschen wiegte sich ja auch 1914 in derselben Illusion, und es hat sehr lange gedauert, bis sie verschwand.

Während der sechs folgenden Jahre kam in kurzen Zwischenräumen eine „Marokko-Krisis" nach der anderen, bis 1911. Daß es so kam, war die Folge der Unbeständigkeit und des Schwankens der, im Sinne des Begriffes: ziellosen, Politik des Deutschen Reichs. Gewiß, man nannte das Ziel und formulierte es immer wieder aufs neue: Unabhängigkeit Marokkos, offene Tür für den Handel aller Nationen, Autorität des Sultans; Deutschland habe kei-

nerlei politische Bestrebungen dort. Gleichwohl wußte man in Berlin, daß Frankreich im Einverständnis mit Großbritannien seinerseits das Ziel hatte: Marokko zur französischen Kolonie zu machen, dem Sultan alle Autorität zu nehmen und die „offene Tür" zu schließen. 1905 hatte gezeigt, daß diese Frage zur Frage von Krieg und Frieden werden mußte und nach Großbritanniens festem Plan werden sollte. Spätestens seit 1905, eigentlich schon früher, hätten der Kaiser und seine Berater zum mindesten sich über die von ihnen einzuschlagende Politik klar sein müssen. Ein Entweder-Oder war eine Notwendigkeit. In Berlin herrschte aber Uneinigkeit: der Geheimrat von Holstein wollte Krieg, der Chef des Generalstabes Graf Schlieffen soll derselben Ansicht gewesen sein. Ob Holstein es wirklich wollte, ist die Frage.

In der Tat sprach, auch wenn wir heute die damalige Lage prüfen, manches dafür, es auf einen Krieg ankommen zu lassen: Frankreich war nicht bereit, in Rußland herrschte die Revolution, sein Krieg in Ostasien war verloren, ein schneller, vollständiger deutscher Sieg auf dem Lande wäre sicher gewesen. Auf der anderen Seite stand: englische Blockade, Wegnahme des deutschen Handels und der überseeischen Kapitalien, bei längerem Kriege auch Wegnahme der Kolonien. Der deutsche Flottenbau befand sich in den ersten Anfängen.

Der Kaiser wollte keinen Krieg, wollte einen solchen unter allen Umständen vermeiden. Auch das war eine Politik, die, mit Recht und Grund, vertreten werden konnte: das enorme materielle Aufsteigen Deutschlands, seines Handels, seiner Industrie, seiner Wirtschaft überhaupt, der Ausbau der Flotte, die Vermehrung der Bevölkerung, das alles waren Ursachen und Gründe, die sich hören ließen. Die Ansicht, daß Deutschland mit jedem neuen Friedensjahr an Gesamtgewicht in der Welt zunähme und sein wirtschaftlicher Einfluß in Europa gewaltig wachse, das alles waren Tatsachen. Vielleicht liegt die Frage nicht fern, ob der Standpunkt des Kaisers: unter keinen Umständen Krieg zu führen, ohne angegriffen zu werden, nicht in der Linie der Politik und auch der grundsätzlichen Ansicht Bismarcks gelegen habe: es sei unter allen Umständen unverantwortlich, einen Krieg zu führen, etwa in dem Gedanken: später werde derselbe doch kommen, ob man wolle oder nicht, jetzt aber seien die Umstände günstiger als je, und sie würden mit der Zeit immer schlechter werden. Man könne (hat Bismarck gemeint) „der Vorsehung nicht in die Karten sehen". Später ist dazu das Wort geprägt worden: man wisse wohl, wie man in einen Krieg hineinkomme, nicht aber, wie man wieder aus ihm herausgelange.

Niemand wird die Richtigkeit solcher Überlegungen bestreiten können. Während der marokkanischen Angelegenheit stand Bülow, übrigens seiner

Natur gemäß, zwischen den beiden hier extrem skizzierten Standpunkten. Gewiß wollte er keinen Krieg, aber ebensowenig — soweit man bei diesem Staatsmann vermuten kann — wäre er bereit gewesen, unter allen Umständen Krieg abzulehnen. Er trieb eine Politik des Selbstvertrauens auf seine diplomatischen Künste: irgendwie werde man sich schon mit Anstand durchmanövrieren und schließlich aus der Angelegenheit herauskommen. Von vornherein scheint er, scheint auch der Kaiser mit einem derart entschiedenen, kriegslustigen Eintreten Englands für Frankreich nicht gerechnet zu haben.

Der Rücktritt Delcassés war ein diplomatischer Sieg der deutschen Regierung. Bülow, anstatt, wie es damals schon in der Öffentlichkeit geraten wurde, nunmehr mit Frankreich allein die marokkanische Frage weiterzubehandeln, beantragte die internationale Konferenz. Lerchenfeld schreibt in seinen Erinnerungen: Auf seine Frage, weshalb er Sonderverhandlungen mit Frankreich nicht gepflogen habe in jenem günstigen Augenblick, antwortete Bülow, er wolle sich nicht der Möglichkeit aussetzen, daß Frankreich das Deutsche Reich mit irgendeinem minderwertigen Entgelt, wie etwa dem Hafen von Casablanca, abfertige. — Er gab sich also, leichtfertig wie immer, der Illusion hin, die von ihm mit Erfolg beantragte internationale Konferenz werde ein für Deutschland noch viel wertvolleres Ergebnis haben als den wichtigen Hafen von Casablanca; hielt unbegreiflicherweise für möglich, daß Großbritannien einen deutschen Hafen an der atlantischen Marokkoküste zugeben könnte! Der Kaiser seinerseits war für die Konferenz, weil er, blind für die realpolitische Lage, in einem internationalen Gremium die größte Sicherheit für die Erhaltung des Friedens erblickte.

Die mit Anfang 1906 beginnende Konferenz fand zu Algeciras, einem kleinen Ort in Spanien, nahe Gibraltar, statt und endete, hinsichtlich Marokkos, mit vollständigem Mißerfolge Deutschlands. Das Deutsche Reich sah sich einer überwältigenden Mehrheit gegenüber, die sich um England und Frankreich gebildet hatte, einschließlich Italiens. Diese Mehrheit war entschlossen, die Konferenz scheitern zu lassen, sobald Deutschland in irgendeinem wichtigen Punkte unnachgiebig sein sollte. Das wollte der Deutsche Kaiser aber nicht riskieren, weil er in einem Scheitern der Konferenz wieder ein Akutwerden der Kriegsgefahr erblickte.

Ganz zu schweigen von einer Hafenerwerbung in Marokko, erhielt Deutschland keine einzige der geforderten Garantien: für die Souveränität des Sultans, die Integrität des marokkanischen Gebiets, die Gleichheit der Handelsbedingungen von und in Marokko. Alle Vertreter stimmten gegen Deutschland, Österreich-Ungarn allein beobachtete eine neutrale Haltung zwischen

den beiden Parteien, nahm nicht für Deutschland Partei, weil die Marokko-Angelegenheit außerhalb der Dreibundverpflichtungen liege! Der Deutsche Kaiser war von dieser unerhörten Haltung so begeistert, daß er an den Außenminister der Doppelmonarchie die berühmte und von ganz Europa bespottete Depesche richtete: er habe sich zu Algeciras als ein „brillanter Sekundant auf der Mensur" bewährt. Europa lachte, und in Wien war man beleidigt.

Die Haltung der Mächte von Algeciras bedeutete die politische Offenbarung, daß das Deutsche Reich sich unter den Großmächten isoliert fand. Besonders enttäuschend war auch die russische Haltung für den Deutschen Kaiser, nachdem er während des Krieges im Fernen Osten Rußland gegenüber eine so freundliche Haltung beobachtet hatte, daß sie kaum noch neutral genannt werden konnte. Das hinderte die russische Regierung nicht, in Algeciras kaltschnäuzig auf die Seite Englands und Frankreichs zu treten. So sehr Wilhelm II. sich um die Freundschaft des russischen Zaren bemühte, so überschwenglich er ihn in Reden pries — die Freundschaft blieb einseitig und ganz ohne Einfluß auf die politischen Beziehungen der beiden Mächte. Das Fallenlassen des Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890 ließ sich nicht ungeschehen machen, und die Wirkungen dieses schweren Fehlers waren nicht mehr zu beseitigen.

Der Deutsche Kaiser hatte vor und während der Konferenz die Franzosen und damit alle Welt wissen lassen: „um Marokko" werde er nicht Krieg führen, er denke gar nicht daran. Schon mit dieser Äußerung hatte er der Stellung des deutschen Delegierten in Algeciras die Kraft genommen. Und Bülow trat nach Beendigung der Konferenz vor den Reichstag und sagte unter anderem: „Sollten wir um Marokko Krieg führen? Nein, meine Herren, um Marokko nicht. Wir haben in Marokko keine direkten politischen Interessen, wir haben dort auch keine politischen Aspirationen." Und dazu sagte er, in krassem Widerspruch zur Wahrheit: Deutschland habe erreicht, was es erreichen wollte, nämlich die offene Tür und die Sicherheit der wirtschaftlichen Interessen. — Gerade dies hatte man nicht erreicht.

Für die anderen Mächte bedeutete die Algeciras-Akte nur einen Papierfetzen; sie handelten gemäß dem Geheimvertrage von 1904, der Marokko zum größten Teil Frankreich, zum kleineren Spanien überließ. Nach der Kraftprobe von Algeciras, die, was Deutschland betraf, eine schlimme Offenbarung der Schwäche war, ging man in Frankreich ungesäumt an die „Tunifizierung" Marokkos heran.

*

Ein Überblick dieser „Ersten Marokko-Krisis" ergibt folgendes:

Es war nicht unbedingt notwendig, der Delcasséschen Aktion entgegenzutreten, weder um der Interessen noch um der Würde des Deutschen Reiches willen. Man konnte angesichts des Abschlusses der Entente cordiale und des veröffentlichten Marokko-Abkommens die Position: Marokko von vornherein abstreichen, auch in der Gewißheit, daß Deutschland mit Frankreich, schon wegen der geographischen Lage Marokkos, auf die Dauer weder politisch noch wirtschaftlich konkurrieren könne. Außerdem mußte man sich, schon nach dem bisherigen Verhalten Englands, sagen, daß dieses unter keinen Umständen Deutschland an irgendeinem Teil der atlantischen Küste Marokkos dulden werde. Gerade dies aber ist noch Jahre nachher in der Wilhelmstraße nicht begriffen worden.

Man konnte schließlich auch für alle Fälle Protest gegen das englisch-französische Marokko-Abkommen einlegen und diesen Protest bei Gelegenheit je nach künftiger Opportunität geltend machen oder nicht. Freilich durfte man dann nicht nach Tanger fahren.

Mit anderen Worten: Zu Anfang war die Marokko-Angelegenheit keine Frage des Ansehens und der Ehre Deutschlands und stand auch hinsichtlich der Handelsinteressen nicht in der ersten Linie. Wollte man aber aus Marokko eine solche Angelegenheit machen, zum Beispiel wegen der englisch-französischen Einigung, dann mußte man diesen Ausgangspunkt und diese Linie bis zu Ende fest- und durchhalten, denn dann ging es nicht „um Marokko", auch wenn man Marokko sagte, und dann durfte man nicht nach dem großen Paukenschlag von Tanger kalte Füße bekommen und erklären: um Marokko führe man keinen Krieg.

Seit 1905/06 machte man sich in Frankreich keinerlei Illusion mehr über den Deutschen Kaiser; Eduard von England hatte sich über die Naturseines Neffen nie getäuscht. Man erblickte in ihm nicht mehr den Mann, hinter dessen starken Worten und großen Gesten starke Entschlüsse und Handlungen standen. Damals, nach der Konferenz, erhielt Wilhelm II. in Frankreich den Ehrennamen „Wilhelm der Furchtsame" („Guilleaume le timide"), und man sprach von den Hunden, die bellen, aber nicht beißen. Über die Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Außenpolitik war man in Frankreich und England vollkommen unterrichtet und handelte danach. Die englische Presse sprach sich ungeniert mit Geringschätzung über den Kaiser aus und spottete über seine Depeschen und Reden. König Eduard nannte ihn „William the witless".

Es ist gewiß in vielen Fällen ein Lob und eine Anerkennung für einen Mann, auch einen Staatsmann und einen Monarchen, von ausländischen

Gegnern beschimpft zu werden. Bismarck meinte: wenn ihn das Ausland lobe, so habe er den Verdacht, eine Dummheit begangen zu haben, und: bei jedem Lob des Auslandes sei ein „kluges Mißtrauen" am Platze. Im Falle Wilhelms II. lagen die Dinge anders: das Ausland hatte begriffen, daß er nicht der starke Mann war, als der er scheinen wollte und vielen erschienen war. Und eben über diese Entdeckung seiner Schwäche war man in Frankreich wie in England, wie in Rußland selbstverständlich hoch erfreut und um so mehr bereit, seine Worte und seine Posen zu verspotten. Daß der König von England sich seiner Umgebung gegenüber sehr ungeniert über seinen Neffen äußerte, wurde ebenfalls schnell bekannt. Zwischen dem Onkel und dem Neffen bestand ein ungezügelter persönlicher Haß, dem der Kaiser, sobald sein Temperament ihn veranlaßte, drastischen Ausdruck zu geben pflegte. Als Wilhelm II. bei einer solchen Gelegenheit dem englischen Botschafter in Berlin sagte: dieser brauche das nun nicht alles gleich nach London zu berichten, antwortete dieser lachend, wenn er das bisher getan hätte, so würden Deutschland und Großbritannien schon längst im Krieg sein.

Als Prinz von Wales hatte der spätere Eduard VII. sich nicht durch Tugend ausgezeichnet, war auch nicht immer wählerisch in seinem Umgang gewesen. Der damalige Prinz Wilhelm hatte sich in strenger moralischer Mißbilligung über einen Fall geäußert, der längere Zeit europäisches Skandalgespräch war: der Prinz von Wales hatte beim Glückspiel mit einem Manne gespielt, der als Falschspieler demaskiert wurde. Im Kasino seines Regiments hatte daraufhin Prinz Wilhelm gesagt und dabei schärfste Ausdrücke gebraucht: mit dem Prinzen von Wales könne man nicht mehr gesellschaftlich verkehren. Dies war schnell zu Ohren des Prinzen von Wales gekommen, und seitdem bestand die verwandtschaftliche Bindung zwischen den beiden in aufrichtigster und tätiger Abneigung.

*

Man kann nicht sagen, daß der König von England von vornherein auf einen Krieg mit Deutschland ausgegangen wäre. Sein großes, mit Geschicklichkeit und Psychologie und Ausdauer eingeleitetes Werk der Einkreisung Deutschlands hatte als erstes Ziel wohl nicht den Krieg, sondern eine dauernde „friedliche" Belagerung, Isolierung und Bedrohung des Deutschen Reiches. Der Druck sollte, vereint mit dem des russisch-französischen Zweibundes, in Fällen von Spannungen und Krisen genügen, um die politischen und wirtschaftlichen Ziele Englands jeweilig zu erreichen.

Während des Weltkrieges erschien eine kleine Schrift aus der Feder des Engländers Harold Begbie „The vindication of Great-Britain"; Lord Haldane hat den Inhalt dieser Schrift als „richtig" bestätigt. Der Verfasser schrieb darin: „König Eduard VII. sah, daß Deutschland die größte Drohung für den Weltfrieden war, nicht freilich, weil es hundert Jahre zu spät auf die Welt gekommen war ... In der Welt gab es nur eine einzige Bedrohung des Friedens, und diese Bedrohung war die wachsende Bevölkerung, der wachsende Wohlstand und die wachsende Unruhe (unrest) des Deutschen Reiches."

Es erforderte schon angelsächsische Mentalität, um in der wachsenden Bevölkerung und dem wachsenden Wohlstand Deutschlands eine Bedrohung des Friedens zu sehen, wenn man nicht dem deutschen Volk, dem Kaiser und dessen Regierung Kriegslust und Eroberungswillen zutrauen wollte. König Eduard und seine Leute wußten gut genug, daß von derartigen Süchten in Deutschland nichts vorhanden war, und der König im besonderen, der seinen Neffen, seiner Mentalität nach, so genau kannte, wußte ebenso genau, daß Wilhelm II. seiner ganzen Charakteranlage nach pazifistisch geartet und ein schwacher Mann war. Das wußte man auch anderwärts, auch in Paris und St. Petersburg, wo während der letzten Jahre vor dem Kriege im Generalstab und Kriegsministerium als besonderer Vorteil Rußlands festgestellt wurde: man könne sich den Augenblick des Losschlagens gegen Deutschland mit Sicherheit selbst aussuchen, denn der Deutsche Kaiser werde nie einen Krieg beginnen.

Wie das Wachsen der deutschen Bevölkerung, das damals schon bedeutend zurückgegangen war, zu einem Eroberungskrieg hätte führen sollen, erscheint bei nüchternem Rückblick unerfindlich. Eroberungen in den damaligen baltischen Provinzen Rußlands sind ebenso wie Bismarck so auch Wilhelm II. und seine Minister stets abgeneigt geblieben. Im Russisch-Japanischen Kriege wäre gleichwohl eine glänzende Gelegenheit dafür vorhanden gewesen. Das Wachsen der Bevölkerung wurde keineswegs als Last empfunden, solange Industrie und Handel blühten. Das Wort von Tirpitz: Man müsse Waren ausführen oder Menschen, war richtig, und die Warenausfuhr wuchs in Deutschland von Jahr zu Jahr. Hier lag der letzten Endes bestimmende Grund für die englische Feindschaft und besonders für die des Königs. Wie der wachsende Wohlstand den Frieden bedrohen sollte, ist nicht erfindlich. Nun: „die Unruhe"! Damit sollte wohl angedeutet werden, daß maßgebende Schichten und Persönlichkeiten, besonders in der Armee, der friedlichen Tätigkeit satt, einen Krieg herbeigesehnt hätten. Es ist gewiß möglich, daß, wie zu allen Zeiten, begabte und tüchtige Offiziere den Wunsch gehabt haben, ihre Leistung in einem Kriege zu bewähren. Aber weder unter

Bismarck noch unter Wilhelm II. haben solche Regungen auch nur einen Augenblick den geringsten Einfluß gewonnen.

Eine Unruhe allerdings war vorhanden, nämlich in Gestalt der marxistischen und demokratischen Bewegung. Das Steigen der sozialdemokratischen Macht in Deutschland aber wurde von England und Frankreich mit größter Genugtuung verfolgt, denn darin erkannte man unschwer eine Quelle der Schwächung und Zerrüttung des Reiches und des Deutschtums. — Die machtlosen nationalen Kritiker in Deutschland waren, zum Unglück, nicht imstande, eine „Unruhe" — freilich eine solche anderer Art — hervorzurufen. Im übrigen freute man sich in Deutschland des wachsenden Wohlstandes auf international-kapitalistischer Basis und machte sich die, einseitig gesehen, bis zu einem gewissen Grade plausibel klingende, im Grunde genommen gefährlich-falsche Theorie zurecht: Nur keinen Krieg, denn wenn wir den Frieden behalten, wird Deutschland bald die erste Wirtschaftsmacht in Europa sein, und niemand wird mehr Krieg mit uns führen wollen!

Als Staatsmann war der englische König dem Deutschen Kaiser weit überlegen. Wilhelm II. fehlten die wichtigsten Eigenschaften des Staatsmannes. Nur ein Punkt sei vorweggenommen: König Eduard, dem als König, nach der Verfassung seines Landes, keinerlei Einmischung in den Bereich „der Regierung Sr. Majestät des Königs" zustand, hat gleichwohl die Außenpolitik seines Reiches im Sinne des Begriffs geführt: mit stärkster, geschmeidiger Initiative, ohne große Worte, überlegt und konsequent. Er scheute sich keineswegs, hervorzutreten, so auf seinen Reisen nach den verschiedenen Höfen Europas, er hielt auch Reden, konferierte mit fremden Ministern, aber ohne Lärm und Prahlerei, mit Takt und Psychologie. Ebensowenig scheute er sich gelegentlich, dem Deutschen Reiche, und besonders seinem Neffen, seine Mißbilligung und Abneigung zu zeigen, so, wenn er — ohne vom Deutschen Kaiser Notiz zu nehmen — wochenlang in Marienbad zur Kur weilte und Clémenceau empfing, oder auf dem Gebiet des Deutschen Reichs seine Schwester, die Mutter des Kaisers, besuchte, ohne sich um den Neffen zu kümmern. Seinen offiziellen Besuch als König, nach dem Tode seiner Mutter, hat Eduard VII. erst kurz vor seinem Tode gemacht.

Es ist menschlich begreiflich, daß der Deutsche Kaiser, auch abgesehen von der rein persönlichen Abneigung gegen den königlichen Onkel, durch dessen lückenlose Erfolgsreihe sich noch mehr gegen ihn verbitterte, um so tiefer, als Eduard gerade diejenigen wesentlichen Fähigkeiten besaß, die dem Kaiser fehlten. „Der glänzendste Mißerfolg des Jahrhunderts!" war die Bezeichnung, die der König von England für seinen kaiserlichen Neffen hatte.

Eduard VII. kannte die Franzosen genau, schon ehe er König geworden war, besaß überhaupt Menschenkenntnis. Daß er es 1903 in ganz kurzer Zeit fertigbrachte, die Stimmung des französischen Volks und des Parlaments nach vorhergegangenen schlechtesten Beziehungen für sich persönlich und für Großbritannien völlig umzustimmen und dann das sogenannte Marokko-Abkommen zu schaffen, war eine staatsmännische und diplomatische Musterleistung. Deren Größe wird dadurch nicht beeinträchtigt, daß er als der „erste Freimaurer Europas" auch gerade in diesen Kreisen größten Einfluß hatte und entsprechende Unterstützung fand.

*

Die gegen Deutschland gerichtete Spitze der Entente cordiale entwickelte sich weiter unter der Scheinfirma: Marokko. Der französischen Regierung fiel es nicht ein, die Bestimmungen der Algeciras-Akte innezuhalten, sondern sie begann gleich nachher zur „Wiederherstellung der Ordnung" oder „zum Schutze französischer Staatsangehöriger" oder „zur Sicherung der Handelswege" und so weiter dauernd auf dem marokkanischen Gebiet einzugreifen, außerdem die Freiheit und Gleichheit des Handels ohne weiteres mit Füßen zu treten; dazu kamen örtliche Konflikte, zum Beispiel wegen eines Deutschen, der der Fremdenlegion entlaufen war und bei Deutschen in einer marokkanischen Hafenstadt Schutz fand. Ein sogenannter Zwischenfall folgte dem anderen, und es zeigte sich sehr schnell, daß die Algericas-Akte ein wertloses Stück Papier war. Der Kaiser und die deutsche Regierung beschritten in ihrer Ratlosigkeit die ihnen von den Franzosen gebaute unrühmliche Rückzugsbrücke: diese und ähnliche Zwischenfälle und Übergriffe als „außerhalb der Algeciras-Akte liegend" anzusehen.

Die französische Außenpolitik hatte begriffen, daß es Berlin nur darauf ankam, das Gesicht leidlich zu wahren, daß man in der Sache selbst bereits verzichtet hatte und ihrer müde war, sehr müde. Damals, 1907, war Clémenceau Ministerpräsident. Als er in der Kammer gefragt wurde — es handelte sich gerade um jenen Zwischenfall —, „ob Frankreich im Falle des Krieges garantiertermaßen englischen Beistand zu erwarten habe", antwortete er unter allgemeiner Heiterkeit: „Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht!" Ganz Europa, außer Deutschland, lachte über diese Ironisierung formaler amtlicher Diskretion. In diesen Jahren entstand in Frankreich jener zuversichtliche, vor dem Krieg nicht mehr zurückschreckende, beinahe kriegslustige „neue Geist" (esprit nouveau). Man war Großbritanniens ganz

sicher geworden; man vertraute fest darauf, daß in einem Kriege Italien nicht an der Seite des Deutschen Reiches stehen werde, man sah den militärischen Niedergang Österreich-Ungarns und die zunehmende innere Zerrissenheit des Habsburger Reichs und hatte die Schwäche und Unentschlossenheit des Deutschen Kaisers als realen Faktor in die politische Rechnung eingestellt. Sein Nimbus als gewaltiger Herrscher und als ein Führer war vorbei. Vieles läßt sich in dieser Welt an Verlusten wiederherstellen, niemals aber der einmal verlorengegangene Nimbus einer überschätzten Persönlichkeit!

Die nächste Marokko-Krisis ließ nicht auf sich warten, sie erfolgte im Herbst 1908 in Gestalt eines neuen deutsch-französischen „Zwischenfalls" in der Hafenstadt Casablanca. Das Recht war auf der deutschen Seite. In Deutschland wie in Frankreich bestand erhebliche Erregung, das Kabinett Clémenceau erklärte: Frankreich habe keine Furcht und sei zum Kriege bereit; der König von England teilte mit: Großbritannien sei ebenso entschlossen wie 1905, an Frankreichs Seite zu treten. Die Sache wurde dem Haager Schiedsgericht übertragen, dieses entschied gegen Deutschland. Das war wieder eine deutsche Schlappe, wieder eine Minderung des deutschen Ansehens. Die Leute sagten sich: Man muß dem Kaiser nur die Zähne zeigen, dann weicht er zurück!

So wurde nun in Berlin beschlossen, schon wegen der immer schwerer werdenden Spannungen um die Balkan-Halbinsel zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, die deutsch-französische Reibungsfläche Marokko zu beseitigen. Diese Absicht hatte bereits kurz vor der Casablanca-Angelegenheit beginnen sollen, und zwar auf der Basis: Deutschland erklärt sich politisch desinteressiert! 1909 brachte der nachherige Staatssekretär Kiderlen-Waechter ein Abkommen in diesem Sinne zustande. Es war wieder eine Selbsttäuschung, zu glauben, daß Frankreich auch nur daran denke, anderen Nationen, und besonders Deutschland, wirtschaftliche Freiheit und Gleichheit tatsächlich zu gewähren. Die deutsche Regierung aber war stolz auf diese „Erledigung" und hegte die neue Illusion: nun werde auch das Verhältnis zu England endlich besser werden. Endlich, 1909, machten der König und die Königin von England ihren „Antrittsbesuch" in Berlin. In seiner Tischrede erklärte Eduard VII.: die Erhaltung des Friedens sei immer das Ziel seiner Bemühungen gewesen; ganz kurz nachdem er in der bosnischen Krisis den europäischen Krieg beinahe zum Ausbruch gebracht hatte.

Deutschland war über diese neue Harmonie und Festigung des Weltfriedens durch den König entzückt, und im Berliner Rathause glaubte man, dem — nicht eben lyrisch-sentimental veranlagten — König einen tiefen

Eindruck von der deutschen Seele geben zu sollen, indem man einen Sängerchor ihm — gerade ihm — das Lied vorsingen ließ: „In einem kühlen Grunde, da geht ein Mühlenrad." Um dieselbe Zeit, Frühjahr 1909, schrieb der belgische Gesandte zu Berlin, Baron Greindl, in einem Bericht an den belgischen Außenminister: „Die Verfassung der Gemüter in England erinnert an die in Frankreich während der Jahre 1866 bis 1870. Damals hielten sich die Franzosen für berechtigt, Deutschland an der Wiederherstellung seiner Einheit zu hindern, weil sie darin eine Bedrohung der Vorherrschaft sahen, die Frankreich bis dahin auf dem Kontinent ausgeübt hatte. Ebenso betrachtet man heute in London die Weigerung Deutschlands, sich vertraglich dazu zu verpflichten, von der Gnade Englands abhängig zu bleiben, als einen unfreundlichen Akt und als eine Bedrohung des Friedens." — Die deutsche Weigerung betraf die Stellungnahme gegenüber dem persönlichen Verlangen des Königs, den deutschen Flottenbau einzuschränken.

Der Schlußakt des deutschen Trauerspiels „Marokko" erfolgte im Jahre 1911. In den vorhergegangenen Jahren hatte Frankreich seine „friedliche Durchdringung" Marokkos planmäßig fortgesetzt, militärisch, politisch und wirtschaftlich; der Sultan war nunmehr ganz in französischer Hand und rief, unter französischer Inspiration, den bewaffneten Widerstand anderer marokkanischer Stämme hervor. Die Franzosen erklärten sich für verpflichtet, den Sultan und seine Hauptstadt Fez zu schützen, und marschierten mit bedeutender Truppenmacht in die Stadt ein. Diesen Augenblick ergriff der deutsche Staatssekretär, um endgültig die marokkanische Angelegenheit zu bereinigen, und erklärte, hiermit sei die Algeciras-Akte erledigt, und damit habe Deutschland seine Handlungsfreiheit wieder. Auf Betreiben Kiderlen-Waechters und des neuen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg schickte die Regierung am 1. Juli 1911 das Kanonenboot „Panther" nach der Reede von Agadir, an der atlantischen Küste Marokkos, mit der Motivierung: wegen der dortigen Unruhen müsse man für den Schutz der in jenem Gebiet lebenden Deutschen sorgen. Es handele sich um keinerlei Akt einer Besitzergreifung.

Kiderlen-Waechter trat, wie es von vornherein seine Absicht gewesen war, sofort mit dem französischen Botschafter Cambon in Verhandlungen ein, entschlossen, die Marokko-Frage zwischen Frankreich und Deutschland aus der Welt zu schaffen, so oder so. Sein Vorschlag war: Deutschland sei bereit, Marokko als Protektorat an Frankreich zu überlassen, unter der Bedingung, daß die deutschen Handelsinteressen gewährleistet würden, was wieder eine von vornherein utopische Annahme war. Als Kompensation verlangte der Staatssekretär ein großes Gebiet der französischen Kongo-Kolonie. Die Regierung war bereit, dafür das deutsche Togo in den Kauf zu geben. Der

Gedanke war, daß dieser wichtigste Teil der französischen Kongo-Kolonie, zusammen mit dem deutschen Kamerun, ein großes deutsches Wirtschaftsgebiet: Westafrika bilden solle. Die Absicht einer Weggabe Togos erregte in Deutschland gleich so starken Widerspruch, daß darüber nicht mehr verhandelt wurde. Man handelte dann hin und her, und was Deutschland schließlich in Afrika erhielt, war nach Wert und Ausdehnung ein jämmerliches Tauschobjekt. Hätte die deutsche Regierung gleich beim ersten Auftauchen der Marokko-Frage Frankreich vor eine ähnliche Alternative gestellt, so würde alles ganz anders verlaufen sein.

Der Verfasser dieser Schrift glaubt, aus persönlichen Gesprächen mit dem Staatssekretär von Kiderlen-Waechter zu Beginn jener Verhandlungen etwas Tatsächliches zur Erklärung anführen zu sollen: Auf die Frage, ob mit der Forderung des französischen Kongo ein Kuhhandel eröffnet werden solle, sagte der Staatssekretär: Nein! Dem französischen Botschafter sei gesagt worden: diese Bedingung könne nur angenommen oder abgelehnt werden (à prendre ou à laisser). Auf die weitere Frage, ob der Staatssekretär auch der Ansicht sei, daß die Haltung Englands dieselbe sein werde wie in den bisherigen Marokko-Krisen, antwortete der Staatssekretär bejahend und fügte hinzu: Deutschland werde in diesem Falle unbedingt festbleiben, auch auf die Gefahr eines Krieges hin. Ich meinte: Ob der Kaiser nicht wieder kalte Füße bekommen würde, worauf Kiderlen-Waechter erklärte: Nein, er habe „das Pferd so dicht an den Graben herangeritten, daß es nicht mehr ausbrechen könne". Der deutsche Staatssekretär hatte sich getäuscht.

Großbritannien griff planmäßig ein; Lloyd George hielt eine öffentliche Rede, in der er sagte:

„Wenn uns eine Situation aufgezwungen würde, in der der Friede nur durch das Aufgeben der großen und wohltätigen Stellung erhalten werden könnte, die England sich in Jahrhunderten des Heroismus und des Erfolges erworben hat — und nur dadurch, daß Großbritannien in Fragen, die seine Lebensinteressen berühren, in einer Weise behandelt würde, als ob es im Rate der Nationen gar nicht mehr mitzählt, dann — ich betone es — würde ein Frieden um jeden Preis eine Erniedrigung sein, die ein großes Land, wie das unsrige, nicht ertragen könnte."

Also eine offene Kriegsdrohung, weil Großbritannien eine Sonderverhandlung zwischen Deutschland und Frankreich und gar eine Verständigung ohne Großbritannien nicht zulassen wollte. Unter allen Umständen wollte man in London verhindern, daß die beiden Festlandmächte friedlich miteinander übereinkämen; die traditionelle britische Politik! Der englische Außenminister Grey äußerte außerdem: Deutschland wolle einen Punkt an der

atlantischen Küste Marokkos in Besitz nehmen, und das müsse England als eine Gefährdung seiner Lebensinteressen ansehen. Es folgten Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, in diplomatischem Notenwechsel und im Deutschen Reichstag. Wieder hieß es: Um Marokko keinen Krieg! Kiderlen-Waechter behielt mit seiner Prognose des Verhaltens des Kaisers nicht recht. Der deutsche Reichskanzler von Bethmann-Hollweg versuchte vergeblich, das Gesicht des Deutschen Reiches zu wahren. Es war wieder eine schwere Niederlage der deutschen Politik und Diplomatie und eine noch schwerere des deutschen Ansehens in der Welt. Wieder hatte der Kaiser durch Äußerungen nach Paris verlauten lassen: um Marokko führe er keinen Krieg. Damit war dem politisch-diplomatischen Plane Kiderlen-Waechters das Fundament zertrümmert.

Im Vergleich zu diesem Verhalten des Kaisers tritt die Ungeschicklichkeit der Entsendung des Kanonenboots an die atlantische Küste Marokkos, die den Engländern einen äußeren Anlaß für ihr Eingreifen bot, zurück. Der ursprüngliche Plan des Staatssekretärs: endgültige Preisgabe Marokkos gegen jene große Kompensation, war im Grundgedanken richtig. Richtig war ebenfalls der Standpunkt, an dieser Forderung, auf jedes Risiko hin, festzuhalten. Sobald dies letztere nicht geschah, fiel von selbst alles andere zusammen. Man kann nur vorher Festgestelltes wiederholen: entweder man liquidierte die deutschen Marokko-Rechte stillschweigend oder man bestand auf der einmal erhobenen Forderung. Das Schädlichste, was gemacht werden konnte, aber war die Wiederholung des großen Paukenschlags zu Anfang und das Zurückweichen, sobald man sah, daß England und Frankreich die Charakterschwäche der deutschen Politik erkannt hatten und in London erklärt wurde: Gut, dann also Krieg; eine Haltung, die, nach den Vorgängen, 1911 ebenso zu erwarten war wie 1905, 1906, 1908. — Nachträgliche Enthüllungen eines englischen Parlamentsmitgliedes bewiesen, daß Großbritannien 1911 während jener Spannung alle Vorbereitungen zum sofortigen Losschlagen getroffen hatte und Schwärme britischer Torpedoboote ungesehen die Bewegungen der deutschen Seestreitkräfte verfolgt hätten.

Diese sechs Marokko-Jahre bildeten nicht nur kein Ruhmesblatt für die politische Leitung Deutschlands, sondern verstärkten den Pessimismus in der deutschen Bevölkerung. Alle, die noch ein Interesse für die europäische Stellung des Deutschen Reiches hatten, fragten sich: Wie wird es weitergehen, wie wird es enden ?, und rückblickend: Was bleibt noch übrig von dem Erbe, das Bismarck dem Kaiser und seinen Kanzlern hinterlassen hat, und von der Achtung, die Deutschland bis 1890 genoß ?

Im selben Jahre 1911 griff Italien das tripolitanische Gebiet der Türkei an und nahm zwölf ägäische Inseln in Besitz, unter Ausnutzung jener Ab-

machung mit den Westmächten und Rußland. Das verbündete Deutschland war erst im letzten Augenblick benachrichtigt worden. So entstand für das Deutsche Reich, angesichts seiner engen freundschaftlichen Verbindung mit dem Türkischen Reiche, eine schwierige und heikle Lage. Um diese und ihre Folgen zu erläutern, müssen wir weiter ausholen, besonders auch deshalb, weil die deutsche Türkei- und Orientpolitik das eigenste Werk, der Lieblingsplan des Deutschen Kaisers war.

Die Orientpolitik des Kaisers

Im Herbst 1889 fand in Anwesenheit des Deutschen Kaisers und der Kaiserin die Hochzeit der Schwester des Kaisers mit dem Kronprinzen von Griechenland in Athen statt. Im Anschluß daran fuhren Kaiser und Kaiserin nach Konstantinopel zum Besuch des Sultans Abdul Hamid. Dieses Ereignis erregte großes mißfälliges Aufsehen in Europa, zahllose Fragen, Beunruhigung und Argwohn bei den europäischen Großmächten wurden laut. Die Planung des Besuches war schon längere Zeit vorher bekannt gewesen. Der russische Zar Alexander III. hatte im selben Frühjahr bei seinem Besuch in Berlin an Bismarck die Frage gerichtet: „Et Constantinople?" Bismarck antwortete dem Zaren, daß die Reise des Kaisers in keiner Weise eine Änderung des im Orient bestehenden Zustandes bezwecke. Damit gab sich der Zar anscheinend zufrieden.

Im selben Jahre erklärte die Deutsche Regierung ausdrücklich, ihre Politik sei auf Erhaltung der Türkei gerichtet. Erläuternd sei bemerkt, daß die Politik Rußlands, Englands und Frankreichs „grundsätzlich" auf Vernichtung, jedenfalls auf größtmögliche Schwächung des Türkischen Reiches und seiner Autorität am Bosporus und den Dardanellen gerichtet war; jede dieser Mächte von ihrem eigenen Interessenstandpunkt aus. Die Verschiedenheiten und Gegensätze dieser Interessen benutzte der Sultan Abdul Hamid, ein sehr geschickter und schlauer Staatsmann, um sie gegeneinander auszuspielen und so die Unabhängigkeit der Türkei innerhalb ihrer Grenzen zu erhalten; also ein Gleichgewicht, in diesem Sinne gesehen, freilich ein sehr labiles. Die europäischen Großmächte betrachteten das Türkische Reich, „den kranken Mann am Bosporus", ungefähr wie Hyänen einen schwer verwundeten oder kranken Mann, um den sie herumsitzen, damit sie gleich nach Eintritt seines Todes über ihn herfallen und ihn zerfleischen können.

Nun trat plötzlich das Deutsche Reich in diese Interessenkreise der Mächte ein, und zwar in einer neuartigen Form: der Deutsche Kaiser und sogar die

Kaiserin machten dem Sultan, dem Mohammedaner und Großharemsbesitzer, einen feierlichen Besuch. Weder der Zar noch der König von England, noch ein Präsident der Französischen Republik hätten jemals entfernt an derartiges gedacht. Also ergab sich die Frage, was diese Politik des Kaisers bedeute, zu wessen Nutzen und zu wessen Schaden ihre Verwirklichung sein könne.

Im selben Jahre erfolgte die Konzession des Sultans an eine deutsche Gesellschaft zum Bau und Betriebe anatolischer Eisenbahnlinien mit dem Vorzugsrechte zum Bau einer weiteren Linie nach Diarbekr und Bagdad. Im folgenden Jahre wurde ein Handelsvertrag mit dem Türkischen Reiche geschlossen.

Bismarck hatte bisher die Türkei nicht als einen Hauptgegenstand seiner Politik behandelt, ihre Erhaltung lag ihm nicht am Herzen, und er betrachtete das Türkische Reich im wesentlichen vom Gesichtspunkte der Fragen des dortigen Interessenstreites der anderen Großmächte und einer eventuellen Bedrohung des europäischen Friedens durch den Streit. Die Hauptsorge des Kanzlers galt dabei der Erhaltung Österreich-Ungarns als Großmacht und in Verbindung damit dem Einfluß der Orientschwierigkeiten auf die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und dem russischen Reiche. Die neue Orientpolitik Kaiser Wilhelms II. würde in ihrem Verlauf der Politik Bismarcks entgegengesetzt gewesen sein. Sie schuf für den Orient, für die Balkanstaaten, für die Großmächte und deren Beziehungen untereinander eine neue Lage.

Die Türkei-Politik Kaiser Wilhelms unterschied sich in dem schon angedeuteten Hauptpunkt wesentlich von der Politik der anderen Großmächte und mußte ihr entgegenlaufen: Wilhelm II. wollte vom Türkischen Reiche weder Land noch Kontrolle über die Meerengen, noch Anerkennung irgendeines Teiles als „Interessensphäre". Das große Eisenbahnbauprojekt sollte nach seiner Ausführung jene großen, bis dahin ganz eisenbahnlosen Gebiete wirtschaftlich aufschließen und so einerseits der deutschen Ausfuhrindustrie dienen, andererseits der Aufschließung von Bodenschätzen und schließlich der Kanalisierung und Fruchtbarmachung von Gebieten für den Anbau von Getreide, von Baumwolle usw. Möglicherweise hat sich der Kaiser auch noch eine reichliche Besiedlung durch Deutsche gedacht.

Dem Plan an sich, von außen und von ferne gesehen, war eine gewisse Großartigkeit nicht abzustreiten. Die rauhe Wirklichkeit aber ließ eine solche Betrachtung nicht zu: Zwischen dem Türkischen Reiche und dem Deutschen Reiche lagen die Balkanstaaten, lag Ungarn und Österreich, ein langer und nicht eben mit Ruhe und Frieden und Stetigkeit angefüllter Raum. Vielmehr

war er erfüllt, und mit jedem Jahre heftiger, von dem wachsenden Unabhängigkeitsdrang der balkanischen Staaten und ihrer Eifersuchtskämpfe untereinander. Hinzu kam der Gegensatz zwischen Serbien und Österreich-Ungarn, kamen die politischen Machenschaften von Petersburg und London, teils gegeneinander, teils auf Unterwühlung Österreich-Ungarns als Balkanmacht und als europäische Großmacht berechnet. Andererseits stärkte man die Balkanstaaten gegen die Türkei.

Kein Staatsmann konnte auf Eintritt stabiler Verhältnisse auf dem Balkan und im Bereiche des Türkischen Reiches rechnen, schon deshalb nicht, weil das damalige Türkische Reich tatsächlich der unheilbar kranke Mann war.

Darüber haben sich nicht allein Wilhelm II. mit seinen Ratgebern getäuscht, sondern merkwürdigerweise auch deutsche Botschafter und hervorragende deutsche Generale, trotzdem diese lange Zeit und wiederholt als militärische Instruktoren dort tätig waren. Man darf nicht vergessen, daß die damalige Türkei das Ergebnis einer Reihe gewaltsamer Eroberungen aus früheren Jahrhunderten war, nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und Arabien. Je stärker sich die Unabhängigkeitskräfte dort und in den Balkanländern regten und zielbewußt von den genannten europäischen Großmächten gestützt und angefacht wurden, desto brüchiger mußte der Gesamtbestand des Reiches werden. Auch zeigte sich, zunehmend mit dem Lauf der Jahre, daß für die kaiserliche Orientpolitik die Haltung Österreich-Ungarns keineswegs eine fördernde war. Nach Bismarcks Entlassung verhielt sich die Wiener Außenpolitik in bezug auf das Deutsche Reich stets intrigant, voll mehr oder minder versteckter Eifersucht, anspruchsvoller Überheblichkeit; Bismarck war ja fort! Andererseits zeigten die österreichischen Staatsmänner und Diplomaten wie eine Selbstverständlichkeit die Auffassung: das Deutsche Reich sei stets ohne weiteres verpflichtet, jeden Zug der Wiener Außenpolitik zu vertreten und zu unterstützen, auf jede Gefahr hin. Wiener Diplomaten unterließen in solchen Fällen selten die Andeutung: das Deutsche Reich werde doch wohl guttun, sich seinen einzigen sicheren Bundesgenossen des Dreibundes zu erhalten. Es entwickelte sich mit der Zeit das groteske Verhältnis, daß die Wiener Politik nicht nur in den Orientdingen die deutsche im Schlepptau führte, sondern auch das deutsch-russische Verhältnis schädlich zu beeinflussen trachtete.

Der Deutsche Kaiser betrachtete auch auf diesem Gebiete das Verhältnis zwischen den beiden Großmächten in der Hauptsache als ein solches zwischen den beiden Monarchen, denen die beiderseitigen Untertanen lediglich „zuzujubeln“ hätten und dieser Pflicht unter allen Umständen Genüge leisten würden.

Schon lange vor dem Weltkriege, auch vor dem entscheidenden Jahr 1908, war sogar in der Türkei die Mißgunst der österreichischen Diplomatie und Politik gegen Deutschland sehr fühlbar, auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet.

Im ganzen gesehen also stand die Verwirklichung des Bagdadbahn-Unternehmens und der ganzen deutschen Orient- und Türkei-Politik auf einer „Grundlage" von hundert Unsicherheiten und Gefährlichkeiten, von denen keine einzige an Ort und Stelle beseitigt oder erfolgreich bekämpft werden konnte. Mit jedem weiteren Jahre des großen Bahnbaues wuchs der böse Wille dagegen in Petersburg und London und Paris. Einen Gipfel erreichte diese Stimmung in den letzten Jahren vor dem Kriege, als der Kaiser einen deutschen General nach Konstantinopel schickte und dieser von der türkischen Regierung zur Übernahme des Kommandos über das in Konstantinopel befindliche Armeekorps berufen wurde. Nicht allein Rußland und Frankreich erhoben amtlichen Einspruch, sondern auch England, worauf der General seiner Stellung wieder enthoben wurde; wieder: erst Fanfare, dann Abblasen! Das war im Jahre 1913, als die drei Großmächte, politisch und militärisch eng miteinander verbunden, bereits zum Kriege gegen Deutschland entschlossen waren und ebenso entschlossen, diesen Krieg von der Balkanhalbinsel aus zu entzünden.

Während der langen Zwischenzeit war es der deutschen Politik nicht gelungen, eine der beiden Großmächte, England oder Rußland, fest und zuverlässig mit dem Bagdadbahn-Unternehmen auszusöhnen. Im Laufe der Jahre fanden allerhand Verhandlungen statt, hauptsächlich wegen finanzieller Beteiligung Englands und auch Frankreichs an dem Unternehmen, mit wechselndem, niemals jedoch politisch entscheidendem Ergebnis. Für England stellte sich die Haltung zur Bagdadbahn, überhaupt zur Orientpolitik des Kaisers, ungefähr folgendermaßen dar: der Grund- und Zweckgedanke dieser Politik mußte, nach der englischen Auffassung, nicht allein als unbequem, sondern als bedrohlich für einen wichtigen Teil der britischen Weltherrschaft erscheinen. Um eines so weitgreifenden Planes willen, der anerkanntes britisches Eigentum oder anerkanntes Einflußgebiet nicht berührte, konnte die großbritannische Regierung im ganzen einen offiziellen Einspruch nicht erheben. Sie erhob ihn für das letzte Stück der geplanten Bahn, das durch das Gebiet von Koweit hindurchging und am Persischen Golf deren Endpunkt finden sollte. England beschränkte sich im übrigen auf Beobachtung der verschiedenen Abmachungen mit dem Sultan, lehnte zuerst geldliche Beteiligung an dem Unternehmen ab, fand sich später bereit dazu. Nachher, während der letzten Zeitperiode vor dem Kriege, mag man gedacht haben, daß durch englische und französische Geldbeteiligung die

Internationalisierung des Unternehmens nur eine Frage der Zeit sein werde und damit von Deutschland kommende politische Gefahren mit Sicherheit ausgeschaltet werden könnten. Kurz vor dem Kriege, als, allen späteren dokumentarischen Veröffentlichungen zufolge, der Dreiverband den Weltkrieg beschlossen hatte, wurde das deutsch-englische Bagdad-Abkommen abgeschlossen. Dieser Akt ist augenscheinlich englischerseits in jenem Augenblick nur deshalb vollzogen worden, um das deutsche Vertrauen auf die Friedlichkeit der englischen Politik zu erhalten.

In der großen Linie gesehen wäre aber, auch wenn man eine längere Dauer des Friedens damals sich vorstellen wollte, der eine unausgleichbare Gegensatz immer auf dem Grunde der Beziehungen geblieben: England, Frankreich, Rußland wollten eine schwache, zerrüttete und in geeignetem Augenblick irgendwie aufzuteilende Türkei, während der Deutsche Kaiser den Willen und Wunsch hatte, das Türkische Reich zu erhalten und zu stärken, um in ihm eine feste Basis für seine Orientpläne zu schaffen. Es war klar, daß nur unter der Voraussetzung des Gelingens dieser Stärkung sein großer Bahnplan und alles, was er früher oder später an Vorteilen mit sich bringen sollte, verwirklicht werden könne. Der Kaiser täuschte sich gerade in diesem entscheidenden Punkte: eine Gesundung des damaligen Türkischen Reichs war nicht möglich. Hier lag einer der entscheidenden Irrtümer der Bagdadpolitik. Der Kaiser sah die Fata morgana des ausgeführten Planes vor sich, war außerdem stolz darauf, daß wenigstens dieser Plan als sein Eigentum erscheine und er wenigstens hier nicht auf Bismarcks Schultern stehe. Freilich hatte die Geburt des Bagdadbahn-Planes in der Deutschen Bank stattgefunden, nicht im Kopfe des Kaisers.

Im Sommer 1895 noch lehnte der Kaiser das englische Angebot einer Aufteilung des Türkischen Reiches ab, eine Entscheidung von großer Tragweite. 1898 weilte der Kaiser wieder in Konstantinopel, in Palästina und in Damaskus, eine Reise, die im ganzen fünf Wochen dauerte, den Monarchen ebenso lange fern von Deutschland hielt. In Damaskus hielt Wilhelm II. eine Rede, deren Gipfelpunkt war, daß die dreihundert Millionen mohammedanischer Untertanen des Sultans, die auf der Erde verstreut leben, versichert sein könnten, daß „zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird". Wie wenig der Deutsche Kaiser imstande sein konnte, den dreihundert Millionen Mohammedanern den Wert seiner Freundschaft zu beweisen, zeigten schon der Verlauf der ersten Marokko-Krisis, der Ausgang der Konferenz von Algeciras und nachher jede neue Marokko-Krisis. Damals, in Damaskus, wurde das kaiserliche Versprechen von der mohammedanischen Welt mit großer gläubiger Freude entgegengenommen, während die imperialistischen drei Großmächte Europas im Gedanken an die von ihnen

unterjochten und zu unterjochenden mohammedanischen Völker höchst unangenehm berührt waren. Um so befriedigter nutzten sie nachher ihre Marokko-Siege und das fortgesetzte Fiasko der Bluffpolitik des Kaisers in der mohammedanischen Welt aus: Da seht ihr, was von Versprechungen des Deutschen Kaisers zu halten ist! Nicht mal für die Angehörigen des Islams in Marokko hat er sein feierliches Versprechen erfüllen können!

*

Während der anderthalb Jahrzehnte vor dem Weltkriege war es der „öffentlichen Meinung Europas" zu einer Wahrheit, die kein vernünftiger Mensch bestreiten könne, geworden, daß der Friede in Europa ungestört und gesichert sein würde, wenn nicht das Pulverfaß: Balkanhalbinsel immer offen dastände, und, ach so leicht!, ein Funken hineinfliegen und den schönen Frieden in Atome zerreißen könne. Und gerade die so rührend klagenden Großmächte bereiteten emsig von langer Hand her die Balkanexplosion vor. Es würde den Rahmen dieser Schilderung sehr weit überschreiten, die vielberufenen „Balkanwirren" auch nur in ihren Hauptphasen zu skizzieren. Beschränken wir uns auf eine Beschreibung der hauptsächlichen Tendenzen:

Schon im letzten Teil des neunzehnten Jahrhunderts hatte das Türkische Reich von seinen alten europäischen Eroberungen Rumänien und Serbien wieder hergeben müssen, als unabhängige Königreiche. Es blieben Bulgarien, Montenegro, Albanien, Mazedonien, alle mit der Tendenz, sich vollkommen aus aller Abhängigkeit von der Türkei zu lösen, zugleich in häufig bewaffneter Zwietracht untereinander. Die Großmächte, und zwar außer England, Rußland und Frankreich auch die Habsburger Monarchie und Italien, förderten lebhaft und geschickt diese und ähnliche Bestrebungen, begünstigten und stärkten immer diejenigen unter ihnen, die sie, die Großmächte, gerade für ihre eigne Politik am besten brauchen konnten.

Wie verschieden gerichtet nun diese politischen Ziele und Mittel waren — in einem Punkt stimmten sie überein: in dem Bestreben, das Türkische Reich zu schwächen, nach Möglichkeit zu zersplittern und seines europäischen Besitzes überhaupt zu berauben. Alle, auch der Bundesgenosse Österreich-Ungarn, waren in diesem Belang Gegner der Politik des Kaisers Wilhelm II. Unter den Großmächten standen in scharfem grundsätzlichem Widerstreit Österreich-Ungarn und Rußland. Eine ziemlich lange Reihe von Zusammenkünften russischer und österreichisch-ungarischer Minister und von Abkommen, die alle nur Provisorien und gegenseitiges Vortäuschen bedeuteten, bezeichneten den Weg bis zur sogenannten Bosnischen Krisis 1908.

An anderer Stelle wurde geschildert, wie die Geschicklichkeit König Eduards und seiner Minister es verstand, die russische Macht und Stellung im Fernen Osten durch Japan vernichten zu lassen, dann, 1906/07, Rußland als Bundesgenossen zu dem auf Deutschlands Vernichtung gerichteten englisch-französischen Bund hinzuzugewinnen und zu diesem Zweck die russische Expansionsfront wieder nach Südosteuropa umzudrehen; nach der Balkanhalbinsel mit dem geschichtlichen russischen Endziel: Konstantinopel. Das Ziel dieser Politik bedeutete nicht allein Vernichtung des Türkischen Reiches, nicht allein Niederschlagung und Zerstückelung Österreich-Ungarns, sondern die Verwirklichung des berühmten Ausspruchs des russischen Generals Skobelew: „Der Weg nach Konstantinopel führt über Wien, und der Weg nach Wien durch das Brandenburger Tor!" Darin lag der große Erfolg der Londoner Politik: den Zaren und seine Regierung auf diesen Marschweg nunmehr einexerzieren zu können. So mußte er zu gegebener Zeit Bundesgenosse der Westmächte gegen das Deutsche Reich werden.

Der sogenannte Neoslawismus, der Abkömmling des Panslawismus aus dem neunzehnten Jahrhundert, lebte im russischen Reiche wie auf der Balkanhalbinsel, und da nicht nur außerhalb, sondern auch im Gebiete der Habsburger Monarchie, als Vorbereitung auf den Kampf der Befreiung, unter den Südslawen, vor allem der Serben. Ein wichtiges Bindeglied bildeten, im österreichischen Staatsbereiche, die Tschechen, die sich als Neoslawisten und als Beauftragte des Mütterchens Rußland fühlten und handelten. Unter fähigen fanatischen Führern waren sie tätige Hasser des Habsburger Staates, gefährliche zersetzende Kräfte dieser, wie die Südslawen mit Berechtigung sagten, „Flickmonarchie", und dementsprechend leidenschaftliche Feinde des Deutschen und des Habsburger Reichs. Schon 1892 fand eine charakteristische Kundgebung auf einem Turnerfest in Frankreich zu Nancy statt: dort erschien auch der Großfürst Konstantin von Rußland, um die neue französisch-russische Freundschaft zu feiern. Besondere Begeisterung erregten die tschechischen Turner mit ihrem Gesang: „Und gäbe es so viele Deutsche wie Teufel in der Hölle, Rußland ist mit uns. Ist jemand gegen uns, Frankreich schmettert ihn zu Boden!"

Durch den Berliner Kongreß, der die Folgen des Russisch-Türkischen Krieges 1878 durch den Berliner Vertrag geregelt hatte, erhielt Österreich-Ungarn die durchweg von Serben bzw. Südslawen bewohnten Gebiete: Bosnien und Herzegowina, nicht als Teile des Staates, sondern als sogenannte Okkupationsgebiete auf unbegrenzte Zeit. So wenig die Österreicher verstanden noch gewillt waren, diese Bevölkerung ihrer Wesensart nach zu regieren, so war immerhin der Zustand erträglich, solange das Verhältnis zwischen dem Habsburger Reich mit dem Königreich Serbien ein gutes war;

bis 1895 hatte sogar ein Bündnis bestanden. Es war aber eine wechselnde, schwankende Politik, die die Wiener Staatsmänner und Diplomaten gerade Serbien gegenüber trieben. Zugleich eine Politik schwer begreiflicher, sehr törichter Unterschätzung des heroischen serbischen Volkes. In österreichischem Munde gab es keine Ausdrücke der Beschimpfung und Verachtung, die stark genug gewesen wären, um diese Geringschätzung auszudrücken.

Die entscheidende Wendung für Serbien, für die Politik der Balkanvölker, für Rußland, für Österreich-Ungarn, und in weiterer Folge für Europa, trat mit der 1903 erfolgten Ermordung des Königs Alexander von Serbien durch die Anhänger seines Nachfolgers Peter Karageorgewitsch ein; Peter war der Mann Rußlands, des allslawischen Gedankens, des großen serbischen Staatsmannes Pasitsch und des serbischen Volks. Pasitsch hatte schon früher einen Bund der Balkannationen bei dem vorletzten König Milan als Leitlinie der Politik Serbiens vorgeschlagen, mit der Parole: „Der Balkan den Balkanvölkern!" Befreiung der Balkanvölker von Konstantinopel und Wien und Zusammenschluß der Slawen um und unter Rußland. Die Verkündung dieser Idee zündete in Serbien und im ganzen Südslawentum, man war leidenschaftlich einig gegen den gehaßten Unterdrücker und Nationalfeind Österreich-Ungarn. Ziel wurde die Befreiung der Okkupationsgebiete und schließlich die Herstellung des großen südslawischen Reiches, wie es einst im Mittelalter unter Stephan Duschan gewesen sei. Mit der Klarheit über das Ziel wuchs das nationalvölkische Selbstbewußtsein, und es begann jene geheime intensive Propaganda, die von Jahr zu Jahr mehr die Nation durchdrang, der Doppelmonarchie immer größere Schwierigkeiten und Sorgen verursachte, in der Tötung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand ihren Gipfel erreichte, die zum mittelbaren Anlaß für den Beginn des Weltkrieges geworden ist.

Schon sechs Jahre vorher, im inhaltreichen Jahre 1908, trat ein für die Steigerung der antiösterreichischen Propaganda entscheidendes folgenreiches Ereignis ein:

Der österreichisch-ungarische Außenminister, Freiherr Lexa von Aehrenthal, jüdischer Abkunft, früher nur Lexa mit Namen, verkündete im Januar 1908 der (auch in Berlin) überraschten Welt: die Regierung habe sich entschlossen, eine Eisenbahn von den Südgrenzen des Reiches bis Saloniki zu bauen, durch Verlängerung der bereits vorhandenen bosnischen Bahn nach Süden. Aehrenthal stand dabei auf dem Boden des Berliner Vertrages von 1878, Österreich-Ungarns Recht war unbestreitbar. Die anderen Mächte, an der Spitze London und Petersburg, wußten nur zu sagen, daß das österreichische Vorgehen dem Geiste eines „uneigennützigen internationalen Zusammenwirkens" widerspreche, außerdem sei der Bahnplan nur dem An-

schein nach wirtschaftlich, im Grunde genommen politisch. Die Angriffe zielten im Grunde genommen gegen Deutschland: der ganze Orient solle nunmehr unter die „germanische Hegemonie" gebracht werden. Großbritannien behauptete eine unerhörte Gefährdung seines Seehandels durch die Bahn, die Balkanstaaten waren entrüstet über einen solchen Ausbau der österreichischen Stellung auf der Halbinsel. Als Gegenschlag einigten sich die Mächte auf das Projekt einer Bahn quer durch die Balkanhalbinsel; weder die eine Bahn noch die andere ist gebaut worden. Was nicht gesagt wurde, war u. a. die Tatsache, daß das Bahnprojekt Aehrenthals nicht mit Berlin vorher besprochen worden war, sondern auch dort überrascht hatte. Die Motive hierfür lagen in der österreichischen Orienteifersucht auf die Türkenpolitik Wilhelms II. Aehrenthal, ein ehrgeiziger, eitler Mann, wollte zeigen, daß er auch da sei. Ihm galt, wie allen jenen Wiener Diplomaten, für den Fall, daß Schwierigkeiten mit anderen Mächten entstehen sollten, als Selbstverständlichkeit, daß der große Bruder in Berlin die Sache bis in alle Konsequenzen ausbaden werde. Andererseits äußerte sich Aehrenthal damals gerade Vertretern anderer Nationen gegenüber über das Bündnis mit Deutschland sehr arrogant: das Wesen des deutsch-österreichischen Bündnisses liege in dem beiderseitigen Interesse, daß jede von ihnen eine Großmacht bleibe. Für gewisse deutsche Sonderinteressen habe das Bündnis keine Geltung: „Wenn Deutschland z. B. im Baltischen Meere oder in der Nordsee ein spezielles Interesse hätte und dort Verwickelungen entstehen würden, so würden dadurch unsere Verpflichtungen nicht berührt."

Um dieselbe Zeit hatten der König von England und der Zar eine Begegnung in Reval, die, wie später bekannt geworden ist, ein entscheidendes Vorgehen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn und damit den Weltkrieg vereinbarte, sobald Rußland wieder die nötige militärische Stärke gewonnen haben würde. Die militärischen Autoritäten Rußlands haben dafür einen Zeitraum von sechs bis acht Jahren verlangt. Später, nach dem Kriege, haben auch die Veröffentlichungen der russischen Geheimarchive durch die Sowjetregierung dokumentarisch erwiesen, daß im Jahre 1908 der Koalitionskrieg gegen die Mittelmächte für das Jahr 1914 oder 1916 angesetzt wurde. Im gleichen Jahre ist britischerseits versucht worden, durch Einwirkung auf den Kaiser Franz Joseph das österreichisch-deutsche Bündnis zu lockern. Der alte Kaiser war klug und erfahren genug, um einzusehen, daß dann die Zerstückelung der Doppelmonarchie von vornherein sicher war, während diese, und damit das Kaiserhaus an Deutschlands Seite, in einem großen Kriege eine nicht geringe Aussicht haben würde, den Krieg zu überstehen. In Deutschland sind viele, auch der Kaiser, über diese „Treue" tief gerührt gewesen, sehr mit Unrecht!

Im Deutschen Reichstag nahm Bülow sympathische Stellung zu dem Bahnplane Aehrenthals und ging dann zu einer abfälligen Kritik über an solchen Neuerungen auf der Balkanhalbinsel, die die Landeshoheit des Sultans gefährden und dadurch die Türkei und ihre mohammedanische Bevölkerung zu äußerstem Widerstande reizen würden. Das betraf die russisch-englische Balkanpolitik, die bald in der einen, bald in der anderen Art auf die Schwächung und Vernichtung der Türkei vorbereitend hinarbeitete, „Reformen" vom Sultan verlangend, die auszuführen er nicht die Macht besaß und auf der anderen Seite in allen Teilen des Türkischen Reiches Aufstände gegen den Sultan bewirkten.

Ferner spielte der deutsche Kanzler an auf die revolutionäre Bewegung im Zentrum des Türkischen Reiches. Den Kraftmittelpunkt dieser Bewegung bildete das Jungtürkische Komitee „Vereinung und Fortschritt". Es bestand seit Jahrzehnten und hatte zum Ziel, den Sultan Abdul Hamid zu beseitigen und eine Verfassung einzuführen. Die führenden Mitglieder der jungtürkischen Bewegung hielten sich zum größten Teil in England und Frankreich auf und wurden von dort kräftig und dauernd unterstützt und gefördert, denn diese Mächte versprachen sich davon die Zersetzung der Türkei und die Vernichtung der deutsch-türkischen Beziehungen und damit Vernichtung des Bagdadbahn-Unternehmens. Die Führer des Jungtürkischen Komitees waren Nationalisten und Patrioten in echtem Sinne. Ihre Stunde war in dem Augenblick gekommen, als die alten Gegner England und Rußland sich zu Reval geeinigt hatten und Abdul Hamid damit nicht mehr die Möglichkeit besaß wie früher so oft, diese beiden Mächte gegeneinander auszuspielen. Wenige Wochen nach dieser Einigung hatte das Komitee in Konstantinopel die Macht in den Händen und den Sultan gestürzt. Es proklamierte sofort: ungeschmälerten Bestand des Türkischen Reiches, durchgreifende Reformen und Gleichberechtigung aller Nationalitäten. Damit waren die englisch-russischen Zerstückelungspläne vorläufig vertagt worden. Ebensowenig gingen die Hoffnungen in Erfüllung, daß die Jungtürken nunmehr die alten Beziehungen zum Deutschen Reich fallen lassen würden; im Gegenteil!

Auf der anderen Seite wurde von Petersburg jetzt laut und kräftig die Parole: „Der Balkan den Balkanvölkern" ausgerufen, und die großserbische Bewegung glaubte sich schon dem Ziel nahe, nämlich zunächst der Lösung der Okkupationsgebiete von dem Habsburger Reich. In demselben Augenblick, Anfang Oktober 1908, erließ der Kaiser von Österreich in einem Schreiben an den Außenminister die staatliche Eingliederung der Okkupationsgebiete in den Körper des Reiches und so „erstrecke Ich die Rechte Meiner Souveränität auf Bosnien und die Herzegowina".

Auch von diesem entscheidenden Schritt hatten die Regierung des Deutschen Reiches und ebenfalls der Deutsche Kaiser keine vorherige Mitteilung erhalten. Der Minister Aehrenthal hatte lediglich seine Absicht, ohne einen Zeitpunkt zu nennen, dem Berliner Staatssekretär und dem italienischen Außenminister, auch dem russischen, freilich schon ein Jahr vorher, mitgeteilt. Dieser soll 1908 noch einmal brieflich eintretendenfalls eine internationale Konferenz gefordert haben.

Die Verkündung der Annexion der Okkupationsgebiete hatte einen Sturm zur Folge, der von London ausging.

In London, Petersburg und Paris mußte man zwar anerkennen, daß der Besitzstand des Habsburger Reichs durch die Annexion keine Änderung erfahren hatte. London und Petersburg aber stellten sich auf den Standpunkt: Österreich-Ungarn habe einseitig und eigenmächtig den Berliner Vertrag abgeändert und verletzt. Änderungen dürften aber nur durch alle Unterzeichner vollzogen werden. Deswegen schlugen die beiden Großmächte eine europäische Konferenz vor, denn — so argumentierte man moralisch: wohin solle es mit der politischen Sittlichkeit in der Welt kommen, wenn solche Vertragsverletzungen wiederholt würden!

Die Türkei ihrerseits erhob Protest, weil die Okkupationsgebiete auf dem Vertragspapier noch immer zu ihrem Staatsgebiet gehörten, und organisierte sofort einen Boykott österreichischer Waren. Am Tage der Verkündung der Annexion erklärte zugleich der Fürst von Bulgarien sein Fürstentum für unabhängig von der Türkei und ließ sich zum Zaren der Bulgaren ausrufen. Am schwersten sah sich das Serbentum, das südslawische Volkstum überhaupt getroffen. Einen großen Teil seiner Zukunftshoffnungen hatte es eben darauf gebaut, daß die sogenannten Okkupationsgebiete formal noch der Türkei unterstanden und nicht einen Teil des Habsburger Reiches bildeten. Dazu kam, daß in seiner Proklamation der Kaiser von Österreich den von Serben bevölkerten Sandschak Novibazar der Türkei zurückgab. Eine tiefe nationale Verzweiflung und Empörung ging durch das Serbentum, seine Hoffnung lag allein noch beim russischen Zaren; natürlich forderte die serbische Regierung auch die internationale Konferenz.

Der deutsche Reichskanzler, wohl gewitzt durch seine trübe Erfahrung von Algeciras, war gegen die Berufung einer Konferenz. Zunächst ließ er nach Wien wissen, daß in der Annexionsfrage das Reich unbedingt hinter dem Bundesgenossen stehe. Dieselbe Haltung vertrat er im Reichstage und den anderen Mächten gegenüber. Bei dieser Gelegenheit sprach er im Reichstag sein bekanntes Wort von der deutschen „Nibelungentreue“ und erregte damit bei Wilhelm II. und im deutschen Bürgertum eine gerührte schützen-

festliche Begeisterung. Im übrigen war die Bülowsche Diplomatie dieses Mal erfolgreich, weil Frankreich und ebenfalls das noch lange nicht kriegsbereite Rußland den Krieg in diesem Augenblick nicht wollten. Die Politik Großbritanniens trieb dagegen auf Krieg, wohl in der Ansicht, daß Österreich sehr bald zusammenbrechen werde, und daß das große Durcheinander auf der Balkanhalbinsel gerade der richtige Zustand sei, um der Türkei den entscheidenden letzten Stoß zu geben. Wie die Dinge aber lagen, versagten die beiden Festlandmächte, und Bülow setzte durch, daß auf die Konferenz verzichtet wurde. So kam es zu Einzelverhandlungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn, und die große Krisis löste sich ohne Krieg.

Bülow triumphierte und vollends Wilhelm II. In seinen Denkwürdigkeiten, zunächst in seinem Buche über deutsche Politik, das er noch während seiner Amtszeit erscheinen ließ, erklärte Bülow stolz, das Gebilde des Dreiverbandes sei an der handfesten Macht des Dreibundes gescheitert. Er hat immer unterlassen, anzuerkennen, daß sein diplomatischer Erfolg lediglich darauf basierte, daß die türkische Revolution mit ihren unmittelbaren Folgeerscheinungen auf der Balkanhalbinsel zu früh gekommen war, weil Rußland erklären mußte: es sei zur Zeit einem Kriege noch nicht gewachsen. Die Erhaltung des Friedens bedeutete, abgesehen von der rein diplomatischen Seite, also nur eine Pause. Als der serbische Minister Pasitsch nachher den Zaren in Petersburg besuchte, sagte ihm dieser: „Wartet nur ab und habt Geduld, die Tage eurer Freuden werden kommen!"

Dann ereignete sich, daß der Außenminister, Freiherr von Aehrenthal, in einer veröffentlichten Unterredung äußerte, daß er eine von Deutschland unabhängige Politik treibe. Das war eine Unfreundlichkeit, die zu denken geben mußte, zumal in der bosnischen Krisis doch ganz allein die Macht des Deutschen Reiches die Erhaltung des Friedens bewirkt und die Politik der Habsburger Monarchie aus ihrer Sackgasse herausgeholt hatte. Aber das war nicht das einzige. Der Abschluß der Krisis hatte gezeigt, daß ihr Erfolg den Wiener Diplomaten gefährlich zu Kopf gestiegen war, in einem Grade, der in vollem Gegensatz zur Schwäche — der inneren wie der äußeren — der Doppelmonarchie stand. Es kam noch etwas hinzu, dessen besorgniserregende Bedeutung freilich damals, 1908, nur von einem sehr geringen Teil des deutschen Volkes verstanden wurde. Diese Stimmen wurden freilich von der Schützenfestbegeisterung über die „Nibelungentreue" völlig übertäubt:

In den achtziger Jahren hatte Bismarck seinen bekannten Ausspruch getan: balkanische Angelegenheiten seien nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert. „Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leit-

seil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren. Die Freundschaft von Rußland ist uns viel wichtiger als die von Bulgarien und die Freundschaft von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben."

Grundsätzlich — soweit man in der Außenpolitik von Grundsätzen sprechen kann — hat Bismarck für die Orientpolitik Deutschlands die Auffassung vertreten: „in der Hinterhand" zu bleiben, mit anderen Worten: Deutschland dürfe sich niemals so tief in Orientangelegenheiten einlassen, daß diese zu einem Kriege um Sein und Nichtsein führen können.

Aus der Skizzierung der Orientpolitik Wilhelms II. dürfte der Leser entnommen haben, daß dieser Bismarckschen Richtlinie die Bagdadbahn-Politik des Kaisers entgegenlaufen mußte: wirtschaftlich und politisch. In beiden konnte Deutschland nur auf Widersacher rechnen, auf Hilfe oder auch nur Sympathie bei keiner einzigen Großmacht. Im Hinblick auf einen Konflikt konnten Errungenschaften der deutschen Orientpolitik nur in einem allgemeinen europäischen Kriege verteidigt werden; Lokalisierung eines solchen Konflikts im Orient oder auf der Balkanhalbinsel war unmöglich. Er konnte nur auf den europäischen Schlachtfeldern entschieden werden.

Politisch mußte sich außerdem ergeben und hat sich ergeben, daß das Bagdadbahn-Unternehmen zunehmend die deutsche Gesamtpolitik belastete, obgleich es sich nominell um das Privatunternehmen der Deutschen Bank, also eines im Grunde genommen internationalen jüdischen Geldinstitutes, handelte. Dieses übte automatisch auf die deutsche Außenpolitik in der Linie seines Geschäftsinteresses einen so großen Einfluß, weil der Kaiser an eine unbehinderte Vollendung der Bahn im Laufe von anderthalb oder zwei Jahrzehnten glaubte und an eine dann folgende deutsche Glanzperiode in Kleinasien, Mesopotamien und Arabien und an einen deutschen Hafen im Persischen Golf. Von vornherein lag also ein ungesunder Kern in dieser Politik, die sich weitgehend nach den Geschäftszielen, Mitteln und Bedürfnissen und den Geschäftsaussichten der Deutschen Bank richten und einrichten mußte.

Ein möglicher Einwurf: aber die englische Politik sei doch überall in der Welt ähnlich vorgegangen und habe ungeheure Erfolge auf solchen Wegen erzielt, ist deshalb hinfällig, weil in allen seinen ähnlichen Unternehmungen Großbritannien stets die Möglichkeit hatte, gegen Gegner seine Seemacht an Ort und Stelle stark einzusetzen, sei es durch Druck, sei es durch Krieg. Diese Möglichkeit, die eigentlich Grundlage einer so ausgreifenden Politik ist, fehlte der Orientpolitik des Deutschen Reiches ganz, zu Lande und zur

See. Die anderen Großmächte waren sich über diese Lage natürlich klar, der Kaiser nicht. Deshalb scheiterten auch immer wieder die deutschen Bemühungen, sei es mit Rußland, sei es mit England, wenigstens eine dieser Großmächte zu einer wirklichen ehrlichen Zusammenarbeit in der Orientpolitik zu bringen. Sie blieben auf ihren alten Linien mit dem Ziel: Schwächung und Zersetzung der Türkei, sobald als möglich deren Vernichtung, Stärkung der Balkanstaaten gegen die Türkei und gegen Österreich-Ungarn, Zersetzung des Habsburger Staates durch Stärkung seiner südslawischen, tschechischen und polnischen Elemente.

Gewiß waren die Verhältnisse anders geworden wie damals, als Bismarck über die Orientfragen sprach. Die alte Frage aber war geblieben: sollte das Deutsche Reich für die gewiß sehr wichtigen Balkaninteressen des Habsburger Staates bedingungslos eintreten und sich in diesem Bereich durch die Wiener Diplomatie führen lassen? Bismarck würde es nicht getan haben. Damals, 1908 und während der folgenden Jahre, hat es — wie erwähnt wurde — auch im Deutschen Reiche Stimmen gegeben, die — ohne Berufung auf Bismarck — und lediglich aus der Beurteilung der Realität der damaligen Lage ebenso dachten.

Ein schwerwiegender, vielleicht entscheidender Faktor ist noch nicht genannt worden; er sollte sich von Jahr zu Jahr deutlicher in der Berliner Politik bemerkbar machen, auch bestimmender:

Die bosnische Krise war friedlich vorübergegangen, Bülow hatte diplomatisch gesiegt. Seitdem stellte sich in der deutschen Bevölkerung, bei Wilhelm II. und den Leitern der deutschen Politik, vollends auf dem Boden der leichtfertigen Arroganz der Wiener Diplomatie und des Hofes, die Stimmung ein: Balkankrisen haben wir gehabt, Krisen werden gewiß noch mehr kommen; aber das arrangiert sich dann schon — den großen europäischen Krieg jedoch wird es nicht geben, der kommt nicht, sie haben alle Angst vor uns!

*

Mit dem Jahre 1912 nahmen die beiden sogenannten Balkankriege ihren Verlauf. Die Bulgaren, die Serben und die Griechen erhoben sich gegen das Türkische Reich. Der sicheren deutschen und österreichischen Annahme entgegen wurden die Türken überall geschlagen, und die bulgarischen Truppen drangen bis in die berühmte Stellung vor Konstantinopel, die Tschataldscha-Linie, vor. Da legten sich die Großmächte ins Mittel: wenn schon eine andere Macht dort sich festsetzen sollte, dann durfte es nicht Bulgarien sein! An-

dererseits wollten im damaligen Augenblick Rußland und England ihren alten Streit um Konstantinopel und die Meerengen nicht akut werden lassen. Im weiteren Verlaufe führten dann Konflikte zwischen den siegreichen Balkanstaaten zum zweiten Balkankrieg; ihn entschied Rumänien, das sich vorher mit intakten Streitkräften außerhalb gehalten hatte, durch seine Dazwischenkunft.

Das Ergebnis der Balkankriege war im ganzen: ein sehr großer Gebietsverlust für die Türkei und Bulgarien, eine außerordentliche Gebietsvermehrung und Stärkezunahme für Serbien, eine geringe Gebietsvermehrung, bei großem Zuwachs an Ansehen, für Rumänien, eine große Gebietsvermehrung für Griechenland und Schaffung eines unabhängigen Albanien.

Für Deutschland und für Österreich-Ungarn war die so entstandene Lage eine höchst unerfreuliche: die beinahe vollständige Verdrängung der Türkei aus Europa traf die ganze deutsche Orientpolitik empfindlich, außerdem das deutsche Prestige, auch deshalb, weil die Berliner Einschätzung der Macht und Kraft der Türkei sich als so vollkommen unrichtig erwiesen hatte. Dazu kam die Propaganda der Franzosen, daß die Krupp-Geschütze der Türken sich den mit französischen Creusot-Geschützen ausgerüsteten Balkanstaaten unterlegen gezeigt hätten. Die Haltung des Deutschen Reiches war zu ausgesprochen auf seiten Österreich-Ungarns gewesen, um nicht im Jugoslawentum als feindlich angesehen zu werden. Dieses, in seinem Selbstbewußtsein und im Gefühl seiner Kraft mächtig gewachsen, hatte durch den erfolgreichen Krieg einen weiteren mächtigen Antrieb gewonnen zu seinem großen völkisch-nationalen Ziel: die in den Habsburger Staat eingegliederten, von ihren Volksgenossen bewohnten Gebiete zu befreien. Der serbische Ministerpräsident sagte: „Der erste Erfolg ist errungen, nun kommt der zweite gegen Österreich!"

Pasitsch und seine Helfer wußten, daß Serbien eine große innere Stärke und militärische Tüchtigkeit besaß, daß jedem Serben das Ideal der Vereinigung aller Jugoslawen, Befreiung vom Joch des Habsburger Staates, jedes Opfer wert war. Der serbische Ministerpräsident wußte, daß England durch Rußland, sobald es den Augenblick gekommen glaubte, den europäischen Krieg entfesseln werde, und zwar von der Balkanhalbinsel aus. In der logischen Reihenfolge: Konflikt zwischen Serbien und Österreich-Ungarn, Eintreten Rußlands für Serbien und damit gegen Österreich-Ungarn, in weiterer Folge gegen Deutschland, dann Inkrafttreten des russisch-französischen Bündnisses und gleichzeitig Eingreifen Großbritanniens!

In dieser verbürgten Zuversicht setzte das serbische Volk seine alle Kräfte anspannende nationalvölkische Freiheitserhebung mit erneuter äußerster

Anstrengung ein. Österreich mochte noch so viele Polizei und Gerichte in Bewegung setzen und Kerkerstrafen verhängen, die serbische Freiheitsbewegung durchdrang Land und Volk immer glühender und vollständiger. Über die Schwäche des Habsburger Staates war man sich klar, man kannte alle in ihm gegen ihn arbeitenden subversiven Kräfte und arbeitete mit ihnen und wußte, daß im Kriege sich diese Zwietracht und Feindlichkeit der Tschechen, der Polen, der Kroaten gegen die militärische Stärke und Aktionsfähigkeit direkt und gesteigert übertragen würde. Hatte doch auch in jener Zeit der fähigste aller österreichischen Generale, der spätere Feldmarschall Conrad von Hötzendorf, öffentlich gesagt: „Die Armee verdorrt!"

Wie ist es möglich gewesen, daß die deutsche Regierung die militärische Schwäche Österreich-Ungarns als Bundesgenossen im Kriege so wenig in ihren politischen Zukunftsberechnungen einberücksichtigt hat? Wie bei so vielen Fragen, die wir bisher berührt haben, muß immer die gleiche Antwort gegeben werden: man glaubte in Berlin nicht an einen großen Krieg.

Bei den vielen Versuchen später, die deutsche Bündnispolitik der letzten Jahre vor dem Kriege zu rechtfertigen, ist auch Bismarcks Stellungnahme betont worden: Interesse des Deutschen Reiches sei, die Großmachtstellung des Habsburger Staates zu stützen und, wenn nötig, zu schützen. Bismarck hat dies auch in seinem Bündnisbrief 1887 an den englischen Premierminister Lord Salisbury ausgesprochen: „Die Existenz Österreichs als einer starken und unabhängigen Großmacht ist für Deutschland eine Notwendigkeit, an der die persönlichen Sympathien des Herrschers nichts zu ändern vermögen." Niemand kann die Richtigkeit dieses Urteils und des damit verbundenen politischen Standpunktes bestreiten. Aber die Voraussetzung dafür war unter allen Umständen, daß Österreich-Ungarn noch eine Großmacht war. Daß es damit vorbei war, mußte man seit 1908 spätestens in Berlin wissen; der Generalstab wußte es, der Reichskanzler und das Auswärtige Amt mußten es wissen, und nicht zum wenigsten mußte es der Deutsche Kaiser wissen. Daß die politische Lage des Deutschen Reichs in den Jahren, die Bismarcks Entlassung folgten, immer schwieriger und gefährdeter geworden war, lag in Deutschland und in der Welt vor aller Augen. Daß die Orientpolitik des Kaisers das Deutsche Reich immer tiefer, wie Saugsand, mit den beiden „kranken Männern": der Türkei und Österreich-Ungarn, verband, erregte, wie erwähnt, schon 1908 hier und da in Deutschland eine schwere, unheimliche Sorge. Und in den Jahren nach 1908, mit ihren Kriegen und Krisen in Europa und auf dem Balkan, gab die Politik des Kaisers und des Reichskanzlers die Bismarcksche Richtlinie völlig auf: sie begnügten sich nicht, hinsichtlich der Orientpolitik in der Hinterhand zu bleiben, sondern traten diplomatisch und politisch ein, an der Seite Öster-

reich-Ungarns, in die erste Linie der an den Balkandingen interessierten Mächte. Sie ließen sich in eine Abhängigkeit von der österreichisch-ungarischen Politik und eine Solidarität mit ihr hineingleiten, aus der sie sich 1914 rechtzeitig und um jeden Preis zu lösen nicht die Kraft und auch nicht die Klarheit des Blickes besaßen.

Aber die Bundestreue! Um noch ein Wort von Bismarck zu zitieren: kein Staat kann seine Existenz auf dem Altar der Bundestreue zum Opfer bringen! Zur Kennzeichnung der kopflosen Verwirrung 1914 und ihrer Ursachen muß noch das Folgende gesagt werden:

Nach dem Dreibundvertrage war das Deutsche Reich nur verpflichtet, wenn Österreich-Ungarn unprovoziert von Rußland angegriffen wurde. Folglich mußte die deutsche Politik vom Beginn der gefährlichen Periode, sagen wir: 1908, mit dauernder unnachsichtiger Energie seinen Bundesgenossen verhindern, eine Lage heraufzubeschwören, die zu einem Angriff Rußlands führen konnte. Diese Energie fehlte und — man glaubte eben „grundsätzlich" nur an die Möglichkeit eines europäischen „Papierkrieges". Ferner:

Der Deutsche Kaiser betrachtete das Bündnis mit Wien durch die romantisch-sentimentale Brille. Für ihn war der Bund in erster Linie ein solcher der beiden Monarchen. Seine, man kann sagen: kritiklose Verehrung für Franz Joseph war an und für sich seine persönliche Angelegenheit. Mit Verehrung und dem Mitgefühl für die grausamen Lebensschicksale des alten Kaisers durfte aber nicht deutsche Reichspolitik getrieben werden, Gefühle durften die Bündnispolitik nicht beeinflussen, und ein solcher Einfluß bestand in hohem Grade. Das stimmte überein mit der allgemeineren Anschauung des Deutschen Kaisers, daß unter den Fürsten Europas — und besonders den Herrschern der großen Mächte — eine stille selbstverständliche Solidarität bestehe, jedenfalls bestehen müsse. Unermüdlich hat der Kaiser versucht, auch zwischen sich und dem russischen Zaren eine solche übernationale Monarchensphäre herzustellen, und bis zu Ende nicht begriffen, daß Nikolaus II. kein Verständnis dafür hatte, höchstens bisweilen so getan hat, um das kaiserliche Drängen loszuwerden. Daß er bei Eduard VII. und dessen Nachfolger auf kalte Ablehnung stieß, verstand sich nach allem von selbst. Aber auch bei den anderen Herrschern und ihren Familien war Wilhelms II. Auffassung ebensowenig beliebt wie er selbst, und so konzentrierte sich sein monarchisches Zusammengehörigkeitsgefühl auf Franz Joseph, wozu politisch keine Ursache vorhanden war.

Von erheblicher politischer Bedeutung war die Auffassung des Deutschen Kaisers, daß das Bündnis in erster Linie die Sache der beiden Kaiser sei,

weniger die der Völker, richtiger: Untertanen. Die Vorstellung des Kaisers, im deutschen Volk hauptsächlich siebenundsechzig Millionen Untertanen erblicken zu sollen, ist von großem Einfluß auf die äußeren und inneren Mißerfolge seiner Regierung gewesen. Dieser Vorstellungskreis beeinflußte ihn auch dahin, die inneren Verhältnisse des „Völkerstaates" Österreich-Ungarn lange nicht so ernst zu nehmen, wie es notwendig gewesen wäre. Aber da hatte man in der Umgebung des Kaisers, auch in der Wilhelmstraße, die feststehende Antwort: die Anhänglichkeit aller Untertanen des Kaisers von Österreich an ihn und an das uralte Kaiserhaus sei so tief eingewurzelt, daß ihm seine Völker alle mit der Parole: Sieg oder Tod begeistert folgen würden. Die anderen Mächte wußten es anders und besser als der deutsche Bundesgenosse.

Nach der Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 glaubte der Deutsche Kaiser ernsthaft, daß es sich um eine internationale anarchistische Organisation von Königsmördern handele. Auch die deutsche Presse wurde nach dem Schlagwort: Eine Bande von Fürstenmördern! „orientiert". Daß der Kaiser tatsächlich hieran glaubte, zeigte sich zunächst darin, daß er seine schon angekündigte Teilnahme an der Bestattung des Erzherzogs und seiner Gattin unter Vorschützen einer Erkältung wieder absagte, da ja die Fürstenmörder vielleicht das Leichenbegängnis benutzen könnten, auch ihn zu töten.

In dieser politischen Unkenntnis und Verständnislosigkeit für wirkliche Zusammenhänge hat Wilhelm II. wiederholt auch den Zaren zu gemeinsamem Vorgehen mit ihm und dem österreichischen Kaiser gegen die angebliche „Anarchistenbande" zu veranlassen versucht. Er dachte, die ganze europäische Welt werde sich im gleichen Sinne tief erschüttert und im Grauen vor solcher Ruchlosigkeit mit der Parole: „Gegen die Königsmörder!" zusammenschließen. Daß die deutsche Öffentlichkeit, auf die Nachrichten und Informationen hin, zunächst ebenso dachte, war natürlich, aber die Wilhelmstraße mußte die Lage in Bosnien und aus ihr die Ursachen und Motive des Attentats kennen. Unnötig zu sagen, daß dieser Irrglaube dem Kaiser eine ganz unrichtige politische Sicht gab und damit eine Beurteilung der wirklichen Lage zunächst unmöglich machte. Das war das Ende der sechsundzwanzig Jahre deutscher Irrgangspolitik. Was noch folgte, waren mehr oder minder verzweifelte, kopflose Versuche, aus der schon stürzenden Lawine ein harmloses Schneetreiben werden zu lassen.

Auch über diesem Orientkapitel der Wilhelminischen Außenpolitik steht das Motto: Große Worte, Schwäche, Unentschlossenheit, Mißerfolg, Zusammenbruch!

Im Frühjahr 1906 sagte der Staatssekretär des Äußeren, von Tschirschky, ein sehr tüchtiger, sachlicher Mann, während der großen Schlappe von Algeciras zum Grafen Zedlitz: „Wir leiden eben alle am Kaiser, er ist das uns auferlegte Kreuz." — Und dies galt nicht nur für Marokko, nicht nur für die Außenpolitik, sondern schlechthin.

Der Bau der Flotte

Im Herbst des Jahres 1897 veröffentlichte die Londoner Wochenschrift „Saturday-Review" einen Aufsatz, der auch heute, dreiundvierzig Jahre später, als ein geschichtlich bedeutendes Ereignis festgehalten werden muß. Der unbekannte Verfasser nahm als Anlaß eine damalige Zusammenkunft des Deutschen Kaisers mit dem Zaren, entsprechend den Versuchen des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe, die deutsch-russischen Beziehungen wieder zu bessern. Zu dieser Zusammenkunft hatten die „Times" ein von den „Hamburger Nachrichten" wiedergegebenes Wort Bismarcks angeführt: „Der Kernpunkt der Unterhaltung zwischen dem Kaiser und dem Zaren muß England gewesen sein."

Der Aufsatz begann mit den Worten: „Der alte weise Mann Europas hat gesprochen!" und fährt dann fort: „Bismarck hat längst erkannt — was schließlich nun auch das englische Volk einzusehen beginnt —, daß es in Europa zwei große unversöhnliche, entgegengesetzte Kräfte gibt, zwei große Nationen, die die ganze Welt zu ihrer Domäne machen und von ihr Handelstribut einfordern möchten: England und Deutschland wetteifern miteinander in jedem Winkel des Erdballs. In Transvaal, am Kap, in Mittelafrika, in Indien, in Ostasien, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten, überall, wo die Flagge der Bibel und der Handel der Flagge gefolgt ist, da hat der deutsche Handlungsreisende mit dem englischen Hausierer gestritten. Wo es gilt, ein Bergwerk auszubauen oder eine Eisenbahn zu bauen, wo Eingeborene von der Brotfrucht zur Büchsenfleischnahrung und von der Enthaltsamkeit zum Handelsschnaps übergeleitet werden sollen, da suchen Deutsche und Engländer einander zuvorzukommen. Eine Million kleiner Nörgeleien schaffen den größten Kriegsfall, den die Welt jemals gesehen hat. Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt (extinguished) würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre. Völker haben jahrelang um eine Stadt, um ein Erbfolgerecht gestritten; müssen sie nicht um einen jährlichen Handel von fünf Milliarden Mark Krieg führen?

Es liegt etwas Ergreifendes in der Art und Weise, wie der alte Staatsmann gleichzeitig das Verhängnis reißend schnell herannahen sieht, das er zuerst vorausgesehen, und zugleich sehen muß, wie das abbröckelt, was er zum Schutz dagegen vorbereitet hatte ... Als im Frühjahr 1896 einer unserer Mitarbeiter Deutschland als den hauptsächlichen und unmittelbaren Feind Englands erklärte, da galt diese Ansicht als die eines politischen Sonderlings. Einen Monat darauf wurde in einem Londoner Tingeltangel die deutsche Flagge gehißt, und als eines Sonnabendabends im April die Zeitungsjungen schrien: ‚Krieg mit Deutschland!', da wurde der Verkehr in London durch die jauchzende Freude hierüber unterbrochen ...

Die deutschen Pläne in Transvaal, die deutschen Verletzungen des Völkerrechts in Mittelafrika, der notorische Einfluß deutscher Politik im Botschafterrat zu Konstantinopel, vor allem die Art und Weise, wie England den wahren Umfang der deutschen Handelskonkurrenz kennengelernt hat, alle diese Gründe haben darauf eingewirkt und bilden jetzt in England und Deutschland in gleicher Weise die drohende Kriegsgefahr. Was Bismarck sich vorstellte, und was auch wir bald einsehen werden, ist die Tatsache, daß nicht nur der greifbarste Interessenstreit zwischen England und Deutschland besteht, sondern auch, daß England die einzige Großmacht ist, von der Deutschland ohne enormes Risiko und ohne jeden Zweifel am Erfolge bekämpft werden kann. Deutschlands Bundesgenossen im Dreibunde würden gegen England nutzlos sein: Österreich, weil es unfähig ist, Italien, weil es sich keinem Angriffe Frankreichs aussetzen darf. Ein Wachstum der deutschen Flotte trägt nur dazu bei, den Schlag, den Deutschland von England erhält, noch schwerer zu machen. Die Schiffe würden bald auf dem Grunde des Meeres liegen oder als Prisen in die englischen Häfen gebracht werden; Hamburg und Bremen, der Kieler Kanal, die Ostseehäfen würden unter den Kanonen Englands liegen und warten müssen, bis die Entschädigung festgesetzt wird. Wenn unser Werk getan wäre, so könnten wir ohne alle Schwierigkeit Bismarcks Worte an Ferry ändern und zu Frankreich und Rußland sagen: ‚Sucht euch Kompensationen. Nehmt innerhalb Deutschlands, was ihr wollt. Ihr könnt es haben!'"

Der Artikel schloß mit den Worten: „Germaniam esse delendam!"

Im Winter desselben Jahres 1897 schrieb eine andere bedeutende englische Wochenschrift das Folgende:

Zunächst würde Deutschland sehr schnell seiner Kolonien beraubt werden. Das sei aber lange nicht alles: „Die Anglophoben in der deutschen Presse scheinen gar nicht zu wissen, daß Deutschland eine sehr große Handelsflotte hat. Überall weht die deutsche Flagge. Mit der Kriegserklärung würde die

ganze deutsche Handelsflotte uns auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein ... In der ersten Woche nach der Kriegserklärung würde Deutschland einen Verlust von vielen Millionen Pfund Sterling durch die Wegnahme seiner Handelsschiffe erleiden. Aber das ist doch nicht alles. In unseren Kolonien haben sich viele deutsche Handelshäuser niedergelassen, die trotz scharfer Konkurrenz gute Geschäfte machen. Der Krieg würde diese Handelshäuser vernichten, sie zwingen, zu jedem Preis zu verkaufen und nach Hause zu gehen. Die deutschen Dampferlinien würden zugrunde gehen, die deutschen Hansestädte, hauptsächlich Hamburg und Bremen, ebenfalls." Eine Blockade der kurzen deutschen Küsten sei eine Kleinigkeit. Der Artikel malte dann im einzelnen aus, wie man Deutschlands Außenhandel und Innenhandel zugrunde richten werde, und wie zufrieden Frankreich und Rußland sein würden, aus Deutschlands Niederlage großen Nutzen ziehen zu können. „Die meisten Mächte würden nicht wenig erfreut sein, wenn die anmaßendste Macht in Europa einige nützliche Demütigungen zu erleiden hätte. Gerade jetzt ist Deutschland alles andere als beliebt; die Aussicht, daß es einen starken Stoß bekommen könnte, würde also den übrigen Völkern keineswegs unangenehm sein. Natürlich würde die Macht mit der größten Flotte sich nach dem Siege die besten Stücke aussuchen."

Der frühere großbritannische Premierminister, Lord Roseberry, erklärte um dieselbe Zeit in einer Versammlung:

„Die Störung des Verhältnisses zwischen Großbritannien und Deutschland führe er nicht nur auf die Transvaal-Frage zurück, sondern vor allem darauf, daß Deutschland Großbritannien auf wirtschaftlichem Gebiet zu überflügeln beginnt. Er sei vollständig überrascht von den technischen und kommerziellen Fortschritten der Deutschen; der deutsche Wettbewerb auf diesen Gebieten sei eine Gefahr für die Zukunft. Deutschland besitze das vollkommenste System technischer Ausbildung und sei daher der gefährlichste Konkurrent Großbritanniens und bedrohe den britischen Handel sogar in Indien und Ägypten." — In einer anderen Rede sagte der Lord: „Wir sind bedroht durch einen furchtbaren Gegner, der uns benagt, wie das Meer die schwachen Partien einer Küste benagt. — Ich meine Deutschland. Der Handel des Vereinigten Königreichs hörte nicht auf, sich zu verringern, und was er verliert, das gewinnt in der Hauptsache Deutschland!"

Diese Behauptung war eine Unwahrheit: der englische Handel wuchs jährlich, aber der Handel Deutschlands wuchs damals in einigen Zweigen schneller.

*

Wir haben diese Stimmen, denen viele hinzugefügt werden könnten, so ausführlich gegeben, um zu zeigen, daß es von jeher eine Legende, und nicht einmal eine fromme, gewesen ist, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland ausgezeichnet geworden und geblieben sein würden, wenn Deutschland nur den Britenzorn nicht durch den Bau seiner Kriegsflotte erregt hätte. 1897 war die deutsche Kriegsflotte — wenn man damals überhaupt von einer solchen sprechen wollte — viel kleiner und schwächer und unmoderner als die — von Großbritannien gar nicht zu reden — Frankreichs, Rußlands, der Vereinigten Staaten von Amerika, Italiens; sie war für jede der Großmächte eine unbeachtliche Größe. Deswegen war auch nur natürlich, daß die britannische Presse mit ihren zahlreichen Aufrufen zu einem Kriege gegen Deutschland die deutschen Kriegsschiffe kaum erwähnte, höchstens bemerkte, sie würden sich sicher tapfer schlagen, seien aber von vornherein verloren. Für einen großen Krieg rechnete man in England mit den deutschen Kriegsschiffen nicht.

Ganz offen und ungescheut aber erklärte die öffentliche Meinung unter Vorantritt eines früheren Premierministers: Deutschland sei der Feind Großbritanniens wegen der steigenden Konkurrenz seines Handels beinahe überall auf der Erdoberfläche. Die lange Reihe der Seekriege Großbritanniens seit der Regierung der Königin Elisabeth beweist, daß die Handelseifersucht immer das eigentliche Leitmotiv für Großbritanniens Kriege gewesen ist. In einer preisgekrönten Arbeit über das Wesen der Seeherrschaft schrieb ein großbritannischer Seeoffizier um 1908 die folgenden Sätze:

„Wir (Großbritannien) ziehen nicht in den Krieg aus sentimentalen Gründen. Ich zweifle, ob wir das jemals taten. Krieg ist das Ergebnis von Handelsfragen; seine Ziele sind, dem Gegner diejenigen Handelsbedingungen durch unser Schwert aufzuzwingen, die wir als notwendig erachten zum Vorteil unseres Handels. Wir lassen alle Arten von Kriegsursachen gelten, aber ihnen liegt zugrunde der Handel, und wie die Ursache des Krieges, die Verteidigung oder die Erwerbung einer strategischen Position sein mag, ob der Bruch von Verträgen, oder was sonst noch — alle Ursachen führen sich auf den Handel als gemeinsame Wurzel zurück, und zwar aus dem einfachen und schlagenden Grunde, weil der Handel unser Lebensblut ist."

Das war und bleibt wahr. Damals, um Mitte der neunziger Jahre, dachte man in Deutschland freilich nicht an den großbritannischen Anspruch auch auf Beherrschung des europäischen Festlandhandels, sondern in erster Linie an den überseeischen Handel, an die in Übersee investierten Kapitalien und an die Entwicklung der Kolonien. Das ist noch lange Zeit nachher ein schwerer, folgenreicher deutscher Irrtum gewesen: die englische Handelseifersucht hat sich immer mit dem gleichen Haß, mit derselben raffinierten

Brutalität gegen erfolgreich auf dem europäischen Kontinent handeltreibende Mächte betätigt. Der Zusammenbruch des spanischen Kolonialreiches unter dem Angriff der Vereinigten Staaten, nach Vernichtung der veralteten spanischen Flotte, und, nicht zum wenigsten, eben jene fortgesetzten britischen Drohungen mußten in erster Linie den weitblickenden Persönlichkeiten unter den großen deutschen Kaufleuten zu denken geben, nicht weniger deutschen Seeoffizieren. Das Mißverhältnis wurde immer offenbarer: das ungeheure Wachsen des ungeschützten deutschen Handels und der überseeischen Investierungen und auf der anderen Seite das Fehlen einer Seemacht. Mit einer etwas leichtfertigen, auf Unkenntnis beruhenden Zuversichtlichkeit wurde von der Außenpolitik und der Armee eine heikle Frage beantwortet: auf dem Festlande, in den Schlachten des zu erwartenden Zweifrontenkrieges würden die Kolonien, die überseeischen Interessen, die deutschen Küsten und Gewässer und auch der Seehandel verteidigt werden. Gewiß müsse ein Reich wie Deutschland eine „gute Anstandsflotte" bauen, aber im übrigen sei die Fottenfrage mehr oder weniger eine solche geschickter Politik und — alles in allem — eine Nebenfrage. Der damalige Staatssekretär des Reichsmarineamts tat dazu noch den unrichtigen und unglücklichen Ausspruch: die deutschen Küsten schützten sich selbst.

Bismarck, der, wie die Vertreter des „Neuen Kurses" ihn nannten, „beschränkte Kontinentalpolitiker", hat noch wenige Jahre vor seinem Tode die wahre Ursache der britischen Feindseligkeit in schlagender Kürze ausgesprochen:

Im Frühjahr 1898 richtete der Bismarck von früher bekannte englische Schriftsteller Sidney Whitman an den alten Fürsten schriftlich die Frage, wie die englisch-deutschen Beziehungen wohl gebessert werden könnten. Bismarck ließ ihm durch seinen Schwiegersohn, Graf Rantzau, antworten: „Der Fürst bedauere, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht besser seien, als sie eben sind. Bedauerlich wisse er dagegen kein Mittel, da das einzige ihm bekannte, das darin bestehe, daß wir unserer deutschen Industrie einen Zaun anlegten, nicht gut verwendbar sei."

Die Ironie dieser Antwort war ebenso deutlich wie die Bezeichnung der Handelseifersucht als Ursache und Leitmotiv für die britische Feindschaft. Die deutsche Industrie — durch seine Schutzzoll-Gesetzgebung vom Jahre 1879 hatte Bismarck ihr riesiges Wachsen begründet — war der Feind. Damit war alles gesagt. Als Bismarck dies, wenige Monate vor seinem Tode, feststellte, erkannte er durch seine Redewendung zugleich an, daß für die Engländer dieser Gegensatz unversöhnlich war.

*

Kaiser Wilhelm II. legte schon als Prinz ein enthusiastisches Interesse für das Seekriegswesen und alles, was damit zusammenhängt, an den Tag, im großen wie im einzelnen — war, wie man damals sich auszudrücken pflegte, „Marineschwärmer". Er kannte genau das Kriegsschiffmaterial der englischen Seemacht, auch aus seiner eigenen Anschauung während seiner zahlreichen Besuche bei der königlichen Familie, wußte Bescheid auch um die zweitgrößte Marine damals, die französische, und die übrigen. Der Vergleich mit Deutschlands Wehrlosigkeit zur See lag für den zukünftigen Herrscher nahe genug, ebenso nahe wie der Entschluß und Vorsatz: damit müsse es bald und gründlich anders werden. Es ist wahrscheinlich, daß der Kaiser, schon bevor er auf den Thron kam, die Nachfolge seines Vaters antrat, als Lieblingsgedanken vor Augen gehabt hat: wie sein Großvater der Begründer der Armee und damit des unüberwindlichen Festlandreiches geworden sei, so würde er, Wilhelm II., als der große Flottengründer und Schöpfer eines gewaltigen deutschen Weltreiches auf die Nachwelt kommen. Solche Gedanken hinderten ihn bei seiner impulsiv auftretenden geistigen Beweglichkeit und der damit verbundenen Neigung zu jähen Ansichtswechseln nicht, seiner Großmutter, als sie ihm den Titel eines englischen Flottenadmirals gegeben hatte, begeistert zu schreiben, er fühle sich so, als ob er der englischen Flotte angehöre.

Seit seinem Regierungsantritt unterließ der Kaiser keine Gelegenheit, die deutsche Öffentlichkeit auf jenes Mißverhältnis hinzuweisen und darüber aufzuklären und auf die großen Gefahren, die hinter der maritimen Ohnmacht standen. Er trieb eine dauernde Propaganda und fertigte überall verbreitete Tabellen an, die zeigen sollten, wie notwendig eine starke Flotte für Deutschland sei. Während der ersten zehn Jahre seiner Regierung reagierte die deutsche Bevölkerung auf diese und andere Anregungsversuche nur zu einem sehr geringen Teil, ebenso wie die Presse der Parteien und vollends der Reichstag. Die Gegenargumente pflegten zu sein: ohne Seemacht sei Deutschland groß und mächtig geworden, eine starke Flotte sei nur eine unnötige, große Aufgabe, die Armee koste genug, schon viel zuviel, zu dem Militarismus wolle man nun nicht noch den Marinismus haben. Jahr für Jahr wurde um jeden vorgeschlagenen Neubau oder auch um einzelne Jahresraten im Reichstage gekuhhandelt, die Sache kam nicht vorwärts.

Das ging so lange, bis der Kaiser 1897 den damaligen Konteradmiral Tirpitz, der damals schon in der Marine als die hervorragendste Persönlichkeit anerkannt war, zum Staatssekretär des Reichsmarineamts machte. Tirpitz brachte sofort, was seine Vorgänger nicht vermocht hatten, nicht nur den ausgearbeiteten Gedanken einer organischen Planmäßigkeit für den Ausbau der maritimen Wehrkraft mit, sondern auch die sachliche Begrün-

dung ihrer Notwendigkeit auf breiter und unanfechtbarer Grundlage. Er leitete die Notwendigkeit hauptsächlich aus folgendem ab:

Der deutsche Seehandel und die deutschen Seeinteressen überhaupt könnten durch Auslandskreuzer in einem Kriege nicht geschützt werden. Entscheidend sei zur See das Vorhandensein geschlossener, organisch gegliederter schwerer Streitkräfte und deren Entscheidungskämpfe in der Seeschlacht. Für das Jahr 1898 wurde dem Reichstag ein gesetzlich festgelegter, befristeter Plan für den Bau einer „Ausfallflotte" vorgelegt und angenommen. Zwei Jahre später, im Jahre 1900, wurde das Bauprogramm verdoppelt und ebenfalls angenommen. Die völlige Durchführung dieses Planes wäre im Jahre 1920 erfolgt. Durch laufenden Ersatz veralteter Schiffe nach ebenfalls für die verschiedenen Schiffsklassen gesetzlich festgelegten Terminen würde dann die Flotte nach Durchführung des Bauplans automatisch auf demselben Stande, auf der durch den Bauplan festgelegten Sollstärke von sechzig Schlachtschiffen und erforderlichen leichten Streitkräften, sich halten.

Zur Begründung der Notwendigkeit dieser schrieb der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Admiral Tirpitz, u. a. die folgenden Sätze:

„Um unter den bestehenden Verhältnissen Deutschlands Seehandel und Kolonien zu schützen, gibt es nur ein Mittel: Deutschland muß eine so starke Schlachtflotte haben, daß ein Krieg auch für den seemächtigsten Gegner mit derartigen Gefahren verbunden ist, daß seine eigene Machtstellung in Frage gestellt wird. Zu diesem Zwecke ist es nicht unbedingt erforderlich, daß die deutsche Schlachtflotte ebenso stark ist wie die der größten Seemacht, denn eine große Seemacht wird im allgemeinen nicht in der Lage sein, ihre sämtlichen Streitkräfte gegen uns zu konzentrieren. Selbst wenn es ihr aber auch gelingt, uns mit größerer Übermacht entgegenzutreten, würde die Niederkämpfung einer starken deutschen Flotte den Gegner doch so erheblich schwächen, daß dann trotz des etwa errungenen Sieges die eigene Machtstellung nicht mehr durch eine ausreichende Flotte gesichert wäre."

Die Aufstellung dieses Zieles und eines Bauplanes, dessen Ausführung zwei Jahrzehnte in Anspruch nehmen würde, erschien den anderen Nationen so phantastisch, daß an die Verwirklichung kaum geglaubt wurde, besonders weil im Jahre 1900 der deutsche Bestand an Kriegsschiffen kein einziges aufwies, das auf der Höhe der Zeit militärisch und technisch gestanden hätte. Man spottete über „Des Kaisers Spielzeug" (the Kaisers toy) und begann mit der deutschen Seemacht überhaupt erst zu rechnen, als nach 1906 das Flottengesetz ergänzt wurde dahin, daß fortan die Qualität der Neubauten derjenigen der anderen großen Marinen gleichwertig sein müsse.

Der Zweck dieses Eingehens auf den Flottenbau ist die Beantwortung der so oft aufgeworfenen Frage, ob der Gegensatz gegen England und schließlich der Weltkrieg nicht vermieden worden wären, wenn man die Flotte nicht gebaut oder wenigstens nach den Wünschen Englands beschränkt hätte. Besonders ist hierfür angeführt worden: eine großbritannische Regierung habe doch wiederholt Deutschland ein Bündnis angeboten. Es hat Stimmen in Deutschland gegeben, die behaupteten: es sei ein politisches Verbrechen des Kaisers und seiner Regierung gewesen, diese Anerbieten nicht anzunehmen. Dazu läßt sich folgendes bemerken:

Diese Bündnisvorschläge standen immer, ob ausgesprochen oder nicht, von England aus gesehen, im Zeichen der Benutzung des Deutschen Reiches gegen Rußland. Großbritannien seinerseits hatte keinerlei Gegenwert zu geben, auch niemals einen in Aussicht gestellt. Will man den Fall setzen, Großbritannien und Deutschland hätten unter sich das Türkische Reich aufgeteilt, wie Lord Salisbury einmal unverbindlich in den neunziger Jahren vorgeschlagen hatte, so würde Rußland fortan der Todfeind gewesen sein, die deutsche Lage im Orient wäre eine ungeheuer schwierige und gefährliche, schon im Hinblick auf die aufstrebenden Balkanvölker gewesen. In einem Kriege würde Großbritannien dem Deutschen Reiche keinerlei Beistand geleistet haben. Und um dann zum Beispiel im Mittelländischen Meere einigermaßen das Gleichgewicht mit Großbritannien herzustellen, hätte Deutschland doch eine Flotte notwendig gehabt, außer einer solchen in der Nordsee und Ostsee, gegen Rußland und Frankreich. Wollte man aber den Fall setzen: natürlich hätte Deutschland dann überhaupt keiner Flotte bedurft, so würde es damit seinen ganzen, riesig wachsenden überseeischen Handel und seine Küsten schutzlos gelassen und in die gnädige oder ungnädige Obhut Großbritanniens gestellt haben.

Wir haben gesehen, wie schon Mitte der neunziger Jahre die britische Wut über das Anwachsen des deutschen Handels, der Schiffahrt und der deutschen Übersee-Interessen in England bestand, zu schärfsten Spannungen führte und Kriegsdrohungen hervorrief. Niemand kann glauben, daß ein zur See annähernd waffenloses Deutschland in einem Bündnis Großbritanniens nunmehr freundliches Wohlwollen für weitere Eroberung der ausländischen Märkte durch den deutschen Seehandel gefunden haben würde; im Gegenteil!

Ferner hat man in England seit der Thronbesteigung Eduards VII. immer die Stellung eingenommen: wahrer Friede könne auf dem Kontinent nicht Platz greifen, solange „das Unrecht von 1870/71 nicht wieder gutgemacht" worden wäre. Um das Jahr 1912 schrieb eine damals der englischen Regie-

rung nahestehende Zeitung einen flammenden Artikel mit der Überschrift: „Die brennende Frage von Alsace-Lorraine". Wir dürfen die damaligen Verhältnisse und Anschauungen nicht mit den heutigen vergleichen. Die Anschauung und Tat Adolf Hitlers: die Beseitigung der ewig wiederkehrenden Grenz- und Gebietsfrage zwischen Frankreich und Deutschland durch den Verzicht Elsaß-Lothringens steht staatsmännisch auf einer viel höheren Ebene. Wir wissen auch, daß Bismarck sich lieber mit den deutschsprechenden Teilen der damaligen Reichslande begnügt gehabt hätte, aber durch die militärische Forderung des Generalstabs zur Eingliederung der Festung Metz gezwungen wurde. Und späterhin die Reichslande ganz oder teilweise freiwillig an Frankreich zurückzugeben, würde sicher nicht zu einer französisch-deutschen dauerhaften Freundschaft geführt haben. Die französische Revanchelust, die bisweilen ein paar Jahre schlief und, sowie ein General oder ein Mann wie Clémenceau politisch in den Vordergrund kam, sofort wieder aufflammte, galt nicht allein den verlorenen Provinzen, sondern der verlorenen Vormacht auf dem Kontinent und der deutschen Einheit und Macht. Die Probe auf dieses Exempel hat Deutschland nach dem Kriege und besonders nach 1933 höchst beweiskräftig erfahren. In einem Zweifrontenkriege damals würde ein deutsch-englisches Bündnis nicht standgehalten haben, denn aus einer Reihe von Gründen zog England ein mächtiges Frankreich bei weitem einem mächtigen Deutschland vor.

Außerdem ist nicht zu vergessen, daß in den achtziger und neunziger Jahren — es wurde schon vorher angedeutet — von allen Mächten, die es sich geldlich nur irgend leisten konnten, eine äußerst tatkräftige Vermehrung der Seestreitkräfte stattfand und sich in das neue Jahrhundert hinein fortsetzte. Schon im Hinblick auf seinen Rang als seefahrende Großmacht mußte das Deutsche Reich für alle Fälle und nach allen Seiten eine ganz erhebliche Streitmacht zur See besitzen.

Man hat der deutschen Flottenbaupolitik auch den Vorwurf gemacht, nicht ein gegenseitiges Stärkeabkommen mit Großbritannien eingegangen zu sein. Das ist geschichtlich unrichtig, denn das Deutsche Reich hat ein solches Angebot gemacht, in Gestalt eines Stärkeverhältnisses von 12 zu 16. Die großbritannische Regierung erklärte sich einverstanden, mit dem Vorbehalt, daß die Seestreitkräfte der Dominions nicht mitzuzählen hätten. Auch das wurde deutscherseits zugestanden. Die großbritannische Regierung ist gleichwohl nie auf die Sache zurückgekommen.

Alles in allem ist die Behauptung bei nüchterner Abwägung von Grund aus unrichtig, daß der deutsche Flottenbau, gerade im Hinblick auf Großbritannien, ein Fehler gewesen sei. Richtig war auch der von Tirpitz aus-

gegangene Gedanke, daß die deutsche Außenpolitik während der gefährlichen Zone des Flottenbaues, also bevor die Flotte zu einem erheblichen Machtfaktor geworden war, nach Möglichkeit vermeiden mußte, in ernste Konflikte mit europäischen Großmächten zu gelangen. Auch von diesem Gesichtspunkt betrachtet war übrigens die deutsche Marokko-Politik fehlerhaft. Im übrigen hat Bülow als Staatssekretär des Auswärtigen und nachher als Reichskanzler diese nicht immer leichte Aufgabe erfüllt. Erst dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg war es vorbehalten, auf der einen Seite die Vollendung des Flottenbau-Programms fortwährend schwer zu gefährden und auf der anderen Seite durch Ungeschicklichkeit und psychologische Verkennung Großbritanniens schwerste Krisen hervorzurufen und schließlich England die Gelegenheit zu geben, den Weltkrieg zu entfesseln.

Zur Charakteristik der damaligen Lage muß hierzu noch folgendes gesagt werden:

Dem Auswärtigen Amt und in den deutschen Botschaften, Gesandtschaften usw. war der Flottenbau ein schwerer Stein des Anstoßes von dem Augenblick an, als man sah, daß er wirklich durchgeführt wurde. Es war ganz natürlich und nicht zu vermeiden, daß die deutsche Flottenpolitik komplizierend und damit erschwerend auf die deutsche Außenpolitik überhaupt, besonders während der Dauer jener „gefährlichen Zone", der Periode der Schwäche zur See und damit der Gefahr eines plötzlichen englischen Angriffs, einwirkte. Den Staatssekretären des Auswärtigen und ihren Beamten erschien der Flottenbau durchaus unnötig, und wohl keine einzige unter allen jenen Persönlichkeiten hat sich überhaupt, geschweige denn vorurteilslos mit der Materie wirklich beschäftigt. Die Folge war, zum Teil schon unter Bülow, vollends unter Bethmann-Hollweg, daß die Organe der deutschen Außenpolitik, und nach Bülow auch der Reichskanzler, durch Widerstände und Winkelzüge aller Art einen Dualismus sehr schädlicher und gefährlicher Art in die deutsche Außenpolitik hineinbrachten. Wilhelm II. war zu schwach, um hier — was dringend notwendig gewesen wäre — reinen Tisch zu machen. Es war ein unmöglicher Zustand, jenes fortwährende Tauziehen zwischen dem Kanzler und dem Auswärtigen Amt einerseits, dem Staatssekretär des Reichsmarineamts andererseits. Es mußte Entweder-Oder heißen: entweder Flottenbau und entsprechende Außenpolitik, bei voller, verständnisvoller Einigkeit der leitenden Persönlichkeiten, oder man mußte sich mit einer kleinen„Anstandsflotte" begnügen und den Marsch zur Weltgeltung abbrechen. Hätte der Kaiser nach Bülows Entlassung den Admiral von Tirpitz zum Reichskanzler gemacht, so wäre die notwendige Einheit dagewesen, denn der Großadmiral, wie heute wohl meistens anerkannt wird, ist die einzige Persönlichkeit gewesen, die auch als Staatsmann be-

fähigt war, in jener Zeit Deutschland durch die Kriegsgefahren hindurchzuführen. Er ist auch der einzige gewesen, der die Politik Großbritanniens und deren Wesen immer richtig beurteilt hat.

Ob Wilhelm II. den Sinn und Zweck des Flottenbaues jemals vollkommen erfaßt hat, muß man nach seinem Verhalten bezweifeln; man kann ihm außerdem den Vorwurf nicht ersparen, daß er wohl alles, was möglich war, getan hat, um die bauliche Durchführung des Flottenplanes der ganzen Welt gegenüber zu plakatieren: als das Mittel des Deutschen Kaisers, um einst die Meere und damit die Welt zu beherrschen. Die Reden des Kaisers, sofern es sich um Weltpolitik und Seemacht usw. handelte, wurden, wie selbstverständlich war, vom gesamten Auslande mit allen Mitteln der Propaganda ausgenutzt, um diesen friedfertigsten aller Herrscher als künftigen Dschingiskan den Völkern vorzuführen.

Um vieles verständlich zu machen, was für die jüngeren Generationen sonst kaum verständlich wäre, ist nötig, an einigen Aussprüchen und Reden des Kaisers den Leser in die Atmosphäre jener Periode in Deutschland hineinzuführen.

Es begann mit dem Schlagwort des Kaisers: „Weltpolitik!"

Freilich war es nicht Wilhelm II., der dieses Wort geprägt hatte. Zuerst hat Bismarck es gebraucht, und zwar zur Bezeichnung der verschiedenen Phasen seiner Politik: zuerst habe er preußische Politik treiben müssen (um Preußen zur Vorherrschaft in Deutschland zu bringen); dann deutsche Politik (um sämtliche deutschen Staaten unter Preußens Vorherrschaft zum Deutschen Reiche zusammenzuschließen). Seitdem habe er Weltpolitik zu treiben, nämlich die einer Großmacht, die — weil sie eben Großmacht ist — überall in der Welt ihre Gefahren und ihre Interessen hat und diesen dauernd Rechnung tragen muß.

Das war eine einfache tatsächliche und ganz klare politische Feststellung. Weder Engländer noch Franzosen, noch Russen haben sich darüber aufgeregt oder versucht, eine antideutsche Propaganda daraus zu machen. Wilhelm II. dagegen gab dem Worte Weltpolitik einen neuen Sinn: Er erklärte, bisher habe Deutschland in den Kinderschuhen gesteckt, jetzt trete es in das Jünglingsalter ein und sei ein Weltreich geworden. Die Aufgabe sei dementsprechend eine andere geworden: „Überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. Nach Tausenden von Millionen beziffern sich die Werte, die Deutschland auf der See fahren hat. An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses größere Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern." — Dazu müsse

man in Einigkeit ihn unterstützen. Diese Rede hielt der Kaiser zwei Wochen nach seinem Krüger-Telegramm, mitten in die feindselige englische Erregung hinein. Solche Worte mußten beinahe als eine Ankündigung bzw. Drohung einer über alle Erdteile ausgreifenden deutschen Eroberungs- und Expansionspolitik zum mindesten ausgenutzt werden. Den anderen Regierungen war natürlich bekannt, daß Deutschland keinerlei Mittel besaß, um eine solche Politik durchzuführen, aber die Kundgebung der Absicht genügte als erfolgreiche antideutsche Propaganda reichlich. Das Wort „Weltpolitik" wurde von Engländern und Franzosen bald ironisch, bald als Drohung mit allem, was Wilhelm II. tat und tun zu wollen ankündigte, verbunden.

Im Jahre 1897 wurde die Ermordung zweier deutscher Missionare auf chinesischem Boden zum Anlaß für die Besitznahme der Bucht von Kiautschou. Kurz darauf hielt man es für nötig, einige Kriegsschiffe unter dem Befehl des Prinzen Heinrich als Verstärkung der wenigen dort vorhandenen Schiffe nach Ostasien zu senden. Da der Prinz von Beruf Seeoffizier war, so konnte man das Ereignis dieser Fahrt nicht als besonders aufregend werten. Gelegentlich des Abschiedsessens im Schloß zu Kiel für den Prinzen hielt der Kaiser eine phrasenreiche Rede, aus der die stärksten Wendungen angeführt sein mögen:

„Jedem Europäer draußen in Ostasien, dem deutschen Kaufmann draußen und vor allem dem Fremden draußen, auf dessen Boden wir sind, oder mit dem wir zu tun haben werden, möge klar sein, daß der deutsche Michel seinen mit dem Reichsadler geschmückten Schild fest auf den Boden gestellt hat, um dem, der ihn um Schutz angeht, ein für allemal diesen Schutz zu gewähren ... Sollte es aber je irgendeiner unternehmen, uns in unserem guten Recht zu kränken oder schädigen zu wollen, dann fahre darein mit gepanzerter Faust! Und, so Gott will, flicht dir den Lorbeer um deine junge Stirn, den niemand im ganzen Deutschen Reiche dir neiden wird!"

Prinz Heinrich, ein braver, ehrlicher Mann, antwortete, tief ergriffen, dem „Durchlauchtigsten Kaiser! Großmächtigsten König und Herrn! Dem Erlauchten Bruder!": „Euer Majestät erblühte die Kaiserkrone mit Dornen." Den Gipfel seiner Rede bildeten die Sätze: „Das eine versichere ich Euer Majestät: mich lockt nicht Ruhm, mich lockt nicht Lorbeer, mich zieht nur eines: das Evangelium (!) Euer Majestät geheiligten Person im Ausland zu kündigen, zu predigen jedem, der es hören will, und auch denen, die es nicht hören wollen."

Und das alles für ein einfaches Auslandskommando, das aller Wahrscheinlichkeit nach keine Gelegenheit zu kriegerischen Zusammenstößen bieten

würde; die Chinesen hatten keinerlei brauchbare Kriegsschiffe, zweitens hatten sie alles gegeben, was man von ihnen verlangt hatte, nämlich das Gebiet von Kiautschou dem Deutschen Reiche überlassen.

Über die geschwollenen Reden lachte das Ausland, und in Deutschland benutzten die Unterwühler der Monarchie sie, Kaiser und Kaisertum herabzusetzen und zu verhöhnen. Die anderen Deutschen empfanden die Lächerlichkeit bitter und begriffen auch die politische Schädlichkeit der beiden Reden. Die Wendung des Kaisers an seinen Bruder von der „gepanzerten Faust" wurde in England gleich zum wirksamen Schlagwort erhoben für die kriegerischen und gewalttätigen Absichten des Deutschen Kaisers. Bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit las man in englischen Reden und Zeitungen von der deutschen Politik der „mailed fist" (gepanzerten Faust).

Einige Monate später vereidigte der Kaiser Marinerekruten und erklärte ihnen — unter Hinweis auf China: „Wo der deutsche Aar Besitz ergriffen hat und die Krallen in ein Land hineingesetzt hat, das ist deutsch und wird deutsch bleiben." Nach weniger als zwei Jahrzehnten fiel Kiautschou in die Hände Japans! — Selbstverständlich wurde das Bild vom deutschen Aar, der irgendwo in der Welt seine Krallen einschlägt, von England und Frankreich als Beweis dafür ausgerufen, daß der Kaiser überall auf gewalttätige Eroberungen ausgehe und so den Weltfrieden dauernd gefährde, während England und Frankreich nie so etwas getan, sondern nur unterdrückte Völker befreit hätten und zu Christentum, Freiheit und Zivilisation zu erziehen gewohnt seien.

Gerechterweise muß man gerade zwischen denjenigen Reden, die der Kaiser zur Frage einer deutschen Seemacht gehalten hat, gewisse Unterschiede machen. Wenn er im Herbst 1899 gelegentlich eines Stapellaufes sagte: „Bitter not tut uns eine starke Flotte", so hatte er sachlich recht und beeinflußte damals die Stimmung für die große Flottenvorlage von 1900. Wenn der Kaiser in einer anderen Rede aber rief: „Der Dreizack gehört in unsere Faust", so konnte kaum ein Ausdruck gewählt werden, der schädlicher gewesen wäre: der Dreizack, das Wahrzeichen und die Waffe Poseidons bedeutete die Herrschaft über alle Meere. Der Dreizack war seit Beginn des 19. Jahrhunderts das Zeichen der englischen Seeherrschaft. Keine bessere Propagandawaffe konnte der Kaiser den Führern Großbritanniens zuwerfen: der Deutsche Kaiser will uns, den Briten, den Dreizack Neptuns entreißen, uns unsere ruhmreich erkämpfte, von Gott gegebene und lebensnotwendige Seebeherrschung nehmen. Der Deutsche Kaiser hat dies mit klaren drohenden Worten gesagt!

Was konnten bei solchen und ähnlichen Worten nachträgliche Erklärungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts helfen und sachliche Regierungsdarlegungen, daß Deutschland nicht daran denke, etwas anderes zu wollen als eine Flotte von genügender Stärke zu einem Kriege der Verteidigung! Aber das Wort blieb und ist geblieben bis zum bitteren Ende. Schlimmer noch war folgendes: Der Kaiser und der Zar hatten eine Begegnung auf See. Als der Besuch zu Ende war, und die beiden Schiffe sich voneinander entfernten, ließ der Kaiser an den Zaren das Flaggensignal machen: „Der Admiral des Atlantischen Ozeans grüßt den Admiral des Stillen Ozeans!" — Der Zar antwortete trocken mit dem Signal: „Gute Reise." Die beiden Signale gingen durch alle Zeitungen der Welt. Das des Kaisers wurde weidlich ausgenutzt als neue Drohung Wilhelms II. gegen England: die Seeherrschaft auf dem Atlantischen Ozean. Natürlich wußte man in London genau, daß auch diese kaiserliche Rodomontade ebenso leer war wie die anderen. Als Agitationsstoff war sie unschätzbar: den Atlantischen Ozean wolle der Kaiser beherrschen und sperren! Die große Verbindungsstraße zwischen Großbritannien und Indien und allen Gliedern des Empire und den überseeischen Zufuhrländern und Märkten! Das war ja wieder eine offene Herausforderung des gesamten britischen Reiches, auch die Aufforderung an den Zaren, die russische Expansion in Ostasien nicht nur zu Lande, sondern auch zur See gegen die Bundesgenossen England und Japan zu treiben.

Ein anderes Mal erklärte Wilhelm II.: ohne Zustimmung des Deutschen Kaisers könne kein Kanonenschuß im Bereiche irgendeines Teiles der Erdoberfläche mehr abgeschossen werden: die Presse Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten zeigte selbstverständlich hohe Entrüstung und schwere Besorgnisse für den Weltfrieden, denn in der Rede des Kaisers liege deutlich enthalten, daß er die Weltherrschaft wolle: sein Wort solle für alle Völker der Erde Befehl sein. Fortwährend und auf jegliche Art und Weise gefährde der Kaiser den Weltfrieden, man brauche ja nur seine Reden zu lesen. Alle Völker, voran die angelsächsischen Staaten, wollten den Frieden und die Freiheit der Welt, sie empfänden mit Schmerz und Empörung, daß der Kaiser bewußt für den Krieg arbeite aus maßlosem Ehrgeiz, Ruhmsucht und Eroberungslust.

Einige Jahre später äußerte der Kaiser in einer Rede, er denke nicht daran, nach einer „öden Weltherrschaft" zu streben. Er sagte dies in einem Ton, als wenn er, falls er nur wolle, von einem Tage zum anderen, die Herrschaft über die Welt übernehmen könne. Aber abgesehen davon — der Schaden, den seine Reden anrichteten, war nicht wieder gutzumachen. Im Auslande hielt man Wilhelm II., wenn deutsche Zeitungen für die friedliche Gesinnung

des Kaisers eintraten, sein eigenes Wort vor: „An einem Kaiserwort soll man nicht drehen und deuteln."

Diese Beispiele kaiserlicher Redeblüten mögen hier genügen, um zu zeigen, daß in Verbindung mit ihnen der große Flottenbau von 1900 von der antideutschen Weltpropaganda mit größtem Erfolge ausgenutzt werden konnte: Des Kaisers Reden könnten gar keinen Zweifel darüber lassen, daß die deutsche Flotte nur gebaut werde, um die deutsche Weltherrschaft zu erobern. Bis sie fertig sei, werde die Politik des Kaisers trachten, im rechten Augenblick einen Konflikt mit Frankreich zu entfesseln. Dann werde das arme Frankreich überrannt werden, Deutschland werde die Kanalküste und die atlantischen Häfen Frankreichs besetzen und nun den Krieg gegen Großbritannien, „unsere arme kleine Insel!", beginnen, in einem Augenblick der Abwesenheit der englischen Hauptflotte eine Armee übersetzen: Großbritanniens Ende! Damit nicht genug, werde dann der unersättliche deutsche Eroberer gegen den amerikanischen Kontinent vorgehen, sich zunächst der Westindischen Inseln bemächtigen und in der Folge verschiedener Küstenpunkte Mittelamerikas; der nordamerikanische Kontinent sei auf Verteidigung nicht eingerichtet, die südamerikanischen Staaten vollständig ungeschützt, also höchste Gefahr im Verzuge. Die deutsche Besitznahme von Australien und Neuseeland wäre dann eine Frage nur sehr kurzer Zeit.

Es war kein Zufall, daß — während desselben Zeitraumes — eine große Anzahl von Zukunfts-Kriegsromanen in die Weltöffentlichkeit geworfen wurde. Engländer und Amerikaner waren die meisten Verfasser, außerdem einige Franzosen. In allen wurde der deutsche Eroberungskrieg als die große, unmittelbar bevorstehende Gefahr geschildert, teils als Vernichtung, teils als Sieg der Nationen der „Freiheit und des Friedens". Darüber hinaus sorgten ganz ähnlich, wie seit 1933, die telegraphischen Weltagenturen, an der Spitze das Reuter-Büro, für eine nie abreißende Reihe erlogener Nachrichten über irgendwelche neuen Absichten des Deutschen Reichs, „die Unruhe der Welt zu vermehren", sich in alle Begebenheiten und Vorgänge einzumischen.

Diese dauernde Verhetzung erwies sich als erschreckend wirkungsvoll und hat England und seinen Genossen in hohem Maße geholfen, den Weltkrieg politisch vorzubereiten, die große Kriegskoalition von 1914 zusammenzubringen und die Lüge von der deutschen Kriegsschuld vorwegzunehmen. Bei Kriegsausbruch hieß es sofort in der Weltöffentlichkeit: Wir haben ja immer vorausgesagt: der Kaiser will den Krieg und schlägt los, wenn er den Augenblick gekommen glaubt!

Die Feststellung ist nicht übertrieben, daß die Reden Wilhelms II. dieser Propaganda vierzehn Jahre lang wertvollstes Material geliefert haben. Man

könnte einwenden, daß der Bau der deutschen Flotte an sich schon genügend für die anderen, hauptsächlich die angelsächsischen Staaten gewesen sei, um ihre deutschfeindliche Propaganda vollauf zu nähren. Ebenso wie das Zunehmen des deutschen Handels würde jene Propaganda gewiß auch den Flottenbau an sich ausgenutzt haben. Zugegeben! Hätte der Deutsche Kaiser aber jene überheblichen und unsinnigen Reden nicht gehalten, so würde die ausländische Propaganda niemals Wilhelm II. selbst als Beweis für ihre eigenen Lügen haben anführen können. In Deutschland weiß man heute besser als damals, was Propaganda bedeutet, und eine wie starke Waffe sie sein kann.

Um so besser wissen wir auch, wie ungeheuer der Kaiser geschadet hat, und wieviel eine überlegte deutsche Propaganda sonst hätte nützen können; aber in Deutschland gab es damals so etwas nicht.

*

Den einzigen großen Zug in der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. bedeutet die Seemachtpolitik, deren Grundgedanke, organisatorisch, militärisch und politisch, das geistige Eigentum des Großadmirals von Tirpitz gewesen ist. Ein Verdienst Wilhelms II. ist es gewesen, daß er diesen Mann hat gewähren lassen, freilich ist dieses Wort zu positiv, denn oft genug mußte der Staatssekretär des Reichsmarineamts schwere Kämpfe ausfechten, wenn unberufene Ratgeber dem Kaiser beigebracht hatten, Tirpitz befinde sich auf falschem Wege. Äußerungen des Kaisers, der Admiral habe auch nach seinen Befehlen die deutsche Seemacht aufgebaut, sind, nur äußerlich betrachtet, insofern richtig, als der Kaiser selbstverständlich auf Vorschläge des Marinestaatssekretärs seine formale Genehmigung geben mußte.

Nicht begriffen hat der Kaiser, wie gesagt, daß ein so großes und folgenreiches Unternehmen wie der Aufbau einer beträchtlichen deutschen Seemacht in weit höherem Maße, als es geschehen ist, für die Führung der deutschen Außenpolitik hätte maßgebend sein müssen. Der Flottenbau war, eine solche Politik vorausgesetzt, ohne Krieg durchführbar. Die Orientpolitik des Kaisers war nicht durchführbar, trotz aller Opfer, die ihr von der Führung der Außenpolitik des Reiches gebracht wurden und noch gebracht worden wären. Nur in einem Falle hätte man sich ein Gelingen des deutschen Orientplanes denken können, nämlich nach der Verwirklichung des Flottenbauplanes: ein Umgekehrt war nicht möglich, sonst wäre es in bestem Falle als internationales Bankunternehmen unter großbritannischer Machtkon-

trolle und unter Verewigung und Verschärfung des deutsch-russischen Gegensatzes geendet. Das Bagdadbahn-Unternehmen mit allen den Hoffnungen und Zukunftszielen, die deutscherseits daran geknüpft wurden, besaß nicht die feste Machtgrundlage, ebensowenig wie die südafrikanische Politik Deutschlands bis zum Krüger-Telegramm und ebensowenig wie die Marokko-Politik.

Ob, wäre der Krieg nicht gekommen, das Flottenbauprogramm durchgeführt worden wäre, ist unmöglich zu sagen, um so weniger, als in den letzten Jahren vor dem Weltkriege die inneren Tendenzen zu einer demokratischen Entwicklung und Umgestaltung wuchsen; darüber wird an anderer Stelle gesprochen.

1914 trat die deutsche Flotte, zwar noch lange nicht vollendet, aber in beachtlicher Stärke, in den Krieg ein. Dank der Scheu des Kaisers, sie rechtzeitig einsetzen zu lassen, endete sie als Herd des Umsturzes 1918/19. — Wieder der typische Schlußakt aller Unternehmungen Wilhelms II.: zuerst die Pauken und Fanfaren — der Schluß: Schmach und Katastrophe. Reuters Tat zu Scapa Flow kam nicht auf des in Holland wohnenden Exkaisers Verdienstkonto.

DRITTER ABSCHNITT

Imperator Rex

Kaiser und Bundesfürsten

Bismarcks Urteil: Wilhelms II. Ideal sei „populärer Absolutismus", hat sich während der Regierungszeit des Kaisers als richtig bewährt. Der Kaiser wollte absolut herrschen und sogar selbst regieren. Bismarck hatte dieses in seinem Zwist mit dem Kaiser über die soziale Frage gewonnene Urteil so gemeint, daß Wilhelm II. Popularität bei der Sozialdemokratie, richtiger bei der Arbeiterschaft, wolle, und zwar als absolutistischer Herrscher. Fürst Philipp Eulenburg sagte, nach einer Aufzeichnung im Jahre 1906, dem Kaiser „in einem langen ernsten Gespräch":

„Euer Majestät Individualität gravitiert in der Richtung des absoluten Herrschers. Sie haben sich stark dahin entwickelt — auf Kosten des Herzens, das Sie haben. Ihre Menschenverachtung hat zugenommen. Die Grundeigenschaft Ihres Charakters ist, wie Sie mir in Norwegen auf einem Spaziergang sagten, der Eigensinn. Ich lasse dahingestellt, ob das richtig ist. Aber jedenfalls wird die Linie zwischen gewissen Handlungen eines Herrschers und den Wirkungen seines Eigensinns sehr verschwommen sein — wenn er wirklich eigensinnig ist. Dahin gehört das Nichtdulden von Widerspruch und ein Verweigern von gutem Rat, den man Ihnen geben will. Alles in allem: Autokratismus in allem: Autokratismus auf Kosten der Nützlichkeit für den Autokraten selbst und für sein Volk und Land. Das klingt alles sehr hart! Aber ich kann es, gottlob!, multiplizieren, auch aus Ihrer Persönlichkeit heraus. Gegenüber Menschenverachtung besitzen Sie eine seltene Treue und Anhänglichkeit. Treue ist immer selten, bei Monarchen eine Rarität. Denn der Monarch kann immer das beliebte Staatswohl alias Bequemlichkeit vorschieben. Gegenüber Ihrer Härte haben Sie Ihr Herz. Das sollten Sie mehr anwenden ... Gegenüber Ihrem Eigensinn aber haben Sie Ihren Verstand. Wie leicht könnte dieser die schädlichen Folgen eines gelegentlich zu scharf auftretenden Autokratismus beseitigen."

Eulenburg hat hierzu noch verzeichnet: er habe nicht das Gefühl gehabt, daß der Kaiser ihn verstanden habe.

Fürst Philipp Eulenburg hat kurz darauf am allerbittersten selbst erfahren müssen, daß der Kaiser ihm, seinem unbedingt ergebenen und treuen Freunde, in der schwersten, tödlichen Krisis seines Lebens die Treue nicht hielt. Eulenburg hat in diesen seinen Vorhaltungen eine Eigenschaft nicht genannt. Hat er sie gekannt und voll ermessen, so wäre gleichwohl begreiflich gewesen, wenn er sie dem Kaiser nicht genannt hätte, nämlich die Schwäche und den Mangel an moralischem Mut. Wir haben diese Eigenschaft schon in der Skizzierung der auswärtigen Politik Wilhelms II. feststellen müssen, auch das Ausland hatte sie kennengelernt. In Deutschland nahm man die autokratischen Neigungen des Kaisers bald ernst, bald wurde man wieder daran irre und meinte, der Kaiser sei doch eigentlich kein Autokrat, sondern werde nur ab und zu von der Impulsivität seines Temperaments übermannt, spreche Dinge, die er eigentlich nicht meine, und gäbe seinen Worten auch nicht durch Handlungen Folge. Es fehlte in diesen Urteilen das Wesentliche, nämlich die Feststellung der Schwäche, um nicht zu sagen Furchtsamkeit. Dieser Furchtsamkeit hielt auch die Treue nicht stand: Als in der Voruntersuchung seines Prozesses auf Befehl des Kaisers dem Fürsten Eulenburg seine Orden abverlangt wurden, schrieb dieser zugleich mit der Abgabe: seine Orden hätten nur in Anbetracht der besonderen Gnade, die ihm der Kaiser immer erwiesen habe, persönlichen Wert für ihn gehabt:

„Deshalb haben diese Gegenstände ihren Wert auch vollkommen verloren mit dem Augenblick, da Seine Majestät im Andrang der öffentlichen und privaten Meinungen mich plötzlich fallen ließen."

Es war in der Tat die Angst vor dem „Andrang der Meinungen", die den Kaiser zwang, den einzigen wirklichen Freund, während eines Zeitraumes von zwanzig Jahren, fallen zu lassen. Am selben Tage schrieb Eulenburg in sein Tagebuch unter Bezugnahme auf die Abforderung der Orden:

„Welcher Ekel erfaßt mich! Aber auch dieses Kreuz werde ich tragen. Ich will niederschreiben für die, die einst diese Zeilen lesen, was Könige sind, die ihrem ‚besten Freunde' sagen, ‚daß sie bis zu ihrem letzten Atemzuge nicht vergessen werden, was man für sie tat'."

*

Was den Kaiser zurückhielt, während seiner Regierungszeit seinem innersten autokratischen Drange Folge zu geben, war letzten Endes eben die Schwäche und das wohl meist nur halbbewußte Gefühl der Angst vor Wider-

ständen, die über seine Kraft gehen würden. In den Dienst dieser Angst trat dann jedesmal der von Eulenburg angeführte „Verstand". Es handelt sich also um eine ganz andere menschliche Wesensart als die eines Hamlet: „Der angeborenen Farbe der Entschließung ist des Gedankens Blässe angekränkelt." Hamlet war aber persönlich mutig und tapfer, dabei eine innerlich zarte, skeptische Natur, unegoistisch, stets in seinem Gewissen forschend, ob er auch recht handele, und sich prüfend, ob er richtig denke. Um Äußeres war es ihm nicht zu tun, und Eitelkeit, äußerer Ehrgeiz und Sucht nach Popularität lagen ihm, dem rechtmäßigen Thronfolger, fern, wie nahe derartiges gerade ihm hätte liegen können.

In dem Briefe vom Jahre 1886, den Wilhelm II. als Prinz an Bismarck über sein Verhältnis zu den Bundesfürsten schrieb, zeigt sich der Weg, den er zu gehen gedachte, deutlich: was die Verfassung des neuen Deutschen Reiches bestimmte, kümmerte ihn im Grunde genommen gar nicht. Möglicherweise hat er auch nicht verstanden oder sich keine Gedanken darüber gemacht, daß und warum es nicht zeitgemäß war, den damals sogenannten föderalistischen Gedanken des Reiches — also den des „ewigen Bundes" aller Einzelstaaten des Reiches — fallen zu lassen.

Gedanke und Vorsatz des Prinzen und nachher des Kaisers waren: „die alten Onkels", also die Bundesfürsten, sich durch Liebenswürdigkeit in die Hand zu spielen, so oder so, aber „pariert wird". Man müsse die Alten ruhig anhören, aber ob man ihre Wünsche erfülle, das sei dann etwas ganz anderes. Sie sollten auch durch etwaige Höflichkeitsbesuche „gekirrt werden". Der Wille und der Gedanke, unbeschränkt durch die Bestimmungen der Verfassung, auch bei den Bundesfürsten und ihren Regierungen, trotz eigener absoluter Herrschertätigkeit sich mit Erfolg „populär" zu machen, war tatsächlich also vorhanden. Nun waren freilich die deutschen Bundesfürsten ihrerseits keineswegs absolute Herrscher, sondern auf ihre Verfassungen angewiesen und damit auch auf ihre Regierungen, die Parlamente und Volksstimmungen konnten sie jedenfalls durchaus nicht ignorieren.

Ein Überblick über das Verhältnis des Kaisers zu den anderen Bundesfürsten zeigt, daß er sich einer großen Beliebtheit bei ihnen nicht erfreut hat und ebensowenig einer aufrichtig respektvollen Anerkennung. Er mischte sich gern ungebeten und nach Laune in ihre Angelegenheiten, behandelte sie taktlos und brüsk und überheblich, liebte, sie gesellschaftlich zu „überstrahlen". Dazu kam seine Neigung zu formlosen, taktlosen und oft sehr handgreiflichen Scherzen, besonders mit den jüngeren Bundesfürsten und Prinzen, die von diesen übel aufgenommen und nicht vergessen wurden. So entstandene Verstimmungen, auch Abneigungen der Bundesfürsten und

innerhalb ihrer Häuser vereinigten sich mit den politischen und dynastischen Besorgnissen, daß der Kaiser drauf und dran sei, den föderativen Charakter des Deutschen Reiches und die verfassungsmäßigen Rechte der Bundesfürsten zu mißachten und zu beeinträchtigen. Unzweifelhaft waren solche Besorgnisse nicht unbegründet. Was Wilhelm II. von groben Verfassungswidrigkeiten abhielt, war letzten Endes nur die Furcht vor ernsthaften Verwicklungen mit unabsehbarem Ausgang. Die Willensschwäche des Kaisers und sein Mangel an Mut und Selbstvertrauen, einen ernsthaften Konflikt — das gleiche galt ja in der Außenpolitik — durchzufechten, hätten also hier scheinbar ihr Gutes gehabt. Wilhelm II. vermochte aber nicht, seine innerlich gehegten Ansprüche und seine brennenden Wünsche: absolut zu regieren, dann wenigstens zu verschweigen: was er zu tun nicht wagte, wenigstens in Worten indirekt zum Ausdruck zu bringen; anscheinend verlangte seine Natur solche Entlastungen von Zeit zu Zeit.

Aus den Versailler Verhandlungen im Winter 1870/71 wissen wir, mit welcher Vorsicht und Sorgfalt Bismarck die Bundesfürsten behandelte, damit sie sich nicht als in den neuen Bundesstaat hineingezwungen und in ihren Sonderinteressen beeinträchtigt, sondern im Gegenteil frei und wohl und nachher in ihren verfassungsmäßigen Rechten vertrauensvoll gesichert fühlen sollten. Der Briefwechsel, den Bismarck im ersten und zweiten Jahrzehnt nach dem Kriege mit dem König Ludwig II. von Bayern führte, zeigt auch heute noch dem Leser die damalige Wichtigkeit sorgsamster Beobachtung der verfassungsmäßigen Rechte der Bundesfürsten. Ludwig II. schrieb an Bismarck im Sommer 1877 unter anderem:

„In Ihrer Stellung zu der immer wieder auftauchenden Frage verantwortlicher Reichsministerien erscheinen Sie als der starke Hort der Rechte der Bundesfürsten." Und in einem anderen Teil dieses Briefes: „Je größer meine persönliche Verehrung für Sie und mein Vertrauen zu der föderativen Grundlage Ihres staatsmännischen Wirkens ist, desto schmerzlicher hätte ich ein solches Ereignis (es handelt sich um Rücktrittsgerüchte Bismarcks) für mich und mein Land empfunden."

Der ganze Briefwechsel ist von diesem Thema durchzogen. Man mag, von der Gegenwart aus gesehen, schwer begreiflich finden, daß die Bundesfürsten sich nicht im Interesse der deutschen Einheit einfach ihrer sämtlichen Stellungen und Rechte entäußerten; ebenso wie der nachmalige Kaiser Friedrich und sogar der alte Kaiser Bismarck zum Vorwurf machten, daß er 1870 nicht die in seinen Händen liegende Macht rücksichtslos den Fürsten gegenüber gebrauche. Man kann mit einiger Sicherheit annehmen, daß in diesem Falle oder wenn ein Reichskanzler nach Bismarck so vor-

gegangen wäre, die Bundesstaaten nicht so zusammengewachsen wären, wie es im Laufe der Jahrzehnte auf der Grundlage des Bismarckschen Verfassung der Fall gewesen ist. Die so allmählich angebahnte Überwindung der trennenden Kräfte des Partikularismus haben Weltkrieg und Zusammenbruch unter Beweis gestellt.

*

Im Jahre 1891 machte der Kaiser einen Besuch in München und schrieb in das Goldene Buch der Stadt: „Regis voluntas suprema lex" (Des Königs Wille ist das höchste Gesetz). Hierüber erhob sich in Bayern und in ganz Deutschland großer Lärm: das sei ein Bekenntnis zum Absolutismus, und einen solchen Standpunkt auch nur auszusprechen, bedeute im Munde des Kaisers und Königs von Preußen zum mindesten ideell einen Verfassungsbruch. Der in des Kaisers Spruch liegende Anspruch bedrohe ebenso die Bevölkerungen der Bundesstaaten wie deren Fürsten, wie das Reich. In Bayern fand man sich besonders verletzt und vor den Kopf gestoßen, weil vorher der vom bayrischen Volk geliebte König Ludwig II. in Geistesstörung seinen Tod gefunden hatte, sein geistesgestörter Bruder regierungsunfähig war und an seiner Stelle, als Prinzregent, Prinz Luitpold stand. Die bayrische Bevölkerung fühlte sich mißfällig berührt und glaubte hinter jenen Worten als Absicht des Kaisers zu sehen, daß er, als König und Kaiser, auch über Bayern schrankenlos herrschen wolle. Dieser Vorgang begab sich anderthalb Jahre nach der Entlassung Bismarcks. So lag gerade für das ohnehin mißtrauische Bayern der Gedanke nahe: kaum ist Bismarck fort, so will der Kaiser schon an unsere verfassungsmäßigen Rechte heran! Das Wort: der Kaiser wolle die Bundesstaaten und, in erster Linie, Bayern jetzt „verpreußen", verstummte seitdem nicht mehr.

Ein anderes Mal fand sich der spätere König Ludwig III., damals Prinz Ludwig von Bayern, der mit anderen deutschen Fürsten zur Krönung des Zaren nach Petersburg geschickt war, veranlaßt, dort in öffentlicher Rede zu erklären: die deutschen Fürsten seien keine Vasallen des Deutschen Kaisers, sondern seine gleichberechtigten Bundesgenossen. Wieder ein anderes Mal mischte sich Wilhelm II. in innere parlamentarische Angelegenheiten Bayerns. Takt und Psychologie fehlten ihm, sonst hätten ihn schon diese Eigenschaften abhalten müssen, gerade den empfindlichsten deutschen Bundesstaat, dessen Bevölkerung den Malefizpreußen auch nicht eben geneigt war, wieder und wieder irgendwie auf die Füße zu treten.

Im ganzen Reich erregte die Behandlung schweren Anstoß, die der Kaiser dem Grafregenten zu Lippe-Detmold angedeihen ließ.

Zwischen den Häusern der fürstlichen Familie Lippe war ein Erbfolgestreit eingetreten, der Rechtsstreit war im Gange. Bis zu dessen Entscheidung regierte der Grafregent. Wilhelm II. stand auf der Seite des anderen, ihm durch Heirat nahestehenden Anwärters auf das Fürstentum Lippe-Detmold und hatte es dem Regenten schon sehr übelgenommen, daß er nicht ohne weiteres seinem Rivalen den Vortritt gelassen hatte.

Sachlich und aus der Ferne beurteilt erscheint heute das Drama Lippe-Detmold als eine komische Bagatelle; damals bedeutete es außerdem ein Symptom politisch bedenklicher und keineswegs unwichtiger Art:

Im Sommer 1898 wurde ein Schriftwechsel zwischen dem Grafregenten von Lippe-Detmold und dem Kaiser veröffentlicht. Es drehte sich um folgendes: Der Grafregent hatte mit Antritt seines Regentenamtes den Zugehörigen seiner Familie den Titel „Erlaucht" verliehen und verlangte daraufhin, daß auch diesen militärische Ehrenbezeigungen gemacht werden müßten. Der Kommandierende General gab entsprechenden Befehl, und alles schien in Ordnung zu sein, als plötzlich die militärischen Ehrenbezeigungen unterblieben und der Kommandierende General dem Grafregenten mitteilte: der Kaiser habe es verboten. Der Grafregent richtete darauf eine ehrerbietig abgefaßte Bitte und Vorstellung an den Kaiser mit einem Appell an dessen Gerechtigkeitssinn: er möge die Gnade haben, „durch ein Kaiserliches Machtwort einem solchen Eingriff in die Rechte eines Landesfürsten Einhalt zu tun". Die Eingabe war in ebenso bescheidenem wie würdigem Ton abgefaßt. Daraufhin erhielt der Grafregent die folgende telegraphische, nicht chiffrierte Antwort:

„Ihren Brief erhalten, Anordnungen des Kommandierenden Generals geschehen mit Meinem Einverständnisse nach vorheriger Anfrage. Im übrigen will ich Mir den Ton, in welchem Sie an Mich zu schreiben für gut befunden haben, ein für allemal verbeten haben. W. R."

Der Grafregent legte hierauf in einem Rundschreiben an alle deutschen Bundesfürsten die folgende Rechtsverwahrung ein:

„Ich kann vor Gott und den deutschen Fürsten der Wahrheit gemäß bezeugen, daß ich von der ersten Stunde meines Regentschaftsantrittes an bemüht gewesen bin, eine gnädige Gesinnung Seiner Majestät zu gewinnen und die Treue zur Allerhöchsten Person des Trägers der deutschen Kaiserkrone und auch vor meinem Lande bei dieser Gelegenheit zu bekennen. Ich muß aber ebenso wahrheitsgemäß vor Gott und den deutschen Fürsten zu

meinem tiefen Schmerz aussprechen, daß ich während der Zeit meiner Regentschaftsführung mehrfach bitteren Erfahrungen durch die Ungnade Seiner Majestät preisgegeben war. Für die Lösung dieses Konflikts, soweit er nur meine Person und Familie anbetrifft, werde ich menschliche Hilfe und Vermittlung niemals ansprechen; ich stelle sie allein Gott und der Zukunft anheim ... Ich kann auszusprechen nicht unterlassen, daß die Ausübung einer disziplinarischen Korrektur gegen ein deutsches Staatsoberhaupt das verfassungsmäßige Verhältnis der Bundesfürsten im Reich in seinen Grundlagen verändern müßte. Wenn Seine Majestät ihren Worten: ‚Dem Regenten, was dem Regenten zukommt', noch hinzuzufügen geruht haben: ‚weiter nichts', so erscheint damit eine Auffassung zum Ausdruck gebracht, welche die Begrenzung und Inhaltsbestimmung meiner landesherrlichen Rechte in irgendwelchem Sinne von dem Allerhöchsten Willen oder der Gnade des Kaisers absolut abhängig stellt. Gegen diese Auffassung lege ich namens des von mir vertretenen staatsgrundsätzlichen Rechtes Verwahrung ein."

Daß die Beschwerde dieses Bundesfürsten in jedem Punkte ebenso gerechtfertigt war wie seine Entrüstung über die Behandlung, lag auf der Hand. Der Eingriff selbst, dazu der schroffe, durch nichts begründete Ton eines strafenden Vorgesetzten in der Depesche des Kaisers waren ganz unberechtigt, ein Blick in die Reichsverfassung genügte zur Feststellung. Die Note persönlicher Verstimmung war vollends unangemessen. Es entsprach wieder dem Wesen des Kaisers, daß er seinen Zorn und sein Cäsarengefühl gerade an einem der kleinsten deutschen Bundesfürsten und noch dazu dem nur vorläufigen, in ungemein schwieriger Lage befindlichen Grafregenten hemmungslos ausließ. Mit einem Angehörigen eines der königlichen Häuser des Reiches würde Wilhelm II. sich diese Sprache nicht erlaubt haben.

Das Rundschreiben des Grafregenten an die sämtlichen Bundesfürsten des Reichs machte nicht nur bei diesen einen tiefen Eindruck, sondern auch auf die Bevölkerung der süddeutschen und mitteldeutschen Staaten: Was mischt der König von Preußen und Deutsche Kaiser sich schon wieder und in solcher unerhörten Weise in deutsche Rechtsangelegenheiten ein, die ihn nichts angehen! Die ernst zu nehmende Presse der Bundesstaaten zeigte ein erzürntes Unbehagen und die politische Befürchtung, daß der Kaiser seine ihm aus der Reichsverfassung erwachsenden Verpflichtungen den Bundesfürsten und ihren Staaten gegenüber immer weniger halten werde. Der Kaiser legte mit jener Angelegenheit an den Tag, daß sein Brief an Bismarck vom Jahre 1886 dieselbe Gesinnung und denselben Standpunkt aussprach, wie diejenige, die er auch noch 1898 betätigte: „pariert muß werden!" Bismarcks Antwort war ohne Eindruck geblieben.

Die während jener Jahrzehnte als „Partikularismus" bezeichnete reichsgegnerische Stimmung und Gesinnung nahm zu, zur Freude des Auslandes. Der unter Bismarck sorgsam gepflegte Trieb zu langsamem freiwilligen Zusammenwachsen nahm ab, das Wort „Reichsverdrossenheit" konnte ungescheut laut werden, und durch Wilhelms II. tönende Reden höchstens noch stärkeren Inhalt gewinnen. Auch das alte Schlagwort von der Verpreußung der anderen deutschen Staaten gewann wieder neues Leben. Den Nutzen von dem allen hatten nur alle die inneren Reichsfeinde.

Den Kaiser focht das alles nicht an, er fühlte sich als der geniale gewaltige Herrscher, „um den alle anderen Länder das deutsche Volk beneiden". — So sagte und schrieb das Byzantinertum.

*

Über die kaiserliche Eintragung in das Goldene Buch von München entspann sich zwischen Eulenburg und dem Kaiser noch ein Brief- bzw. Telegrammwechsel. Eulenburg, der damals Gesandter in München war, erzählte ihm sehr offen über die schlimmen Wirkungen in Bayern, überhaupt über die dortige Stimmung gegen den Kaiser. Hierauf antwortete Wilhelm II. u. a. in einer nicht chiffrierten Depesche:

„Lassen Sie sich durch das Geschrei der dämlichen bayrischen Treue doch nicht irre machen, die auf jeden Blödsinn hereinfällt ... Ich habe weidlich über die unglaubliche Torheit der guten Bayern gelacht."

Selbstverständlich war die kaiserliche Depesche am nächsten Tage in ganz Deutschland bekannt. Eulenburg schrieb dazu unter anderem:

„Das gestrige Telegramm Ew. Majestät verletzt die Bayern an ihrer empfindlichsten Stelle: der Eitelkeit. Es kann Konsequenzen haben, von denen wir uns heute noch nichts träumen lassen. Oder wollen Ew. Majestät den Kampf?"

Außer diesen wegen ihrer besonderen Kraßheit hier angeführten Beispielen, gab Wilhelm II. in der endlosen Reihe anderer Fälle seiner Stellungnahme dahin Ausdruck, daß die Bundesfürsten dem Himmel zu danken hätten, wenn sie überhaupt in ihren Stellungen gelassen würden, sie hätten eben zu „parieren". Hier muß freilich auch bemerkt werden, daß die Bundesfürsten es an der nötigen inneren Unabhängigkeit und Willenskraft haben fehlen lassen. Sie hätten alle erforderlichen verfassungsmäßigen Mittel in der Hand gehabt, um ihre Stellung zu wahren. Auch haben die Bundesfürsten zum großen Teil die Persönlichkeit des Kaisers weit überschätzt, fürchteten

außerdem seine Schroffheiten und gelegentlichen Rücksichtslosigkeiten, schwiegen schließlich auch im Interesse des Reichsfriedens.

Während der Regierung Wilhelms II. wurde in Deutschland, teils mit Wohlgefallen, teils mit Mißfallen, hervorgehoben, daß Wilhelm II. nicht am Althergebrachten festhalte, sondern ein „durchaus moderner" Kaiser sei. Inwiefern das der Fall war, wird noch zu prüfen sein. In einem Punkt, und zwar einem sehr wichtigen, war Kaiser Wilhelm II. viel „unmoderner" als Bismarck und als sein eigener Großvater, nämlich im Punkte eines seiner Lieblingsgedanken: der internationalen Solidarität der regierenden Fürsten, insonderheit der Herrscher großer Reiche. Dieses Gefühl hat den Kaiser durch beinahe die ganze Dauer seiner Regierung hindurch begleitet und ihn schließlich noch zu einer sicheren Enttäuschung geführt. Wir sprachen davon bereits gelegentlich der Ermordung des österreichischen Thronfolgers.

Die internationale Solidarität oder Sozietät der Fürsten hat sich lange erhalten, sie bildeten sozusagen einen internationalen Stand und eine höchste Gesellschaftsklasse. Daran änderte sich nichts, wenn sie Kriege gegeneinander führten oder einander hintergingen, ja, vielleicht lag gerade in dieser Wechselseitigkeit eine Garantie ihrer Dauer! Als nach der französischen Kriegserklärung 1870 der preußische Botschafter sich in Paris verabschiedete, sagte ihm der Duc de Gramont: er, der preußische Botschafter, scheine zu glauben, daß es ein Abschied für immer sein würde. Davon würde nicht die Rede sein: „Unsere Souveräne werden ein paar Schlachten miteinander austauschen, und dann wird wieder alles, wie es war!"

Daß Wilhelm I. mit ähnlichen Anschauungen geboren war, kann nicht wundernehmen, hatte er doch als Mann die ganze Periode der Heiligen Allianz durchlebt, und war von dem ihm ebenfalls heiligen Gedanken der Legitimität erfüllt. Man versteht seinen schweren innerlichen Konflikt, in dem er sich überwand, die Einladung zum Frankfurter Fürstentage („30 regierende Herren und ein König als Kurier!") absagte, nachdem ihm Bismarck die realpolitische Notwendigkeit überzeugend dargelegt hatte. Seine Vergangenheit, die Kräfte der Überlieferung, der Erziehung, Gewohnheit und Pietät verbanden ihn durch tausend Fäden mit dem fürstlichen Gemeinschaftsgedanken. Trotzdem ging er nicht zum Frankfurter Fürstentag und machte sich und seinen Ministerpräsidenten damit frei für den Marsch zu Preußens Größe und Oberherrschaft in Deutschland und, in der Folge, für die Einung der deutschen Staaten zum Deutschen Reiche.

Wilhelm II. hatte hier innerhalb des Reiches nichts mehr zu überwinden; im Gegenteil hatten für ihn die Bundesfürsten die einzige Pflicht: zu „parieren", gleichwohl konnte er sie nicht als Unterworfene oder Untertanen

behandeln, zumal auch in den verschiedenen Teilen der deutschen Bevölkerung das Gefühl: Untertanen zu sein, schon seit Jahrzehnten im Verschwinden war. An die Stelle trat unter Wilhelm II. das Gegengefühl der Erbitterung darüber, als Untertanen von ihm angesehen, betrachtet und behandelt zu werden; durchschnittlich weniger von den Landesfürsten. Ob der Kaiser die Bundesfürsten trotz seiner Geringschätzung hätte ganz missen mögen, ist zu bezweifeln. Sie bildeten, „wie der Sterne Chor um die Sonne sich stellt", ein unersetzliches Relief für ihn, einen unvergleichlichen, gelegentlich in Erscheinung zu bringenden Hofstaat im großen. Nichts mehr, als dies sein zu wollen, das war die „hohe" Aufgabe, die Wilhelm II. seinen Bundesgenossen stellte und ihnen je nachdem gute oder schlechte Zensuren erteilte. Auch wegen der Ebenbürtigkeit, die ja sonst in Deutschland nicht zu finden war, brauchte der Kaiser die Fürsten, die schließlich ja auch von Gottes Gnaden waren, einschließlich auch derjenigen, die Napoleon zu Königen gemacht hatte.

Während seiner ganzen Regierungszeit ist es das eifrige Bestreben Wilhelms II. gewesen, die Autorität der legitimen Monarchie, vor allem die des regierenden Monarchen zu erhalten oder wiederherzustellen. Nicht nur äußerlich, sondern aus tiefster, grundsätzlicher Überzeugung und in persönlicher Verehrung heraus sollte das gesamte deutsche Volk gehorsam und vor allem kritiklos zu seinen Souveränen emporblicken und, das war die Hauptsache: unerschütterlich glauben, daß Er, Kaiser Wilhelm II., nicht allein stets das Richtige wolle, sondern auch in jedem Falle tue.

Wer diesen Glauben nicht hatte und Kritik übte, war „ungehorsam" oder ein „Nörgler".

In einer Schrift, die im Jahre 1906 erschien: „Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner", schrieb der Verfasser dieses Buchs aus der damaligen Gegenwart heraus:

„Für das deutsche Gefühl ist die Vorstellung normal, daß der Herrscher, welchen Titel er nun trägt, der Erste seines Volkes ist, der ‚Fürst' (the first: der Erste) ... Dem Deutschen ist immer die Vorstellung natürlich gewesen, daß das Volk den zu seinem Herrscher macht, welchen es für den Stärksten und Besten hält ... So wie in den ältesten germanischen Zeiten, sehen wir auch heute die Monarchie an; die Proklamation am 18. Januar 1871 war recht eigentlich eine Schilderhebung in altgermanischem Sinne. Wir monarchischen Deutschen sind auch heute noch ebenso überzeugt, daß die Rechte und Befugnisse in der Person des Deutschen Kaisers vereinigt seien müssen, welche die Deutsche Reichsverfassung ihm überträgt ... Wir können zwischen dem Fürsten oder dem Fürstenhause und dem Volk nur einen graduellen Unterschied erblicken, keinen prinzipiellen.

Die Zeiten sind vorbei, wo die internationale Fürstensozietät sich einmütig zusammentat, um ihre Interessen gegen die Käufer zu wahren. Die nationalwirtschaftlichen Fragen haben sich als mächtiger erwiesen, und mit der nationalen nicht zum wenigsten auch die Rassenfrage, welche auf dem europäischen Kontinent sich in nicht allzu ferner Zukunft in den Vordergrund stellen dürfte." —

Kaiser Wilhelm hat sich niemals als die Spitze der Pyramide „Volk" gefühlt, niemals als Glied des Volkes aus dem gleichen Stoff wie dieses. Vielmehr sah er unter sich, zwischen seiner Person, zwischen dem Monarchen, zwischen dem Hohenzollernhaus und dem Volk als Ganzes einen leeren Raum, über welchen er als der von Gott unmittelbar erleuchtete Herrscher schwebte: „Er findet sich in einem ew'gen Glanze ... und euch taugt einfach Tag und Nacht." So habe das Volk zum Kaiser und König, zum Herrscherhaus als Ganzes, aufzusehen. Das Gegenteil wurde der Fall! Dem besten Willen, das Richtige zu tun, hat dem Kaiser früher niemand abgesprochen, auch die Geschichte wird es nicht tun, zugleich aber das Urteil fällen müssen, daß sein Weg, die monarchische Gesinnung im deutschen Volke zu stärken, der denkbar unrichtige gewesen ist und zum Gegenteil geführt hat. Nicht allein das furchtbare und schmähliche Ende des Kaisertums und des Königtums hat hierfür den Beweis geführt, sondern auch die gesamte Entwicklung oder Zersetzung im Deutschen Reich seit den ersten Regierungsjahren des Kaisers.

Die Majestät — Von Gottes Gnaden

Das deutsche Volk sei „monarchisch bis auf die Knochen", war eine in den damals herrschenden Klassen und Schichten sehr gern gebrauchte Redewendung. Man bediente sich ihrer besonders, wenn die Rede auf die sozialdemokratische Gefahr kam. Mit diesem Spuk werde man schon fertig werden, eben wegen der bis auf die Knochen gehenden Gesinnung des deutschen Volkes. Wie stand es damit in Wirklichkeit? Das ausgesprochene Ziel der Sozialdemokratie ist von Anfang an der Umsturz und im Anschluß daran die Republik gewesen. Darüber wurde an anderer Stelle gesprochen. Das gleiche Ideal hatte die Demokratie, jedoch unausgesprochen. Ihr vorläufiges Ziel war Einführung des Parlamentarismus unter Belassung der Fürsten, jedoch deren Entmachtung, etwa nach der bekannten Parole: „Der König herrscht, aber regiert nicht." Der nationale Liberalismus besaß in seinen guten Zeiten eine aufrichtige Begeisterung für das Kaisertum, daneben aber

nachher ebenso wie die Demokratie den Gedanken, daß, freilich ohne Zwang und allmählich, durch die innere Entwicklung die Vereinheitlichung des Reiches eintreten und damit dann auch die zahlreichen Bundesfürsten verschwinden würden. Andererseits begriffen diese nationalen Liberalen, daß die von außen stets gefährdete Lage des Deutschen Reiches eines mit wirklicher Macht und Exekutive verfassungsmäßig ausgerüsteten Kaisers unbedingt bedürfe. Hätte der Deutsche Reichstag als Ganzes sich, ähnlich wie etwa dem englischen Parlament, national bewährt im Innern und nach außen, so würde vielleicht eine ähnliche Entwicklung nach der parlamentaristischen Seite erfolgt sein. Der eigentliche Kern und Hort des monarchischen Gedankens war Altpreußen, der hier konzentrierte überlieferte mächtige und vererbte Konservativismus war, auf der Grundlage des preußischen Wahlrechts, der Ausdruck des unbedingten Monarchismus. In den später erworbenen oder annektierten Teilen des durch Bismarck großgewordenen Preußen war diese Unbedingtheit nicht anzutreffen, besonders war die Landbevölkerung durchaus nicht, wie stets als selbstverständlich behauptet worden ist, monarchisch gesinnt, sondern fand vielfach den Liberalismus, auch die Demokratie, sympathischer.

Abgesehen von den Stockkonservativen, verlangte doch durchgehend die Stimmung, daß das Verhältnis des Volkes zum Herrscher und im besonderen zum Kaiser nicht mehr das der Untertanenschaft bleiben könne. Die Zeit von 1871 bis 1890 wurde noch von den drei Gestalten Wilhelm I., Moltke, Bismarck beherrscht. Der alte Kaiser war mit neunzig Jahren gestorben, unter dem neuen, jungen Kaiser mußte für das Verhältnis zwischen Volk und Kaiser eine neue Ära schon deshalb Platz greifen, weil man die aufrichtige, tiefe Ehrfurcht nicht von dem Großvater auf den Enkel übertragen konnte. So war die Spannung, wie nun der neue sein werde, auch in diesem Belange groß. Im ersten Kapitel dieses Abschnittes wurde erwähnt, wie sich schon um den Prinzen Wilhelm die Gerüchte bildeten, wie die Parteien und ehrgeizige Persönlichkeiten um Gunst des Prinzen und Einfluß auf ihn im Wettlauf sich bemühten. Ziemlich einhellig ging dem neuen Herrn der Ruf einer ungeheuren Willenskraft und eines hochstrebenden Ehrgeizes voraus, auch, daß er wahrscheinlich kriegerisch sein werde und von hoher Genialität sei. Auch viele von denen, die ihn im Anfang kannten, trauten ihm solche Eigenschaften zu, so lange, bis die ersten Jahre seiner Regierung ohne Bismarck verflossen waren; dann erfolgte bei allen diesen die Enttäuschung.

Der Durchschnitt des deutschen Volkes hoffte in erster Linie auf Erhaltung des Friedens, und im übrigen, abgesehen von der Sozialdemokratie, ganz allgemein auf Leistung des Unternehmers der großen Erbschaft. Würde er sie erwerben, um sie zu besitzen?

Die tiefe Erschütterung durch die Entlassung Bismarcks und die folgenden Jahre des Kampfes der „Bismarck-Fronde" gegen den „Neuen Kurs" hatten doch in beinahe allen Parteien, auch in der damals großen Menge der Parteilosen, die stille und laute Frage entstehen lassen: was wird nun der „Neue Kurs" ergeben, nach außen und nach innen? Danach muß der Kapitän des Reichsschiffs, der zugleich auch der Steuermann sein will, beurteilt werden!

In den letzten Jahren von Bismarcks Amtsführung war seine Außenpolitik in immer schärferen Tönen von seinen politischen Gegnern kritisiert worden. Man vermißte, Erfolge zu sehen, und zum Schlagwort jener Jahre wurde Eugen Richters Artikel: „Es gelingt nichts mehr!" Ob wirklich ein Nachlassen in der Bismarckschen Führung der Außenpolitik eingetreten war, mag dahinstehen. Tatsache auf alle Fälle war, daß die Schwierigkeiten immer größer wurden, und zwar nicht zum wenigsten infolge der fortschreitenden Zerrüttung Österreich-Ungarns. Aber wo waren nun die Erfolge des „Neuen Kurses"?

Wie es wohl meist der Fall ist, war ein großer Teil der allgemeinen Meinung: die Alten hätten ja sicher ihre hohen Verdienste, aber ewig könnten sie doch auch nicht an ihren Plätzen bleiben, die junge Generation müsse endlich herankommen, die Zeiten hätten sich geändert, ein neuer, frischer Zug, ein neuer Geist müsse das Deutsche Reich durchdringen. Der junge Kaiser werde die Sache schon machen, Frieden wolle er ja halten, wie er in seiner ersten Thronrede gesagt habe. Mehrere Jahre außerdem sei er in Bismarcks Schule gewesen und würde — hoffentlich — schon wissen, wie er's anstellen solle, das sei alles nicht so schlimm, wie es vielleicht aussehen könne.

In einer seiner zahlreichen Reden hatte der neue Kaiser dem deutschen Volk versichert: Herrlichen Tagen führe er es entgegen! Nach Bismarcks Entlassung hatte er gesagt: „Der Kurs bleibt der alte", und verließ im selben Augenblick mit seiner Nichterneuerung des Russen-Vertrages den bisherigen Kurs. Dann wieder erklärte er: „Mein Kurs ist der richtige, und er wird weiter gesteuert!" Geduldig wartete der Bürger zunächst und harrte der herrlichen Tage, aber während dieses Harrens vermochte er die Richtung des neuen, für richtig erklärten Kurses nicht zu erkennen, geschweige denn dessen Richtigkeit.

Man begriff nicht, wie die erste heiße Freundschaft mit England auf einmal verschwand, weshalb es nötig sei, in schlechten Beziehungen mit Rußland zu leben. Man sah nicht ein, weswegen der Kaiser an der Seite von Frankreich und Rußland politisch gegen Japan eingriff, während kurz vorher Wilhelm II. Tischreden gehalten hatte, in denen er einen gemeinsamen Kampf Deutschlands und Großbritanniens gegen Frankreich angedeutet

hatte, worüber wieder in England schwere Verstimmung entstand. Andererseits ließ der Kaiser keine Gelegenheit ungenutzt, um in persönlichen Gesprächen irgendwelche mehr oder minder hervorragende Franzosen zu bezaubern, dem Präsidenten Loubet ein schmeichelhaftes Telegramm über die Besatzung eines französischen Schulschiffes zu senden. Dann mit einem Male glaubte er, die Beziehungen zu Rußland politisch wiederherstellen zu können, wenn er in Reden überschwenglich von der „jugendfrischen Heldengestalt" des neuen Zaren (der wirklich nicht so aussah) sprach, die sicher jedem Deutschen vor Augen stehe; oder wenn er dem König von Spanien versicherte, das ganze deutsche Volk sende für sein Wohlergehen heiße Gebete zum Himmel! Der König besuchte deutsche Fürstenhöfe, um Prinzessinnen anzusehen, die würdig wären, von ihm als Gattin erwählt zu werden; er fand keine und reiste wieder ab!

Von der Verwirrung, die eine wirklich heillose war, welche die Südafrika-Politik des Kaisers in der deutschen Bevölkerung anrichtete, wurde in anderem Zusammenhange gesprochen. Hier könnte eingewandt werden, daß dem Kaiser doch unmöglich gewesen sei, die wahren Ursachen und Gründe öffentlich bekanntzugeben. Das bleibt natürlich eine offene Frage, aber selbst, wenn man die Unmöglichkeit zugeben wollte, so war es eben die von heute auf morgen „große Politik" machende Leichtfertigkeit der deutschen Südafrika-Politik, die im selben Augenblick zusammenbrach, als die Machtfrage akut wurde. An die Stelle trat übergangslos das nicht vermeidbare Gegenteil der bisherigen Politik, in Summa eine schwere Einbuße an Ansehen, und darüber hinaus jene rastlose oder erbitterte Verwirrung der deutschen Bevölkerung und der schadenfrohe und propagandistisch wirkungsvolle Schluß der Reichsfeinde in Deutschland: der Kaiser macht ja nichts als Unsinn, höchste Zeit, daß Deutschland zur Republik wird, zum mindesten parlamentarische Regierung eingeführt wird! Daß dieser Gedanke, er muß in der Geschichte jener Zeit immer wiederholt werden, im zweiten Jahrzehnt der Regierung des Kaisers, immer stärkeres Leben gewann — sei es in den nationalen Kreisen vielleicht auch nur als sorgenvolle Frage —, das hatte ohne Zweifel die politische Wankelmütigkeit und das Mißverhältnis zwischen den hohen Worten und den minderwertigen Leistungen zur Ursache, auch die immer stärker werdenden Zweifel am Herrscherwert überhaupt der Persönlichkeit Wilhelms II.

Der Kaiser wußte, als er auf den Thron kam, die Regierung antrat und die Absicht in sich trug, Bismarck in kurzer Zeit zu entlassen, daß er Kaiser mit einem Anspruch sein wollte, den der alte Wilhelm nie gestellt hatte, und daß er ohne weiteres überzeugt war, den größten Staatsmann Europas ersetzen zu können. Es gab in der ersten Zeit, auch abgesehen von der Schar

der direkt und indirekt auf ihn einwirkenden Byzantiner, gar nicht wenige, die überzeugt waren, er habe alles Zeug zu einem großen Herrscher in sich. In seiner Prinzenzeit hatten da auch Bismarck und sein Sohn Herbert sich nach dieser Seite hin getäuscht, ihn jedenfalls für mehr gehalten, als er war, freilich nur so lange, bis er erkannte, daß der Kaiser — wie Bismarck einmal von Lord Salisbury gesagt hat —, mit Eisenfarbe bestrichen, aber nicht von Eisen sei.

In jener ersten Zeit mag auch der Kaiser selbst geglaubt haben, alle erforderlichen Eigenschaften zu einem großen Manne zu besitzen. Vieles aber weist darauf hin, daß diese Überzeugung nicht lange angehalten hat. Wir denken hier nicht allein an jene lange Reihe außenpolitischer und innenpolitischer Pläne und Unternehmungen, auf deren pompöse Auftakte bei unrühmlichem Zurückweichen der entsprechende Mißerfolg eintrat. An anderer Stelle ist Wilhelms II. Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber geschildert, mit seinem Hin- und Herschwanken zwischen Kampfankündigung und Gewährenlassen! Und wie auch in der Außenpolitik, war hier das Gewährenlassen Ergebnis des Mangels an Kraft, Entschlossenheit und Selbstvertrauen. Immer sollten große Worte Tat und Leistung ersetzen und ihn, den Kaiser selbst, über die Empfindung seiner Schwäche als Opiumtraum hinwegbringen.

Daß der Wille Wilhelms II. der beste gewesen ist, soll auch in diesem Zusammenhang betont werden. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Auch Ludwig XVI. von Frankreich hatte „guten Willen", ebenfalls der Zar Nikolaus II. Aber hier liegt nicht das Kriterium. Man könnte den, im wesentlichen zutreffenden Vergleich anwenden: wenn ein Hühnerhund sich weigert, den Fuchs anzugehen, wenn ein Pudel nicht in den Dachsbau hineinzubringen ist, so bedeutet das keinen Mangel an gutem Willen, sondern das sichere instinktive Bewußtsein, daß ihnen die Eignung und Kraft für die ihnen gestellte Aufgabe fehlt. Die „unvernünftigen" Tiere folgen weise dem Gebot ihres Wesens. Niemand kann sie dafür tadeln; wer es tut, ist unvernünftig und ungerecht.

Kaiser Wilhelm II. ist der Stimme seines Instinkts, die sich nach den ersten Proben wohl zu regen begonnen hat, nicht gefolgt, und so sehen wir jene immer peinvollere Wiederholung von Versprechen, von Wollen und Versagen, wie der Springer, der nach kühnem Anlauf unter der Sprunglatte hindurchläuft. Der Anlauf ist immer freiwillig gewesen. Das ist das Entscheidende. Sobald dieser aber begonnen hatte, trat zugleich das Muß zum Springen ein. Wer instinktiv fühlte oder durch Erfahrung wußte, daß ihm dazu die Kräfte fehlten, durfte hier um so weniger den Anlauf machen, im

Vertrauen auf und in der Hoffnung auf ein Versagen der Gegenseite, als er nicht „auf seine Rechnung" den Anlauf unternahm, sondern auf die des ihm anvertrauten großen Volkes und des schwer errungenen und dauernd umdrohten Reiches.

Es ist nicht tragisch, wohl aber konnte es ein gewisses Mitgefühl erwecken, zu sehen, wie aufrichtig der Kaiser bestrebt war, Beliebtheit und Vertrauen zu finden, und wie dieses Bemühen fehlschlug, weil es fehlschlagen mußte, weil die Mittel, die er anwandte, „den Punkt" so gut wie niemals trafen, und weil er sich weder von seiner Eigenschaft befreien konnte, noch wollte: als mehr zu erscheinen, als er war!

Leistung erwartete man vom Kaiser.

Das taten auch diejenigen, die, wie jener Konservative, die Entlassung Bismarcks als eine „rettende Tat" gepriesen hatten. Gewiß war man auf allen Seiten, abgesehen immer von den geschworenen Reichsfeinden, bereit, dem jugendlichen Herrscher eine Bewährungsfrist zu geben, um sich „einzuarbeiten". Dessen aber wollte er nicht bedürfen — ganz abgesehen davon, daß wirkliches Arbeiten seine Sache nicht war —, sondern alles kam eben gleich „Schlag auf Schlag" und, abgesehen von Helgoland, ging jeder Schlag daneben, begleitet durch eine Dauerflut von Reden. Im Februar 1888, knapp ein halbes Jahr vor dem Regierungsantritt, hielt der damalige Prinz Wilhelm eine Rede, die im ganzen Lande und bei allen Parteien — ein einzigartiger Fall! — günstig aufgenommen wurde, vor dem Brandenburgischen Provinzial-Landtag:

„Ich weiß wohl, daß im großen Publikum und speziell im Auslande mir leichtsinnige, nach Ruhm lüsterne Kriegsgedanken imputiert werden: Gott bewahre mich vor solch verbrecherischem Leichtsinn! Ich weise solche Beschuldigungen mit Entrüstung zurück!"

Seine tatsächlich ganz aufrichtige Friedensliebe und seine Bemühung, nach Kräften den Frieden aufrechtzuerhalten, hat stets dieselbe Beurteilung im ganzen Deutschland erfahren. Nach reichlich einem halben Jahrzehnt aber schon trat zu dieser Genugtuung die Frage: ja, das glauben wir ihm schon, aber warum macht er dann so viel Unruhe in der Welt durch seine Reden, und warum führt er immer wieder ganz unnötigerweise Lagen herbei, die zu Krisen werden und nur durch deutsches Nachgeben den Krieg vermeiden können?

In merkwürdiger psychologischer Verkennung gerade aller derjenigen Deutschen, deren Herzen er gewinnen wollte, weil er sie nicht hatte, ließ der Kaiser durch beinahe alle seine Reden den Gedanken hindurchgehen: nur von der Monarchie, nur vom Monarchen, nur von Mir, dem Kaiser, kann dem

deutschen Volke und Lande Heil und Segen kommen! Und die ebenso schlimme Verkennung: alles, worauf wir Deutschen heute stolz sind, zumal die endliche Einigung der deutschen Stämme und Staaten zum Reich, ist ausschließlich die Tat des großen Kaisers Wilhelm I., meines Großvaters, und des großen Heerführers, seines Sohnes, meines Vaters!

Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß die persönliche Bedeutung Wilhelms I., je älter er wurde, desto mehr in Deutschland unterschätzt wurde. Man sah in ihm schließlich nur den gütigen Greis von höchster Pflichttreue und Würde, mit dem leisen oder lauten Zusatz: aber Bismarck macht doch alles! Wer sich überlegte, daß Wilhelm I. im Vorfrühjahr 1888 mit beinahe neunzig Jahren starb, hätte sich auch nicht wundern dürfen, daß Bismarck den Kaiser im allgemeinen lenkte, aber durchaus nicht immer mit Erfolg, z. B. als er einen nationalliberalen Minister ins Reich bringen wollte. Wilhelm I. als Persönlichkeit und als König und Kaiser, ist geradezu ein Segen für die beiden Anfangsjahrzehnte des Zweiten Reiches gewesen, schon wegen der beispielhaften Höhe seines Herrscherniveaus, seines gänzlichen Mangels an Überheblichkeit, Eitelkeit und an Pose, seiner Einfachheit, Gerechtigkeit, Treue und Charakterfestigkeit. Dabei war ihm die Eigenschaft eines scharfen und richtigen Blickes für den Wert von Persönlichkeiten eigen, eine Fähigkeit, die für niemanden so wichtig ist, wie für den Herrscher und für die Nation, über die er herrscht. Wilhelm I. hat sich nie als etwas anderes betrachtet, und ist nie etwas anderes gewesen, als der erste Diener des Staates, des Reiches. Er besaß auch die große Eigenschaft, die Grenzen seiner Fähigkeiten zu kennen, dieser Kenntnis praktisch Folge zu geben und daraus nie ein Hehl zu machen.

In seinen Reden, die besonders während des ersten Jahrzehnts seiner Regierung sehr zahlreich waren, hat sein Enkel, Wilhelm II., selten eine Rede gehalten, in der er nicht seinen Großvater gepriesen hätte. Sonderbarerweise aber nicht die hohen Eigenschaften, die dieser tatsächlich gehabt hatte, nicht seine eigentliche Lebensarbeit, sondern er schrieb Wilhelm I. gerade das zu, was ihm nicht eigen gewesen war. Das Musterbeispiel einer solchen Rede, gehalten 1897 auf dem jährlichen Festmahl des Brandenburgischen Provinzial-Landtages, sei im folgenden skizziert:

Oft habe man versucht, im Laufe der deutschen Geschichte, das Reich zusammenzufassen. Keinem Kaiser sei dies gelungen, für kurze Zeit höchstens: Friedrich Barbarossa. Dann sei es aus gewesen, als ob niemals der Mann kommen sollte. Aber: „Die Vorsehung schuf sich dieses Instrument und suchte sich aus den Herren, den wir als den ersten großen Kaiser des neuen Deutschen Reichs begrüßen konnten." Langsam sei er herangereift,

sich jahrelang auf seinen Beruf vorbereitend, „die großen Gedanken bereits in seinem Haupte fertig, die es ihm ermöglichen sollten, das Reich wiedererstehen zu lassen"! Ihm sei es gelungen, Preußen zur Vormacht Deutschlands zu machen, und dann habe er das Vaterland aufgerufen und auf dem Schlachtfeld der Gegner Einigung herbeigeführt. — Im Mittelalter würde man ihn heilig gesprochen, und Pilgerzüge an seinen Gebeinen Gebete verrichtet haben. „Gott sei Dank, das ist auch heute noch so! Zu seiner offenen Grabestür wandern alltäglich die treuen Untertanen mit ihren Kindern ... Wir aber, meine Herren, werden besonders stolz sein auf diesen gewaltigen Mann, diesen großen Herren, da er ein Sohn der Mark war. Daß Gott sich einen Märker ausgesucht hat, daß muß etwas Besonderes bedeuten." ... Der Kaiser weist dann auf die Gefahren des Umsturzes hin und schließt: nur wenn man immer Wilhelms I. gedächte, könne man in diesem „Gefechte" siegen, nur, „wenn wir uns immerdar des Mannes erinnern, dem wir das Vaterland, das Deutsche Reich, verdanken, in dessen Nähe durch Gottes Fügung so mancher brave, tüchtige Ratgeber war, der die Ehre hatte, seine Gedanken ausführen zu dürfen, die aber alle Handlanger waren seines erhabenen Wollens, erfüllt von dem Geiste dieses erhabenen Kaisers."

Diese „Handlanger-Rede" gefiel wohl niemandem in Deutschland, den Sozialdemokraten nicht, weil sie gegen den Umsturz aufrief, den Süddeutschen nicht, weil sie sich zurückgesetzt sahen, einem großen Teil des Bürgertums nicht, weil es in der Rede ein neues Bekenntnis zum Absolutismus erblickte.

Ganz allgemein aber war der Eindruck: das, was der Enkel hier sagt, stimmt doch gar nicht! So ist unser alter, guter Kaiser nicht gewesen! Und, von der Seite der sachlichen Wahrheit betrachtet, zeigte die Rede einen ebenso großen Mangel an Kenntnis des Mittelalters wie der Geschichte des Werdens des Deutschen Reiches und der Geschichte Wilhelms I. selbst: nie hat Prinz Wilhelm von Preußen, der Thronfolger, auch nur daran gedacht, sich auf den Kaiserberuf vorzubereiten. Nie hat er große Gedanken dafür in sich getragen, so daß die Reichseinigung ein von ihm lange planmäßig verfolgtes Ziel gewesen wäre. Im Gegenteil hatte Wilhelm I. von Preußen, als auf seinen Ruf Bismarck sich bei ihm meldete, sein Rücktrittsgesuch bereits fertig vor sich liegen. Hätte Bismarck sich nicht sofort bereit erklärt, unter allen Umständen den Kampf gegen das Parlament aufzunehmen, so wäre der König zurückgetreten. Erinnern wir uns, wie König Wilhelm sich beinahe verzweifelt sträubte; die Kaiserwürde anzunehmen. Der Gipfel der Verdrehungen, und hier sehr bewußt, war der absichtsvolle Schlußsatz des Kaisers, in dem er von „braven und tüchtigen" Ratgebern sprach, von „Handlangern, die der Kaiser mit seinem Geist erfüllt" habe. Den größten

Staatsmann Europas, den eigentlichen Schöpfer des Reichs, oft genug gegen den Willen des Königs, und den größten General Europas, als Handlanger genannt zu hören, stieß auf beinahe allgemeine Mißbilligung in Deutschland, vielleicht noch mehr als die geschichtlichen Verdrehungen, war es, daß man die Absicht merkte, und durch sie bitter verstimmt wurde, nämlich: der König, der Kaiser gibt die Gedanken, gibt die Richtung, und seine Handlanger versuchen, diese als brave, tüchtige Ratgeber auszuführen. Die Bezeichnung, die Wilhelm II. auf seinen Großvater anwendete: „gewaltiger Mann", paßte gar nicht auf ihn, aber um so mehr paßte sie auf Bismarck und Moltke. Die unausgesprochene Schlußfolgerung war: so wie mein Großvater alles vorher im Kopfe fertig hatte und nur wartete, bis der Augenblick der Ausführung reif war, so ist es auch mit mir, Wilhelm II., bestellt, meine Minister und meine Ratgeber sind nur meine Handlanger! Und meines Großvaters politischen Handlanger habe ich wegen ungenügend gewordener Leistung entlassen!

Die unausgesetzte Wiederholung dieses Themas, bei den verschiedensten Anlässen, oder auch ohne Anlaß, an den verschiedensten Orten, würde man heute als eine planmäßige Propaganda des Kaisers bezeichnen. Auch den Großen Kurfürsten von Brandenburg hatte er sich als Propagandamittel ausersehen, selten ohne, entweder offen auszusprechen oder anzudeuten, daß er, Wilhelm II., von derselben Vorsatzfestigkeit, Tatkraft und Entschlossenheit sei, wie der Große Kurfürst. Hätte das nur gestimmt, so würde man ihm nichts übelgenommen haben, und er wäre ein Führer gewesen.

Als zum mindesten peinlich auch wurde empfunden, wenn er bei einer Denkmalseinweihung von der Liebe sprach, die er zu seinen Eltern gehabt habe. Das Gegenteil war bekannt genug, daß auf beiden Seiten gegenteilige Gefühle bestanden hatten. Oder wenn er von seinem Vater als „einem Kriegsgott" und als einem großen Heerführer sprach. Der bedauernswerte Kronprinz Friedrich Wilhelm und spätere Friedrich III. würde diese Attribute ohne weiteres zurückgewiesen haben. Überdies konnte niemand einen Augenblick glauben, daß Wilhelm II. selbst der Meinung war. Den monarchischen Sinn, die Anhänglichkeit an die Monarchie, das Vertrauen zu dem Monarchen, die unbedingte Ergebenheit und Gefolgschaft für die Persönlichkeit „durch dick und dünn", wie er auf einem anderen Brandenburgischen Provinzial-Landtag erklärte — das alles konnte am allerwenigsten so erworben werden.

Betrachten wir den Gegenstand unter einem anderen Gesichtspunkt: sämtliche deutsche Bundesstaaten hatten Parlamente, überhaupt „Verfassungen" verschiedener Art, die einen schlechtere, die anderen bessere. Das

Deutsche Reich hatte seine Verfassung, über sie und die Geschichte des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts ist gesprochen worden. Bismarck hatte vergeblich versucht, Wilhelm II. auf Grund der schlimmen Erfahrungen zum Kampf für die Abschaffung des Wahlrechts und für eine neue Reichsverfassung zu gewinnen.

Der Kaiser hatte sich geweigert, vornehmlich weil er selbst die Kraft nicht in sich fühlte, auch Bismarck den Kampf nicht überlassen wollte, weil „dann der alte Kanzler wieder im Vordergrund stehen würde". Die Reichsverfassung war bestehen geblieben, ebenso wie die Verfassungen der Bundesstaaten, und damit sah sich der Kaiser selbst auch auf die Verfassung angewiesen, die seiner autoritären Betätigung bestimmte Schranken entgegensetzte. Später hat Wilhelm II. sich Eulenburg und anderen gegenüber entrüstet verwahrt: was man immer von seinen absolutistischen Neigungen rede! Niemand könne ihm nachweisen, daß er auch nur ein einziges Mal die Verfassung verletzt habe. Und in Gesprächen sagte der Kaiser geringschätzig, aber sicher wahrhaftig: die Verfassung habe er niemals gelesen.

Der Onkel Eduard von England war klüger. Obgleich in Großbritannien der König ohne das Kabinett bzw. Parlament überhaupt keinen Schritt tun darf, hat er — ohne je ein Wort zu sagen, oder gar seine Mißbilligung gegen die ehrwürdige Verfassung auch nur entfernt anzudeuten — ruhig und tatkräftig die auswärtige Politik in die Hand genommen, gleich nach seiner Thronbesteigung auf einen neuen Kurs geführt, und sie dann bis zu seinem Tode stillschweigend anerkanntermaßen geleitet, mit einer Unabhängigkeit, die der Verfassung und der Überlieferung ins Gesicht schlug. Niemand in England hatte oder sagte etwas dagegen, weil — ausschließlich weil der König sein staatsmännisches Geschäft verstand, zu schweigen wußte, wenn, wie, wo und wann es am Platz war und — Takt besaß und nicht eitel war.

Wilhelm II. hatte innerhalb des Rahmens der Reichsverfassung ungleich mehr Bewegungsfreiheit, Unabhängigkeit und Autorität, als der König von England, schon dadurch, weil er jeden Tag den Reichstag nach Hause schicken konnte. Auf der anderen Seite stand allerdings, daß jede Kritik, die der Reichstag an der Außen- oder Innenpolitik der Regierung übte, indirekt immer den Kaiser treffen mußte, denn er war es der verfassungsmäßig den Reichskanzler auswählte und diesen, ebenso wie jeden Minister von heute auf morgen entlassen konnte. Er machte hiervon auch sehr ausgiebigen Gebrauch: man rechnete erfahrungsmäßig mit drei Ministerwechseln im Jahre. Nach Bismarck hat Wilhelm II. an Reichskanzlern ernannt und verabschiedet: Caprivi, Hohenlohe, Bülow, Bethmann, Michaelis, Hertling. In seinem Buch „Ereignisse und Gestalten" äußert er, Staatsmänner wären

nicht dagewesen, Bismarck sei der einzige gewesen. Er war da, aber weil er ein Staatsmann war, entließ ihn der Kaiser!

Nach Caprivis Entlassung schrieb ein Blatt: „Der Wind, der die Hohen von ihren Sitzen herunterfegt, wechselt gar zu plötzlich. Man kann heute mit einem Vertrauensvotum selig zu Bette gehen und morgen in aller Frühe von Herrn von Lucanus herausgetrommelt werden mit der ‚Anregung', sein Abschiedsgesuch einzureichen." Von den Ministerwechseln sprach jedes Jahr im Reichstag der Freisinnige E. Richter, von den Blumen des Feldes, die der Wind knicke, von dem man nicht wisse, woher er komme, und wohin er wehe. — Wer sich heute noch dieses „vat et vient" in einem so großen Staatswesen vorzustellen vermag, ermißt ohne weiteres die verheerende Unruhe, Unsicherheit, Unstetigkeit, Unzufriedenheit und Sorge, die die ganze Bevölkerung, so oder so ergreifen mußte. Für den Kaiser bedeutete es: einen neuen frischen Zug, Leben in die Bude bringen; tatkräftig regieren — bedeutete es für ihn.

Hätte Wilhelm II. einige der genannten Eigenschaften seines Onkels von England besessen, vor allem die staatsmännische, so würde er die Politik tatsächlich haben führen können, ohne daß sich Parlament und Presse über das „Persönliche Regiment" beschwert haben würden. Das brachte der Kaiser nicht fertig, es lag nicht in seinem Willen, nicht in seinem Wesen, und erst nach der großen Krise von 1908, über die noch zu sprechen ist, hielt er sich mehr zurück. Freilich nicht aus eigener Erkenntnis, sondern infolge seines innerlichen Zusammenbruchs. Es war aber damals für vieles bereits zu spät, außerdem verwechselte Wilhelm II. auch dann Zurückhaltung mit verbitterter Passivität und wachsender Furchtsamkeit. Der innerliche Anspruch aber blieb!

Von Gottes Gnaden

Ende des Jahres 1900, also nach dreizehnjähriger Regierung, gab die „Leipziger Illustrierte Zeitung" heraus: „Ein goldenes Buch des deutschen Volks an der Jahrhundertwende." Kaiser Wilhelm II. schrieb folgende Sätze hinein:

„Von Gottes Gnaden ist der König, daher ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich. Er darf seinen Weg und sein Wirken nur unter diesem Gesichtspunkt wählen. Die furchtbar schwere Verantwortung, die der König für sein Volk trägt, gibt ihm auch ein Anrecht auf treue Mitwirkung seiner Untertanen. Daher muß ein jeder Mann im Volk von der Überzeugung

durchdrungen sein, daß er für seine Person mitverantwortlich ist für des Vaterlandes Wohlfahrt."

Vielleicht hatte Wilhelm II. mit Bedacht immer nur vom König geschrieben, nicht vom Kaiser, denn als solcher war er ja nur in seiner Eigenschaft als Bundespräsidium, also durch die vom Reichstag angenommene Verfassung bestellt, während er als König von Preußen überlieferungsmäßig, „aus eigenem Recht" und von Gottes Gnaden, war. Wilhelm II. drückte dies 1894 in einer Rede zu Königsberg folgendermaßen aus:

„Der Nachfolger dessen, der aus eigenem Recht souveräner Herzog in Preußen wurde, wird dieselben Bahnen wandeln, wie sein großer Ahne; wie einst der erste König ex me mea nata corona sagte, und sein großer Sohn seine Autorität als ein rocher de bronce stabilisierte, so vertrete auch Ich, gleich Meinem kaiserlichen Großvater: das Königtum aus Gottes Gnaden."

Nicht als König, sondern in bezug auf das ganze deutsche Volk, also als Kaiser, sprach er 1891 auf dem Brandenburgischen Provinziallandtag in Abwehr der Entrüstung über die Entlassung Bismarcks in einer damals vielbesprochenen Rede. Der Kaiser sagte unter anderem:

„Ich weiß es sehr wohl, daß es in der Jetztzeit versucht wird, die Gemüter zu ängstigen. Es schleicht der Geist des Ungehorsams durch das Land, gehüllt in schillernd verführerisches Gewand, versucht er, die Gemüter Meines Volkes zu verwirren ... Ich lasse Mich dadurch nicht beirren ... Sie wissen, daß Ich Meine ganze Stellung und Meine Aufgabe als eine Mir vom Himmel gesetzte auffasse, und daß Ich im Auftrage eines Höheren, dem Ich später einmal Rechenschaft abzulegen habe, berufen bin."

Und noch eine Probe: „Dieses Königtum von Gottes Gnaden, was ausdrückt, daß wir Hohenzollern Unsere Krone nur vom Himmel nehmen und die darauf ruhenden Pflichten dem Himmel gegenüber zu vertreten haben. Von dieser Auffassung bin auch Ich beseelt, und nach diesem Prinzip bin Ich entschlossen, zu walten und zu regieren."

Hier war besonders das letzte Wort: „regieren" geeignet, Bedenken zu erregen, Mißtrauen hervorzurufen und Widerspruch. Mochte der Kaiser auch ausdrücklich nur für seine Eigenschaft als König von Preußen sprechen, so lag auf der Hand, daß er sein Verantwortungsgefühl nicht teilen konnte: eins für Preußen und eins für das Reich, eins Gott gegenüber, das andere der Reichsverfassung gegenüber. Man merkte diesen Reden an, daß ihre Form mit der sorgfältigen Betonung des Königtums einer Kritik vorbeugen sollte, daß er auf absolutes Kaisertum hinarbeite. Die ganze offiziöse und Generalanzeigerpresse saß nach jeder solchen Kaiserrede schon kampfbereit zur Rechtfertigung und zum Preisen da. Es waren naive Versuche und Irrtümer

des Kaisers, sich auf diese Weise gegen Kritik salvieren zu können. An das Komische grenzte schon: daß der Kaiser als Präsidium des Bundes der deutschen Fürsten und als Diener der Verfassung erscheinen, als König von Preußen nur Gott verantwortlich sein wollte. Auch in Preußen aber bestand eine Verfassung, auf die der König sich verpflichtet hatte. In Preußen gab es dieselben politischen Parteien wie im Reich, und die gesamten Bundesstaaten hatten ebenfalls ihre Verfassungen. Derartige Berufungen Wilhelms II. auf die Ausschließlichkeit seiner Verantwortlichkeit Gott gegenüber brachte zu allem anderen Unheil die Bundesfürsten in Verlegenheit und beunruhigte deren „Untertanen" je nach ihrer Parteirichtung schwer. Auch das Bundesverhältnis konnte in Krisen kommen, wenn, wie es nicht selten geschah, im Parlament eines Bundesstaates Beschwerden, mit Beschimpfungen gemischt, gegen den Kaiser und König von Preußen losgelassen wurden.

Während der Kaiser also für sich durch derartige Reden nichts besserte, sondern alles verschlechterte und schwieriger machte, merkte man im Lande bald genug, daß Wilhelm II. seinem Wesen nach niemals fähig sein würde, einen Staatsstreich auch nur zu versuchen; man begriff allmählich, daß seine Reden nur ein Abreagieren seiner Sehnsüchte waren, die zu verwirklichen er nicht der Mann war. So wurden schließlich diese theatralischen Ausbrüche für die offenen und verkappten Feinde der Monarchie zu willkommenen Propagandamitteln. Die Hetzagitation der westlichen Demokratien aber sprach mit moralischem Schaudern von dem reaktionären Herrschertum des Deutschen Kaisers und freute sich über das Wachsen der Sozialdemokratie und demokratischer Anschauungen.

Der Standpunkt: Ich fühle mich lediglich Gott verantwortlich, ist an sich nicht anfechtbar. Den Begriff der Verantwortlichkeit, in höchstem Sinne genommen, kann das ein Kaiser und ein König sagen, aber auch jeder andere Mensch. Dieses Verantwortlichkeitsgefühl entbindet aber weder den Monarchen, noch einen Beamten oder Arbeiter von ihren irdischen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen. Die Vermischung dieser beiden Verantwortlichkeiten von zwei getrennten Standpunkten aus war Sophistik. Dazu kam die scheinbare Auffassung seines Gottesgnadentums in dem Sinne, wie ihn frühere Jahrhunderte mit demselben verbanden. Daß er im Sinne seines Großonkels, Friedrich Wilhelm IV., wirklich geglaubt hätte: vom Augenblick der Thronbesteigung an trete er mit Gott in ein besonderes Verhältnis der Inspiration, ist, trotz allem, zu bezweifeln. Stimmungen solcher Art mag der Kaiser bisweilen gehabt haben, die vielleicht aus derselben Wurzel seines Wesens kamen, wie seine Überheblichkeit, die ihm schon eigen gewesen war, als er noch lange nicht die Regierung angetreten hatte.

Wilhelm I. war von einer tiefen, phrasenlosen und demütigen Frömmigkeit, der sich vor jedem seiner Entschlüsse und Verpflichtungen durch Gebet mit seinem Gewissen auseinandersetzte, um zu erkennen, wo seine Pflicht lag. Nie hat ein Herrscher, nie ein Mensch ferner von aller Überheblichkeit, von Sucht nach Ruhm, nach Beifall und allem Schein, von Furcht und Mißfallen und Gefahren gelebt und gehandelt, wie dieser verehrungswürdige Mann. Als er 1862 seine entscheidende Unterhaltung mit Bismarck hatte, sagte er diesem:

„Ich will nicht regieren, wenn Ich es nicht so vermag, wie Ich es vor Gott, Meinem Gewissen und Meinen Untertanen verantworten kann. Das kann Ich aber nicht, wenn Ich nach dem Willen der heutigen Majorität des Landtags regieren soll, und Ich finde keine Minister mehr, die bereit wären, Meine Regierung zu führen, ohne sich und Mich der parlamentarischen Mehrheit zu unterwerfen. Ich habe Mich deshalb entschlossen, die Regierung niederzulegen, und Meine Abdikations-Urkunde, durch die angeführten Gründe motiviert, bereits entworfen."

Nachdem Bismarck ihm dann gesagt hatte, er sei bereit, den Kampf aufzunehmen, sagte er: „Dann ist es Meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und Ich abdiziere nicht."

Das Urteil, ob Wilhelm II. die Berechtigung hatte, sich in irgendeiner Beziehung, wie er oft tat, auf seinen Großvater zu berufen, sei dem Leser überlassen. Es hat selten zwei so verschiedene, einander entgegengesetzte Persönlichkeiten gegeben, wie diesen Großvater und diesen Enkel. —

Der größte Teil der so häufigen Fahrten des Kaisers zu einer Stadt, zu einer Denkmalsenthüllung, zu zahllosen Jubiläen und Regimentsfesten galten der Apotheose seiner Vorfahren und seiner eignen. Daß der Kaiser sich für diese „Propaganda" gerade der verkehrtesten Mittel bedient hat, ergab sich aus seiner Wesensart und der mit ihr verbundenen Unfähigkeit zu einer richtigen Psychologie der Bevölkerung und auch der Armee. Gewiß gab es ungezählte Trennungen, Gegensätze, Verschiedenheiten der Meinungen, auch des Wesens, im deutschen Volk, es gab auch die, vom Kaiser vervielfachten, überall im Lande vorhandenen sogenannten Hurrapatrioten, die, weil am meisten lärmend, für wichtiger und echter gehalten wurden, als sie waren. Gleichwohl würde sich ein Kaiser — er hätte kein Genie zu sein brauchen — von festem, anspruchslosem Charakter, der nicht Versprechungen machte, die er nicht erfüllen konnte, nicht drohte, wenn er nicht imstande und entschlossen war, die Drohung zu verwirklichen; ein Kaiser, der nicht von seinen Erleuchtungen sprach, sondern sie in seinem Handeln erkennen ließ, und unbeirrt seinen Weg ging und, vor allem, dies stetig tat,

durchgesetzt haben. Man hätte ihn anerkannt und ihm vertraut, abgesehen von Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten. Diesen Reichsfeinden gegenüber aber würde er in seiner Eigenschaft als Monarch sogar unerschütterlich und unbesiegbar geworden sein.

Den geschichtlichen Nimbus von Königtümern und Fürstentümern hatte, neben der Französischen Revolution, zuerst Napoleon beseitigt, dann Bismarck, als er in Deutschland rücksichtslos über alte Fürstenhäuser und Legitimitäten hinwegschritt. Über dem ganzen Jahrhundert aber lag, besonders in dessen letztem Drittel, bis tief in die von vornherein konservativen Kreise hinein, mehr oder weniger verdünnt, hier und da die liberale Atmosphäre. Dicht an der Republik war Preußen schon gewesen, das Königtum und mit ihm Preußen selbst zu höchster Macht hatte Bismarck emporgehoben und dann dem König von Preußen auch die Kaiserkrone aufgesetzt, alles in schroffem Gegensatz zum „Zug der Zeit". Als er mit seiner Kraft nicht mehr da war, begann mit demselben Augenblick in unausweichlicher Folgerichtigkeit aufs neue die Zeit des Kampfes aller nichtmonarchischen Strömungen gegen die Monarchie, unter verschiedenen teils neuen Formen, von mehreren Seiten und auf lange Sicht. Dies hat Kaiser Wilhelm II. nie tiefer erkannt, in bestem Falle oberflächlich und deshalb unrichtig gesehen. Das erste Zeichen seines Unverständnisses bildete seine erste große Regierungshandlung, die Entlassung des Neuschöpfers der Monarchie und ihrer Machtgrundlage. In vielen Farben freilich schillerte Wilhelm II.: am besten verstand er sich mit Liberalen, besonders wenn sie ihn als den modernen Herrscher priesen, der aller neuzeitlichen Entwicklung die Wege bahne, Verständnis für „Handel und Wandel" und für die Weltwirtschaft besitze.

*

Bismarcks Kraft und Ansehen und die Ehrwürdigkeit und Weisheit des alten Kaisers waren nicht mehr da. Die von Bismarck in ihrer vollen Gefährlichkeit erkannten, gegen Reich, Vaterland und Monarchie arbeitenden Kräfte in Deutschland waren stärker und mächtiger denn je zuvor da, zum Teil in neuen Formen. Die Aufgabe für den neuen Kaiser und seine Ratgeber war: der Monarchie, ihrem Ansehen im Volke neue Eigenkräfte einzuhauchen, und zwar in Formen, die der Sprache, der Denkweise und Anschauungsart der Gegenwart entsprachen und in die Zukunft wiesen. Die Aufgabe war schwer, um so schwerer, als die liberalen und demokratischen Phrasen in Europa wie in Amerika auf die deutsche Bevölkerung in ihrem Durchschnitt von so starkem Einfluß blieben, etwa nach der Weise: die alte Zeit mit ihren

großen Männern in allen, in großen Ehren. Diese Männer sind aber nicht mehr da, die neue Zeit muß jetzt im Zeichen der neuen Kräfte und Entwicklung zum Fortschritt, zur Freiheit, mit Macht Bahn brechen! Warum ist denn das Deutsche Reich so unbeliebt? In den anderen Staaten Europas wird es uns in Reden und Zeitungen jeden Tag gesagt: weil Deutschland reaktionär beherrscht und regiert wird, weil das deutsche Volk ohnmächtig ist und von Junkern und Industriebaronen regiert und geknechtet wird; weil der Militarismus, zu dem jetzt der Marinismus kommt, die Welt in Angst und Schrecken vor den Kriegsgelüsten jener oberen Klassen und Schichten hält. Was wird nun der neue Kaiser tun? Was tut er?

Der Kaiser aber schwelgte in seinen, leider auch noch geredeten, Träumen von dem Glanz seines absoluten Herrschertums in moderner, allein auf seiner einzig in der Welt hervorragenden Persönlichkeit beruhenden, noch die dagewesenen modernen Gestaltung. Bis zur Schwarzen Woche 1908 hat er wohl auch tatsächlich, ungeachtet gelegentlicher Zweifel, sich selbst und den Verhältnissen gegenüber, sich mit Erfolg zu suggerieren gesucht: er sei in der Tat der große geniale Volksherrscher und habe, trotz Reichstag und Landesparlamenten, „eigentlich" absolute Macht in der Hand und werde im Grunde genommen — ausgenommen einige böswillige Nörgler — im ganzen deutschen Volke vergöttert.

Der Weg, den Wilhelm II. beschritt, war seinem Ziel entgegengesetzt. Seine rühmenden Hinweise auf seinen Großvater, auf den Großen Kurfürsten, zuweilen auch auf Friedrich den Großen, wurden teils belacht, teils mit Mißtrauen verfolgt: warum redet er immer von Vergangenheit und von absoluter Fürstenmacht, anstatt von den Forderungen der Gegenwart? Warum — das ist freilich kaum laut ausgesprochen worden — immer diese Betonung des majestätischen Herren, zu dessen einsamer Höhe die Untertanen aufzuschauen und Befehle dankbar entgegenzunehmen haben?

Gewiß war das deutsche Volk weit davon entfernt, „politisch reif" zu sein. Gewiß hatte Bismarck sich mit seinem hoffnungsvollen Wort, Ende der sechziger Jahre, geirrt: „Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können!" Er selbst hat es ja später hypothetisch zugegeben. — Etwas anderes aber war, abgesehen von den linken Internationalisten, doch gewachsen, teilweise neu entstanden: das vielfach noch unklare Gefühl der Zusammengehörigkeit im Reiche, nicht zum wenigsten durch die allgemeine militärische Dienstpflicht, den stürmisch anwachsenden Verkehr, das ungeheure Ansteigen der Wirtschaft, die ohne Ansehen von Klassen und Parteien die gesamte Bevölkerung ergriffen hatte und die ihre Gemeinsamkeit tagtäglich fühlen ließ. Die Grundlage hatte wieder Bismarck gelegt: durch

die Reichsgründung und sein Erkennen der wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Welch nachhaltige Wirkung hätte Wilhelm II. erzielt, wenn er auch nur einmal auf diese Tat des Reichsschöpfers hingewiesen hätte! Aber er sprach so, wie der Hahn in dem vor dem Weltkrieg berühmten französischen Theaterstück „Chanteclair": Der Hahn, der ehrlich überzeugt, jeden Morgen krähte, damit die Sonne aufgehen konnte. Krähte er nicht, so konnte sie nicht aufgehen, und: ehe er krähte, war die Sonne auch nie aufgegangen! —

Die eigentliche Geschichte des Werdens des neuen Reichs, die Kämpfe und deren Sinn, die Bismarck in den dann folgenden zwei Jahrzehnten durchzufechten und durchgefochten hatte, waren Wilhelm II., wenn nicht unbekannt, so doch uninteressant; jedenfalls hatte er nichts aus ihnen gelernt, weder politisch, noch volkspsychologisch, noch, wie schon seine Freihandelspolitik mit Caprivi zeigte, wirtschaftlich.

VIERTER ABSCHNITT

Wesenszüge Wilhelms II.

Byzantinismus und Autobyzantinismus

In den vorhergehenden Abschnitten warfen wir Streiflichter auf die hauptsächlichen Ereignisse und den Verlauf der Außenpolitik unter der Leitung Wilhelms II. Manche persönlichen Eigenschaften des Kaisers sind da als typisch an sich und als verhängnisvoll für den Gang der Dinge hervorgetreten. Um seine Handlungen und Unterlassungen und deren Wirkungen in der inneren Politik und in der Nation zu verstehen, ist nötig, uns mit den Hauptwesenszügen Wilhelms II. zu beschäftigen.

Der Hofmarschall des Kaisers, Graf Zedlitz, schrieb im Herbst 1904 in sein Tagebuch über ein Gespräch des Kaisers mit dem damals berühmten Professor Slaby von der Technischen Hochschule: „Dieser Gelehrte, den ich wirklich außerordentlich hochschätze und verehre, kennt aber leider in bezug auf Schmeichelei und Liebedienerei gar keine Grenzen mehr. Nachdem er dem Kaiser gegenüber mehrfach hervorgehoben, wieviel Widerstand Allerhöchst Derselbe bei mannigfachen Gelegenheiten gefunden, und wie seine Gegner schließlich doch ihren Irrtum einsehen müßten, war es nur natürlich, daß der Kaiser schließlich sagte: „Ja, das ist es ja, Meine Untertanen sollten einfach tun, was Ich ihnen sage, aber Meine Untertanen wollen immer selber denken, und daraus entstehen dann alle Schwierigkeiten." Der so moderne Kaiser dachte und sprach nach 1900 noch genau wie die reaktionäre preußische Bürokratie der Metternich-Zeit des neunzehnten Jahrhunderts, nur daß ihm der Mut zum Handeln fehlte. — Zur Person des Grafen Zedlitz sei kurz bemerkt: als er seine Aufzeichnungen in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre veröffentlichte, wurde dieser Akt, besonders in seinen Gesellschaftskreisen, schwer getadelt;.man brach den Verkehr mit ihm ab. Das, und die Frage, ob er anständig gehandelt habe oder nicht, ändert nichts daran, daß seine Auf-

zeichnungen den Stempel der Wahrheit tragen, anständig und sachlich abgefaßt sind. Ähnliches gilt von den Aufzeichnungen anderer Verfasser, die jeder Schilderer des Kaisers und seiner Regierung benutzen muß. Vorwürfe der Unwahrhaftigkeit sind gegen alle jene Angaben niemals erhoben worden, ebensowenig des Irrtums.

In der Antwort des Kaisers an Professor Slaby spricht sich unverhüllt naiv seine Überheblichkeit und Eitelkeit aus, die seine Eltern als seinen Hauptwesenszug genannt haben, die gefährlichste Eigenschaft, die einem Monarchen eigen sein kann, schon deshalb, weil sie der Schmeichelei, dem Byzantiner, die Tür weit und einladend öffnete. Von Wilhelm I. schreibt Bismarck: „Niemand hätte gewagt, ihm eine platte Schmeichelei zu sagen." In dem Gefühl königlicher Würde würde er gesagt haben: „Wenn einer das Recht hätte, mich ins Gesicht zu loben, so hätte er auch das Recht, mich ins Gesicht zu tadeln — beides gab er nicht zu."

Königliche Würde, wirkliche Würde überhaupt, war Wilhelm II. nicht eigen, die Pose stand an ihrer Stelle; ein hartes Wort, aber für eine Tatsache.

Er brauchte Lob und Schmeichelei und forderte, wie der Generalfeldmarschall Graf Waldersee in seinen Denkwürdigkeiten schreibt, Schmeicheleien heraus, indem er fragt: „ ‚Wie war Meine Rede?' oder: ‚Habe Ich das nicht gut gemacht?' Selten ist dann jemand so brav, ihm seine wirkliche Ansicht zu sagen. Oft aber treten die Biedermänner direkt an ihn heran und sagen ihm die fadesten Elogen, teils direkt über gewisse Handlungen, teils auf einem Umwege, indem sie über Menschen hart urteilen, von denen sie wissen, daß der Kaiser gegen sie eingenommen ist."

In „Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner" schrieb der Verfasser: „Wenn Treitschke die Bedientengesinnung im Rückblick auf die Zeiten Friedrich Wilhelm IV. als einen Bodensatz bezeichnet, der infolge der Aufwallung wahrhaftiger Königstreue aufgewirbelt wurde — also öffentlich in Erscheinung trat —, so trifft das auf unsere Zeit leider nicht mehr zu. Heute erfüllt sie, die Bedientengesinnung, die Luft und bildet einen Bestandteil der Atmosphäre unseres öffentlichen Lebens, ohne jede Neigung, ihre frühere bescheidene Rolle als Bodensatz wiedereinzunehmen.

In seinem Buch vom „Fürsten" sagt Macchiavelli: „Die Fürsten haben tatsächlich nur ein gutes Mittel, um sich gegen die Schmeichelei zu schützen: keinen Zweifel darüber zu lassen, daß man ihnen nicht mißfallen kann, wenn man die Wahrheit sagt." — In seinem Anti-Macchiavell schreibt Friedrich der Große unter anderem: „Für Fürsten von Verdienst ist die Schmeichelei wie ein Rost, der sich an ihren Ruhm setzt und dessen Glanz verdunkelt. Ein Mann von Geist empört sich gegen die plumpe Schmeichelei und stößt

den Schmeichler zurück ... Die meisten Fürsten bringen es nicht über sich, den zurückzustoßen, der ihnen da schmeichelt, wo sie selbst überzeugt sind." Schließlich schreibt Friedrich: „Es würde also doch gerechter sein, scheint mir, die Könige zu beklagen, als sie zu verdammen." —

Niemand wird in Abrede stellen, daß der Schmeichler und die Schmeichelei, kurz das Byzantinertum, eine schwere Gefahr für den Monarchen immer bedeutet hat, wenn diese nicht Charakterwerte besaßen, wie der große König und der erste Hohenzollern-Kaiser. Wilhelm II. besaß diese Charakterwerte nicht. Er war von Anfang an von Schmeichlern umgeben, wie er der Schmeichelei, in jeder Form, immer bedürftig war. Byzantiner haben für solche Empfänglichkeiten und Bedürfnisse eine feine Witterung, so war es kein Wunder, daß der Kaiser ständig von ihnen umschwärmt war, ohne sie nicht leben konnte und sie selbst an sich heranzog. Blickt man etwas tiefer, so ergibt sich, daß dieses Bedürfnis, berufsmäßig, sei es mit Recht, sei es mit Unrecht, umschmeichelt, gelobt und gepriesen zu werden, im Wesen des betreffenden Monarchen keinen isoliert vereinzelten Schwächepunkt bildet, sondern ein Symptom von Charakterschwäche überhaupt. In den Dienst dieser Schwäche traten auch die hervorragendsten geistigen Anlagen Wilhelms II., die er ohne Ausnahme als „Autobyzantiner" in den Dienst der Selbstverherrlichung stellte.

Einige hervorragende geistige Anlagen des Kaisers waren wirklich vorhanden: eine ungemein schnelle Auffassung nach den verschiedensten Seiten hin. Wilhelm II. besaß auch die Fähigkeit, Vorträge, die ihm gehalten wurden, den Hauptpunkten nach, nach einmaligem Hören klar wiederzugeben, und zwar so, als ob sie seine eigenen Kenntnisse bedeuteten; mochte es sich nun um Funkentelegraphie handeln, um Altertumsforschung, über die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten, über die Taktik der Japaner im Kriege mit Rußland, über die Theaterverhältnisse in Paris oder über die Reform der Höheren Schulen in Deutschland. In der genannten Schrift wurde — damals aus Abstand beobachtet und kombiniert, im Laufe der Zeit erwies es sich als richtig — hierzu das Folgende gesagt:

„Mir ist von Fachleuten, die ganz gewiß keine Byzantiner waren, erzählt worden, sie seien vollkommen verblüfft gewesen über die Detailkenntnisse, die der Kaiser bei der Besichtigung irgendwelcher Maschinen entwickelt habe. So etwas kommt auch meistens in die Zeitung mit einer Jubeltunke über die tiefgründige und universale Bildung, den umfassenden Geist des Deutschen Kaisers. Fragt man nun sachlich, wie man sich das vielseitige Wissen erklären soll, so wird zu antworten sein, daß bei aller Schärfe des Verstandes es selbst dann dem Kaiser nicht möglich sein würde, in alle von

ihm berührten Gebiete einzudringen und sie zu beherrschen, wenn ihm die Regierungsgeschäfte nicht oblägen.

Der Kaiser verfügt über ein vorzügliches Gedächtnis, eine Fähigkeit für jeden Menschen von höchster Wichtigkeit und besonders für einen Monarchen. Abgesehen von ihrer rein zweckmäßigen Entwicklung und Übung, liebte der Kaiser besonders, sie Fremden zu zeigen. Diese fühlten sich, wohl mit äußerst geringen Ausnahmen, gedrungen, ihrer Bewunderung überschwenglich Ausdruck zu geben. In Berlin gab es während der neunziger Jahre einen amerikanischen sogenannten Austauschprofessor, Peabody mit Namen. Als dieser von Deutschland schied, hielt er einen begeisterten Vortrag über den Kaiser. Die Universalität des kaiserlichen Geistes sei bewundernswert, denn Wilhelm II. habe einmal beim Frühstück sämtliche Könige Assyriens lückenlos und in richtiger Reihenfolge hergesagt. Die deutsche Byzantinerpresse war außer sich vor Stolz: welch ein Geist, welch ein Wissen! Bewundernd sieht das Ausland auf unseren großen Herrscher, den genialen Hohenzollern!" — Das Ausland lachte über die unbezwingliche kaiserliche Neigung, „Bewunderung zu ernten — sogar durch die alten Ägypterkönige."

Typisch und charakteristisch ist das Folgende: Bei einem seiner Besuche in England sprach der Kaiser den Wunsch aus, einen Abend mit den Leitern deutschfeindlicher Blätter zuzubringen. Die Veranstaltung fand statt. Der Kaiser entfaltete sein ganzes und in Wahrheit großes Talent der Unterhaltung, der Bezauberung und Gewinnung in der ganzen Vielseitigkeit, die ihm zu Gebote stand.

Die englischen Presseleute unterhielten sich ausgezeichnet. Nachher äußerten sie sich, teils öffentlich, teils vor Deutschen: eigentümlich sei doch immer, daß der Deutsche Kaiser glaube, auf diese Weise ihre politischen Überzeugungen umzuwandeln. Die deutsche Byzantinerpresse aber war voll Jubel und sagte: unser moderner genialer Herrscher habe einmal wieder gezeigt, wie viel weiter man komme mit einer „offenen Aussprache", und wie ein solcher politischer Abend mit dem Kaiser, der jedem seiner Teilnehmer unvergeßlich sein werde, im Laufe weniger Stunden alle Mißverständnisse zwischen den beiden so nahe verwandten Völkern zu klären imstande sei! Wie merkwürdig war, neben diese Phrasen gehalten, die Tatsache:

Seit seiner Kindheit war der Kaiser, der Sohn der englischen Mutter, in England wie zu Hause, und doch hat er, trotz aller Rückschläge, die er während seiner Regierung von englischer Seite erfuhr, die dreihundert Jahre alte englische Außenpolitik erst erkannt, als England den Weltkrieg entfesselt und gewonnen hatte, und vielleicht auch da noch nicht.

Das „politisch reife Volk" in Deutschland stieß sich mit listigem Zwinkerblick mit dem Ellbogen an, wenn der Kaiser einen amerikanischen Milliardär, einen französischen Jachtbesitzer oder irgendeinen anderen „distinguierten" Ausländer empfing: Das versteht er, unser Kaiser: wichtige Persönlichkeiten des Auslandes einzuwickeln! Ihn bewundert ja auch die ganze Welt! Vor dem groben Bismarck hatte das Ausland nur Angst und Abscheu. Dies aber ist nun moderne Politik und Diplomatie, so muß man die Leute einwickeln! In dem „modernen" deutschen Byzanz behauptete man: es gäbe kein Volk, das uns nicht um unseren Kaiser beneide, einen ungeheuren Respekt habe man vor ihm. Zum Beweise pflegte angeführt zu werden: in Frankreich spreche man von Wilhelm II. niemals anders als „Le Kaiser", und in England und den Vereinigten Staaten sage man nicht „The German Emperor", sondern „The Kaiser"; man sähe in ihm also eine einzigartig große Herrscher-Persönlichkeit und die glänzendste Verkörperung deutschen Kaisertums. Wer damals zu solchen Äußerungen bemerkte: man sage auch immer: der Zar, der Sultan, der Negus, und keineswegs, um die betreffenden Persönlichkeiten als hervorragend und einzig zu bezeichnen, sondern um ihre einheimischen Titel zu nennen, der galt als Nörgler.

In den ersten Jahren seiner Regierung hielt man den Kaiser in Frankreich für eine in der Tat hervorragende Persönlichkeit, für ein politisches und militärisches Genie, einen gefährlichen Mann. Nachdem man aber begriffen hatte, daß dies glücklicherweise ein trügender Schein sei, änderte sich die Haltung der Franzosen vollkommen: Furcht und Besorgnis verschwanden, aber man benutzte gern das Bewunderungsbedürfnis des Kaisers und nicht minder sein je nach seiner Augenblicksstimmung ebenso ausgiebiges wie unvorsichtiges Mitteilungsbedürfnis und amüsierte sich über beides. Die einschlägige deutsche Presse aber: seht, wie das französische Nachbarvolk unseren Kaiser bewundert, ja, den möchten sie wohl für sich haben! Dieselbe Presse brachte von den Wiedergaben der französischen Presse über die Unterhaltungen mit dem Kaiser nur die Sätze des Lobes der sogenannten Bewunderung; die boshaften und mokanten Beibemerkungen wurden fortgelassen. Der deutsche Zeitungsleser erhielt also ein unrichtiges, aber mit Überlegung gefälschtes Bild. Der Kaiser aber war glücklich, und der „politisch reife" Michel auch. Mit welchen Mitteln das Ausland auf diesem Gebiet arbeitete, zeigt ein drastisches Beispiel:

Ein Literat, namens Grand Carteret, hatte ein Buch verfaßt unter dem Titel: Lui (Er) mit Text und zahlreichen Karikaturen über den Deutschen Kaiser. Grand Carteret richtete einen „offenen Brief" an den Kaiser: dieser möge ihm doch den Vertrieb seines Buches in Deutschland gestatten; also ein glänzendes Geldgeschäft und ein indirektes aussichtsreiches politisches

Propagandageschäft. Einige Sätze mögen den Ton des „offenen Briefes" bezeichnen:

„Wie Napoleon einst für die ganze Welt, so sind Sie, Majestät, kurz gesagt: der Kaiser. Das sagt alles, der Kaiser, der Cäsar!

Heute sind die Augen Europas beständig nach den Ufern der Spree gerichtet. Sie sind das Idol, der Gott des Tages ... Sie sind, Majestät, ein sehr moderner Fürst, sehr unterrichtet, sehr eingenommen für alles, was der Banalität entgegengesetzt ist. Schon eine Bewegung von Ihnen hallt in der ganzen Welt wieder. Wenn Sie die Karikaturen nicht frei in Deutschland kursieren lassen, so werden Sie nicht mehr der friedliche und sehr moderne Kaiser sein .. Majestät, geben Sie den Wink der Befreiuung, welchen die Welt von Ihnen erwartet." In seiner Vorrede verfehlte Grand Carteret nicht, ausgiebig auf den großen Ahnherrn, Friedrich den Großen, hinzuweisen. — Das half: der Franzose erhielt umgehend die Erlaubnis, seine Karikaturen auch in Deutschland zu vertreiben. Die Byzantiner und Hurra-Patrioten, der heitere Durchschnittsbürger strahlten in Stolz und Freude, und am Hofe flüsterten, aber hörbar, die Stimmen, das sei doch wirklich der Geist Friedrichs des Großen. Verhältnismäßig wenige waren es, die den Mangel an wirklicher Achtung und die kaum verschleierte kriechend höhnische Unverschämtheit bemerkten und Beunruhigung darüber empfanden. Die Karikaturen aber waren gut berechnet, um in Deutschland den Kaiser lächerlich zu machen.

Die Vereinigten Staaten, „das Land der unbegrenzten Möglichkeiten", wie ein „deutscher" Jude geschrieben hat, bildeten im damaligen Deutschland des gewaltigen materiellen Aufschwungs den Gegenstand begeisterter Bewunderung. Wie Bethmann-Hollweg 1919 von der Zeit vor dem Kriege schrieb: „Die Geschäfte gingen glänzend." Manche Züge erinnerten an die Gründerzeit der siebziger Jahre. Der Unterschied lag darin, daß das Vorkriegsdeutschland seit den neunziger Jahren nicht mehr arm zu nennen war, sondern jedes Jahr in steigendem Tempo an jährlichem Einkommen und Gesamtvermögen wuchs. Die deutsche Arbeitsleistung war, nach Quantität und Qualität, besonders in der Industrie, eine ungeheure. Die Landwirtschaft freilich konnte, nach der verderblichen Zollpolitik der neunziger Jahre, erst nach Beginn des neuen Jahrhunderts wieder zu verhältnismäßigem Gedeihen gebracht werden.

Amerikanisierung der Geschäftsmethoden, in großem Stil „Geld zu machen", rücksichtslos und brutal, war das Geschäftsideal vieler. Der deutsche Nachahmungstrieb machte dabei nicht halt, der moderne Zeitgenosse befleißigte sich, auch seine Lebensformen und in seinem Äußeren zu

amerikanisieren, und auch in seinem Inneren, wenn er eins hatte. Sein Gruß begann mit: Hallo!, er setzte sich den Hut „amerikanisch" ins Genick und gestattete sich um Mittag nur zwanzig Minuten zum „Quick-Lunch", konnte ohne fortwährenden Gebrauch des Wortes: „well" sein tägliches Leben nicht ertragen. Besuch „prominenter", also reicher Bewohner der Vereinigten Staaten wurde in Deutschland besonders begrüßt als ein Zeichen, daß der große transatlantische Geldmacher begonnen habe, das moderne Deutschland geschäftlich zu ästimieren. Was gab es Ehrenvolleres!

Der erste Geschäftsmann

Der Deutsche Kaiser empfing mit Vorliebe amerikanische Geldleute. Er wußte, daß sie ihm nachher ein großes Echo in ihrem Lande bilden würden. Um das Jahr 1905 empfing er auch den geschäftlichen Vertreter der „Newyorker Staatszeitung", ein Glied der bekannten amerika-deutschen Familie Ridder, die sich übrigens mit ihrem Blatt stets charakterlos und bei Krisen deutschfeindlich benommen hat. — Mister Ridder erklärte nach seiner Unterhaltung mit dem Kaiser einem deutschen Zeitungsmann, der ihn „interviewte", er erblicke im Deutschen Kaiser vor allem einen hervorragend tüchtigen Geschäftsmann. Dieses herrliche Lob wurde unter den wichtigen Weltereignissen des Tages von der einschlägigen Presse mit höchstem Wohlgefallen registriert: wie erfreulich es sei, daß die Modernität unseres Kaisers vom scharfen Blick des geschäftskundigen Deutschamerikaners sofort erkannt worden sei. Das war doch einmal schmeichelhaft und dabei so ehrlich und freimütig im Munde eines prominenten Bürgers der freiesten aller Republiken!

In unserer Zeit des Nationalsozialismus braucht man nicht mehr darum zu streiten, ob Geschäftstüchtigkeit an sich ein Kompliment bedeute, vollends für einen deutschen Kaiser. Die Wirklichkeit aber lag genau umgekehrt: Wilhelm II. war alles eher als ein Geschäftsmann; als modernster Kaiser aber hörte er besonders gern, wenn man ihn dafür erklärte, besaß auch eine besondere Hochschätzung dem großen oder „groß" auftretenden Geschäftsmann gegenüber. Er ließ sich in beflissener Gesellschaft „Aufträge" für die Majolikafabrik auf seinem Gute Kadinen erteilen und notierte dieselben „kaufmännisch" auf seine Manschette. Schon damals war ziemlich allgemein bekannt, daß er besonders erfreut war, wenn man ihm auf dem geschäftlichen Gebiet geniale Anlagen und Kenntnisse zusprach. In derselben Linie und in derselben Berechnung lag es, wenn jüdisch inspirierte deutsche

Blätter gelegentlich den Kaiser als „den ersten Reisenden des Geschäftshauses Deutschland" priesen. Das sei heute die eigentliche Aufgabe des Monarchen! Verbreitung solcher Auffassungen, die dem Kaiser durchaus nicht unangenehm war, beschränkte sich durchaus nicht auf jüdische Finanzkreise. Es gehörte vielmehr zu den „modernen Anschauungen" des damaligen Deutschlands, daß dessen Zukunft auf dem Reichwerden beruhe. Angesichts jenes tropischen Wachsens der deutschen Industrie und des ebenso schnellen Steigens der Lebenshaltung aller Schichten und Klassen in Deutschland und der Zunahme des räumlichen Wachsens des deutschen Welthandels auf der Erdoberfläche lagen solche Anschauungen nahe, sie waren diejenigen eines geldlich zu schnell erfolgreichen und materiellem Wohlleben zuneigenden Parvenus.

Der Jude Walter Rathenau hat nach dem Kriege jenes unwahre und flache Wort gesprochen, die Wirtschaft sei das Schicksal. Das Deutschland der neunziger Jahre und der ersten anderthalb Jahrzehnte nachher lebte recht weitgehend in dieser Auffassung. Professoren der Volkswirtschaft, die sich in hohem Grade der Gunst des Kaisers erfreuten, vertraten — ohne Widerspruch zu erfahren — die These, daß im Grunde genommen Sinn und Zweck der auswärtigen Politik Deutschlands ausschließlich auf dem Gebiete der Wirtschaft lägen; das waren keine Juden. In eben diesem Sinne wurde auch das kaiserliche Schlagwort der „Weltpolitik" von jener Richtung vertreten. Die deutsche Wirtschaft wachse sich immer unauflöslicher in die Weltwirtschaft hinein, und diesen friedlichen internationalen Wettbewerb habe die Weltpolitik zu stärken, das könne lediglich die Erhaltung des Weltfriedens sichern, denn kein Land, am allerwenigsten Großbritannien, habe das Interesse, seinen besten Käufer totzuschlagen, oder ihm die Kaufkraft zu nehmen. Ein Jahr vor dem Weltkriege noch schrieb ein Günstling und hoher Beamter in der Reichskanzlei in diesem Sinne und sagte: der Papierkrieg der Zeitungen werde natürlich fortdauern, aber der Waffenkrieg werde nicht kommen, die Rüstungen selbstverständlich bleiben. Dies war auch die Ansicht Wilhelms II.

Der König und sein Adel und seine Sozialdemokratie

Hier war er, in den damaligem Sinne aufgefaßt, ganz modern. Aus dieser Modernität ging seine verhängnisvolle Freihandelspolitik, vertreten durch den unglücklichen Caprivi, hervor, die er nachher, gezwungen durch die Not der Landwirtschaft und die wirksame Agitation des Bundes der Landwirte,

um die Jahrhundertwende zum Teil wieder aufgab. Für Handel und Industrie hatte der Kaiser auch persönlich weit mehr Interesse und persönliche Neigung als für die Landwirtschaft. Er pries diejenigen preußischen Könige: Friedrich Wilhelm I., seinen großen Sohn, Friedrich II., die beide die Bedeutung des Bauern erkannt hatten, aber ihm selbst fehlte der Sinn für die eigentliche Landwirtschaft überhaupt. Auf einem großen, reichen Gut zu Gast sein, war etwas anderes! Umgekehrt nahm er es den durchweg adligen Großgrundbesitzern Preußens schwer übel, wenn diese sich der Politik seines Reichskanzlers gegenüber nicht zustimmend verhielten, sondern Opposition machten. In jenen schwersten Notzeiten der Landwirtschaft, infolge der mörderischen Handelsvertrag-Politik Caprivis, sagte der Kaiser in Königsberg an die Vertreter der Provinz Westpreußen u. a.:

Es scheine ihm, die Landwirtschaft zweifle in diesen Jahren schwerer Sorgen, ob seine, des Kaisers, Versprechungen gehalten werden könnten. „Ja, Ich habe sogar tiefbekümmerten Herzens bemerken müssen, daß aus den Mir nahestehenden Kreisen des Adels Meine besten Absichten mißverstanden und zum Teil bekämpft worden sind, ja, sogar das Wort Opposition hat man Mich vernehmen lassen. Meine Herren! Eine Opposition preußischer Adliger gegen ihren König ist ein Unding, sie hat nur dann eine Berechtigung, wenn sie den König an ihrer Spitze weiß, das lehrt schon die Geschichte dieses Hauses." — Die preußischen Adligen hätten nicht zu verfahren wie die „gewerbsmäßigen" Oppositionsparteien, sondern sich in vertrauensvoller Aussprache an ihren Souverän zu wenden.

Die Not der Landwirtschaft müsse man ertragen als eine von Gott (!) auferlegte Prüfung. „Halten wir still, ertragen wir sie in christlicher Duldung, in fester Entschlossenheit und in der Hoffnung auf bessere Zeiten." — Die Rede endete mit einem Aufruf gegen die Sozialdemokratie. Das am Tage vorher enthüllte Denkmal Wilhelms I. „mahnt uns alle an den ernsten Kampf wider die Bestrebungen, die sich gegen die Grundlage unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens richten. Nun, Meine Herren, an Sie geht jetzt Mein Ruf: auf zum Kampf für Religion, für Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes!

Wie der Efeu sich um den knorrigen Eichenstamm legt, ihn schmückt mit seinem Laub und ihn schützt, wenn Stürme seine Krone durchbrausen, so schließt sich der preußische Adel um Mein Haus. Möge er und mit ihm der gesamte Adel deutscher Nation ein leuchtendes Vorbild für die noch zögernden Teile des Volkes werden, wohlan denn, lassen Sie uns zusammen in diesen Kampf hineingehen! Vorwärts mit Gott, und ehrlos, wer seinen König im Stich läßt."

Die Rede ist typisch für Wilhelm II.

An die Stelle des „modernen Herrschers" tritt hier plötzlich der altpreußische König, der, im Gegensatz zur Preußischen wie zur Reichsverfassung, „den Adel" als einen besonderen Stand auffaßt, der eine politische Leibgarde für den König zu bilden habe. Wilhelm II. spricht diesem preußischen Adel das verfassungsmäßige Recht ab, für seine landwirtschaftlichen Lebensinteressen im Parlament, in der Presse und in öffentlichen Reden zu kämpfen und der Regierung zu opponieren. Solche Opposition preußischer Adliger bedeutete dem Kaiser und König „ein Unding", er verlangt von den preußischen Adligen, daß sie gegen ihre und überhaupt die landwirtschaftlichen Lebensinteressen Opposition machen, indem sie der vom Kaiser befohlenen Regierungspolitik zustimmen. Die landwirtschaftliche Not soll als eine von Gott auferlegte Prüfung getragen werden, während sie in Wirklichkeit die einfache Folge einer landwirtschaftsfeindlichen schlechten Regierungspolitik war.

Sein Standpunkt, wie ihn der Kaiser hier darlegte, war in jedem Sinne sachlich unhaltbar. Der pathetische Aufruf an „den preußischen Adel" (als ob dieser noch wie in früheren Zeiten ein Stand sei!) gegen die Parteien des Umsturzes galt der Vorbereitung der sogenannten, gegen die Sozialdemokratie beabsichtigten „Umsturzvorlage". Eine stärkere Einleitung für die Ankündigung eines geplanten Kampfes läßt sich schwer denken. Das Ende kam schnell: die Vorlage wurde abgelehnt, nichts aber geschah! Vier Jahre später ging es der „Zuchthausvorlage" ebenso. Weder in einem Falle, noch in anderem wurde der Reichstag aufgelöst.

Wiederum hatten Sozialdemokratie und Demokratie triumphiert, mit jeder neuen Wahl wuchs die marxistische Stimmenzahl und die Zahl ihrer Abgeordneten im Reichstag. Ein Jahr nach dem Fall der „Zuchthausvorlage" aber nahm der Kaiser Gelegenheit, gelegentlich einer Feier der Technischen Hochschule in Charlottenburg, zu erklären: neben ihren technischen Aufgaben hätten die Hochschulen auch bedeutende soziale Aufgaben zu erfüllen. „Die bisherigen Richtungen (?) haben ja leider in sozialer Beziehung vollkommen versagt!" Und dann: „Die Sozialdemokratie betrachte Ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich austoben."

Das Hohngelächter der Sozialdemokratie und der ganzen Linken war zugleich ein Lachen des Siegers. Die Haltung Wilhelms II. aber bezeichnete, in etwas abgewandelter Form, die alte ewig neue Geschichte von den sauren Trauben: nach zwei schweren, ganz persönlichen Niederlagen des Kaisers gegenüber der Sozialdemokratie und Demokratie, nach dem vorhergegangenen feierlichen Aufruf, dem sich in der Presse viele andere angeschlossen

hatten, wechselte der Kaiser plötzlich die Rolle und fand aus Furcht: sonst handeln zu müssen, die Pose des abgeklärten, weitblickenden Staatsmannes: die Sozialdemokratie sei nicht gefährlich, sie werde sich „austoben".

In früheren Perioden seiner Regierung schon hatte er ähnlich gesprochen und dann waren, nach sozialdemokratischen Streikerfolgen und Wahlerfolgen und Zeitungsartikeln, Vorlagen gekommen — aber nichts weiter!

Waldersee schreibt schon im Jahre 1895 in sein Tagebuch: „Ein kluger Mann, der seit Jahren viel am Hofe verkehrt, besuchte mich heute. Vom Kaiser sagte er: ‚Glauben Sie mir, er mag noch so entschieden sprechen, wenn es wirklich ernst wird mit den Sozialdemokraten, läßt er niemals schießen.' "

In diesen Zusammenhängen kommt die in einem vorhergehenden Abschnitt behandelte Frage: welche Politik und Stellungnahme gegenüber der Sozialdemokratie richtig gewesen wäre und welche unrichtig, nicht in Betracht, sondern nur der Nachweis der hauptsächlichsten Wesenszüge des Kaisers. Wir erkennen diese Wesenszüge in der Innenpolitik als genau dieselben wie in der Außenpolitik: der lärmende, anspruchsvolle Auftakt, das bedingungslose Sichfügen oder Zurückweichen, sobald ernsthafte Hindernisse auftreten oder gar Gefahr in Sicht zu kommen scheint, und Schlußakt durch Aufführung der Szene von den sauren Trauben! In ihrer häufigen Aufführung unterscheidet sie sich nur durch die Verschiedenheit der jeweiligen Kulissen, wie diese durch die Aktualitäten bedingt wurden.

Es war nur natürlich, daß schon gegen Mitte des ersten Jahrzehnts seiner Regierung auch in der deutschen Bevölkerung kein Glaube mehr an Tatkraft, vollends an Beharrlichkeit und Führerkraft des Kaisers mehr vorhanden war. Die Sozialdemokratie besonders hatte dies sehr schnell heraus. Sie sah zwischen den drohenden, tönenden Reden die innerliche Kraftlosigkeit, Ratlosigkeit und Zaghaftigkeit. Auffallend ist, wie einheitlich schon nach wenigen Jahren der Regierung des Kaisers ohne Bismarck die in Lebenserinnerungen und Tagebüchern niedergelegten Urteile von Menschen — die den Kaiser oft in der Nähe sehen, hören und sprechen konnten — über seine Eigenschaften sind.

Mimicry, Scherze und Reklame

Alle diese Urteile werden durch die Art seines tatsächlichen Handelns und Unterlassens bestätigt. Sogar in „Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner" hat der Verfasser, der ohne persönliche Beziehungen und Kenntnisse über

die Eigenschaften des Kaisers schrieb, eben die Schwäche und Verzagtheit und die Oberflächlichkeit seines Wesens und seiner Urteile als Tatsachen hinstellen können. Es war also undenkbar, daß die an einer richtigen Beurteilung Wilhelms II. aufs tiefste interessierte Sozialdemokratie und Demokratie, die überdies unter dem kaiserlichen Personal dauernd ihre Angehörigen und Spione hatten, über die innere Schwäche des Kaisers nicht genau unterrichtet gewesen wären. Sie hat sich nie durch seine drohenden Reden einschüchtern lassen, und der Erfolg hat ausnahmslos die Richtigkeit ihrer Kalkulationen bestätigt.

In dem genannten Buch wurde auch angedeutet, was sich in dem weiteren Verlauf der Regierung Wilhelms II. immer deutlicher herausstellte, daß das äußere Auftreten des Kaisers, überhaupt seine „Form", wozu auch seine Reden gehörten, gewissermaßen Schutzfarben waren, eine Mimicry, um die Schwäche zu verbergen, und deren Gegenteil glauben zu machen. Mehr scheinen, als sein — dieses fortwährende Streben war die schlimme Gabe, die Wilhelm II. in die Wiege gelegt worden ist. Seine Eltern haben es gewußt.

Der Prinz Wilhelm und der Kaiser der allerersten Zeit hat möglicherweise noch wirklich innerlich an sich geglaubt. Vielleicht ist er damals noch überzeugt gewesen, seine Reden durch Taten verwirklichen zu können, freilich erschienen ihm seine Reden schon Taten zu sein. Schon nach den ersten Jahren seiner Alleinregierung dürfte das kaum mehr möglich gewesen sein, denn Schlag auf Schlag waren nach außen und im Inneren die Fehlschläge einander gefolgt. Um so größer wurden die Anstrengungen des Kaisers, der deutschen Bevölkerung und dem Auslande gegenüber wenigstens das Gesicht zu wahren, sein Ansehen zu stärken, und den Eindruck zu erwecken, daß seine Reden wirklich Taten seien. Wir gedachten schon des auffälligen Fehlens einer auch nur durchschnittlich annähernd richtigen Psychologie des deutschen Volks. Gewiß darf nicht außer acht bleiben, daß die Byzantinerwolke, die ihn immer umgab, ein Hindernis für Freiheit und Richtigkeit seines Blicks war und blieb. Fragen wir aber nach dem Ursprung dieser Wolke, so bleibt nur die alte Antwort, daß der Kaiser sie sich selbst durch sein Wesen geschaffen hat, und immer neu schuf, weil er nötig hatte, ständig von Menschen umgeben zu sein, die ihm schmeichelten und ihn verherrlichten, ihn alle Mißerfolge entweder vergessen ließen, oder anderen Menschen zur Last legten. Schon sich selbst gegenüber — das kam hinzu — brauchte er dauerndes Nähren seines Gefühls der Unfehlbarkeit, falls die Selbstsuggestion nicht ausreichte. Seine Schriften, die er nach 1918 in Holland verfaßt hat, in erster Linie „Ereignisse und Gestalten", geben ihm, dem Kaiser, immer das Zeugnis: Ich habe immer das Richtige gewollt, aber

man hat Meine Befehle nicht oder falsch ausgeführt! Ähnlich urteilt Bethmann-Hollweg über sich selbst nach dem Kriege: er habe immer das Richtige gewollt, es aber leider nicht durchsetzen können. Für Botschafter, Gesandte usw. im Auslande wurde es zu selbstverständlicher Berufs- und Amtspflicht, den Deutschen Kaiser dort zu preisen und als die überragende genialste Herrschergestalt der Welt und der Geschichte hinzustellen oder bereitwillige Federn für diesen Zweck in Tätigkeit zu setzen. Die Zeitungsartikel oder Reden wurden den Gesandtschaftsberichten beigelegt und bildeten die Maßstäbe für die vaterländische Leistung und den Wert des betreffenden Vertreters des Deutschen Reiches im Auslande, als Reklamechefs für die Majestät, die ihr Land herrlichen Zeiten entgegenführte. Kaum braucht gesagt zu werden, daß das Ergebnis entgegengesetzt war: nur zum Schaden!

In höchster Vollendung stellte dies ein vom Kaiser dorthin geschickter Botschafter in den Vereinigten Staaten, Freiherr Speck von Sternburg, dar. Wenn dieser den Kaiser als Universalgenie pries, so fand man das dort „very funny", und der Präsident Theodore Roosevelt gab diesem Botschafter des Deutschen Reichs den Kosenamen Specky, behandelte ihn ungefähr wie seinen Hausnarren. Diese und ähnliche Reklamen erhöhten weder das Ansehen des Kaisers im Auslande, noch das Vertrauen zu ihm. Man erklärte überall nur, daß Wilhelm II. eine Unruhe in die Welt bringe, die vorher nicht dagewesen sei und den Weltfrieden bedrohe. Kam der Kaiser nach England und erzählte er nach seiner Rückkehr befriedigt: jenseits der Nordsee habe man eine ungeheure Achtung vor den Fortschritten der deutschen Technik, so befand er sich in dem folgenschweren Irrtum, daß der Engländer sich über solche Ergebnisse „des friedlichen Wettbewerbs der Nationen" in verwandtschaftlicher Herzlichkeit freue. Das gerade Gegenteil war der Fall: Eifersucht und wachsender Grimm waren die selbstverständliche Folge, außerdem empfand man es als eine taktlose Renommage.

Während der Kaiser und sein Onkel einander haßten und in Abwesenheit jeder den anderen mit wenig freundlichen Bezeichnungen belegten, gelang es dem Kaiser auch nicht, mit Souveränen befreundeter Staaten in ein näheres persönliches Verhältnis zu gelangen. Eine Ausnahme bildete nur der alte Franz Joseph, den der Kaiser ja mit einer politisch wenig gerechtfertigten, tiefen, kritiklosen Ehrfurcht umgab. Auch dieses patriarchalische Verhältnis hat dazu beigetragen, daß die Politik des Reiches in das Schlepptau der Habsburg-Monarchie gelangte. Dem König von Italien und dem Zaren versuchte der Kaiser, allzu vormundhaft, als der ältere, an Begabung weit überlegene und erfahrenere „Kollege", in der von ihm bevorzugten drastischen

Sprechweise gegenüberzutreten und sie zugleich durch seine „faszinierende" Unterhaltung vor den Anwesenden in Schatten zu stellen, was besonders auch von ihrer Umgebung übel empfunden wurde.

Des Kaisers Unterhaltung und Kostümierung

Wie die deutschen, so wurden auch ausländische Fürsten und Prinzen mit frisch-fröhlichen körperlichen Bezeugungen des kaiserlichen Wohlwollens behandelt. „Der Großfürst Wladimir", so erzählt Zedlitz, „erhielt einen Schlag mit dem Marschallstab des Kaisers in den Rücken, daß es knallte." Als während eines Essens die Schwester der Kaiserin einen Hustenanfall bekam, schlug er sie so lange in den Rücken, bis sie in unwillige Verlegenheit geriet, und sagte: das sei die beste Kur in solchen Fällen. Anstatt sich zu bedanken, erklärte die Prinzessin, eine solche Kur wünsche sie nicht wieder.

Von einer großen Jagd in Schlesien erzählt Zedlitz:

„Seine Majestät drückte den Obersten v. B., Kommandeur eines Kavallerieregiments, längere Zeit in den Schnee, und rieb ihn dann zur Freude aller Umstehenden mit Schnee ein, so etwa wir ein stärkerer Schuljunge einen schwächeren behandelt. Die ganze Jagdgesellschaft und Hunderte von oberschlesischen Treibern waren Zuschauer. Noch schlimmer erging es dem Grafen Roger Seherr. Man bedenke, er ist preußischer Kammerherr, Mitglied des Preußischen Herrenhauses auf Lebenszeit, hat zwei Söhne als Offiziere bei den Leibgardehusaren, ist dreiundfünfzig Jahre alt, und hat durch seine großen Besitzungen eine sehr angesehene Stellung in Schlesien. Bei der ersten Begrüßung sagte ihm der Kaiser ganz laut:

‚Was, Sie altes Schwein, sind hier auch eingeladen?'"

Zedlitz bemerkte dazu: „Der Kaiser ahnt nicht, was für Feinde er sich durch diese Unvorsichtigkeiten macht, und wie bitter kränkend seine Art für die Menschen sein muß."

Ähnliche Geschichten wurden von Persönlichkeiten, die sie an sich erlebt oder an anderen gesehen hatten, in unzählbarer Menge erzählt. Auf den Nordlandreisen mit seiner Jacht „Hohenzollern" veranstaltete der Kaiser mit den Eingeladenen jeden Morgen Freiübungen, und freute sich höchst über die meist älteren Gäste, wenn sie in der Kniebeuge verharren sollten und dabei umfielen oder komisch aussahen.

Die Gattin Philipp Eulenburgs schreibt hierzu (im Vorwort zu den von ihr herausgegebenen Briefbänden des Fürsten Eulenburg „Mit dem Kaiser als Staatsmann und Freund auf Nordlandreisen"): „Obwohl Eulenburg kein Spielverderber war und gern mit scherzte, sah er es doch ungern, wenn gewisse Grenzen überschritten wurden, bei denen würdige (?) Herren sich geschmeichelt dazu hergaben, vor Seiner Majestät den Hanswurst zu spielen. Philipp Eulenburg war einer der ganz wenigen, dem niemals solches zugemutet wurde, da man genau wußte, daß er sich niemals dazu hergegeben hätte."

Für die Wesensart, besonders den Geschmack des Kaisers sind solche „Züge" geschichtlich bezeichnend, immerhin waren sie seine Privatsache. Anders war schon damals der folgende Vorgang zu beurteilen:

Im Sommer 1902 lud der Kaiser für seine Nordlandreise auf die „Hohenzollern" neben anderen auch ein: die reichen Juden Bleichröder, Arnhold, Isidor Loewe, Markus u. a. m. Das sozialdemokratische Parteiorgan, der „Vorwärts", schrieb hierzu: „Das ist die neue Hofgesellschaft, derentwegen die Junker auf ihren Stammsitzen Simplizissimusstimmungen äußern." — Das jüdische Marxistenblatt sah die Situation nicht unrichtig und seine Freude war verständlich. Freilich waren auch die „Junker" zu einem keineswegs kleinen Teil dem reichen Judentum keineswegs unfreundlich gesinnt.

Die Tagebücher Eulenburgs von den jährlichen Nordlandsfahrten zeigen ein Niveau der täglichen Unterhaltungen, das nicht eben als hoch bezeichnet werden kann. Es ist geradezu auffallend, wie die verschiedenartigsten Menschen, die öfter mit dem Kaiser zusammen waren, immer wieder feststellen, die liebste gesellschaftliche Unterhaltung sei dem Kaiser ein gewisser Leutnantston gewesen, über den er nie hinausgewachsen sei; bei den wirklichen Leutnants jener Zeit war jener Ton eine Episode, dem Kaiser war er dauernd eigen. In einem vorhergehenden Abschnitt haben wir den Bericht von Tirpitz gelesen, wie der Kaiser bei dem achtzigjährigen Bismarck durch diesen Ton kleiner Geschichtchen und Witzchen jedem ernsten Thema, das Bismarck anschlug, aus dem Wege ging. Wer sich am Hofe gesellschaftlich beliebt machen wollte, brachte, falls er das erforderliche „Talent" dafür besaß, solche Geschichten und sogenannte Anekdötchen mit. Alles in allem: die Würde fehlte, der Takt, der Geschmack, die Arbeit an sich selbst. Dem Verfasser drängte sich, vor einem Menschenalter, jene Mahnung auf, die in Shakespeares „Heinrich IV.", der Vater seinem Sohn, dem nachherigen Heinrich V., gibt. Als Beispiel nimmt er den von ihm entthronten Richard II., den er als würdelos und geschmacklos kennzeichnet:

„Der flinke König hüpfte auf und ab
Mit seichten Spaßern und mit strohernen Köpfen,
Leicht lodernd, leicht verbrannt; vertat die Würde,
Vermengte seinen Hof mit Possenreißern,
Ließ ihren Spott entweihen seinen Namen."

Dem Fehlen der Würde entsprach die Neigung des Kaisers, sie durch Pose und zur Kostümierung, die ja demselben Wesen entsprechen, zu „ersetzen". Er erschien bei Besuchen fremder Souveräne in der Uniform eines ihm in dem betreffenden Lande gehörigen Regiments, versuchte, auch Gesicht und Haltung dem des dortigen Offiziertyp anzupassen, sei es der russische, der englische oder der österreichische, und so weiter. Jene unter den Souveränen übliche Ehrung, einander gegenseitig zum Chef eines Regiments zu ernennen, gab Wilhelm II. außerdem Gelegenheit, die Grenzen des Taktes zu überschreiten. Er mischte sich so eindringlich in die Angelegenheiten „seines" englischen Regiments, daß man dieses nach Indien schickte. Der Kaiser nahm dies als bewußte Kränkung. Sein russisches Regiment wollte er einmal durch seinen Besuch überraschen und gleichzeitig alarmieren. Nur mit größter Mühe konnte er davon abgehalten werden, aber natürlich wurde es bald bekannt. Solche und andere formale Dinge nahm der Kaiser tief ernst, wie Äußerlichkeiten überhaupt. Zu Einladungen der großbritannischen Botschaft ging Wilhelm II. in seiner englischen Admiralsuniform. In deutscher Admiralsuniform, sagte man, ging er in die Königliche Oper, wenn der „Fliegende Holländer" gegeben wurde. Und umgekehrt: der diensttuende Kammerherr von Kotze legte in Berlin eine grüne Krawatte an, wenn Seine Majestät auf Jagd war.

Mit steinerner majestätischer Miene erschien der Kaiser überall da, wo er von der Bevölkerung gesehen werden konnte. Hatte er sich vorher scheinbar zwanglos und lebhaft mit starken Gesten und fortwährend wechselndem Gesichtsausdruck und schallendem Lachen unterhalten, so erstarrten seine Züge und seine Gestalt, sobald er vom „Volk" gesehen wurde. Er war des Glaubens, daß die Untertanen ihn immer als die Verkörperung einer hoch über ihnen schwebenden, hieratisch stilisierten Majestät sehen müßten. Bei manchen Besichtigungen hatte der Kaiser sich angewöhnt, zum Beispiel beim Abgehen einer Front, eine ähnliche Haltung einzunehmen, wie man sie auf Bildern von Friedrich dem Großen sieht: leicht gebückt, den Kopf schief geneigt, den Blick von unten nach oben gehend; eine Stellung, die bei Wilhelm II. durchaus weder zum Bau seines Gesichts, noch zu seiner Gestalt paßte, aber — es ging nicht anders! — er mußte — ähnlich wie in so vielen seiner Randbemerkungen — den großen König posieren.

Einer der schweren Irrtümer Wilhelms II. war eben jene Art, auf die er der Öffentlichkeit, „dem Volk", gegenübertreten zu sollen glaubte. Abgesehen von einem gewissen Bürgertyp, von Adligen und solchen Offizieren, die ihn am liebsten gesehen hätten, wie Ludwig XIV. von Frankreich sich gesehen wissen wollte, hatte sich doch die feierliche Majestät im Aufzuge und im persönlichen Sichgeben überlebt. Das galt auch von der Pracht- und Glanzentfaltung. Wie Deutschland damals von Jahr zu Jahr reicher und auch sichtbarer Luxus steigend getrieben wurde, so wußte man ja überall, daß jeder bedeutendere Industrielle, jeder reiche Jude ebenso großen und größeren Luxus und Prachtentfaltung zeigen konnte, als der Deutsche Kaiser, oder in noch viel höherem Grade. Wilhelm II. irrte in dem Glauben, auf solche Weise zu imponieren und die Ehrfurcht vor der Majestät zu erhöhen. Genau das Gegenteil war der Fall: die „Pracht" und die damit verbundene Absicht: als strahlender Mittelpunkt zu imponieren — mißtiel und verstimmte. Vielleicht wirkte beim Kaiser neben dieser Absicht noch der Eindruck, den in England Krönungsfeierlichkeiten, das Begräbnis der Königin und anderes mehr machten. Dort aber war es die Heiligung jener schwerfälligen, feierlichen Aufzüge durch eine lange Tradition, die auch heute noch das englische Volk lebendig empfindet. In Deutschland gab es so etwas nicht, und wenn ein preußischer König es versuchte, so fand er keinen Anklang und ist nie einer der besten gewesen. Gerade die besten waren von höchster natürlicher Einfachheit und imponierten — wenn sie auch sonst danach waren — hierdurch, nicht zum wenigsten der von Wilhelm II. so demonstrativ verehrte Großvater. Hinzu kam: als Wilhelm II. zur Regierung gelangte, stand das Deutsche Reich im Zeichen der sozialen Frage und damit des Kampfes der Sozialdemokratie gegen Reich und Staat. Auch deshalb mußte der Monarch, selbst wenn ihn sein Gefühl an sich nicht dazu trieb und sein Geschmack auch nicht, mit dem politischen Verstande begreifen, daß äußerste Einfachheit für ihn persönlich und für seine ganze Hofhaltung selbstverständliches Gebot zu sein hatte. Dies Prinzip mußte gelten gegenüber den glänzenden und kostspieligen Empfängen, die dem Kaiser meistens die Städte, die er besuchte, bereiteten. Hätte er sich solche Dinge verbeten, so würden auch die Stadtverwaltungen aufgeatmet, und die sozialdemokratische Agitation einen wertvollen Stoff zur Hetze nicht mehr gehabt haben. Wenn dies jetzt hier geschrieben wird, so ist das keine nachträgliche Weisheit. Seit den neunziger Jahren schon ging von allen diesen Dingen eine sehr nachteilige Wirkung aus. In „Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner" wurde unter anderem hierzu gesagt:

„Der gottähnliche Nimbus des Fürsten ist verschwunden. Es entspricht nicht mehr dem allgemeinen Gefühl — wie früher der der Untertänigkeit in altem Sinne —, daß es in den Pflichten des Fürsten läge, so prunkvoll aufzutreten, wie möglich, sich mit „Königlicher" Pracht zu umgeben. Gerade weil das Geld heute jedem, der den mit Recht so berühmten „Erwerbssinn" besitzt, erreichbar ist, sieht man in ihm wohl etwas sehr Begehrenswertes, aber kein Attribut einer ganz besonders machtvollen und an sich hervorragenden Persönlichkeit. Außerdem will es scheinen, als ob das Gefühl allgemeiner Würde, daß Einfachheit, trotz der Möglichkeit, ihr Gegenteil zu betätigen, höher stehe als der Prunk. Man setzt von dem vornehmen Mann eigentlich stillschweigend voraus, daß seine geistige und moralische Bildung groß und fein genug ist, um sich des Übermaßes im Gebrauch seiner Geldmittel zu enthalten. Dieses erscheint unsozial ... Wenn durch glänzende Äußerlichkeiten der Weizen des Byzantiners zur Blüte gebracht wird, so bleibt derjenige der Sozialdemokratie nicht dahinter zurück. Byzantinertum und antimonarchische Richtung fördern einander. Ich bin keineswegs der Ansicht, daß man sich bei allem, was man tut oder nicht tut, überlegen soll, welche Wirkung es auf die Sozialdemokratie hat. Erkennt man aber einen Zustand oder Brauch an und für sich als schädlich an, steht man andererseits der Tatsache gegenüber, daß er auch der Sozialdemokratie Vorschub leistet, so ist das letztere wohl erwägenswert ... Die sozialistischen Blätter benutzen diese Dinge zu einer rührigen Agitation, die um so wirksamer ist, als man direkt auf die Summen hinweisen kann, die für geschmack-, sinn- und zwecklose, nur auf wenige Tage berechnete Veranstaltungen verwandt werden."

*

Man sieht, daß überall die im Wesen des Kaisers bestehenden Gegensätze von „modernen" und veralteten Anschauungen, Auffassungen und Liebhabereien zum Ausdruck kommen. Ihn störten sie jedoch nicht, er fühlte sich wohl in und mit ihnen, hielt sie möglicherweise für inneren Reichtum und spielte sie aus, wie seine wechselnden Impulse und Veränderungen innerhalb seiner „Umwelt" ihm effektvoll erscheinen ließen. Die Behauptung Wilhelms II.: er habe um die Seele des Arbeiters heiß gerungen, ist unrichtig. Ein paar Reden bedeuten kein „Ringen". In seinen, sehr sporadischen, Bemühungen scheiterte der Kaiser nicht zum wenigsten, weil er die Seele des Arbeiters nicht kannte, auch nicht ihre wunden Stellen. Die wundeste davon vielleicht war das Minderwertigkeitsgefühl: „nur ein Arbeiter!", stammend zum Teil noch aus der alten Leibeigenschaft und dann

aus der Leibeigenschaft der Fabriken, der viele Jahrzehnte dauernden Rechtlosigkeit und Schutzlosigkeit der „Arbeiterklasse", und aus dem gesamten Klassentum überhaupt. Auf niemanden in höherem Grade, vielleicht auf niemanden in so hohem Grade, paßt das Wort: der Mensch lebe nicht vom Brot allein, wie auf den deutschen Handarbeiter des neunzehnten Jahrhunderts und nachher; er wollte weder als unwürdiger Untertan behandelt werden, noch als artiges oder unartiges Kind. Was ihm fehlte — die volle Wertung, Behandlung und Achtung als Volksgenosse —, gibt ihm erst der Nationalsozialismus.

Das Untertanentum, also das Untergebenentum, mußte von dem Augenblick an auch der Form nach als verschwunden anerkannt werden, als die deutschen Staaten Verfassungen, also Volksvertretungen, erhielten. Man mag über Volksvertretungen damals gedacht haben, wie immer, die Tatsache war da: sie waren durch das Volk gegen die Fürsten auf die eine oder andere Art durchgesetzt worden. Schon vorher, erinnern wir uns hier daran, hatte Friedrich Wilhelm III. 1813 seinen Aufruf zum Kriege der Befreiung nicht: „An meine Untertanen" gerichtet, sondern „An mein Volk". Die dem Wiener Kongreß folgende Zeit, die Metternich-Periode der Heiligen Allianz, versuchte dann drei Jahrzehnte hindurch aus dem Volk wieder die Untertanen zu machen; damals entstand ja auch das Wort von dem beschränkten Untertanenverstande.

Wilhelm II. war auch auf diesem Gebiet unvergleichlich unmoderner als sein Großvater, der, ebenso wie Bismarck, peinlich die verfassungsmäßigen und die persönlichen Formen achtete und beachtete:

Auch insofern kannte der Kaiser weder den Arbeiter noch überhaupt das deutsche Volk in seinem Durchschnitt, sondern sah nur Äußeres, und ließ sich durch Äußerlichkeiten irreführen.

Religion und Kirche

In den Jahren der Mordanschläge sagte Kaiser Wilhelm I.: es müsse dem Volke die Religion wiedergegeben werden. Man konnte nicht erwarten, daß der achtzigjährige Greis über die Ursachen und den Grad der Zersetzung, die auf dem religiösen Gebiet in der deutschen Bevölkerung herrschte, sich klar sei. Sein Enkel jedoch, der während seiner ganzen Regierung sich als christlich und fromm bekannte, und immer wieder versicherte, für wie wichtig er Religion und Frömmigkeit halte — ihm mußte vor allen Dingen

obliegen, sich zu unterrichten, wie es im Volk, und zwar sämtlicher Schichten, in diesem Punkt stand. Im Anfang des zweiten Buchs dieser Schrift wurde der Briefwechsel zwischen dem damaligen Prinzen Wilhelm und Bismarck über die Bestrebungen Stoeckers und Waldersees besprochen, für die der Prinz sich begeistert hatte. Niemals aber hat Wilhelm II. die entscheidend wichtige Tatsache gewürdigt und darüber nachgedacht, warum Stoecker, ungeachtet seiner großen, furchtlosen und grundreligiösen christlichen Persönlichkeit, ebenso wie seine Christlich-Soziale Partei, in ihren religiösen Bestrebungen vollkommen scheiterte, besonders bei der Arbeiterschaft in allen größeren Städten, an erster Stelle in Berlin. Seine Versammlungen und Wahlergebnisse, und das Zunehmen der religiösen Zersetzung, haben den Beweis geliefert.

Zum Schluß seiner Thronrede, am 18. Januar, zur 25jährigen Feier der Gründung des Deutschen Reichs, endete der Kaiser mit dem pathetischen Ruf: „Ein Reich, ein Volk, ein Gott!" Nach dem Zusammenhang konnte das letzte Wort nur die Bedeutung einer Forderung an das gesamte deutsche Volk haben: einen, also „denselben" Gott zu verehren, mithin den religiösen Glauben des Kaisers zu teilen, den des kirchlichen Christentums. Er hätte wissen müssen, wie weit, vielfach unendlich weit, von diesem Glauben der größte Teil des deutschen Volks entfernt war; außerdem, daß Zugehörigkeit zu einer der christlichen Konfessionen keine Schlußfolgerung darauf gestattete, wie es mit der eigentlichen Religiosität bestellt war. Er sah nicht, wollte vielleicht nicht sehen, wie viele nur aus mehr oder minder äußeren Gründen oder aus Gewohnheit den Kirchen angehörten. Während seiner Regierung hat Wilhelm II. eine, man kann es wohl so ausdrücken, ununterbrochene Propaganda für das Christentum in Deutschland getrieben, ohne den geringsten Erfolg, nicht zum wenigsten, weil sie an der Oberfläche und bei Formen blieb, und bei Argumenten, durch die besonders die breiten Massen der Bevölkerung, um deren Seele zu ringen, der Kaiser erklärte, längst hindurchgegangen waren. Im Grunde genommen war es immer lediglich der Befehl: Ihr müßt christlich werden und bleiben!

Es begann ein großes Kirchenbauen in Deutschland und besonders zu Berlin. Hauptanreger waren, abgesehen vom Kaiser selbst, in erster Linie die Hofprediger und deren Kreise, die Organisationen der Inneren Mission, des Evangelischen Bundes, und was sonst noch dazu gehörte. Gegen das alles war an sich nichts einzuwenden; wenn und wo Bedarf nach einer Kirche und kein Geld für den Bau war, erschien es nötig und nützlich, das Geld zu beschaffen und den Bau zu ermöglichen. Und wenn die verehrungswürdige Kaiserin sich um diese Dinge besonders in ihrer aufrichtigen christlichen Frömmigkeit bemühte und sorgte, so war es nur anzuerkennen. Wenn man

aber sonst meinte, oder zu glauben vorgab, daß massenhaftes Bauen von Kirchen „dem Volke die Religion wiedergeben" könne, so war das in bestem Falle ein Irrtum, in jedem Falle ein schwerer Fehler. Das „Volk", das man der Religion wieder zuwenden wollte, merkte auch diese Absicht und wurde entsprechend verstimmt, und hielt mit Spott nicht zurück. Zum Skandal wurde, in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts, der Berliner Kirchenbau, als herauskam, daß das Geld für Kirchenbauten zu einem wesentlichen Teil durch Verkauf von Titeln und Orden hereingebracht wurde, man auch beide Augen zudrückte, hinsichtlich der Qualitäten der Geldgeber und der Methoden, durch die sie zu Geld gekommen waren. Es machte wenig aus, daß ein hoher Hofbeamter, dem übrigens keinerlei persönliche Eigennützigkeit vorgeworfen werden konnte, seine bisherige Stellung für Kirchenbau niederlegen mußte. Für alle Menschen, denen es ernst mit der Sache war, bedeutete die Angelegenheit einen schweren Schlag, denn die religiöse Sache wurde schlimm diskreditiert, und der Skandal in der Presse weidlich ausgenutzt. Das Vorherrschen der Äußerlichkeit schlechthin, während der Regierung Wilhelms II., stellte sich auch auf diesem Gebiet symptomatisch in ein scharfes und böses Licht. Die religiös-innerliche Stellung des Kaisers war eine Sache für sich. An den öffentlichen und damit zweckvollen Äußerungen seiner religiösen Anschauungen aber kann man heute ebensowenig geschichtlich vorbeigehen wie damals politisch.

An einer anderen Stelle wurde der verschiedenen Äußerungen gedacht, in denen der Kaiser von der Pflicht des Soldaten, ein Christ zu sein, sprach: wer nicht ein guter Christ sei, sagte Wilhelm II. auch wiederholt bei anderen Gelegenheiten, könne kein guter Soldat sein. Es konnte nicht fehlen, daß die Presse unter anderen Friedrich den Großen und Napoleon als Gegenbeweise anführten. Die sozialdemokratischen Zeitungen aber sagten ihren Lesern: der Kaiser weiß, daß Ihr alle keine Christen seid, und mit diesen seinen Reden behauptet er, daß Ihr schlechte Soldaten seid!

Es kam 1904/05 der Russisch-Japanische Krieg. Die christlichen Russen wurden geschlagen, die nichtchristlichen Japaner siegten. Die kaiserliche Behauptung war also durch den Verlauf des Krieges widerlegt worden. Der Kaiser wußte Rat, er erklärte in öffentlicher Rede nach Beendigung des Krieges: man dürfe aus diesem Ausgang nicht etwa die Folgerung ziehen, daß Buddha stärker sei als Christus. Wenn Rußland geschlagen worden sei, so stellte der Kaiser bei einer Rekrutenvereidigung in Wilhelmshaven feierlich fest, so liege das daran, daß es mit dem russischen Christentum sehr traurig bestellt sein müsse, daß die Japaner aber viele christliche Tugenden aufzuweisen hätten. Ein guter Christ, ein guter Soldat! Auch im deutschen Volk sei es schlimm bestellt mit dem Christentum, und er, der Kaiser, be-

zweifle, ob wir Deutschen im Falle eines Krieges überhaupt nicht das Recht hätten, Gott um den Sieg zu bitten, ihm denselben im Gebet abzuringen, wie Jakob im Kampf mit dem Engelboten. Die Japaner seien eine Gottesgeißel, wie Napoleon und Attila; von Napoleon pflegte der Kaiser sonst als dem „Korsischen Parvenu" zu sprechen. Man braucht kaum zu sagen, daß eine Rede, wie diese, in Rußland wie in Japan wieder Ärgernis erregte, in Deutschland belacht wurde und wieder gutes Propagandamaterial für Sozialdemokratie und Demokratie abgab, von aufrichtigen, dabei einsichtigen Monarchisten beklagt wurde, wie tagtäglich so vieles andere. — Zwölf Tage später sagte der Kaiser in Bremen: die Deutschen seien das Salz der Erde und müßten sich als dessen würdig erweisen.

Nicht selten verfiel Wilhelm II. ganz in alttestamentarischen Ton. Als 1900 das deutsche Expeditionskorps nach Ostasien fuhr, hielt der Kaiser auf der „Hohenzollern" seine gewohnte Sonntagspredigt. Er verglich den Kampf des deutschen Expeditionskorps gegen die Chinesen mit dem Kampf der Kinder Israel gegen die Amalekiter. Der Text seiner Predigt war die Stelle aus dem II. Buch Mosis: „So lange Moses seine betenden Hände emporhielt, siegte Israel; wenn er aber seine Hände niederließ, so siegte Amalek." Die Chinesen waren Amalek, Israel die Deutschen. Der Kaiser und die Heimat sollten sich im Gebet vereinigen, wie Moses und seine Helfer.

In pathetischen Tönen führte der Kaiser diesen Gedanken in einer langen Predigt aus, und ließ sie nachher in vollem Wortlaut veröffentlichen. Kopfschütteln war in bestem Falle Antwort und Urteil der Bevölkerung in Deutschland.

Vor solchen Auslassungen stand man wieder mit der Frage: was an ihnen nun echt sei und was nicht. Zweifelsohne hatte sich die Phantasie Wilhelms II. einige Zeit stark mit der ostasiatischen Expedition beschäftigt, er erblickte in jener Stelle des II. Buch Mosis einen religiösen Vergleichsgegenstand, sie schien ihm für eine Predigt höchst geeignet, und so fühlte er sich mit der ihm eigenen Geschwindigkeit in die Rolle des Moses ein, und ließ sich von seinem selbstkonstruierten Eindruck rednerisch fortreißen, im Augenblick vielleicht echt. Zugleich war seine Predigt aber eine beabsichtigte Schaustellung, und durch diese glaubte er, in der Attitüde als Kaiser und Hohepriester zugleich auf das deutsche Volk in christlichem Sinne wirken zu können. Er hat mit solchen Versuchen stets, wenn überhaupt, religiös negativ gewirkt, auch durch den Widerspruch, den der jederzeit befehlsmäßige Ton erweckte, wenn er auf Religion zu sprechen kam.

Mit am schlimmsten war vielleicht, daß der Kaiser durch seine demonstrative Haltung nach der anderen Seite zur religiösen und kirchlichen Heuchelei entscheidend beitrug. Als König von Preußen war er der Oberste

Bischof, der Summus Episcopus, der Evangelischen Kirche. Dieser Stellung wollte er Kraft und Leben wieder einhauchen, und zwar nicht nur über ihren bisherigen Kreis, sondern auch über ihre eigentlichen Grenzen hinaus, auf den Bereich aller evangelischen Christen Deutschlands; und damit nicht genug, als Schützer und Förderer des gesamten Christentums in Deutschland, einschließlich der Christen des katholischen Bekenntnisses.

Dieser Gedanke ist, jedenfalls zu einem sehr bedeutenden Teil, die Ursache für seine Stellung gegenüber der Katholischen Kirche, und im besonderen auch zum Papst Leo XIII.; darüber wird nachher noch einiges zu sagen sein. Hier brauchen wir nur festzustellen, daß Wilhelm II. sich als der oberste Repräsentant des Christentums in Deutschland fühlte, ebenfalls als Schützer und, in Reden und Briefen bisweilen, als Entwickler der evangelisch-christlichen Lehre; eine Rolle, die ihm besonders gefiel.

Sein Wollen war auch in diesem Punkte rein und ehrlich, und sein Instinkt, daß eine Entwicklung in den Formen der christlichen Lehre notwendig sei, um sie lebendig zu halten, war an sich richtig. Hier begegnete Wilhelm II. dem resoluten und absoluten Widerstande der Orthodoxie, die nicht allein im maßgebenden Teil der Geistlichen, sondern ebenso durchweg in den Schichten vorhanden und unerschütterlich war, aus denen sich der aufrichtige Teil der Hofgesellschaft rekrutierte. Geistliche, die die Orthodoxie sozusagen aufzulockern versuchten, wurden streng gemaßregelt, der Begriff der „liberalen Pastoren" entstand und wurde, oft sehr unverdientermaßen, auf das politische Gebiet übertragen, in dem Geistliche, die zur Bezeichnung ihrer Gegnerschaft zur Orthodoxie „liberal" genannt wurden, fälschlich als auch politisch liberal galten. So wurde viel Bitterkeit und Verwirrung der Begriffe geschaffen und nichts erreicht. Alles in allem vertiefte sich die Kluft zwischen den dem Christentum Angehörigen und den vielen Millionen Deutschen, die Kirche und Christentum schon entfremdet waren, durch den Ton der Autorität, den der Kaiser auch als Summus Episcopus, seinem Wesen und seinem Prinzip nach, nicht unterlassen konnte. Die Zeiten des Befehls aber waren auch hier vorbei, längst vorbei. Es gibt keinen größeren Fehler, als zu befehlen, wenn von vornherein feststeht, daß der Befehl unter allen Umständen erfolglos bleiben wird. Erfolg konnte aber nur die auf allen Lebensgebieten nach autoritärer Majestät und Nimbus trachtende Phantasie des Kaisers träumen. In früheren Zeiten vermochte die Kirche erfolgreich mit jenseitigen Strafen zu drohen, auch diese Zeiten waren im wesentlichen vorbei, jedenfalls für die Deutschen, die der Evangelischen Kirche angehörten. Auch konnte der königliche Summus Episcopus seinerseits nicht mit Strafen in einem Bereiche drohen, der ihm schlechterdings und glücklicherweise nicht unterstand.

Die Sozialdemokratie, voll Hohn über die dauernden vergeblichen Anstrengungen mit ihren von vornherein zum Mißerfolg verdammten Methoden, sagte den Massen: Da seht Ihr wieder, wie recht unser Karl Marx hatte, als er schrieb: Religion sei Opium für das Volk, nur bestimmt von den herrschenden Klassen, um Euch dumm zu machen durch die Drohung mit Höllenstrafen, damit Ihr Euch von den herrschenden Klassen aussaugen laßt, Euch Euer Recht nicht nehmt, sondern Euch in sklavischem Gehorsam unterwerft! Daß dies die Absicht des Kaisers ist, geht schon aus dem Ton seiner Reden hervor, ob er nun politisch spricht, oder als euer religiöser Oberherr.

Der Kaiser hat wohl nie begriffen, weshalb diese seine Bemühungen zum Scheitern bestimmt waren und nur Schlechtes bewirkt haben. Die uralte Seuche, die religiöse Heuchelei, gelangte zu Ausmaßen, wie sie unter Wilhelm I. nicht erlebt worden waren. Der Hof war der Mittelpunkt, und von dort verzweigte sich diese Seuche überall dahin, wo jemand durch Gunst oder Ungunst des Kaisers etwas erreichen oder verlieren konnte. Es hing in der Tat vielfach, z. B. für einen Assessor, die Laufbahn davon ab, ob er seine Gleichgültigkeit oder Ablehnung der Kirche gegenüber offen sehen ließ, oder durch fleißigen Kirchenbesuch verbarg. Im militärischen Leben machte sich dieselbe Krankheit bemerklich. Hier, wie dort, konnte ein unvorsichtiges Wort böse Folgen für den Betreffenden haben, während es sich in hohem Maße lohnte, Kirchenbesuch, kirchliche Frömmigkeit und fromme Gläubigkeit bei guten Gelegenheiten zur Schau treten zu lassen. Natürlich blühte auch das Denunziantenwesen, wenn es sich darum handelte, jemandem in seiner Laufbahn zu schaden.

Die „einschlägige" Presse, die immer größere Dimensionen annahm, wurde nicht satt, den Strom von Frömmigkeit zu bewundern und zu preisen, der, vom Kaiser und der Kaiserin ausgehend, die deutsche Bevölkerung wieder mit christlichem Glauben und Sinn, allen Feinden zum Trotz, erfüllte! Nicht zum wenigsten mußte in diesem Belange auch Geistlichen und kirchlichen Behörden ein schwerer Vorwurf gemacht werden:

Der Kampf gegen Kirche und Christentum im neunzehnten Jahrhundert hatte viele Wurzeln, so: die ungeheure Entwicklung der Technik, der Naturwissenschaften, die Lehre Darwins, später die Flugschriften Haeckels, die verkehrte Behandlung der sozialen Frage, die Marxsche Lehre u. a. m. Die Geistlichen standen dieser Entwicklung und deren Ansturm annähernd wehrlos gegenüber, nicht allein wissenschaftlich, was selbstverständlich war, sondern sogar sozial und religiös. Sie erlebten Niederlage auf Niederlage. So lag es also allzu nahe für sie, die amtierenden Geistlichen, auch die wissenschaftlichen Theologen, anstatt sich auf geistigen Kampf einzulassen, die Autorität des Staates ins Feld zu führen, Staatserhaltung und Kirchen-

erhaltung gleichzusetzen. Ähnliches Verfahren wurde auch von Arbeitgebern und Gutsherrschaften geübt, ausnahmslos mit entgegengesetztem Ergebnis. Für die Religion, welcher Art auch immer, hat es nie Schlimmeres gegeben, als ihre Vermischung mit irgendwelchen, ihr im Grunde genommen fremden Elementen, mochte es nun mit politischen Zielen und Praktiken sein oder durch Verfälschung sozialer Fragen, oder durch Anstreben weltlicher Autorität. Schon der Schatten eines derartigen Verdachts bewirkt das Gegenteil des Angestrebten.

Der Kaiser und König drang auch hier nicht in das Wesen und die Ursachen der religiösen bzw. antireligiösen Frage ein. Er begriff nicht, wie anders, wenn überhaupt, gearbeitet werden könne und deswegen müsse. Schon im Winter 1890 sagte der Einunddreißigjährige in einer Schulreform-Konferenz in der Schlußrede auf einen Einwand, daß man und daß der Kaiser nicht eingangs von Religion gesprochen habe: „Meine Herren! Ich war der Ansicht, daß Meine Ideen und Gedanken über Religion, das heißt über das Verhältnis eines jeden Menschen zu Gott — welche sie sind und wie heilig und hoch sie Mir sind, so sonnenklar vor aller Blicken daliegen, daß jedermann sie im Volke kännte.“ — Das war nach noch nicht zweijähriger Regierung! Selbstverständlich werde er religiöses Gefühl und christlichen Geist in der Schule pflegen lassen. Dieses Wort wurde von Geistlichen und Lehrern aufgegriffen, und in einer Weise verwirklicht, daß auch hier nicht genutzt, sondern nur geschadet wurde. Späterhin hat sich der Kaiser, nach seiner Art, nicht tiefer um die Sache gekümmert. Wenn er sich aber einmal dazu äußerte, so war es immer, wie auch die angeführten Beispiele schon zeigen, der Ton des Befehls, des Vorgesetzten schlechthin. Man begriff im Laufe der Jahre auch nicht, welchen Standpunkt der Summus Episcopus eigentlich zur religiösen Lehre selbst einnahm. In seiner „Seepredigt“ sprach er in Bildern der Cromwellschen englischen Puritaner, in einem Briefe an Admiral Hollmann mit starken deistischen Beimischungen, dann wieder stellte er Christus ganz in die Mitte seiner religiösen Anschauung. Was sollte der gläubige Christ, der seinem Obersten Bischof vielleicht gern folgen wollte, nun damit anfangen, wonach sich richten ? Sprach der Kaiser öffentlich über religiöse Dinge, so stellte, nolens volens, er seine Reden zur öffentlichen Diskussion. Wurde er über den Widerhall unterrichtet, so fühlte er sich verletzt oder mißverstanden; hielt man ihn in Unkenntnis, so täuschte er sich gern, und in einem Falle, wie im anderen war er trotz allem überzeugt, eine große, entscheidende und heilsame Wirkung auszuüben. So lebte er auch auf diesem Gebiet in dem Traum und Wahn, im deutschen Volk als Autorität zu gelten, es religiös zu führen und zu fördern.

*

Schon als Prinz gab Wilhelm II. mit steigender Absichtlichkeit der Meinung Ausdruck, daß der sogenannte Kulturkampf ein schwerer und unendlich bedauerlicher Fehler Bismarcks gewesen sei. So schrieb er: „Galimberti hat mir in allem ausnehmend gefallen, und was er sagte, hat guten Eindruck gemacht .... Ich bin unendlich froh, daß dieser unselige Kulturkampf zu Ende ist. Letzthin sind mehrere hervorragende Katholiken, wie Kopp (der spätere Kardinal. D. V.) und andere, mehrmals zu mir gekommen, und haben mich mit einem rückhaltlosen Vertrauen beehrt, das mir wohltat. Mehrmals hatte ich auch das Glück, mich zum Dolmetscher ihrer Wünsche zu machen und ihnen einen Gefallen zu tun, so daß es auch meinen bescheidenen Kräften vergönnt war, an diesem Friedenswerk mitzuwirken. Das bereitete mir aufrichtig Freude, und ich bin glücklich."

Die Regung des damaligen Prinzen und ebenso des nachherigen Kaisers: Versöhnung zu schaffen und die alte „Kulturkampfstimmung" im katholischen Teil des deutschen Volks zum Verschwinden zu bringen, war menschlich durchaus begreiflich, und wäre auch sonst gerechtfertigt gewesen, wenn der Kaiser daneben anerkannt und berücksichtigt hätte, daß der Kulturkampf für Bismarck lediglich ein politischer Kampf gewesen war. Auch später aber hat der Kaiser nicht gewußt oder nicht zugeben wollen, daß die römische Kurie den Kampf begann, nicht der deutsche Kanzler. Weshalb Bismarck sein ursprüngliches Ziel nicht erreicht hatte, begründete sich wesentlich darin, daß die von Parteigeist beherrschte deutsche Bevölkerung seinen Kampf nicht wollte, nicht reif dazu war und den Kanzler im Stich ließ, und daß besonders auch an den deutschen Fürstenhöfen, einschließlich des preußischen, sich die Stimmung steigend gegen den Kanzler wandte. Bismarcks Kampf an sich war richtig und notwendig, gegen Religion und gegen die Bekenntnisse war er nie gerichtet. Ob er und sein Minister Falk in einzelnen Gesetzen Fehler gemacht haben, ist eine Frage, die ohne weiteres nicht beantwortet werden könnte, auch nicht wesentlich für die Beurteilung des Kulturkampfs als Ganzes ist.

Wohl aber zeigt die seitdem verflossene Zeit, daß der Kanzler auch in dieser großen Frage seiner Zeit weit voraus war. Er sah auf den Grund, die anderen sahen nur die Oberfläche. Ihm war die Gefahr des politischen Katholizismus klar. Nach 1890 verfiel diese bis 1933 einer wachsenden Verdunkelung.

Wilhelm II. hat sich über die Ursprünge, die Anlässe und den politischen Verlauf des Kulturkampfes niemals eingehend unterrichtet, obgleich gerade ihm alle Quellen offenstanden, vor allem durch Bismarck selbst. Sonst hätte später wenigstens der Kaiser wissen müssen, daß es zwischen dem politischen

Katholizismus und dem Deutschen Reich eine aufrichtige Verständigung und Zielübereinstimmung von Grund aus nie geben konnte. Die Neuschöpfung des Deutschen Reichs mit einer überwiegend nichtkatholischen Bevölkerung und einem evangelischen Herrscherhaus war und blieb für die Kurie ein vernichtenswertes Gebilde. Man hat während der Regierungszeit des Kaisers eingeworfen, auf alle Fälle sei für die politische Zusammenarbeit im Reichstage sehr die so versöhnliche Haltung des Kaisers nützlich gewesen. Dagegen braucht nur erinnert zu werden, daß sogar unter Bismarck im Jahre 1879 das Zentrum in dem rein wirtschaftspolitischen Übergang Bismarcks vom Freihandel zum Schutzzoll mit dem Kanzler zusammenarbeitete.

Kaiser Wilhelm II. ist dreimal in Rom gewesen, und jedesmal in größerem Stil und mit lauterer Begeisterung empfangen worden. Als er zum dritten Male in Rom zum Besuch Leos XIII. einzog — so schrieb ein zeitgenössischer Schriftsteller: „da drängen sich in überschwenglicher Begeisterung Pilger und Nonnen, Priester und Mönche in den Vordergrund der Begrüßenden, die Loyalität und Ergebenheit zu bekunden, und von den Lippen eines in der Menge verschwindenden Geistlichen ertönte der Ausruf: ‚Heil Karl dem Großen!'" Und dieser Ruf wird aufgenommen: „Da sahen die Römer", so schrieb ein klerikales Blatt, „einen Karl den Großen wieder heranziehen zu Peterskirche und Vatikan, hinantreten zum Papst, ihn begrüßen, der würdevolle Imperator den würdigen Pontifex, der Herrscher über Katholiken den Herrscher der Katholiken." Da wurde erzählt, wie der Imperator die glanzvollen Veranstaltungen des Besuches eigens inszeniert hatte, „um den Wünschen seiner Katholiken in würdiger und voller Weise gerecht zu werden, daß also der Akt der Höflichkeit oder des persönlichen Bedürfnisses ein weit berechneter politischer Akt gewesen sei, bestimmt, das evangelische Kaisertum als Bittgänger des Pontifikates hinzustellen". Und andere Organe des Klerus erzählten geflissentlich, wie der Kaiser sich tief herabgebeugt habe auf die Hände des Papstes. Der Kaiser wurde psychologisch richtig in Rom empfangen, man kannte seine Eindrucksfähigkeit und benutzte sie der traditionellen Virtuosität in derartigen Feierlichkeiten. „Es war ein ergreifendes Bild, als Kaiser Wilhelm dem Heiligen Vater entgegeneilte und aufs herzlichste seine beiden Hände ergriff und küßte."... „Vor der Phantasie der Gläubigen des Zentrums", so schrieb Dr. Paul Liman, „sollte wieder der Steigbügel Barbarossas und das härene Gewand des Büßers von Canossa erscheinen. In ihnen sollte der Stolz aufflammen über den Wandel der Zeit, die dem Felsen Petri neuen währenden Glanz gebracht. In jenen Tagen wurde Graf Waldersee nach Fiesole gesandt, den Jesuitengeneral zu begrüßen, und von den Lippen des vierten Kanzlers floß die

Kunde, daß Preußen bereit sei, die heimkehrenden Söhne Loyolas in seinen Grenzen aufzunehmen." —

In einer Ansprache, später, pries der Kaiser einen Prälaten: „Wenn alle Geistlichen Ihrer Konfession im Lande so denken wie Sie, dann ist es um die Zukunft unseres Landes wohlbestellt!" Eben dieser Prälat aber hatte sich in einer Schrift ausdrücklich zu der Lehre bekannt, daß die Kirche die unbedingte Oberhoheit über den Staat, daß der Papst das Absetzungsrecht über alle weltlichen Fürsten, über Kaiser und Könige besitze, sobald der dem Papst anvertraute Schutz des christlichen Glaubens und der katholischen Kirche es fordere, daß ihm das Recht zustehe, in gewissen Fällen vom Eide der Treue zu entbinden.

Im Verlaufe seines zweiten Papstbesuches überreichte Wilhelm II. dem Kardinal Ledochowski eine goldene Dose mit seinem Bilde und sagte ihm dabei: „Nicht wahr, alles Geschehene ist vergessen!" Der damalige polnische Erzbischof, Graf Ledochowski, hatte während des Kulturkampfes in vorderster Linie gegen Bismarck gestanden und sich geweigert, den Gesetzen Folge zu leisten. 1870 hatte Ledochowski gefordert, daß das Reich bei Italien die Wiederherstellung der weltlichen Macht und des Kirchenstaates durchsetze. Als Bismarck dieses Verlangen ablehnte, ging der Erzbischof in die politisch-katholische und zugleich in die polnische Opposition.

Am bezeichnendsten vielleicht waren die folgenden Worte eines Mannes, des in jener Periode der Hochflut der kaiserlichen Rombegeisterung und zugleich der Versöhnungspolitik mit dem innerhalb der deutschen Grenzen lebenden Polentums, des polnischen Geistlichen Stablewski. Dieser hatte kurze Zeit vorher auf einem der sogenannten deutschen Katholikentage in einer Rede folgende Sätze gesprochen:

„Die unselige Zeit des Fürsten Bismarck ist zu Ende, wir wollen nicht mehr darauf zurückkommen. Den Thron hat ein Monarch bestiegen, der auf der Höhe seiner Zeit und seiner Aufgabe steht. Und die Aufgabe, die ihm zugefallen, ist eine schwierige: er soll einerseits das Christentum, die gesellschaftliche Ordnung, das monarchische Prinzip beschirmen, während andererseits die Welt des Ostens ihn und seine Ziele bedroht mit seiner fremdartigen Kultur, mit seinem Rassenhaß und dem Bestreben, ein Weltreich oder wenigstens eine Welthegemonie zu gründen. Von zwei Seiten bedrohen große Gefahren das hochherzige Werk des Monarchen. Wo ist nun unser Platz? Darauf deutet hin unsere Geschichte, unsere Erziehung, unsere Kultur. Wir Polen sind Söhne des Westens, wir sind Kinder der katholischen Kirche, deren erbittertster Feind Rußland ist." — Kein Wort verlor der Erzbischof über das Verhältnis der Polen zum Deutschen Reiche, nur der

Kaiser wurde gelobt, weil er den politischen Katholizismus, der in diesem Sinne zugleich polnischer antideutscher Katholizismus war, freien Lauf ließ und seine Führer zu hohen, einflußreichen Stellen emporhob und sie für den Kulturkampf des ebenso bösen wie politisch unfähigen Bismarck um Verzeihung bat.

In Ansprachen, die der Papst Leo XIII. an Pilger hielt, nannte er Deutschland bereits „Germania mea". Friedrich Naumann schrieb: „Der Kaiser lobt die ‚edlen Herren der Kirche', der Papst aber lobt den Kaiser. In seiner Rede in Aachen 1902 sagte der Kaiser, daß ihm der Papst habe bestellen lassen: ‚Das Land in Europa, wo noch Zucht, Ordnung und Disziplin herrsche, Respekt vor der Obrigkeit, Achtung vor der Kirche, und wo jeder Katholik ungestört und frei seinem Glauben leben könne, das sei das Deutsche Reich, und das danke er dem Deutschen Kaiser!' " — Naumann bemerkt hierzu: „Diese kirchliche Zensur für den Nachfolger Bismarcks war selbst einigen katholischen Blättern zu gut, aber Generaloberst von Loé, der Vertrauensmann der Kurie, hat sie dann nochmals bestätigt. Canossa ist — anders genannt worden. Der Kaiser stellt seine Söhne dem Papst in Rom vor, der Reichskanzler verbeugt sich lächelnd vor jedem Bischof, es ist ein goldiges Wetter für die Römer." Hinzuzufügen wäre, daß die Botschaft des Papstes, besonders deren Veröffentlichung, in richtiger politischer Berechnung auf den damaligen Kirchenstreit in Frankreich gemünzt war, den großen Freimaurerangriff, es braucht nur an die Namen Combes, Waldeck-Rousseau, André, die Austreibung der Kongregationen erinnert zu werden. Wäre Leo XIII., der ein Mann von hohen Gaben war, zwanzig Jahre jünger gewesen, so würde sein außerordentlicher Einfluß auf den Kaiser, auf die deutsche Politik und das Leben in Deutschland überhaupt tiefe Furchen gezogen haben. Derselbe Friedrich Naumann schreibt in anderem Zusammenhang, ebenfalls in den ersten Jahren des Jahrhunderts: „Es gibt von Rom aus eine doppelte Methode katholischer Weltpolitik gegenüber Deutschland: entweder der Katholizismus zersetzt, oder er vergrößert und beherrscht das Reich." Das war für jene Zeit, auch geschichtlich, richtig gesehen, und dann stellte er ratlos die Frage: „Und wo soll das alles hinaus? Soll etwa doch die Geschichte des neuen Deutschen Reiches in Ultramontanismus enden? Soll die Größe der Zentrumspartei, der Blick auf Österreich und die Angst vor den Demokraten das Kaisertum endgültig romanisieren? Wir glauben es nicht, aber wir fühlen, daß es großer Anstrengungen bedürfen wird, um das Verhängnis abzuwenden." — Naumann hatte Anfang der neunziger Jahre die Nationalsoziale Partei gegründet, ohne sie vorwärtsbringen zu können. Nach ihrer baldigen Auflösung ging dieser ehrliche, durchaus deutsche Mensch zur jüdisch geführten Demokratie über, die ihn

als rednerisches und schriftstellerisches Schaustück ausnutzte, ohne ihm irgendwelchen Einfluß zu gewähren. Naumanns politischer Idealgedanke war ein demokratisches Kaisertum, die Demokratie, einschließlich der Sozialdemokratie, solle national werden, und der Kaiser sich auf diese Macht stützen, im Gegensatz zum Konservatismus und dem Ultramontanismus.

*

„Stoecker endigte, wie ich vor Jahren voraussah. Politische Pastoren sind ein Unding. Wer Christ ist, ist auch sozial; christlich-sozial ist Unsinn und führt zu Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides Christentum zuwiderlaufend. Herren Pastoren sollen um Seelenheil kümmern, Nächstenliebe pflegen, aber Politik aus Spiel lassen, dieweil sie das gar nichts angeht."

Dieses friderizianisch affektierte Telegramm sandte 1896 Wilhelm II. an den Großindustriellen und sehr mächtigen Mann, den Freiherrn von Stumm, der übrigens in besonders intimer gegenseitiger Feindschaft mit Naumann lebte. Stumm gehörte zu jener Kategorie von Industrieführern, die schroffe Gegner jeder Einflußnahme des Staates auf die sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmerschaft in den Großbetrieben waren, als Repräsentant des Standpunktes: man wolle „Herr im eigenen Hause" sein.

Die Kaiserliche Depesche erregte großes Aufsehen, besonders in der evangelischen Geistlichkeit, und nicht zum wenigsten deshalb, weil zehn Jahre früher der damalige Prinz Wilhelm noch für Stoecker geschwärmt und an seiner politisch-religiösen Tätigkeit durchaus nichts auszusetzen gehabt hatte. Erinnert sei an die beiden Briefe des damaligen Prinzen Wilhelm 1886 und Bismarcks Antwort, insbesondere an den Satz: „Ich habe nichts gegen Stoecker; er hat für mich nur den einen Fehler, als Politiker, daß er Priester ist, und als Priester, daß er Politik treibt." Der Prinz hatte sich durch Bismarcks Antwort verstimmt gefühlt. Zehn Jahre später bestätigte er durch seine Depesche die damalige Richtigkeit von Bismarcks Antwort, behauptete im Gegensatz zu den Tatsachen, daß er schon vor Jahren Stoeckers Ende vorausgesehen und politische Pastoren als ein Unding angesehen habe. Die interessante Frage, ob der Kaiser damals sich an seinen Briefwechsel mit Bismarck erinnert hat, ist leider nicht beantwortbar.

Die Kaiserliche Verlautbarung hatte noch eine andere, erheblich wichtigere, Seite:

Der evangelischen Geistlichkeit verbot hiermit ihr Summus Episcopus der evangelischen Kirche jegliche politische Tätigkeit. Sie sollten sich auf Seelsorge und Nächstenliebe beschränken, oder den Talar ausziehen und

Politiker werden. Der Kaiser dehnte diesen Befehl und diese Charakteristik jedoch nicht auf die katholische Geistlichkeit aus und erwähnte diese überhaupt nicht in seiner Depesche. Man mußte sich damals fragen und fragte sich auch, ob dem Kaiser denn unbekannt war, wie viele Prälaten und Kapläne im Reichstage und in den Parlamenten der einzelnen deutschen Bundesstaaten saßen, intensiv und fanatisch Politik trieben und daneben in gleicher Weise ihre geistlichen Ämter ausübten. Vollends, ob dem Kaiser entgangen sei, daß in jedem parlamentarischen Wahlkampfe die gesamte katholische Geistlichkeit zur politischen Agitation mobilisiert wurde und unter stärkster Betonung auch ihrer geistlich-priesterlichen Autorität. Und schließlich: konnte es dem Kaiser entgangen sein, daß führende Geistliche der Zentrumspartei nicht eben selten Wahlkompromisse mit der Sozialdemokratie geschlossen hatten?

Die katholische Geistlichkeit wurde im Gegenteil vom Kaiser mit der Anrede „die edlen Herren der Kirche" nicht lange nach dem Stoecker-Telegramm aufgerufen: „mit ihrer ganzen Arbeit und mit Einsetzen ihrer ganzen Persönlichkeit dafür zu sorgen, daß die Achtung vor der Armee, das Vertrauen zur Regierung immer fester und fester werde"; eine eindringliche Aufforderung also gerade zur politischen Tätigkeit; eine Mahnung an Reineke Fuchs! Auch dessen wird sich der Kaiser schwerlich bewußt geworden sein. Vielleicht ebensowenig dadurch, daß er mit jeder seiner tiefen Verbeugungen vor der römischen Kirche und ihren Würdenträgern die geistlichen Träger der Evangelischen Kirche vor den Kopf stieß, er, der Summus Episcopus!

In diesem wirren Zusammenhange von Gegensätzlichkeiten, Oberflächlichkeiten, Ansichtswechseln, Inkonsequenzen und plötzlichen Einfällen darf ein, vielleicht mit am stärksten einwirkendes, persönliches Moment nicht vergessen werden: dem Kaiser imponierte die Katholische Kirche als Ganzes und in ihren einzelnen hohen Repräsentanten, ihren Einrichtungen und Bräuchen, ihrer Tradition und Geschichte tief. In der Evangelischen Kirche fand er nichts Ähnliches, außerdem konnte er jeden evangelischen Geistlichen versetzen lassen, disziplinieren lassen oder seine Entfernung aus dem Amte bewirken. Der evangelische Geistliche war ihm ein gewöhnlicher Untertan, der römisch-katholische Priester ein edler Herr der Kirche.

Während jener Jahrzehnte, auch gerade während dieser Bemühungen des Kaisers, lebte der Krieg in Deutschland zwischen der Evangelischen und der Katholischen Kirche ununterbrochen weiter, man stritt, beschimpfte einander in Wort und Schrift und versuchte, einander Abbruch zu tun, wie nur immer möglich. So mußte nicht allein der Geistlichkeit, sondern auch dem

evangelisch gläubigen Teil der Bevölkerung die Haltung des Kaisers sehr betrübend sein und nicht selten als eine Parteinahme erscheinen. Gelegentlich wurde auch von katholisierenden Neigungen Wilhelms II. gesprochen. Dies traf zweifellos nicht zu, denn der Kaiser hat wohl, und sogar ohne Unterbrechung, immer auf dem Boden des evangelischen Christentums gestanden und es einer Verwandten seines Hauses sehr übelgenommen, als sie zum Katholizismus übertrat. Der Klerus aber imponierte ihm.

Die Reinheit seiner Absicht, die römische Kirche und deren Angehörigen in Deutschland zu „versöhnen", soll nicht bestritten werden, erreicht hat sie ihr Ziel nicht. Sie gab dem politischen Katholizismus nur politisch und religiös stärkere Waffen in die Hand und förderte die Zwietracht zwischen den beiden Kirchen. Das Wesen des politischen Katholizismus hat der Kaiser überhaupt nie erkannt und damit ebensowenig dessen Zusammenhänge mit dem aufrührerischen Kampf des Polentums in Deutschland. Es bestand hier in gewissem Sinne eine Parallele: nicht nur die polnischen Geistlichen, sondern auch gewandte und persönlich einnehmende Angehörige des polnischen Adels haben verstanden, den Kaiser und König immer wieder hinters Licht zu führen mit Versicherungen ihres treuen preußischen Patriotismus, so wenn die polnischen Abgeordneten des Reichstages eine Zeitlang für die Marinevorlagen stimmten unter der Führung des Grafen Koszielski, der deshalb Admiralski genannt wurde. Wenn dann durch Beschwerden und Rufe der Empörung aus dem deutschen Osten die polnische Maske abgerissen wurde, hielt der Kaiser zornige Reden, die gelegentlich dann wieder durch politische Versöhnungen oder durch bald folgende Ermattung der Polenpolitik unwirksam gemacht wurden.

Die Nörgler und Schwarzseher

Vielleicht mag dem größten Teil der gegenwärtigen und den kommenden Generationen schwer begreiflich sein, daß Kaiser Wilhelm II. bis zum Jahre 1908 in der — sagen wir: Überzeugung oder Einbildung oder einer Selbsttäuschung, zu der ihn sein Wesen zwang, sich befunden hat: daß sein zitiertes Wort: „Herrlichen Tagen führe Ich euch noch entgegen!", sich fortschreitend verwirkliche, daß er das Reich und das Volk, seine Untertanen ununterbrochen im Inneren und nach Außen zu immer erhabneren Höhen emporführte. Fest überzeugt war Wilhelm II. davon, daß tatsächlich er, und allein, führe, daß sein Befehl in der von ihm gewiesenen Richtung alles in Bewegung setzte und das von ihm gesetzte Ziel erreiche. Wer Kritik übte, wurde vom Kaiser als Schwarzseher und Nörgler verdammt. Bald

nach der Entlassung Bismarcks erklärte er, die Nörgler an seinem Kurse möchten „doch lieber den Staub von ihren Pantoffeln schütteln und das Reich verlassen". Der „Kladderadatsch" brachte damals ein berühmtes Bild „Der Zug der Nörgler": voran schreitet Bismarck, und unübersehbare Mengen folgen! Ein anderes Mal hieß es aus dem Munde des Kaisers: „Ziel erkannt, Kräfte gespannt, Schwarzseher verbannt!" Die „Schwarzseher" ließen sich aber nicht verbannen. Sie alle waren nationale Männer und verfolgten die kaiserliche Politik mit wachsender Sorge und Erbitterung. Vor allem fürchteten sie für die Monarchie, wenn der „Neue Kurs" noch lange weiterginge. Sie waren, so gut wie ausnahmslos, Monarchisten. Ein monarchisches System im Rahmen der von Bismarck gemachten Reichsverfassung erkannten sie als das gesunde Fundament des neuen Reiches. Eine solche Monarchie würde so lange unbedingt widerstandsfähig bleiben, bis nicht ihr Träger selbst sie zermorschte. Diese Gefahr ist von den „Schwarzsehern" jener Zeit früh erkannt worden. Der Kaiser wollte die Zukunft rosig sehen, wollte auch rückblickend Erfolge da sehen, wo Mißerfolge waren, suggerierte sich dies fortwährend in seinen Reden und in deren Pressewiderhall. Aber — die Schwarzseher behielten leider recht. Sie hielten sich an die zeitlose Gültigkeit des Wortes, daß über die Richtigkeit einer Politik und die Fähigkeit des Staatsmanns nur der Erfolg entscheidet, nicht die Theorie, nicht der „gute Wille":

Von Jahr zu Jahr sah man das Erbe sich mindern, das Bismarck den Deutschen und ihrem Herrscher hinterlassen hatte. Jene Schwarzseher gaben sich nicht einem tatenlosen, besserwisserischen, nörgelnden Pessimismus hin, sondern versuchten ohne Aufhören, objektive, positive Kritik zumal an der Außenpolitik des Deutschen Reiches zu üben. Herrisch und mit hohem Pathos trat ihnen der Kaiser in Reden entgegen, ohne auch nur begreifen zu wollen, daß solche Kritiken zu helfen versuchten. Sie würden auch geholfen haben, wenn der Kaiser nicht sich, seine Absichten, seine Versprechungen und sein Handeln als unfehlbar betrachtet und öffentlich hingestellt hätte. Für ihn aber war die Kritik auch noch anderthalb Jahrzehnte nach Bismarcks Entlassung „der Geist des Ungehorsams". — „Schwarzseher dulde Ich nicht", sagte er. Es lag aber nicht in seiner Macht, die wachsende Schar der Schwarzseher auszurotten oder umzukehren. Nur ein einziges Mittel war dazu imstande: eine stetige starke, nüchterne Politik. Von dem Augenblick an würde es keine Schwarzseher mehr gegeben haben. In Ausführungen über dieses Thema schrieb der Verfasser 1906:

„Trotz allem, was sonst in den Auffassungen des Kaisers gewechselt hat, der Ton des Befehls ist derselbe geblieben, und man versteht ihn heute noch weniger als damals. Das byzantinische Element tritt da ‚ausgleichend' ein,

wie der Schnee, wenn er dem Bergsteiger eine sichere Brücke über die Felsspalte vortäuscht. Diesen Leuten ist ja gleichgültig, abgesehen von denen, welche der Bedientensinn als dunkler Drang treibt, ob das öffentliche Wohl, das Verhältnis zwischen Volk und Kaiser darunter leidet. Der Zug der Zeit ist nicht so nivellierend, wie man gern sagt, aber er verwirft Fiktionen, die früher nützlich und nötig waren. Grund genug für die Byzantiner, gerade diese Fiktionen nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auf die Spitze zu treiben, weil das Wesen des Kaisers hier einen günstigen Abgriffspunkt bietet."

Es wird dann ausgeführt, daß „Einfachheit in der Form und im Handeln immer den vollkommensten Ausdruck der Majestät gebildet haben, jede stark vorwiegende Form aber ein äußeres Hilfsmittel ist und infolgedessen auch nur ganz äußerlich in dem vom Herrscher gewollten Sinne wirken kann. Das hat zu allen Zeiten gegolten und tut es heute um so mehr, weil der traditionelle Nimbus der Majestät dem natürlichen Verlauf der Entwicklung gemäß zu verbleichen beginnt. Dadurch wird aber nicht berührt der Sinn für innere Größe, die hohe Achtung für einen Mann, auf dessen Schultern eine ungeheure Verantwortung liegt, welcher, einem ruhm- und verdienstvollen Fürstengeschlecht entsprossen, der geschichtlich gewollte Führer des Deutschen Reiches geworden ist."

Diese Sätze sind vielleicht geeignet, den Boden zu kennzeichnen, auf dem die nationalen und monarchischen Kritiker standen. Sie wollten nichts für sich, sie wollten nur kennzeichnen und bessern. In dieser Verbindung ist auch die Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes hervorzuheben. Der spätere langjährige hochverdiente Vorsitzende desselben, Justizrat Heinrich Claß, legte schon im Jahre 1903 der Öffentlichkeit eine „Bilanz des Neuen Kurses" vor, die eine sachlich unanfechtbare, erschütternde Übersicht der kaiserlichen Mißerfolge lieferten. Sie erregte großes mißfälliges Aufsehen mit den üblichen schweren Vorwürfen der Schwarzseherei, des Ungehorsams, des Nörgelns, des politischen Dilettantismus, aber keine Zeitung und keine Sonderschrift konnte versuchen, „Die Bilanz des Neuen Kurses" zu widerlegen, weil eine sachliche Widerlegung nicht möglich war. Neun Jahre später veröffentlichte derselbe Verfasser unter dem Decknamen Frymann eine ausgezeichnete Schrift: „Wenn ich der Kaiser wär'." In ihr wurden dem Monarchen Perspektiven gezeigt und Ratschläge gegeben, deren Befolgung dem Deutschen Reich viel hätte ersparen können, wenn der Kaiser ein anderer Mann gewesen wäre — als er war. Aus unerreichbarer Höhe aber zitierte der Kaiser verächtlich in die Öffentlichkeit hinein:

„Ich schau herab von meinem Tier
Auf das Gehudel unter mir!"

*

Die Schmeichler, die Byzantiner sind in verschiedenem Hinblick streiflichtweise erwähnt worden. Wenn wir auf diesen Punkt noch einmal im ganzen zurückkommen, so ist die Ursache nicht, daß der Verfasser vor bald 35 Jahren jenes öfter zitierte kleine Buch geschrieben oder weil der Byzantinismus überhaupt sein Steckenpferd sei. Es handelt sich vielmehr, abgesehen von dem Gegenwartseindruck jener Jahre um die Jahrhundertwende, um die geschichtliche Tatsache, daß der Byzantinismus — wenn wir diesen Ausdruck beibehalten wollen — geradezu die Pest für das deutsche Leben und für das deutsche Volk geworden war, und nicht minder für den Kaiser, das Kaisertum und die Monarchie überhaupt. Daß diese Pest so mächtig und bestimmend um sich greifen konnte, hat verschiedene Wurzeln gehabt:

Versuche, durch Schmeichelei, sei es grobe oder raffinierte, den Herrscher zu beeinflussen, ihn für Ziele des eigenen Egoismus zu benutzen, zu mißbrauchen, sind uralt und werden niemals ausgerottet werden. Darüber braucht kein Wort mehr verloren zu werden. Ob solche Bestrebungen dem Monarchen gegenüber erfolgreich sind, hängt von seinem Wesen, seiner Persönlichkeit, seinem Charakter ab. Kaiser Wilhelm II. war nicht der Mann, der vielleicht sich in jugendlichem Alter eine Zeitlang Täuschungen über die Schmeichler und das Schmeicheln hingegeben hätte, um sie dann als solche zu erkennen und ein für allemal von sich zu weisen. Er hatte auch nicht, wie sein Großvater, jenes gesunde, gerade und in bestem Sinne naive Gefühl der persönlichen und monarchischen Würde; man kann nur wiederholt auf die sehr schöne, treffende Charakteristik Wilhelm I. in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" hinweisen. Auch die innere und äußere Einfachheit und, vor allem, der Blick für Menschen fehlte Wilhelm II., mit ganz wenigen Ausnahmen. Staatssekretäre von hoher Tüchtigkeit, wie Tirpitz und Posadowsky, brauchte der Kaiser, besonders den ersteren für den Flottenbau, aber er mochte sie nicht, weil sie immer nur sachlich waren und ihre Vorträge nicht durch Anekdoten würzten, die dem kaiserlichen Geschmack entsprachen. Zedlitz erzählt, wie der Kaiser einen neuen Militärkabinettschef gebeten habe, ihm doch nicht nur trockene Vorträge und Berichte zu übermitteln, sondern dabei auch lustige Geschichten zu erzählen. Er war weder willens noch imstande, wirklich ernsthaft zu arbeiten, wie sein Großvater, und konnte es auch bei anderen in seiner Umgebung nicht ertragen. Alles mußte so oder so Kasinogespräch sein. Im übrigen wurde von dieser weitbekannten Neigung des Kaisers unverhüllt gesprochen. Wenn irgend möglich, wurde dafür gesorgt, daß bei kaiserlichen Besuchen von Städten oder Garnisonen Persönlichkeiten in seine Nähe gebracht wurden, die ihm allerhand Geschichten und neueste Witze zu erzählen verstanden, also der Hofnarr

modernster Art mußte zur Stelle sein. Und solche Geschichtchen und Witze pflegten nicht auf sehr hohem Niveau zu stehen. Diese Eigenschaft des Kaisers war um so auffallender, als seine persönliche Lebensführung und vor allem sein Familienleben auch der neugierigsten und böswilligsten Verleumdungssucht niemals den allergeringsten Anhalt geboten hat; im Gegenteil, es herrschte über diesen Punkt vielleicht die einzige, ganz übereinstimmende Beurteilung und kritiklose sympathische Anerkennung in allen Parteien, Klassen und Schichten. Die Kehrseite bildete eine schonungslose, oft verständnislose Verdammung durch den Kaiser und seinen Hof aller sittlichen Verfehlungen, als die zum Beispiel auch die Ehescheidung angesehen wurde; hier blühte ein gewisses, mit Eifer gepflegtes Pharisäertum, zum Teil hervorgegangen aus einer auffallenden Unkenntnis und Verkennung der Verhältnisse des menschlichen Lebens und der mit diesem verbundenen unerfreulichen Wirklichkeiten.

Sogar noch in den ersten Jahren seiner Regierung hat es außer allen denen, die nur selbst steigen wollten oder für ihre politischen Ziele und Parteien den Kaiser zu gewinnen versuchten, auch manche gegeben, die ihn tatsächlich für eine Persönlichkeit großen Formates hielten oder glaubten, für seine Entwicklung in diesem Sinne zum Nutzen des Reiches beitragen zu können. Nach wenigen Jahren schon wurde, und zwar allen Vertretern dieser Kategorie klar, daß Wilhelm II. nicht derjenige war, als welcher er erscheinen wollte, sondern das Gegenteil; daß er aber das unbezwingliche Bedürfnis hatte, das deutsche Volk und sich selbst zu überzeugen, daß er die mächtigste und hervorragendste Persönlichkeit der Erde sei und in allen Ländern als solche anerkannt werde! Seine eigenen Reden, die ihm Taten waren, dienten als Stärkungsmittel für sein Selbstvertrauen. Ihr Widerhall in der byzantinischen Presse, in Reden der Byzantiner aller Kategorien und der berufsmäßigen Schmeichler des Hofes und jener ganzen Atmosphäre ließ, bis zu einem gewissen Zeitpunkte, den Kaiser dauernd in seinem nur allzu willigen Glauben, daß er dem ganzen deutschen Volk, von verhältnismäßig wenigen abgesehen, das erhabene Vorbild eines Kaisers sei, der alle Herrschertugenden besitze und dessen Politik in der Welt von Erfolg zu Erfolg schreite.

Die Presse, abgesehen von der sozialdemokratischen und linksdemokratischen, hat auch in dieser Richtung verheerend gewirkt: mit wie gewaltigen Schritten ging doch alles vorwärts in Deutschland! Die Wirtschaft gedieh von Jahr zu Jahr glänzender „unter dem Kaiser". Als ob Wilhelm II. der Urheber dieses wirtschaftlichen Gedeihens gewesen wäre! Alles, was gedieh, stand auf den Schultern noch immer der Leistung Bismarcks. Dem Kaiser kam höchstens das Verdienst zu, diese Entwicklung nicht aufzuhalten,

sondern zu begrüßen. Wie verständnislos er der deutschen Wirtschaft im Grunde genommen gegenüberstand, bewies die mit Caprivi beginnende freihändlerische Zollgesetzgebung. Als die notleidende Landwirtschaft sich dann mit allen Mitteln gegen ihren Zusammenbruch wehrte, nahm der Kaiser dies schwer übel und faßte es als Untreue und Ungehorsam auf. Der Zauber der „Modernität", des Reichwerdens, des „Tempos", vor allem der Bewegung des Welthandels, umfing den Kaiser lockend und blendend, und mit großer Verlockung, nicht zum wenigsten deshalb, weil der Titel des modernen Kaisers ihm eine besonders begehrenswerte Glorie erschien. Sein Wort: „Die Welt steht im Zeichen des Verkehrs", wurde von der deutschen Presse in die Öffentlichkeit hinausposaunt, wie eine vom Kaiser gemachte neue ungeheure Entdeckung, wie ein Bahnbrechen. Für das „Zeichen des Verkehrs" hat Wilhelm II. nichts Besonderes getan, als höchstens sich neuen Möglichkeiten und Forderungen des Verkehrs nicht verschlossen. Man mag sagen, die parlamentarischen Schranken der Verfassung hätten seinen Vorwärtsdrang gehemmt, so in der Frage des sogenannten Mittellandkanals. Wenn sein Wille wirklich so kraftvoll gewesen wäre, so würde er trotz der Verfassung sein Ziel erreicht haben, aber die Hindernisse waren es eben, vor denen sein Tatendrang im Inneren wie nach außen haltmachte, sobald nicht auf den ersten Anlauf hin alles gelang, was niemals der Fall gewesen ist.

Der Bevölkerung wurde nach wie vor nach Kräften eingebildet, daß der Kaiser höchste Verehrung verdiene, weil er seinen ungestümen Tatendrang ganz in den Dienst der Erhaltung des Friedens stelle und seinen kriegerischen Ehrgeiz und sein soldatisches Genie nur mit Mühe bezwinge. Unermeßlich hoch sei ihm anzurechnen, daß er auf Kriegsruhm verzichte, dessen Lorbeeren einer Persönlichkeit wie seiner so leicht und so gewiß erreichbar wären, wenn er nur wolle. Die Schilderung der kaiserlichen Außenpolitik beweist, daß Wilhelm II. einer solchen innerlichen Überwindung in keiner Weise bedurfte, sondern in jedem Falle einer Krisis, die zum Kriege führen konnte, sofort alles tat, um durch Nachgeben die Gefahr zu beseitigen. Es sei ferne, die Friedensliebe und Friedenspolitik des Kaisers zu tadeln. Im Gegenteil: das damalige Deutsche Reich konnte, wie oft gesagt worden ist, durch einen Krieg wenig gewinnen und alles verlieren. Ein Unterschied aber ist für die Beurteilung der Persönlichkeit und ihres Wirkens, ob der Kaiser seinen kriegerischen Tatendrang besiegen mußte, um Frieden zu halten, oder ob er überhaupt die Eigenschaften und Kräfte nicht besaß, die ihn zur Führung eines Krieges befähigt hätten.

Ein sehr großer Teil der Bevölkerung sah nur die Erhaltung des Friedens, las, wie der Kaiser dafür gepriesen wurde, wußte nichts von den Ursprüngen der prahlend heraufbeschworenen Krisen, nichts von der Reihe der außen-

politischen Mißerfolge, nichts von der unaufhörlichen Minderung des deutschen Ansehens und der wachsenden Gefährdung der deutschen Stellung in Europa. Der Kaiser erschien als der starke und entschlossene Hüter des Friedens, vor dessen Stirnrunzeln kriegslustige Feinde sich erbleichend zurückzogen. Die nationalen Kritiker und Warner, meist zusammengefaßt unter dem Namen: die Alldeutschen! oder als Panzerplatten-Patrioten und Chauvinisten bezeichnet, wurden getadelt und verhöhnt und, mit Unterstützung der Regierung, als kriegslustig, als Kriegshetzer angeprangert; immerhin vermochten sich auch weitere nationale Kreise dem Gefühl der Beunruhigung nicht zu entziehen. Vom Hof und den obersten militärischen und zivilen Behörden gingen strenge Weisungen aus, Schwarzsehertum strenge zu rügen, und vor allem jede „Nörgelei". In Kasinos, in Klubs und Gesellschaften wurde jeder als Sozialdemokrat bezeichnet, der abfällige Kritik an der Führung des Reichs und Besorgnis für dessen Zukunft äußerte. Der Bürger schauderte vor Empörung! Worte des Kaisers, wie: Schwarzseher, Nörgler hatten in denselben Bürgerkreisen eine gewisse Popularität erreicht, wurden in heiligem Zorn nachgesprochen, denn Optimismus war das Bequemste. Warum sich in der Ruhe stören und auf unangenehme Dinge hinweisen lassen? Ging doch alles vortrefflich, Industrie, Handel, wie noch nie! Und schließlich: man war doch nicht verantwortlich für Deutschland, sondern das waren die da oben, der Kaiser, die Regierung, der Reichstag, wo die politisch reifen Erwählten des politisch reifen Volkes, sei es maßvoll, sei es „leidenschaftlich", denen „da oben die Wahrheit sagten".

Zu dem allen kam jener alte Dünkel: 1870/71 hatte man gesiegt. Sieg sei für die Zukunft auch sicher, ja, selbstverständlich. Die anderen Nationen würden sich hüten, sie alle seien dekadent, ihr Militär tauge nichts, sie seien sittlich verrottet. Außerdem: wozu überhaupt Krieg, niemand wolle Krieg, alle wollten nur Geschäfte machen: das weiß auch unser Kaiser!! Als die Einkreisung vor dem Kriege in der Hauptsache fertig war, hatte der Verfasser dieser Schrift eine Unterhaltung mit einem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Auf besorgtes Fragen erwiderte er: die anderen Mächte Europas dächten nicht an Krieg, sie hätten nur eine riesige Angst, von Deutschland angegriffen zu werden. Zum Schluß sagte dieser hohe Beamte: „Wenn die anderen nur wüßten, wie harmlos wir sind!" — „Die anderen" wußten das leider sehr gründlich, wie es um die deutsche Harmlosigkeit stand, vor allem um die Harmlosigkeit der Wilhelmstraße.

Der frühere deutsche Kronprinz erzählt in einer seiner Schriften, wie er nach einem Besuche in Rumänien, um das Jahr 1913, sich mit dem damaligen Staatssekretär von Kiderlen-Waechter unterhielt und ihm sagte: nach seinen Beobachtungen hätte Deutschland in Rumänien nur einen zuverlässigen

Freund, den alten König Karl von Rumänien. Der Staatssekretär fertigte den Kronprinzen mit Überlegenheit ab: er kenne dieses Land und seine Leute wie seine Westentasche, man müsse es vom deutschen Standpunkt als politisch mündelsicher betrachten. Der Krieg erwies, daß der Kronprinz auf einem kurzen Besuch mit seinem unbefangenen Blick richtig gesehen hatte, der Staatssekretär — der über ein Jahrzehnt in Rumänien als Gesandter gesessen hatte — unrichtig.

Anfang 1914 erklärte dem Verfasser ein anderer hoher Beamter des Auswärtigen Amtes, ebenfalls auf besorgte Fragen: noch am gestrigen Tage habe ihm ein hoher Offizier im Generalstabe gesagt: „Sollte einmal ein Krieg kommen, so schlagen wir alles kurz und klein, was sich uns auch entgegenstellen mag." Auf solche und ähnliche Weise ebenfalls breitete sich ein ebenso bequemer wie gefährlicher Optimismus aus, mit dem Schlußreim: „Und im übrigen, es gibt ja doch keinen Krieg, für Deutschland arbeitet die Zeit, wir wollen Frieden, und sollte doch eine andere Macht so frech sein, so wissen wir ja, wie unser Kaiser auf der Wacht ist, und daß er sie mit blutigen Köpfen heimschicken würde."

Es ist schwer, wenn nicht unmöglich, einen Ausdruck für die damalige Stimmung der deutschen Bevölkerung zu finden, der kurz, einigermaßen richtig und dabei umfassend gewesen wäre. Trotz dem großen materiellen Gedeihen, abgesehen allein von der sich wieder sehr langsam erhebenden Landwirtschaft, herrschte überall Unzufriedenheit, und für diese Tatsache selbst kam nur zu einem Teil in Betracht, daß die Unzufriedenheit zu einem sehr beträchtlichen Teil von den Führern der Parteien, vor allem der Sozialdemokratie, für ihre jeweiligen taktischen Ziele künstlich erregt und immer mehr angefacht wurde. Die Tatsache allgemeiner Unzufriedenheit betonte auch für die letzten Jahre vor dem Weltkriege Bethmann-Hollweg, der sich keine Ursache dafür klarmachen konnte. Schließlich kam es darauf hinaus, daß man, so gut wie allgemein, das Gefühl hatte: das deutsche Volk werde schlecht regiert, und die Innen- und Außenpolitik des Landes werde schlecht geführt. Wir widersprechen uns hiermit nicht: das wiederholt erwähnte, nach Ruhe und Gemütlichkeit trachtende Bürgertum fühlte sich an sich sehr wohl wegen der allgemein steigenden Lebenshaltung, war auch sehr geneigt — solange irgend möglich —, die Augen zu schließen. Trotzdem aber trat ab und zu in diese Indifferenz hinein der Schatten einer unheimlichen Sorge und Zukunftsunsicherheit, sei es durch einen neuen Erfolg der Sozialdemokratie, oder nicht mehr zurückhaltende Erkenntnis eines neuen Mißerfolges in der Außenpolitik, sei es durch unaufhörliche, plötzlich eintretende Ministerwechsel, oder durch aufsehenerregende Briefe und Reden des Kaisers. Über dieses alles spann sich bald laut, bald leise, aber nie aufhörende

Propaganda des jüdisch durchsetzten Liberalismus: hätten wir nur eine rein parlamentarische Regierung oder gar die Republik, so würde alles in Ruhe und Frieden nach außen und innen in bester Ordnung sein, und das Deutsche Reich wäre so beliebt in der ganzen Welt, wie es jetzt gehaßt wird! Warum mischt sich auch der Kaiser in so viele Dinge, die ihm nichts angehen!

Je nach seinen Stimmungen wurde auch Wilhelm II. von Unruhe wegen der allgemeinen Entwicklung der außenpolitischen Lage Deutschlands erfaßt, er, der unausgesetzt Erhaltung des Friedens durch Nachgeben oder Umfallen erstrebt und, Fehler seiner Reichskanzler eingerechnet, Deutschlands Ansehen und Stellung unter den Nationen ausnahmslos und fortschreitend gemindert und gefährdet hatte. Immer, wenn ihn solche Sorge packte, konnte er sich nicht enthalten, ihr irgendwie Ausdruck zu geben und Ansprachen an Offiziere zu halten, die nicht veröffentlicht werden sollten, aber stets — ganz oder teilweise — in die Öffentlichkeit gelangten; so in dem Krisenjahr 1908: „Sie mögen nur kommen, sie werden uns bereit finden!" Und: „Wie es mit uns in der Welt steht, wissen die Herren nun!"

Redewendungen, wie: man müsse das Pulver trocken und das Schwert scharf halten, waren nicht selten. Die Engländer und Franzosen übertrugen das in ihre Propaganda: der Deutsche Kaiser will den Krieg! Wenn dieser dann, wie in der erwähnten Rede zu Bremen, erklärte: es liege ihm fern, nach einer „öden Weltherrschaft" zu streben, lachte man in Deutschland laut, oder ärgerte sich zugleich, oder bewunderte ehrfurchtsvoll so edle Entsagung, während man im Ausland leise lachte und laut in der Presse schrie: so würde der Kaiser nicht gesprochen haben, wenn er nicht im geheimen das Ziel verfolge, sich zum Weltherrscher einmal aufzuwerfen. Ein anderes Mal versicherte Wilhelm II. in öffentlicher Rede: nun könne ohne Zustimmung des Deutschen Kaisers auf der Welt kein Kanonenschuß mehr fallen. — Und dabei knallte es dauernd an allen Ecken und Enden.

FÜNFTER ABSCHNITT

Abwärts!

Der Eulenburg-Skandal

In diese Atmosphäre von Unzufriedenheit, einem dauernden Gefühl des Beunruhigtseins, der Mißerfolge, nach außen und im Innern Deutschlands hinein platzte im Jahre 1907 der, später so genannte, Eulenburg-Skandal.

Des Grafen, später Fürsten, Eulenburg ist wiederholt in dieser Schrift gedacht worden in seiner Eigenschaft als persönlicher Freund und Berater Wilhelms II. Seit Mitte der siebziger Jahre war Eulenburg als jüngerer Diplomat der immer gern gesehene Hausfreund in der Familie Bismarck und intim befreundet mit dem ältesten Sohn des Kanzlers; ein veröffentlichter Briefwechsel zwischen beiden legt davon Zeugnis ab. Die Freundschaft im Hause Bismarck dauerte bis zur Entlassung Bismarcks durch den Kaiser. Bald war Eulenburg der beinahe ständige Begleiter des Prinzen und Kaisers, während auch die Kaiserin, deren Menschenkenntnis sich selten täuschte, ihm große Sympathie und alles Vertrauen entgegenbrachte. Graf Eulenburg, seiner Wesensart nach mehr Künstler als zum Staatsmann geeignet, da ihm die erforderliche Härte hierzu fehlte, war gleichwohl eine starke Intelligenz und ein gewandter Diplomat. Um staatsmännische und diplomatische Laufbahn, Lorbeeren und Auszeichnungen war es ihm nicht zu tun; er gehörte einer berühmten und mächtigen preußischen Familie an, war sehr reich, in glücklichster Ehe mit einer Schwedin, Gräfin Sandels, verbunden und hatte mit ihr acht Kinder.

Als die Scheidung zwischen Kanzler und Kaiser eingetreten war, mußte für die Diplomaten und andere hohe Beamte zugleich die Entscheidung folgen; Eulenburg entschied sich, wie die meisten anderen, für den Kaiser, von vornherein mit dem Vorsatz, diesen nach besten Kräften zu beraten. Ebenso wie die meisten hielt Eulenburg Wilhelm II. für eine geniale tatkräftige Persönlichkeit und glaubte ihn zu Großem bestimmt. Nach we-

nigen Jahren sah er, daß er sich getäuscht hatte, fühlte sich dem Kaiser persönlich um so mehr verpflichtet und ergeben, besonders um ihn zu beraten, ihn vor Unvorsichtigkeiten und Irrtümern zu schützen. Einige Proben sind in der Schilderung der ersten Regierungszeit Wilhelms II. gegeben worden. Sie sind dem Buche des Geschichtsforschers Johannes Haller entnommen: „Aus dem Leben des Fürsten zu Eulenburg-Hertefeld"; das Buch bedeutet eine Rechtfertigung auf Grund einer langen Reihe dokumentarischer Belege.

Die Gunst des Kaisers diesem seinem selbstgewählten Freunde gegenüber und sein unbeschränktes Vertrauen zu ihm hat unverändert über zwei Jahrzehnte hindurch gewährt. Es war nur selbstverständlich, daß Eulenburg zu einer sehr einflußreichen Persönlichkeit rasch wurde, und es blieb, schon weil sich von allen Seiten Menschen an ihn heranmachten, die außenpolitisch oder militärisch oder innenpolitisch ihn zu benutzen versuchten, um in einer von ihnen gewünschten Richtung auf den Kaiser einzuwirken. Ausweislich des Hallerschen Werkes, wozu noch vorher verfaßte eigene Erinnerungen kommen, hat Eulenburg ausnahmslos versucht, seinen Einfluß auf den Kaiser zu dessen und zum Wohl des Ganzen auszunutzen, nie zu eigenen Vorteilen. Auf der Hand lag, daß er sich viele zu Feinden machte, deren Wünschen und Bestrebungen er nicht Folge leistete. Ob Eulenburg mit seinen Ratschlägen immer das Richtige getroffen hatte, ist selbstverständlich nicht zu entscheiden. Er wird auch geirrt haben, wie viele andere, wie jeder Mensch. Der Punkt, auf den es hier ankommt, ist einzig und allein, ob er versucht hat, loyal und ehrlich beim Kaiser für das einzutreten, was er für vaterländisch richtig und nötig hielt. Diese Frage kann ohne Einschränkung bejaht werden. Die andere Frage, ob jemals ihm das Gegenteil nachzuweisen auch nur versucht worden ist, kann ebenso kategorisch verneint werden. Der Geheimrat von Holstein schrieb 1892 an Eulenburg: „Einstmals wird man jedenfalls sagen können, daß einer (Eulenburg. D. V.) da war, der Wilhelm II. die Wahrheit sagte. Aber ich glaube wirklich, daß es doch nur einer war." Und: „Dieser Brief an den Kaiser war eine große, mutige Tat, ausgeführt mit der genialen Gewandtheit, die Ihr Geheimnis ist." Dieser Brief lautete folgendermaßen — es handelte sich um innerpolitische Dinge:

„Ich kenne nicht alle Details der Vorgänge der letzten Tage, halte aber trotzdem einen solchen Wechsel der Anschauungen Ew. Majestät für unmöglich. Noch hat die parlamentarische Lage und das Verhältnis der Bundesstaaten zu Preußen keine Änderung erfahren. Es ist dieselbe — wenn nicht in diesem Augenblick noch akzentuiertere — wie im letzten Sommer, als mir Ew. Majestät so gnädig und gütig gestatteten, Ihnen über Reichstagsauflösung und ihre Folgen einen langen Vortrag zu halten. Ich wiederhole aus-

drücklich, indem ich Ew. Majestät an jenen Vortrag erinnere, daß die Lage jetzt keine andere ist — momentan sogar eine noch erregtere und nervösere. — Wer etwa Ew. Majestät zum Krach raten sollte, ist entweder ein jämmerlicher politischer Stümper, oder er ist malafide, das heißt er sagt sich: kommt es zu toll, dann verliert Seine Majestät die Nerven, geht nach Hubertusstock und läßt X., Y., Z. walten, wie die wollen. — Nein, Ew. Majestät, ich halte an dem Glauben fest, daß unsere letzte Unterhaltung noch die Basis von Ew. Majestät innerer Politik ist! Weder am Reichstag noch an dem Ministerium Hohenlohe ist es gut zu rühren, solange die Reichsboten zusammen sind — und auch später nicht. Das Deutsche Volk würde Ew. Majestät nicht verstehen."

Der andere Brief Eulenburgs an den Kaiser, den Holstein rühmt, lautete folgendermaßen:

„Nicht verschweigen kann ich Ew. Majestät — und ich weiß, daß ich auch unangenehme Dinge sagen darf, ohne den Zorn des gütigsten und besten Kaisers zu gewärtigen —, daß die letzte Rede Ew. Majestät wesentlich dazu beigetragen hat, die Situation hier (in Bayern. D. V.) zu verschlimmern und den Partikularisten Wasser auf die Mühle zu bringen.

Die große Redegewandtheit und die Art und Weise Ew. Majestät üben auf die Zuhörer und Anwesenden einen bestrickenden Einfluß, wie dieses die Haltung unter den Brandenburgern nach der Rede Ew. Majestät wieder bewiesen hat. Bei der kühlen Beurteilung des Inhalts ergibt sich aber unter den Händen des deutschen Professors ein anderes Bild. Über die Zeiten, daß man an einem Kaiserwort nicht deuteln soll, sind wir hinaus — schon deshalb, weil auch Ew. Majestät mit den Kaiserworten anders umgehen und ihnen zu viel und zu häufige Publizität geben. Hier in Bayern sind die Leute geradezu außer sich, wenn Ew. Majestät als ‚Markgraf' sprechen und die ‚Markgrafenworte' im ‚Reichsanzeiger' stehen — quasi als Kaiserworte. Im ‚Reichsanzeiger' wollen die Reichsangehörigen Kaiserworte hören — auch nichts von Friedrich dem Großen (von dem sie nur zu gut wissen, daß er sagte: la Bavière est un paradis habité par des animaux, und anderes noch), auch nichts von Roßbach und Leuthen. Darum ist alles tief verstimmt."

Daß Ratschläge gerade solcher Art auf den Kaiser ohne Einfluß blieben, und daß es schon sehr viel war, wenn der Kaiser derartige Briefe las, oder mündlichen Ratschlägen überhaupt zuhörte, ist eine Sache für sich. Hier kommt es lediglich darauf an, daß Eulenburg nicht der Schmeichler und nicht der Mann war, welcher dem Kaiser immer nach dem Munde geredet hätte.

Im Jahre 1906/07 reichte, wie schon vorher sehr oft, der Geheimrat von Holstein sein Abschiedsgesuch ein, mit der alten Absicht in solchen Fällen, es abgelehnt wieder zurückzuerhalten. Es wurde jedoch bewilligt, weil der Staatssekretär von Tschirschky es auf dem Dienstwege weitergab, anstatt es zunächst aufzuhalten. Holstein war außer sich vor Wut, suchte nach demjenigen, der ihn gestürzt hätte, und verfiel auf Eulenburg; warum, ist nie geklärt worden. Der eigentliche Urheber soll, im Hintergrunde, Bülow gewesen sein, der dann, in genauer Kenntnis des Charakters von Holsteins, dessen Intrigen, Haß und Rachsucht von sich ablenken wollte, auch beabsichtigte — und die Absicht ausführte —, sich Holsteins Erfahrung und Rates nach dessen Rücktritt außerdienstlich mit Nutzen zu bedienen. Holstein ging sofort mit einem beleidigenden Brief zum Angriff auf Eulenburg vor. Dieser ließ ihn fordern. Eulenburg versicherte in Vergleichsverhandlungen der Kartellträger ehrenwörtlich, er habe in keiner Weise mit der Sache etwas zu tun gehabt, worauf Holstein die beleidigenden Ausdrücke, nicht aber die Behauptung zurücknahm: Eulenburg habe an seiner Entlassung mitgewirkt. Eulenburg wußte jedoch aus alter Kenntnis Holsteins, daß dieser ihm nun den heimlichen Krieg erklärt hatte. Es ließ nicht lange auf sich warten.

Zunächst wurde zu allgemeinem Erstaunen öffentlich bekannt, daß Holstein sich mit der Zeitschrift „Die Zukunft" des Maximilian Harden in Verbindung gesetzt hatte, von dem er noch vor kurzem angegriffen worden war. Jetzt mit einem Male schrieb er selbst einen Brief auf den Angriff hin, den Harden mit einer persönlichen Einleitung veröffentlichte. Nicht lange darauf begann Harden, zunächst leise, dann immer lauter und beschimpfender andeutend, in Form der Enthüllung zu erzählen, unter der Leitung des Fürsten Eulenburg sei der Kaiser in einen Kreis „Die Liebenberger Tafelrunde" (Liebenberg war der Name des Gutes des Fürsten Eulenburg) eingesponnen. Diese Tafelrunde bestehe aus weichlichen, süßlichen Halbmännern, die auf den Kaiser in schädlichster und verderblichster Weise in seinen Anschauungen und Handlungen einwirkten und durch ihre Intrigen die eigentlichen Regierer des Deutschen Reiches seien. Der ganze Kreis sei homosexuell veranlagt. Das sei Privatsache, aber Eulenburg sei der intime Freund des Kaisers, und auch politisch von größtem Einfluß auf ihn. Dem deutschen Volke könne nicht zugemutet werden, von solchen Menschen regiert zu werden.

Nachdem eine Serie solcher Aufsätze erschienen war, folgten Beleidigungsprozesse, auf deren Einzelheiten einzugehen nicht nötig ist. Harden, im Hintergrunde Holstein, hatte sie durch seine Angriffe provoziert, in erster Linie von seiten Eulenburgs. Über die erste und für die ganze Aktion maß-

gebende Urheberschaft ist zweifelsfreie Klarheit nie geschaffen worden. Die stärksten Anzeichen weisen auf den Fürsten Bülow hin, der ebenfalls mit Harden in geheimer Verbindung stand.

Die Prozesse wurden benutzt, um unter teils unfähigen, teils beeinflußten Leitungen der Gerichtshöfe, dem Fürsten Eulenburg nachzuweisen, daß er sich früher homosexuell vergangen habe. Harden und sein Anwalt hatten das Glück, daß während derselben Zeit in einigen Regimentern homosexuelle Vergehen von Offizieren gegen Untergebene festgestellt worden waren, die auf ehrengerichtlichem und strafgerichtlichem Wege ihre Erledigung fanden. Harden benutzte diese Tatsachen, um sie womöglich mit seinen Beschuldigungen gegen Eulenburg zu kombinieren, und die Öffentlichkeit daraus auf eine allgemeine Verbreitung des Homosexuellentums in der Berliner militärischen und Hofsphäre schließen zu lassen. Im Grunde zielte er auf den Kaiser, welchen er seit 1890 mit seinem Haß verfolgte, persönlich und um die Monarchie zu unterwühlen.

Eine große Anzahl von Zeugen wurde vorgeführt, deren Aussagen sich als falsch, zumindest als nicht glaubwürdig erwiesen; einer, bestochen und bedroht, wurde vereidigt und gestand nachher, er habe gar nicht begriffen, worauf er den Eid habe leisten sollen. Fürst Eulenburg, schwerkrank und kaum verteidigungsfähig, wurde bis zur Ohnmacht vernommen, schließlich der Prozeß auf unbestimmte Zeit vertagt; er ist nicht beendigt worden.

Auf alle Fälle hatte Holstein sein Ziel erreicht und Bülow das seinige, welches freilich auf anderem Gebiet lag. Die Rache an dem Fürsten Eulenburg war vollzogen, er war am Hof unmöglich gemacht und vor dem ganzen deutschen Volk der Schande preisgegeben, dazu in den Verdacht des Meineids gebracht. Ein großer, stinkender Skandal war entfesselt worden in einer bisher unerhört gewesenen Weise. Der Kaiserhof war vor der ganzen Welt bloßgestellt und dem Ausland zum Gegenstand freudigen Spottes gemacht worden. Alles in allem: ein großer Schaden war geschehen. Als niemand wagte, dem Kaiser Mitteilung von der Angelegenheit zu machen, tat es der Kronprinz. In seinen „Erinnerungen“ schreibt er:

„Es wäre damals zweifellos längst die Pflicht der amtlichen Stellen gewesen, den Kaiser auf den mehr und mehr in das Wissen aller dringenden Skandal hinzuweisen, ihm das Material zu unterbreiten. Sie ließen ihn blind und unwissend verharren. So mußte ich mich denn entschließen, den Schritt zu tun. Niemals im Leben werde ich das verzweifelte, entsetzte Gesicht meines Vaters vergessen, das mich fassungslos anstarrte, als ich ihn im Garten des Marmorpalais von den Verfehlungen seiner nahen Freunde sprach. Dabei war die sittliche Reinheit des Kaisers so groß, daß er sich die

Möglichkeit solcher Verirrungen kaum vorstellen konnte. — In diesem Falle hat er mir für mein Eingreifen gedankt."

Die „Erinnerungen" des Kronprinzen wurden im Jahre 1922 veröffentlicht, augenscheinlich hat er damals noch an Eulenburgs Schuld geglaubt.

In den ersten Anfängen hat auch der Verfasser dieses Buchs der immer wiederholten Erklärung Hardens Glauben geschenkt, daß es ihm bei der ganzen Angelegenheit nur darum zu tun sei, der politischen Wirksamkeit Eulenburgs, die enorm schädlich sei, ein für allemal ein Ende zu machen. Sobald er sicher sei, diesen Zweck erreicht zu haben, werde er schweigen und es nicht zum Skandal kommen lassen. Diese Behauptung erwies sich schnell als eine Lüge, und der Verfasser brach daraufhin die Beziehungen zu Harden ab. Die Folgezeit bewies dann, daß es dem Herausgeber der Zeitschrift „Die Zukunft" eben auf den Skandal ankam. Durch ihn wollte er in erster Linie für sich selbst Sensation machen, zeigen, welch großen Einfluß er habe, und wie er diesen benutzte, um das Vaterland moralisch zu retten. Eine ebenso große Rolle spielte sein Haß gegen das Reich, gegen die Monarchie und gegen den Kaiser persönlich; gegen ihr hatte er seit vielen Jahren journalistisch gearbeitet, sein Ziel war, obgleich er es nicht aussprach, die Republik.

Der Kaiser hätte in der Hand gehabt, ohne weiteres den ganzen Skandal unterdrücken zu lassen; das wäre auch noch möglich gewesen, als der Kronprinz ihm die Mitteilung machte. Die Pflicht des Reichskanzlers Bülow freilich war, sofort den Kaiser zu unterrichten und dann mit dessen Zustimmung das Ganze zu ersticken. Warum er das nicht getan hat, ist einwandfrei nicht ermittelt worden. In seinen „Denkwürdigkeiten" spricht er von Eulenburg in ironisch-geringschätziger Weise und schließt in vorsichtiger Wendung mit dem Hinweise, im Grunde genommen sei schließlich doch jeder von Eulenburgs Schuld überzeugt gewesen. Der damalige Reichskanzler hatte für seine Laufbahn gerade dem Fürsten Eulenburg sehr viel zu danken und war lange eng mit ihm befreundet, wie sich auch aus Briefwechseln ergibt. Möglicherweise hat Bülow Angst vor Holstein gehabt, der, nach freilich unbestätigten Gerüchten, auch gegen ihn giftige Pfeile im Köcher gehabt haben soll. Bülows gänzlich skrupellos gewählte und beschrittene Wege sind immer verschlungen gewesen, und wenn er glaubte, daß es ihm irgendwie in seiner Laufbahn nützen könne, so bedeuteten ihm Freundschaft, Treue und Wahrhaftigkeit nichts.

Aber auch der Kaiser ließ, ohne ihn, den Freund von zwanzig Jahren, zu sehen, zu fragen, ohne überhaupt ihm eine Gelegenheit zu persönlicher Rechtfertigung gegeben zu haben, in den Abgrund fallen, ihm die entehrende Aufforderung zugehen, seine Orden zurückzugeben. Daraufhin und in jener

Lage schrieb Eulenburg in seinen Tagesnotizen, zugleich schwerkrank, die teilweise schon zitierten Sätze:

„In der furchtbaren Lage, in der ich mich befinde, vermag Menschenweisheit nichts mehr — es soll mir Gott der Führer sein, und ich will das Kreuz tragen, das er mir gibt, und das andere vor mir getragen haben. — Und in solchen Tagen einen Brief wegen Orden schreiben! Welcher Ekel erfaßt mich! Aber auch dieses Kreuz werde ich tragen, ich will niederschreiben für die, die einst diese Zeilen lesen, was Könige sind, die ihrem ‚besten Freunde' sagen, ‚daß sie bis zu ihrem letzten Atemzuge nicht vergessen werden, was man für sie tat'."

In dem dann folgenden Briefe wegen der Orden schrieb Eulenburg auch den folgenden, bereits zitierten Satz: „Deshalb haben diese Gegenstände ihren Wert auch vollkommen verloren mit dem Augenblick, da Seine Majestät im Andrang der öffentlichen und privaten Meinungen mich plötzlich fallen ließ."

Die Frage mag sich dem Leser aufgedrängt haben, worauf sich überhaupt der Verdacht homosexueller Vergehen Eulenburgs zurückgeführt habe. Es könne sich doch nicht lediglich auf die vagen Andeutungen des Herausgebers der Zeitschrift „Die Zukunft" der gesamte Plan aufgebaut haben. Greifbares ist darüber nicht festgestellt worden. Behauptet wurde verschiedentlich, die Berliner Polizei habe den Namen Eulenburgs in den Listen der Homosexuellen geführt, und zwar sei es Herr von Holstein gewesen, der der Polizei die Mitteilung: Eulenburg sei homosexuell, habe zukommen lassen. Eine solche Aktion war Holstein, ebenso Bülow, ohne weiteres zuzutrauen und konnte schon als Fundament für das gesamte Hardensche Vorgehen dienen, denn die Polizei konnte sich hinter dem Dienstgeheimnis verschanzen. Daß Harden und Holstein sich dabei nicht wohlfühlten und zuvor alles versuchten, um auch, ohne hiermit herauszukommen, ließ sich denken; wie sie ja auch erst nachher an das Suchen und Machen von sogenannten Zeugen herangingen. Hätten sie Tatsächliches gewußt, so würden sie wohl gleich damit herausgekommen sein.

Die Aussage eines journalistischen Zeugen, Fürst Bismarck habe ihm gegenüber von Eulenburg gesagt, er sei ihm immer homosexuell vorgekommen, stellte sich nachher als aus der Luft gegriffen heraus. Jener Zeuge, hauptsächlich wohl durch Eitelkeit getrieben, etwas zu berichten, was Bismarck ihm gesagt habe, bewies seine Unzuverlässigkeit auch durch die Behauptung, Bismarck habe Eulenburg bezeichnet als „den Mann mit den Hyänenaugen". Dabei war es seit Jahren bekannt, daß Bismarck gerade diese Bezeichnung auf Holstein anzuwenden pflegte. Derselbe Zeuge — dies

sei erwähnt, um zu zeigen, mit welcher Leichtfertigkeit verfahren wurde — behauptete: Bismarck habe gesagt, Eulenburg sei ein Kinäde. Als dieser Zeuge privatim erfuhr, daß dieses Wort nicht einen Kyniker, sondern einen aktiven Homosexuellen bedeute, wollte er es zurücknehmen, wurde aber mit Meineidsklage bedroht und schwieg. — Hätte Bismarck solche Vermutungen gehabt, so würde Eulenburg sicher nicht viele Jahre in seinem Hause verkehrt haben.

Kaum nötig ist zu sagen, mit welcher Freude und welchem Erfolge die antimonarchischen Kreise und die politischen Parteien den Fall Eulenburg ausnutzten im Sinne des Schlagwortes: So also sieht es bei denen da oben aus! Hier habe man den untrüglichen Beweis von der Verrottung und Entartung der oberen Schichten und hauptsächlich des Adels. Und eine solche Gesellschaft sei Jahrzehnte hindurch die des Kaisers gewesen! Im letzten Augenblick habe dann mit Mannesmut der jüdische Herausgeber der Zeitschrift „Die Zukunft" das Vaterland noch vom Abgrunde zurückgerissen.

Es war ein Sieg des Judentums. Harden war der Held, und die Wirkung seiner auf Zersetzung des Kaiserreichs gerichteten Arbeit wurde stärker denn je zuvor, und damit auch die Zuversicht und Überhebung der Juden Deutschlands. Entsprechend sank das Ansehen des Kaisers und des Kaisertums. Die sogenannten konservativen Juden und die „großen" Juden rückten zum Teil mit moralischer Entrüstung von Harden ab, besonders von seinen Mitteln, teils auch, weil er sie bei Gelegenheit mit Hohn und Enthüllungen verfolgt hatte, aber im Grunde genommen war allen Juden ohne weiteres alles willkommen, was geeignet war, die nichtdiskontierbaren nationalen Werte herabzusetzen, womöglich zu zerstören. Denn das lag im Sinne jenes Etwas, das den Juden und ihren politischen Zöglingen das große Zauberwort des neunzehnten Jahrhunderts, „Fortschritt", bedeutete.

In keiner Weise hatte der Eulenburg-Prozeß bewiesen, daß tatsächlich ein Homosexuellentum am Hofe und in militärischen Kreisen eine Macht gewesen sei, wohl aber hat jener Prozeß den Beweis geführt, daß ein hochgradiges persönliches und politisches Intrigantentum in den engeren und weiteren Kreisen des Hofes und in den Reichsämtern herrschte, vor allem im Bereiche des Reichskanzlers, des Auswärtigen Amtes und anderer Zentralstellen.

Einige Jahre später wurde über diese Dinge in kleinem Kreise gesprochen, in Verbindung mit dem Thema, daß Tirpitz der Mann sei, der die Außenpolitik des Reiches führen müsse. Tirpitz erwiderte: um solchen Auftrag anzunehmen, würde freilich unbedingt notwendig sein, daß Wochen vorher der

Kammerjäger in den Räumen des Auswärtigen Amtes ganz gründliche Arbeit mache. —

Gewiß hat der Kaiser solche Zustände an seinem Hofe und in den hohen Ämtern nicht gewollt, im Gegenteil ehrlich verabscheut. Er hat wahrscheinlich von der Wirklichkeit nichts gewußt, auch nichts davon wissen wollen. Unter allen seinen Vorbildern des Hohenzollernhauses hat sich kein einziger befunden, der derartige Zustände geduldet hätte. Freilich, sie waren stark, und Wilhelm II. war schwach, und letzten Endes war seine Schwäche die eigentliche zentrale Ursache; einerlei, ob sie sich im Bedürfnis der Schmeichelei oder in großen Worten und Posen, in unberechenbar wechselnden Stimmungen und Ausbrüchen, im Mangel an Entschlußkraft und Furcht vor Entschlüssen zeigte.

Der Tweedmouth-Brief; die „Daily-Telegraph"-Affäre

Im Februar des Jahres 1908 schrieb der Deutsche Kaiser an den Ersten Lord der britischen Admiralität, Mr. Tweedmouth, einen Privatbrief. Es war aber eher eine Denkschrift, in dem er lebhaft und in kameradschaftlicher Tonart diesem hohen Beamten vorstellte, wie unsinnig es sei, wenn man sich in England irgendwelche Gedanken über die deutschen Flottenbauten machte. In diesem Schreiben kamen Wendungen vor, wie: ihr Engländer seid so verrückt, wie die Hasen im März!, und ähnliche. Durch eine Indiskretion gelangte der Brief in die englische Presse und von da natürlich auch in die deutsche. Der Kaiser hatte weder dem Reichskanzler noch sonst jemandem vorher etwas von dem Brief gesagt.

Im englischen Parlament und in der Öffentlichkeit nahm man die Sache recht übel und erblickte zumindest eine schwere Taktlosigkeit darin, daß der Deutsche Kaiser sich derart in die Angelegenheiten eines anderen Landes zu mischen versuchte. Man las Stimmen: was Wilhelm II. wohl sagen würde, wenn der König von England einen Brief an Admiral Tirpitz schriebe, um diesem Vorhaltungen über seine Marinepolitik und sonstigen Ansichten zu machen. König Eduard schrieb einen kurzen spöttischen Brief an seinen kaiserlichen Neffen: dieser habe ja wieder einmal was Neues („New Departure"). Im übrigen nahm man in England zu jener Zeit schon lange öffentliche Äußerungen des Kaisers nicht mehr sehr ernst, schon deshalb, weil solche so oft kamen und Worte blieben. Anders war der Widerhall nur dann, wenn Reden und Briefe des Kaisers geeignet waren, antideutsche Politik propagandistisch mit ihnen zu treiben.

In Deutschland dachte und fragte man sich in steigender Nervosität und Beunruhigung: was wird nun wieder kommen? Hatte der kaiserliche Brief auch keinen merkbaren Schaden im Auslande angerichtet, so zeigte er doch wieder, daß der Kaiser sich, wenn er seinen Einfall hatte, um den Kanzler nicht kümmerte, sondern einfach damit nach dem Ausland hinüber trompetete. Es war immer wieder dies Gefühl der Unsicherheit, das sogar das Bürgertum beunruhigte.

*

Der weitere Verlauf des Jahres 1908 war außenpolitisch höchst bewegt und gipfelte in der bosnischen Krisis; sie wurde in einem früheren Abschnitt behandelt. Die Diplomatie des Fürsten Bülow konnte einen kurzzeitigen Triumph davontragen. Im September jenes Jahres verlangte Eduard von England bei einem Besuch in Deutschland unter versteckter Kriegsdrohung persönlich vom Kaiser die Einstellung des deutschen Flottenbaues. Im Frühjahr 1908 hatte der Erste Seelord der Admiralität, Admiral Fisher, dem König vorgeschlagen: im Frieden die deutsche Flotte zu überfallen, wie 1807 die Briten es mit der dänischen Flotte gemacht hatten. Der König versuchte im selben Sommer, den Kaiser von Österreich vergeblich vom Dreibunde zu lösen. Im Juni, immer desselben Jahres, fuhr König Eduard nach Reval und einigte sich mit dem Zaren über die Gemeinsamkeit ihrer Balkanpolitik und die Behandlung der orientalischen Frage. So war dieser ganze Teil des Jahres 1908 angefüllt vom Wachsen der britischen Einkreisung gegen Deutschland, verbunden mit Druck und Drohung von derselben Seite.

Dies mußte kurz noch einmal zusammengefaßt werden, um den Eindruck eines Ereignisses zu ermessen, das am 28. Oktober 1908 eintrat.

Ein Jahr vorher war der Kaiser, um sich von seiner Depression infolge des Eulenburg-Skandals zu erholen, längere Zeit in England gewesen. Kein „Mißton" hatte diesen Besuch getrübt, der Kaiser war mit Ehren überhäuft und zum Ehrendoktor von Oxford ernannt worden. Der Außenminister Grey sprach sich nachher erfreut über den guten und persönlichen Geist aus, der geherrscht habe, und sagte: „Die Hälfte der Schwierigkeiten für die Diplomatie und noch mehr als die Hälfte verschwindet, nachdem beide Nationen zur Überzeugung gelangt sind, daß keine der anderen übel will." Echt britisch! Und dann kamen, nach Verlauf noch nicht eines Jahres, jene Einkreisungsversuche des Königs.

Die letzten vier Wochen seines englischen Aufenthalts verbrachte der Kaiser auf dem Schloß eines britischen Obersten, mit dem er befreundet

war; das war im Jahre 1907. Am 28. Oktober 1908 erschien in der englischen Tageszeitung „Daily Telegraph" eine Darstellung der Gespräche, die der Kaiser während jener vier Wochen mit seinem Gastgeber gehabt habe. Die Ausführungen hatten ein ungeheures Aufsehen in Deutschland zur Folge, eine Erregung, wie sie, trotz allem Vorangegangenen, auf Kosten des Kaisers noch nicht dagewesen war. Kurz zusammengefaßt, hatte der Kaiser in folgendem Sinne mit seinem Gastgeber gesprochen:

Mit seiner Freundschaft für Großbritannien stehe er, der Kaiser, beinahe allein im deutschen Volke da, als eine ganz geringe Minorität. In Englands schwerster Zeit habe er zu Großbritannien gehalten, immer im Gegensatz zum größten Teil der deutschen Bevölkerung. Er habe seinerzeit den Besuch des Präsidenten Krüger und der Burenführer abgelehnt. Er habe während des Krieges jene Versuche Frankreichs und Rußlands, ihn für eine Koalition gegen Großbritannien zu gewinnen, abgelehnt, auch rechtzeitig seine Großmutter in Kenntnis gesetzt und an Rußland und Frankreich gesagt, er würde in einem solchen Fall mit seiner ganzen Macht zu England stehen. Er habe noch viel mehr getan, nämlich während des Burenkrieges für seine Großmutter einen Kriegsplan gegen die Buren im deutschen Generalstab ausarbeiten lassen. Der britische Feldmarschall, Lord Roberts, habe auch tatsächlich auffallenderweise nach diesem Plan die Buren besiegt. Der letzte Hauptpunkt bestand in der Argumentation des Kaisers: eine starke deutsche Flotte solle man in England lieber begrüßen, denn sie würde für kommende Kämpfe in Ostasien für Großbritannien von höchster Bedeutung sein. Das war wieder die fixe Idee des Kaisers von der „Gelben Gefahr". Daß England und Japan damals schon seit Jahren verbündet waren, hatte den Kaiser nicht angefochten.

In einem früheren Abschnitt ist das Aufkommen der südafrikanischen Frage zwischen Großbritannien und Deutschland, der Wechsel der deutschen Haltung, und diese besonders während des Burenkrieges, ausführlich besprochen werden. Das Ergebnis: der Übergang der deutschen Politik zu einer für England freundlichen Haltung war richtig, weil er notwendig war. Der erste Teil der deutschen Burenpolitik mit seiner Spitze gegen Großbritannien war unrichtig, weil sie infolge des Standes der Machtfrage nicht durchgeführt werden konnte.

Ein sehr großer Teil der deutschen Bevölkerung hatte diesen Kurswechsel weder verstanden noch vergessen; 1908 brauchten die Äußerungen des Kaisers nur öffentlich zu werden, um die alte Erregung und Empörung wieder aufflammen zu lassen. Vollends geriet man außer sich darüber, daß der Kaiser im deutschen Generalstab einen Plan für die Niederwerfung der

Buren habe ausarbeiten lassen. Beiläufig bemerkt, ist später vielfach in Deutschland geglaubt worden, daß es sich hier um eine erhebliche Übertreibung handelte. Es hätten sich in den Archiven keine Spuren eines solchen Planes gezeigt. Es ist also möglich, daß der Kaiser vielleicht selbst in Gestalt von Skizzen und so weiter irgendwelche militärischen Ratschläge der Königin Victoria übermittelt hat. Die Tatsache, daß der Deutsche Kaiser noch dazu versucht hatte, sich selbst in den Dienst jenes grausamen und ungerechten Krieges gegen die Buren zu stellen, hatte tiefe Erbitterung zur Folge, war auch politisch nicht zu rechtfertigen. Auch ein nüchterner Beurteiler mußte sich sagen, daß eine solche Tätigkeit wohl zwischen zwei verbündeten Mächten angebracht sein kann, aber unter keinen Umständen, angesichts der zumindest immer stark schwankenden deutsch-englischen Beziehungen, Sache eines Deutschen Kaisers war, noch weniger in jener Zeit vom Kaiser vorgebracht werden durfte, wo eine deutsch-britische Spannung die andere ablöste.

In Großbritannien war man durch den Artikel des „Daily Telegraph" sehr wenig befriedigt, erklärte von oben herab: ein Mann wie Lord Roberts habe wahrhaftig keiner Anweisungen des Deutschen Kaisers bedurft, um die Buren zu besiegen. Wieder war es der schon oft gemachte Vorwurf taktloser Einmischung und der Anmaßung. Wieder hatte der Kaiser, trotz seiner genauen Kenntnis Englands, den Briten nicht verstanden und sein Ziel nicht erreicht: ein festes Vertrauen zu sich in Großbritannien zu erzielen, im Gegenteil!

Wohl einer der schlimmsten deutschen Vorwürfe gegen den Kaiser war der, daß er sich nicht, oder nur zum Teil, als Deutscher fühle. Er wurde von dem Alldeutschen Verbande und den Deutsch-Sozialen erhoben und war dem Kern nach richtig. Die Erregung jener Tage und Wochen war eine große und tiefgehende, daß vielleicht härtere Worte fielen, als der Kaiser verdiente. Jener Vorwurf konnte im Grunde genommen nur eine sachliche Feststellung sein. Diese traf aber zu: der Kaiser hat sich von einem gewissen Zusammengehörigkeitsgefühl mit England und allem, was englisch war, nie frei machen können. Als seine Mutter den Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, den nachmaligen Kaiser Friedrich, heiratete, schrieb Gerlach an Bismarck, was er über die „Englische Heirat" sage. Bismarck antwortete: die Heirat möge ganz gut sein, aber das Englische dabei gefalle ihm nicht. Erfahrungsmäßig pflegten bei solchen Heiraten die ausländischen Prinzessinnen ihre nationale Gesinnung zu behalten und ihre Männer sich durch sie nachteilig beeinflussen zu lassen. Über den großen Einfluß der Kaiserin Friedrich auf ihren Mann braucht kein Wort verloren zu werden. Ebensowenig ist daran zu rütteln, daß Kaiser Wilhelm II. und seine Mutter einander gehaßt haben

und das Verhältnis zwischen seinem Vater und ihm zumindest äußerst kühl und von gegenseitiger Mißbilligung erfüllt war. Wesensähnlichkeit zwischen Sohn und Mutter ist wohl kaum nachzuweisen, ebensowenig, daß der Kaiser maßgebende Charakterzüge englischer Art gehabt hätte. Ungeachtet dessen und obgleich der Kaiser und sein Onkel Eduard einander haßten, war dem Kaiser gefühlsmäßig England die zweite Heimat, und solange die alte Königin Victoria lebte, wurzelte sein eigentliches Heimatgefühl wohl auf englischem Boden. Dazu kam der Zauber des englischen Lebens am Hof und in den reichen herrschenden Klassen, dem Deutsche so oft unterlagen. Natürlich kann keine Rede davon sein, Wilhelm II. nachsagen zu wollen, er habe jemals Ziele verfolgt, in denen er nicht das Heil für Deutschland erblickt hätte. Der gute Wille kann ihm, auch so gesehen, nicht im geringsten bestritten werden. Sein überhaupt starkes Familiengefühl, dessen Mittelpunkt in London lag, aber ließ den Kaiser dieses auch auf die Gesamtheit der englischen Nation ausdehnen. Wilhelm II. glaubte, den Engländer durch und durch zu kennen, er „verstand sich", meinte er, ausgezeichnet mit ihnen, besonders gesellschaftlich, und merkte nicht, daß seine Kritik und mündliche wie schriftliche persönliche Einmischung in britische Angelegenheiten englischerseits nicht dankbar und als freundschaftlich empfunden wurden, sondern als unbefugt. Man ließ es sich dem Deutschen Kaiser gegenüber nicht merken, aber da das gleiche sich immer wiederholte, so gehörte in England auch dieses Urteil über den Kaiser zu seinem Charakterbild. Die Engländer aber, denen der Kaiser sein Vertrauen schenkte und auf deren Schlössern er wochenlang als Gast wohnte, hätten keine Engländer sein müssen, wenn sie nicht aus dem hemmungslosen Mitteilungsbedürfnis des Kaisers auf ihre Art Nutzen gezogen hätten.

Das Verhältnis des Kaisers zur Heimat seiner Mutter und Großmutter hat man gelegentlich als „Haßliebe" bezeichnet. Das ist schwerlich zutreffend. Auch die starken Ausdrücke, die er zum Beispiel in seinen Randbemerkungen zu Botschafterberichten gegen England und einzelne Engländer gelegentlich gebrauchte, bilden keinen Beweis, denn eben in diesen für sein Wesen so charakteristischen Randbemerkungen drückte er sich mit der Zügellosigkeit aus, wie sie seiner jeweiligen Laune entsprach. Der Kaiser fühlte, vielleicht nicht immer ganz bewußt, die Überlegenheit der Persönlichkeiten, welche die politischen Geschicke Großbritanniens und des britischen Weltreiches leiteten. Das erbitterte ihn, und besonders sein Unterlegenheitsgefühl dem gehaßten König und Onkel gegenüber. Dazu kam die Tatsache, daß trotz seiner Vertrautheit mit allem Englischen der Kaiser die politischen Grundzüge des Inselreiches niemals erkannt hat und deshalb auch nicht die politisch-strategischen und taktischen Winkelzüge begriff. Und wenn Wil-

helm II. sich in Einzelfällen, wo er einen Augenblick klar sah, mit äußerster Schroffheit über England äußerte, so war er doch immer wieder bereit, an die Möglichkeit einer englisch-deutschen „Freundschaft" zu glauben und auf sie zu hoffen. Nimmt man die Selbstüberschätzung, richtiger: das innere Lebensbedürfnis der Selbstüberschätzung hinzu, das Bedürfnis also, nicht nur dem eigenen Volk, nicht nur der Welt, sondern vor allem sich selbst gegenüber das Gesicht zu wahren und dabei das geheime Untergefühl der eigenen Schwäche — trotz allem aufrichtigen Willen, das Höchste und Größte und das Beste zu leisten —, so ergibt dies alles ein verworrenes, aber der Wirklichkeit jedenfalls sehr nahe kommendes Bild.

*

Am 9. und 10. November 1908 fand eine Reichstagssitzung über den Fall „Daily Telegraph" statt. Die Fraktionsredner sämtlicher Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Konservativen einschließlich, führten eine Sprache, wie sie im Reichstag niemals gehört worden war. Die Person des Kaisers durfte bis dahin nicht zum Gegenstand der Besprechung gemacht werden. An jenem Tage bildete sie den Anlaß zur Tagung und den einzigen Gegenstand der zweitägigen Verhandlungen.

Für die Linksparteien war die Angelegenheit naturgemäß ein gefundenes Fressen. Sie nutzten diese einzigartig schöne Gelegenheit mit großer Geschicklichkeit aus: die Sozialdemokraten redeten patriotisch betrübt und entrüstet von der schweren Schädigung, die die Veröffentlichung des kaiserlichen Gesprächs den nationalen Werten zugefügt habe. Die Person des Kaisers behandelten sie in scheinbar schonenden Formen, ihr Hauptredner stellte fest: der Kaiser möge noch so viel Besserung versprechen, aber „er kann nun eben nicht anders, als er eben ist!" Diese Beurteilung war unglücklicherweise richtig. Die Sozialdemokraten zogen, ebenso wie die Demokraten, die politische Schlußfolgerung: der Person mache man also edelmütigerweise keinen Vorwurf, aber dieser Vorgang, wie so viele voraufgegangene, bewiesen, daß das monarchische System nichts tauge und im Interesse des Volks und Vaterlandes nicht haltbar, weil furchtbar gefährlich und schädlich sei, also: am besten gleich Republik, zumindest Einführung des parlamentarischen Regimes, etwa wie in England, jedoch ohne gekröntes Oberhaupt. Auch die Mittelparteien sprachen von der Notwendigkeit, „verfassungsmäßige Garantien" zu schaffen, die ein für allemal eine Wiederholung solcher Dinge unmöglich machten. Sogar der Redner der konservativen Fraktion,

der zwar, wie selbstverständlich war, sich mit seiner Partei vor die Monarchie stellte, sprach von einer seit langem sich mehrenden „Summe von Sorge", die durch diesen Fall im Volke zum Ausbruch gekommen sei.

Alle Redner warfen dieselbe Frage auf: wie derartiges nur möglich gewesen sei. In der offiziösen Presse war von der Reichstagssitzung geschrieben worden: das Manuskript des kaiserlichen Gesprächs mit seinem englischen Gastgeber sei vom Reichskanzler nicht gelesen worden. Dieser habe das auf schlechtem Papier geschriebene, schwer leserliche Manuskript einem Beamten des Auswärtigen Amtes zur Prüfung übergeben, und der habe nichts dagegen einzuwenden gehabt.

In der Reichstagssitzung erklärte Bülow, er habe das Gespräch des Kaisers erst aus dem Text des „Daily Telegraph" selbst kennengelernt, und endete seine Rede mit den folgenden Sätzen:

„Die Einsicht des Kaisers, daß die Veröffentlichung dieser Gespräche in England die von Seiner Majestät gewollte Wirkung nicht hervorgerufen, in unserem Lande aber tiefe Erregung und schmerzliches Bedauern verursacht hat, wird — diese feste Überzeugung habe ich in diesen schweren Tagen gewonnen — Seine Majestät den Kaiser dahin führen, fernerhin auch in Privatgesprächen jene Zurückhaltung zu beobachten, die im Interesse einer einheitlichen Politik für die Autorität der Krone gleich unentbehrlich ist. Wäre dem nicht so, so könnte weder ich noch einer meiner Nachfolger die Verantwortung tragen."

Über die Frage selbst: wie die Veröffentlichung im „Daily Telegraph" möglich gewesen sei, erklärte Bülow im Reichstag nur, er sei eben ganz unbeteiligt, weil er das Schriftstück nicht gelesen, sondern einem Beamten des Auswärtigen Amtes zur Prüfung übergeben habe, übernehme aber in seiner Eigenschaft als Reichskanzler selbstverständlich die ganze Verantwortung.

Unter dem einmütigen Beifall des Reichstags konnte Bülow die Rednertribüne verlassen. Er hatte mannhaft und edel gesprochen und angedeutet, daß der Kaiser seinen Fehler eingesehen habe und in Zukunft ihn nicht wieder machen werde. Einige Tage nachher erschien im „Deutschen Reichsanzeiger" noch eine Erklärung: der Kaiser habe nach einem Gespräch mit dem Reichskanzler erklärt, daß er hinfort verfassungsgemäß regieren werde.

Der Reichskanzler Fürst Bülow erntete beinahe im ganzen Reichstag nicht allein Beifall und Zustimmung, sondern auch hohe Anerkennung, weil er, obgleich selbst ganz ohne Schuld, erklärt hatte, daß er selbstverständlich die volle Verantwortung übernähme. Noch höher rechnete man ihm an, daß er mit Männerstolz vor dem Kaiserthron, wenn schon verblümt, ausgesprochen

habe: wenn es mit den Verfassungsverletzungen des Kaisers so weiterginge, würden weder er noch einer seiner Nachfolger die Verantwortung übernehmen können.

Die gesamte und tatsächlich große Empörung der Bevölkerung, die zu einem erheblichen Teil allerdings auch für rein agitatorische Zwecke entfacht und benutzt wurde, konzentrierte sich also auf den Kaiser. Viele derjenigen, die bisher im Kaiser-Hurra-Patriotismus geschwelgt hatten, verfielen jetzt in das Gegenteil und in Übertreibungen, während jene, die seit 1890 als Schwarzseher und mißgünstige Lästerer des Kaisers verschrien worden waren, durch das Vorgefallene zwar tief berührt wurden, aber nicht überrascht waren.

Zur allgemeinen Erregung trug der Umstand bei, daß der Kaiser während der beiden Verhandlungstage im Reichstage, wie es hieß, auf Rat des Reichskanzlers, sich nicht in Berlin aufhielt, sondern auf dem Schloß seines Freundes Fürst Fürstenberg, wo man ihn mit allerhand erheiternden Vorführungen usw. zu zerstreuen suchte. Dies wurde in der Presse so ausgelegt, daß er dem Reichstag seine gänzliche Mißachtung gerade bei diesem Anlaß noch einmal recht deutlich zeigen wolle.

Als dann die Reden der beiden Verhandlungstage des Reichstags und das Toben der Presse und, nicht zum wenigsten, die Rede des Reichskanzlers und dessen offizielle Äußerungen dem Kaiser bekannt geworden waren, brach er zusammen. Wie weit man sogar in der nationalliberalen Presse ging, bewiesen Aufsätze einiger großer, von Bülow nicht selten sogar offiziös gebrauchter Zeitungen, die schrieben: man habe dem Kaiser eingeredet, die Sache sei gar nicht so schlimm gewesen: „Das erzählen ihm die Intriganten wider besseres Wissen. Ja, sie wissen selbst ganz genau, daß sich von der einheitlichen Stimmung der Nation nicht einmal das Offizierkorps ferngehalten hat. Der Kaiser selbst ist sehr genau informiert über die Stimmung, die uns an den Rand des Abgrundes geführt hat." Andere Blätter der gleichen Richtung drohten mit dem Beginn einer Umwälzung auf Kosten der verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers.

In seiner 1922 erschienenen Schrift gibt der damalige Kronprinz die folgende sachliche Schilderung:

„Mein Vater war zurückgekehrt und lag, von Aufregung, von Unverstehen und Erschütterung über die Vorkommnisse niedergeworfen, in Potsdam krank. Das für ihn kaum Faßbare war geschehen: nach zwanzig Jahren, während derer er sich für den Abgott der Mehrheit des deutschen Volkes und seine Regierungsart für vorbildlich gehalten hatte — war ihm und seinem Wesen das Mißtrauen ganz unverkennbar ausgesprochen worden.

In diesen Tagen war es, daß ich dringend ins Neue Palais gerufen wurde.

In der Tür empfing mich der Kammerdiener meiner Mutter, der alte Höpfner. Er hatte auf mich gewartet, um mir zu bestellen, ich möge erst zu Ihrer Majestät kommen, ehe ich mich beim Kaiser melden ließe.

Meine Mutter empfing mich sogleich. Sie war erschüttert, hatte rote Augen. Sie küßte mich, hielt meinen Kopf vor sich in beiden Händen:

‚Du weißt, mein Junge, warum du hier bist?' — ‚Nein, Mutter.' — ‚Dann geh hinein zum Vater. Und prüfe dein Herz, ehe du dich entscheidest.'

Da wußte ich, worum es ging. — Minuten später war ich beim Vater, der zu Bette lag. Ich war tief erschreckt über sein Aussehen.

Nur einmal noch habe ich ihn so gesehen! Zehn Jahre später, an dem Unheilstag in Spa, als General Gröner ihm den letzten Halt, den Glauben an die Treue der Armee, mit einem Achselzucken kalt zerbrach.

Um Jahre schien er mir gealtert, war hoffnungslos, fühlte sich verlassen von allen, war zusammengebrochen unter der Katastrophe, die ihm den Boden unter seinen Füßen fortgenommen, sein Selbstbewußtsein und Vertrauen zertrümmert hatte.

Ein tiefes Mitleid war in mir. Kaum jemals habe ich mich ihm so nahe gefühlt wie in dieser Stunde.

Er hieß mich setzen, redete drängend, anklagend und sich überstürzend von diesen Vorgängen. Enttäuschung, Mutlosigkeit und Resignation hielten ihn umfaßt; dabei kam immer wieder die Bitterkeit über das Unrecht durch, das er in den Vorgängen sah. —

Ich habe ihn beschwichtigt und aufzurichten gesucht. Wohl eine Stunde habe ich damals an seinem Bette gesessen. Nie vorher, seit ich denken kann, war das geschehen. Gesundet ist er niemals wieder von diesem Schlage. Unter dem äußeren Mantel seines alten Selbstbewußtseins hat er sich von da ab mehr und mehr eine Zurückhaltung auferlegt, durch die er vielfach noch hinter den durch seine verfassungsmäßige Stellung gezogenen Grenzen zurückblieb."

Es war und ist kein Zweifel, daß der Monarch und auch die Monarchie im November 1908 eine erhebliche, bis zu einem gewissen Grade entscheidende Erschütterung erlitten hatte.

*

Nicht lange nachher begannen an verschiedenen politischen Seiten Stimmen laut zu werden, daß der Reichskanzler, nicht der Kaiser, an dem „Daily-Telegraph"-Skandal schuldig gewesen sei. Die folgenden Jahre haben dies als Tatsache, auch dokumentarisch, bestätigt. Der Hergang hat sich tatsächlich folgendermaßen abgespielt:

Der englische Gastgeber des Kaisers hatte durch einen bekannten englischen Journalisten die kaiserlichen Gespräche in die Form eines längeren Zeitungsaufsatzes bringen lassen und übersandte sie dann dem Kaiser. Dieser ließ das Manuskript dem Reichskanzler übermitteln, mit der ausdrücklichen Weisung, es auf die Möglichkeit der Veröffentlichung zu prüfen. Der Kaiser handelte also durchaus korrekt. Bülow hatte das saubere und durchaus nicht schwer lesbare Manuskript gelesen, durch einen höheren Beamten des Auswärtigen Amtes Veränderungen angemerkt und andere direkte Weisungen gegeben, es schließlich dem Kaiser zurückstellen lassen. Als dann, nach der Genehmigung und Veröffentlichung in der englischen und danach in der deutschen Presse, die Explosion erfolgt war, hatte Bülow nicht den Mut, die Wahrheit zu sagen, nämlich zu erklären, er sei der allein Schuldige, denn er habe das Manuskript gelesen und gebilligt. So nämlich hat die Sache gelegen. Anstatt dessen beschuldigte er den betreffenden Legationsrat des Auswärtigen Amtes und erklärte im Reichstag dazu edelmütig, er übernähme selbstverständlich die Verantwortung als der oberste Chef, habe aber persönlich nichts damit zu schaffen gehabt und im Drange der Geschäfte das Durchlesen des Manuskriptes anderen überlassen müssen. Gleichzeitig belastete der Reichskanzler in den angeführten Worten den Kaiser: derselbe habe nicht verfassungsmäßig gehandelt, während nicht dieser, sondern Bülow der einzig Schuldige war. Dem Fürsten Bülow aber war die Beibehaltung seines Postens wertvoller als die Wahrheit. Er brachte die Selbstüberwindung nicht fertig, zu sagen, er habe allerdings das Manuskript gelesen und sei der Ansicht gewesen, daß die Veröffentlichung in England nützlich wirken werde. Das wäre der Wahrheit gemäß gewesen. Anstatt dessen beschuldigte er den Kaiser und jenen Beamten. Der Kaiser hatte von Anfang an korrekt und verfassungsmäßig gehandelt.

Von einem ungenannten Verfasser erschien Ende der zwanziger Jahre eine Schrift, die sich mit dem Fall befaßte. Er traf den richtigen Punkt, als er schrieb: der Kanzler wie der Kaiser und die beteiligten Personen des Auswärtigen Amtes hätten bei der Beurteilung das Manuskript nur auf die Wirkung in England geprüft und an den Eindruck in Deutschland überhaupt nicht gedacht; daß auch die Berechnung hinsichtlich der Wirkung in England falsch war, wurde bereits dargelegt. Daß, vom Regierungsstand-

punkt gesehen, die Äußerungen des Kaisers über seine Haltung im Burenkriege als ein heißes Eisen erkannt werden mußten, hätte auf der Hand liegen sollen, aber Bülow wird wahrscheinlich in seinem gewöhnlichen Leichtsinn ohne weiteres angenommen haben, daß diese Dinge vergangen und vergessen seien.

Kleinere und minder kleine Verstöße gegen die Verfassung, durch unvorsichtige Reden und Privatbriefe an fremde Minister usw., ohne den Kanzler zu fragen oder es ihm auch nur bekanntzugeben, hat der Kaiser genügend begangen. In der formalen Behandlung der „Daily-Telegraph"-Angelegenheit war Wilhelm II. auch nicht der leiseste Vorwurf in dieser Richtung zu machen. Man konnte höchstens sagen, es sei tief bedauerlich und unbegreiflich, daß er so mit einem Engländer habe sprechen und sich auch eine gute Wirkung von der Veröffentlichung habe versprechen können. Irrtum aber kann man einem verfassungsmäßig korrekt handelnden Monarchen nicht zu einem schweren Vorwurf machen; einen solchen richtigzustellen, war der Reichskanzler da. Auch Bülow irrte sich in seiner Beurteilung, und weil er der Verfassung gegenüber der tatsächlich Verantwortliche war, für seinen Fehler aber nicht geradestehen und damit von seinem Posten zurücktreten wollte, so beging er eine gemeine Niedertracht, als er, der allein Schuldige, die Unschuldigen, in erster Linie den Kaiser, als die allein Schuldigen vor dem deutschen Volk und vor der Welt hinstellte.

Der Kronprinz hatte recht: sein Vater hatte sich zwanzig Jahre lang für den Abgott der Mehrheit des deutschen Volkes und seine Regierungsart für vorbildlich gehalten. In den Novembertagen 1908 brach das alles unter seinen Füßen zusammen und in ihm sein Selbstvertrauen. Was ihm bisher nur Nörgelei und übelwollende Kritik, Dummheit und Schwarzseherei unbotmäßiger Untertanen erschienen war, stellte sich als Grundstimmung beinahe der gesamten Bevölkerung heraus, und das gerade in einem Augenblick, wo auch der strengste Kritiker ihm nicht die geringste verfassungswidrige Inkorrektheit nachweisen konnte. Nicht zum wenigsten auch entsetzte und bedrückte ihn das Verhalten des Reichskanzlers, den er mit Ehren aller Art überhäuft, dem er blind vertraut und ihn als Freund behandelt hatte.

In den folgenden Monaten ist der Kaiser dann der Sache nachgegangen und zu dem richtigen Ergebnis gelangt, daß der Kanzler ihn betrogen und verraten habe. Er hat in der Folge dann Bülow noch eine Zeitlang im Amt gelassen, und als dieser in einer Finanzreformvorlage Mißerfolg hatte, dessen Rücktrittsgesuch angenommen.

Die „Daily-Telegraph"-Angelegenheit war zur Vergangenheit geworden, der Kanzler durch den als solchen unfähigen Herrn von Bethmann-Hollweg, den „Reichszermürber", ersetzt worden. Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches nahm ihren unheilvollen Gang, der zur Katastrophe vom 9. November 1918 führte. — Der 9. November hat eine merkwürdige Rolle in der neueren deutschen Geschichte gespielt! — Die Drohungen jener mittelparteilichen Zeitungen mit der Stimmung des Offizierkorps waren nicht allein perfide Versuche, um für das parlamentarische Regime zu arbeiten, zwar mit einem Kaiser, nach den beiden Mottos: „Le roi regne, mais il ne gouverne pas", und: „The king can not do wrong." — Daß außerdem viel Unzufriedenheit, besonders auch unter den höheren Schichten des Offizierkorps vorhanden war, ließ sich nicht in Abrede stellen, mochte es sich nun um Streberei und Intrigen handeln und um Gunstwirtschaft, um Anlage der Kaisermanöver, um persönliches Eingreifen des Kaisers, um den Mangel an Kriegsmäßigkeit der Manöverideen und ihrer Durchführung, um die Korruptionsgefahr, die durch das System der Schießprämien hervorgerufen wurde, um die Günstlingswirtschaft und am meisten vielleicht über die Einflüsse von Flügeladjutanten und dem Militärkabinett; die Unberechenbarkeit kaiserlicher Maßnahmen, die heute erfolgten und morgen unter anderem Einfluß durch entgegengesetzte abgelöst wurden — das alles hatte eine Atmosphäre der Unsicherheit und vor allem einer „Schusterei", besonders bei solchen, die sich solcher Mittel nicht bedienten, eine schweigende Sorge geschaffen. Ein höherer Generalstabsoffizier sagte in einem Gespräch über solche Dinge: sollte einmal ein großer Krieg unvermeidlich werden, so möge er wenigstens nicht kommen, bevor der Kaiser gestorben sei.

Der erste Teil des Weltkrieges hat gezeigt, daß auf dem westlichen Kriegsschauplatz und zuerst auch auf dem östlichen nicht die rechten Männer die führenden Stellungen und Kommandos innehatten, wozu bemerkt werden muß, daß der, auch seit Jahren nicht gesunde, Chef des Generalstabes nicht zu den Strebern gehörte, sondern sich lange geweigert hatte, den Posten zu übernehmen. Dem Kaiser war eben die Hauptsache, Persönlichkeiten um sich zu haben, die ihm angenehm waren. Zu Moltke soll er gesagt haben: in Friedenszeiten würde er das bißchen Generalstabsdienst schon leisten, im Kriege würde er, der Kaiser, die Sache selber in die Hand nehmen.

Trotz aller dieser und noch anderer Gefahren und Sorgen, die sich auch den höheren Militärs — soweit sie klar sahen — wegen der Politik des Kaisers aufdrängten, war es doch damals nicht denkbar, daß die Stimmung im

Offizierkorps um die Zeit der „Daily-Telegraph"-Angelegenheit auf Einführung des parlamentarischen Regimes sich hätte gebrauchen lassen. Zunehmende Beunruhigung und Besorgnis für die Zukunft freilich war vorhanden. In diesem Zusammenhang denken wir auch an jene von Tirpitz aufgezeichnete Äußerung Bismarcks, der reichlich zehn Jahr vor dem „Novembersturm" dem Kaiser mit warnender Andeutung sagte: solange er ein solches Offizierkorps habe, könne er sich allerdings alles leisten.

Wohl die meisten Offiziere, die von den angedeuteten Sorgen und Unzufriedenheiten bewegt wurden, haben sich, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, nicht klargemacht, was die Unterstellung des Kaisers unter eine Regierung, die dem Parlament unterstand und aus ihm hervorgegangen war, bedeuten würde. Man wies bei solchen Unterhaltungen gern auf England und Frankreich hin, aber — in Deutschland war eben alles anders. Bismarck hatte gewußt, was er tat, als er die vor dem Untergang stehende preußische Monarchie in schwersten inneren Kämpfen rettete und als er in seiner Verfassung des neuen Reiches vor allem die Stellung des Kaisers fundamentierte, ihm die militärische Kommandogewalt gab und alle jene anderen Rechte und Befugnisse, welche die Verfassung des Reiches aufwies.

Der Stimmungsausbruch von 1908 wurde von wohl den meisten Monarchisten in seiner Bedeutung verkannt. Man glaubte oder machte sich selber glauben, das sei „alles nicht so schlimm" gewesen, der Kaiser müsse sich nur eine längere Zeit zurückhalten, dann käme die Lage wieder ins gleiche. Die so dachten, sahen nicht, daß es sich nicht nur, vielleicht erheblich weniger sogar, um die Gefahr für den Kaiser handelte, als vielmehr um das Kaisertum und schließlich um die Monarchie schlechthin. Auf Hinweise solcher Art erhielt man die übliche Antwort: da sei keine Sorge nötig, das deutsche Volk sei „monarchisch bis auf die Knochen". Tatsächlich war dem nicht so. Man kann freilich nicht sagen, daß — abgesehen von der Sozialdemokratie — eine offene bewußt republikanische Bewegung damals vorhanden gewesen sei. Sehr verbreitet war aber nach rechts bis in die Freikonservative Partei, die Reichspartei, die Auffassung: „die allgemeine Entwicklung" dränge unaufhaltsam auf eine Erweiterung der „politischen Freiheit des Volkes" hin, um so mehr, als auch die politische Reife des deutschen Volkes nunmehr in stetigem, schnellem Fortschritt sich befinde. Allgemein sei das Empfinden und Urteil, daß man zwar Königtum und Kaisertum behalten wolle, aber dem Volke auf Kosten der Stellung des Monarchen wachsenden Anteil an der Regierung gewähren müsse. — In zwei Worten: Kaisertum und Königtum sollen nicht mehr die Achse des Staates und des Reiches sein, sondern lediglich eine Fahne, die aus dem Dachfirst zu wehen

die Aufgabe hätte, um das Vorhandensein einer wirklichen Monarchie vorzutäuschen. So wolle es „die Entwicklung", die Entwicklung zu „freiheitlichen Zuständen"!

Erst in späteren Jahren ist klargeworden, wie neben der gröberen, der Massenpropaganda im Sinne der „Entwicklung zu freiheitlichen Zuständen", unauffällig in geheimer Propaganda gearbeitet worden ist, nicht zum wenigsten auch von Freimaurern, die gleichermaßen in der Armee und in der Beamtenschaft, in der Geschäftswelt vorhanden waren, vielfach in Personalunion mit Juden und deren Abkommen.

Dem Verfasser sei gestattet, zur Charakteristik der Zeitauffassung und Stimmung etwas Persönliches einzuschalten: sein 1906 erschienenes Buch „Der Kaiser und die Byzantiner" war mit dem bewußten offenbaren Zweck geschrieben worden, auf die byzantinische Pest aufmerksam zu machen, im Interesse des Reichs und damit im Interesse der Monarchie. Der Verfasser war damals überzeugter Monarchist und ist es bis zum 9. November 1918 geblieben. Er war betroffen und enttäuscht, als diese ziemlich weit verbreitete Schrift von der monarchischen Presse grundsätzlich abgelehnt wurde. Die demokratische und republikanische Presse lehnte die Schrift als verfehlt ab, weil sie nicht für die demokratische als die einzig richtige Regierungsform einträte. In monarchischen Gesellschaftskreisen war die Ansicht in bestem Falle: Byzantinismus sei eine unvermeidliche Begleiterscheinung der Monarchie, auch „gar nicht so schlimm", über so etwas spreche man aber nicht; kurz, die kleine Schrift wurde von den Monarchisten sehr übel aufgenommen und als ein Zeichen, daß der Verfasser sich auf der schiefen Ebene zur Demokratie befinde.

Für die tonangebenden monarchischen Kreise, ihre Presse, ihre Reden, ihre Gespräche war die stille Losung ausgegeben, nicht nur das Thema des Byzantinismus, sondern der Monarchie tunlichst nicht mehr zu berühren. Der „Glanz" und die Anziehungskraft, der Nimbus des Hofes, der Höfe wirkte zu stark. Während schleichende oder, je nachdem, schreiende und immer weitere Schichten durchdringende antimonarchische Propaganda ihren Weg nahm, unermüdlich darauf hinweisend: die Deutschen seien doch nicht politisch unfähiger als die Bevölkerungen „freiheitlicher Staaten" in Europa, die ohne Kaiser und Könige oder mit einem dem Parlament unterstehenden König so glänzend gediehen. Das Bürgertum, in weitestem Sinne dieses Begriffes, wollte wohl Kaiser und „Kaiserglanz" und alles, was damit zusammenhing, aber daneben war immer und stärker werdend der Gedanke lebendig, daß Königtum und Kaisertum eine Etappe lediglich zu freiheitlichen Formen bilde. In wohl allen höheren Schulen wurde die Herrlich-

keit des Kaisertums gepriesen und das Reich „unserer Väter Sehnsucht und unser Stolz". Daneben wurde an der Hand der alten Geschichte gelehrt, wie das Königtum die primitive Staatsform gewesen sei, dann die oligarchische Republik sich daraus entwickelt und schließlich, nach einem ungesunden Cäsarismus, die demokratische Republik in den Fortschritt neuer Zeit geführt habe. Was sollte der Schüler, der junge Mensch sich denken? Vorausgesetzt, daß er überhaupt dachte.

Während des letzten Jahrfünfts vor dem Kriege waren demokratische Kräfte in allen ihren verschiedenen Formen und Abstufungen gegen die Monarchie am Werke, obgleich der Kaiser ihnen keinen äußeren Anlaß mehr gab. Die Sozialdemokratie wuchs von einer Wahl zur anderen, und die oberen Schichten ließen wohl Vereine und andere Organisationen zu ihrer Bekämpfung bilden, notwendigerweise ohne Erfolg, denn sie sahen nur die Oberfläche. Sie begriffen nicht, daß man auf diese Weise der Sozialdemokratie nicht beikommen konnte. Es war ihnen ebenso fern wie dem Kaiser, daß man der Sozialdemokratie weder durch irgendwelche Konzessionen noch durch patriarchalische oder zornige Reden des Kaisers beikommen konnte, wie durch Gewalt allein. Die Zeiten, wo das möglich und richtig gewesen wäre, waren vorbei; der Mann dafür wurde nicht gesucht. Die sozialdemokratische Macht in den Parlamenten wuchs nicht allein im Reichstag, sondern auch in den Bundesstaaten, sogar in das Preußische Abgeordnetenhaus waren, trotz des ungünstigen Wahlrechts, Sozialdemokraten eingedrungen. Der Zulauf zur Partei mehrte sich um so unbefangener, als der wohl sicher größere Teil des deutschen Volks der Überzeugung war, die Partei werde und müsse zumindest zu einer dauernd beherrschenden Beeinflussung der Regierung gelangen. Die einen — ihr Kraftmittelpunkt war: der preußische Konservativismus — sagten: am besten wäre, wenn möglichst bald offener Konflikt entstände. Für diesen Fall habe man die Armee, und die würde dann bald mit der Bande aufräumen. Dahinter stand freilich gleich die Frage: Und was dann? Von ihr sprach man nicht, war doch gerade in dieser altpreußischen Schicht genau bekannt, daß der Kaiser einem solchen Konflikt und dessen Folgen nicht gewachsen war. Man hoffte, zur rechten Zeit werde ein starker Mann als Deus ex machina erscheinen, freilich sah ihn niemand.

Die Sozialdemokratie wünschte ihrerseits keinen gewaltsamen Umsturz, sondern war in jenen letzten Jahren vor dem Kriege überzeugt, auf friedlichem Wege alle ihre Ziele erreichen zu können. An den „großen Kladderadatsch" glaubte in der SPD. kaum noch jemand. Sie wußte und erhielt Jahr für Jahr den Beweis, daß die Zeit für sie arbeite. Warum also durch Gewalt monarchische und nationale Kräfte wachrufen? Niemand konnte

wissen, ob nicht solche einen sonst nicht zu erwartenden Umschwung zeitigten!

In den oberen Klassen herrschte eine gewisse dumpfe Furcht vor der „Sozialdemokratischen Gefahr". Der Bürger saß wie das Kaninchen vor dem Blick der Schlange, ohne Abwehrenergie und, das war vielleicht das Schlimmste, ohne den Sinn und das Wesen des Marxismus zu begreifen: die Vermehrung der SPD. könne man ja nicht hindern, aber auch die Sozialdemokraten kochten mit Wasser, und andererseits: so schlimm, wie sie gemacht würden, wären sie ja gewiß auch nicht. Von großem Einfluß war die gefährliche Phrase der Demokratie und der Mittelparteien: wenn die Sozialdemokraten erst in die Regierung hineinkämen, so würde die große, dann auf ihnen liegende Verantwortung ihr revolutionäres Element schnell und gründlich beseitigen. Überdies wolle sie ja nur das Wohl des Arbeiters, und das müsse ja jeder andere Deutsche auch wollen. Hauptsache sei, daß die Sozialdemokratie zur „positiven Mitarbeit" herangezogen würde.

Es gab damals in Deutschland auch unbedingt deutsch und sozial gesinnte, lautere und begabte Persönlichkeiten, welche die Schwere und Größe des sozialen Problems erkannten, ohne freilich die beherrschende Bedeutung und Rolle des Judentums zu sehen. Erwähnt sei auch in diesen Zusammenhängen Friedrich Naumann, ferner der Vater des Bodenreformgedankens, Dr. Damaschke, und andere.

*

Am 27. Januar 1914 hielt der damalige deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowski, vor der deutschen Kolonie Londons die Kaisergeburtstagsrede und sagte darin: die Entwicklung des neuen Deutschlands, des Reiches, gehe vom Preußentum über das Deutschtum zum Menschheitsgedanken! — Ein kaiserlicher Botschafter sprach so am Geburtstage des Königs von Preußen und Deutschen Kaisers! Er wurde nicht gemaßregelt, die linke Presse pries seine modernen Anschauungen — denn es war klar, daß das monarchische System verschwinden mußte, bevor die Stufe zum „Menschheitsgedanken" erklommen werden konnte. Nur eine einzige nationale Zeitung kennzeichnete jene unglaubliche Rede, ohne auch nur ein Wort als Widerhall hervorzurufen.

An anderer Stelle wurde jener, man kann nur sagen: affenmäßigen Nachahmung des Nordamerikanertums in Deutschland Erwähnung getan. Man glaubte sich auf dem Wege zu ähnlichem „Weltgeschäft" und Kapitalreichtum, berauschte sich im Gedanken eines fessellosen Unternehmertums,

machte hoffnungsfrohe Unterschiede zwischen Markmillionären und Dollarmillionären, folgerte: so glänzende Zustände und Ergebnisse könnten nur in einem „freiheitlich regierten" Staat und Volk zur Wirklichkeit werden. Man wußte auch, welch großen Einblick die Nabobs aus den Vereinigten Staaten auf den Deutschen Kaiser machten, wie großen Wert er darauf legte, sie zu empfangen. Alles das wirkte zusammen zugleich bei schnell wachsender Lebenshaltung in allen Schichten. Das damalige Deutschland trug den plutokratischen Stempel, den Stempel mit der Umschrift: Geld regiert die Welt!

Die Grundlagen des preußischen Königtums und des deutschen Kaisertums waren nicht durch Geld geschaffen worden, und immer noch galt und gilt das Wort des Macchiavelli, daß die Staaten nur durch diejenigen Mittel erhalten werden können, mit denen sie einst geschaffen worden sind. Es war nur folgerichtig, daß der plutokratische Gedanke und seine fortschreitende Verwirklichung die Grundlage des monarchischen und des Reichsgedankens anfraßen und die Stellung des Kaisers und Königs still und emsig zu zernagen begonnen hatten. Der Kaiser und König aber war stolz auf die herrliche moderne Entwicklung!

*

Eine der vielfachen Wirkungen der Novembertage von 1908 war, daß man so gut wie allgemein auch in Deutschland begann, in Wilhelm II. die furchtsame Schwäche hinter der herrischen und majestätischen Außenseite und Pose zu erkennen. Daß ihn die Novembertage zerbrochen hatten, war ebenso bekannt geworden wie seine damalige, freilich kurzzeitige Absicht, auf den Thron zu verzichten. In den folgenden Jahren hörte man ihn nur selten reden, und die offiziöse und byzantinische Presse beschränkte sich durchweg darauf, die Friedensliebe Wilhelms II. zu preisen, eine Tatsache, an der schon seit zwei Jahrzehnten niemand in Deutschland mehr zweifelte. An seinem fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläum im Sommer 1913, ein Jahr vor dem Weltkriege, war sich die gesamte deutsche Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, darin einig, daß der Kaiser seinem Volke den Frieden erhalten habe. Niemand konnte Wilhelm II. bestreiten, daß er immer den Frieden gewollt hatte. Man lobte ihn als den „Friedenskaiser". Mit wie verhängnisvollen und ganz unnötigen politischen Unkosten der Kaiser seine Friedenspolitik getrieben hatte, wurde bei dieser Gelegenheit nicht zum Ausdruck gebracht, wohl aber gab der größte Teil der Presse ihm den obligaten guten Rat: wirklich dauerhaft könne der europäische Friede nur dann gestaltet werden, wenn Reich und Staat immer freiheitlicher ausgestaltet würden.

Zur fünfundzwanzigjährigen Regierungsfeier kamen nebst vielen anderen Fürsten auch der König von England und der russische Zar; die Französische Republik sprach telegraphisch ihre „herzlichen" Glückwünsche aus, die deutsche Presse meinte, nie habe der europäische Friede so gute Aspekten gehabt. Dokumente haben später erwiesen, daß damals Großbritannien, Frankreich und Rußland ihre politischen, militärischen und maritimen Vorbereitungen für den längst geplanten Vernichtungskrieg gegen das Deutsche Reich fertig hatten, daß sie bereit waren und nur auf den günstigen Anlaß warteten, den sie knapp ein Jahr später durch die Ermordung des österreichischen Erzherzog-Thronfolgers erhielten. Nur in Deutschland dachte man, ein Krieg sei nun überhaupt nicht mehr möglich; der vorher erwähnte hohe Beamte und Günstling Bethmann-Hollwegs veröffentlichte im selben Jahre ein Buch, in dem er auf das genaueste bewies, daß ein europäischer Krieg überhaupt gar nicht mehr möglich sei; ein Krieg werde gewiß weitergehen: der Krieg der Zeitungen. Mit dem Waffenkriege sei es — Gott sei Dank! — ein für allemal zu Ende.

„Während sich am Welthorizont die Gewitterwolken immer dichter zusammenballten, lastete auf dem politischen Leben Deutschlands ein fast unerklärlicher Druck. Die Geschäfte gingen glänzend", Arbeit sei reichlich vorhanden gewesen, auch die Lebenshaltung der unteren Volksschichten habe sich sichtlich gehoben, Industrie und Technik, Landwirtschaft hätten geblüht, die Sozialpolitik habe fürsorgenden Geist gezeigt. Unbegreiflicherweise „gaben im politischen Parteigetriebe Mißmut und Unzufriedenheit einen deprimierenden Ton an, der aller vorwärtstreibenden Impulse bar war. Das Wort ‚Reichsverdrossenheit' tauchte aus dem Dunkel böser Zeiten wieder auf ... Zudem litt das politische Leben in sich selbst an dem Mißbehagen, das sich ankündigenden, aber zurückgehaltenen Wandel zu begleiten pflegt".

So schrieb der vorherige Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Jahre 1919 in einem Buch, das zur Rechtfertigung seiner Politik, besser: seines politischen Daseins überhaupt, vergeblich, dienen sollte. Man hätte die diesen Ausführungen gewidmeten fünfundzwanzig Druckseiten, auf denen sich Herr von Bethmann-Hollweg vergeblich bemühte, sich die allgemeine Unzufriedenheit und die Unfruchtbarkeit des politischen Lebens zu erklären, in sehr wenigen Worten zusammenfassen können: dem deutschen Volk fehlte Führung, eine Führung, die die Zeichen jener Übergangszeit erkannte, wußte, was sie wollte, und sagte, was sie wollte, und konnte, was sie wollte.

Wilhelm I. besaß die große Eigenschaft, wirkliche Führer zu finden, Männer zu erkennen, die große Charaktere waren, wie Bismarck und Moltke.

Nachdem er sie erkannt und erprobt hatte, ließ er sie auf den Gebieten ihrer amtlichen Tätigkeit gewähren. Entstanden zwischen den beiden Männern Schwierigkeiten durch Meinungsverschiedenheiten, wie zum Beispiel während der beiden Kriege 1866 und 1870/71, so sorgte die unparteiliche Autorität Wilhelms I. dafür, daß die Einheit des Handelns zum gemeinsamen Ziel gewahrt blieb, auf dem politischen Gebiet wie auf dem militärischen.

Sein Enkel vermochte das nicht. Während der Amtsführung des Fürsten Bülow war es, vermöge dessen Geschmeidigkeit, nicht zu Zwiespältigkeiten in großen politischen und militärischen Fragen gekommen, besonders nicht in dem Hauptproblem: die von Tirpitz vertretene und gesetzlich festgelegte Flottenbaupolitik durchzuführen, ohne daß sie durch außenpolitische Ereignisse gehemmt, noch gestört wurde. Wir erwähnten in dem Kapitel über den deutschen Flottenbau, daß dieser selbstverständlich für die Führung der deutschen Außenpolitik ein Mehr an Schwierigkeiten bedeutete. Diese Schwierigkeiten mußten übernommen und überwunden werden, sobald das Ziel festgelegt worden war. Das war um die Jahrhundertwende geschehen. Von Anfang an war offenbar, daß, je weiter der Flottenbau vorschritt, desto mehr die Tatsache des zunehmenden neuen deutschen Machtfaktors zur See außenpolitische Wirkungen hervorrufen mußte, und daß diese Wirkungen um so mehr Schwierigkeiten hervorrufen würden, je weniger sie vorausberechnet worden waren. Sie zu mindern, ihnen richtig zu begegnen, erforderte ein einheitliches und verständnisvolles Zusammenarbeiten der einschlägigen Faktoren der Regierung.

Der gesetzlich festgelegte Flottenbauplan wurde programmgemäß Jahr für Jahr regelmäßig und pünktlich gefördert. An seiner Durchführung nahm der Kaiser höchstes Interesse und sah sich schon als Schöpfer einer großen deutschen Flotte und deutscher Weltmacht in den Annalen einer zukünftigen Geschichte aufgezeichnet. Ihm war bekannt, daß im Auswärtigen Amt von Jahr zu Jahr stärker — bis zu seinem Rücktritt war der Geheimrat von Holstein der Mittelpunkt — der Flottenplan bekämpft wurde, während Bülow mit seinem gewöhnlichen Einerseits-Andererseits sich durchzuwinden trachtete und Tirpitz mit unbeirrbarer Zähigkeit und Geschicklichkeit die einmal festgelegte gerade Linie vertrat. Nach Bülows Entlassung zeigte sich bald sein Nachfolger Bethmann-Hollweg als ein Gegner von Grund aus gegen die planmäßige Durchführung des Flottenbaues. Ohne außenpolitische Kenntnis und Praxis glaubte dieser Kanzler, daß das wenig gute Verhältnis zwischen dem Reich und England durch grundsätzliche Nachgiebigkeit gegen England in eine vertrauensvolle feste Freundschaft verwandelt werden könne. Dieser völligen Verkennung der traditionellen Außenpolitik

Großbritanniens gegenüber vertrat Tirpitz eine Politik unerschütterlichen Festhaltens an der Durchführung des einmal Beschlossenen: das sei der einzige Weg, um auch politisch die Stellung des Reiches England gegenüber und überall in der Welt zu stärken, um das als notwendig Erkannte zu erreichen und einen dauernden Frieden zu erhalten. Dafür verlangte der Staatssekretär das verständnisvolle Zusammenarbeiten der höchsten Reichsbehörden als eine Notwendigkeit für das Gelingen.

Bei solchen Gegensätzen konnte nicht ausbleiben, daß die Zwiespältigkeit und das Gegeneinanderarbeiten der Zentralbehörden des Reichs mit jedem Jahr schärfere Formen annahm, daß dieser zermürbende Kampf dem Ausland, in erster Linie Großbritannien, schnell bekannt wurde. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die britische Regierung, emsig und geschickt wie immer, alles tat, um die innere Zwietracht zu stärken und so das Ganze zu schwächen. In Deutschland selbst wurde eine lebhafte Propaganda, vom Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt ausgehend, gegen Tirpitz getrieben, dessen so gefährliche, fanatische Flottenpolitik die Freundschaft mit England verhindere. Sehr schnell gestaltete die Lage sich so, daß es Sache des Kaisers sein mußte, die Einheit herzustellen. Dafür gab es drei Wege: eine wirkliche Verständigung zwischen dem Kanzler und dem Staatssekretär des Reichsmarineamts, oder, wenn dieses nicht möglich war, der Rücktritt entweder des Kanzlers oder des Staatssekretärs; in letzterem Fall wäre dann die bisherige Flottenbaupolitik aufzugeben gewesen. Aber ein Entweder-Oder mußte nicht nur gesprochen, sondern auch tatsächlich entschieden werden. Das zu tun, lag dem Kaiser ob, dazu war er da, er, der seinerzeit gesagt hatte, seine Minister hätten zu gehen, wenn er wolle, nicht, wenn sie wollten. Hier war der Augenblick für eine solche autoritative Entscheidung, mochte sie noch so schwer fallen. Das brachte der Kaiser nicht fertig.

Der deutsche Botschafter in London trieb nach wie vor mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die sogenannte Politik der Verständigung auf der „Grundlage" ihrer Unkenntnis des Wesens der britischen Politik, ihrer eigenen Illusionen über diese und ihres verständnislosen Widerwillens gegen den Seemachtgedanken. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, als wirklicher Kenner der großbritannischen Geschichte und Politik und als realpolitischer Staatsmann, hatte sein Programm auf diese aufgebaut und stand damit auf festem Boden. Der Kaiser gab bald dem einen, bald dem anderen recht, oder spielte sie gegeneinander aus, ließ sich außerdem von dem Generaldirektor der Hapag, dem Juden Albert Ballin, beraten. Dieser seinerseits war mit dem englischen Bankjuden Sir Ernest Cassel eng befreundet, Cassel seinerseits mit Haldane und Churchill. So ar-

beitete man in London, Berlin und Hamburg auf die „Verständigung" mit England hin. So kam, nach der Marokko-Krisis 1911, die Reise Lord Haldanes nach Berlin zustande, speziell unter der Regie Ballins und Cassels. Von den Vermittlern wurde die Ankündigung ausgegeben: um von England ein Neutralitätsabkommen zu erhalten, brauche Deutschland nur ein wenig mit seinem Flottenbau nachzugeben.

Mit Mühe gelang es Tirpitz, in den unter Vorsitz des Kaisers stattfindenden Besprechungen einen Teil der von ihm verlangten notwendigen Ergänzungs-Flottenforderung zu retten. Den Engländern war ihr Erfolg nicht genug, und nach einem längeren schleppenden diplomatischen Notenwechsel zwischen London und Berlin war der trübselige Schluß der ganzen „Aktion", daß die großbritannische Regierung sogar für den Fall ein Neutralitätsabkommen verweigerte, daß das Deutsche Reich sich gegen einen nicht provozierten Angriff zu verteidigen hätte! Außerdem stellte die britische Regierung die unglaubliche, beleidigende Forderung: der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg müsse im Amt bleiben, denn zu ihm habe man in London Vertrauen! Das Vertrauen — muß hinzugefügt werden —, von diesem Kanzler alles auf Deutschlands Kosten erreichen zu können, was die großbritannische Regierung jeweils wollte. Die vom Kanzler und den genannten Persönlichkeiten gegen die deutsche Flottenbaupolitik von langer Hand her eingeleitete „Verständigungsaktion", der die deutsche Zukunftsflotte geopfert werden sollte, war also in einer Weise gescheitert, wie sie für die deutsche Regierung nur als schmählich bezeichnet werden konnte, und nicht allein das, sondern man wußte in London nunmehr das feindliche, persönliche Durcheinander der Faktoren der deutschen Regierung in allen Einzelheiten genau einzuschätzen. Lord Haldane hatte dem Kanzler über Tirpitz mißbilligend gesagt: dieser sei „a dangerous man", ein gefährlicher Mann. Bethmann erzählte dies mißbilligend dem Kaiser, der es dem Staatssekretär sagte. Tirpitz erwiderte: noch niemals habe ihm jemand ein so großes Kompliment gemacht.

Bethmann-Hollweg reichte auf den blamablen Ausgang seiner „Verständigungs"politik hin dem Kaiser ein nicht ernstgemeintes Rücktrittsgesuch ein, dieser nahm es nicht an, und damit war die Fortdauer der Zwiespältigkeit besiegelt, die Illusion über Englands Haltung und Ziele blieb erhalten. Ihr nachjagend, stolperte man zwei Jahre später unvorbereitet in den Weltkrieg hinein.

Es ist unmöglich, sich dem Eindruck zu verschließen, daß Wilhelm II. für eine weise Privatdiplomatie hielt, die nun verstärkt sich entwickelnde Zwiespältigkeit in den Zentralbehörden fortdauern zu lassen, den einen zu hören,

ihm bis zu einem gewissen Grade nachzugeben, es dann mit dem anderen ebenso zu machen. Das war nun freilich kein zielbewußtes Spiel des Kaisers, etwa wie Macchiavelli vom Kaiser Maximilian schreibt: er höre immer alle an, schweige und tue nichts von allem dem. Davon war bei Wilhelm II. nicht die Rede. Großer Entschlüsse unfähig, wie er war, fürchtete er sich vor ihnen, wich ihnen womöglich aus und gab denjenigen seiner Berater Folge, die ihn eines weittragenden aktiven Entschlusses seiner Ansicht nach enthoben. Wir haben in einem vorherigen Kapitel die Klagen des Admirals Tirpitz während des Krieges und die anderer darüber gehört, daß beim Kaiser schließlich meist der zuletzt mit ihm Sprechende Erfolg habe; am meisten diejenigen, die immer um ihn seien. Da der Kaiser aber sich mit solchen Persönlichkeiten umgab, die, mit vereinzelten Ausnahmen, ihn in der Richtung seiner eigenen Schwäche beeinflußten und ihm schon deshalb sympathisch waren, so fanden Menschen wie Bethmann-Hollweg in diesem Hofkreise stets Unterstützung.

In seinen späteren Schriften und in veröffentlichten Unterhaltungen hat Wilhelm II., in seinem Innern wohl sich seiner eigentlichen Motive bewußt, verschiedene Erklärungen seines Verhaltens gegeben, die freilich vor dem tatsächlichen Gange der Dinge und der Härte der Tatsachen nicht standhalten. Die typische Erscheinung wiederholte sich ohne Ausnahme, daß die nach dem Ausdruck Friedrichs des Großen „timidere Seite" in seiner Umgebung und in ihm selbst den Sieg erfocht, und dieser „Sieg" nachher mit um so stärkeren Worten und Scheingründen vertreten und gerühmt wurde.

*

In der Auffassung, daß nur feste Führung Rettung bringen könne und andererseits nur die Monarchie dazu berufen und auch imstande sei, veröffentlichte der Verfasser im Jahre 1913 eine Schrift: „Der Kaiser und die Monarchisten" und sandte sie dem Kaiser und anderen Persönlichkeiten, die als Vertreter der Monarchie und des monarchischen Gedankens gelten mußten. Nachdem einige Monate ohne Antwort, auch ohne Bescheinigung des Empfangs, verstrichen waren, ging der Verfasser zum Chef des Zivilkabinetts des Kaisers, von Valentini. Dieser hielt ihm eine längere Rede: Besorgnisse um die Monarchie seien gänzlich unnötig. Unser deutsches Volk sei, Gott sei Dank, bis ins Mark monarchisch gesinnt und kaisertreu, die Sozialdemokratie sei eine vorübergehende Erscheinung — und wie die damals gängigen Phrasen sonst noch lauteten. Der kaiserliche Kabinettschef hielt den Verfasser anscheinend für geistig nicht ganz normal und behan-

delte ihn mit der höflichen Nachsicht, die in solchen Fällen angewendet zu werden pflegt. Mit der Mahnung, zu helfen, daß die Finanzreform im Reichstag angenommen werde, wurde der Verfasser entlassen.

Es ist gewiß leicht, in rückwärtiger Schau festzustellen, welche Gefahren gerade in jenen Jahren der Monarchie drohten, besonders nach ihrem Sturz nachzuweisen, daß es gar nicht anders hätte kommen können. Deshalb mögen im folgenden einige Schlußbetrachtungen aus der damaligen Gegenwart in der genannten Schrift des Verfassers wiedergegeben werden:

„Nur Kraft und Willen."

„Der Angelpunkt der Frage, ihrer Behandlung und ihrer Entwicklung bleibt die Person des Monarchen selbst. Der jetzige Kaiser mag damals während der November-Ereignisse (1908) vielleicht daran gedacht haben, wie die Vertreter des Liberalismus gern die Jacobysche Phrase im Munde führen: daß die Könige die Wahrheit nicht hören wollten. Diese selben politischen Richtungen bedienten sich damals mit demselben Männerstolze der frivolsten und ungerechtesten Unwahrheiten über den König und gegen den König ‚für die Rechte des Volkes und für die Souveränität des Volkswillens'. Am meisten charakteristisch wird die an anderer Stelle besprochene, kaum versteckte Drohung einer beginnenden Unzuverlässigkeit des Offizierkorps bleiben. Schon in diesem Sinne konnten und können die November-Ereignisse auch für die Monarchen eine fruchtbare Lehre bilden.

Die Kraft und der Einfluß des Monarchen, an erster Stelle des Trägers der Kaiserkrone, ist ein ganz ungeheurer, ein viel größerer, als man im heutigen Deutschland allgemein anzunehmen pflegt; ja vielleicht auch größer, als der Träger der Kaiserkrone selbst glaubt. Damals hätte es, wie gesagt, vielleicht in seiner Hand gelegen, selbst den Steurungshebel der Richtung der öffentlichen Meinung herumzuwerfen. Dem sei nun, wie ihm sei. Wir wissen nicht, wie der Deutsche Kaiser über diese Dinge denkt, und brauchen es auch nicht zu wissen. Was die Nation aber wissen und fühlen muß, durch allen Phrasennebel hindurch, das ist die Tatsache, daß die Monarchie und das Kaisertum, solange die Entwicklung organisch bleibt, durch keine Zeitentwicklung und durch keine Modernität entwertet werden können. Entwerten können sie sich nur selbst, und nur durch Schwäche. Dieser Begriff der Schwäche braucht nicht in der Person selbst zu liegen, sondern kann sich auch tatsächlich einfach darin begründen, daß der Monarch sich verstandesgemäß täuscht über seine eigene Kraft, beziehungsweise diejenige des monarchischen Gedankens und ebenso über die Kraft der Gegner; ähnlich wie ein Heerführer, der durch unrichtige Meldungen über

Stärke und Stellung des Feindes getäuscht wird und sich selbst über den Kräftezustand seiner eigenen Truppen täuscht.

Bei der unendlichen Verschiedenheit der Zeiten und der Verhältnisse im damaligen Frankreich, zu denen auch die Sünden der Väter des Königs und seiner Generation in erster Linie mitzählen, wäre ein Vergleich mit der Gegenwart unsinnig. Es gibt aber typische menschliche Eigenschaften, die mit gesetzmäßiger Sicherheit immer zum Untergange in irgendeiner Form führen, und zu diesen gehört die Schwäche bei einem Manne, der zur Führung bestimmt ist, dessen Stellung und Tätigkeit der gegenteiligen Eigenschaft bedarf, nämlich der Kraft. Der moderne Herrscher bedarf der Kraft ebenso wie alle Herrscher der früheren Jahrhunderte und Jahrtausende. Und unter dieser Kraft ist nicht nur die passive Widerstandskraft zu verstehen, sondern die Kraft der Führung und, wenn wir so sagen dürfen, die Kraft der Eigenbewegung, das heißt die, die nicht nur mit dem Strome treibt und vergeblich nach rechts oder links zu lenken versucht, sondern die — sei es dem Strome in seiner Richtung vorauseilend, sei es gegen ihn ankämpfend — eine Eigenbewegung hat. Es liegt ein symbolischer Sinn in der physikalischen Tatsache, daß das im Strome treibende Schiff und das im Winde treibende Luftschiff keine Steuerfähigkeit besitzt. Erst die aus eigener Kraftquelle erfolgende Eigenbewegung gibt die Steuerfähigkeit. Der lateinische Spruch: ‚Tu ne cede malis, sed contra audentior ito' — sagte dasselbe: Man soll nicht nur dem Unglück nicht weichen und nicht nur standhalten, sondern mit um so größerem Wagemut gegenan gehen. Das Moment der Bewegung kommt in glücklicher und malerischer Weise zum Ausdruck. Das gilt aber nicht nur vom ‚Unglück', sondern von allen Lagen und Verhältnissen des staatlichen, völkischen und nationalen Lebens. Je kräftiger, ausdauernder und unbeirrter die Vertreter der Monarchien und des Kaisertums führen, desto unerschütterlicher und autoritativer werden Kaisertum und Monarchien dastehen. Den Gegenkräften entsprechend, muß die monarchische Führerkraft und Tatkraft wachsen. Damit sicher, aber auch damit allein, wächst der monarchische Gedanke in Deutschland. Nichts aber ist verderblicher, als wenn Monarchen dem Demos zu gefallen suchen; auch mit einem Polypen oder einer Boa constrictor kokettiert man nicht.

Die Nutzanwendung dieser Betrachtungen auf die heutigen Verhältnisse in Deutschland liegt nach allem Gesagten klar genug: Der deutsche Herrscher, so wollen wir es ausdrücken, sollte sich vor allem nicht durch das Zauberwort von der modernen Entwicklung blenden und unterjochen lassen. Die Bestrebungen bringen ihm starke Lockungen und enthalten eine schwere Gefahr, die ihn glauben machen

wollen, die moderne Entwicklung mache die Fortdauer der Monarchie nur möglich durch Vergrößerung der ‚Rechte des Volkes' und eine ‚modern verständnisvolle Selbstbeschränkung des Monarchen'. Neben vielem anderen liegt in diesen Argumenten auch ein Appell an — vorausgesetzte — Schwäche und an den Gedanken: ‚Nur keine inneren Krisen'. Auf der anderen Seite versucht man durch den Appell an das ‚moderne' Herrscherverständnis dem Monarchen die goldene Brücke für den Rückzug zu bauen. Wir brauchen nach dem früher Gesagten auf diese Gedankengänge nicht näher eingehen. Hier kommt es lediglich darauf an, zu sagen, daß kein Tempo der Entwicklung, keine neue technische Erfindung, kein sozialer Fortschritt jemals die Natur der Menschen ändern und niemals die Tatsache aus der Welt schaffen wird, daß zum Herrschen nur die Kraft fähig ist, und alle Grundlagen der Autorität und Tradition sie auf die Dauer da nicht ersetzen können, wo Gegenkräfte vorhanden sind. Ja man kann so weit gehen, zu behaupten, daß — wo die Herrscherkraft nicht da ist — Gegenkräfte im gleichen Augenblicke entstehen, wo sie vorher nicht waren; auf alle Fälle aber hoch emporschießen.

Die zweite Voraussetzung, die im Liberalismus bis in die wirklich monarchischen Kreise hinein eine Rolle spielt, ist die, daß die Entwicklung der Menschen und damit der Staatswesen der Umbildung entgegengingen, und die Monarchien, wenn sie verständig und weitblickend wären, deshalb ihr Ende ins Auge fassen müßten, daß es ihre Pflicht sei, jedes vermeintliche Zeichen der Entwicklung zum Anlaß zu nehmen, von Rechten zurückzutreten, die nicht mehr in die Zeit hineinpaßten. Ja in den mittelparteilichen Strömungen des heutigen Deutschland wurde im Jahre 1912 in der Presse ein Meinungsstreit darüber ausgefochten, wer der bessere Parteimonarchist sei, der, der die Rechte des Kaisers verteidigt, oder der, der sie beschränken hilft, um dadurch die Monarchie zu erhalten, weil sie — in bisheriger Unbeschränktheit bleibend — den dann verstärkt anstürmenden antimonarchistischen Angriffen nicht werde Widerstand leisten können. Dieses alte Lied der ‚mittleren Linie', des ‚Einerseits-Andererseits', wird seine Kraft in Deutschland auch in Zukunft beweisen. Im Grunde genommen bedeutete es nur das, was man im täglichen Leben eine faule Ausrede zu nennen pflegt. Wollte der Monarch sich nach diesem Programm richten, wollte er dessen Vertretern glauben, so würde er schon nach überraschend kurzer Zeit die Erfahrung und Wahrnehmung bemerken, daß ihm von seinen Rechten und verfassungsmäßigen Befugnissen nichts übriggeblieben wäre.

Die dritte Frage für den Monarchen ist die, ob die antimonarchischen Kräfte nicht tatsächlich zu stark sind und zu stark zu werden drohen, um

ihnen Widerstand leisten zu können; ob es nicht — rein taktisch gesehen — richtiger sei, rechtzeitig den geordneten Rückzug anzutreten, als zu einem späteren Zeitpunkte überrascht, verjagt oder vernichtet zu werden. An solchen Gedankengängen pflegen in der Regel die weiblichen Teile der fürstlichen Familien den erheblicheren Anteil zu haben. Sie denken an ein vermeintliches Schicksal ihrer Kinder und Kindeskinder und verfechten instinktiv jene typische weibliche Realpolitik, die sich auf den Standpunkt stellt, zu retten, was sicher zu retten sei, und ‚die Dinge zu nehmen, wie sie sind'. Dazu kommt der ebenfalls weibliche Widerwille gegen Gewaltanwendung und ein Verfahren, das unnötig exponieren könnte. Gewiß gibt es auch hier Ausnahmen, und die Geschichte zeigt solche, aber die Wahrscheinlichkeit a priori ist allgemein die gegenteilige. Der Monarch ist, von welcher Seite man die Sache auch ansehen mag, den verschiedensten Erwägungen und den verschiedensten Einflüssen ausgesetzt, und alle diese Einflüsse, die sich bemerklich machen, pflegen in schwächendem Sinne auf ihn einzuwirken. Je vielfacher aber die Erwägungen sind, denen er sich hingibt, desto mehr und desto leichter liegt darin die Hamletsche Blässe des Gedankens, der der angeborenen Farbe der Entschließung sich ankränkelt. Man möchte den Monarchen, insbesondere den Herrscher eines großen Reiches, einem Feldherrn vergleichen, der — wie Napoleon I. — rechtzeitig vor der Schlacht alle Möglichkeiten auf das genaueste durchdachte, seinen Entschluß faßte, sein Verfahren festlegte und dann während der Schlacht — unter kühler Beobachtung der Ereignisse, der wechselnden Lage angemessen, aber durch nichts beirrt — auf der eisern festliegenden Grundlage handelte. Die tragische Gestalt des in der Geschichte nicht seltenen Fürsten, der sich so lange in Sicherheit, Leichtsinn und Unkenntnis der Zeitsymptome eingewiegt hat, bis es zu spät war, und dann, wie man sagt, anständig zugrunde geht, ist weder für den Fürsten noch für den monarchischen Teil des Volkes ausreichend. Nicht Untergang, sondern Sieg um jeden Preis gilt es. Zu Ungeheures steht für alle auf dem Spiel. Bereitsein ist alles.

Wir haben gesehen, wie die Monarchisten und, in erster Linie, die preußische Monarchie Grundlage, Achse und fruchtbarer Keim für das alles waren, dessen sich das deutsche Volk heute rühmt und erfreut, worauf seine Macht und sein Ansehen beruht, seine innere sowohl wie seine äußere Kraft.

Wir sind uns über die Größe der antimonarchischen Kräfte andererseits ebensowenig im unklaren gewesen und haben anerkannt, daß in der Welt der sogenannte Zug der Zeit antimonarchischer Natur ist. An diesem wichtigen und für viele kritischen Wendepunkt der Überlegung und der Beurteilung des monarchischen Gedankens und seiner Lebensfähigkeit scheiden sich die

Wege. Während die einen sagen, es liege im Gange der Dinge, daß in Deutschland eine ähnliche ‚Entwicklung' früher oder später eintreten müsse wie früher in anderen Ländern, sagen wir, daß im Gegenteil die Eigentümlichkeit der deutschen Verhältnisse die Monarchie immer als die höhere und als die stärkere Form erwiesen hat. Deutschland wird niemals durch Entwicklung den Punkt erreicht haben, von dem aus es zwingend und rettungslos, sei es schneller, sei es langsamer, auf die Republik losgehen müßte. Wer also hier von Entwicklung spricht, der weiß nicht, was er sagt, oder er spricht wider besseres Wissen. Diese Tatsachen und die Tatsachen der geschichtlichen Entwicklung sind nicht umzustoßen und nicht aus der Welt zu reden. Selbstverständlich, wie jedes größte Kapital, kann auch dieses verschwendet werden und verlorengehen. Um es zusammenzuhalten und zu mehren, ist nur ein Mittel nötig, und ein Mittel allein genügt. Dieses Mittel heißt Kraft — Kraft des Herrschers und Kraft des monarchischen Teiles des Volkes. Die schlummernde, die latente Kraft kann in diesem ununterbrochenen Kampfe nichts nützen. Die Kraft muß bereit, organisiert und tätig sein, geführt von einem Willen und einem Bewußtsein, die weder irgendeine Konsequenz scheuen noch sich über eine solche im unklaren sind. Sind diese Faktoren aber vorhanden, dann können Träger wie Anhänger der Monarchie ein festes Selbstvertrauen mit dem Vertrauen auf die Güte ihrer Sache verbinden. Dieses Gefühl und dieses Selbstvertrauen da entstehen zu lassen, wo es noch nicht, oder nicht mehr, vorhanden ist, und zu befestigen, wo es schwankt, ist eine der allerwichtigsten und höchsten Aufgaben der Gegenwart, denn ihr Verlauf kann, und in der nächsten Zukunft möglicherweise, auch zur Entscheidung werden, einerlei, was für innere Krisen uns bevorstehen, und wie sie verlaufen. Die Träger der Kronen in Deutschland aber müßten bedenken, ein wie großer Zauber von der Kraft ausgeht und wieviel werbende Kraft von dem starken und selbstbewußten Willen. Durch Nachgeben sind Throne noch nie auf die Dauer erhalten worden, sondern — wenn eine scheinbare Erhaltung daraus folgte, so war eine Erschütterung und Schwächung die eigentliche Folge, und erst die Kraft konnte wieder befestigen, wie Bismarck und Wilhelm I. es getan haben.

Mit den November-Ereignissen (1908) ist diese Betrachtung begonnen worden, und deshalb sei hier wiederholt, daß jene Bewegung, die — auf dem Boden der Unwahrheit oder Unwissenheit stehend — sich gegen die Monarchie aufrichtete, jeden Tag auf denselben Grundlagen wiedererscheinen kann. Mag die Form eine andere sein, das Ziel bleibt dasselbe und ist noch nie mit größerer Zuversicht ins Auge gefaßt worden wie seit den Wahlen 1912. Der Träger der Kaiserkrone, sei es der jetzige, sei es

einer seiner Nachfolger, werde um so gründlicher und um so schneller mit solchen Bewegungen fertig werden, je stärker sie sind und sich zeigen, je fester sie die Verbindung mit ihren Anhängern, den Verfechtern des monarchischen Gedankens, sich organisieren lassen, je fruchtbarer für die Nation sie ihre Rechte und ihre Befugnisse vertreten. Je größer die Kraft ist, die von einem Punkt ausgeht, je höher die Energie, die sie aussendet, in desto stärkerem Maße wird dieser Punkt zum Anziehungspunkt und zum Sammelpunkt. Dieses Werbende und Begeisternde, das schon dann vorhanden ist, wenn irgendwo ein Mann rücksichtslos alle Kräfte einsetzt für seinen Besitz und sein Recht — das wird sich in noch ungleich größerem Maße zeigen und fortreißen, wo der Kaiser und König mit seinem Recht auch die Grundlagen aller höchsten nationalen Güter, und diese selbst, verteidigt. Die Welt, die breite Masse, muß aber sehen und begreifen, daß es tatsächlich um diese Güter geht, und sie muß sehen, daß der Monarch bewußt auf seinem Recht steht, alle Kompromisse, Rückzüge und Winkelzüge verachtet. Sowie auch nur der leiseste Schein dafür angeführt werden kann, daß der Monarch selbst nicht felsenfest von seinem Recht überzeugt sei, nicht gewillt sei, unentwegt seinen Standpunkt zu verteidigen, dann ist seine Position, oder zumindest die seines Nachfolgers, im selben Augenblick verloren. Und selbst wenn einmal ein Augenblick käme, wo der Anschein einer antimonarchischen Mehrheit im Deutschen Reich bestände, so würde doch eine Minderheit, mit dem Monarchen an der Spitze, sich auf die Dauer dann immer siegreich durchsetzen, wenn eben der Monarch nie zögert, zu zeigen, daß er sein Recht und seine Pflicht mit der Nation, mit dem Staat und dem Reich gleichsetzt, daß er diese verteidigt und erhält; wenn er sich selbst verteidigt, dann wird er auch das Heer nicht verlieren. — Kaiser und Volk, König und Staat sind (waren) in Deutschland nicht zu trennen, sie können nur eines im anderen zertrümmert oder eins mit dem anderen zersetzt werden. Die langsame, die ‚kalte' Revolution, von den Antimonarchisten ‚freiheitliche Entwicklung' genannt, wirkt nach dem Ergebnis wenig anders als die auf kurze Zeit zusammengedrängte Umwälzung. Der langsamen Revolution gegenüber, wie bei der kurzen blutigen, ist tätige, furchtlose und vertrauende Kraft das einzige Mittel für die Monarchie, führend zu bleiben. Ohne diese Kraft ist sie verloren, und keine Anstrengungen der Monarchisten werden einem Monarchen auf die Dauer den Thron erhalten, der dieser Kraft und dieses Willens: bis ans Ende zu gehen, entbehrt. Verfügt der Monarch aber hierüber, so wird er nach dem alten Wappenspruch: ‚Saevis tranquillus in undis' bleiben, und je größer die gegen ihn gerichteten Kräfte sind, von desto entschlosseneren Anhängern umringt sein. Wo rücksichtslose Entschlossenheit und solche Grundlagen geschichtlichen Rechtes und

geschichtlichen Verdienstes vorhanden sind, da kann der Erfolg niemals zweifelhaft sein. Auf der anderen Seite aber ist es nicht nur das Recht des Monarchen, das alles zu verteidigen bis zum letzten, sondern es ist seine Pflicht, und diese Pflicht wird weder geringer dadurch, noch unumstößlich, daß Millionen machthungriger Demagogen und Demokraten behaupten, es sei ein Gebot der Entwicklung, daß die Masse und die Delegierten der Masse an die Stelle der Monarchie träten."

(Die Hervorhebungen im Druck sind 1913 vorgenommen worden.)

*

Dieses Schlußstück der Schrift „Der Kaiser und die Monarchisten" ist ohne Änderung wiedergegeben worden; so erschienen einem unabhängigen Monarchisten die Lage der Monarchie und die sie bedrohenden Gefahren, ein Jahr vor dem Weltkriege. Der Leser wird durch die sehr gemäßigte Sprache hindurch die große Sorge im allgemeinen wie die Befürchtung nicht verkennen können, daß der gegenwärtige Kaiser die notwendigen Eigenschaften zur Rettung der Monarchie, nämlich die Kraft und die Führungsfähigkeit, nicht besitze.

Er ebenso wie seine Umgebung und sein Haus waren sich auch der Gefahr nicht bewußt, in der die Monarchie sich befand, abgesehen vielleicht allein vom damaligen deutschen Kronprinzen.

Im übrigen ging das Buch „Der Kaiser und die Monarchisten" beinahe unbemerkt und entsprechend wirkungslos an der Öffentlichkeit vorbei, zum guten Teil auch deshalb, weil — wie dem Verfasser später bekannt wurde — der Verlag dem Fürsten Bülow nahestand und die Schrift auf Veranlassung von Freunden des früheren Kanzlers nicht gefördert wurde, weil sie sich mit ihm kritisch beschäftigte.

Der optimistischen Verblendung des größten Teils der damaligen Monarchisten entsprechend begriffen diese nicht, daß der Schritt von der damaligen verfassungsmäßigen Monarchie zum parlamentarisch kontrollierten Kaisertum eine ungleich größere Tragweite haben mußte als der dann früher oder später unvermeidlich folgende Schritt von dem parlamentarisch kontrollierten Kaisertum zur parlamentarischen Republik. Man war da, wie wir sahen, im Grunde genommen ganz einverstanden, daß der Kaiser dem Parlament „bis zu einem gewissen Grade" unterstellt würde; aber man machte sich nicht klar, daß damit das eigentliche Fundament der Monarchie zerbrach. In England gehe dies doch ganz gut! — In England damals gewiß,

aber daß es in Deutschland — wie die Dinge lagen und vorher gelegen hatten — nicht „ganz gut" gehen könne, das glaubte man nicht. In Preußen bestand außerdem für den „Notfall" noch der stille Vorbehalt eines annähernd absoluten Königtums; das Reich möge dann machen, was es wolle.

Aus dem zitierten Schlußkapitel geht hervor, daß der Verfasser der Überzeugung war, daß das Reich auf der schiefen Ebene unaufhaltsam zur kaiserlich etikettierten oder republikanischen Demokratie abwärts glitt, wenn nicht der Kaiser wider Erwarten jene Kraft und Führung entwickeln sollte.

Es ist nötig, sich diese Lage und die Tendenz ihrer Bewegung vor Augen zu halten, wenn man sich die Haltung des Kaisers während des Weltkrieges erklären will.

Der Krieg

Nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 dachte Wilhelm II. nicht entfernt, daß daraus ein europäischer Krieg werden könne: so viele Balkan-Spannungen waren in den vorhergegangenen Jahren gekommen und wieder beseitigt worden — warum sollte es nicht wieder so gehen! Und noch vor einem Jahr hat man doch das Jubiläums- und Friedensfest des Kaisers mit den fremden Souveränen und den herzlichen Wünschen des Präsidenten der Französischen Republik gefeiert!

Über die Größe und die Zusammenhänge der serbischen völkischen Bewegung an sich und mit der Politik der großen Einkreisungsmächte scheint der Kaiser nicht klar gesehen und sein Kanzler wie dessen Stellvertreter nichts davon gewußt zu haben. Ihre Balkan-Politik trieben sie wenigstens nach den Darstellungen und Willensmeinungen der Wiener Diplomatie.

Wochen noch nach dem Morde wurde von Wien aus die Legende verbreitet: es handele sich um eine internationale Anarchistenbande, die sich vorgenommen habe, überall die Inhaber der Throne und deren nächsten Anwärter zu beseitigen. Wilhelm II., der sich zunächst bereits nach Wien zur Teilnahme an der Beisetzung angemeldet hatte, sagte — auf Rat seines Kanzlers eine Erkältung vorschützend — wieder ab, weil man ihm vorgestellt hatte, daß jene berufsmäßigen Königsmörder sein Leben aufs äußerste gefährden könnten. Hieraus zog der Kaiser seinerseits die, innerlich gewünschte, Schlußfolgerung, daß im Falle Franz Ferdinand die Monarchen Europas mit ihren Staaten und Völkern fest gegen das imaginäre Anar-

chistenkomitee zusammenhalten würden, also an einen europäischen Krieg kein Gedanke sei. Eine Züchtigung Serbiens sei selbstverständlich. Vermutlich hat man Wilhelm II. von Wien aus auch möglichst lange in dieser Auffassung gehalten, um ganz freie Hand zu haben. Der Reichskanzler des Kaisers, Herr von Bethmann-Hollweg, hatte das gleiche Bedürfnis und trieb den Kaiser an, seine jährliche Nordlandreise zu machen wie gewöhnlich. Bethmann wollte ungestört seiner diplomatischen Kunst obliegen, in der er sich Meister glaubte.

Als nachher der Kaiser aus eigenem Antrieb zurückkam, begriff er schnell den schweren Ernst der Lage und tadelte das österreichische Ultimatum an Serbien auf das schärfste, und vollends, daß Wien das serbische Entgegenkommen nicht als befriedigend angenommen habe. Die Ereignisse waren über ihn hinweggegangen, und durch das verständnisvolle und prompte Zusammenspiel Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands fand der Kaiser und weniger noch der erst durch die englische Kriegserklärung erwachende Reichskanzler nicht mehr Entschluß und Kraft, die nun schnell nahende Katastrophe aufzuhalten.

Bis zuletzt noch hatte auch der Kaiser gehofft, Großbritannien werde neutral bleiben. Und als diese Hoffnung zerbrach, war auch der Kaiser dem Zusammenbruch nahe und befand sich im Zustande der Verzweiflung. Tirpitz schreibt:

„Der Kaiser war, als er das Scheitern seiner Friedensbestrebungen erkannte, ins Innerste getroffen. Ein alter Vertrauter, der mit ihm in den ersten Augusttagen zusammenkam, äußerte, er hätte nie ein so tragisches und zerstörtes Gesicht gesehen, wie das des Kaisers in diesen Tagen."

Die Stimmung Wilhelms II. damals und sein innerlicher Zusammenbruch spiegeln sich konzentriert in seiner längeren Randbemerkung zu einer Depesche vom 30. Juli 1914 des deutschen Botschafters zu Petersburg. Diese Randbemerkung schließt mit den folgenden Sätzen:

„Also die berühmte ‚Einkreisung' Deutschlands ist nun doch endlich zur vollsten Thatsache geworden, trotz aller Versuche unserer Politiker und Diplomaten, sie zu hindern. Das Netz ist uns plötzlich über dem Kopf zugezogen, und hohnlächelnd hat England den glänzendsten Erfolg seiner beharrlich durchgeführten puren antideutschen Weltpolitik — gegen die wir uns machtlos erwiesen haben —, indem es uns, isoliert im Netze zappelnd, aus unserer Bundestreue zu Österreich den Strick zu unserer politischen und ökonomischen Vernichtung dreht. Eine großartige Leistung, die Bewunderung erweckt selbst bei dem, der durch sie zu Grunde geht!

Eduard VII. ist nach seinem Tode noch stärker als ich, der ich lebe! Und da hat es Leute gegeben, die geglaubt haben, man könnte England gewinnen oder beruhigen durch diese oder jene kleinen Maßregeln!! Unablässig, unnachgiebig hat es sein Ziel verfolgt mit Noten, Feiertagsvorschlägen, scares, Haldane etc., bis es so weit war. Und wir sind ins Garn gelaufen, haben sogar das Einertempo im Schiffbau eingeführt, in rührender Hoffnung, England damit zu beruhigen!!! Alle Warnungen, alle Bitten meinerseits sind nutzlos verhallt. Jetzt kommt der Engl. sog. Dank dafür! Aus dem Dilemma der Bundestreue gegen den ehrwürdigen, alten Kaiser wird uns die Situation geschaffen, die England den erwünschten Vorwand gibt, uns zu vernichten, mit dem heuchlerischen Schein des Rechtes, nämlich Frankreich zu helfen, wegen Aufrechterhaltung der berüchtigten balance of Power in Europa, d. h. Ausspielung aller europäischen Staaten zu Englands Gunsten gegen uns! Jetzt muß dieses ganze Getriebe schonungslos aufgedeckt und ihm öffentlich die Maske christlicher Friedfertigkeit in der Öffentlichkeit abgerissen werden und die pharisäische Friedensheuchelei an den Pranger gestellt werden!! Und unsere Consuln in der Türkei und Indien, Agenten etc. müssen die ganze mohammedanische Welt gegen dieses verhaßte, verlogene, gewissenlose Krämervolk zum wilden Aufstande entflammen; denn, wenn wir uns verbluten sollen, dann soll England wenigstens Indien verlieren. —

W."

*

Dieser Erguß ohnmächtiger, hilfloser Verzweiflung war für niemandes Auge bestimmt, sicher findet sich in ihm, besonders auch in den angeführten Sätzen, nichts Gemachtes. Es hat beinahe etwas Ergreifendes, diese bittere Klage, und dabei das rückhaltlose Eingeständnis der eigenen Unterlegenheit gegenüber Eduard und seinen politischen Nachfolgern und das unumwundene und unmittelbare Gefühl, daß dieser Krieg nicht gewonnen werden könne, und daß er, der Kaiser, durch ihn zugrunde gehe. Und trotzdem dazwischen der später in allen Schriften des Kaisers maßgebende Grundton: das alles würde nicht gekommen sein, wenn man auf ihn, den Kaiser, nur gehört hätte; immer hatte er recht gehabt, immer die anderen unrecht. Dann mitten in diesem völligen Zusammenbruch der gesamten deutschen Außenpolitik vertieft der Kaiser sich noch in Einzelheiten über Schiffbau und verteidigt die falsche Südostpolitik durch Hinweis auf die Ehrwürdigkeit des Kaisers von Österreich und eine vom sentimentalen Standpunkt betrachtete Bundestreue; schließlich moralische Vorwürfe gegen die anderen Mächte

und zuletzt eine zornige, scheltende leere Drohung mit indischem Aufstand, dabei mit dem Ausdruck der Gewißheit, daß Deutschland sich verbluten werde!

Das eine andererseits geht mit dokumentarischer Authentizität aus dieser Randbemerkung hervor: ein Mann, ein Herrscher, der seinen Gefühlen und seinem Urteil nur für sich allein einen derartigen Ausdruck gibt, hat den Krieg nicht gewollt! Wir haben den Gang des Kaisers durch die Jahre seiner Regierung verfolgt und finden, ohne eine einzige Ausnahme, stets nur den Willen, es nie zu einem Kriege kommen zu lassen, es komme, was wolle.

Der Gedanke an die Gefahr eines Krieges ist, wie wir auch sahen, dem Kaiser nicht selten gekommen. Öfter noch ist er vor die Entscheidung gestellt worden, ob er für unbesonnene und unbesonnen eingeleitete außenpolitische Akte bis zum letzten eintreten wolle. Er hat durch Zurückweichen diese Frage jedesmal verneint und auch dadurch immer wieder Stellung und Ansehen des Reiches und seiner eigenen Person zum schweren Schaden des Ganzen gemindert und auf die Dauer gefährdet. Von ihm aus gesehen und in ihrem Wortlaut richtig verstanden hat der Kaiser auch „kriegerische Reden" im Sinne, daß er einen Krieg wünsche, niemals gehalten. Es waren prahlerische Redeblüten, nichts weiter. Sie wirkten in der Welt in solchem Sinne, weil die englisch geführte Weltpropaganda seinen Reden den offensivkriegerischen Gedanken zweckbewußt unterlegte.

Man hatte auch den Eindruck, bei Durchmusterung der so zahlreichen Krisen, Spannungen und Entspannungen, daß auch der Kaiser im Grunde gar nicht mehr an einen wirklichen Waffenkrieg glaubte, mit dem halbbewußten Gedanken: sollte es wieder einmal gefährlich werden, so würde man eben wieder einmal zurückweichen mit der schon wiederholt angewandten Begründung: auch dieser Streitgegenstand könne einen europäischen Krieg nicht rechtfertigen. „Die Welt" wolle ja den Frieden. Das Wiener Ultimatum an Serbien und die Nichtannahme der serbischen Antwort entsetzte ihn, weil er die Größe der wirklichen Gefahr erkannte. Man kann als sicher annehmen, daß er dem Bundesgenossen in den Arm gefallen sein würde, wenn er zu rechter Zeit von seiner Reise zurückgekommen wäre. Aber dann drang zu vieles und von zu vielen Seiten auf ihn ein, zu vieles war inzwischen zu vollendeter Tatsache geworden, weder er noch Bethmann-Hollweg, noch der Staatssekretär des Auswärtigen vermochten noch eine Führung in der Hand zu halten oder in die Hand zu nehmen, schwächliche Versuche des Kanzlers, den Wiener Diplomaten die Führung zu nehmen, als auch ihm die Gefahr endlich unmittelbar drohend vor Augen stand, waren vergeblich. Kaiser, Kanzler und alles, was zu diesem Meinungskreise gehörte,

setzten nun ihre letzte verzweifelte Hoffnung auf die Neutralität Großbritanniens.

In seinen „Betrachtungen zum Weltkriege" schrieb Bethmann-Hollweg:

„Eines muß ich dabei allerdings einräumen: daß selbst russisches Denken davor zurückschrecken werde, ohne äußerste Not den furchtbaren letzten Schritt zu tun, habe ich zu Beginn der Krise ebenso angenommen, wie ich glaubte, daß auch England, vor die allerletzte Entscheidung gestellt, die Erhaltung des Weltfriedens höher schätzen werde, als seine Freundschaften."

Ein vernichtenderes Zeugnis für seine vollständige Unfähigkeit, die europäische Lage und die Haltung der gegnerischen Mächte realpolitisch zu beurteilen und — die Außenpolitik des Deutschen Reiches zu führen, hätte dem Kanzler sein schroffster Gegner nicht erteilen können.

*

Was an Festigkeit und Willenskraft und Klarheit fehlte, sollte nunmehr durch Worte, schöne und starke, dabei gezwungene Worte ersetzt werden. Diesen Ton hat die von Bethmann-Hollweg gefertigte Thronrede des Kaisers zu der außerordentlichen Sitzung des Reichstages am 4. August, die mit gewohnter unfehlbarer Sicherheit, dieses Mal freilich bewußt und absichtlich, an den Kernpunkten vorbeiging und in das Reich und in die Welt hinausrief: Rußland habe die Brandfackel dieses Krieges an das europäische Haus gelegt: man wollte das gute friedliebende Großbritannien und das arme Frankreich nicht verstimmen!

Einer charakteristischen Episode ist hier zu gedenken: In der Erregung jener Tage hatte sich am 1. August eine große Volksmenge auf dem Berliner Schloßhof versammelt und rief nach dem Kaiser. Dieser richtete eine kurze Ansprache an die Menge von einem Balkon des Schlosses aus und sagte: eine schwere Stunde sei hereingebrochen. Gelinge es nicht, den Frieden zu erhalten, so würden „wir das Schwert mit Gottes Hilfe so führen müssen, daß wir es mit Ehren wieder in die Scheide stecken können"! Der Kaiser schloß mit den Worten: „Und nun empfehle ich euch Gott, geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet um Hilfe für unser braves Heer!" Hier sprach zweifellos der Kaiser phrasenlos und aufrichtig und aus dem ihn bestimmenden Gefühl heraus.

Zwischen dieser, der ersten, und der zweiten am Nachmittag desselben Tages gehaltenen Ansprache — so erzählte nach dem Kriege in einer Schrift

der damalige Pressechef des Reichskanzlers, Dr. Hammann — erfuhr dieser, daß bei der demnächstigen Reichstagssitzung ein Teil der SPD. die Kriegskredite ablehnen wolle, weil der Kaiser seinerzeit gegen die SPD. die Worte gebraucht habe: „Eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu führen" und „Vaterlandslose Gesellen". Der Pressechef meldete dies dem Kanzler und riet ihm, der Kaiser möge bei seiner nächsten Ansprache einige Worte der Versöhnung sagen, etwa: für ihn höre jetzt aller Parteiunterschied auf, jedem Deutschen fühle er sich in gleichem Maße verbunden. Der Kanzler ging zum Kaiser, der Kaiser war bereit und sagte in seiner Ansprache sogar: komme es zum Kriege, so höre alle Partei auf, wir seien nur noch deutsche Brüder und: „In Friedenszeiten hat mich ja wohl die eine oder andere Partei angegriffen, das verzeihe ich von ganzem Herzen."

Das war nun auch wieder nicht richtig, weil — nach der Ansicht der SPD., des Kanzlers und des Dr. Hammann — eigentlich der Kaiser sich hätte entschuldigen sollen. Es mußte also noch einmal versucht werden, und dies geschah bei der Ansprache, die der Kaiser vor der Thronrede für den zusammengerufenen Reichstag an die Parteivorstände richtete. Sie lautete nunmehr folgendermaßen:

„Sie haben gelesen, meine Herren, was Ich zu Meinem Volke von dem Balkon des Schlosses aus gesagt habe. Ich wiederhole, Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche. Und zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Standes- und Konfessionsunterschiede zusammenzuhalten mit Mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere Ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und Mir dies in die Hand zu geloben."

Das innerliche Hohnlächeln der Linksparteien bei diesem kaiserlichen Händedruck kann man sich vorstellen. Wenige Tage vorher noch war einer der Führer der SPD., und keineswegs Angehöriger des radikalen Flügels, in Paris gewesen mit der Versicherung an die französischen Genossen: „Wir werden nicht schießen!" Die Führer der französischen Sozialisten aber hatten ihn mit Ablehnung wieder nach Hause geschickt. Die sozialdemokratische Parteileitung hatte von vornherein die Absicht gehabt, die Kredite zu verweigern Sie nahm erst Abstand von diesem Entschluß, als die Führer sahen, daß sie von der tiefen und allgemeinen vaterländischen Bewegung der Arbeiterschaft im selben Augenblick weggefegt sein würden.

Hätte der Reichskanzler, der natürlich um diese Dinge wußte, es ruhig zur Ablehnung der Kredite im Reichstag kommen, die Abgeordneten der SPD. sämtlich festsetzen und die Gewerkschaften auflösen lassen, so würde man in jenem Zeitpunkt die Sozialdemokratie haben auslöschen können, freilich

unter der Voraussetzung einer sofort einsetzenden ausgesprochen sozialen Politik. Nicht jene Worte der kaiserlichen Rede an die Abgeordneten, sondern rein taktische Erwägungen haben die SPD. zur Bewilligung der Kredite bestimmt. Je schwerer nachher der Krieg auf Deutschland lastete, je schwächer sich Kaiser und Regierung zeigten, desto vollständiger verschwand die vaterländische Pose der SPD.

Sehr bemerkenswert war in der kaiserlichen Ansprache der Hinweis auf die „Konfessionsunterschiede"; sie galt den Juden und sollte bei ihnen gute Stimmung erzeugen; man denkt dabei unwillkürlich an das Jahr 1848 mit den ständigen Versammlungsforderungen nach Beseitigung der „Konfessionsunterschiede".

Am 19. August hielt der Kaiser an das 1. Garde-Regiment zu Fuß vor dessen Ausrücken eine Ansprache in durchaus kriegerischem Geiste und sagte am Schlusse:

„Unser alter Ruhm ist ein Appell an das deutsche Volk und sein Schwert. Und das ganze deutsche Volk bis auf den letzten Mann hat das Schwert ergriffen. Und so ziehe Ich denn das Schwert, das Ich mit Gottes Hilfe jahrzehntelang in der Scheide gelassen habe." (Bei diesen Worten zog der Kaiser das Schwert aus der Scheide — schrieb der Berichterstatter — und hielt es hoch über seinem Haupte.) „Das Schwert ist gezogen, das Ich, ohne siegreich zu sein, ohne Ehre nicht wieder einstecken kann, und ihr alle sollt und werdet Mir dafür sorgen, daß es in Ehren wieder eingesteckt werden wird. Dafür bürgt ihr Mir, daß Ich den Frieden Meinen Feinden diktieren kann. Auf, in den Kampf mit den Gegnern, und nieder mit den Feinden Brandenburgs! Drei Hurras auf unser Heer!" Und dann fügte der Kaiser hinzu: „Und jetzt wollen wir sie dreschen!"

Nicht nur jetzt zurückschauend, sondern damals im August 1914 war der Eindruck dieser Ansprache nicht sympathisch. Der Ton und die Geste, das Wort vom Diktieren des Friedens, zu dem ihm das Regiment verhelfen sollte, die Feinde Brandenburgs, das „Dreschen" — das alles erweckte trotz des ernsten Augenblicks den Eindruck des Theatralischen, des Gemachten, und war so gar nicht im Wesen des Kaisers liegend. Die Schlußwendung vom Dreschen hätte vielleicht einigermaßen der Stimmung des alten Dessauer vor der Schlacht entsprochen. Im Herzen Wilhelms II. aber saßen Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung. Wie immer während seiner langen Regierung war er bestrebt, sich nach außen in Wort und Pose als um so stärker zu zeigen, je trostloser und schwächer er im Inneren war, je weniger er sich der Lage und Aufgabe gewachsen fühlte.

Der Krieg hätte dem Kaiser noch eine Möglichkeit gegeben, das stetige Sinken seines Ansehens in ein Steigen zu verwandeln, wenn — ja, wenn sein Anspruch begründet gewesen wäre, dem deutschen Volk ein Herrscher und damit ein Führer zu sein und als solcher anerkannt zu werden. Es gab damals manche, die hofften, die ungeheure Aufgabe, die jener Kampf Deutschlands gegen eine so gewaltige feindliche Koalition an Staat und Volk stellte, auch im Deutschen Kaiser Kräfte freimachen und entwickeln werde, die vielleicht in der langen Friedenszeit nur verborgen geblieben wären. Weit über den Kreis der unbedingten Monarchisten hinaus würde man ein festes und kühnes Führertum des Kaisers im Kriege mit tiefer Erleichterung und wachsendem Vertrauen begrüßt haben, auch wenn er die Verfassung dabei unbeachtet gelassen hätte. Das Gegenteil geschah. Je länger der Krieg dauerte, desto weniger hörte und sah man vom Kaiser, desto passiver und willenloser ließ er sich von denjenigen leiten, die selbst nicht an Sieg dachten, sondern ausschließlich ihrer „Verständigungs"-Illusion nachhingen und glaubten, sie durch Schwäche nach außen und im Inneren verwirklichen zu können. Desto mehr trat Bethmann-Hollweg in den Vordergrund, der Mann, dessen gesamte Außenpolitik mit dem Tage der Kriegserklärung Großbritanniens, nach seinen eigenen Worten, „wie ein Kartenhaus zusammengestürzt war".

Der Kaiser hat damals die Unfähigkeit und katastrophale Fehlleistung Bethmanns ganz erkannt, ihn jedoch nicht entlassen, mit der nachher gegebenen, nicht verständlichen Motivierung: Bethmann sei für den Ausbruch verantwortlich und müsse deshalb auch während der Dauer des Krieges Kanzler bleiben. Der Kaiser hat hierzu den englischen Spruch zitiert: Während des Rennens dürfe man den Jockei nicht wechseln. Dieser „Jockei" freilich hatte schon vor dem eigentlichen Rennen, während der fünf Jahre seiner Kanzlerzeit, bewiesen, daß er der Kunst des Reitens nicht mächtig war. Dagegen konnte man ihm nicht absprechen, daß ihm in hohem Grade die Kunst der Behandlung der kaiserlichen Person eigen war. Wilhelm II. vermochte nicht, sich von diesem Manne zu trennen, bis es zu spät war. Auch da war es das persönliche Verdienst des Kronprinzen, die entscheidenden Schritte zu tun, um seinen Vater dazu zu bewegen.

Es hat wohl sehr selten einen Kanzler, einen Ministerpräsidenten oder Außenminister in einem europäischen Staat gegeben, der dem Wesen der Außenpolitik verständnisloser und überheblicher gegenübergestanden hätte als Bethmann-Hollweg. Neben ihm war Caprivi beinahe ein Bismarck. Bethmann-Hollweg galt bis zum Kriege im damaligen Deutschland, bewundernd sagte man es, als ein Mann von tiefer Bildung — er hatte auch immer die besten Examina gemacht — und von edelsten Prinzipien, ein Bild der Recht-

schaffenheit und philosophischer Lebensauffassung; die letztere erschwere ihm freilich bisweilen, Entschlüsse zu fassen, aber dieser Mangel könne natürlich den gediegenen Glanz seiner geistigen und sittlichen Persönlichkeit nicht trüben, vollends wenn man an den leichtsinnigen, frivolen Bülow denke. Über Bülow ist gesprochen worden; ob er für den Krieg als Kanzler ausreichend gewesen wäre, ist eine müßige Frage, sicher jedoch, daß er jene Reihe folgenschwerer Fehler nicht gemacht haben würde, weder nach innen noch nach außen, durch die Bethmann-Hollweg der Katastrophe im Herbst 1918 mit höchstem Erfolge vorgearbeitet hat.

Dieser „schwerblütige, ernste", vor Rechtschaffenheit leuchtende Mann wurde im selben Augenblick ein ganz anderer, wenn er Gefahr für seine Kanzlerstellung witterte. Dann scheute er keine Intrige und entwickelte eine fabelhafte Gewandtheit nach allen Seiten, immer im Tone einer noch verstärkten Biederkeit. Wer gegen ihn war und diese Gegnerschaft zu betätigen versuchte, war nicht nur sein Todfeind, sondern der des Reiches und untergrub die Monarchie. Er treibe die Politik des Kaisers nach dessen Befehlen; wer des Kanzlers Politik angreife, greife also den Monarchen an und gefährde die Monarchie. In solchen Fällen ging der Kanzler rigoros vor mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung standen. Kritiker seiner Amtsführung bezeichnete er als Piraten der öffentlichen Meinung, als Vergifter des Volkes, enthob sie entweder ihrer amtlichen Stellungen, steckte sie in sogenannte Schutzhaft, ließ sie durch den Staatsanwalt verfolgen, stellte ihre Korrespondenz und ihr Telephon unter Kontrolle, ließ fleißig Haussuchungen bei ihnen halten. Es war bezeichnend, daß dieser Grimm stets nur ausgesprochen nationale Menschen verfolgte, auch was Zeitungsverbote anlangte, die in jenen Kreisen an der Tagesordnung waren. Wenn dagegen der Kommandierende General in den Marken zum Beispiel das Erscheinen des jüdischen „Berliner Tageblatts" auch nur für einen Tag verbot, so wurde dieses sofort vom Kanzler wieder aufgehoben, weil ein solches Verbot nicht nur im Inlande, sondern besonders auch im Ausland als Zeichen einer reaktionären Regierung betrachtet werden würde. Nach dem Kriege schrieb der Pariser „Figaro": Herr Theodor Wolff, der jüdische Chefredakteur des „Berliner Tageblatts", verdiene den Dank Frankreichs, denn er habe während des Krieges wie ein Generalvertreter der französischen Presse in Berlin gewirkt.

Bethmann-Hollweg war ein höchst gewandter Redner, dialektisch und psychologisch besonders den Kaiser mit Geschicklichkeit beurteilend. Er wurde durch den Außenminister und die Umgebung des Kaisers emsig unterstützt. Und bis zuletzt glaubte der Kaiser immer wieder: schon deswegen müsse er Bethmann behalten, weil mit ihm am ehesten, wegen ihres wert-

vollen Vertrauens zu ihm, die Feinde Frieden der Verständigung mit Deutschland schließen würden. Der Kanzler seinerseits, dessen Fähigkeiten in Deutschland, wie es nicht anders sein konnte, im Verlaufe des Krieges mit immer größerer Beunruhigung um den Ausgang beurteilt wurden, tat Besuchern und Interpellanten gegenüber so, als ob er lieber heute als morgen zurücktreten würde. Lediglich schwere Pflicht halte ihn noch in seinem Amt. Wiederholt äußerte er sich wörtlich dahin: sofort sei er zum Rücktritt bereit, wenn er nur eine Persönlichkeit wüßte, die der seinigen vorzuziehen sei; er wisse aber keine!

Wir müssen der Versuchung widerstehen, eine Geschichte der Amtsführung Bethmann-Hollwegs zu schreiben, aber es ist andererseits unmöglich, an dieser unheilvollen Gestalt vorbeizugehen, wenn vom Kaiser gesprochen wird. —

In seinen Kriegsbriefen schreibt Tirpitz aus dem Hauptquartier im März 1915: „Mein Oberstabsarzt sagt, der Kaiser betete förmlich nach einer Erlösung durch Abschiebung der Verantwortlichkeit, aber dann stößt er auf die Mauer, mit der Er sich selbst umgeben hat, und stößt auf sein Selbstgefühl"; eine ebenso kurze wie richtige Charakteristik des damaligen Innenzustandes Wilhelms II.! Der Krieg zwar hatte diesen Zustand nicht geschaffen. Wir haben gesehen, wie der Kaiser seit seinem Regierungsantritt vor jedem wirklichen Entschluß zurückschreckte oder auf einem Viertel des Weges ihn wieder fallen ließ, während er in Worten und äußerer Haltung als inneres und äußeres Gegengewicht äußerste Entschlossenheit und Verantwortungsstärke markierte. Der 9. November 1918 dann nahm ihm den Rest an wirklichem, nicht fingiertem, Selbstvertrauen, an Entschluß- und Tatkraft, und an die Stelle des früheren Dranges, hervorzutreten und sich zu zeigen, trat eine zunehmende innere Abgespanntheit, Scheu vor Entscheidungen, Sehnsucht nach Ruhe und Abgeschlossenheit in seinem Vertrautenkreise. Es war nicht seine Schuld, daß er so war. Es war auch nichts Überraschendes, daß er der Last der Verantwortung im Kriege von vornherein erlag, vollends nachdem auf die übersteigerte Hochstimmung nach den ersten Landsiegen mit der Marnekatastrophe — die eine Führungskatastrophe war — die mit so großer Sicherheit geglaubte programmatische baldige Beendigung des Krieges vom Horizonte der Möglichkeiten verschwunden war. Es war aber nicht allein die Verantwortung, es waren nicht allein die zerstörten Hoffnungen, sondern die für eine Wesensart, wie die des Kaisers, grause Notwendigkeit, Entschlüsse zu fassen und auf ihnen zu beharren. In jener Randbemerkung zum Bericht des deutschen Botschafters aus Petersburg hatte Wilhelm II. eine klare Erkenntnis Englands als des Kriegsanstifters und des Hauptfeindes entwickelt. Trotzdem hielt er sich

auch fernerhin ängstlich gebunden an diesen Kanzler, der England entgegengesetzt beurteilte und danach auch im Kriege seine Politik führte und ihr auch die Kriegführung mit Erfolg dienstbar zu machen trachtete, ebenso wie sein Staatssekretär von Jagow und der aus der Deutschen Bank hervorgegangene Minister Helfferich, und jene gesamte mächtige Clique: Diplomaten, hohe Beamte, Fürstenhöfe, die Bank- und Geschäftswelt, Hochschullehrer usw. usw.

Tirpitz, der Schöpfer der Flotte — die 1914 freilich noch lange nicht fertig war —, er, dessen Geist die Taktik und Strategie der Flotte geschaffen hatte und durchdrang, verlangte vom Kaiser, daß diese Flotte nicht untätig bleibe, sondern durch entscheidende Aktionen entschlossen den Kampf mit der englischen aufnähme. Der Kanzler, der den Eintritt Englands in den Krieg für ein Mißverständnis hielt und seine Politik deshalb nach dem Irrlicht der Verständigung mit Großbritannien orientiert hielt, widersetzte sich dem Einsatz der Flotte, jene Umgebung des Kaisers dachte ebenso. Man suggerierte dem Kaiser: seine schöne Flotte dürfe nicht dem Verlust oder schwerer Schädigung ausgesetzt werden, man müsse sie bis zum Schluß des Krieges aufsparen. Sollte aber die Flotte in einer Schlacht der englischen ernsthaften Schaden zufügen, so würde das als das größte Unglück zu betrachten sein, nämlich eine so große Erbitterung auf der Insel erwecken, daß von einer Verständigung dann sicher nicht mehr die Rede sein könne. Wenn die jeweilige Stimmung des Herrschers von dieser Seite nicht zu beeinflussen war, so fing man aus demselben Kreise an, die Güte des Schiffsmaterials der deutschen Flotte zu bemängeln: das englische Material sei auch qualitativ weit überlegen. Eine Schlacht zu wagen, bedeute nutzlosen Verlust und ein Massenbegräbnis der armen Besatzungen auf ihren schlechten Schiffen.

Tirpitz und die ihm gleichgesinnten Admirale ließen, solange sie es konnten, nicht nach, den Kaiser zu drängen. Ende März 1915 schreibt Tirpitz:

„Bachmann (der Chef des Admiralstabs) kam heute ganz traurig von seinem Vortrag zurück. Der Kaiser hörte ihn an, dann hielt er einen halbstündigen Gegenvortrag und sagte: ‚Nein.' Einmal sollte die Flotte hinausgehen, sich aber nicht schlagen lassen; wenn man das letztere nicht wollte, so dürfte man sie eben nicht herauslassen." — So ging es hin und her bis zum Sommer 1916, und da zeigte die deutsche Flotte in der Skagerrakschlacht, daß sie ein Jahr vorher — als die 1916 vorhandene Übermacht der englischen Schlachtflotte lange nicht so groß war — einen vollständigen Sieg erfochten haben würde. Nach der Skagerrakschlacht fuhr Bethmann-Hollweg nach Wilhelmshaven und gab seine Meinung den Admiralen gegenüber

kund: dieses Mal sei die Sache ja noch glimpflich abgelaufen, aber so etwas dürfe nicht wieder vorkommen. Die Wilhelmstraße war außer sich vor Entrüstung, weil durch die Skagerrakschlacht die notwendige Verständigung mit England erschwert worden sei.

In jenem März 1915 ließ der Kaiser die Admirale wissen, „man solle ihn verschonen mit Denkschriften, er wolle sich nicht um die Flotte sorgen müssen"; sie solle also untätig bleiben.

In Betrachtung der damals schlimmen Lage überall zu Lande schreibt Tirpitz:

„Ich sehe nur ein Mittel, der Kaiser muß auf acht Wochen oder mehr sich krank melden, an Stelle Bethmanns muß Hindenburg kommen und diesem alles unterstellt werden, zugleich Armee und Marine. Der Kaiser muß zunächst nach Berlin. Kessel (der Kommandierende General in den Marken) suchte mich auf, und er war auch entsetzt über den Kaiser und seinen gesundheitlichen Zustand. ‚Er hätte nicht dareingeredet, er hätte überhaupt nichts getan und sehe schon, schließlich müßte er allein die Zeche bezahlen', sagte der Kaiser. Kessel meinte, der König von Bayern müsse bestimmt werden, ihm zuzureden, sich auf einige Zeit krank zu melden. Ich riet ab, wenn irgend möglich, müßte es von ihm selbst kommen mit Hilfe der Kaiserin. Oberstabsarzt Z. bzw. der Leibarzt müßten es ärztlich für erforderlich halten, sonst ginge er nicht fort."

Am 21. April 1915: „Heute ließ mich die Kaiserin kommen. Ich habe ihr ungeschminkt meine Ansicht von der Lage dargelegt. Der Kaiser wäre hier umgeben und eingeschlossen von einer weichen Masse. (‚Ja, leider ist es so', meinte sie.) ... Wenn der Kaiser mir den Seekrieg überlassen wollte und mir überlassen würde, dann würde ich es tun. Aber davon ist keine Rede. Bethmann, Müller und Treutler vereint machen alles, was sie tun können, um die Marine nicht zum Tragen zu bringen, und der Kaiser fällt nach dem kleinsten Anlauf sofort um. Dies hier zu erleben und gar nicht ändern zu können, ist schrecklich für mich."

Die „weiche Masse", oder, wie Tirpitz sich auch ausdrückt: „Die Stuckmauer", die den Kaiser umgäbe, bedeutete alle jene Persönlichkeiten, die stets das Kompromiß, das Nachgeben und Zurückweichen wollten und persönlich vertraten. Nicht nur Tirpitz, sondern zahlreiche national besorgte Politiker, Wirtschafter usw., die versuchten, direkt oder durch Denkschriften auf den Kaiser einzuwirken, sind an dieser Stuckmauer gescheitert, es gelang ihnen nie, sie zu durchbrechen. Der Kaiser sollte in der Hand dieser Leute bleiben, nichts wissen, über nichts unterrichtet werden, was nicht von

ihnen selbst kam oder aber von ihnen vorher entsprechend zubereitet worden war. Alles, was ungünstig war oder werden würde, durfte der Kaiser nicht hören.

Es gab da mancherlei Methoden: ein sehr fähiger und erfahrener deutscher Seeoffizier, der Sohn des berühmten Forschers Humann, in Konstantinopel geboren, langjähriger Freund des berühmten Enver Pascha, kam während des Krieges aus Konstantinopel nach Deutschland mit dem Hauptzweck, dem Kaiser Vortrag über die Kriegslage um Konstantinopel und auf der Balkan-Halbinsel zu halten. Mit dieser Aufgabe hatte ihn das dortige deutsche Oberkommando entsandt. Humann fuhr nach dem kaiserlichen Hauptquartier, nachdem ihm nach längeren Bemühungen gestattet wurde, sich beim Kaiser zu melden. Unmittelbar vor dem Empfang erklärte ihm der Chef des Marinekabinetts: er dürfe unter keinen Umständen von sich aus dem Kaiser von der Türkei sprechen, sondern müsse warten, bis der Kaiser davon anfinge. Als der Kapitän vorgelassen wurde, befand sich der Kaiser in seinem kleinen Kreise und las diesem aus einem Geschichtswerk über die Herkunft der Hethiter vor. Diese Lesung dauerte stundenlang, und es folgte ihr eine Diskussion über das interessante Volk der Hethiter. Verschiedentlich versuchte Humann trotz der vorhergegangenen Warnung das Gespräch auf den Dardanellenkampf und die Verhältnisse des Nahen Orients zu bringen, jedoch vergeblich. Er mußte am nächsten Tage abfahren, ohne sich auch nur des kleinsten Teils seines Auftrages entledigt zu haben.

Die Umgebung des Kaisers pflegte Kriegsjahr auf Kriegsjahr mit stärkeren Ausdrücken zu versichern: des Kaisers Nervenzustand und Gemütszustand könne eben unangenehme Nachrichten nicht ertragen. Seine Majestät brauche Sonne. Die Wahrheit dieser Begutachtung kann auch rückschauend nicht bestritten werden. Das Bedürfnis nach Sonne hatten freilich wohl alle Deutschen, die mit steigender Sorge und in ohnmächtiger Wut in die Zukunft blickten. Andererseits mußte man gerechterweise anerkennen, daß der Kaiser tatsächlich unter der Last, die ihm der Krieg auf die Seele gelegt hatte, zusammengebrochen war und sich nicht erheben konnte. Und deshalb brauchte er jene „weiche Masse", die ihn aufs sorgfältigste davor zu bewahren trachtete, daß der Kaiser vor weittragende Entschlüsse gestellt würde. Man sagte ihm in solchen Fällen: das sei ja nicht nötig, man müsse die Dinge nur gehen lassen, das sei das beste. Selbst der so einflußreiche Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller, erklärte an Tirpitz: die Umgebung des Kaisers sei dermaßen auf ihn eingestellt, daß sie ihm in allen Dingen nachgäbe. Tirpitz bemerkt dazu in seinen Kriegsbriefen: „Sich selbst vergißt er!"

Schon am 1. Oktober 1914 schreibt Tirpitz: „Der Kaiser und Bethmann halten nicht durch. Ersterer scheint sogar die Erlaubnis gegeben zu haben, daß Bethmann betteln geht. (Bei England! Der Verfasser.) Wie kann der finish gut werden bei dem Start! Ein schier unermeßliches Kapital ist in den letzten Jahrzehnten verschleudert, irgendwo und irgendwie mußte der Krug zu Bruch gehen."

Im April 1915: „W. trat heute an mich heran und erzählte, es hätte sich in Berlin eine feste Vereinigung gebildet, zu der die maßgebenden Persönlichkeiten gehörten, die auf jeden Fall mit England sich arrangieren wollen. Mir war das ja nicht unbekannt. Hapag, Banken, alle früheren Botschafter und Gesandten, dazu die Wilhelmstraße, Überläufer in Fülle, ‚laßt alle Hoffnung fahren', könnte man wirklich sagen."

Auch dem Verfasser dieses Buches war jene stille Verschwörung bekannt. Sie bildet nur eine erweiterte Fortsetzung der Politik Bethmanns und Jagows vor dem Kriege. Durch einige Verbindungsleute korrespondierte man mit Engländern, gab Interviews an Neutrale, die auf demselben Kurse lagen. Eine solche Unterredung zwischen Ballin und einem Neutralen erregte schon im ersten halben Jahre des Krieges dadurch großes Aufsehen. Ballin sagte: die englische Hungerblockade habe bereits zum Beginn der „moralischen Aushungerung" des deutschen Volks geführt. Ballin ging beim Kaiser aus und ein und hatte mit diesem und wohl auch anderen den Gedanken ausgeheckt, man müsse diesen Krieg jetzt möglichst bald unentschieden beenden und dann einige Jahre später „den Zweiten Punischen Krieg" mit zerschmetternder Wucht gegen England führen. Das Bonmot vom Zweiten Punischen Kriege begeisterte den Kaiser, natürlich in dem — nicht ausgesprochenen Gedanken: Nur jetzt erst einmal so schnell wie möglich „irgendeinen" Frieden! Was nachher kommt, darum brauchen wir uns dann noch nicht zu kümmern! Ballin richtete damals ein Schreiben an den Verfasser, in den er denselben Gedanken in der Form ausdrückte: im Ziel sei er natürlich mit dem Verfasser einig, glaube aber, daß dieses nicht in diesem, sondern erst in einem späteren Kriege erreicht werden könne. Jetzt müsse man möglichst schnell zu einem Frieden gelangen. Er, Ballin, stehe jederzeit zu einer mündlichen Unterhaltung zur Verfügung. Der Verfasser antwortete: er stehe in seinem Redaktionszimmer zur Verfügung, so daß aus der Unterhaltung nichts wurde; es war ein Fehler des Verfassers, die unter allen Umständen aufschlußreiche Unterhaltung nicht zustande kommen zu lassen.

In dieselbe Atmosphäre gehörte eine Friedenseinrichtung, nämlich wöchentliche Abende im Berliner Hotel „Kaiserhof", zu denen der Berliner

Repräsentant der Hapag Dauereinladungen schickte. Die nicht eben kärgliche, zur Einladung gehörende Verpflegung hat viele angelockt und für Einwirkung zugänglich gemacht. Der Verfasser sagte noch vor dem Kriege in einem Privatgespräch mit einem hohen Beamten des Auswärtigen Amtes: diese Abende seien doch nichts weiter als eine kaum maskierte Bestechung, worauf dieser lachend zustimmte. Er selbst war sicher unbestechlich, vielleicht auch nicht beeinflußbar, aber das Ganze war im Frieden, und vollends im Kriege, eine ausgesprochene, sehr gefährliche Korruptionserscheinung. Nicht viel anders stand die Sache mit einer Anzahl sogenannter politischer Salons in Berlin, die zum großen Teil indirekt und direkt der Spionage zu dienen hatten. Welche Sonderzwecke alle diese Salons und „Abende" verfolgten — sie dienten sämtlich einem unbedingten Pazifismus mitten im Kriege. Ihre Gefährlichkeit konnte kaum überschätzt werden, denn sie waren, in bestem Falle, sehr ergiebige Quellen schwerster landesverräterischer Indiskretionen. In der offiziösen Presse wurde „Durchhalten" gepredigt, während fortgesetzt von „oben" das pazifistische Gift verbreitet wurde, um den Willen und die Kraft zu aktivem Durchhalten zu schwächen. Daß der Kanzler diese Richtung hatte, war allgemein bekannt, zunächst weniger, daß der Staatssekretär von Jagow, der übrigens auch zu jener „weichen Masse" gehörte, neben den „großen" Geldleuten ein Mittelpunkt war.

Ein Kanzler, der klar und nüchtern sah, begriff, was dieser Krieg bedeutete, und den Feind kannte, hätte von Anfang an dieses im Grunde genommen landesverräterische Treiben rücksichtslos ausgerottet, es überhaupt nicht aufkommen lassen. Bethmann-Hollweg tat das Gegenteil und traf damit beim Kaiser wieder den Punkt des geringsten Widerstandes — ja begegnete einem unausgesprochenen Wunsche und Sehnen. Daran änderte nichts, wenn der Kaiser gelegentlich nach seiner Art stärkste Worte des Zornes gegen England brauchte und damit seine tatkräftigen Regungen abreagierte.

*

Charakteristischerweise für die innere Lage während des Krieges wurde kaum mehr vom Kaiser, vom Kanzler gesprochen, sondern von dem, in der Reichsverfassung nicht enthaltenen, Abstraktum: Reichsleitung. Daneben stand die Heeresleitung, deren Ansehen durch die Leistung Hindenburgs und Ludendorffs und die Persönlichkeit Hindenburgs schnell in der deutschen Bevölkerung Autorität wurde, die einzige Autorität und — je weiter der Krieg fortschritt — auch die einzige Hoffnung. Wie die Dinge lagen, war

nur natürlich, daß die „Reichsleitung" stets in irgendeinem latenten oder offenen Gegensatz zur Heeresleitung stand. Dieser Gegensatz, außer dem politischen und dem der Kriegführung, beruhte zu einem sehr beträchtlichen Teil auch auf der Eifersucht Bethmann-Hollwegs. Der Kaiser neigte wesens- und gesinnungsmäßig zum Kanzler, empfand und erkannte aber, daß die Stütze und Stärke, deren er und das Reich bedurfte, nur bei Hindenburg zu finden war. Angesichts dieser eigenen Schwäche, des eigenen inneren Widerstreits und immer schwerer durch den Krieg gedrückt, war Wilhelm II. selbstverständlich auch nicht der Mann, der er, vor allem im Kriege, als Kaiser und Oberster Kriegsherr hätte sein müssen, der Mann, der aus sich selbst entschied und jenem im Sinne des Wortes verderblichen Dualismus ein Ende gemacht hätte. Bethmann blieb, und als er schließlich 1917 verschwand, folgten ihm zwei von vornherein der großen Aufgabe nicht im allergeringsten gewachsene Kanzler; ganz abgesehen davon, daß die Lage und damit die Aufgabe, politisch gesehen, noch viel schwerer und komplizierter geworden war, als sei sie bei Ausbruch des Krieges für einen starken und realpolitisch urteilenden Kanzler gewesen wäre.

Eine der letzten „Taten" des Reichszermürbers war ein Friedensangebot an die Mächte, das er persönlich mit dem Kaiser vereinbart hatte. Stil und Sprache sind kennzeichnend, ein Zeichen der Zeit und der Stimmung:

„Mein lieber Bethmann! Unser Gespräch habe ich noch nachher gründlich überdacht. Es ist klar, die in Kriegspsychose befangenen, von Lug und Trug im Wahn des Kampfes und im Haß gehaltenen Völker unserer Feinde haben keine Männer, die den moralischen Mut besäßen, das befreiende Wort zu sprechen. Den Vorschlag zum Frieden machen ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt, auch die Neutralen, von dem auf allen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz hat für seine und die feindlichen Menschen, die unbekümmert um die allenfallsigen (dieses schöne Bürokratenwort rührte ohne Zweifel von Bethmann-Hollweg her) absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu, ich will es auf Gott wagen!"

Dann folgte ein Angebot über die Art des herzustellenden Friedens, das am 12. Dezember des Jahres 1916 an die Mächte ging. Die Feinde nahmen es selbstverständlich als ein Zeichen der Schwäche und Verzagtheit, und tatsächlich war es ja auch ein solches. Dazu kam der Ton, der den Feinden, soweit sie es nicht schon wußten, schon allein verraten hätte, wie es mit der Stimmung bei Kaiser und Kanzler stand. In England besonders aber kannte man die beiden Persönlichkeiten genug, um richtig zwischen den Zeilen des

Angebots zu lesen. Mit Hohn wurde es abgelehnt: das schuldige Deutschland, der Weltfrevler, wolle sich jetzt dem Strafgericht entziehen, das er drohend herannahen sähe.

Der Kronprinz hat in einer seiner Schriften erzählt, daß es der Kaiser beinahe stets verstanden habe, eine militärische Lage richtig zu beurteilen. Man hat dies auch manchmal mit Recht von politischen Lagen sagen können, aber immer nur dann, wenn dabei kein Risiko, keine Furcht oder keine Hoffnung im Spiel war. Damals in seiner Randbemerkung vom 30. Juli 1914 hatte er das Ziel Englands im großen richtig gesehen und gekennzeichnet. Und trotz aller Erfahrungen des Krieges konnte er noch glauben, daß man in London dieses Friedensangebot anders denn als ein Bekenntnis der Schwäche werten würde, und nicht verstehen, daß das britische Kriegsziel von Anfang bis zu Ende völlige Niederwerfung Deutschlands bleibe! Folgerichtig war nach der schroffen, höhnischen und beleidigenden Ablehnung des Friedensangebots die Gemütsdepression des Kaisers um so stärker. Die Geschichte des Krieges, auch wenn man sie ohne alle militärischen Urteile und Wertungen betrachtet, und besonders die Geschichte des U-Boot-Krieges, gibt ein erschütternd klares Bild von dem gänzlichen Mangel an Zielsicherheit und Festigkeit der „Reichsleitung":

Anfang Februar 1915 wurde der U-Boot-Krieg vorzeitig, weil zu wenig Boote vorhanden waren, gegen den Widerstand des Admirals Tirpitz, begonnen. Bald beklagten sich die Neutralen, und deshalb wurden den U-Boot-Kommandanten Beschränkungen auferlegt. Mit der wachsenden Zahl der Boote nahmen auch ihre Wirkungsmöglichkeiten zu, und die Vereinigten Staaten legten sich von Fall zu Fall mit drohenden diplomatischen Noten ins Mittel. Jedesmal wurde weiter nachgegeben, und nach jedem neuen Nachgeben folgte eine noch drohendere Note aus Washington. Um die Jahreswende 1915/16 machte Tirpitz den Versuch, der nunmehr angewachsenen U-Boot-Flotte freie Bewegung in ihrer Kriegführung zu verschaffen, und scheiterte: wieder hatte Bethmann-Hollweg gesiegt; Tirpitz nahm, gezwungen, seinen Abschied, begleitet von der höchsten Ungnade des Kaisers und Verleumdungen Bethmanns und seiner Leute. Damit war der eigentliche richtige Augenblick verpaßt, und als die allgemeine Kriegslage schließlich auch jener „Reichsleitung" den Unterseehandelskrieg als einziges Rettungsmittel aus der Not aufzwang, da war es sehr spät, und, wie die weitere Entwicklung des Krieges dann zeigte, zu spät. Man erkennt unschwer an dieser dreijährigen Geschichte des U-Boot-Krieges die alten Merkzeichen der Außenpolitik des Kaisers während der vorhergegangenen Friedenszeit: lärmendes Auftrumpfen zu Beginn, Bluffen mit unzureichenden Mitteln,

Zurückweichen vor Drohungen und — das kam im Kriege hinzu: Verzweiflungsschritt gleichsam mit geschlossenen Augen. Hätte man den Unterseehandelskrieg, anstatt im Februar 1915, ein Jahr später begonnen, so würden die Feinde ihre U-Boot-Abwehrmittel nicht in aller Ruhe haben ausbilden, keine Erfahrungen sammeln können, und der Kampf wäre im rechten Augenblick mit einer genügend starken U-Boot-Flotte gegen einen unvorbereiteten Feind eröffnet worden und hätte aller Voraussicht nach den entscheidenden Erfolg gehabt. Diese Schlußfolgerung ist durch die Erfolge gerechtfertigt, die trotz aller großen Erschwerungen der Unterseehandelskrieg noch in den Jahren 1917/18 hatte.

*

Die Nachricht von der ungnädigen Entlassung des Großadmirals von Tirpitz rief in Großbritannien tiefe Erleichterung und großen Jubel hervor. An der Londoner Börse trat Hausse ein, die Schiffsversicherungen fielen. Bethmann-Hollweg wurde wegen seiner „Weisheit" von der Londoner Presse gelobt. Das Londoner Witzblatt „Punch" brachte, wie nach Bismarcks Entlassung, ein Bild. Anstatt des „Lotse von Bord" hieß es für Tirpitz: „Pirat von Bord."

Der englische Blockademinister Lord Robert Cecil sagte im Jahre 1917 dem schweizerischen General Wille: „Die deutschen Heere sind freilich unbesiegbar, aber wir verlassen uns auf den Deutschen Reichstag!" Eine französische Zeitung schrieb: „Die Deutschen würden nicht an alle Türen anklopfen, wenn sie nicht fühlten, daß es mit ihrer Kraft zu Ende geht." Die Mehrheit des Reichstags aber beschloß im Sommer 1917 jene sogenannte Friedensresolution. Ihr wesentlicher Inhalt war das Verlangen nach einem „Verständigungsfrieden", aus dem die Feinde gleichfalls entnahmen, daß jene Reichstagsfraktionen und die hinter ihnen stehenden Wählermengen den Willen zum Siege, soweit sie diesen überhaupt einmal gehabt hatten, nicht mehr besaßen und, trotz einiger hochtrabender Phrasen, auf annähernd jede feindliche Bedingung einzugehen bereit waren. Im nationalen Lager wurde die Friedensresolution richtiger als die Verzichtresolution oder die Hunger-Friedens-Resolution bezeichnet.

Vielleicht könnte hier eingewendet werden, was denn diese Dinge mit dem Kaiser zu tun gehabt hätten, da der Reichstag doch sein verfassungsmäßiges Recht ausgeübt habe. Demgegenüber wäre die Gegenfrage am Platz, ob es unter einem stärkeren und entschlosseneren Kaiser jemals so weit in Deutschland hätte kommen können. Man muß darauf unsere alte Antwort geben,

der Kaiser war, wie er war, er konnte, biblisch gesprochen, seiner Länge keine Elle zusetzen, er konnte sich keine Eigenschaften schaffen, die er nicht besaß. Was er aber konnte und mußte, das war die Heranziehung von Persönlichkeiten als Kanzler, noch besser als Diktator, die diejenigen Kräfte besaßen, die ihm, dem Kaiser, fehlten, denn schließlich ging es nicht allein um seine Krone, sondern um Deutschland. Aber auch diese Kraft, die Kraft der Selbstüberwindung, einzugestehen: Ich kann es nicht meistern, das muß ein anderer machen!, fehlte ihm.

In den feindlichen Hauptmächten wurde die Regierung rein diktatorisch geführt: in Frankreich Clemenceau, in England Lloyd George, in den Vereinigten Staaten Wilson. Das waren die großen Demokratien! Im Deutschen Kaiserreich, dessen Verfassung dem Kaiser im Kriege eine tatsächlich maßgebende Macht in die Hand gelegt hatte — er hatte nur nötig, sie zu gebrauchen —, machten innere Auflösung und auf manchen Gebieten des Lebens Anarchie mit jedem Kriegsjahr weitere Fortschritte. In der Innenpolitik waren allein die reichsfeindlichen Parteien vom Zentrum bis zu den Marxisten zielbewußt. Sie sahen und fühlten, daß ihre Zeit gekommen war. Ihre fähigsten Führer, Menschen von mittelmäßigster Begabung, wie Ebert, Scheidemann und andere, konnten bestimmenden Einfluß üben. Wollten sie etwas für ihre Innenpolitik, für die Außenpolitik, für die Kriegführung erreichen, so gingen sie zu Bethmann-Hollweg und sagten ihm: er müsse unbedingt ihre Forderungen bewilligen, denn sonst sei es ihnen unmöglich, die Massen an der Stange zu halten. Das wirkte unfehlbar auf den Kanzler und erst recht auf den Kaiser, hatte immer Erfolg. Und der Kaiser glaubte, wenn er sich einen der wenigen bewußt vaterländisch gesinnten Gewerkschaftsführer kommen ließ und mit ihm eine Unterhaltung gehabt hatte, die ihm gefiel, die Sozialdemokratie sei ja „gar nicht so schlimm". Kanzler und Kaiser duldeten, daß landesverräterische Abgeordnete frei umhergingen und an der Zerrüttung des Geistes in der Armee und in der Marine arbeiteten — „um des inneren Friedens willen!"

Während des letzten halben Jahres des Krieges ist gelegentlich auch von einer „Revolution von oben" gesprochen worden, die werde immerhin noch weniger verheerend sein als die sonst mit Sicherheit kommende Revolution von unten. Damals, in jenem Augenblick, war es aber zu spät auch hierzu, wie über dem ganzen Kriege das Wort stand: halb und zu spät! Auch 1918 sogar wäre beinahe alles noch möglich gewesen, wenn neben, hinter und vor dem Kaiser ein Mann, sagen wir, wie Clemenceau oder Lloyd George gestanden hätte. Und diesen Mann einzusetzen, das wäre nicht nur die größte Tat des Kaisers während seiner Regierung gewesen, sondern tatsächlich

eine große Tat. Die Frage, ob solche Männer dagewesen wären, hat man später hier und da verneint, auch darauf hingewiesen, daß der Kaiser schon aus persönlichen Gründen, zumal aus persönlichen Abneigungen nicht zugestimmt haben würde. Die eigentliche Ursache aber lag nicht hier, sondern darin, daß die Männer, die in Betracht gekommen wären, in erster Linie Hindenburg und Tirpitz — sie sind öfter dazu angeregt worden —, auf ihr militärisches Verhältnis zum Kaiser hinwiesen: die könnten nichts ohne den Befehl des Allerhöchsten Kriegsherrn tun, geschweige denn etwas gegen ihn. Gleichwohl war mehr als wahrscheinlich, daß der Kaiser, wenn er von diesen und anderen entschlossenen nationalen Männern mit der nötigen Energie angegangen worden wäre, er die Notwendigkeit eingesehen und nachgegeben haben würde, sei es an seiner Stelle bleibend oder dem Kronprinzen die Regentschaft übertragend; dazu stand ihm verfassungsmäßig alle Befugnis zu, der Reichstag hatte nichts hineinzureden. Der Kaiser aber, wie er während des ganzen Krieges immer „der timideren Seite" gefolgt war, wie es in seiner Natur nun einmal lag, war selbst weit entfernt von solchen Gedanken.

*

Im Oktober 1918 stimmte Wilhelm II., unter den erforderlichen Druck gesetzt, der Einführung des parlamentarischen Regimes in Deutschland zu. Der Umschwung wurde durch eine kaiserliche Botschaft eingeleitet. Sie enthielt unter anderem die Sätze:

„Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher Mein Wille, daß Männer, die von dem Vertrauen des Volkes getragen sind, in weiterem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung."

Damit war der entscheidende Schritt zur parlamentarischen Demokratie beschritten, der Monarchie ihr Fundament zertrümmert worden. In der Geschichte zeichnet sich dieser Zeitpunkt um so drastischer ab, als zugleich der neue, der erste parlamentarische Reichskanzler, Prinz Max von Baden, im Auftrage des Kaisers, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten die Bitte richtete, er möge die Herstellung des Friedens und einen sofortigen Waffenstillstand vermitteln. Beiläufig mag bemerkt werden, daß dem Prinzen mit Unrecht die Initiative zu diesem verhängnisvollen Schritt aufgebürdet worden ist. Prinz Max ist vielmehr von der Obersten Heeresleitung und dem Deutschen Kaiser gezwungen worden und hat es selbst als ein Opfer für das Vaterland betrachtet, den Kanzlerposten anzunehmen. Nach einer Be-

sprechung mit General Ludendorff erinnerte der Prinz diesen an die Entstehung des Waffenstillstandsangebotes, und daß er als „pazifistischer Prinz" jetzt schon für die Bitte um Waffenstillstand verantwortlich gemacht werde. Jetzt sei er, um Deutschlands Schwäche nicht zu enthüllen, noch nicht in der Lage, die wahren Zusammenhänge aufzuklären, und er müsse das Angebot nunmehr mit seinem Namen decken. General Ludendorff erwiderte ihm: „Ich danke Ew. großherzoglichen Hoheit im Namen der Obersten Heeresleitung und im Namen der Armee." — Wie auch die „Erinnerungen" des Prinzen von Baden dartun, wird man seinem Andenken einiges abzubitten haben.

Der Präsident Wilson antwortete auf die Waffenstillstandsbitte, abgesehen von der militärischen Forderung: er sei zu der Frage berechtigt, ob der Kanzler „für die verfassungsmäßige Behörde des Reichs spreche, die bis jetzt den Krieg geführt habe". Die Beantwortung dieser Frage sei von „vitaler Bedeutung für jeden Gesichtspunkt".

Dieser Punkt war auch für Deutschland von vitaler Bedeutung:

Schon seit Jahr und Tag hatte die gesamte Presse der Feinde mit dem Schlagwort gearbeitet: Kein Friede mit den Hohenzollern!

Mit anderen Worten: die Monarchie sollte verschwinden. Die feindlichen Mächte wußten genau, daß mit dem Sturz der Monarchie in Deutschland auch die Widerstandskraft des Reiches gebrochen sein, Umsturz und Zerrüttung eintreten würden. In den Händen des Obersten Kriegsherrn lag die Kommandogewalt, die Entscheidung über Krieg und Frieden, auf ihn waren Offiziere und Soldaten vereidigt, ebenso wie die Beamten entweder auf den Kaiser oder auf die Landesfürsten. Stürzte die Monarchie, so waren Zentrum, Demokratie und Marxismus, die inneren Reichsfeinde, wie diejenigen von außen, die unbeschränkten Herren Deutschlands.

In jenen Tagen schrieb die französische Zeitung „L'Action Française" in einer Betrachtung über die Frage, ob das deutsche Volk jetzt innerlich gebrochen sei, ob es sich wieder aufrichten könne oder nicht:

Deutschland sei langer und großer Opfer unter der Bedingung fähig: „daß man es gut in der Hand hält, und daß energische, willensstarke Männer es leiten. Die Geschichte sagt uns, daß dieser große, weiche Körper Deutschland niemals aus eigener Kraft sich bewährt hat, und daß ihm in Ermangelung des Rückgrats immer Führer mit ehernem Herzen nötig gewesen sind."

Der Kaiser war nicht ein Mann mit ehernem Herzen, aber trotzdem bedeutete, schien wenigstens, die Monarchie immer noch die starke Achse zu bedeuten, die die nationalen Kräfte autoritativ um sich gesammelt hielt. So beschränkte sich Wilson, als der Beauftragte der Feindmächte, nicht auf

die Forderung der Beseitigung des Kaisers, nicht auf die des Hohenzollernhauses, sondern verlangte die Einführung der Demokratie. Die Rechnung war richtig, dafür hat der Versailler Vertrag und nachher die November-Republik den furchtbaren Beweis geliefert.

Die Forderung der Feinde deckte sich also vollkommen mit den langjährigen Bestrebungen und heißen Wünschen der Parteien in Deutschland, denen die Republik, und auch derjenigen, denen der Parlamentarismus an sich Ziel war, sei es als Republik oder mit einem Monarchen ohne Gewalt und Rechte.

Alle jene reichsfeindlichen, internationalistischen und internationalen Kräfte — sämtlich jüdisch durchsetzt und geführt — arbeiteten, wie vorher im geheimen, jetzt in aller Öffentlichkeit mit dem Auslande auf den Sturz der Monarchie hin. Und unbewußt und das Gegenteil wollend, taten es alle diejenigen, die auf den Präsidenten Wilson als den Retter und den gerechten Weltschiedsrichter blickten und ihm vertrauten. Gerecht werde auch Wilsons Friede sein, und er, der mächtigste und größte Mann der Welt, habe auch die Mittel, um unter allen Umständen seinen Willen durchzusetzen. Und vor allem: endlich werde das deutsche Volk Frieden haben und sein Schicksal selber bestimmen können. Den demokratischen und marxistischen Führern und ihren freimaurerischen jüdischen Hintermännern stand nicht an erster Stelle, wie die Friedensbedingungen aussehen würden, wenn sie auch natürlich begriffen, daß auch für sie die Schwierigkeiten des Regierens bei schlechten Friedensbedingungen wachsen würden. In jedem Fall waren sie sicher, daß es ihnen persönlich und ihren Parteien nicht schlecht gehen würde, sondern daß sie nunmehr endlich an ihrem Ziel seien. War schon im Kaiserreich der Einfluß des Judentums auf allen deutschen Lebensgebieten mächtig und in weiterem vollen Wachsen gewesen, so sahen sie sich jetzt vor dem großen Augenblick der „Machtübernahme".

Gegen Kaiser und Monarchie richtete sich damals frech und rückhaltlos auch in voller Öffentlichkeit die Agitation der inneren Reichsfeinde: Der Kaiser mit seinen Generalen und allen, die dazugehörten, die gesamten oberen Klassen seien schuld am Kriege gewesen, an seinem Ausbruch und an seiner fortwährenden Verlängerung. In ihrer Hand hätte es gelegen, in jedem Augenblick den Frieden herzustellen, denn die Feinde hätten weder den Krieg gewollt, noch ihn zu verlängern versucht. Wie weit die Verhetzung damals gediehen war, zeigt die in der Bevölkerung verbreitete und geglaubte Behauptung: der Krieg dauere nur so lange, weil Hindenburg seine hohen Kriegszulagen noch lange weiterbeziehen wolle.

*

Was tat der Kaiser in diesem Stadium des Zusammenbruchs? Nichts!

Während einer Besprechung im Kaiserlichen Hauptquartier wurde über eine der ersten Noten Wilsons und deren Beantwortung mit verschiedenen Reichsstellen beraten. Der bayerische Bevollmächtigte im Bundesrat, Graf Lerchenfeld, machte im Laufe der Besprechung auf „gefährliche Strömungen im Reich" aufmerksam, „die eine besondere Spitze gegen den Kaiser angenommen" hätten. Der Kaiser unterbrach ihn: er wisse dieses, und er wisse auch, daß manche seine Abdankung forderten, ein Nachfolger Friedrichs des Großen aber danke nicht ab.

Im Reich begann damals, sehr spät, ein Teil der monarchisch Gesinnten zu begreifen: wie weit es war und worum es ging. In einer größeren Kundgebung nationaler Verbände wurde die Entschließung gefaßt: „Wir wollen es nicht dulden, daß man den Hohenzollernstaat zertrümmert. Der Kaiser aber sage, daß er uns nicht verlassen wird. Er verwaltet Bismarcks Erbe!"

Die Worte trafen den Punkt, aber sie konnten keine Macht mehr ausüben. Es war zu spät.

Ähnliche Kundgebungen wurden damals in größerer Menge veranstaltet, aber bei „Kundgebungen" blieb es. Macht stand nicht hinter ihnen, Führung marschierte nicht an ihrer Spitze, Verbindung mit dem Kaiser bestand nicht, ist auch von seiten des Kaisers stets abgewiesen worden, obgleich sehr leicht gewesen wäre, so einen Machtmittelpunkt zu bilden und der inneren Lage ein anderes Gesicht zu geben. Die monarchischen Parteien, in erster Linie die konservative, gingen über Bezeugungen ihres Unwillens in ihrer Presse nicht hinaus, rühmten die Verdienste des Hohenzollernhauses und den Kaiser, ermahnten die Linksparteien, treu zum Reiche zu halten — waren andererseits zu legal erzogen und zu gewöhnt, nur Befehlen zu gehorchen, als daß ihnen auch nur der Gedanke gekommen wäre, politisch aktiv auf eigene Hand vorzugehen, während die Linke offen auf den Umsturz losging.

Zudem lebte die politische Rechte auch in jenen letzten Wochen noch in der alten Illusion, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit sei „eigentlich monarchisch bis auf die Knochen". Alles in allem: man tat nichts. Die Schildhalter der Monarchie hatten vor dem Kriege an Warnungen nicht geglaubt, die eigentliche Lage nicht erkannt, nichts getan und sahen den Abgrund erst gegen Ende des Krieges, als Monarch und Monarchie nur des letzten Stoßes bedurften, um hineinzustürzen.

Das galt vor allem für den Kaiser selbst. Seine Umgebung, die er sich selbst geschaffen hatte und deren Zusammensetzung er so gewollt hatte, war

am allerwenigsten geeignet, Wilhelm II. darüber aufzuklären, daß die Katastrophe der Monarchie vor der Tür stand und, wenn überhaupt, jetzt mit Willen und Ziel gehandelt werden mußte. Ein langjähriger Flügeladjutant Wilhelms II. sagte dem Verfasser während der ersten Periode des Krieges in einem Gespräch über die Möglichkeiten eines vorwärtstreibenden Einflusses auf den Kaiser: „Er hat uns alle entmannt!" Das war die gleiche furchtbare, richtige Charakteristik wie die vom Admiral von Tirpitz in seinen Kriegsbriefen niedergelegte.

Wir wissen es nicht, und die Äußerungen des Kaisers in seinen „Ereignisse und Gestalten" geben keine wirklichen Aufschlüsse: ob und wie Wilhelm II., als die Katastrophe auch dem, der sie nicht sehen wollte, in die Augen sprang, sich über eine feste Richtlinie seines Handelns, seines Verhaltens überhaupt für sich als Kaiser, als König von Preußen und als Persönlichkeit ins Auge gefaßt hat.

Seine Antwort an den Grafen Lerchenfeld war lediglich, selbst in diesem Augenblicke, nur eine hochtrabende Redewendung: ein Nachfolger Friedrichs des Großen danke nicht ab. Freilich läßt gerade dieses Wort die vielleicht im Grunde zutreffende Deutung zu: wäre nicht Friedrich der Große sein Vorgänger auf dem Thron gewesen, so würde der Kaiser seiner Abdankung von vornherein nicht ablehnend gegenüberstehen.

Abgesehen davon, zeigt das ganze Verhalten des Kaisers und seiner Umgebung, außer dem des scharfsichtigen Admirals und Staatssekretärs a. D. von Hintze, daß man im Hauptquartier sich über die innerpolitische Machtlage nicht klar war und erst recht nicht darüber, daß sie zugunsten des Kaisers und der Monarchie bei entsprechendem Willen hätte geändert werden können. Man bedeckte die geschlossenen Augen und tat nichts. Nur das eine scheint während der Dauer jener Lage Tatsache zu sein, daß der Kaiser im stillen auch für alle Fälle damit gerechnet hat, die Linke werde ihn Kaiser bleiben lassen bei einer parlamentarisch umgestalteten Verfassung.

Am 24. Oktober 1918 hieß es dann in einer neuen Note Wilsons: „Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel hat, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reichs unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, welche bis jetzt die Herrschaft in Deutschland waren." Die Völker der Welt hätten kein Vertrauen zu diesen noch bestehenden Gewalten. Ausschließlich mit den Vertretern des Volkes könnten sie verhandeln, weil diese Vertrauen verdienten. Müsse man aber mit den „monarchischen Auto-

kratien Deutschlands" verhandeln: „dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben."

Damit war das entscheidende Wort gesprochen, die entscheidende Handlung mußte unmittelbar folgen. „Die vertrauenswerten Vertreter des Volks" waren hochzufrieden. Wilson hatte ihnen damit den Dolch in die Hand gedrückt, um der Monarchie den Gnadenstoß zu geben. Die vertrauenswerten Vertreter erfaßten den Augenblick schnell: uns vertrauen die Feinde, mit uns wollen sie verhandeln, aber nicht mit dem verruchten alten Regime. Jetzt werden wir von dem edlen Präsidenten Wilson den Frieden der Gerechtigkeit erhalten, auch auf einer Friedenskonferenz auf gleichem Fuß mit den Feindmächten verhandeln können. Das Volkswohl fordert also gebieterisch die Beseitigung der monarchischen Verfassung und der Monarchie!

Die mittlerweile eingesetzte „Volksregierung" antwortete ungesäumt dem amerikanischen Präsidenten: „Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt." — Zu den „militärischen Gewalten" gehörte auch der Kaiser als der verfassungsmäßige Oberste Kriegsherr. Durch dieses Telegramm der sogenannten Volksregierung hatte er sich schweigend der Volksregierung unterstellen lassen.

Der Prinz von Baden trat zurück, der Sozialdemokrat Ebert wurde Reichskanzler, Deutschland war anerkanntermaßen autoritativ durch den Marxismus vertreten. Das offizielle Regierungsorgan war nunmehr das von Juden geleitete Parteiorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts".

Die Kaiserkrisis trat damit in ihr letztes Stadium. Sozialdemokratie und Demokratie waren sich, freilich nicht lange, unschlüssig, jedenfalls in den Meinungen geteilt, ob der letzte Schlag gleich zu führen sei oder nach einer gewissen Übergangszeit. In einer Versammlung erklärte ein sozialdemokratischer Abgeordneter:

„Über den Kaiser werden im Auslande, sowie auch im Inlande, Stimmen laut, daß seine Abdankung zur Erlangung des Friedens notwendig sei. Bei der Behandlung dieser Frage sollten wir uns nicht von Stimmungen leiten lassen. Gewiß, wir Sozialdemokraten sind Republikaner und haben als solche keine Veranlassung, uns als Schutzwall vor die Hohenzollern zu stellen, aber darüber können wir uns keiner Täuschung hingeben: die Mehrheit des deutschen Volks ist heute noch monarchisch gesinnt."

Die radikalen Führer der Sozialdemokratie dachten freilich anders. Der derzeitige sozialdemokratische Staatssekretär Scheidemann richtete im Ein-

verständnis mit dem Vorstand und der Fraktion seiner Partei die Forderung an den Kanzler Ebert: die Abdankung des Kaisers sei notwendig geworden! Ebert hatte es bis dahin für zweckmäßiger gehalten, den Kaiser als Titularkaiser, ohne Macht, ohne Rechte und Einfluß beizubehalten. In der Demokratie dachte man ähnlich, ebenso im Zentrum, während die politische Rechte die Unbedingtheit ihres monarchischen Standpunktes betonte, natürlich ohne damit an der Lage etwas zu ändern.

*

In den letzten vorhergegangenen Wochen hatte sich das Folgende begeben:

Am 24. Oktober verabschiedete der Kaiser den General Ludendorff. Als dieser in seiner Wohnung wieder angelangt war, sagte er seiner Frau: der Kaiser habe ihm gesagt, er werde jetzt versuchen, zusammen mit der Sozialdemokratie ein neues Deutschland aufzubauen.

Am 2. November wurde mit Gegenzeichnung des damaligen Reichskanzlers, des Prinzen von Baden, ein kaiserlicher Erlaß veröffentlicht. Die Hauptsätze waren die folgenden:

„Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungen, tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen der künftigen Geschlechter in Ehren bestehen kann. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und aufstrebenden Kräften hat sie unserem Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen."

Dem deutschen Volke werde nunmehr kein Recht und kein Anspruch vorenthalten werden. Er, der Kaiser, trete den Beschlüssen der Volksregierung über diese Änderungen bei, „im festen Willen, was an mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohl des deutschen Volkes diene. So möge die neue Ordnung neue Kräfte frei machen, damit man aus dem Dunkel der Gegenwart in festem Schritt eine helle Zukunft gewinnen kann!" Noch immer sah Wilhelm II. die wirkliche Lage nicht oder fürchtete sich, sie ins Auge zu fassen. Noch immer hoffte er, wie der Erlaß vom 2. November zeigt, die Sozialdemokratie werde ihn in ihrer

Republik anstellen, wenn möglich mit dem Kaiser- oder Königstitel — er wäre mit allem zufrieden gewesen!

Wenige Tage darauf schrieb der „Vorwärts":

Hinsichtlich der Abdankung des Kaisers komme es nicht allein auf die Person an, sondern auch auf das Prinzip. Person und Prinzip lassen sich nicht voneinander trennen: „Bleibt der Kaiser im Amt und wird der Frieden schlecht, so wird es keinen Beweis gegen die Behauptung geben, der Frieden hätte besser werden können, wenn man den Ratschlägen der Sozialdemokratie rechtzeitig gefolgt wäre." — Für den Fall aber, daß man der SPD. nicht nachgeben sollte, so würde diese imstande sein, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. (Also die Monarchie mit Gewalt zu stürzen.)

Die bürgerlichen Parteien der Mitte und der sogenannten gemäßigten Linken, jedenfalls was ihre Presse anlangte, wünschten den Kaiser zu erhalten, jedoch nur als Ornament auf einem demokratischen Staatsgebäude. Ein demokratischer „Führer" schrieb: „Der Kaisergedanke wolle uns erhalten bleiben als das einigende Band für die deutschen Stämme. Fällt das Kaisertum, so entsteht die Gefahr, daß das Deutsche Reich auseinanderfällt. Ein republikanisches Deutschland wäre denkbar, aber dann müßten auch die Throne in den einzelnen Bundesstaaten fallen und die Verfassung auf ganz andere Grundlagen gestellt werden. Die Revolution von Grund auf wäre ein sehr zweifelhaftes Mittel für die Gegenwart, sie würde den Bürgerkrieg zur Folge haben."

Diese Stimme aus dem demokratischen Bürgertum wird hergesetzt, um dessen Jämmerlichkeit zu zeigen: den Kaisergedanken, behauptete man, erhalten zu wollen, indem man diesem seinen Inhalt und sein Fundament im Volke kaltblütig verlorengehen ließ. Man wollte wohl Parlamentarismus, aber womöglich keine erklärte Republik, denn das könne vielleicht Bürgerkrieg zur Folge haben, auch die Kaiserphrase hätte man gern erhalten. Man „wollte" dies, man „wollte" das und ließ sich schließlich alles gefallen. Auch die unbedingten Monarchisten der Rechten ließen sich, abgesehen von einigen „Kundgebungen" und Zeitungsartikeln, alles gefallen.

Der Sozialdemokratie ging es nicht schnell genug. Die Parteileitung veröffentlichte einen Beschluß, in dem es heißt: „Sofortige Ausführung des Waffenstillstandes, Amnestie für alle militärischen Vergehen, sofortige Demokratisierung der Regierung, auch in den Bundesstaaten, die SPD. verlange vom Reichskanzler sofortige Durchführung der Abdankung des Kaisers."

Ein gleichzeitig verbreitetes Flugblatt der Partei verlangte ebenfalls: völlige Demokratisierung, Rücktritt des Kaisers: „Große Erfolge sind er-

reicht, weitere sind gesichert, unser Ziel ist Sicherung des Friedens und friedliche Umwälzung zu Demokratie und Sozialismus."

Der „Vorwärts" schrieb: „wegen eines einzigen Mannes dürften weder die Verhandlungen erschwert werden, noch der Bürgerkrieg ausbrechen. Auch dieser Mann, der mit seinen sechs Söhnen aus dem Krieg zurückkehre, müsse ein Opfer bringen. Selbst dann würde er nicht der Bedauernswerteste unter den deutschen Familienvätern sein!"

Am 7. November stellten Ebert und Scheidemann dem Prinzen von Baden die ultimative Forderung: sofortige Umgestaltung der preußischen Regierung, Aufhebung der Versammlungsverbote, äußerste Zurückhaltung von Polizei und Militär, Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierung; Abdankung des Kaisers und Thronverzicht des Kronprinzen bis zum 8. November mittags. Würden diese Forderungen nicht erfüllt, so trete die Sozialdemokratie aus der Regierung aus. — Um, sei hinzugesetzt, den Umsturz gegen die Regierung zu vollziehen.

Der Reichskanzler Prinz von Baden bot zunächst dem Kaiser seinen Rücktritt an. Wilhelm II. bat ihn, zu bleiben, bis er seinen Entschluß gefaßt habe; das Ultimatum wurde um einen Tag verlängert bis nach der Entscheidung über den Waffenstillstand.

Am 9. November wurde von Berlin aus die folgende amtliche — erlogene — Nachricht veröffentlicht:

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amt, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen."

*

In seinem Buch „Ereignisse und Gestalten", das Wilhelm II. 1921 von Holland aus veröffentlichte, beschäftigt er sich ausführlich mit den Ursachen und Gründen, die ihn veranlaßt hätten, sein Heer und sein Land zu verlassen. Mit diesen Ausführungen, die also drei Jahre später niedergeschrieben

wurden, haben wir uns im Vergleich mit dem tatsächlichen Verlauf des 9. November 1918 zu beschäftigen:

„Den Bürgerkrieg wollte ich meinem Volke ersparen. Falls meine Abdankung tatsächlich das einzige Mittel war, um Blutvergießen zu verhindern, so wollte ich der Kaiserwürde entsagen, nicht aber als König von Preußen abdanken, sondern als solcher bei der Truppe bleiben. Denn die militärischen Führer hatten erklärt, die Offiziere würden im Falle meiner völligen Abdankung in Massen abgehen, und das Heer würde dann führerlos auf das Vaterland zurückströmen und es schädigen und gefährden. Dem Reichskanzler war erwidert worden, mein Entschluß müsse erst reiflich erwogen und formuliert werden. Kurz darauf kam aus Berlin die Nachricht, es sei zu spät."

Hierdurch war, wie der Kaiser schreibt, eine schwere Lage entstanden, und die Oberste Heeresleitung habe gemeint, nicht mehr auf die Zuverlässigkeit derjenigen Truppen rechnen zu können, die zum Schutz des kaiserlichen Hauptquartiers auf dem Marsch waren. „Daher empfahlen mir meine sämtlichen Berater, das Heer zu verlassen, um einen neutralen Staat aufzusuchen und einen solchen Bürgerkrieg zu vermeiden."

Es soll nicht bestritten werden, daß die Berliner Falschmeldung von der Abdankung des Kaisers und Königs und dem Verzicht des Kronprinzen die an sich schon schwere Lage noch schwerer machte und ihre Bewältigung noch schwieriger sich gestaltete. Die Lage war gleichwohl nicht so, daß es bei Vorhandensein eines entsprechenden Willens nicht möglich gewesen wäre, sie zugunsten der Sache des Kaisers und der Monarchie zu ändern. Das Berliner Telegramm: es sei zu spät!, brauchte kein Abschluß zu sein, brauchte auch nicht als ein Befehl oder eine unabänderliche, zwingende Tatsache auf- und angenommen werden, der man sich eben schweigend zu fügen habe. Eben vorher hatte die Berliner Regierung mit ihrer ersten Depesche von der Abdankung zweckvoll gelogen. Warum sollte denn ihre Behauptung: es sei zu spät!, nicht auch gelogen sein? — Genug, man hat im kaiserlichen Hauptquartier nichts versucht und ist anscheinend, zu einem großen Teil stillschweigend, dahin einig gewesen, daß der einzige Ausweg im Übertritt des Kaisers nach Holland zu finden sei. Der dafür bestimmte Eisenbahnzug stand am Nachmittag des 9. November fahrtbereit da, und man brachte das Gepäck des Kaisers hinein.

Am Frühnachmittag des 9. November fand die entscheidende Unterredung mit den Ratgebern des Kaisers, der zusammengerufenen, im Augenblick erreichbaren Generale, statt. Diese, an der Spitze der Nachfolger Ludendorffs, der demokratische General Groener, erklärten, die Truppen

seien sämtlich unzuverlässig, aufrührerische Massen seien unterwegs nach Spa, zuverlässige Truppen gäbe es überhaupt nicht mehr. Der Kronprinz, der mit seinem Stabschef, General Graf Schulenburg, der Beratung beiwohnte, schreibt in seinen 1922 erschienenen „Erinnerungen“:

„Auch an die Front — etwa um zu kämpfen und zu sterben — dürfe mein Vater nicht, da dieser Schritt die Entente angesichts des bevorstehenden Waffenstillstandes möglicherweise zu falschen Folgerungen veranlassen könnte, die dann nur größeres Unheil und Blutvergießen zur Folge haben würden.“ In Deutschland sei alles in Händen der Arbeiter- und Soldatenräte. Auf die Frage des Kronprinzen, ob der Kaiser König von Preußen bleiben werde, erklärte dieser seinem Sohn: „Natürlich!“ Der Kronprinz schreibt hierzu noch: „Auch die Notwendigkeit, daß er unter allen Umständen bei dem Heere bleibe, betonte ich, und regte an, daß er mit zu meiner Heeresgruppe kommen und mit ihr, an ihrer Spitze, in die Heimat zurückmarschieren möge.“

In der nun folgenden Besprechung mit den Generalen und anderen Frontoffizieren berichtete der Oberst Haye, daß er, von Groener mit einer Umfrage betraut, den Kommandeuren die Frage vorgelegt habe: ob für den Fall eines Bürgerkrieges in der Heimat auf die Truppen gerechnet werden könne. — Die Frage sei verneint, die Sicherheit von einzelnen der Herren nicht unbedingt verbürgt worden. Hier warf der General Graf Schulenburg ein: vor der Frage, den Fahneneid zu brechen, und seinen Obersten Kriegsherrn zu verlassen, würde sich das Heer in seiner Masse sicher als kaisertreu erweisen. „Aber dazu zuckte der General Groener nur mit den Schultern und zog die Oberlippe überlegen bedauernd hoch: „Fahneneid? Kriegsherr? Das sind schließlich Worte — das ist am Ende bloß eine Idee.“ — Der Kronprinz setzt hinzu: „Zwei Welten standen da einander gegenüber, zwei Auffassungen, zwischen denen keine Brücke war, und kein Verstehen möglich blieb.“

In diese Unterhaltung hinein kam der Staatssekretär mit der Meldung aus Berlin: der Reichskanzler Prinz Max habe soeben telephoniert: die Lage in Berlin sei äußerst bedrohlich, und daß die Monarchie nicht mehr zu retten wäre, wenn der Kaiser nicht sofort sich zur Abdankung entschlösse.

„Der Kaiser nahm die Nachricht mit tiefem, schweigendem Ernst entgegen, farblos die festgeschlossenen Lippen in dem graugelb gewordenen und wie um Jahre gealterten Gesicht. Nur wer ihn kannte, wie ich, konnte ermessen, was er trotz dieses mühsam aufrechtgehaltenen Bildes der Fassung und Haltung unter der brüsk und ungeduldig dringenden Forderung des Kanzlers litt.

Als Hintze zu Ende war, nickte er kurz — suchte dann mit seinen Augen den Blick des Feldmarschalls, als müsse er bei ihm Kraft und Hilfe finden in seiner Qual. Aber da war nichts. Still, tief erschüttert, in ausweglosem Schweigen stand der große alte Mann und ließ das Schicksal seines Königs und Herrn, dem er so lange treu und tapfer als Soldat gedient hatte, sich erfüllen." —

Als Antwort nach Berlin gab der Kaiser dann auf, er sei bereit, die Kaiserkrone niederzulegen, aber er bleibe König von Preußen und werde sein Heer nicht verlassen. Und dann kam jene Nachricht aus Berlin, daß man den Rücktritt des Kaisers und den Verzicht des Kronprinzen bereits vorweggenommen habe. Der Kaiser entließ dann seinen Sohn mit den Worten: er bleibe beim Heer, bleibe König von Preußen und danke als solcher nicht ab. Gefolge und Berater und Offiziere unterhielten sich dann noch darüber, ob es nicht geraten sei, daß der Kaiser ins Ausland ginge, und zwar nach Holland. Anscheinend war nur der General Graf Schulenburg dagegen gewesen, der aber gleich zu seiner Truppe zurückfahren mußte.

Der Kaiser schien nunmehr fest entschlossen, bei der Truppe zu bleiben und als König von Preußen nicht abzudanken. Er erteilte dem General von Gontard am Frühnachmittag des 9. November den Befehl, das Hauptquartier, eine Villa, für den Aufenthalt seines militärischen Gefolges vorzubereiten, auch für Waffen und Munition Sorge zu tragen. Als der Feldmarschall, der Staatssekretär von Hintze und noch ein Generaladjutant ihn aufsuchten, erklärte der Kaiser ihnen: „Ich habe eben dem Kronprinzen geschrieben, ich bleibe beim Heer." Man stellte ihm nun eindringlich vor, als äußersten Ausweg zu erwägen, nach Holland überzutreten, da sein weiterer Aufenthalt beim Heer unmöglich werden könne, die Lage sich stündlich verschlechtere und nicht zu verantworten wäre, wenn der Kaiser von meuternden Truppen nach Berlin geschleppt und der revolutionären Regierung als Gefangener ausgeliefert würde. Daraufhin erklärte der Kaiser in starker Erregung sich zwar damit einverstanden, daß Hintze vorbereitende Schritte für eine eventuelle Aufnahme in Holland treffe, hielt aber innerlich an dem Gedanken, in Spa zu bleiben, „unerschütterlich" fest.

(Eisenhardt-Rothe: „Der Kaiser am 9. November".)

Wenige Stunden später sagte er einem seiner Flügeladjutanten: „Und wenn mir nur noch einige von meinen Herren treu bleiben, mit denen ich kämpfe bis zum äußersten, und wenn wir alle totgeschlagen werden, vor dem Tod habe ich keine Angst. Auch lasse ich Frau und Kinder im Stich, das kann ich nicht, ich bleibe hier."

Um dieselbe Zeit sagte er dem General von Gontard:

„Ich will bei meinem Heer bis zum äußersten ausharren und mein Leben einsetzen. Man will mich veranlassen, meine Armee zu verlassen. Das ist eine unerhörte Zumutung. Das sieht ja aus, als ob ich mich fürchte. Meine Frau bleibt mitten in den Unruhen tapfer in Potsdam. Ich bleibe hier."

Dem Feldmarschall ließ der Kaiser dann sagen, er habe die Abreise aufgegeben, nicht etwa aufgeschoben. Persönlichkeiten seines Gefolges stellten ihm aber auch weiter vor, meuternde Truppen sperrten die Wege, keine Zeit sei mehr zu verlieren, und — um zehn Uhr abends entschloß sich dann der Kaiser, doch zu fahren.

General von Eisenhardt-Rothe schreibt: „Er war mürbe gemacht und sah keinen anderen Ausweg mehr."

Unmittelbar vor der Abreise schrieb der Kaiser an den Kronprinzen:

„Lieber Junge!

Da der Feldmarschall mir meine Sicherheit nicht mehr gewährleisten kann und auch für die Zuverlässigkeit der Truppe keine Bürgschaft übernehmen will, so habe ich mich entschlossen — nach schwerem inneren Kampf —, das zusammengebrochene Heer zu verlassen. Berlin ist total verloren und in der Hand der Sozialdemokraten, und sind dort schon zwei Regierungen gebildet, eine von Ebert als Reichskanzler, eine daneben von den Unabhängigen. Bis zum Abmarsch der Truppen in die Heimat empfehle ich, auf Deinem Posten auszuharren und die Truppen zusammenzuhalten! So Gott will, auf Wiedersehen! General von Marschall wird Dir weiteres mitteilen. Dein tiefgebeugter Vater."

In seinem Buch „Ereignisse und Gestalten", das im Jahre 1921 erschien, schreibt Wilhelm II.:

„Es ist viel darüber geredet worden, daß ich die Armee verlassen habe und in das neutrale Ausland gegangen bin. — Die einen sagen: der Kaiser hätte sich zu einem Truppenteil der Kampffront begeben, mit ihm sich auf den Feind stürzen und in einem letzten Angriff den Tod suchen sollen. — Dadurch wäre aber nicht nur der vom Volke heiß ersehnte Waffenstillstand, über den bereits die von Berlin zu General Foch entsandte Kommission verhandelte, unmöglich gemacht, sondern auch das Leben vieler, und gerade der besten und treuesten Soldaten nutzlos geopfert worden.

Andere meinen: der Kaiser hätte an der Spitze des Heeres in die Heimat zurückkehren sollen. — Eine friedliche Rückkehr war aber nicht mehr möglich; die Aufständischen hatten sich der Rheinbrücken und anderer wichtiger

Anlagen im Rücken des Heeres bereits bemächtigt. Ich hätte zwar an der Spitze treuer, aus der Kampffront gezogener Truppen die Rückkehr erzwingen können. Aber damit wäre der Zusammenbruch Deutschlands besiegelt gewesen, denn zum Kampf mit dem zweifellos nachdrängenden Feinde wäre noch der Bürgerkrieg getreten. Wieder andere meinen: der Kaiser hätte sich selbst den Tod geben sollen. — Das war schon durch meinen festen christlichen Standpunkt ausgeschlossen. Und würde man dann nicht gesagt haben: wie feige! Jetzt entzieht er sich aller Verantwortung durch den Selbstmord. Dieser Weg schied auch deshalb aus, weil ich darauf bedacht sein mußte, in der vorauszusehenden schweren Zeit meinem Volk und Land zu helfen und zu nützen. Gerade in der Aufhellung der Schuldfrage, die sich mehr und mehr als der Kernpunkt unseres künftigen Geschicks enthüllte, wußte ich mich besonders berufen, die Sache meines Volkes zu vertreten. Denn mehr wie jeder andere kann ich Zeugnis ablegen von Deutschlands Friedenswillen und von unserem reinen Gewissen.

Nach unendlich schweren Seelenkämpfen habe ich auf dringendstes Anraten meiner zur Zeit anwesenden verantwortlichen Ratgeber den Entschluß gefaßt, außer Landes zu gehen, weil ich auf Grund der mir gemachten Meldungen glauben mußte, dadurch Deutschland am treuesten zu dienen, ihm günstigere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen zu ermöglichen und ihm weitere Menschenverluste, den Bürgerkrieg, Not und Elend zu ersparen."

*

An den Kronprinzen, seinen Sohn, hatte Wilhelm II. als einzigen Grund für das Verlassen seines Heeres und seinen Übertritt nach Holland angegeben, daß der Feldmarschall ihm seine Sicherheit nicht mehr habe gewährleisten können. Andere Gründe und Überlegungen hat der Kaiser in diesem, letztem, Brief nicht einmal angedeutet. Hätte er damals solche erwogen, bevor er seine Entscheidung traf, so würde er sie jedenfalls dem Kronprinzen mitgeteilt haben, weil dieser und der General Graf Schulenburg, wie der Kaiser wußte, für richtig und Erfolg versprechend gehalten hatten, daß der Kaiser mit den treu gebliebenen Truppen nach Deutschland zurückkehre.

Die Gründe, die der Kaiser drei Jahre später in seinem Buch entwickelt hat, sind ihm in dem Augenblick, da er sich zum Verlassen Deutschlands endgültig entschlossen hatte und anschickte, nicht bewußt gewesen und können ihn deshalb auch nicht zum Übertritt auf holländischen Boden bewogen haben. Auch die unmittelbare Vorgeschichte der Abreise des Kaisers

am 9. November — wie sie General von Eisenhardt-Rothe, nach einem damals von einer Reihe maßgebender Persönlichkeiten in mehreren, zu verschiedenen Zeitpunkten zu Protokoll gegebenen Erklärungen dargestellt hat — widerspricht dem.

An jenem Tage hat hiernach der Kaiser auch mit seiner Umgebung in keinem Augenblick von den Gründen und Gegengründen für sein Verhalten in diesem oder in jenem Sinne gesprochen, wie er sie in seinem Buch anführt. Seine dort gegebene Argumentation ist also offenbar aus Überlegungen hervorgegangen, die er sich später in Holland gemacht hat. Man wird diese mithin nicht als maßgebend für seinen Entschluß gelten lassen können.

Was nun die Argumentation Wilhelms II. anbetrifft, so schickt er ihr voraus, daß er einen furchtbaren inneren Kampf gekämpft habe, und sagt: „In diesem Kampf stellte ich alles Persönliche zurück. Ich brachte bewußt meine Person und meinen Thron zum Opfer, in der Meinung, dadurch den Interessen meines geliebten Vaterlandes am besten zu dienen. Das Opfer ist umsonst gewesen. Mein Fortgehen hat uns weder günstigere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen gebracht, noch den Bürgerkrieg abzuwenden vermocht, dagegen die Zersetzung in Heer und Heimat beschleunigt und vertieft."

Auch diesen Sätzen muß man den Wortlaut des Briefes an den Kronprinzen entgegenhalten. Er allein gibt das wirkliche Motiv. Damit stand nun allerdings der Kaiser nicht allein, sondern der Feldmarschall von Hindenburg war der Ansicht, daß für Wilhelm II. nichts anderes übrigbleibe, als die Truppen zu verlassen und der Übertritt nach Holland. Von einer anderen Persönlichkeit der damaligen Umgebung des Kaisers ist dem Verfasser später versichert worden: dies sei in der Tat die einzige annehmbare Möglichkeit gewesen, denn der Kaiser würde den Lagen, die ihn sonst unfehlbar erwartet hätten, nicht gewachsen gewesen sein; mit anderen Worten: die innere und vielleicht auch die äußere Kraft Wilhelms II. würde zusammengebrochen sein und möglicherweise der Welt ein Schauspiel geboten haben, das weder dem Kaiser noch der Sache, die er zu vertreten gehabt hätte, zu Ruhm und Nutzen gereicht haben würde. Der Leser, der unserer Darlegung der Wesenseigenschaften Wilhelms II. von seinem Regierungsantritt an gefolgt ist, wird feststellen müssen, daß von da an eine gerade Linie bis zu seinem Verhalten am 9. November 1918 führt.

Erinnern wir hier noch einmal an den Satz, den Bismarck am 6. Januar 1886 an den Prinzen Wilhelm schrieb:

„Die festeste Stütze der Monarchie suche ich in einem Königtum, dessen Träger entschlossen ist, nicht nur in ruhigen Zeiten arbeitsam (von Bis-

marck im Druck hervorgehoben. D. V.) mitzuwirken an den Regierungsgeschäften des Landes, sondern auch in kritischen lieber mit dem Degen in der Faust auf den Stufen des Thrones für sein Vaterland kämpfend zu fallen, als zu weichen. Einen solchen Herrn läßt kein deutscher Soldat im Stich."

Das war der Punkt, auf den es in den Novembertagen 1918 ankam. Der Kronprinz und der General Graf Schulenburg hatten dies erkannt und wahrscheinlich geglaubt, sie würden ihm, dem Kaiser, wenn er zu ihrer Armee käme, die erforderliche Stütze und Haltung geben können. Es ist kaum zu bezweifeln, daß, wenn der Kaiser den Bitten Schulenburgs und seines Sohnes gefolgt wäre, dieser Kern treuer Truppen im Verlauf des Marsches nach Deutschland, nach Berlin unterwegs angewachsen sein würde. Aussichtslos jedenfalls war das Unternehmen nicht.

Die Nachricht davon in Deutschland zu verbreiten, wäre auch noch am 9. November möglich gewesen und hätte der ersten, von Berlin ausgesandten unwahren Nachricht von der Abdankung des Kaisers auch nachträglich noch entgegengewirkt. Wer sich an die damaligen Verhältnisse in Berlin erinnert, wird auch heute der Ansicht sein, daß es damals unter entschlossener, energischer Führung einer verhältnismäßig sehr geringen Truppenmacht gelungen wäre, in Berlin und ebensowohl in den Kriegshäfen schnell Ordnung zu schaffen. Wie es mit ihrer „Macht" damals in Wahrheit bestellt war, das haben die marxistischen „Führer" nachher, als sie obenauf waren, in ihren Denkwürdigkeiten unvorsichtig genug enthüllt. „Der Bürgerkrieg" würde auf diese Weise nicht entfacht, sondern beseitigt worden sein.

Später ist angeführt worden, die heimkehrenden Regimenter wären ja alle sofort zum „Volke" übergegangen, da sei also von vornherein nichts mehr zu machen gewesen. So lag die Sache aber nicht, sondern erheblich anders: den geschlossen von ihren Offizieren zurückgeführten Truppen kamen die marxistischen Propagandisten des Umsturzes entgegen, überschütteten sie mit Handzetteln und Flugblättern, schlichen sich in ihre Verbände ein und hielten ihnen Reden, alles mit dem Thema: Was wollt ihr denn! Hier regiert jetzt das Volk. Für den Kaiser, für das alte Regime, könnt ihr ja nicht mehr kämpfen. Der Kaiser ist aus Deutschland weggelaufen und nach Holland gegangen, um sich in Sicherheit zu bringen. Auch alle anderen Fürsten haben abgedankt und verzichtet. Ihr könnt für keinen Kaiser und keine Fürsten mehr kämpfen, der Kaiser hat seinen Fahneneid gebrochen, nicht ihr habt es getan. Jetzt aber bindet euch kein Eid mehr! Für ihn und die anderen Fürsten könnt ihr nicht mehr kämpfen, also helft uns jetzt, die Republik des Friedens und der Freiheit aufzurichten, zu uns, zum Volke haben unsere Kriegsgegner Vertrauen, der große, edle Wilson wird jetzt den

Weltfrieden der Gerechtigkeit schaffen! — Quer über den Kurfürstendamm zu Berlin war damals zur Begrüßung der heimkehrenden Truppen ein Plakat gehängt: „Seid willkommen, tapfere Streiter, Gott und Wilson helfen weiter!"

Anders hätte das Bild ausgesehen, wenn zum Beispiel unter Führung des Grafen Schulenburg, mit dem Kaiser und dem Kronprinzen, der Ruf während ihres Marsches ausgegangen wäre: Haltet dem Kaiser die Treue, wie er uns die Treue hält, damit Deutschland nicht in Schande und Elend versinkt!

Große Teile der rückkehrenden Truppen, und von ihnen gerade die besten, außerdem der sicher bei weitem größte Teil der national fühlenden Bevölkerung, weit über den Kreis der ausgesprochenen Monarchisten hinaus, warteten auf einen Ruf zur Sammlung um ein Kraftzentrum. Der Kaiser konnte diesen Ruf ergehen lassen, er wäre der Gegebene gewesen.

Auf diese Betrachtung könnte der skeptische Einwand erfolgen: und dann? Darauf wäre die Antwort: es handelte sich zunächst, und zwar sofort um die Bildung eines nationalen Sammelpunktes. Dieser hätte sich schon durch sein Dasein sehr schnell geltend gemacht und, wie gesagt, mit Leichtigkeit den „Bürgerkrieg", von dessen angeblicher Riesenbedeutung seitens der verschiedensten Richtungen eine merkwürdige Schreckensreklame gemacht wurde, erstickt. Ganz abwegig ist der Einwand des Kaisers von einer ungünstigen Einwirkung auf die Waffenstillstandsverhandlungen. Im Gegenteil hätten diese indirekt nur günstig beeinflußt werden können, ebenso wie die inneren Verhältnisse.

Wer die wiedergegebenen nachträglichen Erklärungen des Kaisers über sein Verhalten liest, kommt um die Frage nicht herum: Hat Wilhelm II. tatsächlich damals an jenem Nachmittag des 9. November 1918 der immer wieder wechselnden Entschlüsse so vieles sich überlegen können und tatsächlich überlegt — wie ist es möglich, daß er dann gar nicht an die Frage gedacht hat: Was wird, wenn ich nach Holland gehe, aus der Monarchie, aus dem Deutschen Kaisertum. Daß er an diesen Punkt gedacht hatte, soweit es seine eigene Person betraf, ergibt sich aus der Diskussion dieser Frage im Hauptquartier und aus seiner bestimmten Antwort an den Kronprinzen: als König von Preußen werde er nicht abdanken. Auch das läßt sich nur dadurch erklären, daß seine innere Kraft nicht ausreichte, um die Rücksicht auf seine persönliche Sicherheit gegenüber der Sorge um die Monarchie zurückzustellen.

*

Es war etwas anderes, als nicht lange vorher, bei dem Zusammenbruch Bulgariens, der Zar aus dem Hause Coburg dem Thron entsagte und Bulgarien verließ. Einst war er dorthin geholt worden, um über das fremde und durch keinerlei Beziehungen ihm nahestehende bulgarische Volk zu herrschen, nach außen für seine nationale Unabhängigkeit und Größe und für seine innere Entwicklung zu arbeiten. Jahrzehntelang hatte er sich dieser Aufgabe mit großem Erfolge gewidmet. Dann, im Weltkrieg, kämpfte unter seiner Führung Bulgarien auf der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns. Je ungünstiger im Jahre 1918 die Kriegslage sich gestaltete, desto stärker wirkten die dem Zaren feindlichen Einflüsse in Bulgarien, energisch und geschickt unterstützt durch Rußland, England und Frankreich. Bei Eintritt des militärischen Zusammenbruchs sah Zar Ferdinand sich verlassen, ohne Macht und Autorität. Er verließ das Land und überließ die Regierung seinem Sohn. Niemand wunderte sich darüber, jeder fand es selbstverständlich. Bulgarien ging über dieses Ereignis zu der ihm von den Verhältnissen aufgenötigten neuen Tagesordnung über. —

Die Abdankung und der Verzicht Wilhelms II. aber und sein Übertritt nach Holland waren ein weltgeschichtliches Ereignis; für das Deutsche Reich und Volk eine Katastrophe im Sinne des Wortes, vollends mit dem Verzicht des Kronprinzen auf die Thronfolge. Abgesehen höchstens von den Vertretern und dem großen Gefolge des Marxismus und linken Demokraten, hat die deutsche Bevölkerung dies nicht für möglich gehalten. Nicht einmal als eine Frage war ihr eine solche Möglichkeit in den Sinn gekommen.

Daß das große und ruhmvolle Ereignis von 1870/71 mit einem Male in den Abgrund versinken könne, das stolze neue Reich Bismarcks, Moltkes und Wilhelms I. verschwinden, so verschwinden konnte, erschien unfaßlich. Vor einer schauerlichen Unbegreiflichkeit auch stand man, angesichts des gleichzeitigen Abdankens der sämtlichen Bundesfürsten. Im Verlauf von drei Tagen fielen sie von und mit ihren Thronen, wie die dürren Blätter im Novemberwind von den Bäumen.

Die in den neunziger Jahren geschriebenen „Gedanken und Erinnerungen" Bismarcks enthalten ein mehrfach in diesem Buch erwähntes Kapitel: „Dynastien und Stämme." Der Satz: „Die Dynastien bildeten überall den Punkt, um den der deutsche Trieb nach Sonderung in engen Verbänden seine Kristalle ansetzt." Auf diese Tatsache als Grundlage hatte Bismarck seine Einigungspolitik gestellt, und der Erfolg gab ihm recht: als er die Vertreter der Dynastien zur Einigung unter dem Vertreter der preußischen Dynastie als Deutschem Kaiser zum festen, freiwilligen Zusammenschluß gebracht hatte und mit ihnen deren Bevölkerungen. Wir haben geschildert,

wie Bismarck nachher den föderativen Charakter des neuen Deutschen Reichs mit so großer Sorgfalt pflegte und damit die Reichstreue der Bundesfürsten und ihrer Bevölkerungen festigte. Zum mindesten während der ersten Hälfte der Regierungszeit Wilhelms II. ließen genügend Anzeichen darauf schließen, daß dieser Stand der Dinge sich wenig geändert habe. Ohne Ausnahme zeigte sich jedesmal bei Brüskierungen von Bundesfürsten durch Wilhelm II., daß die Bevölkerung sehr ausgesprochen bei ihren Landesfürsten stand. Diese „angestammten" Dynastien wurden allgemein in Deutschland, ohne daß man wohl viel darüber nachdachte, als eine selbstverständliche, während mancher Jahrhunderte gewachsene Einrichtung betrachtet, als Urgestein, das aus dem Erdboden des Königreichs oder Fürstentums hervorragte.

Wie war es möglich, daß mit dem 9. November 1918 das alles weggeblasen war, daß die deutschen Bundesfürsten, ohne eine einzige Ausnahme, widerstandslos abtraten, für sich und ihre Häuser verzichteten, sich mit Abfindungen und Besitztiteln bedenken ließen? Das bekannte Abschiedswort des Königs von Sachsen: „Macht euren Dreck alleene!', war in seiner unentwegbaren bürgerköniglichen Wurstigkeit vergleichsweise schon beinahe eine heroische Haltung. Als der König später auf der Durchfahrt am Dresdener Bahnhof hielt, sammelte sich dort eine große Menge, die seinen Namen rief und „Hoch" schrie. Der König musterte die „Hoch"-Rufenden lächelnd und sagte nur: „Ihr seid mir scheene Republikaner." Auch dafür hatte diese Menge den gleichen heiteren Beifall.

„Wären's Könige gewesen, sie stünden noch alle unversehrt!"

*

Will man sich vorstellen, der Friede wäre 1914 erhalten geblieben, so würden bei fortschreitender allgemeiner Demokratisierung, Parteiherrschaft und Geldherrschaft wahrscheinlich die Fürsten als Etiketts erhalten geblieben sein, ohne Zweifel auch versucht haben, je nach der regierenden Persönlichkeit, sich irgendwie nützlich zu machen, gelegentlich zu repräsentieren oder aber ganz ins bürgerliche Milieu zu tauchen.

Ein Vergleich mit den Bürgerkönigen von heute wäre nicht zulässig. Denkt man an die Könige der skandinavischen Staaten und Belgiens, an die Königin von Holland, so ist die Stellung aller dieser Herrscher — immer wieder einzuschalten: je nach der Persönlichkeit — eine in sich, nach außen und im Inneren des Landes, bedeutende und wichtige. Die deutschen Bun-

desfürsten aber konnten nur innerhalb des Reiches etwas bedeuten, sich in diesem Rahmen freilich große Verdienste erwerben. Solche sind während der Regierung Wilhelms II. nicht bemerkbar geworden, und es wird wohl auch für den Durchschnitt der damaligen Bundesfürsten das Wort gegolten haben, das jener Flügeladjutant des Kaisers dem Verfasser in bezug auf dessen Umgebung sagte: „Er hat uns alle entmannt!" —

Wollte, was schon selten vorkam, ein Angehöriger des Hofes diese Entmannung vermeiden, so blieb ihm durchweg nichts übrig, als den höfischen Dunstkreis zu verlassen. —

Es kam nicht oft vor, weil die meisten den „Glanz des Hofes" und seine Atmosphäre, ihre eigene hohe gesellschaftliche Position nicht mehr entbehren konnten, andere weil sie sich vom Kaiser imponieren ließen und seine innere Schwächlichkeit nicht sahen.

*

Der Weltkrieg kam mit seiner ungeheuren Beanspruchung des ganzen deutschen Volks, aller seiner inneren und äußeren Kräfte und Mittel. Der Kaiser ging in hilfloser Verzweiflung, gebrochen, in den Krieg hinein, seine Unfähigkeit zu irgendwelchem Führen enthüllte sich während des Krieges schnell, ließ sich durch keine Proklamationen noch Posen verhüllen.

Es zeigte sich auch, daß die Wirkungen seiner langen Regierung auf die Herabdrückung des deutschen Verantwortungsgefühls der Bundesfürsten von schlimmer Wirkung gewesen waren. Wohl haben manche von ihnen, besonders in der zweiten Kriegshälfte, versucht, Einfluß zu nehmen, aber sie brachten die nötige Willenskraft und Unabhängigkeit nicht auf, vielfach fehlte auch die politische Einsicht und die Erkenntnis der äußeren und inneren Lage. Ein bitteres Satyrspiel war es schließlich, wie deutsche Landesfürsten und Prinzen, als der Krieg dem furchtbaren Ende schon entgegenging, sich zu streiten begannen, wer Neuerwerbungen im Osten zu beanspruchen habe und welchen Titel er dann führen werde.

Wurde während des Krieges die vollkommene stumme Passivität — im schreienden Gegensatz zu früher! — des Kaisers und seine Scheu, hervorzutreten, in der Bevölkerung bemerkt und von den linken Parteien wie vom Zentrum propagandistisch entsprechend ausgenutzt, von den nationalen Volksteilen mit wachsender Besorgnis verfolgt, so sank das Ansehen der Bundesfürsten im Volk entsprechend tiefer: was hatten die noch zu sagen,

wozu waren sie überhaupt noch da? Die antimonarchische, die republikanische Agitation erhielt immer mehr Stoff, begegnete immer weniger Hindernissen. Von der Reichsregierung selbst ging immer dringender nach allen Seiten Weisung und Beeinflussung: es nur nicht mit den linken Parteien und mit dem Zentrum verderben!

Wie sonst in der Welt, so ging es auch hier „ganz natürlich zu", jede Wirkung hatte ihre Ursache und zeugte in derselben Linie weiter neue Ursachen als Kinder und deren Wirkungen als Enkel.

*

Es hat keinen Herrscher der neueren Zeit gegeben, der so oft, so nachdrücklich, feierlich und herausfordernd seine Person, seine über aller Kritik befindliche Stellung und seine Würde betont hat, wie Wilhelm II., wenn er vom Kaisertum und seinem preußischen Königtum sprach. Im Tone eines eifernden Propheten verkündete der Kaiser, daß das deutsche Volk und Reich, ausschließlich von seinen Herrschern unmittelbar regiert und geführt, gedeihen könne; das alles, was geschaffen worden sei, nur ihnen verdankt werde, insonderheit seinen Vorfahren. Nur sie hätten die großen fruchtbaren Gedanken und Pläne gehabt und sich dann „brave, tüchtige Handlanger" zur Ausführung der von ihnen als nötig erkannten Arbeiten ausgewählt. Nur Gott sei der Kaiser verantwortlich. Er, Wilhelm II., führe seine Untertanen herrlichen Tagen entgegen, sein Kurs sei der richtige, wer sich ihm entgegenstelle, den zerschmettere er. Beinahe zwanzig Jahre hindurch trieb Wilhelm II. dieses Wesen, immer mit dem Kehrreim: nur gehorsam sein und ihm zu folgen hätten die Untertanen. Ausnahmslos habe sich gezeigt, daß seine Ansichten und seine Entschlüsse sich als die allein richtigen herausstellten. Durch dick und dünn solle man ihm folgen.

Dieser selbe Mann, der sich als verkörperter Inbegriff des Herrschers von Gottes Gnaden des monarchischen, beinahe des cäsarischen Gedankens ohne Unterlaß hingestellt, vor der Novemberkatastrophe von 1908 vielleicht bis zu einem gewissen Grade sich auch so gefühlt hatte, hat sich in der endgültigen Novemberkatastrophe von 1918 nicht einmal die Frage gestellt: Von welchem Einfluß werden meine jetzigen Entschlüsse auf die Zukunft der Monarchie in Deutschland sein?

In den gesamten Besprechungen und Diskussionen des 9. November im Kaiserlichen Hauptquartier ist von niemandem dieser Gedanke auch nur

angedeutet worden. Auch in seinem Buch sagt Wilhelm II. nichts davon und hütet sich, nachträgliche Erwägungen gerade darüber anzustellen. Er hat am 9. November und vorher die Gefahr für die Monarchie nur von seinem persönlichen Standpunkt und für diesen betrachtet. „Ein Nachfolger Friedrichs des Großen dankt nicht ab", hieß es stolz und „wilhelminisch" aus seinem Munde an den bayerischen Bundesratsbevollmächtigten. Als die Dinge dann zur Entscheidung drängten, ihren bekannten Verlauf nahmen, hieß es für den Kaiser immer nur: was ist für mich das Gegebene, und die schließliche Entscheidung für den Nachfolger Friedrichs des Großen brachte die Frage: Ist meine persönliche Sicherheit gewährleistet oder nicht?

Die Furchtbarkeit und Schwierigkeit der Lage des Kaisers soll nicht bagatellisiert, aber ebensowenig kann zugegeben werden, daß seine monarchischen Pflichten, seine Pflichten als Kaiser und als König und seine Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk, im besonderen den Anhängern des Kaisertums und der Monarchie, mit dem Augenblick zu Ende gewesen wären, als der Feldmarschall erklärte, er könne für die Sicherheit des Kaisers keine Garantie übernehmen. —

In einer Versammlung während des Winters 1918/19 für die bevorstehenden Wahlen zur „Nationalversammlung" erklärten konservative Redner im Tone feierlicher Mahnung: den Kaiser dürften wir in seiner Verbannung nicht verlassen. Darauf meldete sich ein heimgekehrter Frontsoldat zum Wort und sagte: „Nicht wir haben den Kaiser verlassen, sondern er hat uns verlassen!" Das war die wachsend sich verbreitende Stimmung und Erkenntnis in der Bevölkerung, die weiter zu König und Kaiser und Monarchie gehalten haben würde, wenn der Kaiser im Lande geblieben wäre, wenn er gesagt und demgemäß gehandelt hätte: „Ich vertrete meine Pflicht und mein Recht, ich danke nicht ab, ich verzichte nicht, gleichgültig, was man in Berlin verkündet hat, macht, was ihr wollt, sperrt mich ein, schlagt mich tot!"

Dann wäre die Monarchie vielleicht mit Gewalt beseitigt worden, aber sie wäre durch ein anständiges, ruhmvolles Ende trotzdem als Gedanke und Ziel geblieben, hätte auch fernerhin einen ideellen Kraftmittelpunkt gebildet und wäre eine Hoffnung geblieben. Immer wieder hätte die monarchische Überlieferung dann anknüpfen und die Monarchie wieder leben können; der Faden wäre nicht abgerissen gewesen. — Aber so!

*

Wenige Tage nach dem 9. November 1918, nach dem Verschwinden aller Fürsten, schrieb der Verfasser in der konservativen und monarchischen „Deutschen Tageszeitung" — der konservativen Partei gehörte er nicht an, sondern der deutschsozialen — einen Aufsatz, der die folgenden Sätze enthielt:

„Heute ist die Monarchie verschwunden, in der früher der nationale Gedanke und seine Vertreter natürlichen Halt und Mittelpunkt und Träger zu erblicken glaubten und die — vergeblich — versuchten, sich um sie zu sammeln. Verschwunden ist die Monarchie, weil die Träger der Monarchie sich als persönlich schwach und unfähig erwiesen, und zwar nicht erst während des Krieges. Der nationale Geist und Gedanke braucht also nicht zu verzweifeln und muß sich auf sich selbst besinnen. Die Träger der Monarchie sind nicht das gewesen, wofür er sie gehalten hat, sie waren nicht mehr die Führer, die sie hätten sein müssen.

Gerade in diesen Zusammenhängen muß auch ausgesprochen werden, daß der nationale Geist in seinem tiefen Gehalt und in seiner maßgebenden Bedeutung für das ganze Volk von den bisherigen Trägern des monarchischen Systems nicht verstanden worden ist. Sie standen dem ablehnend, teils mit Widerwillen, gegenüber, und diese Erkenntnis der Zusammengehörigkeit des nationalen und des sozialen Gedankens lag ihnen vollkommen fern."

Diese — sozusagen auf frischer Tat ausgesprochene — Beurteilung kann auch heute noch als für die damalige Zeit richtig gelten. Verurteilt wurde sie jedoch von der konservativen Partei, dem Aufsichtsrat des Blattes und dem Reichslandbund: Der Aufsatz des Verfassers wurde durch einen Gegenaufsatz im selben Blatte desavouiert, man war der Ansicht, daß er grundsätzlich und taktisch zu verwerfen sei, besonders die Betonung des sozialen Gedankens in Verbindung mit dem nationalen erregte Unwillen.

*

Unbegreiflich, aber Tatsache war, daß die monarchischen Führer und Organisationen überzeugt waren, es könne nur eine Frage sehr kurzer Zeit sein, bis die Monarchie wiederhergestellt werde. Ungesäumt müsse mit der Propaganda begonnen werden. Man begriff nicht, ja man dachte überhaupt nicht daran, daß Monarchen, daß Dynastien, die in so unrühmlicher Weise und unter uneingeschränktem Verzicht verschwunden sind, nicht wieder

aufgerichtet werden können, wie umgefallene Stühle. Man begriff auch nicht, daß ein System, dessen Inhaber und Repräsentant in allem versagt hatte, gerade als von seiner Bewährung alles abhing und auf ihn alles ankam — in alter Form und mit altem Inhalt nie wiederkommen konnte. Schließlich begriff man nicht, vielleicht wegen eigener Mitschuld, worin die grundstürzenden Fehler und Mängel des Systems und seiner Repräsentanten bestanden hatten.

Die naivsten Illusionen konnten nicht sterben: so könne es doch nicht weitergehen!, „im Grunde" sei das deutsche Volk doch monarchisch bis auf die Knochen, bald werde es seinen Kaiser und König zurückrufen, auch die Feinde müßten einsehen, daß ein republikanisches Deutschland eine Unmöglichkeit sei — kurz, der Tag werde kommen, da der schwergeprüfte Kaiser wieder mit seinem Volke verbunden sein werde. Das war auch der mehr oder minder ausgesprochene politische Gedanke in der Partei, die sich Deutschnationale Volkspartei nannte.

Was der 9. November 1918 in Deutschland alles an nationalen Werten vernichtet und an Unwerten gezeugt und enthüllt hatte, und daß die Fundamente des bisherigen Zustandes mit Notwendigkeit und deshalb mit Recht zusammenbrechen mußten, weil sie faul waren, das ist wohl auch nachher nicht jenen Aufrechterhaltern der „staatlichen Ordnung" und den Schützern von Thron und Altar klargeworden.

*

Die Tatsache allein, daß ein Mensch der ihm obliegenden Aufgabe, trotz gutem Willen, nicht gewachsen ist, kann niemanden berechtigen, ihn auch nur im geringsten zu tadeln, ihm aus seinem Unvermögen einen Vorwurf zu machen. Scheitert er an seiner Aufgabe, so ist es persönlich traurig; man wird ihm aufrichtiges Mitgefühl nicht versagen. Das gilt auch für Wilhelm II. Ebensowenig wird dem Kaiser, das wurde wiederholt ausgesprochen, bestritten, das Beste gewollt zu haben; wir bemerkten dazu, daß der gute Wille wohl keinem der Fürsten und Monarchen neuerer Zeit abgesprochen werden könne. Das ist aber auch alles.

Im Laufe der vergangenen Jahre ist auch nicht ganz selten versucht worden, von einer „Tragik" des Untergangs des Kaisers und der Monarchie zu sprechen und ihn selbst eine tragische Persönlichkeit zu nennen und als solche zu verherrlichen. Wir verstehen unter einer tragischen Persönlichkeit

einen Menschen von großen Eigenschaften, besonders des Charakters, eine starke, zu Großem bestimmte Persönlichkeit, die in Schuld, die „tragische Schuld", gerät, scheitert und dadurch irgendwie „untergeht". Eine von Grund aus schwache Persönlichkeit, wie Wilhelm II., kann niemals tragisch sein. Man sucht vergeblich nach einem einzigen tragischen Zug im Laufe seiner ganzen Regierung. Vielleicht und unter Umständen könnte man auch jemanden eine tragische Persönlichkeit nennen, der sich aufrichtig über sich selbst täuscht, dann, vor eine große Aufgabe gestellt, an ihr scheitert und an dieser Enttäuschung zugrunde geht. Wilhelm II. jedoch hat immer gefühlt und gewußt, daß er im Innersten schwach war. Dies sich selbst und anderen gegenüber zu verbergen und schließlich in dieser Kunst auch zu scheitern, kann man nicht als tragisch bezeichnen, ebensowenig, daß Wilhelm II. sich in der Annahme täuschte: er könne mit dem Scheinen auskommen.

Zum Verhängnis geworden ist ihm und dem deutschen Volk diese Eigenschaft und Leidenschaft des Selbstbetruges. Das zeigt besonders drastisch und erschütternd das Verhältnis und die Stellung des Kaisers zur sozialen Frage und zur Sozialdemokratie:

Ohne die soziale Frage, ohne das Wesen und die Geschichte der Sozialdemokratie durch ein ernsthaftes gründliches Studium kennengelernt zu haben, wollte er sich ihrer als Mittel bedienen, um als „Arbeiterkaiser" vor seinen Untertanen und der Welt zu glänzen, während Bismarck die Größe der Gefahr für das Reich im Anwachsen der reichsfeindlichen Macht des Marxismus erblickte und als damals erfolgreiches Mittel gegen sie rücksichtsloses Vorgehen erkannte. Bismarck wurde entlassen. Der Kaiser sagte, die Sozialdemokratie solle man nur ihm überlassen, mit der werde er schon allein fertig werden. Sein weiteres Verfahren bestand in einer Reihe von Reden mit jähen Standpunktwechseln, alles Stimmungsäußerungen; aus Gesetzvorlagen, die nach ersten Mißerfolgen wieder aufgegeben wurden, und aus gelegentlichen Äußerungen unverhüllter Furcht, dann der Selbstberuhigung, die Gefahr werde durch Mauserung der Sozialdemokratie von selbst vergehen, sobald sie Verantwortung zu tragen habe. Schließlich kam das erschütternde Wort Wilhelms II., das wehrlose und willige Eingeständnis der Unterwerfung: nunmehr werde er versuchen, mit Hilfe der Sozialdemokratie Deutschland wieder aufzurichten. Auch in dem Augenblick hatte der Kaiser die Sozialdemokratie nicht begriffen, seine Lage auch nicht. Er sah nicht, daß die Führer des Marxismus schon den Fuß erhoben hatten, um ihm den Tritt zu geben; auch nachher nicht, als er am 2. November den schwungvollen Erlaß veröffentlichte.

Jede Demütigung nahm er hin, jede Deklassierung, wenn nur etwas Schein als Kaiser und König für ihn gewahrt werde. Als ihm dann auch das verwehrt wurde und die marxistischen Leiter auf Abdankung und Verzicht bestanden, unterwarf er sich auch ohne weiteres und machte ihnen Platz.

Über der ganzen Regierung des letzten Kaisers und Königs steht Bismarcks Schatten auf der einen Seite, auf der anderen die Sozialdemokratie. Als der junge Kaiser den Kampfplan des Kanzlers mit der Antwort zurückwies, er wolle nicht jetzt gleich im Blute seiner Untertanen waten, erwiderte Bismarck, um so tiefer müsse er später in das Blut hinein. Es kam viel schlimmer noch in Gestalt des Zusammenbruchs der Monarchie und des Reiches selbst und der Geburt der Novemberrepublik: dieser faulen und giftigen Frucht des leichten Sieges des Marxismus über Kaiser Wilhelm II. Seine Regierung, alles zusammengenommen, ist ein einziger Kampf gegen alles gewesen, was Bismarck geschaffen und gewollt hatte. Alles, was Bismarck befürchtet hatte, und noch mehr, ist eingetroffen. Dies ist keine Behauptung, sondern die Feststellung einer ununterbrochenen Reihe von Tatsachen und des Gesamtergebnisses der Regierung dieses Kaisers.

*

Mit dem Übertritt Wilhelms II. nach Holland könnte und müßte das letzte Wort über ihn gesprochen sein. Als er den deutschen Boden verließ, hatte er sich vom deutschen Land und Volk gelöst, war Privatperson geworden, aus der deutschen Geschichte und dem Leben des deutschen Volkes ausgeschieden. Leider ist es aber nicht möglich, hier den Schlußstrich unter das trübe Kapitel: Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen, zu ziehen.

An den Veröffentlichungen Wilhelms II., nachdem er Deutschland verlassen hatte, kann man nicht vorbeigehen, auch abgesehen von den besprochenen Äußerungen, die seinen Übertritt nach Holland rechtfertigen sollten. Seine „Ereignisse und Gestalten" in erster Linie, außerdem sein Buch „Aus meinem Leben" sind nicht nur rein persönliche Erinnerungen, sondern die „Ereignisse und Gestalten" bilden eine politische Schrift, mit dem Zweck seiner Verteidigung, seiner Regierung und mit der Rechtfertigung seiner Abdankung und seines Übertritts nach Holland. Auf Einzelheiten einzugehen, ist nicht notwendig, nur der Grundzug seiner Darstellungen und Charakteristiken von Menschen zu erwähnen: er, der Kaiser, habe in allem recht gehabt, die anderen alle unrecht. Bismarck hat, nach des

Kaisers Ansicht, zum Beispiel in seiner Auffassung und Behandlung der sozialen Frage nur schwere Fehler begangen, und er, der Kaiser, sei mit seinem heißen Ringen um die Seele des Arbeiters noch gerade zu rechter Zeit gekommen, um schlimme Dinge zu verhindern. Die, als solche hervorgehobenen, schweren Fehler Bismarcks in der Außenpolitik und in der inneren Politik, hauptsächlich der Kulturkampf, werden mit scheinbar edlem, schonendem Bedauern besprochen oder erwähnt.

Ohne Ausnahme ist es Wilhelm II. gewesen, der immer das Richtige, den einzigen richtigen Weg gesehen und erkannt, gesagt und befohlen hat. Wenn Mißerfolge eintraten, so sind es immer die Ratgeber gewesen. Sie haben seine Weisungen entweder nicht beachtet oder falsch ausgeführt oder wollten gar klüger sein als er, und — da ging es natürlich schief. Oder er, der Kaiser, unterdrückte seine bessere Einsicht aus Treue zur Verfassung und folgte seinen Ratgebern. Freilich habe es auch Fälle gegeben, wo sich ein böser Zufall einmischte, oder die ganz unanständige Handlung eines ruchlosen Feindes.

Dabei hat, wie dieses Buch wohl genügend belegt, der Kaiser sich seine Ratgeber, nachdem er sein „dann regiere Ich selbst" verwirklicht hatte, ganz nach Belieben und Stimmung gewählt und weggeschickt und nicht eben selten solche Wechsel vollzogen. Schließlich konnten die Ratgeber, sofern sie unfähig waren, nichts dafür, daß der Kaiser ihre Unfähigkeit nicht erkannte; daß ihm der Blick für richtige Wertbemessung von Menschen fehlte, der seinem Großvater in so hohem Grade eigen war. Dazu die Tatsache, daß Wilhelm II. den Allerunfähigsten und Verderblichsten seiner zahlreichen Berater, Bethmann-Hollweg, behielt, bis er ein nicht mehr aufzuhaltendes Verhängnis für das Reich geworden war; genug!

Wer die Entwicklung von 1890 bis 1918 kennt, mehr oder weniger miterlebt oder nachträglich sich zu eigen gemacht hat, wird sich durch die kaiserlichen Darstellungen freilich nicht beirren lassen, höchstens einen unangenehmen, um nicht zu sagen widerwärtigen, Eindruck vor dem Selbstplädoyer Wilhelms II. erhalten. Nicht wenige andere dagegen lassen sich schon dadurch bis zu einem gewissen Grade bestechen, daß Wilhelm II. persönlich — ein richtiger Kaiser und König! — zur Feder gegriffen hat, um autoritativ nun einmal zu erzählen, wie alles „wirklich" gewesen ist, er müsse es ja doch wissen, und er allein könne es wissen.

Glücklicherweise können große geschichtliche Tatsachen nicht weggeredet und nicht weggeschrieben werden. Das gilt vor allem von der geschichtlichen Tatsache, daß Bismarck dem Deutschen Reich, dem deutschen Volk und dem Kaiser und König eine große und reiche Erbschaft geschaffen

und hinterlassen hatte, und daß der Kaiser vom ersten Jahre, ja, vom ersten Augenblick nach der Entlassung des unbequemen Mannes — den er mit seinen vertrauten Kreisen den „bösen alten Mann" nannte — diese Erbschaft zu vergeuden begonnen hat, kraft seiner eigenen Leichtfertigkeit und Unfähigkeit und der seiner von ihm berufenen Ratgeber. Auch läßt sich nicht an der Tatsache rütteln: Bismarck hat das Hohenzollern-Kaiserreich geschaffen und ausgebaut, Bismarck hat die Hohenzollern-Monarchie, die dem Zerfall entgegenging, wieder aufgerichtet, fundamentiert und mächtiger gemacht als je im neunzehnten Jahrhundert. Wilhelm II. hat beides zugrunde gerichtet und damit auch sich selbst.

Der nicht seltene Einwand: seit 1888 sei die Lage Deutschlands viel schwerer und schwieriger geworden als vorher und Bismarck habe einen Fehler nach dem anderen gemacht, ist als Verteidigung oder Rechtfertigung der Unfähigkeit Wilhelms II. recht belanglos: schwierig ist die Politik des neuen Reiches schon wenige Jahre nach dem siegreichen Kriege 1870/71 geworden, das lag in der Natur der Dinge. Ein mächtiges, wehrkräftiges und wirtschaftlich gedeihendes Deutsches Reich da, wo vorher nichts vorhanden gewesen war, wurde den Großmächten automatisch zunehmend unbequem. Damit hat Bismarck immer gerechnet, deshalb schuf er sein großes, starkes, elastisches und bewegliches Bündnissystem, und deshalb trieb er eine bei aller ihrer Festigkeit und überlegten Kühnheit äußerst sorgfältig durchdachte Politik, deren Hauptsorge darauf gerichtet war, so den europäischen Frieden zu erhalten, nicht durch Rückzieher und Nachgiebigkeit, wie Wilhelm II. Nicht mit großen Worten, noch nach plötzlichen Einfällen und ebenso plötzlichem Umschlagen nach der „timideren Seite".

Es kann eingeworfen werden und ist eingeworfen worden: selbst der größte Staatsmann begehe politische Fehler, so habe auch Bismarck im Kulturkampf nicht gesiegt, dieser sei überhaupt ein Fehler gewesen usw. Unsere Stellung dazu ist dargelegt worden, aber hier handelt es sich um die Berechtigung jenes Einwurfs prinzipiell. Es wäre zu erwidern: nicht darauf kommt es an, ob unter dem Kaiser oder durch den Kaiser dieser oder jener mehr oder minder schwere und folgenreiche politische oder wirtschaftspolitische Fehler begangen worden ist, überhaupt nicht auf Einzelfälle, sondern auf das Gesamtergebnis, und dessen Prüfung ist nicht allzu schwierig:

Kaiser Wilhelm II. hat von 1888 bis 1918 regiert. Rechnen wir die vier Kriegsjahre ab, so bleiben sechsundzwanzig Jahre, und bei weiterer Abrechnung der beiden Jahre vor Bismarcks Entlassung: vierundzwanzig Regierungsjahre im Frieden. Teilt man diese Zeit in Perioden von, sagen wir, je vier Jahren ein, so ist, von 1890 an gerechnet, keine einzige fest-

zustellen, die nicht ein Stück weiteren politischen Niederganges, nach außen wie im Innern, eingeschlossen und bedeutet hätte, und zwar in progressiver Steigerung. Und die ganze Summe der Regierungszeit Wilhelm II. ballte sich vernichtend zusammen am 9. November 1918. Das Erbe war vertan! Er hatte es nicht erworben, um es zu besitzen.

Mit Gott für König und Hochverrat!

Reichlich drei Vierteljahre, nachdem Adolf Hitler mit seiner Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf verfassungsmäßigem Wege die Macht im Deutschen Reiche ergriffen hatte, richtete der ehemalige Kaiser an einen süddeutschen monarchistischen Verband, als Antwort auf eine Entschließung, ein Brieftelegramm aus Holland:

Er sei überzeugt, daß jeder Angehörige des Verbandes „alles (!) daransetzen wird, sein Treuebekenntnis zur Monarchie durch mannhafte Tat zu bekräftigen. Nur unter seinem Kaiser und den deutschen Bundesfürsten kann das Reich auf die Dauer gefestigt werden und zu seiner alten Macht und Herrlichkeit gelangen! Darum vorwärts mit Gott für König und Vaterland, für Kaiser und Reich. gez. Wilhelm, I. R."

Majestätische Pose, maßlose Überheblichkeit, leere Worte! Nichts gelernt, nichts vergessen!

Diese Depesche des Kaisers war ein Stück Papier mit einigen Worten darauf, ohne Bedeutung; sie ist beinahe ungehört, ganz unbeachtet und spurlos am nationalsozialistischen Deutschland vorbeigegangen. Das brauchte kaum erwähnt zu werden.

Von Bedeutung ist diese Depesche des früheren Kaisers aber als unfreiwilliges Selbstbekenntnis seines Charakters, seiner Wesensart überhaupt. Über Wilhelm II. ist viel geschrieben worden. Von den Lobpreisungen wurde in diesem Buche gesprochen. Auch an abfälliger Kritik hat es nicht gefehlt. Selbst seine schärfsten Gegner und Kritiker haben aber niemals ein Urteil über ihn gefällt, das Wilhelm II. so vernichtend und schonungslos charakterisiert hätte, wie diese seine eigene Depesche.

Zu einem Zeitpunkt sandte er sie ab, als endlich, nach langem heldenhaften politischen Kampf und höchster Leistung, ein wirklicher, ein echter Führer und Herrscher die Zügel des Deutschen Reiches in die Hand genommen und das deutsche Volk um sich gesammelt hatte. Die Deutschen

begannen eben, nach fünfzehn furchtbaren Jahren, wieder Vertrauen und Mut zur Zukunft zu gewinnen, und am Horizont war ihnen endlich das Licht der Hoffnung wieder erschienen. Von Monat zu Monat empfand das deutsche Volk mehr die Kraft, die ungeheure Arbeitsleistung und den schöpferischen Genius des Führers: es begann, wieder aufwärts zu gehen!

Und in diesem Augenblick kam der Mann, der nichts weniger denn ein Führer war, der mit diesem — an sich kindlichen — Versuch, Monarchisten gegen die nationalsozialistische Regierung und Führung aufzuwiegeln, derselbe Mann, dessen Dünkel, Schwäche und Unfähigkeit das Reich zugrunde gerichtet hatte, das nun, vom Volke aus, Adolf Hitler wieder aufbaute.

„I. R." — „Imperator, Rex", zeichnete 1934 der Mann, der 1918 freiwillig abgedankt und verzichtet hatte, weil der Feldmarschall von Hindenburg ihm seine persönliche Sicherheit nicht mehr hatte garantieren können, und der deshalb in das Ausland gegangen war.

Durch „mannhafte Tat" sollten jene Monarchisten ihr Treuebekenntnis zur Monarchie bekräftigen, also: „Mit Gott für König und Hochverrat!"

Nur unter seinem Kaiser und den deutschen Bundesfürsten könne das Reich auf die Dauer gefestigt werden und zu seiner alten Macht und Herrlichkeit gelangen! Jene alte Macht und Herrlichkeit, die er selbst von ihrem Schöpfer, dem großen Staatsmann des Jahrhunderts, übernommen und nicht hatte erhalten können!, jene Bundesfürsten, die gleich ihm weder ihre Aufgabe erfaßt, noch ihre Zeit erkannt und, beinahe wie von einer Last befreit, ihre Throne dem erbärmlichsten Pöbel preisgegeben hatten. Wohl selten aber hat in neuerer Zeit ein regierender Fürst seiner Zeit, ihren Ansprüchen, ihren Aufgaben und ihren Gefahren so fremd, verständnislos und ratlos gegenübergestanden, wie dieser Kaiser und König, und dabei mit einem solchen Anspruch, gerade der glänzende Repräsentant eines „modernen" Monarchentums zu sein, und so gänzlich ohne Erkenntnis und das Gefühl, daß im Gegenteil ein Mensch wie er der persönliche Ausdruck des Verfalls des deutschen Monarchentums war.

*

Bismarck schreibt in den „Gedanken und Erinnerungen" von einer Unterhaltung, die er nach 1866 bei Tisch mit der damaligen Kronprinzessin von Preußen, der späteren Kaiserin Friedrich, gehabt habe:

Sie habe ihm halb scherzend gesagt: „‚Ich hätte den Ehrgeiz, König zu werden oder wenigstens Präsident einer Republik.' Ich antwortete in dem-

selben halb scherzenden Tone, ich sei für meine Person zum Republikaner verdorben, in den royalistischen Traditionen der Familie aufgewachsen und bedürfe zu meinem irdischen Behagen einer monarchistischen Einrichtung, danke aber Gott, daß ich nicht berufen sei, wie ein König auf dem Präsentierteller zu leben, sondern bis an mein Ende ein treuer Untertan des Königs zu sein. Daß diese meine Überzeugung aber allgemein erblich sein würde, ließe sich nicht verbürgen, nicht weil die Royalisten ausgehen würden, sondern vielleicht die Könige (Vom Verfasser im Druck hervorgehoben). ‚Pour faire un civet, il faut un lièvre et pour une monarchie il faut un roi.' (Für einen Hasenbraten ist ein Hase nötig, und für eine Monarchie ist ein König nötig.)

Ich könnte nicht dafür gutsagen, daß in Ermangelung eines solchen die nächste Generation republikanisch werden könne. Indem ich mich so äußerte, war ich nicht frei von Sorge an einen Thronwechsel, ohne Übergang der monarchischen Traditionen auf den Nachfolger."

So ist es gekommen: die Könige gingen aus! Daß ihre Zeit vorbei war, lag nicht an der „Zeit", sondern an ihnen und am meisten an ihrem letzten Repräsentanten, dessen Natur nach dem Scheinen verlangte, um zu ersetzen, was ihm zum Sein fehlte.

Graf Ernst zu Reventlow

Wir erinnern uns ...

Britenpolitik vor 25 Jahren und heute

128 Seiten. Kartoniert RM 2.—

Diese Veröffentlichungen des bekannten Schriftstellers und Politikers sind heute besonders wertvoll, weil sie zeigen, welche außerordentlichen Schwierigkeiten schon vor dem Kriege einer deutsch-englischen Verständigung im Wege standen. (Völkischer Beobachter.)

Reventlows Buch ist der aktuellste Querschnitt der englischen Politik. (Bayrische Ostmark.)

... das ungeheure Wissen und die reiche Erfahrung eines Mannes, der viele Jahrzehnte mit seiner Feder politisch gekämpft hat. (Hamburger Anzeiger.)

*

Graf Ernst zu Reventlow

Wie im Weltkrieg ...

England und die Neutralen

128 Seiten. Kartoniert RM 2.—

Mit scharfer Klinge, wie es die Art des Grafen Reventlow ist, wird auch hier der Aufklärungsfeldzug gegen die Scheinmoral der Briten geführt.

Wenige deutsche Historiker und Politiker haben Englands Totalanspruch auf Vorrang vor allen Völkern der Erde und die englischen Methoden so klar erkannt und dargelegt wie Graf Reventlow. Er hat lange vor dem Weltkrieg den Ernst und die Gefahr dieser britischen Grundhaltung mit allen ihren Folgerungen in seinen Arbeiten gekennzeichnet, und er hat auch während des Krieges unermüdlich in der deutschen Presse in vielen hundert Aufsätzen das wirkliche England gezeigt; freilich ohne Erfolg. In dem vorliegenden Band läßt der Verlag eine Auswahl während des Weltkrieges geschriebener Aufsätze wieder erscheinen. (Frankfurter Volksblatt.)

M. A. KLIEBER VERLAG / BERLIN NW 7

Prof. Dr. Ernst Schultze

Die Blutspur Englands

Geschichte der englischen Kriegsgrausamkeiten

364 Seiten, 16 Seiten Abbildungen, Leinen RM 7.80

Die britische Admiralität läßt seit Jahrhunderten alle ihre Taue mit einem roten Faden durchziehen — und rot ist die Farbe, mit der England die ihm gehörenden Gebiete auf der Weltkarte anstreicht. Rot ist vor allem die Blutspur, die Großbritannien durch die Weltgeschichte gezogen hat.

Wo immer englische Eroberungen und Kriege sich abgespielt haben — stets trugen die darin begangenen Grausamkeiten niedrigere Züge als die Kämpfe anderer Nationen. Stets waren die britischen Kriegshandlungen nicht nur gegen die feindlichen Soldaten, vielmehr auch gegen Nichtkämpfer einschließlich der Frauen und Kinder durch eine nicht zu überbietende Heimtücke gekennzeichnet. Jeder Zweifel an der vielfach geradezu sadistischen Art, in der England seine Kriege führt, erstickt in der ungeheuren Masse des Anklagestoffes, den die Geschichte dieses Volkes angehäuft hat.

In jedem seiner Kriege ist daher zu erwarten, daß all die Grausamkeiten von ihm abermals begangen werden, die es sich schon so oft hat zuschulden kommen lassen. Ein klassischer Beweis ist es, daß Churchill 1940 den Korvetten-Kapitän Godfrey Herbert, der im Weltkrieg unter falschem Namen von Bord der „Baralong" aus feige Massenmorde beging, auf einen hohen Posten der britischen Admiralität berief. Ebenso ist der Mord an den wehrlosen deutschen Matrosen der „Altmark" in dem norwegischen Hoheitsgebiet des Jössing-Fjordes nichts anderes denn eine Wiederholung von Brutalität und Völkerrechtsbrüchen, wie England sie hundert- und tausendfältig begangen hat.

Das Buch von Professor Dr. Ernst Schultze, das zum ersten Male eine Geschichte der englischen Kriegsgrausamkeiten bietet, führt uns bei seinem Rundgang durch die letzten Jahrhunderte eine so große Zahl entsetzlicher Roheiten vor, daß man kaum glauben sollte, sie könnten immer wieder von demselben Volke begangen worden sein. Wer die Engländer kennenlernen will, und das haben wir alle bitter nötig, findet in diesem Buche ein außerordentlich wertvolles, geradezu erschütterndes Charakterbild ihres Verhaltens im Kriege.

M. A. KLIEBER VERLAG / BERLIN NW 7

Charlotte von Zastrow-Loeben

Die Schwerter der Nordhammers

Ein Roman von der Ewigkeit und Heiligkeit der Ehe

327 Seiten. In Leinen RM 4.80

Vom germanischen Mythos und vom Wissen um die deutsche Vorzeit gleichermaßen durchdrungen, zeichnet die bekannte Verfasserin des Romans „Maria Fee“ mit wuchtigen Strichen Gestalt und Schicksale ihrer Heldin Ebba Nordhammer, die an der Seite ihres ihrem eigentlichen Wesen fremden Gatten, nach dem Zusammenbruch des Geschäfts, den vernachlässigten Einödshof im Schwarzwald bezieht, um dort das Leben einer Bäuerin zu führen. Die harte ungewohnte Bauernarbeit, welche Stolz und Pflichtbewußtsein niederzwingen möchte, erschöpft aber allmählich Ebbas Körperkräfte.

In ihrer inneren Einsamkeit begegnet ihr in dem Arzt des Sanatoriums, Doktor Guntram, der ihr an Geist und Gesinnung verwandte Mann, der ihrem Leben die entscheidende Wendung bringt. Alte Bindungen, Erinnerungen aus Ahnenzeiten, greifen hinein in das Leben dieser beiden Menschen, deren Liebe unter den hohen Sittengesetzen germanischer Vorfahren steht, unter dem starken Wissen um die Ewigkeit und Heiligkeit der Ehe, ihre Unlöslichkeit.

Ebba und Guntram wachsen über sich selbst hinaus. Ihre Entsagung wird zu stolzer Kraft und neuem Lebenssinn.

So klingt dieser Roman, der das Hohelied germanischer Treue singt, in heldischem Wollen aus.

M. A. KLIEBER VERLAG / BERLIN NW 7